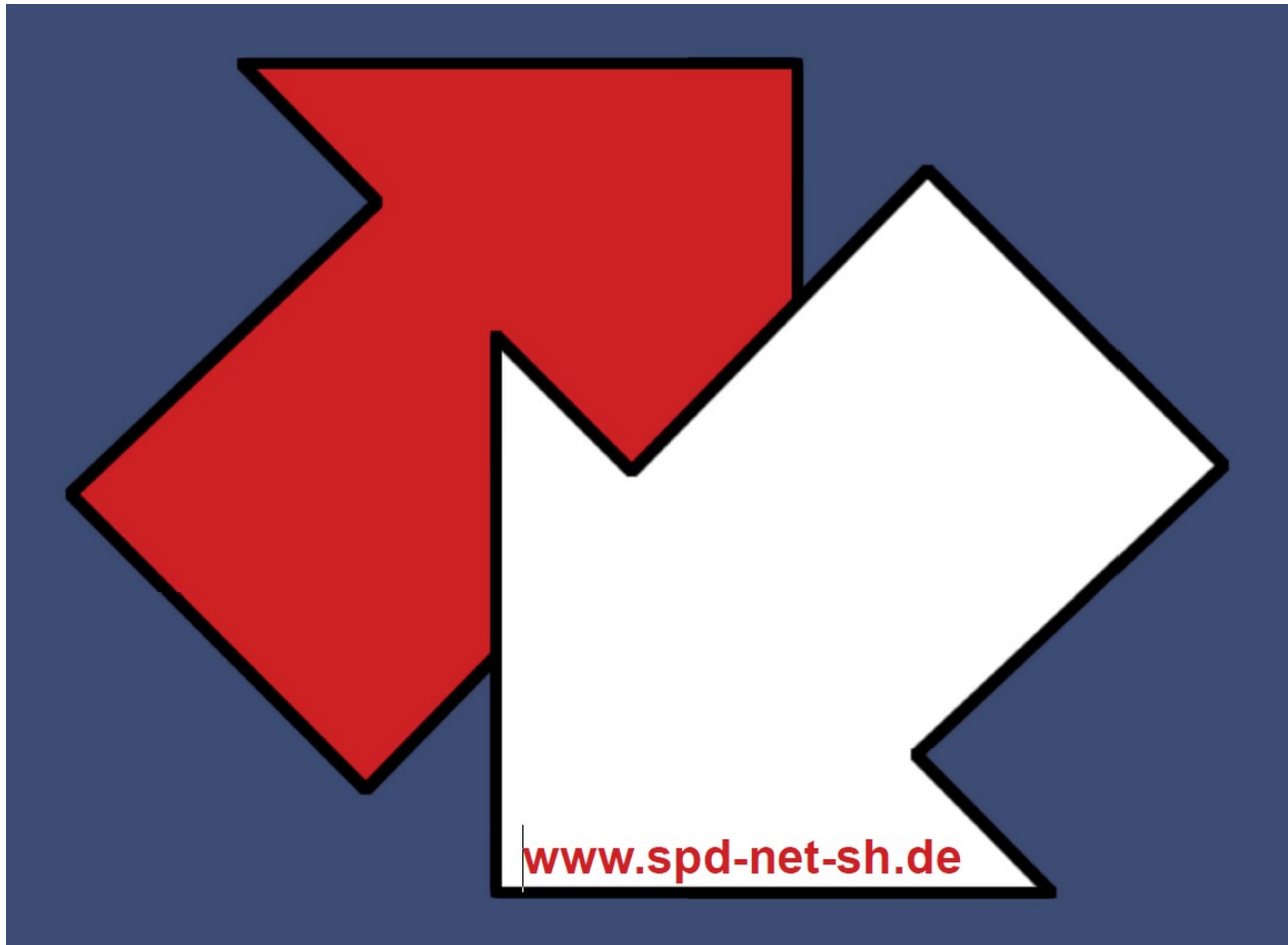


SPD-NET-SH

**Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



Artikelarchiv 2008, September bis Dezember

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

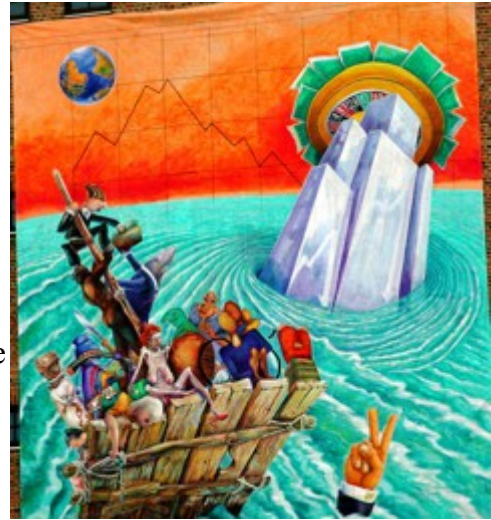
Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2013

Klimakriege jetzt verhindern!

Anlässlich des internationalen Antikriegstages setzt sich der Entwicklungspolitiker Wolfgang Wodarg für ein radikales Umdenken in der Energie-, Klima- und Sicherheitspolitik der Industriestaaten, sowie für eine verstärkte weltweite Armutsbekämpfung ein. Er warnt erneut vor der fortdauernden Privatisierung der Kriege. Folgender Text ist heute in gekürzter Form auf der Seite 2 des überregionalen Teiles des shz-Verlags als Gastbeitrag erschienen.

Kriege im klassischen Sinne, bei denen souveräne Staaten ihre territoriale Integrität gegen einen Angreifer verteidigen mussten, haben seit Beendigung des Ost-West-Konflikts drastisch abgenommen. Das Bild von Gewalt und Krieg wird zunehmend von ökologischen Rahmenbedingungen geprägt.

Hurrikans, Taifune, Erdbeben und Überflutungen zeigen immer wieder, dass selbst in politisch stabil wirkenden Ländern Auswirkungen des Klimawandels die staatliche Ordnung sehr schnell außer Kraft setzen können.



Abschmelzende Gletscher, leere Brunnen und Talsperren, vertrocknete Felder bringen Hunger, Durst und Armut für die einen; Überflutungen und Wirbelstürme machen für andere den Lebensraum unsicher. Besonders in fragilen Staaten führt dies fast regelmäßig und unausweichlich zur Überforderung staatlicher Ordnung und zu gewaltsamen Auseinandersetzungen bis hin zu "Verteilungskriegen" innerhalb der jeweiligen Gesellschaften.

Der Kampf um knappe Ressourcen verstärkt sich und aus der Not entsteht immer häufiger Wut und Gewalt. In armen Ländern Afrikas und Asiens fliehen bereits viele Menschen vor Hunger, Durst und Chaos und lösen so auch Konflikte in Nachbarregionen aus.

Selbst einige reiche europäische Staaten werden durch Flüchtlingsströme politisch verändert, weil die Furcht vor den Fremden politisch geschürt und genutzt wird. Verstärkte Abwehr an den Grenzen, umzäunte Lager, Ghettos und Xenophobie entstehen und nicht die Not wird bekämpft, sondern deren Opfer.

Schon heute gibt es auf dem Globus mehr Klima- als Kriegsflüchtlinge.

Die Bundesregierung hat sich durch eine hochkarätige Expertenkommission bestätigen lassen, dass diese Verbindung nicht nur vorhanden ist und der Klimawandel zu einem wesentlichen Faktor für den Ausbruch von Gewaltkonflikten und Krisen werden kann sondern auch, dass die Umweltprobleme die internationale Sicherheitsarchitektur entscheidend verändern werden.

Diese Diagnose wird fast weltweit geteilt. Und was die Therapie betrifft, so ist man zumindest in Europa mehrheitlich der Meinung, dass die klassische, militärisch orientierte Sicherheitspolitik mit den klimabedingten Konflikten schon strukturell überfordert ist - einerseits weil die Mittel nicht ausreichen und andererseits, weil es einfach zu viele Krisen gibt.

Wir müssen deshalb den Schwerpunkt der politischen Aktivität auf die zivile Krisenprävention verlagern, um den Ausbruch von kriegerischen Auseinandersetzungen zu vermeiden. Das heißt unter anderem, dass wir die Kapazitäten zur Konflikt- und Risikoanalyse deutlich ausbauen und die Prüfung der Klimaverletzlichkeit stärken.

Schon heute wissen wir beispielsweise, wo der Klimawandel die Süßwasserressourcen bedroht, und wo dies, zusammen mit immer fragiler werdenden Staaten schon bald zu gewaltsam ausgetragenen Konflikten führen kann. Was wir in Darfur und im Tschad erleben, ist erst ein Anfang. Der afrikanische Staatengürtel vom Sudan bis zum Senegal stellt ein "Klimakrisenpulverfass" dar. Der Präventionsbedarf für diesen Teil der Welt wird inzwischen allgemein auf der höchsten Alarmstufe angesiedelt.

Bei vielen Konflikten spielen auch die Interessen global agierender Unternehmen und der sie unterstützenden Regierungen eine wichtige Rolle. Es geht um die Sicherung von wichtigen Ressourcen wie Erdöl, Gas, Coltan, Uran, Tropenholz und anderen Rohstoffen oder um deren Transportwege.

Angesichts dieser Lage ist auch das Wachstum eines globalen Marktes privater Sicherheits- und Militärfirmen besonders bedenklich. Seinen Lobbyisten winkt mit jedem Gewaltkonflikt ein neuer Absatzmarkt.

Bei Gewalt und Not in aller Welt dürfen wir nicht vergessen, dass unsere Lebensweise, unsere Konsumgewohnheiten und unsere Ansprüche ursächlich mit der Not in den armen Ländern verknüpft sind. Unser Beispiel ist maßgebend und deshalb enorm wichtig. Wirtschaft und Arbeitsmarkt bei uns wachsen durch die Globalisierung. Das ist nur im Frieden möglich und wird deshalb auch davon abhängen, ob wir es schaffen Qualität statt Quantität, Nachhaltigkeit statt Menge und Geschwindigkeit zum Paradigma weiterer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung zu machen.

Ein radikales Umdenken in der Energie-, Agrar- und Klimapolitik der Industriestaaten ist dafür notwendig, genauso wie eine verstärkte Armutsbekämpfung weltweit. Nur wenn es gelingt, den Klimawandel, die soziale Spaltung bei uns und die Massenarmut in den Entwicklungsländern zu bremsen, die globalisierte Finanzindustrie zu "bändigen" und die fossilen und nuklearen Ressourcen durch erneubare Energiequellen zu ersetzen, könnte die Weltgesellschaft doch noch auf eine friedliche Zukunft hoffen.

Zivile Krisenprävention tut Not und wir sind gut vorbereitet: Schon die vorige Regierung hatte einen "Aktionsplan" verabschiedet, der als verbindliche Grundlage auch in den Koalitionsvertrag der jetzigen Eingang gefunden hat.

Trotzdem dominiert immer wieder der militärische Arm des Kabinetts. 31 Mrd. € für Verteidigung und 5,7 Mrd. € für Entwicklung im Bundeshaushalt 2008 sind Abbild dieses teuren und leidvollen "Zu spät Kommens" unserer Politik.

Bei den Abstimmungen zu weiteren Militäreinsätzen und in der Diskussion um den nächsten Bundeshaushalt wird es wichtig sein an den beschlossenen und weiterhin geltenden Aktionsplan "Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" zu erinnern.

Keine Kommentare

Wir sorgen für mehr Bildungsgerechtigkeit! SPD legt bildungspolitisches Konzept

Zum Beschluss des SPD-Parteivorstandes „Aufstieg durch Bildung“ erklärt Landesvorsitzender und Präsidiumsmitglied Ralf Stegner:

„Die SPD hat heute ein umfassendes und wegweisendes Konzept für eine neue Bildungspolitik in Deutschland beschlossen. Die Kernbotschaft lautet: Gute Bildung für alle sorgt für mehr Chancengleichheit, für mehr Wohlstand und Gerechtigkeit und realisiert für viele Menschen einen „Aufstieg durch Bildung“.



Der Beschluss des Parteivorstandes liegt voll auf unserer Linie! Er bestärkt die SPD in Schleswig-Holstein auf ihrem Weg bei der Ausgestaltung eines gerechteren Bildungssystems. Zentrale Forderungen im Konzept wie die Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr, längeres gemeinsames Lernen aller Schulkinder, der massive Ausbau von Ganztagschulen, die Ablehnung von Studiengebühren oder eine bessere Ausstattung der Forschung und Lehre an den Hochschulen werden von der SPD Schleswig-Holstein geteilt und in Regierungspolitik umgesetzt.

Wir arbeiten an der Realisierung eines barrierefreien Bildungssystems, vom Kindergarten über die Schule und Hochschule, bis hin zur Fort- und Weiterbildung. Wir sehen darin eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich alle politischen Ebenen beteiligen müssen. Daher ist es konsequent, dass die SPD auch den Bund stärker an der Finanzierung, z.B. an der schrittweisen Abschaffung der Gebühren für die Kindertagesstätten bis 2013, beteiligen will.

Mit dem neuen Schulgesetz und der darin verankerten Gemeinschaftsschule setzt Schleswig-Holstein in der Bildungspolitik Maßstäbe und ist bundesweit Vorreiter. Wir wollen diesen Kurs für mehr Bildungsgerechtigkeit fortsetzen und sehen die Große Koalition in besonderer Verantwortung.

Wir hoffen nun konkret auf die Unterstützung unseres Koalitionspartners bei der Umsetzung der Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten der Kinder zwischen drei und sechs Jahren bis zum Jahr 2013.

Bildung ist der Rohstoff für eine gerechte Zukunft!“

Keine Kommentare

Lothar Hay fordert Stadtquartiere für junge Familien

attraktiv machen. "Lofts und Townhouses sind nicht Maßstab unserer Wohnungspolitik"

Erscheinungsdatum:
01.09.2008

Innenminister Lothar Hay hat an Kommunen und Wohnungswirtschaft appelliert, für Familien mit Kindern und Jugendlichen angemessene und bezahlbare Wohnungen in der Stadt zu sichern.

„Wir brauchen Stadtquartiere, die besonders für junge Familien attraktiv sind“, sagte Hay am Montag (1. September) in Kiel, wo am Nachmittag eine Fachveranstaltung des Innenministeriums und der Investitionsbank Schleswig-Holstein zum Thema „Wohnen mit Kindern in der Stadt“ stattfindet. Die Städte bieten nach Hays Ansicht eine Reihe wichtiger Voraussetzungen: Kindergärten, Schulen, Geschäfte und vor allem kurze Wege. Wohnen in der Stadt dürfe nicht zum Privileg urbaner Eliten werden. Notwendig sei eine ausgewogene soziale Mischung. „Wir brauchen junge und ältere Leute, Familien und Singles und Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten“, sagte Hay.

Die Landesregierung verfolgt nach Aussage des Ministers eine Stadtentwicklungspolitik, die die Wünsche der Menschen nach individuellen Wohnformen auszugleichen versucht. „Wir brauchen soziale und architektonische Vielfalt im Stadtquartier und keine Monotonie“, sagte Hay. Das Wohnraumförderungsprogramm des Landes sei mit seinen differenzierten Angeboten ein wichtiges Instrument, um das Ziel einer lebenswerten Stadt zu erreichen. Die staatlichen Gelder seien notwendig, weil ein sich selbst überlassener Wohnungsmarkt sehr einseitige Strukturen hervorrufe. „Wohnen in Lofts, Townhouses oder Wohnparks ist für manche sicher erstrebenswert, kann aber nicht Maßstab staatlicher Wohnungspolitik sein“, sagte Hay. Die Steuergelder würden bevorzugt zur Förderung jener Menschen eingesetzt, die aus eigener Kraft auf dem Wohnungsmarkt nicht zu einer bezahlbaren Wohnung kommen könnten.

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 02.09.2008, 11:35 Uhr - 4484 Clicks - Nr. 780

Rechte der Verbraucher stärken

Trauernicht und Hay ergreifen Initiative

Erscheinungsdatum:
01.09.2008

Die Bürger sollen vor dem Missbrauch von Daten und unerwünschten Telefonanrufen besser geschützt werden. Verbraucherschutzministerin Gitta Trauernicht und Innenminister Lothar Hay kündigten am Montag (1. September) entsprechende Initiativen in den dafür zuständigen Ausschüssen des Bundesrats an.

„Wir müssen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung stärken“, sagte Hay. Die jüngst bekannt gewordenen Fälle von illegalem Datenhandel machten deutlich, dass Verbraucher bei der Abwägung zwischen den Interessen von Unternehmen an Werbung und dem Schutzinteresse der Verbraucher an ihren Daten oftmals das Nachsehen hatten.

Trauernicht will gegen die unerwünschten Telefonanrufe vorgehen. „Das wird immer mehr zum Problem“, sagte die Ministerin. Sie habe heute mehrere Anträge zum Telekommunikationsgesetz in

den Bundesrat eingebracht. „Mein Ziel ist, dass Verträge nicht bereits am Telefon, sondern erst nach einer schriftlichen Bestätigung wirksam werden“, sagte Trauernicht. Callcentern mit unseriösem Geschäftsgebaren werde es dadurch erschwert, nur aus einem Telefonat einen Vertragsabschluss vorzutäuschen und eine Abbuchung bei den Angerufenen vorzunehmen.

Das Bundesdatenschutzgesetz soll so geändert werden, dass personenbezogene Daten für Werbezwecke nur weitergegeben werden dürfen, wenn der Betroffene vorher ausdrücklich zustimmt. Nach geltendem Recht dürfen Unternehmen Daten wie Name, Adresse, Berufsbezeichnung und Geburtsjahr auch ohne ausdrückliche Einwilligung zu Werbezwecken nutzen oder an Dritte weitergeben. Darüber hinaus soll Firmen untersagt werden, einen Vertragsabschluss davon abhängig zu machen, dass der Kunde der Nutzung von Daten zustimmt, die für die Abwicklung eines Geschäftes nicht notwendig sind. Auch die Verbraucherzentralen sollen gestärkt werden. In das Bundesdatenschutzgesetz soll eine klare Formulierung aufgenommen werden, dass es sich beim Datenschutzrecht um Normen handelt, die Verbraucher schützen sollen. Verbraucherzentralen bekommen dadurch die Möglichkeit, gegen Verstöße zum Schutz der Verbraucher gerichtlich vorzugehen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Nordfriesland](#) - veröffentlicht am 02.09.2008, 13:54 Uhr - 7719 Clicks - Nr. 781

SPD Nordfriesland drängt auf zügiges Handeln

Windparks in der Nordsee: Der frühe Vogel fängt den Wurm! Nordfrieslands Unternehmen sollen von den neuen Chancen in der Nordsee profitieren. Die SPD-Fraktion wird daher im Kreistag die Windparks in der Nordsee zum Thema machen. Durch die beschlossene Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wird der Ausbau von Offshore-Windenergie massiv vorangetrieben. Die erhöhte Einspeisevergütung macht`s möglich.

In der Nordfriesland vorgelagerten deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) werden in naher Zukunft, über 20 Windparks mit einem Investitionsvolumen im zweistelligen Milliardenbereich entstehen, so die SPD-Fraktion.

„Wir sehen erhebliches Potenzial speziell für nordfriesische Unternehmen im Zuliefer- und Servicebereich, die sich sehr früh dieser maritimen Herausforderung stellen“, so Hans-Dieter Schulz, der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion: „Diese Chance darf jetzt aber nicht ver-schlafen werden, den nur der frühe Vogel fängt den Wurm. Unser Hauptaugenmerk liegt auf der Fra-ge, wie nordfriesische Unternehmen an der Wertschöpfung der anstehenden Offshore-Entwicklung nachhaltig teilhaben können“, so Schulz: „Wir drängen deshalb auf

frühzeitige Initiativen zur Schaffung von Angeboten in den Bereichen Information, Ausbildung und Weiterbildung zu diesem Thema. Damit können sich die interessierten heimischen Unternehmen, Handwerker und Dienstleister eine hervorragende Ausgangsposition auf diesem boomenden Zukunftsmarkt verschaffen. So können sich mittelfristig neue maritime Wirtschaftsbereiche in Nordfriesland entwickeln - mit saisonal unabhängigen qualifizierten Arbeitsplätzen.“

„Der Kuchen ist groß und es werden sich viele darauf stürzen“, so Schulz: „Deshalb sollte der Kreis jetzt handeln. Wer gute Ideen für neue Dienstleistungen in diesem Bereich hat und sie schnell umsetzt, wird zu den Gewinnern gehören. Dafür gibt es besonders im Produktions-, Zuliefer- und Servicebereich der Windbranche hervorragende nordfriesische Beispiele aus den letzten Jahren.“

Die SPD wird im September- Kreistag den Antrag stellen, eine weitere Anhörung zum Thema Windkraft mit dem Schwerpunkt Offshore durchzuführen. Die letzte Anhörung zu diesem Thema fand im Mai 2003 statt. Schulz: „Wir sehen einen großen Informationsbedarf in der Wirtschaft und in den politischen Gremien. Alle sollten sich kundig machen über die neuen see- und landseitigen Entwicklungen der Windenergie. Dann kann dort, wo wir die Möglichkeiten haben, frühzeitig und kompetent gehandelt werden. Wir müssen uns wieder einen Vorsprung als Windregion erarbeiten – den wir in den letzten Jahren leider verloren haben. Die 5-Megawatt-Erprobungsanlagen hätten zum Beispiel nie Nordfriesland verlassen dürfen. Weitere Ansiedlung von Forschung und Entwicklung sowie Flächenausweisung für die Erprobung neuer Windkraftanlagen in Nordfriesland – da müssen wir hin.“

Aus diesem Grund hat die SPD-Kreistagsfraktion frühzeitig die Schaffung eines Institutes für Erneuerbare Energien in Nordfriesland gefordert. Mit dem Beschluss zum Ausbau der Messe Husum für die Windmesse ist zum richtigen Zeitpunkt ein wichtiges Signal von der Kernregion der Windkraft ausgegangen. Schulz: „In diesem Zusammenhang wird man auch erneut über eine Anpassung des Hafens Husums und über seine schlechte Hinterlandanbindung diskutieren müssen - denn eines ist klar: Die neuen Chancen liegen vor unserer Haustür und wir müssen sie nutzen bevor es jemand anderes tut!“

Kommentar von [Wolfgang Wodarg](#) vom 05.09.2008, 00:45 Uhr:

Unerschöpfliche Energiequellen erschließen!

Unerschöpfliche Energiequellen erschließen! Der Wind bringt über dem Meer im Schnitt achtmal mehr Stromertrag als über dem Binnenland. Leider wurde diese Kraft bisher kaum genutzt, weil Deutschlands „Stromfürsten“ mit allen Mitteln ihr lukratives, aber überholtes Geschäftsmodell, d.h. die Stromproduktion in Großkraftwerken auf Basis von Kohle, Erdgas und Uran verteidigten. Dieser Stromsektor ist aber für fast die Hälfte aller Emissionen von Kohlendioxid in Deutschland verantwortlich. Ohne den schnellen Umbau dieser Branche kann der Klimawandel nicht aufgehalten werden. Und wenn erst die Energiepreise für fossile Energieträger noch mehr als bisher Gegenstand von Spekulationen werden, wird uns das sehr schwer treffen. Es ist deshalb notwendig, erneuerbare und heimische Energieträger radikal und schnell zu etablieren. Nur durch den Ausbau der erneuerbaren Energien und durch die Sanierung von Häusern wird Deutschland in Zukunft von Rohstoff-Importen weniger abhängig sein, wird seine CO₂-Belastung senken und damit seine klimapolitischen Versprechen anhalten können. Der Erfolg des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist schon jetzt riesig! Der Klima- und Umweltschutz ist bereits wichtigster Wachstumsmotor Deutschlands und die Bedeutung des Umweltschutzes für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt wird weiter zunehmen. Deshalb freue ich mich sehr, dass sich unsere Genossen in Nordfriesland die Erschließung unerschöpflicher Energiequellen zu ihrer Sache machen und neben der Förderung der heimischen Wirtschaft richtige politische Akzente setzen! Mit windig-sonnigen Grüßen von der Ostsee! Euer Wolfgang Wodarg, MdB

SPD Kropp: Fakten! Fakten! Fakten!

Auch durch wiederholte Zeitungs-Fehlinformationen und Behauptungen durch die örtliche CDU über die von uns favorisierte Gemeinschaftsschule für Kropp, lässt sich die SPD-Fraktion Kropp in ihrer Auffassung, die auch durch die Kommunalwahl deutlich bestätigt wurde, nicht beirren. Die Gemeinschaftsschule ist die beste Schulform, die nach dem neuen Schulgesetz für das Unterzentrum Kropp ab 2009 in Frage kommt. Hierin sind wir uns mit der AWK-Fraktion einig.



Hier noch einmal 7 unserer wesentlichsten Positions-Gründe zur Gemeinschaftsschule:

Beste individuelle Förderung der persönlichen Fähigkeiten der Schüler

Möglichst langes gemeinsames Lernen, unterstützt durch ein hochwertiges pädagogisches Konzept

Mehr Zeit zur persönlichen Entwicklung durch Unterricht in Blöcken (90min), Blocktagen und Projektwochen

Klassenlehrer-Tandems unterschiedlicher Laufbahnen und Geschlechter sind von Anfang an Bestandteil der Unterrichtsorganisation

Integration von sozialpädagogischer Kompetenz in den Schulalltag (gegenseitige Unterstützung) fördert den Gemeinschaftssinn

Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen sowie mit Vereinen und Verbänden verankert die Schule im Ort

Die Gemeinschaftsschule ist Standort-stärkend (Magnet-Prinzip)

Deshalb am 23. September 2008:
Weichenstellung in Kropp für eine Gemeinschaftsschule

Joachim Tschesch
Pressesprecher SPD-Fraktion
September 2008

Keine Kommentare

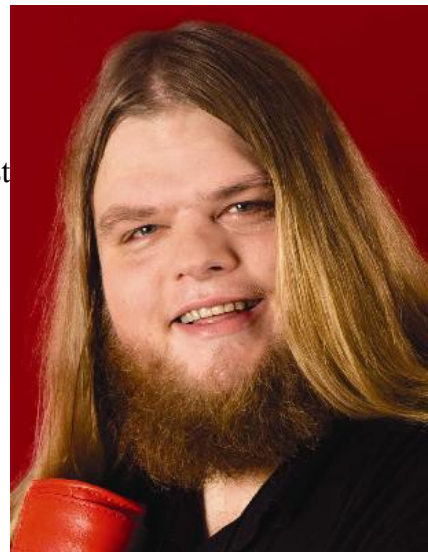
„Fortführung des Weihnachtszaubers rückt in greifbare Nähe“

Der Ratsherr des Wahlkreises Schrevenpark, Lars Juister (SPD), und der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, erklären:

„Die bis zum Jahr 2004 von der Stadt und 2006 vom KMTV organisierte Veranstaltung „Weihnachtszauber im Schrevenpark“ ist in den Stadtteilen Schreventeich, Stinkviddel, Ravensberg, Brunswik und in der Kieler Innenstadt zu einem beliebten kulturellen Ereignis in der Weihnachtszeit geworden.

Der neu gegründete Förderverein Schrevenpark e.V. hat nun seine Arbeit aufgenommen und möchte die Organisation dieser Veranstaltung übernehmen.

Dank des Vereins rückt die Fortführung des Weihnachtszaubers damit in greifbare Nähe. Wir werden dieses ehrenamtliche Engagement unterstützen und einen Zuschuss für den Weihnachtszauber 2008 in Höhe von 10.000,- € mit Gegenfinanzierung bereitstellen.“



Keine Kommentare

Was wäre Husby ohne Günther Schmidt?

Nach 30 Jahren Kommunalpolitik trat Husbys ehemaliger Bürgermeister Günther Schmidt ab. Als Dank der Gemeinde wurde er zum Ehrenbürgermeister ernannt. Auf einem Empfang der Gemeinde Husby würdigten zahlreiche Weggefährten Schmidts Verdienste.

14 Jahre war Günther Schmidt Bürgermeister in Husby. Aus gesundheitlichen Gründen hat er sich jetzt aus der Politik zurückgezogen.

Günther Schmidt hat in Husby gleichzeitig vieles zu Guten verändert und doch immer für Kontinuität und eine klare Linie gesorgt. Zu seinen herausragenden Verdiensten zählen u.a. die Wiedereröffnung des Bahnhafes in Husby, das Gewerbegebiet und die Sozialstation in Hürup. Außerdem wurden unter seiner Ägide die Sportanlage, das Feuerwehrgerätehaus und die Schule saniert und modernisiert. Die Jugendarbeit war ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit.



Neben Innenminister Lothar Hay, dem Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg, der Vizepräsidentin des Landtages Frauke Tengler und ihrer SPD-Vorgängerin Dr. Gabriele Kötschau waren zahlreiche Bürgermeisterkollegen, Vertreter aus Parteien, Verwaltung, Kirchen, Vereinen und Verbänden anwesend um Günther Schmidt für seine Arbeit zu danken. In launigen Reden wurde allen Anwesenden noch einmal deutlich, was sie "an ihrem langjährigen Bürgermeister gehabt"

haben. Es brachte den Geehrten dann doch zum Schmunzeln, als er zu Ehrenbürgermeister Husby's ernannt wurde und ihm eröffnet wurde, dass dieses die Verpflichtung für alle Bürgerinnen und Bürger bedeute, ihn ehrerbietig zu grüßen, wenn sie ihm auf der Strasse begegnen würden.

[Fotogalerie](#)

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 03.09.2008, 11:05 Uhr - 6286 Clicks - Nr. 785

Landrat will Kliniken verkaufen – Experten werden zu Lobbyisten

Landrat will Kliniken verkaufen – Experten werden zu Lobbyisten
Das war keine Informationsveranstaltung sondern ein einseitiges „Schönreden“ für den Verkauf der Immobilien des Kreises. So die Kritik des Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Hannes Birke, an der gestrigen Veranstaltung der Kreisverwaltung über das zukünftige Finanzierungsmodell für den Kreditbedarf der Regio-Kliniken.

Geht es nach Landrat Dr. Grimme sollen die Immobilien mit der Klinik Standorte Pinneberg, Elmshorn und Wedel für 102,0 Mio € verkauft werden und dann über 25 Jahre mit einer Annuität von 8,6 Mio € im Jahr, insgesamt 215 Mio € ,zurück gekauft werden. Dieses „sale and lease back“ Modell wird von der SPD abgelehnt, weil auf Grund der hohen jährlichen Leasingrate die Kliniken finanziell überfordert und in der Konsequenz die Gefahr der Vollprivatisierung der im Eigentum des Kreises befindlichen Kliniken besteht.



Die Verwaltung hatte zu der Veranstaltung mit dem Ziel eingeladen, über alternative Finanzierungsmodell zusammen mit Experten die Kreistagsabgeordneten zu unterrichten. Sie war als Entscheidungshilfe für die vermutlich am 17. Sept. im Kreistag anstehende Entscheidung gedacht.

„Mit Beginn der Veranstaltung“ –so Birke- „war von alternativen Modellen nicht mehr die Rede und die Experten entpuppten sich als Lobbyisten eines Verkaufes der Kliniken.“ Schon in seiner Einleitung schloss der Landrat die Aufnahme von Kommunalkrediten für die Kliniken von den Alternativen aus. Das von der SPD favorisierte Modell, es soll rd 50,0 Mio günstiger sein als das „sale and lease back“ Modell, hielt er für ungeeignet. „Das wurde“ –so Birke- lediglich von ihm behauptet, einen konkreten Kostenvergleich mit den anderen Modellen legte er nicht vor.“

Bei den Experten stützte sich die Verwaltung auf Armin Zimmermann von der Sparkasse „Süd-Holstein“ und Herrn Kerres von der DLF Treuhand, Steuerberatungsgesellschaft. Beide Experten sind Interessenvertreter eines „sale and lease back“ Modells. Die Sparkasse „Süd-Holstein“ will sich mit 20,0 Mio € an dem Modell beteiligen und die DLF soll das Geschäft federführend abwickeln. Das damit die Informationsveranstaltung eine reine Lobby-Veranstaltung für das „sale and lease back“ Modell wurde, ist für Birke kein Wunder.

Bei dem von den Experten angestellten Vergleich wurden u.a. die Zinsbelastungen verglichen, die

sich im Gegensatz zu einem klassischen Darlehen günstiger für das „sale and lease back“ Modell auswirkten. Dabei wurden Zinssätze verglichen, die beide von der HSH- Nordbank errechnet wurden. Für Birke ein unverantwortlicher Vorgang einer Interessenkollision, denn die HSH- Nordbank will sich mit 80,0 Mio € am „sale and lease back“ Modell beteiligen.

Auf Nachfrage von Birke, wie die Kliniken denn die jährliche Leasingrate von 8,6 Mio bei einem Gewinn von rd. 150.000,00 im Jahre 2007 erwirtschaften wollen, konnten die Experten nicht mit exakten Zahlen dienen. Sie verwiesen ganz allgemein auf Einsparungen bei den laufenden Ausgaben der Krankenhäuser, auf Verbesserungen bei den Gewinnen und Zinsersparnissen. Das keine konkreten Angaben gemacht wurden, ist für Birke nicht verwunderlich. Das höchste Einsparpotential liegt bei den laufenden Ausgaben und da rd. 90% der Ausgaben Personalkosten sind, hätte man sich deutlicher über den Personalabbau äußern müssen. Für Birke ist ein Personalabbau in den Kliniken um die Leasingrate zu finanzieren „nicht von der Hand“ zu weisen.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 03.09.2008, 11:41 Uhr - 4199 Clicks - Nr. 786

Sommerakademie des Datenschützers:

Lothar Hay: Grenze zwischen Privatheit und Überwachung sorgfältiger ziehen

Erscheinungsdatum: 01.09.2008

Die Bekämpfung der Kriminalität im Internet ist nach Ansicht von Innenminister Lothar Hay eine der wichtigsten Aufgaben von Polizei und Justiz in den nächsten Jahren. „Das Internet ist mittlerweile ein Tatwerkzeug“, sagte Hay am Montag (1. September) auf der Sommerakademie des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz (ULD) in Kiel.

Betrug, Urheberrechtsverletzungen, die Verbreitung pornographischer Schriften, Gewaltverherrlichung und Verabredungen von Verbrechen fänden heute immer häufiger im Internet statt. Die Internetkriminalität habe große Zuwachsraten. Allein im vergangenen Jahr nahmen die Delikte im Internet bundesweit um mehr als acht Prozent zu, während die Gesamtkriminalität um 0,3 Prozent leicht zurückging.

Der Rechtsstaat muss nach Überzeugung des Ministers Straftaten in der Welt des Internets nach den gleichen Regeln verfolgen können wie im wirklichen Leben. „Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein“, sagte Hay. Die Privatsphäre im virtuellen Netz finde dort ihre Grenze, wo Rechte anderer Bürger unverhältnismäßig beeinträchtigt würden. Richtschnur bei der Grenzziehung zwischen Privatheit und Überwachung sei das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Der Staat müsse die Freiheitsrechte der Bürger jedoch stärker gewichten als dies in der Vergangenheit bisweilen der Fall gewesen sei. „Das Bundesverfassungsgericht hat die Politik in jüngster Zeit häufiger zu mehr Sorgfalt aufgerufen“, sagte Hay. Das müsse Mahnung und Auftrag zugleich sein. Wer neue gesetzliche Möglichkeiten verlange, müsse zunächst beweisen, dass die bereits vorhandenen Instrumente nicht ausreichen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 03.09.2008, 11:43 Uhr - 3296 Clicks - Nr. 787

Jutta Hartweg als Landrätin des Kreises Segeberg vereidigt;

Lothar Hay: Kompetent und menschlich gewinnend – Scharmützel beenden

Erscheinungsdatum:
01.09.2008

Innenminister Lothar Hay hat die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Segeberg zu ihrer neuen Landrätin beglückwünscht. „Jutta Hartweg bringt ein hohes Maß an fachlicher und sozialer Kompetenz mit“, sagte Hay am Montag (1. September) bei der Amtseinführung in Bad Segeberg. Sie habe einen sehr ausgewogenen und menschlich gewinnenden Wahlkampf geführt und mit ihrem Zehn-Punkte-Programm die Mehrheit der Menschen im Kreis Segeberg überzeugt.

Hay appellierte an alle Fraktionen im Kreistag, den Wählerwillen zu akzeptieren. Parteien, Verbände, Vereine und alle anderen gesellschaftlichen Organisationen seien jetzt dazu aufgerufen, gemeinsam mit der neuen Chefin im Kreishaus und ihrer Verwaltung sachorientierte und bürgernahe Politik zu machen. „Wahlkampf war gestern, jetzt heißt es, gemeinsam nach vorne zu schauen“, sagte Hay. Die Menschen im Kreis Segeberg hätten für juristische Scharmützel kein Verständnis.

Hay betonte die gemeinsame Verantwortung von Land, Kreisen und Gemeinden, die öffentliche Verwaltung in Schleswig für die Menschen und die Wirtschaft so gut wie möglich aufzustellen und sich den Aufgaben der Zukunft aktiv und kreativ zu widmen. Die Kreise müssten in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben so kostengünstig und professionell wahrzunehmen wie irgend möglich. Dazu sei es erforderlich, über Kreisgrenzen hinweg zusammenzuarbeiten oder Kreisgrenzen zu verändern.

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 03.09.2008, 12:35 Uhr - 2312 Clicks - Nr. 788

SPD-Engelsby: Spielmobil in Engelsby unterwegs

In der Woche vom 8. bis 11. September besucht das Spielmobil den Spielplatz am Trögelsbyer Weg in Engelsby.

Das Spielmobilteam ist von Montag bis Donnerstag immer von 14 bis 17.30 Uhr vor Ort und freut sich auf viele kleine und große Mitspieler.



Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 03.09.2008, 13:56 Uhr - 6403 Clicks - Nr. 789

Günter Neugebauer: "Jeder Mensch kann Frieden schaffen."

Der Stadt und dem DGB ist für die gelungenen Veranstaltungen aus Anlass des Anti-Kriegstages zu danken. Der Reporter der LZ hat die Atmosphäre der ersten Gedenkveranstaltung im Innenhof des Arsenal mit den Vorträgen der Schülerinnen und Schüler richtig wiedergegeben.

Leider findet sich in dem Bericht kein Hinweis auf die unmittelbar folgende Gedenkveranstaltung im vollen Ratssaal der Stadt, auf der nach der 75. Wiederkehr der Kommunalwahlen von 1933 und der Etablierung der Nazis in Rendsburg der demokratisch gewählten Stadtvertreter von KPD und SPD gedacht wurde, die von den Nationalsozialisten in Rendsburg erst abgesetzt, dann entwürdigt und teilweise eingesperrt worden sind. Die Stadtarchivarin Frau Dr. Becker hielt eine beeindruckende Rede.

Wenn die LZ anwesend gewesen wäre, hätte sie auch feststellen und darüber berichten können, dass bei dieser städtischen Gedenkveranstaltung zu Ehren der Rendsburger Opfer der Nazis, zu denen der Bürgermeister auch namentlich die verfolgten und ermordeten jüdischen Mitbürger zählte, kein Vertreter der CDU –Fraktion anwesend gewesen ist. Ich finde dieses Verhalten beschämend und unanständig.

Günter Neugebauer
SPD-Landtagsabgeordneter

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 03.09.2008, 15:49 Uhr - 7095 Clicks - Nr. 790

MdB Sönke Rix: Aufschwung für alle

Bis zur nächsten Bundestagswahl bleibt uns noch ein Jahr, in dem wir zusammen mit unserem Koalitionspartner gestalten wollen. Eines der wichtigsten Themen bleibt für uns die soziale Gerechtigkeit.

Gerade letzte Woche hat eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung und des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) aufgezeigt, dass die Kluft zwischen Geringverdienern und Besserverdienenden immer weiter auseinander klafft.

Den realen Verlust von Geld spüren rund ein Viertel der Arbeitnehmer in Deutschland. Ihr Einkommen hat in den letzten elf Jahren nahezu 14 Prozent an Wert verloren. Und es trifft nicht nur die Minijobber und Teilzeitkräfte, sondern auch die Vollzeitbeschäftigten mit geringen Löhnen. Daran hat auch der jüngste Aufschwung nichts geändert: Eher im Gegenteil: Obwohl die Wirtschaft gewachsen ist und die Konjunkturdaten gut waren, sind Niedriglöhne auch in den letzten Jahren geschrumpft. Dagegen sind die Gehälter in den oberen Einkommensgruppen real um rund vier Prozent gestiegen.

Für diese Entwicklung gibt es nach Auffassung der beteiligten Forscher mehrere Ursachen. Eine liegt in der sinkenden Tarifbindung. Seit der Wende halten sich viele Unternehmen nicht an die Tarife der jeweiligen Branche und bezahlen untertarifliche Löhne. Dass immer weniger Arbeitnehmer in einer Gewerkschaft organisiert sind, verstärkt diese Ursache.

Eine weitere Ursache für das Auseinandergehen der Lohnschere ist, dass es in Deutschland keine gesetzlich geregelten Lohnuntergrenzen – also Mindestlöhne – gibt. Damit gehören wir in Europa zur Minderheit: Von den 27 EU-Staaten verfügen 20 über einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

Viele Arbeitnehmer können sich und ihre Familien vom Lohn alleine nicht ernähren. Rund 2,5 Millionen Beschäftigte, die Vollzeit arbeiten, können von ihren Niedriglöhnen nicht leben. Um den Lohn aufzustocken, wird Arbeitslosengeld II bezahlt. Das kann jedoch weder im Sinne des Steuerzahlers noch im Sinne des betroffenen Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin sein.

Deshalb setzt sich die SPD grundsätzlich für die Einführung von Mindestlöhnen über zwei Wege ein. Wir wollen tarifvertraglichen Lösungen den Vorrang geben und über die Einbeziehung möglichst aller Branchen in den Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes tarifliche Mindestlöhne ermöglichen. Wo dies nicht möglich ist oder ein Mindestniveau unterschritten wird, wollen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn als untere Haltelinie.

Mit der vor der Sommerpause beschlossenen Reform des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und dem Mindestarbeitsbedingungengesetz sind wir auf dem richtigen Weg, aber noch lange nicht am Ziel. Arbeitnehmer müssen einen fairen Anteil am Aufschwung erhalten.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 03.09.2008, 17:23 Uhr - 46151 Clicks - Nr. 791

31. August 2008 in Münster: „20 Jahre Quote“

ASF Schleswig-Holstein:

Gab's was zu feiern? – Ja!

Reicht's schon? – Nein!

Am Sonntag, dem 13. August, luden SPD-Bundesvorstand, AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) und Jusos zu einer Festveranstaltung nach Münster – dem Ort, an

dem 20 Jahre zuvor die Geschlechterquote in der Satzung der Partei verankert worden war. Allerdings stellten Zeitzeugen wie Hans-Jochen Vogel (damals SPD-Vorsitzender) und Inge Wettig-Danielmeyer (damals AsF-Frontfrau) unmissverständlich klar, dass die „Quote“ eine lange Vorlaufzeit gehabt hatte. Erst nachdem zahlreiche Versuche zur innerparteilichen Frauenförderung auf „freiwilliger“ Basis gescheitert waren, hieß es ohne Wenn und Aber: Jedem SPD-Gremium müssen mindestens 40 Prozent Frauen angehören.

Dies gilt jedoch genauso für Männer – falls diese einmal in die Minderzahl geraten sollten. Denn die oft fälschlich als „Frauenquote“ zitierte Satzungsänderung ist in Wahrheit eine Geschlechterquote. Dass diese im Zweifelsfall auch gegen Frauen „zieht“, konnte die nordrhein-westfälische SPD-Vorsitzende Hannelore Kraft aus eigener Erfahrung berichten. Damals tat sich jedoch nicht einmal die SPD-Frauenorganisation leicht mit einem Hilfsmittel, welches in einer Partei, die sich fast seit Anbeginn auch die Gleichberechtigung der Frauen zum Ziel gesetzt hatte, „eigentlich“ überflüssig sein sollte. „Zuerst wollte ich die Quote nicht“, gestand Inge Wettig-Danielmeyer freimütig, begründete ihren Meinungswandel aber mit der bitteren Erfahrung, dass im Wettstreit um Ämter und Mandate – durch gewachsene Machtstrukturen, „Gerechtigkeitsroutinen“ und Seilschaften – sonst immer wieder die Männer bevorzugt worden wären.

Doch wer sind eigentlich „die“ Männer? Auch darum ging die Diskussion auf der Festveranstaltung, an der auf dem Podium außerdem die Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel, ihre Stellvertreterin Katie Baldschun sowie die stellvertretende AsF-Bundesvorsitzende Marianne Wallach teilnahmen. „Die ‚alten Strukturen‘ verhindern ja nicht nur Frauen – sie verhindern auch Männer, die etwas ändern wollen. Darum können fortschrittliche Männer die Geschlechterquote für sich nutzen“, war die Runde überzeugt.

Und Marianne Wallach erinnerte ausdrücklich an die vielen männlichen Genossen, welche die Quotenregelung auf dem 1988er Parteitag in Münster unterstützt und ihr damit zu ihrem überzeugenden Abstimmungserfolg verholfen hatten.

Macht abzugeben sei immer schwierig, stellte Hans-Jochen Vogel fest; auf den nachfolgenden Sturm in den Medien (Zeitungskarikaturen zeigten ihn in Frauenkleidern und Stöckelschuhen) blickte er jedoch mit großer Gelassenheit zurück. Lieber äußerte er als Wunsch für die Zukunft, noch eine weibliche SPD-Bundesvorsitzende zu erleben!

Zum angeblichen Generationenkonflikt zwischen damaliger und heutiger Frauenbewegung befragt, meinten die Juso-Frauen amüsiert, dabei handele es sich wohl eher um eine Erfindung „des interessierten Feuilletons“. Dass in der Realität – jedenfalls bei den Sozialdemokratinnen – Solidarität und Kommunikation funktionierten, habe die gemeinsame Arbeit am Hamburger Grundsatzprogramm bewiesen. Wichtig sei vor allem das Weitergeben von Erfahrungen; denn wenn die jungen Frauen „von selber an die ‚gläserne Decke‘ stoßen“, durch Männermacht diskriminiert und ausgebremst werden, dann sei es zu spät! Angesichts der in Deutschland besonders auffälligen beruflichen Benachteiligung von Frauen müsse auch der Kampf für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft unbedingt weitergehen.

Auf die Frage, ob sie mit Hilfe ihrer Partei auch Karriere machen wollten, sprachen die jungen Frauen lieber von „Entwicklung“. Die Arbeit in der SPD mache ihnen Spaß, und der Austausch zwischen den einzelnen Organisationen und Persönlichkeiten sei ungemein bereichernd. Wenn es aber zur Vergabe von Posten komme, „dann will ich die gleichen Chancen haben wie ein Mann“, stellte Katie Baldschun klar. Dies ist leider – auch nach 20 Jahren SPD-Geschlechterquote – noch lange nicht garantiert; inzwischen entwickelten sich die konservativen Parteien weitgehend wieder zu „frauenfreien Zonen“. („Ich muss euch nur einmal den nordrhein-westfälischen Landtag zeigen“, meinte Hannelore Kraft, „dann seht ihr das auf einen Blick.“)

Den wissenschaftlichen Part auf der Veranstaltung hatte Dr. Ursula Pasero von der „Gender Research Group“ (Geschlechterforschung, Soziologin) an der CAU Kiel. An handfesten Zahlen und Beispielen machte sie deutlich, welch dicke Bretter in Wirtschaft, Politik und auch Wissenschaft

noch zu bohren sind, um qualifizierten Frauen tatsächlich zu „gleichen Chancen“ zu verhelfen.

Fazit der außerordentlich gut besuchten Veranstaltung: „Es reicht noch lange nicht!“
AsF und Jusos werden auch weiter auf allen Ebenen an der Verwirklichung von Gleichstellung in Partei und Gesellschaft arbeiten. „Fortschrittliche Genossen“ sind – wie schon 1988 – herzlich zur Mitwirkung eingeladen!

Cornelia Östreich, AsF-Landesvorsitzende und Mitglied des AsF-Bundesvorstandes

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 03.09.2008, 21:30 Uhr - 5891 Clicks - Nr. 792

Kieler SPD setzt starken Bildungsschwerpunkt!

Auf der gestrigen Sitzung beschloss der Kreisvorstand einstimmig, einen ersten kommunalpolitischen Schwerpunkt mit dem Titel „Aufstieg durch Bildung“ zu setzen. Dazu erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

„Nach der Kommunalwahl und zu Beginn des neuen Schuljahres setzt die Kieler SPD auf den „Aufstieg durch Bildung“! In den kommenden Wochen werden wir als Kreispartei unsere Ankündigung wahr machen: Mit allen Beteiligten diskutieren wir den neuen Aufbruch in der Kieler Bildungslandschaft.



Dazu dient unser Aktionsplan „Aufstieg durch Bildung“, der auf vier Säulen ruht:

September/Oktober 08: „Bildungsdialog Schule“; wir laden zu mehreren Zielgruppengesprächen Bildungsmultiplikatoren (Lehrer, Elternverbände, Schülersprecher, Gewerkschaft u.a.) ein, um über die Zukunft der Gemeinschafts- und Regionalschulen zu diskutieren.

November 08: „Bildungsdialog Berufliche Bildung“; wir laden einen vergleichbaren Kreis zum Aufbau der RBZ ein. Gute berufliche Bildung steigert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Dezember 08: „Bildungsdialog Hochschulen“; Ziel ist es, über die Zukunft der Hochschulen und der Universitäten in Kiel zu sprechen. Wir wollen die Hochschulen noch stärker als bisher in die Entwicklung und Profilierung Kiels einbeziehen.

Januar 09: „Bildungsdialog Wissen“; hier geht es um den Wert „Bildung“ bezogen auf lebenslanges Lernen, kulturelles Lernen. Es geht um den Bildungsauftrag in den Kitas. Unser Alle Kinder müssen die Chance auf Mehrsprachigkeit haben. Deshalb ist unser Ziel, Kiel zu einer Modellregion für Mehrsprachigkeit zu machen.

Wir wissen, dass Bildung der Schlüssel für den gesellschaftlichen Aufstieg ist und wir werden der allgemeinen Unsicherheit und Zukunftsangst ganz offensiv den Wert Bildung entgegensetzen."

Keine Kommentare



Neues Layout auf der SPD-Seite

Ein neues und frisches Layout wird gerade für die Internetseiten der Kieler SPD von Dirk Lerche und Benni Raschke entworfen.

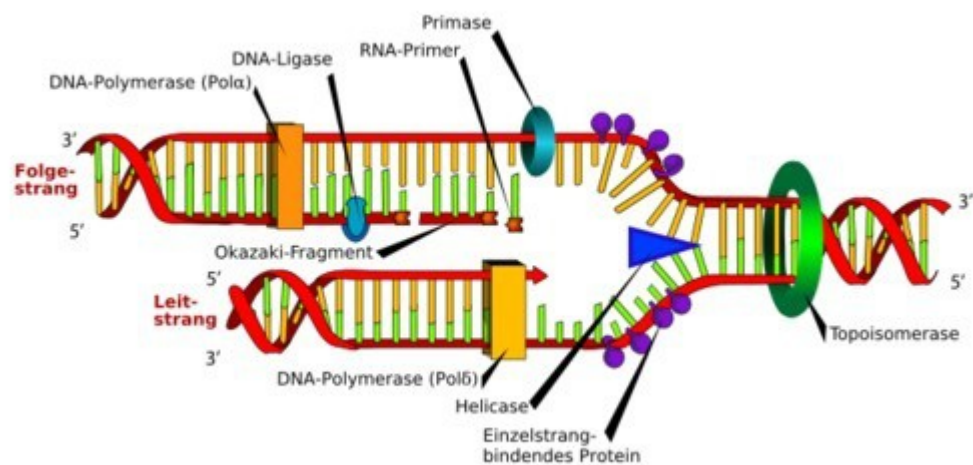
Wartet ab, es wird sicherlich nicht schlecht aussehen!

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 04.09.2008, 10:40 Uhr - 6234 Clicks - Nr. 794

Gendiagnostik-Gesetz

Als Berichterstatter der SPD Fraktion hat Dr. Wolfgang Wodarg bereits in der rot-grünen Regierung an einem Gesetz zur Regelung der Anwendung von Gen-Tests gearbeitet. Gene sind molekularbiologische Merkmale, die auch etwas über vererbare Besonderheiten eines Menschen aussagen. Schutz vor Diskriminierung und Missbrauch sowie Persönlichkeits- und Datenschutz sind vordringliche Ziele des Gesetzes.



Ein Gendiagnostik-Gesetz ist notwendig. Die Grünen/B90 hatten vor einigen Monaten unseren gemeinsamen Entwurf aus der vorigen Legislaturperiode vorgelegt, der aber deshalb scheiterte, weil er in die Zuständigkeiten von sechs Ministerien hineinregelte und gerade von den Grünen/B90 total überfrachtet worden war.

Ein Gendiagnostik-Gesetz kann jedoch z.B. im Bereich der Forschung und der Pränataldiagnostik nicht als Schutz vor Missbrauch von Wissen über biologische Besonderheiten von Menschen in allen Stadien ihres Lebens ausreichen. Wie das diesbezügliche Zusatzprotokoll zur Bioethik-Konvention soll sich deshalb auch die deutsche Regelung auf das Spezifische der Gen-Tests beschränken.

Die bei den Grünen traditionell ikonenartige Überbeanspruchung der Silbe "Gen-" als populistischer Motor für die Ausgestaltung aller Schutzbereiche führt nicht nur zu Widersprüchen, sondern verharmlost gleichzeitig alle weiteren Methoden der Enthüllung biologischer Besonderheiten von Menschen, welche gleichfalls als Werkzeug für Diskriminierung missbraucht werden können.

Ein Forschungsrahmengesetz sowie die Pflege von medizinischem Datenschutz und ärztlichem Berufsrecht bleiben deshalb wichtige öffentliche Aufgaben.

Zentrale Ziele des Gendiagnostik-Gesetzes

Durch wachsende Erkenntnismöglichkeiten wächst das Risiko des Einzelnen, aufgrund genetischer Merkmale diskriminiert zu werden.

Der Entwurf für ein Gendiagnostik-Gesetz schreibt daher vor, dass entsprechende Untersuchungen nur von Ärzten vorgenommen werden dürfen. Er legt fest, dass niemand wegen der Vornahme oder Nicht-Vornahme einer genetischen Untersuchung benachteiligt werden darf. Das geplante Gesetz stellt heimliche Vaterschaftstests unter Strafe und verbietet Versicherern, von Kunden genetische Untersuchungen zu verlangen oder ihnen vorhandene Ergebnisse mitzuteilen.

Dies gilt jedoch dann nicht - beispielsweise für Lebens- oder Berufsunfähigkeitsversicherungen -, wenn die Versicherungssumme über 250 000 Euro liegt oder eine Jahresrente von über 30 000 Euro vereinbart wurde.

Keine Kommentare

[Stormarner Kulturforum](#) - veröffentlicht am 04.09.2008, 10:59 Uhr - 6014 Clicks - Nr. 795

"Italienischer Abend" mit Björn Engholm: über 220 Besucher bei Lesung & Konzert

Die Lesung von Björn Engholm kombiniert mit dem Konzert der Sopranistin Martina Doehring war der bisherige Höhepunkt aller Veranstaltung des Bad Oldesloer Kulturforums: rund 230 Besucher erlebten in der Peter-Paul-Kirche einen wundervollen "Italienischen Abend" - minutenlangem Beifall, Zugabe und Eintragszeremonie in das Goldene Buch der Stadt Oldesloe.

Nach Begrüßung durch "Mr. Kirchenmusik" Henning Münther und "Mr. Kulturforum" Christian P. Schlichte las Björn Engholm mit wundervoll warmer sonorer Stimme Gedichte von Hans-Magnus Enzensberger, Peter Rühmkopf und Wolfgang Hildesheimer.

Der ehemalige Ministerpräsident hatte sofort zugesagt nach Oldesloe zu kommen, als Christian P. Schlichte ihn als Vorleser und Rezitator für den "Italienischen Abend" angefragt hatte. Dabei hat vielleicht auch eine Rolle gespielt, dass Engholm wie auch Schlichte auf das Gymnasium "Johanneum zu Lübeck" zur Schule gegangen sind und zudem schon Kontakt bestand über das Kulturforum Schleswig-Holstein, dessen Vorsitzender Engholm ist.



Der eigentliche "Italienische Abend" begann dann mit dem Konzert der Sopranistin Martina Doehring, die begleitet durch das Ensemble floreat um Martin Karl-Wagner die Besucher zu einer musikalischen Reise durch Italien des 18. Jahrhunderts mitnahm. Frau Doehring, die solistisch im In- und Ausland singt (u.a. Paris, Rom, Venedig, Danzig, Vilnius, Lübeck, SHMF), bezauberte die Konzertbesucher mit Ihrer Stimme. Die Texte, die Björn Engholm zwischen den Musikstücken (u.a. Mozart, Verdi, Mendelsohn-Bartholdy, Rossini) rezitierte, hatte Frau Doehring in monatelanger Recherche aus Tagebüchern, Briefen und anderen Textquellen zusammengestellt.

Nach einer Zugabe durften Doehring und Engholm sich zum Abschluss des Abends noch in das Goldene Buch der Stadt Bad Oldesloe eintragen, dass Bürgerworthalter (Stadtpräsident) Rainer

Fehrmann eigens in die Peter-Paul-Kirche mitgebracht hatte.

Der Abend wurde abgerundet durch eine Bilderausstellung mit Gemälden von Renée-Claire Roy, Kristin Deutsch, Christel Werner-Zeiss sowie Impressionen aus Venedig von Christian P. Schlichte vom Kulturforum. Den Weinverkauf übernahm das Eiscafé SAN REMO.

Fazit: eine überaus gelungene Veranstaltung des Bad Oldesloer Kulturforums.
(V.i.S.d.P.) SPD Bad Oldesloe, Bad Oldesloer Kulturforum, 4. September 2008

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 04.09.2008, 13:12 Uhr - 39503 Clicks - Nr. 796

Ulrike Rodust: Für Schleswig-Holstein in Europa

Landtagsabgeordnete ins Europäische Parlament nachgerückt

Brüssel: Die schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Ulrike Rodust hat die Nachfolge des Anfang August verstorbenen Willi Piecyk im Europäischen Parlament angetreten. Rodust hatte bei der letzten Europawahl als Ersatzbewerberin kandidiert und wurde im Rahmen der gestrigen Plenar-Sitzung zur Abgeordneten ernannt.

Europäische Politik ist für Rodust kein Neuland: sieben Jahre lang hat die frühere europapolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein im Ausschuss der Regionen in Brüssel vertreten und dabei eng mit dem Europäischen Parlament zusammen gearbeitet.



Nach Piecyks Tod das Mandat als Europaabgeordnete anzunehmen und auch über das Ende der Legislaturperiode hinaus fortzuführen, sieht die Politikerin als „meine Pflicht, vor allem aber als spannende Aufgabe“; auch wenn durch die Sitzungen in Brüssel und Straßburg ihr

Arbeitspensum noch einmal deutlich steigen wird. „Durch meine langjährigen Erfahrungen in der schleswig-holsteinischen Kommunal- und Landespolitik weiß ich, wo vielen Menschen der Schuh drückt“ begründet Rodust ihren Schritt. „Die Interessen der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner in Brüssel und Straßburg zu vertreten, ist mir ein großes Anliegen. Das beginnt bei der Meerespolitik, für die Willi Piecyk wie kein anderer stand und führt über die Interessen unserer Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen.“

In der europäischen Sozialpolitik sieht Rodust eines der wichtigsten Themen in den kommenden Jahren: „Meiner Meinung nach ist nur ein soziales Europa ein starkes Europa, in dem gute Arbeit, fairer Lohn, ein hoher Arbeitnehmerschutz und Chancengleichheit zählen.“ In Europa ist noch viel zu tun – aber auch noch viel zu erreichen, ist die Abgeordnete überzeugt. Für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 hat sich Rodust deshalb als Kandidatin für den Listenplatz 1 der schleswig-holsteinischen SPD beworben.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 04.09.2008, 15:25 Uhr - 5258 Clicks - Nr. 797

Neuansiedlung für Flüchtlinge aus Krisenregionen -

Lothar Hay wirbt für „großartiges humanitäres Projekt“

Erscheinungsdatum:
03.09.2008

Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay hat sich für eine europäisch abgestimmte Aufnahme und Integration von Flüchtlingen aus Krisenregionen ausgesprochen. Er unterstützt damit entsprechende Pläne von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble. „Wir helfen Menschen, die in einer nahezu aussichtslosen humanitären Notsituationen sind“, sagte Hay am Mittwoch (3. September) in Kiel.

Er sprach auf Einladung des Vereins „Kieler Kaufmann“ über die Zukunft der europäischen Flüchtlingspolitik. Die Neuansiedlung von Flüchtlingen, das so genannte Resettlement, komme für jene Menschen in Frage, die ohne Perspektive in Flüchtlingslagern lebten oder in einem fremden Land nur vorübergehend Schutz gefunden hätten.

Hay sieht Deutschland und die Europäische Union in der Pflicht, ein Resettlement-Programm zu erarbeiten, das Kriterien und Mechanismen der Koordinierung für die Neuansiedlung von Flüchtlingen festlegt. Der Minister appellierte an seine Kollegen in den Ländern und den Kommunen, entsprechende Pläne zu unterstützen. „Dieses großartige humanitäre Projekt kann nur freiwillig und gemeinsam gelingen“, sagte Hay. Europa müsse diese Aufgabe aktiv und solidarisch lösen.

Die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen einer Neuansiedlung wird bereits von den USA, Australien, Neuseeland, Kanada und Norwegen und von EU-Staaten wie Dänemark, Schweden, Finnland, die Niederlande, Großbritannien und Irland praktiziert. Über jährlich festgelegte Aufnahmequoten konnten im vergangenen Jahr mindestens 80 000 Menschen auf diese Weise eine neue Lebensperspektive angeboten werden. „Wenn sich alle europäischen Staaten beteiligen, können wir mehr Menschen helfen“, sagte Hay. Er erinnerte daran, dass es in Deutschland vor über 30 Jahre bereits eine Aktion gegeben habe, die mit der Neuansiedlungspolitik von heute vergleichbar sei. Mitte der Siebziger Jahre nahm die Bundesrepublik über 31.000 so genannte Boatpeople aus Indochina auf und gab ihnen eine neue Heimat.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 04.09.2008, 15:29 Uhr - 3617 Clicks - Nr. 798

"Haus sanieren – profitieren“ heute in Schleswig-Holstein gestartet

Erscheinungsdatum:

03.09.2008

Schirmherr Hay lobt Kampagne von DBU und Handwerk – Ökonomische und ökologische Vorteile

Für mehr Klimaschutz in Schleswig-Holstein: Ab sofort bieten die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU/Osnabrück) und das Handwerk mit ihrer Kampagne „Haus sanieren – profitieren!“ kostenlose Energie-Checks für Ein- und Zweifamilienhausbesitzer an.

Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay ist überzeugt, dass das bundesweite Beratungsprogramm Früchte tragen wird. „Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt leistet damit einen

wichtigen Beitrag, um das öffentliche Bewusstsein für einen sparsamen Umgang mit Energie weiter zu stärken.“ Heute feierte er als Schirmherr gemeinsam mit dem Präsidenten der Handwerkskammer Schleswig-Holstein, Carsten Jensen, und DBU-Abteilungsleiter Dr. Wulf Grimm den Kampagnenstart. Nach einer Pilotphase 2007 breitet die DBU die Initiative Schritt für Schritt bundesweit aus. Insgesamt bieten bereits über 4.500 Betriebe aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Hamburg den unverbindlichen Energie-Check an. In Schleswig-Holstein sind es zurzeit über 100 Handwerker.

Ziel von „Haus sanieren – profitieren“ sei es, Hausbesitzer zu motivieren, ihre Immobilien fit für die Zukunft zu machen, betonte Grimm im Pressezimmer des Landtags. Schließlich würden sanierte Häuser Energie sparen und die Umwelt schonen. „Von den rund 15 Millionen Ein- und Zweifamilienhäusern in Deutschland sind etwa zwölf Millionen vor 1984 gebaut worden und zu großen Teilen sanierungsbedürftig. Es ist höchste Zeit, dass wir uns verstärkt um Gebäude im Bestand kümmern“, betonte er. Schon heute verbrache eine Durchschnittsfamilie 80 Prozent ihrer Energie im Haushalt fürs Heizen – bei weiter steigenden Kosten. „Privathäuser verbrauchen sogar noch mehr Energie als die Industrie hierzulande“, so Grimm. Mit zusätzlichen Dämmungen, neuen Fenstern oder einer modernen Heizungsanlage ließe sich das ändern. Mit energiesparenden Maßnahmen könnten private Haushalte bundesweit jährlich bis zu 135.000 Tonnen Kohlendioxid einsparen.

Die Energie-Checks der Handwerksbetriebe können nach Ansicht von Minister Hay eine neutrale und ausführliche Fachberatung und Energieausweise nicht ersetzen, „sie sind aber für Eigentümer eine Initialzündung für weitere Überlegungen zur energetischen Modernisierung der eigenen vier Wände.“ Der Check vermittele als Einstieg ins Thema einen groben Eindruck über den Zustand des Hauses.

Die Voraussetzungen für einen Erfolg der Kampagne sind nach Hays Worten in Schleswig-Holstein gut. Neben den Angeboten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) stelle die Landesregierung in ihrem eigenen Programm zur Wohnraumförderung Gelder für die Modernisierung zur Verfügung. Sparkassen, Banken, viele Energieberater und die Investitionsbank lieferten die passende Finanzierungsberatung. Nach Angaben des Ministers ist von den rund 1,4 Millionen Wohnungen in Schleswig-Holstein etwa ein Drittel bereits modernisiert. „Das ist kein schlechter Wert“, sagte Hay. Allerdings reiche er nicht aus, um die energiepolitischen Ziele zu erreichen. Besonders die Energiestandards müssten noch weiter verbessert werden. „Es gibt noch erhebliche Einsparpotentiale, die durch eine konsequente Modernisierung erschlossen werden müssen“, sagte der Minister.

Das Handwerk sei ein kompetenter Partner für die breite Ansprache der Hausbesitzer. Mit der Kampagne könnten Handwerker Aufträge erhalten, Kundenbindungen festigen und Arbeitsplätze sichern. „Wir tun alle etwas für die Umwelt. Und geeignete Maßnahmen zur Energieeinsparung sind aus unserer Sicht sicherlich zunächst einmal das beste Mittel, um etwas für den Klimaschutz zu tun“, betonte Jensen. Mit der direkten Ansprache der Hausbesitzer könnten Personen informiert werden, die durch die bisherigen Kampagnen nicht erreicht wurden. Bundesweit reche die DBU mit über 20.000 Kooperationspartnern, so Grimm. Ein typisches DBU-Projekt: Die weltweit größte Umweltstiftung hat mit ihrer Förderung vor allem kleine und mittlere Unternehmen im Fokus.

Jensen lobte die „gute Resonanz“ bei den Handwerkern in der Vorbereitungsphase der neuen Kampagne: „Die ersten Handwerkerschulungen waren gut besucht. Die Aktion kommt beim Handwerker an“, erläuterte er. Besonders viele Schulungen haben vorm Auftakt die Kreishandwerkerschaften Stormarn und Nordfriesland-Nord und das Bildungszentrum der Handwerkskammer Lübeck angeboten. Die Handwerker stehen in den Startlöchern, um die kostenlosen Energie-Checks durchzuführen. Und die Zahl steigt: „In ganz Schleswig-Holstein

werden weiter Schulungen zur Kampagne angeboten“, so Jensen. Interessierte Hausbesitzer finden DBU-Kooperationspartner in ihrer Nähe unter www.sanieren-profitieren.de.

Ansprechpartner bei der DBU:

Franz-Georg Elpers
- Pressesprecher -
Katja Cherouny
Anneliese Grabara

An der Bornau 2
49090 Osnabrück
Telefon: 0541 9633521
Telefax: 0541 9633198
E-Mail: presse@dbu.de
www.dbu.de
www.sanieren-profitieren.de

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 05.09.2008, 08:27 Uhr - 3026 Clicks - Nr. 799

Bildung muss gemeinsame Aufgabe sein

Zur heutigen Pressekonferenz von Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave zum Schuljahresanfang erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Die Schulreform ist ein voller Erfolg: Die Zahl der jungen Menschen, die keinen Schulabschluss geschafft haben, ist deutlich zurückgegangen; der Anteil der Absolventen mit Hochschulreife wächst; das Zentralabitur hat nicht zu einer Verschlechterung der Abschlüsse geführt und der Einstieg in die neuen Schularten ist gelungen.

Das deutsche Bildungssystem ist aber – auch in Schleswig-Holstein noch weit davon entfernt, wirkliche Teilhabegerechtigkeit zu gewährleisten. Deswegen muss es weiterhin Aufgabe aller staatlichen Ebenen sein, der Bildung die oberste Priorität einzuräumen.

Wir werden deshalb mit den Schulträgern über die Umsetzung der Schulreform und ihre Auswirkungen auf den Schulbau reden. Es wäre aber nicht akzeptabel, wenn einzelne Kommunen versuchen würden, den bereits seit langem bestehenden Investitionsstau an den Schulen mit Verweis auf die Mehrkosten für Gemeinschaftsschulen einfach auf das Land abzuwälzen.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 05.09.2008, 08:36 Uhr - 3843 Clicks - Nr. 800

Unabhängigkeit der Justiz wird gestärkt

Zu den Entscheidungen und Plänen des Justizministers erklärt der Vorsitzende des Justiz-Arbeitskreises der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Es ist richtig und deshalb zu begrüßen, dass der Generalstaatsanwalt nicht mehr politischer Beamter ist – damit hat Justizminister Döring eine zentrale Forderung der SPD-Landtagsfraktion erfüllt. Wir

entkoppeln dieses Amt von parteipolitischem Einfluss und stärken die Unabhängigkeit der Justiz. Die Forderung nach neuen Stellen für Staatsanwälte ist vor dem Hintergrund der bestehenden Überlastung der Staatsanwaltschaften ebenso richtig wie bekannt. Dies wird Thema in den Haushaltsberatungen der Fraktion werden; dort werden auch die Chancen der Umsetzung bewertet.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 05.09.2008, 10:28 Uhr - 6537 Clicks - Nr. 801

Aktionsprogramm gegen Linksradikalismus entpuppt sich als „Wahlkampf-Ente“

Aktionsprogramm gegen Linksradikalismus entpuppt sich als „Wahlkampf-Ente“ des Kreispräsidenten stellt Thorsten Fischer fest.

„Der Kreispräsident ist mit seiner Initiative „Aktionsprogramm gegen Linksradikalismus“ als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet“ Bei seiner sarkastischen Kritik bezieht sich Thorsten Fischer -jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion und Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses- auf eine Mitteilung des Jugendschutz der Kreisverwaltung, dem „keine besondere Problemsituation mit Linksradikalen bekannt sei“.

Der Kreistag hatte unmittelbar vor der Kommunalwahl auf Antrag der CDU beschlossen, insbesondere junge Menschen im Kreis Pinneberg u.a. „über die Auswüchse des Linksradikalismus“ aufzuklären. Für die Kampagne wurden 2.800,00 € zur Verfügung gestellt. Bereits bei der Entscheidung des Kreistages hatte die SPD den maßgeblich vom Kreispräsidenten Tiemann betriebenen Beschluss als „Wahlkampfpropaganda zu Lasten des Steuerzahlers“ kritisiert. Beifall erhielt Tiemann insbesondere von der rechtsradikalen NPD, die mit der Aktion die CDU „auf gutem Kurs“ sah.

Die Mitteilung der Verwaltung bestätigt für Fischer, dass der Kreispräsident mit seiner Aktion lediglich im rechtsradikalen Rand Wählerstimmen „fischen“ wollte. Fachliche Kompetenz und Rücksicht auf die Kreisfinanzen spielten dabei keine Rolle. Fischer erwartet jetzt von der CDU, dass auch sie das Aktionsprogramm „endgültig zu den Akten legt“.

Keine Kommentare

[Jusos Segeberg](#) - veröffentlicht am 05.09.2008, 11:16 Uhr - 8660 Clicks - Nr. 802

Die CDU als Totengräber der Demokratie

Niederlagen kann die CDU offenbar nicht verkraften. Das wird umso mehr deutlich, seit die Landratswahl verloren wurde. Man schreckt dort inzwischen nicht einmal mehr davor zurück, mit Mafia-Methoden gegen die demokratisch gewählte Landrätin vorzugehen.

Die Bornhöveder Bürgermeisterin Helga Hauschildt klagt - als Strohfrau - gegen den Wählerwillen. Und zwar mit Hilfe von „Hintermännern“, die noch nicht mal den Mut aufbringen, ihren Namen für diese Niederträchtigkeit herzugeben. Das grenzt an Psychoterror. Dabei spielt Frau Hauschildt nur eine nebensächliche Rolle, „dies kommt aus den selben Kreisen, aus denen das Geld für den Stritzl-Wahlkampf kam“, ist sich Juso-Vorstandsmitglied Frederik Digulla sicher.

Und welches Demokratieverständnis in dieser Partei inzwischen vorherrscht wird deutlich, wenn der Kreisvorsitzende Gero Storjohann angibt, dass die Einsprüche gegen das Wahlergebnis abgelehnt worden seien, weil das Innenministerium in SPD-Händen ist. „Da kann man nur noch den Kopf schütteln“, merkt Frederik Digulla an. „Wie soll Demokratie einen Bundestagskandidaten Storjohann verkraften, wenn er selbst als CDU-Kreisvorsitzender versagt“, fragt sich

Vorstandssprecher Alexander Wagner. Wegen einer Landratswahl erschüttert die CDU das Demokratieverständnis tausender Bürger und macht den Kreis Segeberg somit auf peinliche Art und Weise über die Landesgrenzen hinaus bekannt. „Ich glaube die CDU irrt, wenn sie glaubt den Wählerwillen nach Gutdünken manipulieren zu können“, stellt Digulla abschließend fest.

Kommentar von [Andre Verges](#) vom 25.09.2008, 11:47 Uhr:

RE:Die CDU als Totengräber der Demokratie

Liebe Jusos, ihr verdreht leider einige Tatsachen. Frau Hauschildt hat sich als Wählerin im Kreis Segeberg aus eigenem Anlass entschlossen zu klagen. Das halten wir für sehr vorbildlich. Frau Hausschildt ist eine Dame, die sehr viel Courage besitzt und nur möchte, dass die Demokratie gewahrt wird und Wahlen korrekt durchgeführt werden. Dies sollte das Interesse aller demokratischen Parteien sein. Deshalb erhält sie von der CDU und der JU auch die vollste Unterstützung. Dass die SPD ihr Anliegen nicht unterstützt, enttäuscht uns aber auch sehr. Des Weiteren hätte es diese ganzen Probleme nicht gegeben, wenn die SPD im Kreiswahlausschuss einer Nachzählung zugestimmt hätte. Es gab nämlich klare Vorkommisse bei der Stimmenauszählung, die das Wahlergebnis sehr unglaubwürdig machen. Zu der Aussage von Herrn Storjohann ist zu sagen, dass es doch recht komisch erscheint, wenn ein Innenministerium, dass von dem SPD Innenminister Lothar Hay geleitet wird, nicht die klaren Missstände offen legt und richtig handelt. Ob wir mit dieser Vermutung Recht haben werden, werden wir nun im Januar sehen. Ich hoffe dass ihr diese Tatsachen anerkennt und lernt Recht von Unrecht zu unterscheiden. Falls Ihr etwas nicht verstanden habt, schreibt mir eine Mail an averges87@googlemail.com und ich helfe Euch gerne weiter. Mit freundlichen Grüßen Andre Verges Kreisvorsitzender der JU Segeberg

Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 05.09.2008, 12:19 Uhr:

RE: Die CDU als Totengräber der Demokratie

Angesichts dieses Demokratieverständnisses bei CDU-Mitgliedern ist es schon verwunderlich, dass die SPD mit der CDU in verschiedenen Koalitionen steht, aber bei den "Linken" immer nur Probleme sieht.

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 05.09.2008, 12:50 Uhr - 43713 Clicks - Nr. 803

Unterlagen zum außerordentlichen Landesparteitag

Liebe Genossinnen und Genossen,

alle Unterlagen zum außerordentlichen Landesparteitag der SPD SH am Samstag, dem 13. September 2008, findet ihr ab sofort zum Download auf www.spd-sh.de!

Einfach auf der Startseite auf den Parteitagsbutton klicken (weiter unten rechts) und schon könnt ihr euch die Kandidatenvorstellungen zur Liste für die Europawahl ansehen, die Anträge abrufen oder die Regularien etc.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 08.09.2008, 06:38 Uhr:

RE:Unterlagen zum außerordentlichen Landesparteitag

Hier die Kurzform für das Erreichen der Unterlagen. <http://www.spd-schleswig-holstein.de/index.php?sp=de&id=3870>

"Das Land muss Kiel bei Investition....."

.....in Folge der Schulreform Hilfe leisten!"

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski und die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Anke Erdmann erklären:

„Mit dem neuen Schulgesetz und der darin verankerten Gemeinschaftsschule setzt Schleswig-Holstein in der Bildungspolitik Maßstäbe und ist bundesweit Vorreiter. Die rot/grüne Rathauskooperation wird diesen Kurs für mehr Bildungsgerechtigkeit in Kiel nunmehr zügig umsetzen. Wir sehen dabei die große Koalition im Land in besonderer Verantwortung.

Die Landeshauptstadt Kiel hat unter SPD-Mehrheit ein Sondersanierungsprogramm im zweistelligen Millionenbereich begonnen. Dieses wurde zusätzlich zu den jährlichen Investitionen für Instandhaltung und Modernisierung der Kieler Schulen geleistet. Das Sondersanierungsprogramm war und ist ein erheblicher finanzieller Kraftakt, den die Stadt ohne Hilfe des Landes seit Jahren, auch unter Schwarz/Grün unvermindert weitergeführt hat.

Dem Land ist die Finanzlage der Landeshauptstadt Kiel bekannt. An dieser schlechten Finanzsituation ändern auch einmalige Sondereinnahmen bei der Gewerbesteuer nichts. Das Land muss die Landeshauptstadt Kiel und alle anderen Kommunen bei den Investitionen, die in Folge der Schulreform notwendig geworden sind, unterstützen. Bis zum Beginn des Schuljahres 2010/11 müssen alle Kieler Schulen für rund 10 Mio. € entsprechend umgestaltet werden, um den Mindestanforderungen des Schulgesetzes zu entsprechen. Darin sind sich alle Fraktionen im Rat einig.“



Keine Kommentare

„Alternative zum Wohnen im Heim“ –

In Kaltenkirchen entsteht Pilotprojekt schleswig-holsteinischer Sozial- und Wohnungspolitik

Erscheinungsdatum:
04.09.2008

In der Metropolregion Hamburg fiel am Donnerstag (4. September) der Startschuss für ein besonderes Pilotprojekt schleswig-holsteinischer Sozial- und Wohnungspolitik. In dem neuen Wohnquartier Lindenhain in Kaltenkirchen (Kreis Segeberg) entstehen Wohnungen, in denen Menschen mit und ohne Behinderung zusammen leben können. Auf dem Richtfest für das erste Haus sprach

Die Wohnungen seien nicht nur aufgrund der barrierefreien Bauweise und der technischen Einrichtungen für behinderte Menschen gut geeignet, es werde auch auf soziale Integration geachtet. „Hier finden Menschen, die ihren Alltag noch selbst bewältigen können, ein Zuhause nach ihren Bedürfnissen“, sagte Hay. Sie seien eingebunden in das Netz der Leistungen der Behindertenhilfe und könnten die Art der ambulanten Unterstützung frei wählen. „Kaltenkirchen bietet eine echte Alternative zum Wohnen im Heim“, meinte der Minister.

Das Land fördert mit einem Darlehen in Höhe von rund vier Millionen Euro den Bau von insgesamt 60 Wohnungen und einem Gemeinschaftshaus. Für einige Wohnungen wurden die Einkommensgrenzen angehoben, um eine stabile soziale Mischung im Quartier zu gewährleisten. Hay sagte, er sei froh, dass es gelungen sei, gerade in der Metropolregion mit ihren eher höheren Mieten eine Gruppe von Menschen angemessen mit Wohnraum zu versorgen, die sich aus eigener Kraft auf dem Wohnungsmarkt kaum helfen könne. „Wir werden die staatlichen Gelder aus unserem Wohnrauförderungsprogramm auch künftig einsetzen, um gezielt Menschen mit Behinderung, alten Menschen und jungen Familien mit geringem Einkommen zu helfen“, sagte der Minister.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 05.09.2008, 15:48 Uhr - 4397 Clicks - Nr. 806

Ab Montag bundesweit einheitliche Einbürgerungstests

Lothar Hay: Tests helfen Ausländern bei der Orientierung in Deutschland

Erscheinungsdatum:

29.08.2008

Mit Beginn der neuen Woche müssen Ausländer einen Test bestehen, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen wollen. Das sieht eine Rechtsverordnung des Bundesinnenministeriums vor, die am 1. September 2008 in Kraft tritt. Sie gilt bundeseinheitlich und regelt Art und Umfang, die einzelnen Lerninhalte sowie die Modalitäten für einen erfolgreichen Abschluss des Einbürgerungstests

Die Forderung nach einem Einbürgerungstest kam aus den Ländern und war Teil eines Kompromisses unter den Innenministern, der unter maßgeblicher Mitwirkung Schleswig-Holsteins zustande kam.

Nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz haben Ausländer einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie beispielsweise seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland leben, ein unbefristetes Aufenthaltsrecht haben, für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen können, nicht vorbestraft sind und ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache, der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland haben.

Der Einbürgerungstest muss nicht nur von neuen Bewerbern um die deutsche Staatsangehörigkeit abgelegt werden, auch Ausländer, die nach dem 30. März 2007 einen Einbürgerungsantrag gestellt und über deren Anträge am 1. September 2008 noch nicht entschieden wurde, müssen in dem Test Kenntnisse über die Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland nachweisen. Davon befreit sind Jugendliche unter 16 Jahren und Menschen, die durch Krankheit, Behinderung oder aufgrund ihres Alters beeinträchtigt sind. Ein deutscher Schulabschluss wird als Nachweis auch akzeptiert.

Nach Ansicht von Innenminister Lothar Hay unterstützt der Test die Integration. Er erschwere nicht die Einbürgerung, sondern helfe den Ausländern bei der Orientierung in der deutschen Gesellschaft. Die meisten Fragen seien gut zu beantworten. Der Schwierigkeitsgrad liege unter dem Niveau der Berufsschüler und der deutschen Erwachsenen mit Hauptschulabschluss. „Die Menschen bekommen grundlegende Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung unseres Landes“, sagte der Minister. Der Test trage dazu bei, dass sich ein Ausländer aktiv mit seiner Zukunft als deutscher Staatsbürger auseinandersetzen müsse. Das erhöhe die Chancen für eine erfolgreiche Integration.

Schleswig-Holstein hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg mit der technischen Durchführung des Einbürgerungstests beauftragt. Das Bundesamt wird beispielsweise die Prüfungsbögen zur Verfügung stellen, den Test auswerten und den Testteilnehmern ihre Ergebnisse mitteilen. Die praktische Organisation des Tests übernimmt in Schleswig-Holstein der Landesverband der Volkshochschulen. Er koordiniert die Prüfungstermine der örtlichen Volkshochschulen und anderer Organisationen und Vereine, die Angebote für die Integration von Migranten machen. Dadurch kann jedem Teilnehmer schon sehr rasch ein Termin für seinen Einbürgerungstest angeboten werden. Der Test kostet 25 Euro. Er kann beliebig oft wiederholt werden.

Einbürgerungswillige Ausländer erhalten gezielt Hilfe, um sich auf den Einbürgerungstest vorzubereiten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entwickelt zurzeit eine entsprechende Broschüre, auch ein Mustertestbogen soll ins Internet gestellt werden. Außerdem bietet das Bundesamt Integrationskurse an, in denen den Einbürgerungsbewerbern ausreichende deutsche Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und Geschichte in Deutschland vermittelt werden. Die Integrationskurse bestehen aus einem Sprachkurs mit mindestens 600 Stunden und einem Orientierungskurs von 45 Stunden. Sind ausreichende deutsche Sprachkenntnisse bereits vorhanden, reicht eine Teilnahme an dem Orientierungskurs. In einigen Orten werden auch Einbürgerungskurse angeboten, etwa von den Volkshochschulen. So hat die Volkshochschule Ahrensburg einen Vorbereitungskurs auf den Einbürgerungstest bereits in ihr Herbstprogramm aufgenommen.

Wer einen Einbürgerungstest ablegen will, wendet sich an den Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e. V., Holstenbrücke 7, 24103 Kiel, Telefon: 0431- 979840, Telefax: 0431-96685, E-Mail: lv@vhs-sh.de

Wer einen Integrationskurs besuchen möchte, wendet sich an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Außenstelle Lübeck, Vorwerker Straße 103, 23554 Lübeck, Telefon: 0451 4006-0, Telefax: 0451 4006-199, E-Mail: M15Posteingang@bamf.bund.de

Zwischen 1987 und 2007 wurden in Schleswig-Holstein rund 87.700 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert, davon 3.980 in 2007, 7,6 Prozent weniger als 2006 mit 4.308 Einbürgerungen. Die meisten Menschen, die 2007 eingebürgert wurden, kamen aus der Türkei (973 Einbürgerungen), dem Irak (416 Einbürgerungen), Polen (318 Einbürgerungen) und Serbien (260 Einbürgerungen). Drei Viertel aller Eingebürgerten leben bereits mehr als acht Jahre, fast 28 Prozent sogar schon länger als 15 Jahre in Deutschland.

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92 , 24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Aufruf: "Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht stärken"

Die Einkommensverteilung klafft so weit auseinander wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Ursache ist die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Schwächung der Tarifautonomie. Der Befund des neuen Armuts- und Reichtumsberichts (ARB) der Bundesregierung fordert eine sozialdemokratische Antwort. Ich unterstütze den Aufruf "Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht stärken". Es ist ein wichtiger Beitrag zur inhaltlichen Diskussion für das kommende Jahr.

Der Befund des neuen Armuts- und Reichtumsberichts (ARB) der Bundesregierung zu den Lebenslagen in Deutschland fordert eine sozialdemokratische Antwort.

Die Einkommensverteilung klafft so weit auseinander wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Ursache ist die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Schwächung der Tarifautonomie.

Aber auch Bund und Länder werden in den letzten Jahren immer weniger ihrer Aufgabe gerecht, durch eine entsprechende Finanz-, Steuer-, Vermögensbildungs- und Sozialpolitik die Einkommen je nach sozialer Belastbarkeit und zum Wohle der Allgemeinheit umzuverteilen.

Das alles führt dazu, dass:

- * die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht,
- * die Angst der Mittelschicht vor Armut wächst und
- * die Aufstiegsmöglichkeiten geringer werden, weil die Eliten sich zunehmend abschotten.

Vermögensverteilung und Armutsrisiko

Die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich zeigt sich vor allem in der Verteilung der Vermögen. Rund zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland verfügen über kein oder nur ein sehr geringes Vermögen (laut 3. Armuts- und Reichtumsbericht besitzen 50% der Bevölkerung lediglich 2% des Vermögens). Andererseits verfügen die wohlhabendsten 10% der Haushalte über mittlerweile fast 60% des gesamten Vermögens (2. ARB: 46,5%). So steigerten allein die 300 reichsten Deutschen im letzten Jahr ihre Vermögen um 80 Milliarden Euro auf 475 Milliarden Euro. Das Armutsrisiko lag im 1. ARB bei 12,1%, im 2. ARB bei 13,5% und im 3. ARB bei 18%(SOEP). Für Kinder ist das Armutsrisiko von 15% im Jahr 2003 auf 26% im Jahr 2005(SOEP) angestiegen.

Beschäftigungssituation

Zwar ging die Arbeitslosenquote zurück (von 13% in 2005 auf 10,1% in 2007), die Armutslöhne nahmen allerdings zu. Der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich lag 2005 bei 36,4%. Ursache hierfür ist die massive Ausweitung des Niedriglohnsektors. Prekäre Beschäftigung drückt auf das allgemeine Lohnniveau (Lohndumping). Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen ist stetig gesunken: Von 19.255 Euro im Jahr 2002 auf 18.778 Euro im Jahr 2005. Gleichzeitig kam es zu einer stark gestiegenen Spreizung der Lohnneinkommen zwischen den Armutslöhnen einerseits und Managergehältern andererseits. Die Kaufkraft sinkt (Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Kraftstoff und Energie), die Mittelschicht schrumpft.

Diese Entwicklung, die im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aufgezeigt

wird, müssen wir umkehren. Politische Entscheidungen der vergangenen Jahre, die diese Entwicklung bewirkt bzw. verstärkt haben, müssen korrigiert werden. Klar muss sein: Die SPD ist die einzige Partei, die die Kraft und den Willen hat, Armut in Deutschland zu bekämpfen und Aufstiegschancen zu garantieren.

(Nach der Statistik, die im 1. und 2. ARB angewandt wurde (SOEP: Sozio-ökonomisches Panel), liegt die Einkommensarmutsrisikoquote 2005 bei 18% (2003: 13,5%) und ist die Armutsrisikoquote für Kinder auf 26% gestiegen (2003: 15%). Die Daten, die im 3. ARB nach der Methode EU-SILC (Community Statistics on Income and Living Conditions) erhoben wurden, zeigen eine nicht ganz so negative Bilanz, sind aber nicht vergleichbar. In der Öffentlichkeit darf nicht der Eindruck entstehen, die SPD würde im 3. ARB die Ergebnisse beschönigen.)

Durch sozialdemokratische Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik

- * Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns.
- * Beschränkung von Leiharbeit und Abschaffung der Befristung ohne Sachgrund.
- * Gleiche Rechte für LeiharbeiterInnen und Stammbeschaftete.
- * Begrenzung der Höchststundenzahl im Rahmen eines Minijobs auf 15 Stunden, Einbeziehung aller Beschäftigungsverhältnisse oberhalb einer Bagatellgrenze in die Sozialversicherungspflicht. Gesetzliche Regelung für Praktikanten/Praktikantinnen.
- * Umwandlung der 1-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.
- * Ausbau von Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.
- * Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors, insbesondere im vorschulischen und schulischen Bereich (Ganztageseinrichtungen mit qualifiziertem Personal).

Durch sozialdemokratische Bildungsoffensive

- * Recht auf Bildung für alle.
- * Flächendeckendes und gebührenfreies Angebot von Ganztagesbetreuungsangeboten und Ganztagschulen.
- * Längeres gemeinsames Lernen: Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems.
- * Gebührenfreiheit des Erststudiums und Eintreten für ein angemessenes Bafög.
- * Weiterentwicklung des Übergangssystems - qualifizierte Abschlüsse statt Warteschleifen.
- * Stärkung der Weiterbildung.

Durch einen starken Sozialstaat

- * Entwicklung der Rente zu einer universalen Sozialversicherung (orientiert am Schweizer-Modell): Alle zahlen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit ein, aus allen Einkommensarten und ohne Beitragsbemessungsgrenze. Mindestrente bei langjähriger Beitragszahlung oberhalb des Niveaus der Grundsicherung und Deckelung der Rentenhöhe. Zusätzlich obligatorische Betriebsrente. Zurücknahme der Rente mit 67.
- * Fortführung der Altersteilzeitregelung und Einführung einer Altersgleitzeitregelung (flexible Übergänge ins Rentenalter). Teilrente attraktiv machen.
- * Entwicklung der Krankenversicherung / Pflegeversicherung zu Bürgerversicherungen und Finanzierung eines höheren Anteils aus Steuermitteln. Zurücknahme der Zuzahlungen und Praxisgebühren im Gesundheitswesen und Aussetzung des Gesundheitsfonds.
- * Anhebung der Hartz IV-Regelsätze und Einführung eines eigenständigen Regelsatzes für Kinder, Ausweitung der einmaligen Bedarfe, deutliche Anhebung des Vermögensfreibetrages.

Durch gerechte Steuern

- * Wiedereinführung der Vermögenssteuer, weil bereits ein Vermögenssteuersatz von 1% zu Mehreinnahmen von 16 Milliarden Euro führen würde (bei einem Freibetrag von 500.000 Euro), die für Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung verwendet werden.
- * Ausgestaltung der Erbschaftssteuer mit dem Ziel eines Aufkommens von wenigstens 10 Mrd. Euro, bei hohen Freibeträgen für Ehegatten und Kinder.
- * Steuerwettbewerb begrenzen durch Harmonisierung des Unternehmenssteuerrechts und Gewährleistung von Mindeststeuersätzen auf europäischer Ebene, um die Steuerzahlung internationaler Unternehmen zu sichern.
- * Steueroasen trocken legen: Verstärkte Bekämpfung von Steuerhinterziehung durch personelle Verstärkung bei Betriebsprüfungen sowie Steuerfahndung durch die Länder und Erhöhung des politischen Drucks auf internationaler Ebene.
- * Neujustierung der Progression bei der Einkommenssteuer. Die unteren und mittleren Einkommen müssen entlastet, höchste Einkommen stärker belastet werden.
- * Wiedereinführung einer Entfernungspauschale mit einer spürbaren sozialen Komponente.
- * Neuorientierung des Familienleistungsausgleichs: Vom Ehegattensplitting zu kinderbezogenen Leistungen.

Die SPD ist die einzige Partei, die die Kraft und den Willen hat, Reichtum zu nutzen, Armut zu bekämpfen und die Mittelschicht zu stärken. Über gerechtere Steuern und eine sozialdemokratische Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik wollen wir eine Bildungsoffensive und einen starken Sozialstaat finanzieren.

Ein große Gruppe von Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner hat am Montag dem Parteivorstand das Papier "Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht stärken" vorgelegt. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und verschiedener Gewerkschaften verstehen den Aufruf als Beitrag zur inhaltlichen Diskussion des Wahl- und Regierungsprogramms für das kommende Jahr.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 06.09.2008, 15:59 Uhr - 4740 Clicks - Nr. 808

Lothar Hay: Feierliche Gelöbnisse sind fester Bestandteil

der demokratischen Kultur und gehören in die Öffentlichkeit

Erscheinungsdatum:

05.09.2008

Feierliche Gelöbnisse der Bundeswehr gehören nach Ansicht von Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay in die Öffentlichkeit. „Wer unsere Soldatinnen und Soldaten hinter Kasernentoren verstecken will, grenzt sie bewusst aus der Gesellschaft aus“, sagte Hay am Freitag (5. September) vor Rekruten des Spezialpionierbataillons 164 aus Husum und des Lazarettregiments 11 aus Seeth, die auf dem Marktplatz in Husum (Kreis Nordfriesland) zu ihrem feierlichen Gelöbnis angetreten waren. Öffentliche Gelöbnisse seien ein fester Bestandteil der demokratischen Kultur. Die Bundeswehr könne dabei auf die breite Zustimmung und den Respekt der Bevölkerung setzen.

Hay bekannte sich zur Notwendigkeit einer Wehrpflichtarmee. Die Frauen und Männer aus dem Grundwehrdienst bildeten das Rückgrat der Bundeswehr im eigenen Land. Ohne deren Unterstützung könnte Deutschland seine internationalen Verpflichtungen für Auslandseinsätze nicht

erfüllen. Hay sicherte den Rekruten zu, dass die Politik deutsche Soldaten niemals leichtfertig in Auseinandersetzungen schicken werde. Der Einsatz von Militär könne immer erst am Ende aller Möglichkeiten in Betracht kommen. „Es ist unsere Aufgabe, Krisen in der Welt auf allen Ebenen mit den Mitteln der Politik und Diplomatie zu entschärfen“, sagte Hay. In Auslandseinsätzen der Bundeswehr gehe es ausschließlich um die Wiederherstellung und Sicherung von Frieden, Freiheit und Menschenrechten.

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 06.09.2008, 16:02 Uhr - 3321 Clicks - Nr. 809

125 Jahre Feuerwehr Hattstedt-Wobbenüll;

Lothar Hay unterstützt Kampagne „Frauen an den Brandherd“

Erscheinungsdatum:
06.09.2008

Innenminister Lothar Hay hat die Frauen im Lande aufgerufen, sich verstärkt in den freiwilligen Feuerwehren zu engagieren. „Wir brauchen mehr Frauen in den Einsatzabteilungen“, sagte Hay am Samstag (6. September) auf der 125-Jahr Feier der Freiwilligen Feuerwehr Hattstedt-Wobbenüll (Kreis Nordfriesland).

In den Dörfern seien heute hauptsächlich Frauen die Garanten dafür, dass die Feuerwehr tagsüber schnell ausrücken könne. Der Minister sagte, er unterstütze daher ausdrücklich die Werbekampagne der Feuerwehren „Frauen an den Brandherd“.

Hay lobte die Jugendarbeit der Freiwilligen Feuerwehr Hattstedt-Wobbenüll, deren Jugendabteilung 24 junge Leute angehören. Es sei wichtig, dass die Jungen und Mädchen mit Begeisterung dabei seien, um später auch in die Erwachsenenwehr einzutreten. „Eine engagierte Jugendarbeit ist die Voraussetzung dafür, dass eine freiwillige Feuerwehr eine Zukunft hat“, sagte der Minister. Außerdem sei es für eine positive gesellschaftliche Entwicklung wichtig, junge Menschen sinnvoll zu beschäftigen und sie spielerisch zur Übernahme sozialer Verantwortung zu führen.

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Europarat kennen lernen!

Europa ist viel größer als die EU : Anlässlich des heutigen Besuches des Generalsekretärs des Europarates Terry Davis in der Region Flensburg-Schleswig möchte ich auf diese wichtige gesamteuropäische politische Organisation aufmerksam machen. In Deutschland ist der Europarat ein weithin unbekanntes Wesen, was vor allem an der Vernachlässigung durch Medien liegt.



Das Parlament der Parlamente von 47 europäischen Staaten trifft sich vier Mal im Jahr zu Sitzungen in Strassburg, die übrige Zeit finden in Paris und ausnahmsweise auch in weiteren Städten der Mitgliedsländer Kommissionssitzungen statt. Da werden oft ganz andere Themen diskutiert als auf EU-Ebene, wo sich vieles um rein wirtschaftliche Fragen dreht. Im Europarat hingegen geht es um Demokratie und Menschenrechte.

Den Europarat gibt es seit fast 60 Jahren. Er steht in der gesamten Zeit für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität, für Vielfalt und Toleranz. Das sind die Werte, die Europa in seinem Kern zusammenhalten. Erst auf der Grundlage anerkannter gemeinsamer Werte konnte in Europa ein historisch neues Miteinander entstehen, das zu einer Periode der Geschichte geführt hat, in der kriegerische Auseinandersetzungen sehr viel weniger geworden sind.

Die Werteorientierung der Länder, die im Europarat vertreten sind, kommt vor allen Dingen in der Menschenrechtskonvention zum Ausdruck. Sie garantiert den 800 Millionen Menschen in Europa Schutz vor staatlicher Willkür. So können sie vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen eine Verletzung ihrer Grundrechte klagen. Das ist ein weltweit einzigartiges Menschenrechtssystem.

Die Europäische Menschenrechtskonvention gab es lange, bevor wir in der Europäischen Union über eine Grundrechte-Charta diskutiert haben. Die EU in ihrer heutigen Form wäre also ohne die Vorarbeit des Europarats undenkbar.

Es reicht aber nicht, dass wir Rechte haben, die wir gegenüber unseren Staaten einklagen können, weil wir sind nur dann frei, wenn wir selbst aktiv sein können und dürfen. In denjenigen Ländern, in denen es jahrzehntlang oder gar noch niemals möglich war, dass Menschen aktiv auf ihr Leben Einfluss nehmen können anstatt ihr Schicksal hinnehmen zu müssen, ist dies ein großer Lernprozess. Seit vielen Jahren praktiziert der Europarat genau dies mit den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, und diesen Prozess voranzubringen, wird noch einige Jahrzehnte dauern. Der Monitoring-Prozess ist deshalb eine wichtige Arbeit der Parlamentarier und der Bürger.

Ob die Globalisierung auch in Zukunft eine Chance sein oder immer noch von vielen Leuten als Bedrohung empfunden wird, hängt davon ab, welche markt- bzw. weltweite Regeln wir schaffen. Freiheit darf nicht zum Privileg weniger werden, die sich auf der Marktebene behaupten können! Es ist auch eine Frage unserer Werte, ob es uns gelingt, dem Klimawandel entschlossen

entgegenzutreten!

MEINE ARBEIT IM EUROPARAT:

Seit 1998 bin ich Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und vertrete in Straßburg den Deutschen Bundestag. Im Januar 2006 haben mich die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten zu ihrem Sprecher gewählt und nach zwei Jahren einstimmig wiedergewählt. Außerdem bin ich stellvertretender Leiter der Deutschen Delegation und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Sozialisten in der Parlamentarischen Versammlung.

Als aktives Mitglied in den Ausschüssen für Wissenschaft, Kultur und Medien, Soziales und Gesundheit und im Politischen Ausschuss habe ich in den letzten Zeit beispielsweise an Berichten zur Rolle der Medien in der Demokratie, zur Gendiagnostik, zur Palliativmedizin und zur Gefährdung der Demokratie durch Private Militärfirmen gearbeitet. Weitere Schwerpunkte meiner Arbeit sind "Zukunft der Demokratie in Europa" und Migration. Als Mitglied des Politischen Ausschusses beschäftige ich mich natürlich mit aktuellen politischen Ereignissen in Europa. Deshalb fahre ich demnächst nach Georgien.

Auch in Straßburg sind die Rechte der Minderheiten mein Arbeitsfeld!

Das sind meine Ämter im Europarat: Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion- Sprecher der AG Europarat der SPD-Fraktion des Bundestages - Stellvertretender Leiter der deutschen Delegation - Vorsitzender des Unterausschusses für Gesundheit - Stellv. Vors. des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Bildung - Ordentliches Mitglied des Politischen Ausschusses - Stellv. Mitglied des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Familie - Stellv. Mitglied des UA für die Sozial-Charta u. Beschäftigung - Ordentliches Mitglied des Unterausschusses für Wissenschaft und Ethik - Ordentliches Mitglied des Unterausschusses für Medien

EUROPARAT

Der Europarat - eine zwischenstaatliche politische Organisation - wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von zehn Staaten als erste der großen europäischen Organisationen gegründet. Sein Sitz ist das Europa-Palais in Straßburg. Englisch und Französisch sind die beiden offiziellen Sprachen. Seine Fahne mit den zwölf goldenen kreisförmig auf azurblauem Grund angeordneten Sternen hat sich als Eurofahne durchgesetzt und wurde auch 1986 von der EG übernommen. 1989 gehörten dem Europarat 23 Staaten an. Seit dem Fall der Berliner Mauer hat er sich von einem "Westeuroparat" zu einer pan-europäischen Organisation entwickelt. Heute zählt der Staatenbund 47 Mitgliedstaaten, mit 800 Millionen Einwohnern.

Der Europarat ist Ideenspender, Impulsgeber und Wegbereiter für wichtige Probleme und Herausforderungen: z. B. Umweltschutz, Schutz historischer Bausubstanz, Terrorismusbekämpfung, Bioethik und Xenotransplantation, Schutz von Minderheiten.

Viele Fortschritte, die der Europarat zur Erleichterung des alltäglichen Lebens erreicht hat von dem Standard setzenden Arzneimittelbuch bis zur Au-pair-Konvention, werden nur selten mit dem Europarat identifiziert.

Der Europarat ist dank seiner Avantgarde-Rolle bei der "Osterweiterung" und "neuen Ostpolitik" seit 1989 entscheidender Wegbereiter und - zusammen mit anderen Organisationen - Gestalter gesamteuropäischer Realität und Identität.

Der Europarat, insbesondere die Parlamentarische Versammlung, leistet eine über Europa hinausgehende Arbeit: als parlamentarisches Forum und Begleitorgan internationaler Organisationen, wie der OECD und der EBRD, bei Initiativen und Konventionen zur Bekämpfung der Korruption oder der Nord-Süd-Arbeit.

Mit seinen über 180 völkerrechtlichen Abkommen, die von den Mitgliedstaaten bis auf wenige Ausnahmen "à la carte" akzeptiert und angewandt werden, hat der Europarat ein Europa der differenzierten, auch von den kleinsten Mitgliedstaaten gleichberechtigt mitgestalteten Integration ermöglicht.

Nicht nur mit seinen Jugend- und Sprachzentren sowie den Schüleraustauschprogrammen, sondern auch mit seinen Aktivitäten im Bildungs-, Kultur- und Sportbereich und der Arbeit für Demokratie und Toleranz ist der Europarat eine für die nachwachsenden Generationen attraktive, leider oft unbekannt Organisation.

Keine Kommentare

[SPD-Husby](#) - veröffentlicht am 08.09.2008, 09:40 Uhr - 3492 Clicks - Nr. 811

Protokoll der Mitgliederversammlung

des SPD Ortsverein Husby am 1. September 2008 um 19.00 Uhr im Gemeindehaus in Husby

Teilnehmer: Hanno Meins, Günter Schmidt, Johannes Hansen, Ruth Gondesen, Dana Meins, Horst Dibbern, Rainer Blaas, Lothar Pult, Frauke Kramer, Agnes Kuhrau, Dirk Peddinghaus, Antje Schümann, Wolfgang Biegemann, Jörg Manzke und Heiko Splett.

TOP 1 - Begrüßung, Eröffnung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Hanno Meins begrüßt namentlich den Kreisvorsitzenden Dirk Peddinghaus, den ehemaligen Bürgermeister Günter Schmidt, Frauke Kramer (MdK), Fraktionsvorsitzende Agnes Kuhrau, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 - Genehmigung des Protokolls vom 6. Februar 2008
Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 – Bericht des Vorsitzenden/Aussprache über die Kommunalwahl

Es findet eine Diskussion, über die Kommunalwahl und das Schreiben von Hanno Meins, nach Vorlage von Rainer Blaas, an die Mitglieder, statt.

Nach der Kommunalwahl sind neue Personen auf neuen Posten - einige Protokolle und Informationen nicht mehr in der gewohnten Weise bei Allen angekommen.

TOP 4 – Ehrung Günter Schmidt

Hanno Meins überreicht Günter Schmidt ein Büchergutschein in Anerkennung für seine geleistete



Arbeit. Günter Schmidt bedankt sich und blickt auf seine lange Tätigkeit zurück. Agnes Kuhrau wirft einen umfangreichen Rückblick auf die Highlights aus dieser Zeit.

TOP 5 – Kurzer Bericht aus Bund, Land, Kreis und Gemeinde
Dirk Peddinghaus will sich um das örtliche Bundestagsmandat bewerben und lädt dazu ein auf seine Homepage www.dirk-peddinghaus.de und zu den dort genannten Wahlveranstaltungen ein. Am 8. 11. 2008 wird der entscheidende Wahlparteitag stattfinden zu dem jedes Parteimitglied eingeladen ist. Zur Wahl stehen weiter Knud Dethleffsen und Wolfgang Wodarg.

TOP 6 – Wahl des Schatzmeisters
Dirk Peddinghaus übernimmt die Wahlleitung.
Aus der Versammlung wird Rainer Blaas vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gibt es nicht. Rainer Blaas wird mit einer Enthaltung geheim gewählt.

TOP 7 – Wahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden
Aus der Versammlung wird Antje Schümann vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gibt es nicht. Antje Schümann wird mit einer Enthaltung geheim gewählt.

TOP 8 – Wahl einer/eines Revisorin/Revisors
Aus der Versammlung wird Horst Dibbern vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gibt es nicht. Horst Dibbern wird bei eigener Enthaltung offen gewählt.

Um 20:30 wird die Sitzung für einen Imbiss unterbrochen.

TOP 9 – Aktuelles Thema
Das Thema „Wohnen im Alter“ soll wieder aufgegriffen werden. Ruth Gondesen hat sich informiert und ihre Ideen vorgetragen. Als Termin ist der 11. oder 12. November vorgesehen.

TOP 10 – Verschiedenes
Agnes Kuhrau spricht eine Vielzahl von verschiedenen Themen an, die wir in Zukunft diskutieren und umsetzen wollen.

Um 21:50 Uhr schließt Hanno Meins die Sitzung.

Protokoll:
Wolfgang Biegemann

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 08.09.2008, 11:46 Uhr - 7109 Clicks - Nr. 812

Zum Rücktritt von Kurt Beck

Zum Rücktritt von Kurt Beck und den Personalvorschlägen des Präsidiums der SPD erklärt Hannes Birke: Mit Steinmeier und Müntefering stellt sich die SPD personell gut auf. Der Rücktritt von Kurt Beck vom Amt des Parteivorsitzenden hat der SPD-Kreisverband mit großer Betroffenheit aufgenommen. Er hat -so SPD-Kreisvorsitzender Hannes Birke- trotz aller öffentlicher Anfeindungen die Partei gut geführt und mit dem Hamburger Programm richtige und zukunftsweisende Grundlage für die Arbeit der SPD gelegt. Seine persönliche Entscheidung -so Birke- können wir nur noch mit Bedauern zur Kenntnis nehmen.

Mit dem Rücktritt von Kurt Beck –so Hannes Birke- durfte die SPD personell „nicht im luftleeren Raum hängen“. Mit ihren Vorschlägen für den Spitzenkandidat zur Bundestagswahl und der Nachfolge im Amt des Parteivorsitzenden hat das Parteipräsidium in einer schwierigen Situation politische Handlungsfähigkeit bewiesen, ist die Meinung des SPD-Kreisverbandes.



Die Bereitschaft von Frank Walter Steinmeier als Spitzenkandidat der SPD für die nächste Bundestagswahl zur Verfügung zu stehen, wird vom SPD-Kreisverband begrüßt. Mit Frank – Walter Steinmeier, der noch von Kurt Beck vorgeschlagene für diese Rolle vorgeschlagen wurde, ist von der SPD eine Führungspersönlichkeit nominiert worden, die ein hohes Ansehen in der Bevölkerung und der Partei genießt. Er verkörpert glaubwürdig den Kern der sozialdemokratischen Idee, dass in unserem Land die Starken für die Schwachen eintreten und den Schwachen geholfen wird, stark zu werden.

Das Votum des Parteipräsidiums, Franz Müntefering als Parteivorsitzenden vorzuschlagen, ist für den SPD-Kreisverband eine gute Entscheidung. „Franz Müntefering“ –so der Kreisvorsitzende Birke- „wird nicht ohne Grund als das Herzblut der Partei charakterisiert“ Er wird –da ist sich Birke sicher- wie kein anderer die Partei zusammenführen und mit Frank Walter Steinmeier und einer selbstbewussten und kämpferischen Sozialdemokratie in einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf ziehen.

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 08.09.2008, 14:53 Uhr - 2987 Clicks - Nr. 813

Stimmungsvolles Sommerfest des SPD-Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis

Am traditionellen Sommerfest des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis im Steinfelder Ortsteil Krock am 6. September 2008 nahmen in diesem Jahr über 90 Mitglieder und ihre Freunde teil. Das Wetter spielte mit und die Anwesenden genossen die leckeren Kuchen, Salate und Grillwaren. Eine Genossin mit ihrem Crêpestand verwöhnte Groß und Klein mit den verschiedenen leckeren Pfannkuchen. Neben dem Gesprächsaustausch nutzten die Kinder, aber auch Erwachsenen, das große Spielangebot, Torwandschießen,

Dosenwerfen und weiteren anderen Spielen. Die Kinder waren besonders begeistert, dass sie auf dem nahegelegenen Kastanienhof die Ponys reiten durften. Eine weitere Attraktion war das Stockbrotbacken am Lagerfeuer, wo ein Teilnehmer spontan für die musikalische Unterhaltung auf seiner Mundorgel sorgte.

Der Bundestagsabgeordnete unseres Wahlkreises, Dr. Wolfgang Wodarg, ließ es sich nicht nehmen für einige Stunden am Spätnachmittag unser Sommerfest zu besuchen und reiste mit seiner roten Vespa aus Flensburg an. Dr. Wodarg hatte bereits an diesem Tag an 3 wichtigen anderen Veranstaltungen teilgenommen. Er fühlte sich sehr wohl bei uns in Steinfeld und führte angeregte Gespräche mit den Anwesenden.

Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern hat das Sommerfest sehr gut gefallen.

Keine Kommentare

Ralf Stegner zum Führungswechsel in der SPD

Zum Führungswechsel in der SPD erklärt SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner:

„Wir bedauern den Rücktritt von Kurt Beck. Er hat viel getan für unsere Partei und hätte mehr Unterstützung und Solidarität verdient. Mit dem von ihm maßgeblich geprägtem Hamburger Grundsatzprogramm hat er eine inhaltliche Orientierung für die Zukunft geschaffen.

Die schleswig-holsteinische SPD begrüßt und unterstützt die Nominierung von Frank-Walter Steinmeier zum Kanzlerkandidaten der SPD für die Bundestagswahl 2009.

Er genießt großes Vertrauen im In- und Ausland. Die Kanzlerschaft wäre bei ihm in sehr guten Händen.

Wir unterstützen ebenso den Vorschlag, Franz Müntefering zum neuen Vorsitzenden der SPD zu wählen. Franz Müntefering verfügt über die Einstellung und die Kraft, die SPD zu einen, die Partei auf einen inhaltlichen Kurs zu führen und die Partei geschlossen in die Bundestagswahl 2009 zu führen.

Dabei geht es um das Kernziel, die Sozialsysteme sozial gerecht weiter zu entwickeln und die Wachstumskräfte der deutschen Wirtschaft zu stärken.“



Keine Kommentare

SPD-Engelsby: Beratungsangebot in Engelsby

Das Thema „Pflege“ stellt für viele Menschen einen nahezu undurchdringlichen Dschungel von Richtlinien und Angeboten dar. Licht in dieses Dickicht kann eine kompetente Beratung bringen.

Bereits seit 2001 bekommt man diesen guten Rat in der trägerunabhängigen kommunalen Pflegeberatungsstelle im Flensburger Rathaus.

Seit dem 15. Juli gibt es dieses Angebot nun auch regelmäßig in Engelsby. Eine sehr gut qualifizierte Beraterin, die sowohl examinierte Pflegefachkraft als auch Sozialpädagogin ist, bietet den Menschen aus dem Stadtteil bei ihren Fragen und Sorgen rund ums Thema „Pflege“ kompetente Beratung und Unterstützung an.



Der „Pflegestützpunkt Engelsby“ ist immer dienstags von 9 bis 12.30 Uhr geöffnet.

Die Beratungsstelle befindet sich im „Alten Heizwerk“ - ein auffälliger blauer Kubus - in der Mozartstr. 36 a (Ecke Brahmsstr).

Während der Sprechstunden besteht auch eine telefonsiche Erreichbarkeit im „Alten Heizwerk“ unter 88 999 189.

Das Angebot ist vertraulich und kostenfrei und unabhängig von den Interessen der Dienste und Einrichtungen. Außerhalb der Sprechstunden im Pflegestützpunkt steht nach wie vor das Team der

Pflegeberatungsstelle im Rathaus bei Fragen zu allen pflegerelevanten Themen zur Verfügung – für alle Flensburgerinnen und Flensburger.

In den Räumlichkeiten des Pflegestützpunkts werden außerhalb der Beratungszeiten zudem auch regelmäßig offene Angebote der AWO für Menschen aus diesem Stadtteil stattfinden.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 09.09.2008, 17:11 Uhr - 7144 Clicks - Nr. 816

SPD Rendsburg-Eckernförde: Ulrike Rodust soll ins Europa-Parlament

Die Europaabgeordnete Ulrike Rodust aus Holzdorf soll Kandidatin für die Europawahl 2009 werden. Das hat die SPD Rendsburg-Eckernförde am vergangenen Wochenende auf ihrer Kreiswahlkonferenz einmütig bekräftigt.

In ihrer Bewerbungsrede stellte Ulrike Rodust die Ausgestaltung eines sozialen Europas in den Mittelpunkt. „Meiner Meinung nach ist nur ein soziales Europa ein starkes Europa, in dem gute Arbeit, fairer Lohn, ein hoher Arbeitnehmerschutz und Chancengleichheit zählen“, erklärte die Abgeordnete, die für den verstorbenen Willi Piecyk ins Parlament nachgerückt ist.

Als „Huckepackkandidat“ schickt die Kreis-SPD Martin Tretbar-Endres ins Rennen. Der 49-jährige Rendsburger war bereits 1994 und 1999 „Huckepackkandidat“ von Willi Piecyk. Die Kandidaten für die Europawahl werden am kommenden Sonnabend auf einer Landeswahlkonferenz der schleswig-holsteinischen SPD in Lübeck bestimmt. Neben Ulrike Rodust erhielten auch die weiteren Kandidaten - Christian Kröning aus Kiel und Thomas Stölting aus Hamburg - Gelegenheit, sich auf der Kreiswahlkonferenz in Groß Wittensee vorzustellen.

In seiner Eröffnungsrede ging der Kreisvorsitzende Sönke Rix auch auf die aktuelle Situation der SPD ein. „Ich hätte mir gewünscht, dass die SPD das Sommerloch eher mit ihren inhaltlichen Positionen beherrscht.“ Mindestlohn, Bürgerversicherung, Bildungsoffensive, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Energiewende: Dies, so Rix, seien die Zukunftsthemen, mit denen die SPD inhaltlich jeden Wahlkampf bestreiten kann. Dabei dürfe sich die SPD nicht an anderen Parteien orientieren, sondern müsse ihr eigenes unverfälschtes Profil zeigen. Dazu brauche die SPD auch starke Persönlichkeiten an der Spitze. „Wir unterstützen, dass Ralf Stegner am kommenden Sonnabend zum Spitzenkandidaten der SPD für Landtagswahl 2010 gewählt wird“, erklärte Rix unter großem Beifall der Delegierten.

Keine Kommentare

[SPD-Leezen](#) - veröffentlicht am 09.09.2008, 17:17 Uhr - 2938 Clicks - Nr. 817

Alexander Wagner ist neuer Vorsitzender der SPD – Leezen und Umgebung

Es war schon ein Sprung über 2 Generationen vorwärts, den die Genossen in Leezen gelegentlich ihrer Mitgliederversammlung auf Vorschlag ihres bisherigen Vorsitzenden Gerd-Rainer Busch, 65 wagten, als sie den Studenten Alexander Wagner, 21 zu ihrem neuen Vorsitzenden wählten. Busch trat nicht wieder an, weil er Platz machen wollte für junges Blut und junge Ideen.

Dies schien ihm auch deshalb geboten, weil es ihm – aus seiner Sicht - nicht mehr ausreichend gelang alle Mitglieder zu gemeinsamen Aktivitäten etc. zu bewegen. Wagner, der wie Busch auch der SPD-Kreistagsfraktion angehört, ist aus Sicht der Genossen der richtige Mann um die langjährig durchaus erfolgreiche Arbeit des Ex-Vorsitzenden fortzuführen und zudem auch noch jüngere Menschen aus dem Einzugsbereich für künftige Mitarbeit zu gewinnen. Wie Busch, der am 01.08.08 auf eine Parteizugehörigkeit von 40 Jahren zurückblicken konnte, mitteilte hat er absolutes



Vertrauen in die organisatorischen und Motivationsfähigkeiten des jungen Genossen, der in Kiel studiert. Und auf dessen Wunsch will er ihm künftig bei Bedarf und niemals unaufgefordert beratend zur Seite stehen.

Die Mitgliederversammlung beschloss zudem, mittelfristig Maßnahmen zu treffen um die Schaffung eines Ortsvereines auf Amtsebene zu erreichen. Ähnliche Gedanken werden auch in den benachbarten OV's bewegt, so dass man davon ausgehen kann, dass diese Absicht durchaus umsetzbar sei. Schließlich wurde bereits im letzten Jahr, um dies ggfls. erreichen zu können, insbesondere auf Betreiben von Gerd-Rainer Busch, ein Amtsgebietsverband der SPD-Ortsvereine im Amt-Leezen gegründet. Nach der bestehenden Kooperation sollte irgendwann eine Fusion erfolgen und auch dafür, so Busch braucht es junge unverbrauchte Kräfte.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 10.09.2008, 08:47 Uhr - 3655 Clicks - Nr. 818

SPD-Engelsby: Kindergartenflohmarkt in Engelsby

Auch in diesem Jahr veranstaltet der ADS-Kindergarten wieder einen Kindergarten Flohmarkt.

Anders als sonst, findet der Flohmarkt jetzt in der Grundschule Engelsby in der Brahmstraße statt.

Kaufen und Verkaufen heisst es dann am Samstag, dem 04. Oktober in der Zeit von 10.00 bis 13.00 Uhr in der Pausenhalle der Grundschule.

Nähere Informationen bei:

Frau Stefanie Hansen

Telefon: 160 44 95

eMail: KitaFlohmarkt-engelsby@versanet.de



Keine Kommentare

SPD: „Bevölkerung muss alles über alle Standorte erfahren“

„Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei der WiF weit auseinander. In der Öffentlichkeit wird vehement Bürgerbeteiligung und Transparenz gefordert, in der Praxis sieht es im konkreten Einzelfall dann leider ganz anders aus.“ Mit deutlicher Kritik und Verständnislosigkeit reagiert die SPD-Ratsfraktion auf das Verhalten der WiF im letzten Hauptausschuss. Dort hatte die WiF eine öffentliche Veranstaltung zu den möglichen Hotelstandorten abgelehnt.

Der Ausschuss für Umwelt, Planung und Stadtentwicklung hatte bereits einstimmig beschlossen, möglicherweise für eine Hotelansiedlung geeignete Standorte öffentlich vorzustellen und zu diskutieren. Dabei handelt es sich um fünfzehn Einzelstandorte, die von einer Arbeitsgruppe der Ratsfraktionen als grundsätzlich geeignet angesehen wurden. Die WiF wollte jetzt einen Standort, nämlich den an der Harniskaispitze, nicht vorstellen lassen. Als ihrem Ansinnen nicht gefolgt wurde, hat sie sich, so die SPD „wie ein bockiges Kind“ verhalten und gegen die gesamte Veranstaltung gestimmt.

„Wir meinen, dass die Bevölkerung ein Recht hat, alles über alle Standorte zu erfahren“, meint dazu die SPD. „Wenn man in einer Einzelfrage unterliegt, kann man doch nicht die gesamte Bürgerbeteiligung über Bord werfen. Glücklicherweise hat sich die Mehrheit des Hauptausschusses gegen die stärkste Fraktion durchgesetzt und die Verwaltung beauftragt, diese wichtige Veranstaltung vorzubereiten.“, so der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. Rolf Helgert macht für die SPD deutlich, dass es dringend an der Zeit sei, die Umsetzung der laufenden Projekte an der Schiffbrücke und an der Kelmstraße voranzutreiben: „Die Vorhaben Kaysers Hof und am Standort der ehemaligen Klinik Ost müssen schnell zu einem Ergebnis gebracht werden. Um für Flensburg Zukunftsoptionen offen zu halten, müssen auch die anderen Chancen untersucht werden – in transparenten Verfahren und unter Einbeziehung der Flensburgerinnen und Flensburger.“

Keine Kommentare

Bildung ist ein Menschenrecht: Vamos Adelante!

Derzeit gibt es weltweit noch fast 800 Millionen Menschen über 15 Jahren, die nicht schreiben und lesen können. Die weitaus meisten von ihnen leben in Entwicklungsländern. Doch ohne Bildung ist menschliche Entwicklung nicht möglich. Bildung ist ein Menschenrecht. Bildung zu fördern, ist deshalb auch eine wichtige Aufgabe der deutschen Entwicklungspolitik. Dazu hier mein Erlebnisbericht aus dem Urwald von Guatemala:

Während meiner letzten Mittelamerika-Reise nach Guatemala mit dem Vorsitzenden des Entwicklungsausschusses Thilo Hoppe habe ich ein außergewöhnliches Schulprojekt besuchen können, welches in den vergangenen 20 Jahren schnell gewachsen ist und inzwischen hunderten von Kindern in benachteiligten Regionen unweit der ehemaligen Hauptstadt Guatemalas, Antigua, eine Chance auf Bildung gibt: Das Projekt "Vamos Adelante", welches auf Deutsch soviel bedeutet wie "lasst uns vorangehen!"

Auf der Placa Major in Antigua trafen wir Nina Jörgensen, eine schwedische Entwicklungshelferin, die uns begeistert davon berichtete, wie sie in der gewaltbereiten und von jahrzehntelangen Bürgerkriegen gezeichneten Region dazu gekommen war, den Schulunterricht von Kindern zu

organisieren. Während unserer holprigen Fahrt durch Urwaldpisten fuhr uns ein Polizei-Pickup voraus, dessen schwer bewaffnete Besatzung uns vor Überfällen durch bewaffnete Jugendbanden schützen sollte. Die junge Schwedin erzählte uns dabei ihre spannende Lebensgeschichte: Sie hatte viele Jahre in Berlin gelebt und war als Stewardess bei einer amerikanischen Airline in der Welt umhergeflogen. Eines Tages hatte sie davon genug und beschloss einen Bonusflug zu nutzen um ohne großes Gepäck und ohne konkrete Zukunftspläne ein neues Leben anzufangen. Sie warf eine Münze und flog nach Guatemala. In diesem damals noch vom Bürgerkrieg geprägten Land fand sie als offene, immer fröhliche und aktive Frau sehr schnell Kontakt, lernte Spanisch, lebte vom Kauf und Verkauf landestypischer Produkte nach Deutschland und folgte schließlich einem Freund in sein Dorf in der Nähe von Antigua. Das war vor fast 20 Jahren und es war der Beginn ihrer Bildungsinitiative.



Mangelnde Bildung und Gesundheitsversorgung zählen zu den größten Problemen in Guatemala. Bitterste Armut, vor allem bei der Bevölkerung auf dem Lande, Korruption, Gewalt, Kinderarbeit, Unterernährung und Todesfälle gerade bei den Jüngsten sind die Folge. Dagegen wollte Nina Jörgensen etwas tun. Sie baute ein eigenes Hilfswerk mit vier Schwerpunkten auf: Schulausbildung, Gesundheit und Hygiene, Ernährung und Hilfe für Behinderte. Das Projekt ist politisch unabhängig, auch nicht religiös ausgerichtet und als gemeinnützig anerkannt. Diese Unabhängigkeit und politische Neutralität war für sie Voraussetzung für ein Überleben in dieser von rücksichtsloser Gewalt geprägten Region Mittelamerikas. Ein offener Kampf gegen die Korruption oder gegen brutale Großgrundbesitzer bedeutet hier den sicheren Tod in wenigen Tagen.

Nina Jörgensen hat sich in den Dörfern eingebracht, geholfen, organisiert und in einer selbstgebauten Blechhütte Dorfkindern das Lesen und Schreiben beigebracht. Dabei fiel ihr auf, dass die staatlichen Schule diese Kinder oft einfach vergessen oder dass es in vielen Siedlungsräumen gar keine Schulen gab. Sie setzte ihre geringe Habe ein und warb bei ihren Freunden in Deutschland und Skandinavien um Spenden und Hilfe für die Kinder in den bewaldeten Bergen um Antigua.

Wir fuhren entlang einer kilometerlangen Kaffeepflanzung, an einer herrschaftlichen Einfahrt und an einer entstehenden Golfanlage vorbei und bogen schließlich in einen schlammigen Weg ein, um vor einer kleinen bunten Hütte mit Wellblechdach zu stoppen. Wir wurden von einer Schar Kinder und zwei jugendlich wirkenden Lehrkräften begrüßt, die ihren Unterricht unterbrachen und uns hinein baten. Aber auch unter einigen Bäumen vor der Schule waren Bänke aufgestellt und Kinder und Jugendliche verschiedener Altersstufen schrieben eifrig in die vor ihnen aufgeschlagenen Hefte. Nina Jörgensen stellte uns vor und erzählte erst einmal die Geschichte der Klobude, deren Bau sie erst kürzlich beim Landeigner durchgesetzt hatte. Vorher hätten die Kinder und Lehrkräfte ein Zuckerrohrfeld für ihre Notdurft genutzt und es sei zu gefährlichen Zwischenfällen mit giftigen Schlangen gekommen. Sie sei froh, dass der Eigner der Hacienda die Buden der Schule für die Kinder seiner Landarbeiter überhaupt auf seinem Land dulde und ist stolz auf ihren Verhandlungserfolg zur Verbesserung der Schulhygiene.

Wir gingen ein paar hundert Meter weiter in das Gehölz am Rande der Hacienda und besuchten Eltern der Kinder, die in wahrhaft armseeligen Hütten darauf warten, dass sie zur Ernte als Kaffeepflücker oder Zuckerrohrschneider wieder einmal einige Quetzal verdienen können.

Die strahlenden, munteren und sauber gekleideten Kinder und Jugendlichen bildeten einen hoffnungsvollen Kontrast zur erdbraunen, rostigen Armseligkeit ihrer elterlichen Behausungen. Als ich mit einem Landarbeiter sprach, bemerkte ich, dass ihm an seiner linken Hand zwei Finger fehlen: "Beim Zuckerrohrschneiden passiert", sagte er und lächelte verlegen.

Dann ging es weiter im gepanzerten Geländewagen zur nächsten Schule. Sie liegt in einem Dorf mit vielleicht 3000 Einwohnern. Nina Jörgensen erzählte stolz, dass ihrer Organisation das Schulgrundstück gehört und dass sie froh sei hier keinen Ärger mit Großgrundbesitzern zu haben. Es erwarteten uns vier Schulklassen in offenen aber gut wettergeschützten und mit Schulmöbeln ausgestatteten Hütten, deren massive Wände bunt gestrichen waren. Stolz wurde den Besuchern vorgesungen, vorgetragen und gezeigt, was die Schüler aller Altersklassen schon gelernt hatten. Wir waren begeistert, nahmen bunte Zeichnungen der Kinder als Geschenke entgegen und revanchierten uns unter anderem mit einem Federball, der mit Händen und Füßen in der Luft gehalten werden muss und großen Anklang fand.

Beschwerlich war der weitere schlammige und durch mehrere schwierige Flussüberquerungen nicht immer befahrbare Weg nach San Andres Osuna. Während der Fahrt durch den Dschungel hielten wir kurz in der Gesundheitsstation, die Nina Jörgensen in ihrem Haus betreibt. Sie beschäftigt dort erfahrene Pflegekräfte und ältere Dorfbewohner, die sich so nützlich machen können. Ärzte sind zu regelmäßigen Sprechstunden dort zu Gast und immer wieder erhält sie Unterstützung durch ehrenamtliche ärztliche Kräfte aus Deutschland, Skandinavien und anderen Ländern.

Dann war es soweit: Wir erreichten San Andres Osuna und vor uns im tropischen Wolkenbruch erschien eine bunte Menschenmenge aus Kindern und deren Eltern, die sich farbig geschmückt, Girlanden angebracht und ein Empfangsfeuerwerk für uns vorbereitet hatten. Der Gewitterdonner war dann heftiger als die Böller und Knallfrösche. Es blitzte gefährlich nah und Sturzbäche wuschen den trotzdem fröhlich mit uns zur neuen Schule eilenden Kindern die Farben von der Haut. Die Ansprachen der dörflichen Vertreter und Akteure fielen ebenso kurz aus wie unsere und gingen zu großen Teilen im Gewitterdonner unter. Doch unter dem von Regentropfen dröhnenden Blechdach der neuen Schule gab es Kuchen und einen wärmenden Pott erstklassigen guatemalteckischen Kaffees. Alle Beteiligten fanden diese aufregende Einweihung der neuen Schule großartig und wir versprachen zum Abschied weitere Unterstützung aus Deutschland für dieses mutige und frische Alphabetisierungsprojekt im Urwald Guatemalas.

Vamos Adelante!

Dr. Wolfgang Wodarg

(am 08.09. war/ist der Welttag der Alphabetisierung)

Keine Kommentare

Ralf Stegner zum Doppelhaushalt 2009/2010

Ralf Stegner: Wir wollen Bildung

Mit einem Bekenntnis zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung beginnt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner, seine Rede. Ein gesellschaftlich und wirtschaftlich zukunftsfähiges Schleswig-Holstein hat einen enormen Investitionsbedarf in den Bereichen Bildung und Betreuung. Wir müssen unsere Strukturen effizienter gestalten, fordert Stegner. Dazu gehört eine konsequente Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform. Er schlägt einen Zukunftspakt für Bildung, Kinderbetreuung und Familien vor mit Einstieg in die beitragsfreie Kita-Betreuung und mehr Chancengerechtigkeit im Schulsystem.



Die SPD möchte Kostenfreiheit für Bildungsangebote auf allen Ebenen einschließlich dem gebührenfreien Erststudium.

Das Haushaltsdefizit Schleswig-Holsteins ist zu einem großen Teil strukturell bedingt, deswegen müssen diese strukturellen Nachteile mit solidarischer Hilfe der anderen Länder bei unseren Altschulden ausgeglichen werden. Das Land selbst kann durch Bürokratieabbau zum Sparen beitragen. Wie auf der Ämterebene, muss das auch auf der Kreisebene funktionieren. Stegner argumentiert gegen Förderungen nach dem Gießkannenprinzip und fordert Prioritäten; jede Förderung muss daran gemessen werden, in wie weit sie den Zielen der Gerechtigkeit und der Nachhaltigkeit genügt.

In diesem Zusammenhang geht es auch um Mindestlohn und Tariftreue. Denn wo es keinen fairen Lohn gibt, erhöht sich die Staatsquote für Sozialleistungen. Stegner möchte, dass das Parlament mehr Einfluss bekommt auf die Auswahl von Förderprojekten und über Evaluationen. Er würdigt den Beitrag der Beschäftigten des Landes zur Konsolidierung des Haushalts und bekräftigt Zusagen, was den Stellenbestand im Vollzugsdienst der Landespolizei und das Personalentwicklungskonzept für die Polizei betrifft.

Keine Kommentare

Müller-Beck und Oschmann: „CDU vergreift sich im Ton -

Cordes signalisiert Missachtung von Weisungen der Ratsversammlung“

Der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Ralph Müller-Beck und der Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Lutz Oschmann erklären:

„In ihrer heutigen Pressemitteilung zur Besetzung des Aufsichtsrates und Konsortialausschusses der Stadtwerke AG vergreift sich die CDU-Führung im Ton. Frau Pries und Herr Kruber argumentieren auch nicht sachgerecht.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Herr Cordes hat in Gesprächskontakten mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen verdeutlicht, dass er nicht bereit sei, einer energiepolitischen Neuausrichtung der Landeshauptstadt Kiel im Aufsichtsrat der Stadtwerke Kiel Geltung zu



verschaffen und gegen den Neubau eines Steinkohlekraftwerkes zu stimmen. Die Ratsversammlung ist nach der Gemeindeordnung (§ 104 in Verbindung mit § 25) berechtigt, Aufsichtsratsmitgliedern Weisungen zu erteilen. Wegen der deutlichen Weigerung der CDU, sich an Beschlüsse der Ratsversammlung zu halten, werden die Fraktion am Montag entscheiden, wie sichergestellt werden kann, wie der Wählerwille und die Mehrheitsbeschlüsse in der Ratsversammlung auch in dem Unternehmen der Landeshauptstadt Kiel beachtet werden.“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 10.09.2008, 20:33 Uhr - 6502 Clicks - Nr. 823

Jungs lernen anders - Informations- und Diskussionsabend der AfB Rd-Eck

Die SPD Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) veranstaltete in Gettorf einen Informations- und Diskussionsabend zum Thema Jungenpädagogik. Martin Klimach-Dreger führte als Referent in das Thema ein und gab einen vielfältigen Überblick über die Aspekte des Lernens von und mit Jungen.

Besonders wichtig war ihm, dass die Diskussion und Umsetzung einer Pädagogik für Jungen nicht aus einem negativen Ansatz und wegen negativer Anlässe erfolgt, bei dem nur im Mittelpunkt steht, Defizite zu beheben. Wir müssen die Jungs als Jungs betrachten. weil sie Jungs sind und dort abholen, wo sie stehen. Es sei wichtig, so Klimach-Dreger, die Jungs unvoreingenommen anzunehmen und positive Verhaltensweisen vorzuleben.

Ulf Daude, Initiator der AfB vom SPD Kreisvorstand Rd-Eck, ergänzte, dass es auch genauso wichtig ist, nicht erneut eine Konkurrenz zwischen den Geschlechtern entstehen zu lassen. Es geht nicht um eine Abgrenzung, sondern es vielmehr um das gegenseitige Verstehen und Ergänzen.

Eine gute Beteiligung und eine lebhaftige Diskussion zeigten, so Daude, dass das Thema die Menschen bewegt. Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung trifft sich auch weiterhin monatlich in Gettorf. Die nächste Veranstaltung findet am 21.10.08 um 19.00 im Hotel Stadt Hamburg, Gettorf zusammen mit der Industrie- und Handelskammer SH statt zum Thema „Wirtschaft und Schule - Ein starkes Team?!“

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 11.09.2008, 08:30 Uhr - 2580 Clicks - Nr. 824

Henning Wulf überschätzt seine Kompetenzen

Anlässlich der Erklärung Henning Wulfs, er habe als Hauptausschussvorsitzender die Dienstaufsicht über Landrätin Jutta Hartweg, stellt die SPD-Kreistagsfraktion unmissverständlich klar:

Henning Wulf überschätzt seine Kompetenzen, wenn er behauptet, die Dienstaufsicht über die Landrätin zu haben. Gemäß Kreisordnung des Landes Schleswig-Holstein, die selbstverständlich ausnahmslos auch für den Kreis Segeberg gilt, hat nicht der Hauptausschussvorsitzende, sondern der gesamte Hauptausschuss die Dienstaufsicht über die Landrätin. Wie dem § 40 b der Kreisordnung weiter zu entnehmen ist, obliegt weder dem Hauptausschuss, noch seinem Vorsitzenden eine Disziplinarbefugnis.

Ferner gehört es in Bezug auf die Landrätin lediglich zu den Aufgaben des Hauptausschusses, der Landrätin erstens Aussagegenehmigungen zu erteilen, zweitens ihren Urlaub zu genehmigen und drittens, die Zeugnisausstellung vorzunehmen.

Und dass der Hauptausschuss aus mehr Personen als dem Vorsitzenden besteht, ist im Übrigen der Hauptsatzung des Kreises zu entnehmen.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 11.09.2008, 08:33 Uhr - 1638 Clicks - Nr. 825

Die SPD-Kreistagsfraktion war und ist immer offen für Gäste und Interessierte

Die SPD-Kreistagsfraktion ist stets darum bemüht, transparent zu arbeiten und interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern eine Möglichkeit zu geben, sich über die Arbeit der Kreistagsfraktion zu informieren und sich mit Fragen an die Abgeordneten und bürgerlichen Mitglieder zu richten. Deshalb hat die Fraktion die langjährige Praxis nun in ihrer Geschäftsordnung offiziell festgeschrieben:

Bei bewegenden Themen, interessanten Fragenstellungen oder wichtigen Auseinandersetzungen wird die Fraktion vor Ort für jedermann öffentlich tagen, mit Gästen, Interessierten und Freunden diskutieren und unter Beweis stellen, dass die Sozialdemokratie im Kreis Segeberg gute, verlässliche Arbeit leistet.

Die wichtigsten Kriterien sind dabei klar: Offenheit, Bürgernähe und zeitnahes Handeln.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 11.09.2008, 09:22 Uhr - 3637 Clicks - Nr. 826

SPD-Engelsby: „Heimatchecker - motz deinen Stadtteil auf!“

Die Stadt Flensburg geht bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene neue Wege!

Am 26. September werden in allen Stadtteilen Busse – so genannte XXL-Limousinen - unterwegs sein, in denen Jugendliche über die Verwendung von jeweils 2.000 € in ihrem Stadtteil entscheiden können.

Alle Busse fahren am Abend zum Kühlhaus, wo eine große Abschlussveranstaltung stattfindet.

Die Aktion, steht unter dem Titel „Heimatchecker - motz deinen Stadtteil auf“

Am Dienstag, den 23. September, um 11 Uhr wird auf dem Südermarkt in einer „XXL-Limousine“ vom Zweiten Bürgermeister Jochen Barckmann und Horst Bendixen, Leiter des Fachbereiches Jugend, Soziales und Gesundheit, über diese bundesweit einmalige Aktion informiert.

Keine Kommentare

Landtag debattiert über illegalen Datenhandel;

Lothar Hay macht Vorschläge zur Reform des Bundesmeldegesetzes

Erscheinungsdatum:11.09.2008

Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay hat eine grundlegende Überarbeitung des Datenschutzrechts gefordert. „Wir müssen dem Prinzip von Einwilligung statt Widerspruch zum Durchbruch verhelfen“, sagte Hay in der Debatte des Landtages über illegalen Datenhandel am Donnerstag (11. September) in Kiel.

Er begrüße die Absicht von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, noch im November eine Reform des Datenschutzrechts vom Bundeskabinett beschließen zu lassen. Die Beschlüsse des Datenschutzgipfels vom vergangenen Donnerstag deckten sich zum größten Teil mit den Initiativen der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

Danach soll die Weitergabe personenbezogener Daten zu Werbezwecken durch private Stellen künftig nur noch mit ausdrücklicher Einwilligung der Betroffenen möglich sein. Firmen soll untersagt werden, einen Vertragsabschluss davon abhängig zu machen, dass der Kunde der Nutzung von Daten zustimmt, die für die Abwicklung eines Geschäftes nicht notwendig sind. Außerdem sollen auch die Verbraucherzentralen gestärkt werden. In das Bundesdatenschutzgesetz soll eine klare Formulierung aufgenommen werden, dass es sich beim Datenschutzrecht um Normen handelt, die Verbraucher schützen sollen. Verbraucherzentralen bekommen dadurch die Möglichkeit, zum Schutz der Verbraucher gegen Verstöße gerichtlich vorzugehen.

Außerdem will Schleswig-Holstein erreichen, dass ein Vertrag nicht bereits am Telefon wirksam wird, sondern erst wenn der Verbraucher ihn durch eine nachfolgende Erklärung in Textform innerhalb von zwei Wochen bestätigt hat. Callcentern mit unseriösem Geschäftsgebaren wird dadurch die Arbeit wesentlich erschwert. Hay: „Es ist dann nicht mehr möglich, nur aus einem Telefonat einen Vertragsabschluss vorzutauschen und bei den Angerufenen Geld vom Konto abzubuchen.“

Wie Hay weiter sagte, hat Schleswig-Holstein auch eigene Vorschläge zum aktuellen Entwurf des Bundesmeldegesetzes gemacht. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Übermittlung von Daten aus amtlichen Registern an strenge Voraussetzungen geknüpft wird“, sagte der Minister. Nach seiner Vorstellung dürfen Meldedaten für Werbezwecke nur weitergegeben werden, wenn der Betroffene vorher ausdrücklich eingewilligt hat.

Die Vorschläge des Innenministers sehen weiter vor, dass Bürger das Recht bekommen, einer einfachen Melderegisterauskunft an gewerbliche Adresshändler, Auskunftfeien oder Inkassodienste zu widersprechen. Adresshändler, Auskunftfeien und Inkassodienste sollen verpflichtet werden, einfache Melderegisterauskünfte nur für den vom Auftraggeber genannten Zweck zur Verfügung zu stellen und die Daten nicht in eigenen Datenbanken zu speichern. Einfache Melderegisterauskünfte sind Vor- und Familienname, Doktorgrad und Anschrift einer Person. Außerdem schlägt Hay vor, dass einfache Melderegisterauskünfte, die an gewerbliche Firmen wie etwa den Versandhandel erteilt werden, nicht an Adresshändler weitergegeben werden dürfen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 11.09.2008, 13:31 Uhr - 4471 Clicks - Nr. 828

Innenministerium korrigiert Berichterstattung der Lübecker Nachrichten -
Landespolizei hat sich zu „Tempo 30 in der Stadt“ nicht geäußert

Erscheinungsdatum: 11.09.2008

Das Innenministerium hat einen Bericht der Lübecker Nachrichten als falsch zurückgewiesen, wonach sich die schleswig-holsteinische Polizei gegenüber Forderungen nach einem generellen Tempo-30-Limit in der Stadt skeptisch gezeigt habe.

„Die schleswig-holsteinische Landespolizei hat sich weder skeptisch noch euphorisch geäußert, sie hat sich überhaupt nicht geäußert“, sagte dazu der Ministeriumssprecher am Donnerstag in Kiel.

Das Zitat, worauf der LN-Redakteur seine Behauptung stütze, stamme nicht vom Sprecher der Landespolizei. Wie der Redakteur selbst schreibe, habe der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Stellung genommen. „In anderen Redaktionen gehört es zum Grundkanon journalistischen Wissens, dass beide Personen und Organisationen nicht identisch sind“, sagte der Sprecher.

Hintergrund:

In den Lübecker Nachrichten vom 11. September 2008 steht auf Seite 1 in einem Artikel unter der Überschrift „Nord-Grüne fordern Tempo 30 in der Stadt“ folgende Textpassage:

Die schleswig-holsteinische Polizei zeigte sich gestern skeptisch. „Die Notwendigkeit eines generellen Tempolimits sehen wir nicht“, sagt Oliver Malchow, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Es existierten genügend Möglichkeiten, Geschwindigkeiten innerorts zu reduzieren.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 11.09.2008, 15:00 Uhr - 43779 Clicks - Nr. 829

Ralf Stegner: Datenschutz ist konstitutiv für unseren Rechtsstaat

Gesetzliche Regelungen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger fordert der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner, vor dem Hintergrund des illegalen Datenhandels.

Er mahnt größere Vorsicht jedes Einzelnen beim Umgang mit seinen persönlichen Daten an. Der Staat braucht Informationen, um Verbrechen vorzubeugen oder Täter zu ermitteln, aber Zugriffe auf informationstechnische Systeme durch die Sicherheitsbehörden und die Speicherung von personenbezogenen Daten bergen möglicherweise gewaltige Nebenwirkungen. Deshalb fordert

Stegner große Vorsicht bei der Einführung neuer Befugnisse. In der Wirtschaft gibt es starke Interessen, Daten und Möglichkeiten der Kommunikations- und Informationstechnologie exzessiv zu nutzen. Doch Unternehmen müssen Persönlichkeitsrechte und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung respektieren. Hilfreich zum Schutz der Bürger sind mehr Transparenz, höhere Hürden, höhere Strafen und ein generelles Klima, das den Illegalen Umgang mit Daten ächtet und ein sensibles Umgehen befördert. Verbraucherschutzzentralen, aber auch die Rechte einzelner Verbraucherinnen und Verbraucher sollten deutlich gestärkt werden.



Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 12.09.2008, 11:13 Uhr - 6397 Clicks - Nr. 830

Energieausweis

Durch die stetig ansteigenden Energiepreise werden Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung immer attraktiver und notwendiger. Die verbindliche Einführung des Energieausweises für Gebäude ab dem 1. Juli 2008 können Hausbesitzer nutzen, den eigenen Energieverbrauch durch Sanierungsmaßnahmen erheblich zu senken.



Bei idealen Bedingungen lässt sich durch gute energetische Gebäudesanierung der Energieverbrauch eines Gebäudes um bis zu 70% reduzieren.

Den verpflichtenden Energieausweis gibt es in zwei Varianten - als Bedarfsausweis und als Verbrauchsausweis. Viele Gebäudebesitzer haben schon in den vergangenen Wochen einen Ausweis in Auftrag gegeben.

Ich unterstütze die Aufforderung statt des einfachen Verbrauchsausweises den umfassenderen Bedarfsausweis ausstellen zu lassen. Der Bedarfsausweis wird von einem Energieberater nach Untersuchung der Fenster, Wände, Heizungsanlage und mehr ausgestellt. Er enthält detaillierte Tipps zum energetischen Sanieren des Gebäudes. Als Basis für den Verbrauchsausweis werden dagegen nur die Heizkosten der letzten drei Jahre herangezogen. Hierbei hängt die Bewertung des Gebäudes von der individuellen Nutzung des Verbrauchers ab und damit wird nicht die energetische Qualität des Gebäudes beurteilt.

Die Mehrkosten für den Bedarfsausweis kann man mit der Umsetzung von den vorgeschlagenen Sanierungsmassnahmen mehr als ausgleichen. Einige Maßnahmen, wie die Dämmung der Kellerdecke, zahlen sich schon nach wenigen Jahren aus.

Ich möchte auch die Mieter ermutigen sich mit ihren Vermietern in Verbindung zu setzen, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, wie Sanierungsmaßnahmen umgesetzt werden können und beide Parteien davon mittelfristig profitieren.

Die Energiepreise werden auch in Zukunft weiter steigen. Nur wenn wir unsere Energie effizienter

nutzen und weniger von ihr nutzlos "verpuffen" lassen, können wir die Kostenexplosion eindämmen.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 12.09.2008, 11:22 Uhr - 7743 Clicks - Nr. 831

Tag des offenen Landeshauses

Zum Tag des offenen Landeshauses am Sonnabend, 27.09. organisiert die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen eine Busfahrt nach Kiel für Interessierte aus dem Kreis Steinburg.

Der Bus sieht folgende Abfahrten vor:

8.45 Uhr Glückstadt ZOB

9.20 Uhr Itzehoe ZOB

9.30 Uhr Hohenlockstedt Wasserturm

9.45 Uhr Kellinghusen Mitte

Um 15.00 Uhr ist die Rückfahrt ab Kiel vorgesehen.

Interessierte können sich im Wahlkreisbüro von Birgit Herdejürgen unter Te.: 04821-61505 oder per Mail wk-b.herdejuergen@t-online.de anmelden. Der Eigenanteil an den Fahrtkosten beträgt 2,00 Euro pro Person.



Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 12.09.2008, 13:37 Uhr - 3947 Clicks - Nr. 832

Lothar Hay fordert „intelligente Lösungen“ für

effizientere Energieeinsparung; Klimapakt mit Wohnungswirtschaft Ende des Jahres

Erscheinungsdatum:

12.09.2008

Für mehr Klimaschutz und eine effizientere Energieeinsparung müssen nach Ansicht von Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay differenziertere bautechnische Lösungen entwickelt werden. „Grobe Schlagworte und pauschale Konzepte reichen nicht mehr aus“, sagte der Minister am Freitag (12. September) auf der Nordbau in Neumünster.

Schleswig-Holstein sei wegen seiner langjährigen Erfahrungen mit einer energiesparsamen Bauweise gut vorbereitet, um die weit reichenden Klimaschutzziele zu erreichen. Nach dem Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung sollen die Kohlendioxidemissionen in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 verringert werden.

Hay rief die Bau- und Wohnungswirtschaft auf, gemeinsam mit der Politik nach intelligenten Lösungen zu suchen, damit Modernisierungen von Wohnungen für einen besseren Klimaschutz auch wirtschaftlich attraktiv bleiben. Der Minister will mit allen wohnungswirtschaftlichen Verbänden des Landes Ende des Jahres einen Klimapakt schließen, in dem konkrete Maßnahmen vereinbart werden, die zur Einsparung von Kohlendioxid führen sollen. „Ich bin zuversichtlich, dass uns dieser Schulterschluss von Politik und Wirtschaft gelingt“, sagte Hay. Der Weg über

freiwillige Vereinbarungen führe häufig schneller zum Ziel als staatliche Verordnungen von oben. Die Voraussetzungen für einen Klimapakt seien günstig, da die Einsicht in die Notwendigkeit, mehr für den Klimaschutz zu tun, inzwischen überall vorhanden sei.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 12.09.2008, 13:40 Uhr - 4164 Clicks - Nr. 833

Städtebauförderung: Lothar Hay kündigt Einschnitte an;

„Baumaßnahmen auf das beschränken, was unbedingt notwendig ist“

Erscheinungsdatum:

12.09.2008

Innenminister Lothar Hay hat Einschnitte bei der Städtebauförderung angekündigt. „Der Landeshaushalt lässt es nicht zu, zusätzliche Programme der Städtebauförderung zu finanzieren“, sagte Hay am Freitag (12. September) auf der NordBau in Neumünster. Es müsse auch mit erheblichen Kürzungen in den laufenden Programmen gerechnet werden.

Konkrete Summen nannte Hay nicht, da die genaue Höhe der Bundesmittel, die Schleswig-Holstein 2009 und 2010 für die Städtebauförderung zur Verfügung gestellt werden, noch nicht bekannt ist. Nach der Kabinettsentscheidung zum Haushalt sei allerdings klar, dass sich das Land an den Programmen „Städtebauliche Denkmalpflege“ und „Investitionspakt zur energetischen Modernisierung sozialer Infrastrukturen in Kommunen“ nicht beteiligen werde. Dagegen sollen die Bundesmittel für die Programme „Sanierung und Entwicklung“, „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ so weit wie möglich in Anspruch genommen werden. Vorrang habe dabei das Programm „Soziale Stadt“.

Hay sagte, das Land bemühe sich, die bereits laufenden Städtebauförderungsmaßnahmen in den Kommunen weiterhin zu unterstützen. Dazu sei es jedoch erforderlich, dass sich die Kommunen auf Baumaßnahmen beschränken, die unbedingt notwendig seien. Die Förderung von neuen Maßnahmen werde in den nächsten Jahren nur noch sehr eingeschränkt möglich sein, im ungünstigsten Fall gebe es überhaupt keine Förderung mehr. Hay bedauerte die aktuelle Entwicklung in der Städtebauförderung, zumal sie für das Baugewerbe große Bedeutung habe. Jeder Euro an Städtebauförderungsmittel löse in etwa das Achtfache an zusätzlichen Investitionen aus.

Hay sicherte der Bauwirtschaft und den Kommunen zu, nach neuen Perspektiven für die Zukunft der Städtebauförderung ab 2011 zu suchen. In diesem Jahr steht für die Städtebauförderung in Schleswig-Holstein ein Gesamtbetrag von rund 27,5 Millionen Euro zur Verfügung. Bund, Länder und Gemeinden finanzieren das Städtebauförderungsprogramm zu je einem Drittel, das heißt, auf jeden Euro des Bundes legen das Land und die geförderte Stadt jeweils einen weiteren Euro drauf.

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 12.09.2008, 15:29 Uhr - 2237 Clicks - Nr. 834

Das Thema Schülerbeförderungskosten muss ein Ende haben!

Die Frage der Eigenbeteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten steht weiterhin im Raum, obwohl das Thema auf Landesebene bereits wieder verworfen wurde.

Die SPD-Kreistagsfraktion steht zu ihrem Wahlprogramm und wird sich dafür einsetzen, dass die Schülerbeförderungskosten abgeschafft werden, um eine gerechte Behandlung aller Eltern zu gewährleisten. Die Satzung über die Schülerbeförderung des Kreises muss dahingehend angepasst werden. Das Schulgesetz sieht eine Eigenbeteiligung der Eltern nur dann vor, wenn eine private Nutzung in „erheblichem Umfang“ möglich ist. Die SPD ist der Auffassung, dass in einigen Bereichen des Kreises zwar eine private Nutzung möglich ist, jedoch nicht im erheblichen Umfang.

Die Bürgerinnen und Bürger können sich sicher sein, dass die vom Kreis eingesetzte interfraktionelle Arbeitsgruppe zu diesem Thema weiterhin durch die Handschrift der Sozialdemokratie geprägt wird, natürlich im Sinne der Eltern und ihrer Schulkinder.

Daher wird sich die Fraktion für eine komplette Kostenbefreiung der Eltern einsetzen. Auch die Fragestellung des Bürokratieabbaus, der Länge der Schulwege und der Altersgrenze der Schülerinnen und Schüler für eine Kostenbefreiung wird erörtert werden müssen.

Der Kreistag sollte schnell entscheiden. Die Verwaltungsmaschinerie muss gestoppt werden. Alle Kreise in Schleswig – Holstein haben inzwischen die Elternbeteiligung in den Satzungen gestrichen. Segeberg ist Schlusslicht.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 13.09.2008, 13:45 Uhr - 5344 Clicks - Nr. 835

Lothar Hay zeichnet Sieger im Modernisierungswettbewerb

„Vorbild im Klimaschutz: Mehr Qualität – weniger Kohlendioxid“ aus

Erscheinungsdatum:
12.09.2008

Innenminister Lothar Hay hat am Freitag (12. September) auf der NordBau in Neumünster die Sieger im Modernisierungswettbewerb „Vorbild im Klimaschutz: Mehr Qualität - weniger

Kohlendioxid“ bekannt gegeben.

Sieger (Preisgeld 2.000 Euro) in der Kategorie „Ein- und Zweifamilienhäuser“ ist Karl Nicolai Lorenzen aus Dollerup (Kreis Schleswig-Flensburg). Karl Nicolai Lorenzen hat ein 1975 gebautes Zweifamilienhaus umfassend modernisiert und dabei Erdwärme und Sonnenenergie effizient genutzt. Dadurch konnten 70 Prozent Kohlendioxid eingespart werden. Karl Nicolai Lorenzen ist Mitglied im Haus- und Grundeigentümergeverband.

Der 2. Preis (Preisgeld 1.000 Euro) in der Kategorie „Ein- und Zweifamilienhäuser“ geht an Heinz Dieter Keßler aus St. Michaelisdonn (Kreis Dithmarschen). Heinz-Dieter Keßler hat ein bereits 1897 errichtetes landwirtschaftliches Gebäude von Grund auf saniert und durch den Einbau einer effizienten Gas- und Feststoffheizung im Wechselbetrieb 75 Prozent Kohlendioxid eingespart. Heinz-Dieter Keßler ist Mitglied des Haus- und Grundeigentümergeverbandes.

Der 3. Preis (Preisgeld 500 Euro) in der Kategorie „Ein- und Zweifamilienhäuser“ geht an Christian Kutzt-Kunow aus Kiel. Christian Kutzt-Kunow hat eine Doppelhaushälfte im klassischen Siedlerhausstil der dreißiger Jahre komplett saniert und dadurch 70 Prozent Kohlendioxid eingespart.

Sieger (Preisgeld 2.000 Euro) in der Kategorie „Mehrfamilienhäuser bis zu drei Geschossen“ ist die Frank Siedlungsbaugesellschaft. Durch eine umfassende Modernisierung eines aus den sechziger Jahren stammenden Gebäudes mit zwölf Wohnungen im Kieler Bräutigamsweg konnten 85 Prozent Kohlendioxid eingespart werden.

Der 2. Preis (Preisgeld 1.000 Euro) in der Kategorie „Mehrfamilienhäuser bis zu drei Geschossen“ geht an Silke Mählenhoff in Lübeck. Sie besitzt ein historisches Stadthaus aus den vierziger Jahren, das sie komplett saniert hat. Mit Hilfe einer Holzpellet-Zentralheizung und Solarkollektoren können 95 Prozent des Heizwärmebedarfs gedeckt werden.

Der 3. Preis (Preisgeld 500 Euro) in der „Mehrfamilienhäuser bis zu drei Geschossen“ geht an den Selbsthilfe Bauverein e. G. in Flensburg. Die Genossenschaft hat Wohngebäude aus den siebziger Jahren in der Eiderstraße und Travestraße in Flensburg vorbildlich saniert und in diesem Zusammenhang mit einer hoch gedämmten Fassade versehen, die im für Schleswig-Holstein typischen Verblendmauerwerk hergestellt wurde.

Sieger (Preisgeld 2.000 Euro) in der Kategorie „Größere Mehrfamilienhäuser und Gebäude mit Miet-, Genossenschafts- und Eigentumswohnungen auf mehr als drei Geschossen“ geht an die Frank Siedlungsbaugesellschaft. Das Unternehmen hat das Wohnquartier in Eckernförde-Wilhelmstal vorbildlich saniert und modernisiert. Durch sehr hochwertige Gebäudehüllendämmung und den Einbau neuer Heiztechnologie wie etwa einer zentralen Pelletheizung können 82 Prozent Kohlendioxid eingespart werden. Außerdem ist es der Frank Siedlungsbaugesellschaft gelungen, soziale Werte wie Nachbarschaft und Gemeinschaftssinn in dem Wohnquartier neu zu beleben und fest zu etablieren. Es gibt nicht nur neue Wohnformen und altengerechte Wohnungen, auch die Mieter werden unmittelbar dazu angeregt, in ihrem Alltag Energie einzusparen.

Der 2. Preis (Preisgeld 1.000 Euro) in der Kategorie „Größere Mehrfamilienhäuser und Gebäude mit Miet-, Genossenschafts- und Eigentumswohnungen auf mehr als drei Geschossen“ geht an die Wankendorfer Baugenossenschaft für Schleswig-Holstein e. G. Ein achtgeschossiges Gebäude in Schwentinental (Kreis Plön) aus den siebziger Jahren wurde modernisiert, was zu einer Einsparung von mehr als 70 Prozent Kohlendioxid geführt hat.

Den 3. Preis (Preisgeld 500 Euro) in der Kategorie Größere „Mehrfamilienhäuser und Gebäude mit Miet-, Genossenschafts- und Eigentumswohnungen auf mehr als drei Geschossen“ geht an die

Woge Wohnungsbaugenossenschaft e. G. in Kiel. Das Unternehmen hat 56 Wohnungen in mehreren Gebäuden in der Holtenauer Straße modernisiert. Es wurden beispielsweise Balkone, Terrassen und Aufzüge nachträglich eingebaut. Das Wohnumfeld wurde insgesamt vielfältiger und lebendiger gestaltet und die Fassaden prägen in besonderer Weise das Stadtbild.

Der Modernisierungswettbewerb im Rahmen des Klimapaktes wurde vom Innenministerium ausgelobt. Die Kooperationspartner waren der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen, der Landesverband Nord im Bundesverband Freier Immobilien und Wohnungsunternehmen, der Verband der Immobilienverwalter Schleswig-Holstein, der Verband Wohneigentum/Siedlerbund Schleswig-Holstein, der Verband der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer sowie die Investitionsbank, die die Preisgelder gestiftet hat, und die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e. V. Insgesamt gingen 30 Beiträge von den Mitgliedern aller fünf Verbände ein.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 13.09.2008, 19:57 Uhr - 43083 Clicks - Nr. 836

Landesparteitag wählt Ulrike Rodust

SPD-SH schickt Nachrückerin von Willi Piecyk in die Europawahl

Lübeck: Die Delegierten des Landesparteitags der schleswig-holsteinischen SPD haben am Samstag Ulrike Rodust mit 78 von 107 Stimmen auf Platz eins der Landesliste für die Europawahl gewählt. Rodust setzte sich im ersten Wahlgang gegen ihre Mitbewerber durch. Die SPD tritt bei der Europawahl mit einer Bundesliste an. Die Landesverbände schlagen hierfür Kandidaten vor; die einheitliche Liste wird vom Bundesparteitag im Dezember in Berlin beschlossen.



Für Rodust, die im September die Nachfolge des verstorbenen Willi Piecyk im Europäischen Parlament angetreten hat, ist Europapolitik eine Herzensangelegenheit: sieben Jahre lang hat die frühere europapolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein im Ausschuss der Regionen in Brüssel vertreten und dabei eng mit dem Europäischen Parlament zusammen gearbeitet.

„Durch meine langjährigen Erfahrungen in der schleswig-holsteinischen Kommunal- und Landespolitik weiß ich, wo vielen Menschen der Schuh drückt“ begründet Rodust ihre Kandidatur. „Die Interessen der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner in Brüssel und Straßburg zu vertreten, ist mir ein großes Anliegen. Das beginnt bei der Meerespolitik, für die Willi Piecyk wie kein anderer stand und führt über die Interessen unserer Kommunalpolitiker und

Kommunalpolitikerinnen.“

In der europäischen Sozialpolitik sieht Rodust eines der wichtigsten Themen in den kommenden Jahren: „Meiner Meinung nach ist nur ein soziales Europa ein starkes Europa, in dem gute Arbeit, fairer Lohn, ein hoher Arbeitnehmerschutz und Chancengleichheit zählen.“

Kommentar von [Norbert Drengk](#) vom 15.09.2008, 10:04 Uhr:

RE:Landesparteitag wählt Ulrike Rodust

Liebe Ulrike, die SPD HEIDE gratuliert Dir ganz herzlich zur Wahl als Kandidatin für die Europawahl. Wir drücken Dir dafür die Daumen. Bitte vergiss dort aber nicht, auch Dithmarschen bzw. die Westküste gehören zu Europa !

Kommentar von [Peter Cornelius](#) vom 13.09.2008, 20:12 Uhr:

RE:Landesparteitag wählt Ulrike Rodust

Ulrike, herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg für die weitere Arbeit. Aus den Bewerber beim Parteitag in Henstedt-Ulzburg warst Du auch mein Platz 1 - ich fand es aber auch gut, dass dort mehrere Personen zur Wahl standen. Dies war offenbar ja heute beim Landesparteitag auch der Fall. Herzliche Grüße aus Bayern nach S-H

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 13.09.2008, 20:11 Uhr:

RE:Landesparteitag wählt Ulrike Rodust

Glückwunsch von der SPD-Steinburg Rudolf Riep

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 14.09.2008, 15:13 Uhr - 5767 Clicks - Nr. 837

Lothar Hay beim Tag der Landespolizei:

Keine Kompromisse bei der Sicherheit für Polizeibeamte – 600 zusätzliche Vollkörperschutzrüstungen

Erscheinungsdatum:

14.09.2008

Schleswig-Holsteins Polizeibeamte sollen vor der zunehmenden Gewalt bei Auseinandersetzungen mit rechts- und linksextremistischen Demonstranten besser geschützt werden. Wie Innenminister Lothar Hay am Sonntag (14. September) in Wedel (Kreis Pinneberg) mitteilte, werden noch in diesem Jahr über 600 Vollkörperschutzausstattungen zusätzlich an die Landespolizei ausgeliefert. Dadurch ist es möglich, dass neben den Polizeibeamtinnen und -beamten der Einsatzhundertschaft aus Eutin auch ihre Kolleginnen und Kollegen aus den fünf über das Land verteilten Einzeldiensthundertschaften einen persönlichen Vollkörperschutz erhalten, der den Beamten in den passenden und gängigen Konfektionsgrößen zur Verfügung gestellt wird.

Der Vollkörperschutz sichert den Oberkörper, Ober- und Unterarme sowie Schienbeine und Knie. Er ist so ähnlich konzipiert wie die Schutzausrüstung eines Eishockeyspielers. Polizeibeamte tragen Vollkörperschutz in besonderen Einsätzen, in denen mit Gewalt gegen Polizisten vorgegangen wird, beispielsweise mit Eisenstangen, Knüppeln oder Wurfgeschossen wie Steinen, Schrauben oder anderen festen Körpern.

Die Beamten der Einzeldiensthundertschaften hatten bei ihren Einsätzen zwar schon immer Vollkörperschutz, die Ausrüstung wurde aber in so genannten Ausstattungspools vorgehalten und gehörte mithin nicht zur persönlichen Ausrüstung eines Beamten. Das hatte zahlreiche Nachteile wie etwa mangelhafter Tragekomfort.

Hay sieht die Politik in der Pflicht, für eine moderne Ausstattung der Polizei zu sorgen. „Einsparungen im Polizeihaushalt sind nicht immer zu vermeiden, sie dürfen aber nie zu Lasten der Sicherheit und Gesundheit von Polizeibeamten gehen“, sagte der Minister. Hier gebe es keine Kompromisse. Er sei froh, dass es in diesem Punkt einen breiten politischen Konsens unter den Parteien gebe. Für die Nachrüstung mit Vollkörperschutz hat das Land rund 300.000 Euro ausgegeben.

Hay äußerte sich aus Anlass der Vereidigung von 144 jungen Frauen und Männern, die am „Tag der Landespolizei“ ihren Diensteid leisteten. Sie wurden aus über 3.100 Bewerberinnen und Bewerbern ausgewählt. Die 87 Männer und 57 Frauen werden ihre Ausbildung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Landespolizei im Laufe des Jahres 2011 abschließen.

Der Minister sprach von einem Beruf mit großen Zukunftschancen. Er erfordere Aufmerksamkeit, Kraft und Konzentration. Er sei vielseitig und anspruchsvoll. „Wir brauchen keine Einzelkämpfer oder Rambos, wir brauchen Kolleginnen und Kollegen, auf die man sich verlassen kann und die im Team Verantwortung für sich und andere übernehmen“, sagte Hay. Es sei eine schöne und große Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Menschen sich sicher fühlen und frei von Angst und Bedrohung leben könnten. Die Polizei sei ein Dienstleister für die Bürger. Die Menschen im Lande hätten Vertrauen in die Polizei, weil sich die Beamtinnen und Beamten rechtsstaatlich korrekt, fachlich kompetent und zivilcouragiert verhielten.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 14.09.2008, 17:02 Uhr - 6844 Clicks - Nr. 838

Scheitert der Verkauf der Kliniken ? - Muss der Kreis 43,0 Mio € an das Land zur

Hannes Birke: Zweifel fast zur Gewissheit.

Scheitert der Immobiliendeal an der Rückzahlung von Fördermittel des Landes in Höhe von 43,0 Mio € ? Für den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Hannes Birke, droht die bislang völlig ungeklärte Frage zum „Aus“ für den Verkauf der Kliniken zu werden. Birke hatte bei der Gesundheitsministerin angefragt, ob der Verkauf der Krankenhausimmobilien im Rahmen eines „sale and lease back“ Finanzierungsmodells zu Rückforderungen von Fördermitteln des Landes führen würde.

In ihrer Antwort stellt die Ministerin klar, dass das Land die Krankenhäuser im Kreis mit rd. 104,0 Mio € gefördert hat. Davon beträgt der sogenannte Restbuchwert noch 43,0 Mio €, der grundsätzlich grundbuchlich abgesichert sei. Das Land –so die Ministerin- werde keiner



nachrangigen Absicherung beim Verkauf an die Banken zustimmen. Wenn dies der Fall wäre, müsste das Land den Betrag zurückfordern.

Schon in dem von der SPD vorgelegten Gutachten, wird darauf hingewiesen, dass es rechtlich zweifelhaft ist, ob Krankenhäuser, die mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden, überhaupt verkauft werden können. Mit der Antwort der Ministerin –so Birke- verdichtet sich der Zweifel fast schon zur Gewissheit.

Nur Kopfschütteln über die offensichtlich schlampige Vorbereitung des Landrates löst bei Birke der Hinweis der Ministerin aus, dass in der zentralen Frage, ob die Fördermittel zurückgezahlt werden müssen, klärende Gespräch mit dem Ministerium „für die nächsten Tage vereinbart“ wurden, die -so Birkes Informationsstand- am 16. September stattfinden sollen.

Für ihn ist die ungeklärte Frage der Fördermittel ein weiterer Hinweis, dass der Kreistag am 17. September dem Landrat unmöglich „grünes Licht“ für den Verkauf der Kliniken geben kann. „Allein“ –so Birke- „eine mögliche Rückzahlung der Fördermittel führt zum Platzen des Immobiliendeals“.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 14.09.2008, 20:04 Uhr - 5285 Clicks - Nr. 839

POLITIK ANSCHAULICH - Filmabend mit Wolfgang Wodarg


Am diesen Montag lädt Dr. Wolfgang Wodarg zu Film und Diskussion ins Flensburger Kinoplex. Ab 19.30 Uhr wird der Film "Outsourced - Auf Umwegen zum Glück" gezeigt. Anschließend können Kinogäste mit dem Bundestagsabgeordneten über die hochaktuelle Problematik der globalisierten Weltwirtschaft, Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnregionen, Lohndumping, Leiharbeit und Auswirkungen auf Arbeitnehmer, Verbraucher und Gesellschaft diskutieren.

"Outsourced - Auf Umwegen zum Glück"

Ein Callcenter in Seattle wird geschlossen und nach Gharapuri, Indien verlegt. Todd Anderson (Josh Hamilton) behält seinen Job, muss allerdings in Indien den eigenen Ersatz fortbilden.

Verständlich, dass Todd wenig Lust hat auf das verwirrende Land hat.

Der Film Outsourced des amerikanischen Jungregisseurs John Jeffcoat scheint den Humor, welcher sich aus dem Unwissen einer fremden Kultur gegenüber ergibt, zu nutzen, um dem Betrachter das



EINTRITT:
5,- EURO (RANG)
6,- EURO (LOGE)

**POLITISCHE
FILMABENDE**

UNTER DER LEITUNG VON DR. WOLFGANG WODARG
– MITGLIED DES BUNDESTAGES –

JEDE VERANSTALTUNG BEHANDELT EIN DISKUSSIONS-
THEMA, WELCHES IM FILM ANGESPROCHEN WIRD.

15. September um 19.30 Uhr:
Outsourced

Die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnregionen; Auswirkungen auf Arbeitnehmer, Verbraucher und Gesellschaft; Handlungsbedarf für die Politik auf nationaler und internationaler Ebene

Land näher zu bringen.

Es ist eine nachdenkliche Globalisierungs-Komödie, die ihren Hauptfiguren Raum und Würde lässt.

Der Film hat schon einige Publikumspreise gewonnen.

Anschließend können Kinogäste mit dem Bundestagsabgeordneten über die hochaktuelle Problematik der globalisierten Weltwirtschaft, Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnregionen, Lohndumping, Leiharbeit und Auswirkungen auf Arbeitnehmer, Verbraucher und Gesellschaft diskutieren.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 15.09.2008, 10:02 Uhr - 44408 Clicks - Nr. 840

Ralf Stegner ist der Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl 2010

„Politik ist Hoffnung, Leidenschaft und Mut!“

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 90,6% wurde Ralf Stegner am 13.09. in Lübeck in geheimer Abstimmung zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2010 nominiert. Seine politisch bewegende Bewerbungsrede unter dem Motto „Die SPD kann mehr – Politik ist Hoffnung, Leidenschaft und Mut“ war ein Bekenntnis zu einer starken Sozialdemokratie als linke Volkspartei.



Ralf Stegner spannte in seiner Rede den Bogen sozialdemokratischer Politikverantwortung von 1988 bis über 2010 hinaus. „Sozialdemokratische Regierungschefs wie Björn Engholm und Heide Simonis haben diesem Land gut getan. Von ‚Schläfrich-Holstein‘ spricht seit 1988 keiner mehr“ betonte Ralf Stegner in seiner Rede und dankte dem ehemaligen Ministerpräsidenten Björn Engholm und der ehemaligen Ministerpräsidentin Heide Simonis für ihre Leistungen für das Land und persönlich für ihre Unterstützung seiner Spitzenkandidatur. Neben den beiden ehemaligen schleswig-holsteinischen Regierungschefs unterstützte auch der regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, Ralf Stegner mit einer die Delegierten begeisternden Rede.

Als zentrale politische Ziele für die sozialdemokratische Regierungspolitik bezeichnete der zukünftige Ministerpräsident den Aufstieg durch Bildung, eine gerechte Familien- und Kinderpolitik, eine nachhaltige Umwelt-, Klimaschutz- und Energiepolitik ohne Atom sowie eine Politik für fairen Lohn für Gute Arbeit. „Die SPD ist die einzige Partei die Innovation und Gerechtigkeit zusammen denkt und zusammenführen kann“ so Ralf Stegner.

Der SPD-Landesvorsitzende stellte in seiner Rede heraus, welche persönlichen Stärken er in sein zukünftiges Amt einbringen wird: „Um dieses Land zu führen braucht man Kompetenz und Leidenschaft, ein ehrliches Interesse an Menschen und ihren Hoffnungen und Wünschen, ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein und ein gesundes Gerechtigkeitsempfinden, Fleiß und nicht zuletzt, die Befähigung und Pflicht nach vorn statt nach hinten zu blicken!“

[SPD Neumünster-Einfeld](#) - veröffentlicht am 15.09.2008, 15:33 Uhr - 4771 Clicks - Nr. 841

Ortsverein Einfeld ehrt Jubilare

Der SPD-Ortsverein Einfeld ehrte am Sonntag seine Mitglieder mit 25- und 50-jährigen Parteimitgliedschaften. Bei einer hervorragenden Bewirtung des Restaurant LaGrotta ehrten die Einfeldler Genossen am Sonntag ihre langjährigen Mitglieder. Mit mehr als 30 Gästen trugen alle Beteiligten dazu bei, einen interessanten, freundlichen und kommunikativen Sonntagvormittag zu verbringen. Neben der frisch bestätigten Ortsvereinsvorsitzenden Jutta Schümann wurden



die Ehrungen vom Minister für Justiz Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Uwe Döring und Ratsherrn Manfred Zielke vorgenommen.

Kommentar von [Manfred Zielke](#) vom 16.09.2008, 17:49 Uhr:

RE:Ortsverein Einfeld ehrt Jubilare

Ich möchte auf diesem Wege mich für den hervorragenden Vormittag im LaGrotta bedanken. Mein besonderer Dank gilt dem Genossen Detlef Erdloff, der immer wieder beharrlich für das Restaurant LaGrotta und dem wirklich schönem Ambiente geworben hat.

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 15.09.2008, 15:38 Uhr - 4016 Clicks - Nr. 842

„Wenn der Postmann zweimal klingelt ...“ -

Innenministerium weist Kritik des Lübecker Bürgermeisters an Informationspolitik des Landes zurück

Erscheinungsdatum:
15.09.2008

Das Innenministerium hat die Kritik des Lübecker Bürgermeisters an der Informationspolitik des Landes zurückgewiesen. Nach einem Bericht der Lübecker Nachrichten vom Wochenende (LN vom 13. September) hat Bernd Saxe kritisiert, von den beschlossenen Kürzungen der Landesregierung bei der Städtebauförderung erst aus den Medien erfahren zu haben.

Saxe wird mit dem Satz zitiert, auf diese Weise „führt die Landesregierung die Beziehungen zu

den Kommunen auf einen neuen Tiefpunkt“.

Wie ein Sprecher des Innenministeriums am Montag (15. September) in Kiel mitteilte, wurden die Bürgermeister der Städtebauförderungsgemeinden, mithin auch die Hansestadt Lübeck mit ihrem Bürgermeister, bereits in einem Schreiben vom 23. Juli 2008 ausführlich informiert. Auf zwei eng beschriebenen Seiten erläutere darin Innenstaatssekretär Ulrich Lorenz die Situation. Dieser Brief sei auch an die Kommunalen Landesverbände gegangen. „Bernd Saxe hätte also gleich zweimal Kenntnis nehmen können, als Lübecker Bürgermeister und Vorsitzender des Städtetages“, sagte der Sprecher.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Nordfriesland](#) - veröffentlicht am 15.09.2008, 19:09 Uhr - 7932 Clicks - Nr. 843

Offshore-Windparks: SPD drückt auf die Tube

Ausbauziele der Bundesregierung als unzureichend kritisiert

Nordfriesland/fu

Quelle: Husumer Nachrichten 15. September 2008

Statt des Kreistages verabschiedete der Hauptausschuss jetzt eine Stellungnahme des Kreises Nordfriesland zum Entwurf des Raumordnungsplanes für die deutsche Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ). Neben Fragen der Schifffahrt, Fischerei oder Forschung soll dieser für die kommenden Jahre auch die Vorranggebiete für die Windenergie-Nutzung auf See festschreiben. Während der Plan im Hinblick auf die geordnete Nutzung der Zone ohnehin viel früher sinnvoll gewesen wäre, war nun auch der Kreis Nordfriesland spät dran. Dabei war schon seit Juli bekannt, dass das wichtige Thema ansteht und bis Mitte September reagiert werden muss. Zum Leidwesen der Sozialdemokraten fiel die Stellungnahme denn auch weniger umfassend und klar aus, als sie es sich gewünscht hätten.

Während andere Aspekte im Zusammenhang mit der AWZ fachlich sauber von der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste (SDN) aufgearbeitet worden seien, meinen SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Nissen und sein Stellvertreter Hans-Dieter Schulz, dass energie- und wirtschaftspolitische Aspekte zu kurz kommen, wie Chancen für eine mögliche Teilhabe Nordfrieslands als „Mutterland der Windenergie-Nutzung“ (Schulz) an der Offshore-Nutzung, dem Ausbauziel der Bundesregierung von 25 Gigawatt Nennleistung mit zum Jahr 2030 sowie Atomausstieg und Klimaschutz. Der jetzt in der Diskussion befindliche AWZ-Raumordnungsplan lässt nach ihren Aussagen nur zehn Gigawatt bis 2010 zu. Erst danach soll das Papier dann fortgeschrieben und um weitere Windvorrangflächen erweitert werden. „Das Problem ist, die Flächen sind heute schon überplant“, sagt Thomas Nissen. Aus Gründen der Planungssicherheit, aber auch mit Blick auf eine effiziente und umweltfreundliche Netzanbindung müsse dem Ausbauziel des Bundes schon jetzt in dem Plan Rechnung getragen werden. Ansonsten drohe ein „Fadenriss“ bei der Entwicklung neuer Projekte und damit „Planungssprünge“ für die Windbranche, so Nissen und Schulz. Zudem müssten bereits genehmigte Offshore-Windpark-Vorhaben wie Butendiek, Dan Tysk oder Sandbank 24 als Vorrangflächen für die Windenergie-Nutzung

ausgewiesen werden, „um Planungssicherheit für die Investoren zu haben“. Der Raumordnungsplan-Entwurf mit fünf Vorrangflächen sieht das nämlich nicht vor. „So bleibt ein Rest von Unsicherheit“.

Den wichtigen Aspekten sehen die SPD-Vertreter seitens der Ausschuss-Mehrheit von CDU und Grünen nur unzureichend Rechnung getragen. Schulz und Nissen sprachen gegenüber unserer Zeitung von einer „butterweichen Stellungnahme“ mit weichgespülten Formulierungen“. Immerhin wird darin nun zumindest „Sicherheit für späteres Repowering“ für Butendiek und andere eingefordert und von der Bundesregierung „möglichst frühzeitig vor 2011“ Klarheit über die weitere Ausbau-Planung von Offshore-Windparks in der AWZ.

Quelle: Husumer Nachrichten 15. September 2008

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.09.2008, 08:17 Uhr - 1309 Clicks - Nr. 844

„Unverantwortliche Stimmungsmache – Kohlelobby zeigt ihr wahres Gesicht!“

Der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Ralph Müller-Beck und der Vorsitzende der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Lutz Oschmann erklären:

„In Kiel wird kein neues Kohlekraftwerk gebaut!“ vereinbarten SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Kooperationsvertrag. Dabei wird es bleiben.

Wer eine moderne und umweltverträgliche Energieversorgung zu verlässlichen Preisen haben will, der kann kein Kohlekraftwerk am Ostufer wollen. Wer qualifizierte zukunftsfeste Arbeitsplätze in der Region schaffen will, wer mehr Unabhängigkeit von den Energie-Multis will, der muss die Nachfrage nach moderner Energietechnik und Wärmedämmung fördern, wie sie gerade während der Innovativen Bauausstellung demonstriert wird. Wer einen modernen wettbewerbsfähigen Industriestandort haben will, der muss Abschied nehmen von der Dinosauriertechnologie a la Kohle.

Mit dem 800 MW Kohlekraftwerk - mehr als doppelt so groß wie das bestehende Kraftwerk - werden e.on und die Stadtwerke für die nächsten 50 Jahre jährlich 5 Mio Tonnen CO2 ausstoßen. Das hat mit einer klimaverträglichen Energieversorgung nichts zu tun.

Es kann nicht das Interesse der Kielerinnen und Kieler und der Kieler Stadtwerke sein, über den eigenen Bedarf hinaus Wärme und Strom zu produzieren.

Wir stehen zu unseren Stadtwerken. Stadtwerke sind stark, weil sie nahe bei ihren KundInnen sind und auf veränderte Bedürfnisse schnell reagieren können.

Die Stadtwerke laufen Gefahr, durch ihre Allianz mit dem Energie-Multi e.on diese Stärke aufs Spiel zu setzen.

Denn mit ihrer heutigen Pressemitteilung und der Ankündigung, auf dem Ostufer ein 800 MW Kohlekraftwerk bauen zu wollen, betreiben sie mit e.on unverantwortliche Stimmungsmache. Wir fordern die Stadtwerke auf, sich gemeinsam mit der überwiegenden Mehrheit in der Ratsversammlung und in der Bevölkerung Kiels für einen umweltverträglichen Energiemix und dezentraler, bedarfsgerechter Strom- und Wärmeproduktion zu verlässlichen Preisen einzusetzen."

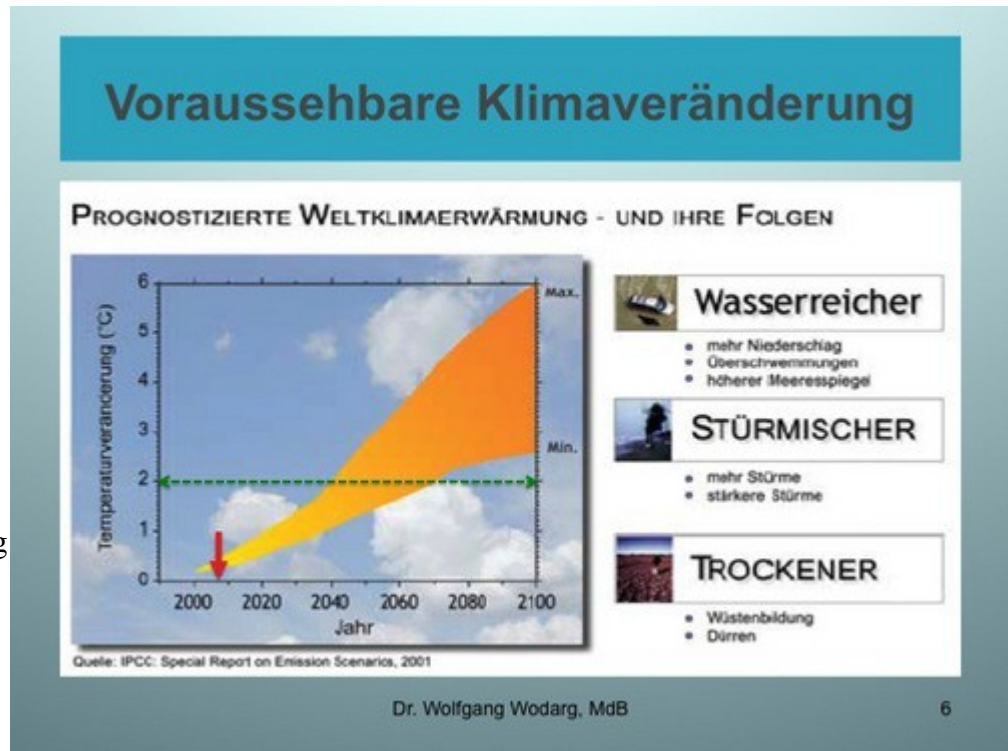
Keine Kommentare



CDU/CSU macht Milliardeneschenke an Energieversorger!

CDU/CSU setzt Profit vor Klimaschutz! In einer Pressemitteilung verurteilt der World Wildlife Fond (WWF) den in der CDU/CSU gefassten Beschluss, neue Kraftwerke teilweise und das produzierende Gewerbe vollständig von der Versteigerung der Zertifikate in der dritten Handelsperiode des Emissionshandels (2013-2020)

auszunehmen. Dieses zeigt das wahre Gesicht der CDU/CSU, widerspricht unseren Koalitionsvereinbarungen und wird deshalb hier von mir wiedergegeben.



Presstext des WWF vom 12. Sept 2008:

CDU/CSU-Bundestagsfraktion torpediert Emissionshandel

Der WWF kritisiert scharf den heute gefassten Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, neue Kraftwerke teilweise und das produzierende Gewerbe vollständig von der Versteigerung der Zertifikate in der dritten Handelsperiode des Emissionshandels (2013-2020) auszunehmen.

"Die CDU/CSU Fraktion will diese Industrien trotz Rekordgewinnen weiterhin beschenken. Nichts anderes bedeutet die kostenfreie Zuteilung von Emissionszertifikaten. In der Stromwirtschaft würden mit diesem Beschluss Neuinvestitionen zwischen 30 und 40 Prozent subventioniert", erläutert Regine Günther, Leiterin des Klima- und Energiebereichs beim WWF Deutschland. "Die CDU/CSU entscheidet sich damit gegen Marktwirtschaft auf dem Strommarkt und Milliardeneschenke an die größten Klimasünder.". In dem Zeitraum von 2013 bis 2020 würde nach Berechnungen des Öko-Instituts Berlin der Neubau eines Braunkohlekraftwerks mit 476 Mio €, eines Steinkohlekraftwerks mit 384 Mio € und eines Gaskraftwerks mit 187 Mio € subventioniert.

Mit dem heutigen Beschluss widerspricht die CDU/CSU-Bundesfraktion dem im Mai im Bundestag gemeinsam mit der SPD verabschiedeten Antrag, in dem sie für eine vollständige Versteigerung der Verschmutzungszertifikate für den Stromsektor plädiert.

Der Emissionshandel als zentrales Element der europäischen Klimapolitik gibt Kohlendioxid einen Preis. Dieser soll gerade bei Neuinvestitionen bewirken, dass der Ausstoß dieses Treibhausgases in die Investitionskalkulation einfließt. Denn nur so werden Anreize gesetzt, in CO2 arme bzw. freie

Technologien und Brennstoffe zu investieren.

"Die Subventionierung gerade der besonders klimaschädlichen Investitionen widerspricht auf eklatante Weise dem Klimaschutzbetreuerungen der Bundesregierung.", so Günther weiter. Der WWF fordert, Milliarden subventionen an Energieriesen einzustellen und Europa zum Vorreiter im Klimaschutz zu machen.

Auch die heutige Entscheidung des Industrieausschusses im EU-Parlament konterkariert eine marktwirtschaftliches Funktionieren des Emissionshandels . Der Industrieausschuss hat in Brüssel dafür gestimmt, der energieintensiven Industrie die Verschmutzung der Atmosphäre kostenlos zu erlauben. Zudem sollen deutlich mehr Zertifikate aus Entwicklungsländern zum Ausgleich von Emissionen in Europa (CDM) zugelassen werden.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 16.09.2008, 11:13 Uhr - 2952 Clicks - Nr. 846

SPD-Engelsby: Ansturm auf Obstannahmestelle Kauslundhof

Wohin mit dem Obst? Diese Frage stellen sich zur Zeit viele Gartenbesitzer. Hier die Antwort:

Die Firma FDS im Kauslundhof 12, nimmt seit dem 1. September die Früchte aus den hiesigen Gärten entgegen.

Seit der Eröffnung wurden bereits mehr als 20 Tonnen Äpfel von den Mitarbeitern der Flensburger Versorgungs- und Dienstleistungsservice gGmbH angenommen.

Kunden aus Weiche und aus Dänemark die ihr Fuhrer Obst anliefern, sind hier keine Seltenheit mehr.



Für 50 Kilo Äpfel gibt es 3 Euro Bares. Alternativ gibt es Gutscheine zum Erwerb vergünstigter Saftflaschen (0,7 l) der "Süßmosterei Steinmeier" aus Kiesby bei Süderbrarup.

Die Annahmestelle ist Montags bis Freitags von 09.30 Uhr bis 18.00 Uhr und Samstags von 09.00 Uhr bis 13.00 Uhr geöffnet.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 16.09.2008, 11:18 Uhr - 10151 Clicks - Nr. 847

Gegen Diktatur – Demokratischer Widerstand in Deutschland

Die von den ehemaligen Kommunalpolitikern Klaus Steinschulte und Berndt Steincke ins Leben gerufene „Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung“ hat die Wanderausstellung „Gegen Diktatur – Demokratischer Widerstand in Deutschland 1933 bis 1945 und 1945 bis 1989“ des Zentralverbandes demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand erstmalig nach

Schleswig-Holstein geholt.

Die Ausstellung ist zu besichtigen im Amt Heider Umland, Kirchspielsweg 6 in Heide vom 15. September bis 2. Oktober 2008, 9 bis 16 Uhr.

Bei der Eröffnungsveranstaltung am 15. September betonte der Vorsitzende der Stiftung Klaus Steinschulte vor geladenen Gästen aus Verwaltung und Politik, dass es nicht beabsichtigt sei, NS- und SED-Diktatur zu vergleichen. Vielmehr gehe es darum, an die Widerstandsbewegungen in beiden deutschen Staaten zu erinnern aus Respekt vor den Frauen und Männern, die den Freiheitsgedanken unter Einsatz ihres Lebens verteidigten.



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen hob in seiner Begrüßungsrede hervor, wie wichtig es sei, in Dithmarschen diese Wanderausstellung zu zeigen. Gut und wichtig sei auch das vielzitierte „Nie wieder!“. Nie wieder diktatorische Verhältnisse in Deutschland. Aber leider gälte das nicht für die ganze Welt.

Mit einem Himmlerzitat sorgte Jörn Thießen für absolute Stille im Foyer des Heider Verwaltungsgebäudes. Himmler hatte seinerzeit vor KZ - Aufseherinnen und Aufsehern eine Rede gehalten, in der er die Ausrottung der Juden als eine schwere Aufgabe für die Deutschen aus Liebe zum eigenen Volk erklärte. Eine Perversion der Menschlichkeit, so Jörn Thießen. Es gehe heute darum, den Abgrund dieser Perversität zu verstehen, weil es ihn immer noch gibt. So hätten in Ruanda in nur drei Wochen etwa 500 – 600 Tausend Menschen ihr Leben verloren, weil es Andere für sinnvoll erachtet hatten, sie zu ermorden. Diese Logik bei Antisemiten, Menschenschlächtern und Predigern zu durchbrechen sei eine der schwierigsten Aufgaben der Menschheit. Doch was wir nicht wollen, das muss auch nicht geschehen. Es gelte, gemeinsam gegen Menschen verachtende Ideologien einzutreten. Die Ausstellung sei dafür eine Ermutigung.

Nähere Informationen zur Stiftung und zur Ausstellung unter:

<http://www.stiftung-geug-heide.de/>

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 16.09.2008, 15:24 Uhr - 50927 Clicks - Nr. 848

Nord-SPD-Frauen in Brüssel – 7. bis 10. September 2008

„Nanu, war das etwa abgesprochen?“

Eigentlich nicht, aber das Ergebnis war trotzdem beeindruckend:

Von den fünfzehn Teilnehmerinnen des Seminars der Brüsseler Friedrich-Ebert-Stiftung über das gleichstellungspolitische Engagement der EU kamen bis auf zwei alle aus den nördlichen Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen.

„Gezogen“ hatte dabei natürlich die Chance, mit den beiden SPD-Europaabgeordneten Karin Jöns und Lissy Gröner zu diskutieren: erstere aus Bremen – letztere mit einem fränkischen Wahlkreis, aber engen Verbindungen zur schleswig-holsteinischen AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen). So kam es vielleicht nicht überraschend, dass mit Annegret Ahlers

und Cornelia Östreich sowohl die Bremer als auch die schleswig-holsteinische AsF-Landesvorsitzende, außerdem Annemarie Argubi-Siewers von der wieder gegründeten Kreisorganisation Lauenburg, Barbara Philipsen als Flensburger AG-Vorsitzende teilnahmen. Aber ein so dichtes Zusammentreffen von SPD-„Nordlichtern“ mit Gleichstellungsbeauftragten, Berufsberaterinnen, Forscherinnen, Unternehmerinnen ... erlebt frau nicht alle Tage. Somit war – neben dem straffen und anspruchsvollen Seminarprogramm – pausenlos Vernetzung angesagt.

Die Veranstaltung (mit vollem Titel: „Frauen, Beruf, Karriere und gläserne Decke – Europas Engagement für Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit“) brachte viele neue Kontakte und teils überraschende Einsichten. Wer wusste zuvor, dass eine eigene „Europäische Plattform für Wissenschaftlerinnen“ existiert, welche die Karrieren von Akademikerinnen untersucht und auswertet, Politik berät und Partnerschaften vermittelt? Oder wie weit die Förderung von Unternehmen in Frauenhand bei der Europäischen Kommission geht? Oder auch, dass es den Bürgerinnen und Bürgern möglich ist, an der „Grünbuch“-Phase europäischer Gesetzgebung mit Eingaben und Stellungnahmen direkt mitzuwirken?

Und immer wieder wurde herausgestellt:

wie demokratisch die EU – trotz der gegenwärtigen Verfassungsblockade – bereits ist; wie sehr sich ihr Einfluss bereits in scheinbar „nationaler“ Gesetzgebung widerspiegelt; und um wie vieles schlechter es insbesondere um die Gleichstellungspolitik in Deutschland – wahrlich keine Vorreiteration auf diesem Gebiet – bestellt wäre, gäbe es nicht Gleichheitsgrundsätze, Diskriminierungsverbote, „Gender“-Richtlinien aus Straßburg und Brüssel. Denn die Gleichheit zwischen Frauen und Männern, die Aufforderung zur Lohngerechtigkeit und zur gleichen Verteilung von Lebenschancen ist eines der Grundprinzipien der EU – zugleich Basis und Ziel zahlreicher Gemeinschaftspolitiken.

Dabei kann das viel zitierte „Gender Mainstreaming“, das machte insbesondere Politikberaterin Sabine Gilleßen in ihrem Vortrag deutlich, aktive Frauenförderung niemals ersetzen.

Handelt es sich hierbei doch lediglich um ein Instrument, Politik zu informieren und zu ordnen – nicht etwa schon um eine Strategie, sie zu gestalten!

Leider schafft das derzeitige konservative Übergewicht im Europäischen Parlament wie bei den Regierungen in der EU massive Schwierigkeiten, die Gemeinschaftspolitik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger voranzubringen. Nationale Töne werden lauter; kurzsichtiger Egoismus könnte wichtige Gesetzgebungsprozesse blockieren (so bei der notwendigen Weiterentwicklung der Antidiskriminierungsrichtlinie); ideologische Vorstellungen „von vorgestern“ suchen sich wieder Bahn zu brechen.

So brachten auch die Besuche im Europäischen Parlament – ansonsten die absoluten Highlights im Programm – den frauenpolitisch engagierten Seminarteilnehmerinnen ernüchternde Einsichten. Im nunmehr konservativ geführten Frauenausschuss wurde eine „Expertin“ angehört, welche die Hausfrauen-Ehe als Heilmittel gegen alle gesellschaftlichen Übel – einschließlich Bildungsproblemen und Jugendkriminalität – und vor allem ungeniert als großes Sparprogramm für den Staat anpries. Der Widerspruch fortschrittlicherer Parlamentarierinnen, umgehend in alle Verhandlungssprachen übersetzt, ließ nicht lange auf sich warten und beruhigte dann wieder etwas die Gemüter.

Aber bei solchen Vorgaben ist Gleichstellungspolitik in der EU ein mühsames Geschäft!

An einem der Abende hatte der Veranstalter die Gruppe zum Essen und informellen Treffen mit den beiden MdEP Jöns und Gröner eingeladen, das für viele persönliche Gespräche genutzt wurde. Überhaupt war die Organisation (in diesem Fall durch Stefan Thalhofer und Natasha Wunsch) perfekt und ließ bei der abschließenden „Manöverkritik“ kaum etwas zu wünschen übrig. Eine Teilnahme an den Informationsseminaren der Brüsseler FES ist unbedingt zu empfehlen. Und die aktiven SPD-Frauen nahmen viele Anregungen für den bevorstehenden Europawahlkampf

mit nach Hause. Denn die EU ist viel zu wichtig, um sie den Konservativen zu überlassen!

Cornelia Östreich – September 2008

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 16.09.2008, 15:26 Uhr - 58975 Clicks - Nr. 849

Andreas Hering neuer ASG-Vorsitzender

Die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) in Schleswig-Holstein hat den Neumünsteraner Kreis- und Fraktionsvorsitzenden Andreas Hering zu ihrem neuen Landesvorsitzenden gewählt.

Andreas Hering tritt die Nachfolge des bisherigen ASG-Landesvorsitzenden, Dietmar Katzer, an. Der Chef der Schleswig-Holsteinischen Landesvertretung des Verbandes der Ersatzkrankenkassen (VdAK) hatte bei der Mitgliederversammlung der ASG Schleswig-Holstein am vergangenen Mittwoch (09.09.2008) erklärt, nicht erneut als Landesvorsitzender zu kandidieren. Als Nachfolger schlug er den 39jährigen Andreas Hering vor, der bisher Mitglied des ASG-Landesvorstandes war.

Andreas Hering ist Krankenkassenfachwirt und in der Direktion der AOK in Schleswig-Holstein in Kiel beschäftigt. Seit 1994 ist er Ratsherr der Stadt Neumünster. Von 1994 bis 1998 war er Mitglied des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Neumünsteraner Stadtrat. Im Oktober 2000 wurde er zum Fraktionsvorsitzenden der SPD in Neumünster gewählt. Seit September 2007 ist er zusätzlich Kreisvorsitzender der SPD Neumünster.

In der ASG engagieren sich Mitglieder der SPD aus den Bereichen Medizin, Pflege, Wohlfahrtsverbänden und Krankenversicherungen. Die ASG hat sich zum Ziel gesteckt, den Sachverstand ihrer Mitglieder und die Ergebnisse von Expertenanhörungen für die Schleswig-Holsteinische SPD nutzbar zu machen. Die ASG Schleswig-Holstein ist eine von acht Arbeitsgemeinschaften der SPD und gilt als Forum für sozialdemokratische Gesundheitspolitik. Sie gibt mit ihrem Fachwissen Impulse für die gesundheitspolitische Meinungsbildung in der SPD und orientiert sich an einer bürgernahen und solidarischen Gesundheitspolitik.

Als stellvertretender ASG-Landesvorsitzender wurde Arno Jahner (Bereich Wohlfahrtsverband), in seinem Amt bestätigt. Weiterer Stellvertreter ist Rainer Schramm (Bereich Gesundheit & Demografie). Zu Beisitzern des Landesvorstands wurden die folgenden Mitglieder gewählt:

Wolfgang Hiller (Bereich Psychiatrie)
Frank Vilsmeier (Bereich Pflege/Psychiatrie)
Dietmar Katzer (Bereich Krankenversicherung)
Dr. Michael Parbs-Dalitz (Bereich Ärztliche Versorgung)
Juliane Dürkop (Bereich Psychotherapeutische Versorgung)

In seinem anschließenden Referat rief der ASG-Bundesvorsitzende Armin Lang die Mitglieder der ASG dazu auf, sich aktiv in die gesundheitspolitische Diskussion einzumischen. Gerade im Wahljahr 2009 wird es im Bundestagswahlkampf auch um die Frage gehen, wie die Weichen für die Zukunft der gesundheitlichen Versorgung in Deutschland gestellt werden. Im Fokus der gesundheitspolitischen Diskussion muss aus der Sicht der ASG deutlich werden, dass sich die SPD als Interessenvertreter für Patienten versteht. Für die ASG Schleswig-Holstein ist weiter vorrangiges

Ziel, dass alle Bürgerinnen und Bürger das Recht auf medizinische Leistungen haben und jeder nach seinem finanziellen Leistungsvermögen Beiträge in das Krankenversicherungssystem einzahlt.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 16.09.2008, 21:57 Uhr - 6765 Clicks - Nr. 850

Wir wollen Unabhängigkeit vom Strom-Multi!

Zur Debatte über das GKK erklärte SPD-Kreischef Rolf Fischer:

„Die Preise steigen, weil die großen Energieheuschrecken Gewinne machen wollen. Um sich diesem Diktat zu entziehen, benötigen wir eine möglichst große Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Wir setzen deshalb auf erneuerbare und umweltschonende Energiealternativen.“



Das ist für die kommenden Generationen sowohl aus preislicher als auch aus ökologischer Sicht nur vernünftig. Deshalb ist es richtig, jetzt eine Kieler Lösung anzustreben, die auf Dauer zur Unabhängigkeit z.B. vom Strom-Multi e.on führt.

Wir haben im Kooperationsvertrag verankert, einen Weg zu suchen, auf dem wir dieses Ziel erreichen. Wir sehen in dieser Frage viele Kooperationsmöglichkeiten mit unseren Stadtwerken und sind offen auch für neue regionale Energieverbände.“

Kommentar von [Gerd Cornelsen](#) vom 12.10.2008, 15:26 Uhr:

RE:Wir wollen Unabhängigkeit vom Strom-Multi!

Lieber Rolf, zunächst freue ich mich über dein klares Bekenntnis zu erneuerbaren und umweltschonenden Energiealternativen. Wir vom OV Mönkeberg sind schon etwas stolz darauf, dass unsere vielen Aktivitäten zu diesem Thema die Bevölkerung sensibilisieren konnten und die Politik und die Verwaltung zum Handeln gedrängt haben. Ich schließe hier die SPD Kiel ausdrücklich nicht aus. Viele Grüße aus Mönkeberg! Gerd Cornelsen

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 17.09.2008, 09:01 Uhr - 3462 Clicks - Nr. 851

SPD: LKWs raus aus dem Alten Husumer Weg!

Die SPD bleibt dabei: Der LKW-Verkehr muss aus dem alten Husumer Weg herausgehalten werden, weil die Belastungen für die Anlieger inzwischen unzumutbar geworden sind. Ein entsprechender Antrag der SPD liegt dem Ausschuss für Umwelt-, Planung und Stadtentwicklung vor.

Nach Vorortgesprächen mit Anliegern und Mitgliedern der Verkehrsgruppe der Aktionsgemeinschaft „Gesunder Stadtteil Weiche“, haben die Mitglieder der SPD-Süd und der Ratsfraktion ein klares Resümee gezogen: „Der LKW-Verkehr ist eine unverantwortliche Zumutung für die Anwohner und zudem für die LKW-Fahrer wirtschaftlicher Unsinn“, so Ratsherr Stephan Menschel und führt weiter aus: „Augenscheinlich sollen durch einen kurzen Umweg ein paar Euro an Mautgebühren gespart werden.“



Die Anwohner aus Weiche forderten die Politik nachdrücklich auf, endlich Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung zu beschließen. Besondere Kritik übten die Anwohner an der jüngst

durchgeführten Verkehrszählung- und Befragung. „Es war erkennbar, dass die LKW-Fahrer über die Befragung informiert wurden und daher über Altholzkrug die ansässige Spedition angefahren haben. Dadurch sollte der Eindruck erweckt werden, dass die Belastung für den Alten Husumer Weg durch LKW-Verkehr gering ist und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen unnötig sind.“, so ein Anlieger und ergänzt: „Eine Situation, die wir eigentlich erreichen wollen, nur das der Alltagszustand mit der Durchführungsart der Verkehrszählung verwässert wurde.“

„Wir haben den Beschluss über die notwendigen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen auf die Tagesordnung des Planungsausschusses gebracht, so Ausschussmitglied Matthias Epping. Horst Otte vom SPD-Ortsverein Süd brachte es auf dem Punkt: „Die Tatsache, dass während der Verkehrszählung der von uns geforderte Weg gefahren wurde, hat bewiesen, auch in der Praxis bedeutet eine Sperrung des Alten Husumer Weg für LKW über 7,5 t keine Behinderung des Güterverkehrs.“

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 17.09.2008, 09:01 Uhr - 3381 Clicks - Nr. 852

SPD-Engelsby: Neue Spielgeräte am Trögelsbyer Weg

Spielplatz Einweihung in Engelsby

Der Kinderspielplatz „Trögelsbyer Weg“ ist neu gestaltet worden. Das Kinder- und Jugendbüro hat im Rahmen der Planung im Mai eine Beteiligungswerkstatt durchgeführt.

Die neuen, gewünschten Geräte sind aufgestellt. Am Freitag, dem 19. September, um 15 Uhr, wird der Spielplatz offiziell eröffnet.

Das Team vom Spielmobil wird mit allen großen und kleinen Gästen zur Feier des Tages Stockbrot grillen.



Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 17.09.2008, 09:08 Uhr - 3184 Clicks - Nr. 853

SPD: Anwohnerverkehr im Wohngebiet Struve Lücke beruhigen

Die SPD setzt sich in Flensburg-Tarup für die Umwidmung der Straße Weidenbogen und für eine Beruhigung des Anwohnerverkehrs im Wohngebiet Struvelücke ein. Die Straße Weidenbogen im Ortsteil Tarup ist derzeit als Spielstraße ausgewiesen, um die dort seinerzeit spielenden Kinder zu schützen.

„Seit ihrer Entstehung im Jahre 1980 und heute hat sich die Bevölkerungsstruktur stark geändert.

Aus den Kindern sind Erwachsene geworden oder sie sind teilweise weggezogen. Die Straße wird nach Angaben der Anwohner nicht mehr als Spielstraße benötigt. Eine 30-Zone würde genügen“, so SPD-Ratsfrau Simone Lange. „Gleichzeitig wird damit das Parken der Autos im freien Raum erheblich vereinfacht, was durch die Ausweisung als Spielstraße stark eingeschränkt ist und in der Vergangenheit zu Ärgernissen geführt hat.“



Anders verhält es sich im Wohngebiet Struvelücke. Die dortige 30-Zone reicht hier nach Auffassung der SPD nicht aus, um den spielenden Kindern gerecht zu werden. In unmittelbarer Nähe der Zufahrt zum Wohngebiet befindet sich ein Kleinkinderspielplatz, direkt am Kreuzungsbereich der Straßen Struvelücke und Struveloft. In der Vergangenheit kam es an dieser Stelle schon mehrfach zu gefährlichen Situationen, da die Kinder beim Spielen teilweise auch auf die Straße laufen. Um diese Situationen zukünftig zu vermeiden und den Bereich um den Spielplatz herum sicherer zu gestalten, wird die SPD-Ratsfraktion im TBZ-Ausschuss verkehrsberuhigende Maßnahmen für diesen Bereich beantragen.

Kommentar von [Volker Ritter](#) vom 08.10.2008, 10:20 Uhr:

RE:SPD: Anwohnerverkehr im Wohngebiet Struve Lücke beruhigen

Der Begriff "Spielstraße" ist irreführend. Diese Verkehrszeichen weisen auf "verkehrsberuhigte Bereiche" hin und bedeuten, dass hier alle Verkehrsteilnehmer und Nutzer gleichberechtigt sind. Alter und Art der Fortbewegung spielen dabei keine Rolle. Was kann es in einer Wohnstraße besseres geben!?! Ach ja: Wohin mit den ruhenden PKW, die auf den privaten Stellflächen der Grundstücke keinen Platz finden? In zumutbarer Nähe von 50 - 200 Metern gibt es jedoch ausreichend Abstellflächen für Zweit- oder Drittwagen einzelner Haushalte und auch für Besucher. Worin liegt also das "Ärgernis der Anwohner" begründet? Wie viele oder besser wohl wenige sind es denn, die sich über die jetzige Regelung beschweren? Vernünftige und stichhaltige Gründe sind jedenfalls nicht zu erkennen. Auch die Kostenfrage ist zu bedenken - allemal in einer derart fragwürdigen Sache!

Kommentar von [Holger Ohlsen](#) vom 20.09.2008, 12:58 Uhr:

RE:SPD: Anwohnerverkehr im Wohngebiet Struve Lücke beruhigen

Ideen muss man haben.... keine Ahnung, wann Frau Lange zuletzt den Weidenbogen hinuntergewandert ist, aber ich sehe hier regelmäßig Kinder auf der Straße spielen. Darüberhinaus mündet hier die viel genutzte Radweg-Strecke zum/vom Zentrum. Offenbar will die SPD diese Kinder und Radfahrer zum Freiwild erklären. Wie aus dieser Straße (ohne Bürgersteig) eine Tempo 30-Piste werden soll, erschließt sich mir ohnehin nicht. Aber wie ich unsere Kommunalpolitik kenne, wird hier demnächst auf Kosten der Anwohner ein Bürgersteig gebaut, damit dieser Schwachsinn tatsächlich umgesetzt werden kann. Au weiha!

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 17.09.2008, 10:17 Uhr - 6335 Clicks - Nr. 854

Lotseninsel retten!

Gestern Abend erhielt Dr. Wolfgang Wodarg vom Finanzminister die erlösende Botschaft: Die Lotseninsel ist aus der Versteigerungsliste gestrichen! Wodarg hatte sich gegen eine Versteigerung stark gemacht und Einlösung der Zusagen der BImA gegenüber den bisherigen Pächtern auf der Lotseninsel eingefordert. "Ich bin froh, dass der Finanzminister jetzt dafür gesorgt hat, dass versprochene Abmachungen mit den Betroffenen nicht übergangen werden!" freut sich der Bundestagsabgeordnete.

Bild: Dr. Wolfgang Wodarg (mitte) mit dem Wirt der "Giftbude" Thorsten Köhn (re) und dem pensionierten Mitarbeiter des Wasser- und Schifffahrtsamtes Bruno Engel an seinem



alten Arbeitsplatz (li) - Wodarg hatte am 3. September einen Solidaritätsbesuch per Kajak nach Schleimünde unternommen, um mit den Pächtern zu sprechen und sich über die bisherigen Absprachen mit der BImA zu informieren.

Gestern Abend erhielt der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg vom Finanzminister die erlösende Botschaft: Die Lotseninsel ist aus der Versteigerungsliste gestrichen! Der Bund wird jetzt mit dem Land Schleswig-Holstein und mit den dortigen Interessenten erneute Verhandlungen über die weitere Verwendung aufnehmen. Wodarg hatte sich gegen eine Versteigerung stark gemacht und Einlösung der Zusagen der BImA gegenüber den bisherigen Pächtern auf der Lotseninsel eingefordert. Während die Pächter auf ein versprochenes Kaufangebot warteten, war für sie völlig überraschend von der BImA am 20. September eine Versteigerung der Liegenschaft in Berlin angesetzt worden. Wodarg hatte am 3. September einen Solidaritätsbesuch per Kajak nach Schleimünde unternommen, um mit den Pächtern zu sprechen und sich über die bisherigen Absprachen mit der BImA zu informieren. "Ich bin froh, dass der Finanzminister jetzt dafür gesorgt hat, dass versprochene Abmachungen mit den Betroffenen nicht übergangen werden!" freut sich der Abgeordnete.

Lotseninsel

Die Lotseninsel ist ein Naturschutzgebiet an der Mündung der Schlei nicht weit von Maasholm. Es war ursprünglich eine an der Schleimündung in die Ostsee vorgelagerte Sandbank. Durch stetige Versandung bildet sie heute eine Einheit mit der Halbinsel Oehe, auf der sich das Naturschutzgebiet Vogelfreistätte Oehe-Schleimünde befindet. Ihren Namen verdankt die Lotseninsel der in den Jahren 1780 bis 1796 erfolgten Verlegung der Mündung der Schlei; die alte Mündung blieb erhalten und die neue Mündung trennte den Bereich der Lotseninsel nun ebenfalls vom Festland ab. Erst 1960 erhielt die Lotseninsel mit dem Bau des Deiches vor Gut Oeher wieder eine Anbindung an das Festland. Auf der Lotseninsel befinden sich das steinerne Lotsenhaus, der Leuchtturm Schleimünde, die unter Seglern berühmte Schänke "Giftbude" und ein kleiner Yachthafen für Gastboote. Das

Lotsenhaus wird ganzjährig von Jugendlichen, die ihr Freiwilliges Ökologisches Jahr als Vogelwärter absolvieren, bewohnt. Es ist nur von der Schlei aus erreichbar. Von hier starten auch Führungen durch das sonst für Besucher gesperrte Schutzgebiet.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 17.09.2008, 12:40 Uhr - 4035 Clicks - Nr. 855

Sinti und Roma müssen durch Landesverfassung geschützt werden

Zur aktuellen Debatte des Europäischen Parlamentes über die Situation der acht Millionen Sinti und Roma, der größten Minderheit in Europa, erklärt der minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Noch immer wird diese Minderheit in den europäischen Staaten diskriminiert. Wir müssen unsere minderheitenpolitischen Hausaufgaben machen, um auch die Staaten in Osteuropa, in denen die Sinti und Roma einen sehr schlechten Stand haben, zu beeindrucken.

Schleswig-Holstein ist **das** minderheitenpolitische Bundesland und muss Standards setzen. Deshalb wird die SPD-Landtagsfraktion versuchen, in der Landesverfassung Art. 5 – neben Friesen und Dänen - auch die Sinti und Roma aufzuführen und ihnen damit ganz konkret Schutz und Förderung zu gewährleisten. Wir hoffen, dass wir für diese neuerliche Initiative eine politische Mehrheit bekommen.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 17.09.2008, 16:31 Uhr - 11057 Clicks - Nr. 856

Künstlersozialkasse bleibt

„Die Künstlersozialkasse bleibt in bisheriger Form als Absicherung für Journalisten und Künstler erhalten.“ Das teilte der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen am Mittwoch in Berlin mit. In den letzten Tagen hatte es große Unsicherheiten gegeben, weil in einer Vorlage für den Bundesrat deren Abschaffung vorgesehen war. Dagegen hatten viele Künstlerinnen und Künstler, aber auch viele Politiker sofort und laut protestiert.

Thießen: „Für diese sinnvolle Einrichtung setze ich mich seit ihrer Gründung ein. Sie sorgt dafür, dass selbstständige Künstler und auch Journalisten einen verlässlichen Sozialversicherungsschutz haben wie andere Arbeitnehmer auch. Wir können die Notwendigkeit der Kunst nicht ständig im Munde führen und die Künstlerinnen und Künstler dabei im Regen stehen lassen. Ich freue mich darüber, dass auch das Land Schleswig-Holstein sich nun für diese wichtige Institution klar einsetzt und es keine Mehrheit für ihre Abschaffung oder Veränderung gibt.“

Keine Kommentare

Rückenwind für Windenergie

Zu einem ausführlichen Gespräch zur Lage der Windenergie trafen sich heute in Berlin der Präsident des Bundesverbandes Windenergie, Hermann Albers, und der Abgeordnete Jörn Thießen.

Die Beschleunigung des Ausbaus der Windenergie bundesweit und vor allem in Schleswig-Holstein stand im Mittelpunkt der Diskussion, für die Albers in den Bundestag gereist war.

Einem solchen Ausbau an Land und auf See stehen heute noch Hindernisse entgegen, die nach Ansicht beider Gesprächspartner schnell angepackt und aus dem Wege geräumt werden müssen.



Das zur Zeit im Bundesrat vorliegende „Energieleitungsausbaugesetz“ schreibt das schon gültige „Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz“ fort und stellt klar, dass auch landseitige Anlagen in einem Streifen von zwanzig Kilometern an der Küste an die bestehenden oder neue Netze angeschlossen werden müssen. Das ist nach übereinstimmender Ansicht von Albers und Thießen ein großer, aber auch dringender Fortschritt.

Ein weiteres Thema war die Verteilung der Gewerbesteuer: Sie soll nicht wie bisher nur an die Städte abgeführt werden, an denen die Firmen angesiedelt sind, sondern zu einem größeren Teil an die Gemeinden fließen, die Standorte für die Windenergie zur Verfügung stellen.

Höhen- und Abstandsregelungen für neue Anlagen im Rahmen des sogenannten „Repowering“ schaffen derzeit Probleme. Um zu ermöglichen, dass viele kleinere und ältere Anlagen durch wenige neue und höhere ersetzt werden können, müssen unter Beachtung der Sicherheitsbestimmungen einige Regelungen der Landesplanung in Schleswig-Holstein verändert werden. Dafür versprach sich der Abgeordnete einzusetzen.

Keine Kommentare

„Kritische Begleitung ist gut, brauchbare Vorschläge sind besser

-- Selbstverwaltung in Beteiligungen stärken“

Die Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Rolf Fischer und der SPD-Ratsfraktion Ralph Müller-Beck erklären:

„Es stimmt bedenklich, wenn die Frauenbeauftragte in ihrer Kritik an der Selbstverwaltung Defizite in der Gleichstellung zwischen Frau und Mann in ihrem eigentlichen Tätigkeitsfeld Kieler Stadtverwaltung unerwähnt lässt.

Eine Stadtverwaltung mit über 5.000 Beschäftigten, in der es keine einzige Frau in der Führungsposition als Amtsleiterin mehr gibt, dürfte einmalig in Deutschland sein.

„Ihr politischer Auftrag ist es, zur Verwirklichung des Grundrechts der Gleichstellung von Mann und Frau beizutragen. Zu diesem Ziel arbeitet sie mit relevanten gesellschaftlichen Gruppen und

Organisationen zusammen. Innerhalb der Verwaltung wirkt sie durch Mitwirkung und Prüfung von Maßnahmen darauf hin, dass die Stadt Kiel das verfassungsmäßige Gebot des Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes umsetzt.“ (Selbstdarstellung der Frauenbeauftragten Kiel.)

Gemessen daran bleibt die Frauenbeauftragte bei der Gleichstellung in Amtsleiterpositionen in der Kieler Stadtverwaltung weit unter ihren Möglichkeiten. Kritische Begleitung ist gut, brauchbare Vorschläge sind besser.

Die Geschlechterverteilung in der Ratsversammlung 2008-2013 belegt den Mangel politisch engagierter Frauen in den großen Kieler Parteien. Dies ist bedauerlich, aber auch in Teilen Versagen der Frauenbeauftragten! Die SPD Kiel hat bei der Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahlen die Frauenquote weitestgehend umgesetzt, Frauen in aussichtsreichen Wahlkreisen aufgestellt und frauenpolitische Forderungen eingebracht.

Das Fehlen weiblicher Kompetenz in den Aufsichtsräten sollte grundsätzlich nicht mit Externen ausgeglichen werden. Externe stehen nicht in der besonderen Verantwortung für die Landeshauptstadt Kiel.

Die Ratsmehrheit schlägt der kommenden Ratsversammlung vor, vorrangig Ratsmitglieder als Vorsitzende für die Aufsichtsräte zu nominieren. Gemeinsames Ziel von rot/grün ist Stärkung der Selbstverwaltung in allen Beteiligungen.“

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 18.09.2008, 19:06 Uhr - 6318 Clicks - Nr. 859

Die Lotseninsel wird versteigert, wird nicht versteigert, wird versteigert???

Kommunikationsdefizite bei der BI mA, "Hüh" und "Hot" im Bundesfinanzministerium! Die Glaubwürdigkeit staatlichen Handels leidet durch derartigen Umgang mit der Bevölkerung, Ihren Vertretern und den Medien. Eine Chronik des Informations und Entscheidungswirrwarrs in Liegenschaftsangelegenheiten wirft ein Schlaglicht auf die Folgen des staatlichen Outsourcing und der Privatisierung öffentlicher Verantwortung. Ein Lehrstück?

Die Lotseninsel wird versteigert, wird nicht versteigert, wird versteigert - aber doch nicht so richtig...???

Kurzer Protokoll der Abläufe zur Versteigerung der Schleinsel:

Ende August, Anfang September 2008 hat sich in Region rumgesprochen, dass die Lotseninsel versteigert werden soll.

Am 02. September 2008 habe ich daraufhin eine E-Mail an den Bundesfinanzminister Peer Steinbrück geschrieben und um Stellungnahme gebeten. Zeitungsartikel aus dem Schleiboten mitsamt den Versteigerungsunterlagen waren beigelegt. Die E-Mail hatte folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrte Frau Nortmann,

hier die angekündigten Artikel zur Lotseninsel Schleimünde. Bitte um Hilfe, die eine weitere Nutzung der Liegenschaft -wie bisher - ermöglicht. Der ideelle Wert dieser Landmarke an der Schleimündung für die Region ist in Geld nicht zu bezahlen und könnte durch falsche Käufer (AUKTION am 20 September geplant) sehr schnell gefährdet werden. In den Gemeinden läuft die Diskussion auf Hochtouren und ich bin von verschiedenen Seiten um Hilfe gefragt worden. Deshalb bitte ich als zuständiger SPD-Abgeordneter unseren Finanzminister um Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen, auch an Peer Steinbrück Dr. Wolfgang Wodarg, MdB"

Am 03. September 2008 bin ich daraufhin mit dem Kajak zur Lotseninsel gefahren und habe mit den Pächtern und Kappeler Bürgern gesprochen. Das Planungsrecht liegt bei der Stadt Kappeln.

Die Lotseninsel wird versteigert, wird nicht versteigert, wird versteigert - aber doch nicht so richtig...???

Am 11. September erhielt ich ein Antwortschreiben vom parlamentarischen Staatssekretär im Finanzministerium Karl Diller. Inzwischen hatte ich mit weiteren Pächtern, darunter Hr. Schneider vom Verein Jordsand e.V. gesprochen und Unterlagen bekommen.

Am gleichen Tag, dem 11.09 besuchte ich den Bürgermeister der Stadt Kappeln, um mich über seine Sicht der Lage zu informieren. Der Bürgermeister sagte, dass er mit Interessenten gesprochen habe. Ich zeigte ihm den Brief von Staatssekretär Diller und er fertigte sich eine Kopie.

In meine Bürgersprechstunde am gleichen Abend kamen Vertreter des Fördervereins Naturnaher Wasserwanderplatz Schleimünde e.V., eine Vereinigung mehrerer Segelklubs. Auch Ihnen teilte ich den Inhalt des Briefes mit. Sie waren besonders entrüstet über den Passus: "dass laut BImA die Ankaufverhandlungen die bis in das Jahr 2007 hinein mit den Pächtern geführt wurden, ergebnislos blieben". Sie stellten dar, dass sie mit BImA Flensburg, vertreten durch Herrn Ermer lange Verkaufsverhandlungen geführt hätten. Dabei haben sie sich auf die Aussage der BImA verlassen, dass man sich wieder bei ihnen meldet, wenn die Frage ob Schleimünde Naturerbe wird, geklärt sei. Dass hat die BImA nicht gemacht. Sie hat vielmehr das Grundstück, wie Ende August/Anfang September aus den Medien bekannt wurde, zur Versteigerung am 20.09.2008 an ein Berliner Auktionshaus weitergegeben. Ich sagte diesen betroffenen Pächtern zu, dass ich diesen Widerspruch zwischen dem Brief von Staatssekretär Diller und den aus ihren Protokollen herauszulesenden Verhandlungsstand beim Finanzminister mit der Bitte um Stellungnahme mitteilen wollte. Dieses tat ich unverzüglich: mit einem Brief vom 12.09.2008.

Ich hatte mir außerdem vorgenommen, den Finanzminister während der Plenarsitzung am 16.09.2008 anzusprechen. Das ist mir nicht gelungen. Darauf hin rief ich am 16.09.2008 am abends sein Büro an. Inzwischen hatten sich schon mehrere Medienvertreter nach dem Ergebnis meiner Intervention erkundigt. Das Sekretariat, verband mich dann nach etwas Geduld mit Herrn Dr. Goye. Dieser sagte mit Dienstagabend, gegen 20 Uhr, dass man sich entschieden habe, die Liegenschaft aus der Auktionsliste zu streichen. Über diese erfreuliche Botschaft informierte ich umgehend sowohl die Pächter, als auch meine Kappeler Gesprächspartner, soweit ich sie erreichen konnte. Von der Presse erreichte ich lediglich einen Journalisten von der SHZ-Redaktion in Flensburg. Auch Herrn Bartels, der für die Kieler Nachrichten einen ausführlicheren Artikel über diesen Vorgang vorbereitete, habe ich informiert.



Am 17.09.2008 gegen Mittag wurde ich von einem Fernsehjournalisten informiert, dass die Pressestelle des Finanzministeriums die Meldung nicht bestätigen kann. Daraufhin habe ich umgehend versucht, den Minister zu erreichen. Sein Büro teilte mir mit, dass es sich um mein Anliegen kümmern wolle und dass man mich zurückrufen wird. Das geschah gegen 15:15 Uhr. Herr Dr. Goye, aus dem Ministerium rief mich an und räumte ein, dass es im Finanzministerium Unklarheiten über diesen Vorgang gegeben habe und dass seine Meldung vom Vorabend deswegen wohl zu voreilig gewesen sei. Er habe aber inzwischen die Frage im Haus unter Einbeziehung des Ministers besprochen und er könne mir sagen, dass es jetzt doch entschieden worden sein, die Liegenschaft aus der Versteigerungsliste zu streichen. Man würde nun Verhandlungen mit der Landesebene über den weiteren Umgang mit der Liegenschaft aufnehmen. Von dieser Information setzte ich die Journalisten in Kenntnis, denen ich Rückmeldung versprochen hatte. Diesen Sachstand berichtete ich auch weiteren Anrufern, z.B. Frau Ströh vom NDR Flensburg, dem Hamburger Abendblatt und der örtlichen Presse.

18.09.2009 Es erscheinen diverse Presseberichte über die gestoppte Versteigerung: z.B. im Hamburger Abendblatt, Kieler Nachrichten, Schleibote, Flensburger Tageblatt

Von nachfragenden Journalisten erfuhr ich heute, gegen 14 Uhr, dass ihnen auf Nachfrage beim Bundesfinanzministerium und beim Aktionshaus mitgeteilt worden sei, man könne die Versteigerung nun doch nicht aufhalten, weil das Auktionshaus auf der Erfüllung seines Vertrages mit der BImA bestehe. Das Finanzministerium habe dieses bestätigt und mitgeteilt, dass aber ein Versteigerungsergebnis genehmigt werden müsse. Dann gäbe es die Möglichkeit für das Land einzugreifen. (Ähnlich stand es auch schonim Schreiben von Herrn Diller vom 11.09.2009)

Erst nach den Anrufen der Journalisten erfuhr ich gegen 15:30 Uhr, dass die persönliche Referentin des Ministers, Frau Nortmann meinem Büro diesen Sachverhalt telefonisch ebenfalls mitgeteilt hatte.

Der Presse gegenüber habe ich konstatiert, dass man sich offenbar weder auf die Aussagen der BImA noch auf die Aussagen des Finanzministeriums verlassen kann.

Diese Chronik des Informations und Entscheidungswirrwarrs in Liegenschaftsangelegenheiten wirft ein Schlaglicht auf die Folgen des staatlichen Outsourcing und der Privatisierung öffentlicher Verantwortung. Ein Lehrstück?

Lotseninsel

Die Lotseninsel ist ein Naturschutzgebiet an der Mündung der Schlei nicht weit von Maasholm. Es war ursprünglich eine an der Schleimündung in die Ostsee vorgelagerte Sandbank. Durch stetige Versandung bildet sie heute eine Einheit mit der Halbinsel Oehe, auf der sich das Naturschutzgebiet Vogelfreistätte Oehe-Schleimünde befindet. Ihren Namen verdankt die Lotseninsel der in den Jahren 1780 bis 1796 erfolgten Verlegung der Mündung der Schlei; die alte Mündung blieb erhalten und die neue Mündung trennte den Bereich der Lotseninsel nun ebenfalls vom Festland ab. Erst 1960 erhielt die Lotseninsel mit dem Bau des Deiches vor Gut Oeher wieder eine Anbindung an das Festland. Auf der Lotseninsel befinden sich das steinerne Lotsenhaus, der Leuchtturm Schleimünde, die unter Seglern berühmte Schänke "Giftbude" und ein kleiner Yachthafen für Gastboote. Das Lotsenhaus wird ganzjährig von Jugendlichen, die ihr Freiwilliges Ökologisches Jahr als Vogelwärter absolvieren, bewohnt. Es ist nur von der Schlei aus erreichbar. Von hier starten auch Führungen durch das sonst für Besucher gesperrte Schutzgebiet.

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 18.09.2008, 20:37 Uhr - 3025 Clicks - Nr. 860

4 Steinfelder begeistert vom Besuch in Berlin

Vom 15. bis 17. September 2008 machte sich auf Einladung des MdB Dr. Wolfgang Wodarg aus dem Wahlkreis Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg eine Gruppe von 4 Steinfelderinnen und Steinfeldern zusammen mit anderen interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürger aus dem Wahlkreis unseres MdB für drei Tage auf den Weg in die Bundeshauptstadt nach Berlin.

Das Programm war so gestaltet, dass wichtige Bereiche des politischen Geschehens kennen gelernt werden konnten. So erhielten die Teilnehmer unter anderem einen Einblick in die Arbeit von Dr. Wodarg im Deutschen Bundestag, für sein Engagement im Europarat und sein Engagement für die armen Länder dieser Welt. Für das Gespräch mit der Delegation nahm sich der charismatische Bundestagsabgeordnete außerordentlich viel Zeit. Außerdem besichtigte die Delegation den Deutschen Bundestag und sie genossen alle die Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt auf einer Stadtrundfahrt und einer Spreefahrt mit dem Dampfer.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 19.09.2008, 09:24 Uhr - 3456 Clicks - Nr. 861

SPD-Engelsby: Geplante Lidl Verlagerung

Öffentliche Veranstaltung zur Nachnutzung am Schottweg

Die Stadt Flensburg lädt insbesondere die Bewohner der Stadtteile Engelsby und Mürwik zu einer öffentlichen Bürgerinformation am Mittwoch, 1. Oktober 2008 um 19.00 Uhr in der Grundschule Engelsby, Brahmsstraße 2 - 4 (Pausenhalle) ein.

Wie aus der öffentlichen Berichterstattung bekannt, hat die Firma Lidl von der Neuen Lübecker das Grundstück Wasserlooser Weg 2 mit dem leer stehenden Hochhaus gekauft. Sie beabsichtigt, den Markt in der Merkurstraße zu schließen und nach Abriss des Hochhauses an der Einmündung in den Schottweg einen größeren Markt zu errichten.

Diese Planungen werden erneut öffentlich vorgestellt und die Folgen für die Nahversorgung, den Verkehr und Lärmschutz erläutert. Neben Vertretern der Stadt Flensburg und den Fachplanern werden die Firma Lidl und die Neue Lübecker Informationen geben und für Rückfragen zur Verfügung stehen. Allen Bürgerinnen und Bürgern wird Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Die zusätzliche Bürgerinformation dient der Vorbereitung der abschließenden Entscheidung der Ratsversammlung über den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss der Änderung des Flächennutzungsplans und des vorhabenbezogenen Bebauungsplans am 9. Oktober.

Keine Kommentare

Jeder Tag sollte ein Tag für unsere Kinder sein!

Zum Weltkindertag der Vereinten Nationen am 20.09.2008 erklärt die kinder- und familienpolitische Sprecherin des SPD-Landesverbandes, Gesa Tralau:

„Kinder sind die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft und sind auf unseren besonderen Schutz angewiesen. Sie haben einen Anspruch auf gleiche Startchancen von Anfang an, unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft.

Kinderarmut in unserem reichen Land ist ein Skandal. Sie hat viele Dimensionen: Materielle Armut, unzureichende Bildung, erhöhte Gesundheitsrisiken oder auch fehlende Förderung und Unterstützung von Familien. Eine erfolgreiche Kinder- und Familienpolitik gehört zu den Schlüsselfragen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Daher ist es nicht ausreichend, sich bei der Bekämpfung von Kinderarmut sich auf die Erhöhung von Sozialtransfers zu konzentrieren.

Gute Bildung für alle – kostenfrei vom Kindergarten bis zur Hochschule - ist das wichtigste Startkapital für ein selbst bestimmtes und armutsfreies Leben. Deshalb setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen, den kostenfreien Besuch der KiTa, die Gemeinschaftsschule als „Schule für alle“ und ein gebührenfreies Erststudium.

Wir wollen mit dem Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ erreichen, dass alle Kinder in Kindertagesstätten ein warmes Mittagessen erhalten. Kein Kind soll hungrig bleiben, weil seine Eltern das Essen in der KiTa nicht bezahlen können. Wir setzen auf mehr und verpflichtende Gesundheitsvorsorge und die frühzeitige Unterstützung von Familien, die in schwierigen Verhältnissen leben oder mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind.

Wir Sozialdemokraten haben in Schleswig-Holstein dafür gesorgt, dass die Rechte der Kinder in die Landesverfassung aufgenommen wurden. Nun fordern wir die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz. Wir fordern die CDU - insbesondere Frau Merkel und Frau von der Leyen - auf, ihren Widerstand aufzugeben. Das Wohl des Kindes muss an erster Stelle stehen!

Wir wollen eine Gesellschaft, die Familien mit Kindern beste Bedingungen bietet, und ein Klima der Aufgeschlossenheit gegenüber den Bedürfnissen von Kindern. Jeder Tag sollte ein Tag für unsere Kinder sein!“

Keine Kommentare

Wir müssen Kinder ernster nehmen

Am 20. September ist Weltkindertag. Am 20. September wird unser Sohn Konstantin vier Jahre alt und wir verbringen den Tag auf einem großen Spielplatz mit dem schönen Namen „Pups“.

Wir müssen uns um unsere Kinder kümmern. Das wissen nicht nur wir Eltern und die Großeltern unserer Kinder. Das können alle diejenigen wissen, die sich darum zu sorgen haben, dass Menschen beim Start ins Leben ermutigt und geschützt werden, statt ihnen dort schon alle Wege zu verbauen.

Beim Thema Kinderrechte ins Grundgesetz lässt die SPD nicht locker. Ihre Aufnahme wäre ein

klares Signal an die Rechtsprechung und die Gesellschaft, das Wohl des Kindes stärker in den Mittelpunkt zu stellen.

Insbesondere das Recht auf bestmögliche Förderung und die verfassungsrechtliche Garantie von kindgerechten Lebensbedingungen fehlen bislang im Grundgesetz. Die SPD-Fraktion hat daher eine entsprechende Ergänzung des Art. 6 GG vorgeschlagen. Das von zahlreichen Organisationen getragene „Aktionsbündnis Kinderrechte“ unterstützt die Forderung der SPD, Kinderrechte in der Verfassung zu verankern.



Eine solche Änderung des Grundgesetzes würde mittel- bzw. langfristig ihre Wirkung entfalten. So würde es zu einem Wandel der Gesetzgebung, der Rechtsprechung und der Rechtspraxis kommen. Die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen fänden beispielsweise in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Bildungspolitik oder im Baurecht eine stärkere Berücksichtigung als bisher. Eine Grundgesetzänderung ist nur mit einer Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Es ist nun an der Union, nicht länger zu zögern und ebenfalls für eine Stärkung der Kinderrechte einzutreten. Den Worten der Kanzlerin sollten Taten folgen. Ich fordere daher den Bundestagsabgeordneten der CDU auf, seine Haltung zu überdenken und den Weg für die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung frei zu machen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns erfolgreich für kindgerechte Lebensbedingungen ein. Wir haben den Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Betreuung ab eins durchgesetzt. Damit verbessern wir die Startchancen der Kinder und die Möglichkeiten von Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Vor allem die Armut – bei uns und unendlich schlimmer anderswo – ist ein furchtbares Risiko für Chancenlosigkeit. In Itzehoe haben meine Kollegin Birgit Herdejürgen aus dem Landtag und ich eine „Armutskonferenz“ mit sehr vielen Beteiligten gegründet, die sich dieses Themas konkret annimmt. Wer darüber informiert werden will, wende sich bitte an uns.

In meinem politischen Aufgabengebiet behandeln wir zudem so erschütternde Themen wie Kinderprostitution, Kinderhandel und Kindersoldaten. Unser Land muss sich nicht verstecken: Wir tun etwas gegen diese menschenverachtenden Zustände! Auch darüber informiere ich Sie bei Interesse gern.

Die Kindersportstiftung, deren Gründer und Vorsitzender ich bin, fördert bisher allein in Schleswig-Holstein über 80 Kinder und ermöglicht die Mitgliedschaft in Sportvereinen. Falls Sie zu unserer Arbeit beitragen können und wollen, bitte eine kurze Nachricht.

Kindern ist nicht mit Wörtern zu helfen, sie brauchen konkrete Taten. Wir können dazu beitragen – in der Politik und im täglichen Leben.

Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 19.09.2008, 23:26 Uhr:

RE:Wir müssen Kinder ernster nehmen

Lieber Jörn, es freut mich, dass Du Dich für die Interessen der Kinder besonders einsetzt. Ich möchte zu diesem Thema anregen, den Artikel 6 des Grundgesetzes weitergehend zu überarbeiten, denn dort wird der Begriff Familie sinngemäß mit dem tradierten Bild der Abstammungsfamilie gleichgesetzt. Aus meiner Sicht ist es jedoch richtig, Familie als einen behüteten Lebensbereich

anzusehen, in dem es Kindern gut geht und sie sich zu selbständigen Persönlichkeiten entwickeln können. Wegen der unklaren und - an der gesellschaftlichen Realität gemessen - veralteten Formulierungen im Art. 6 GG treffen Jugendämter manchmal verhängnisvolle Entscheidungen, die dann in die Situationen führen, wie sie schon so manches Kind nicht überlebte. Wichtig ist daher eine Konkretisierung des Begriffs Familie mit der Zielsetzung, dass dort, wo Kinder ohne Chancen sind, auch der gesetzliche Schutz der Familie endet. Oder positiv formuliert: Familie kann nur da sein, wo es Kindern gut geht. Oft in der leiblichen Familie, aber eben manchmal auch im Kinderdorf oder in Pflege- oder Patchworkfamilien, wie sie auch bei uns zunehmend selbstverständlicher werden. Grüße sendet Carsten Schröder, Wilster

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 19.09.2008, 18:41 Uhr - 2563 Clicks - Nr. 864

Überplanung des Flensburger Hafens startet mit Bürgerbeteiligung.

Einstimmig, auf Antrag der SPD-Ratsfraktion wurde schon vor geraumer Zeit beschlossen, die bestehenden Entwicklungspläne für verschiedene Gebiete des Flensburger Hafens in einen Gesamtentwicklungsplan zusammenzufassen.

Derzeit besteht für den Hafenbereich ab den Raiffeisensilos bis zur Harniskaispitze der Hafenrahmenplan –Ost, der die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten für den Gewerbehafen aufzeigt. Für den Bereich vom Nordertorkai bis zum Fischereihafen wurde das touristische Konzept „Projekte am Wasser“ entwickelt und umgesetzt.



Um den immer bestehenden Entwicklungsdruck weiterer Nutzungen im Hafen, sowie den unterschiedlichen Interessenlagen von derzeitigen und künftigen Nutzern gerecht zu werden, startet im Herbst ein zweitägiger Workshop.

Hier soll eine gemeinsam getragene Entwicklungsstrategie für den Gesamthafen („Masterplan“) erarbeitet werden.

Zu Beginn steht auch der Austausch von unterschiedlichen, auch gegensätzlichen Positionen, Vorbehalte und Bedenken.

Damit neben den unmittelbar Betroffenen im Hafenbereich (Gewerbebetriebe, Gastronomie, Traditionsvereine) auch die interessierte Flensburger Bevölkerung durchgehend beteiligt wird, hat die SPD-Ratsfraktion bereits vor rund zwei Jahren Vorschläge zur Beteiligung gemacht:

Stellvertretend für die Gesamtbevölkerung sollen Vertreter von Initiativen und Vereinen, wie das Bürgerforum Mürwik, der IG-Ostufer oder der Gestaltungsbeirat im Workshop mitarbeiten.

Bevor der Workshop aber startet wird es eine Bürgerbeteiligung geben, wo die Wünsche und Visionen der Flensburgerinnen und Flensburger gezielt abgefragt werden sollen.

Angedacht ist ein solcher Planungstreff am Mittwoch, den 08. Oktober 2008 um 18:00 Uhr in der Bürgerhalle des Rathauses.

Und erstmals soll der Versuch einer Online-Beteiligung unternommen werden, ein Vorschlag den die SPD-Ratsfraktion bereits zum Jahresanfang in die Diskussion eingebracht hat.

Alle Vorschläge der SPD-Ratsfraktion (Bürgerbeteiligung, Online-Beteiligung, Planungstreff) sind nun Bestandteil des weiteren Verfahrens.

Auf der Strecke blieben die im Vorfeld gemachte Grundsatzkritik der WiF-Partei.

Sind in den vergangenen Jahren und insbesondere im Wahlkampf noch heftige Vorwürfe gegen die damaligen Ratsparteien und insbesondere gegen die Vorschläge der SPD erhoben worden, war auch bei der jüngsten Diskussion zum weiteren Verfahren der Beitrag der WiF auf allgemeine Kritik beschränkt.

Auf eigene Vorschläge zu noch mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz seitens der WiF, durften die Mitglieder des zuständigen Ausschuss ergebnislos warten.

Immerhin lehnte die WiF den Antrag der SPD auf Durchführung des Planungstreffs nicht, wie die Bürgeranhörungen zu den möglichen Hotelstandorten und zum Hochhaus am Schottweg, ab.

Bevor am Ende des Verfahrens ein Beschluss der Ratsversammlung zum „Masterplan Hafen“ auf der Tagesordnung steht, wird die SPD in eigenen Informationsveranstaltungen die Flensburgerinnen und Flensburger informieren und deren Meinung einholen.

Stephan Menschel
Planungspolitischer Sprecher
SPD-Ratsfraktion

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 20.09.2008, 13:45 Uhr - 2588 Clicks - Nr. 865

Finanzierung des Schulweges

Vorläufige Rückkehr zum alten System.

Die SPD-Fraktion Bad Segeberg stellt fest, dass die derzeitige Lösung, gerade für Grundschüler im städtischen Bereich, zu Benachteiligungen führt.

Den Schülerinnen und Schülern ist nicht geholfen, wenn der Schwarze Peter, wer denn nun für den Schülertransport in Christiansfelde zuständig ist, zwischen Stadt und Kreis hin und her geschoben wird. Die SPD erwartet von ihrem Bürgermeister Hampel mehr als den Hinweis auf Zuständigkeiten. Der Bürgermeister muss nach Ansicht der SPD dafür sorgen, dass diese unglückliche Neuregelung bis zum Ende der Winterferien ausgesetzt wird, damit eine zukunftsfähige Lösung gemeinsam erarbeitet werden kann.



Gerade als Schulverbandsvorsteher ist Herr Hampel als Verantwortlicher Eltern und Schülern gegenüber in der Pflicht.

Die SPD-Fraktion Bad Segeberg fordert den Bürgermeister dazu auf, den Schülertransport der Grundschüler aus dem Stadtgebiet Christiansfelde aufrecht zu erhalten.

Der Schulweg ist für Schüler der Klassen 1-4 nicht zumutbar. Sowohl die Schulweglänge als auch die unzureichende Schulwegsicherung erfordern den Einsatz von Bussen.

Es wäre unverantwortlich, die Kinder aus Kostengründen diesen Weg zu Fuß gehen zu lassen.

Keine Kommentare

Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!

Wir haben Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen wieder zum gesellschaftspolitischen Thema Nummer eins gemacht. Denn es gibt eine öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern, die die private Verantwortung der Familien ergänzt. Immer mehr Kinder sind in Deutschland von



Armut bedroht! Unsere Gesellschaft muss allen Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft das gleiche Recht und die gleichen Chancen auf Bildung und Förderung geben!

Bild: Wolfgang Wodarg beim Kindergartenpraktikum in Flensburg

Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!

Die Armut in Deutschland wächst und trifft dabei die Kinder am stärksten. Schon über 3 Millionen Kinder leben in unserem Land in Armut.

Eine UNICEF-Studie hat gezeigt, dass unter den Industrienationen belegt Deutschland mit Platz 11 nur einen mittleren Rang, wenn es um das Wohlergehen von Kindern geht. Der Schulerfolg von Kindern hängt entscheidend von ihrem Elternhaus ab. Etwa 17 Prozent der Heranwachsenden mit Migrationshintergrund verlassen die Schule ohne Abschluss.

Armut ist also nicht nur Mangel an materiellen Gütern, sondern vorallem auch Mangel an Bildungschancen, an Perspektiven, an Wahlmöglichkeiten, an sozialen Kontakten und an Gesundheit.

Die SPD fordert Maßnahmen, die weit über eine Erhöhung von Kindergeld hinausgehen!

Bildung beginnt bereits im frühen Kindesalter und ist nicht auf die Schule begrenzt. Frühkindliche Bildungsangebote unterstützen auch die Integration von Kindern aus Migrantenfamilien. Der Ausbau der Angebote von Bildung und Betreuung von Kindern muss Priorität erhalten!

Die SozialdemokratInnen fordern deshalb mehr Betreuungsangebote auch für unter Dreijährige, kostenfreien Besuch der Kindertagesstätten, mehr Förderung und mehr Integration in der Schule - die Ganztagsbetreuung ausbauen, bessere Gesundheitsvorsorge und mindestens eine warme gesunde Mahlzeit täglich für alle Kinder.

Gleiche Bildungschancen: Das heißt unter anderem gebührenfreie Bildung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule, weitgehende Lernmittelfreiheit und eine zweite und dritte Chance für Schulabbrecher auf einen Schulabschluss.

383 Millionen Euro stellt der Bund nächstes Jahr für den Hochschulpakt zur Verfügung. Sie sollen den Ländern bei der Hochschulfinanzierung helfen und sorgen für 90.000 zusätzliche Studienanfängerplätze bis zum Jahr 2010. Schleswig-Holstein hat auch bereits zusätzliche Studienanfänger aufgenommen. Geplant sind in Schleswig-Holstein 4.000 zusätzliche Studierende.

Ich freue mich über den Zuwachs von 136 Millionen im Haushalt für die von der SPD durchgesetzte Erhöhung des BAföG, die vor allem Schülern und Studierenden aus einkommensschwachen Familien zugute kommt. Auch, dass der Bund 27 Millionen mehr für die Nationale Qualifizierungsinitiative ausgibt. Aufstieg durch Bildung ist hierbei das Motto zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in den nächsten Jahren. Dazu kommen noch mindestens 23 Millionen Euro mehr für die Verbesserungen beim "Meister-BAföG".

Die SPD will langfristig die öffentlichen Ausgaben für Bildung von derzeit 5,1% auf 7% des Bruttoinlandsprodukts erhöhen!

Wir haben auch dringenden Handlungsbedarf, Gesundheit und Ernährung in den täglichen Stundenplan unserer Kinder einzubetten. Das Thema "Ernährung und Gesundheit" findet in unserer Gesellschaft nicht in dem Maße Berücksichtigung, wie es für Kinder notwendig ist. Die Folgen gesundheitsschädlicher Ernährung und Übergewicht sind zB. chronische Erkrankungen wie Diabetes oder Herz-Kreislauf-Krankheiten.

Bei der Gestaltung der Zukunft müssen die Kinder als Mittelpunkt der Entwicklung begriffen werden. Der Einsatz für ihre Rechte ist der Ausgangspunkt verantwortlichen Handelns für eine bessere Welt. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe, die Belange der Kinder ganz oben auf die politische Tagesordnung zu bringen.

Seit langem kämpft die SPD sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene dafür, die Rechte der Kinder in unserer Gesellschaft zu stärken. Die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ist dabei wichtig für eine kinderfreundlichere Gesellschaft. Kurz vor dem Weltkindertag setzte die CDU/CSU aber ein bedauerndes Signal: Sie lehnte - durch die unionsgeführten Bundesländer im Bundesrat - die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ab!

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 21.09.2008, 18:31 Uhr - 7106 Clicks - Nr. 867

Aktiv für Alzheimer-Erkrankte!

"Ich hoffe sehr, dass die Länder ein flächendeckendes Angebot an Pflegestützpunkten einrichten werden, um Angehörigen, die die Pflege ihrer Liebsten organisieren müssen, effektive Hilfe zukommen zu lassen", sagt Dr. Wolfgang Wodarg anlässlich des Welt-Alzheimer-Tages. Eine Sammlung preisgekrönter Fotografien aus Schleswig-Holstein ist am diesjährigen Welt-Alzheimer-Tag in der Diakonissenanstalt Flensburg ausgestellt.



Bild: Die Vorsitzende der Alzheimer Gesellschaft Flensburg und Umgebung e.V., Margarete Tappenbeck und der Schirmherr Dr. Wolfgang Wodarg

Etwa 1,1 Millionen Menschen in Deutschland leiden an Demenz - die häufigste Ursache dafür ist die Erkrankung an Alzheimer. Jedes Jahr stellen Ärzte bei mehr als 250.000 Menschen die Erstdiagnose "Demenz". Im Zuge der zunehmenden Alterung der Bevölkerung vergrößert sich die Anzahl der Demenzkranken stetig. Sollte es keine neuen Entwicklungen in Vorbeugung oder Therapie geben, steigt die Zahl der Erkrankten bis 2050 nach Vorausberechnungen auf knapp 2,6 Millionen.

Unter dem Motto "Aktiv für Demenzkranke" möchte die Deutsche Alzheimer Gesellschaft am Sonntag, 21. September, am Welt-Alzheimer-Tag durch verschiedene Veranstaltungen in ganz Deutschland Menschen auf das Krankheitsbild aufmerksam machen. Am 30. August eröffnete bereits eine Fotoausstellung in der Diakonissenanstalt in Flensburg, bei der preisgekrönte Fotografien aus Schleswig-Holstein rund um das Thema Alzheimer zu sehen sind. "Als Schirmherr der Flensburger Alzheimer Selbsthilfe ist es mir ein großes Anliegen, das Bewusstsein für die Krankheit Alzheimer gerade in einer immer älter werdenden Gesellschaft zu stärken. Auch an den Umgang mit Alzheimer-Erkrankten müssen sich die Menschen mit der Zeit gewöhnen - ich denke, dass die Ausstellung einen Einblick in das Leben mit Demenz schafft und somit einen genau dazu beiträgt", erklärt MdB Dr. Wolfgang Wodarg.

Eine wesentliche Verbesserung für die Situation von Demenzerkrankten wurde jüngst durch das Pflegeweiterentwicklungsgesetz erreicht und besteht u.a. darin, dass Leistungen der Pflegekassen künftig auch Personen zu Gute kommen, die noch nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung in die Pflegestufe I erfüllen. Betreuungsbedürftige der so genannten "Pflegestufe 0" haben neuerding ebenfalls einen Anspruch auf Betreuungsleistungen. Dies kommt gerade den Alzheimerpatienten zu gute, die zu Beginn ihrer Erkrankung bisher keinen Anspruch auf Betreuungsleistungen hatten, sondern erst, wenn die Krankheit relativ weit fortgeschritten war.

Auch das Leistungsangebot in Heimen wird durch gesonderte Angebote für demenziell erkrankte Pflegebedürftige verbessert. In vollstationären Dauer- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen kann zusätzliches Betreuungspersonal für Heimbewohner mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf eingesetzt werden. Diese Kosten werden durch die gesetzlichen und privaten Pflegekassen voll finanziert. Für rund 25 demenziell erkrankte Heimbewohner ist eine Betreuungskraft vorgesehen (so genannte Betreuungsassistenten). So wird neben der Verbesserung der Betreuung demenziell erkrankter Pflegebedürftiger im ambulanten Bereich auch die Betreuung demenziell erkrankter Pflegeheimbewohner deutlich verbessert. Der GKV-Spitzenverband der Pflegekassen hat am 19. August 2008 eine Richtlinie zur Qualifikation und zu den Aufgaben von zusätzlichen Betreuungskräften in Pflegeheimen beschlossen, diese wurde durch das Bundesministerium der Gesundheit am 25. August 2008 genehmigt.

"Ich hoffe sehr, dass die Länder ein flächendeckendes Angebot an Pflegestützpunkten einrichten werden, um Angehörigen, die die Pflege ihrer Liebsten organisieren müssen, effektive Hilfe zukommen zu lassen und dass die neugeschaffene Möglichkeit der Pflegezeit für Angestellte von den Angehörigen genutzt wird. Auch in Zukunft sind noch weitere Anstrengungen notwendig, um eine bessere Pflege von Alzheimerkranken vor allem zu Hause zu ermöglichen", sagt Dr. Wolfgang Wodarg anlässlich des Welt-Alzheimer-Tages am Sonntag, 21. September 2008.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 22.09.2008, 10:50 Uhr - 4593 Clicks - Nr. 868

Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen tagt in Lübeck;

Lothar Hay: „Die Sozialwohnung ist kein Auslaufmodell“

Erscheinungsdatum: 22.09.2008

Innenminister Lothar Hay lehnt eine radikale Öffnung des Marktes für den Wohnungsbau ab. „Wir brauchen eine stabile und verlässliche Balance zwischen Markt und Lenkung“, sagte Hay am Montag (22. September) auf einer Veranstaltung des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) in Lübeck-Travemünde.

Der Markt sei blind für die Bedürfnisse jener Menschen, denen die Mittel fehlten, sich selbst zu helfen. Das Mietrecht mit seinen Bestimmungen zum Kündigungsschutz und zur Gestaltung des Mietpreises sei eine konkrete Ausgestaltung des Sozialstaatsgebots im Grundgesetz.

Die klassische Sozialwohnung ist nach Hays Ansicht kein Auslaufmodell. Es werde auch in Zukunft immer Menschen geben, die darauf angewiesen seien. Der Minister nannte fehlendes Geld, Behinderungen, ein hohes Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder auch Kinder als Gründe, warum Menschen bisweilen auf dem freien Markt keine Wohnung fänden. „Der Staat hat für diese Menschen eine besondere Fürsorgepflicht“, sagte Hay. Es werde daher auch künftig soziale Wohnraumförderung geben. Hay appellierte an die Wohnungswirtschaft, diese soziale Verantwortung gemeinsam mit dem Land und den Kommunen wahr zu nehmen.

Das neue Wohnraumförderungsgesetz des Landes, das zurzeit vom Parlament beraten wird und nach Vorstellung der Landesregierung am 1. Januar 2009 in Kraft treten soll, schafft nach Überzeugung von Hay wichtige Voraussetzungen für wirtschaftliches Handeln in sozialer Verantwortung. Investoren erhielten neue Anreize für die notwendige Modernisierung und den Neubau von Wohnungen, gleichzeitig blieben die Mieter weiterhin geschützt. „Das Wohnraumförderungsgesetz sorgt für einen gerechten Ausgleich zwischen der Freiheit des Marktes und der Lenkung durch den Staat“, sagte der Minister.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.09.2008, 13:10 Uhr - 1453 Clicks - Nr. 869

10 Gemeinschaftsschulen für Kiel

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski und die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Anke Erdmann, erklären: "In Kiel sollen bis zum Beginn des Schuljahres 2010 insgesamt zehn Gemeinschaftsschulen entstehen und vier Regionalschulen ihren Betrieb aufnehmen. Dies sieht der Entwurf des Schulentwicklungsplanes vor, der am 11.09.08 dem Ausschuss für Schule und Sport vorgelegt wurde.

Wir legen großen Wert auf die Stellungnahmen der Eltern- und Schulvertretungen in der Sonderausschusssitzung am 24.09.. In den meisten Fällen ist die Verwaltung den Anträgen der Schulen gefolgt. Wie werden bei möglichen Änderungsanträgen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen großen Wert auf möglichst breite Mehrheiten und Akzeptanz legen. Dies gilt vor allem für die Fusion von Grundschulen mit weiterführenden Schulen. Gerade an den Grundschulen wird das Prinzip des gemeinsamen Lernens sehr erfolgreich umgesetzt. Ob bei den angestrebten Zusammenlegung die Vorteile eines Lernansatzes von Klasse eins bis zehn überwiegen oder die Nachteile, die aus dem Verlust der Eigenständigkeit entstehen, ist im Einzelfall abzuwägen. Im Zweifel soll aber zu Gunsten der Eigenständigkeit entschieden werden. Wir wissen, dass das Land hierbei enge Grenzen vorsieht.



Die Ratsversammlung wird den Schulentwicklungsplan am 20. November verabschieden, die Genehmigung durch das Ministerium wird im kommenden Frühjahr erwartet."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.09.2008, 16:10 Uhr - 1373 Clicks - Nr. 870

„Kiel erwartet konkrete Hilfen über das Land für Lindenau –

Wirtschaftsminister Marnette (CDU) bietet nur Worthülsen“

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Gesa Langfeldt, der wirtschaftspolitische Sprecher Hans-Werner Tovar und der wirtschaftspolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Arne Langniß erklären zur Betriebsversammlung bei Lindenau:

„Die Werft braucht jetzt und heute gemeinsame Unterstützung von Stadt und Land, um die Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie das exklusive Know-How im Schiffbau für Kiel und die Region zu sichern.

Die Worthülsen und offensichtlich fehlende Prokura, die Wirtschaftsminister Marnette (CDU) heute geboten hat, lassen schlimmes für Lindenau erahnen. Bei der aktuellen Situation der Werft kann sich das Land nicht billig aus der Verantwortung für den Bestand des Unternehmens ziehen. Nur wenn Land und Stadt gemeinsam und mit voller Kraft auf die Finanzinstitute einwirken, könnten sie die Voraussetzungen für notwendige Kredite und Bürgschaften schaffen und damit neue Perspektiven für die Werft bieten. Ein zögerlicher Wirtschaftsminister hilft dem im Kern gesunden und ausgelasteten Unternehmen nicht.

Wir sehen die Kieler Oberbürgermeisterin, Wirtschaftsdezernentin und stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Angelika Volquartz, die ansonsten immer für ein Bild in den KN bei den Schiffstauen bei Lindenau zu haben ist, in der Verantwortung, sich gegenüber ihren Parteiliebenden, einschließlich des Ministerpräsidenten, durchzusetzen. Ohne Unterstützung des Landes hat Lindenau keine Zukunft.“

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 22.09.2008, 16:43 Uhr - 10399 Clicks - Nr. 871

Neuer INFODIENST abrufbar

In dem von Jörn Thießen herausgegebenen INFODIENST gibt es ein neues Papier, das sich mit dem **Kaukasus-Konflikt** befasst.

Es steht Ihnen [HIER](#) zur Verfügung.

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 23.09.2008, 12:10 Uhr - 4244 Clicks - Nr. 872

Land muss deutliches Bekenntnis zur Lindenau-Werft abgeben

Zur Insolvenz des Kieler Traditionsunternehmens Lindenau Werft und der Betriebsversammlung am 22.9. erklärt der Kieler SPD-Landtagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:

Die wohl unvermeidliche Insolvenz der Lindenau-Werft enthält die Chance zum Neuanfang. Ich begrüße es, dass für die nächsten drei Monate die Gehälter der Beschäftigten gesichert sind und erhoffe mir von dem anlaufenden Insolvenzverfahren eine Sicherung der Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Die Erklärung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers Dr. Marnette auf der Betriebsversammlung, das Land könne nur helfen, wenn die Banken das Sanierungskonzept akzeptieren würden, war nicht zufrieden stellend. Ich erwarte ein klares Bekenntnis der Landesregierung zum Erhalt der Werft und eine aktive Rolle des Landes, auch und gerade wenn die beteiligten Banken Schwierigkeiten machen. Zur Rettung der Werft ist ein Betrag vonnöten, der nicht einmal 2 Mio Euro beträgt. Wir wollen die Lindenau-Werft in Kiel erhalten und damit einen innovativen Betrieb, der zudem über genügend Aufträge verfügt und Zukunftspotenzial hat, absichern.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 23.09.2008, 13:32 Uhr - 1558 Clicks - Nr. 873

„Mehr Chancen für benachteiligte Schulabgänger/innen -

Stadt bietet zusätzliche Ausbildungsplätze

Der personalpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dirk Sievers, der sozialpolitische Sprecher, Ratsherr Michael Schmalz & der sozialpolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Sharif Rahim, erklären: „Wir wollen mehr Startchancen für benachteiligte Jugendliche schaffen, die bislang nicht in das Berufsleben starten konnten, weil sie keinen Ausbildungsbetrieb gefunden haben oder keiner sie einstellen wollte.

Jugendliche ohne Schulabschluss, mit Sonder- oder Hauptschulabschluss, sozial benachteiligte oder lernbeeinträchtigte Jugendliche und solche mit Behinderung haben kaum Aussicht einen Ausbildungsplatz zu gewinnen. Für diese Zielgruppe soll die Stadt zusätzliche Ausbildungsplätze, vorrangig im gewerblich technischen Bereich, einrichten und bereitstellen. Die Landeshauptstadt Kiel soll zum 01.10.2008 mindestens drei zusätzliche Auszubildende einstellen.

Diese Initiative der Kooperation wurde am 18.09.2008 von der Ratsversammlung beschlossen. Wir erwarten deshalb auch von den großen stadteigenen Beteiligungsunternehmen, dass sie ihre Ausbildungsverpflichtung annehmen, sich am Vorbild Stadtverwaltung orientieren und kurzfristig zusätzliche Ausbildungsplätze bereitstellen.

Die Ausbildungsplätze besetzt die Stadt in Abstimmung mit dem Jobcenter für Jugendliche und organisiert darüber hinaus die Unterstützung der jugendlichen Auszubildenden während ihrer Ausbildung durch die ausbildungsbegleitenden Hilfen der Agentur für Arbeit.“

SPD-Ratsfraktion

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
SSW

Interfraktioneller Antrag zur Ratsversammlung am 18.09.2008

Drucksache Nr. 0750/2008

Betreff: Zusätzliche Ausbildungsplätze 2008/2009

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, zusätzliche Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche bei der Stadt Kiel zu schaffen. Es ist auch auf die städtischen Gesellschaften einzuwirken, ihrer Ausbildungsverpflichtung nachzukommen.

Die zusätzlichen Ausbildungsplätze sollten vorrangig im gewerblich technischen Bereich liegen. Zielgruppen sind Jugendliche ohne Schulabschluss, mit Sonder- oder Hauptschulabschluss, sozial benachteiligte oder lernbeeinträchtigte Jugendliche und Jugendliche mit Behinderung.

Die Ausbildungsplätze sollen in Abstimmung mit dem Jobcenter für Jugendliche besetzt und die finanziellen Hilfen (Ausbildungsbonus, ggfs. Ausbildungszuschuss) und ausbildungsbegleitenden Hilfen der Agentur für Arbeit in Anspruch genommen werden. Nach Möglichkeit sollen noch zum 01.10.2008 mindestens drei Auszubildende zusätzlich eingestellt werden.

Begründung:

Die Stadt hat mit ihrer Verwaltung und angeschlossenen Regiebetrieben vorbildhaft einen Beitrag zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes zu leisten.

gez. Ratsherr Schmalz, SPD-Ratsfraktion
gez. Ratsherr Sievers, SPD-Ratsfraktion
gez. Ratsherr Rahim, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfrau Antje Danker, SSW

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 23.09.2008, 14:58 Uhr - 7969 Clicks - Nr. 874

Aus aller Welt zum Studium nach Flensburg

Dr. Wolfgang Wodarg ist begeistert vom Flensburger Campus, wenn er mit den internationalen Studenten seines Seminars "Science and Ethics" an der Universität über die Werte und Möglichkeiten unserer Gesellschaften in Europa diskutiert. Dieser englischsprachige Masterstudiengang hat ein hohes Niveau und bildet weltoffene



Studenten mit abgeschlossenen Bachelor-Studiengängen zu jungen Wissenschaftlern im Bereich "European Studies" heran. Folgender Artikel ist in Flensburg Avis erschienen.

Bild: Dr. Wolfgang Wodarg mit den strahlenden Absolventen seines Seminars aus Dänemark, Deutschland, Korea, Liberia, Schweden und der Ukraine.

Aus aller Welt zum Studium nach Flensburg

Studenten aus aller Welt kommen jährlich an die Universität Flensburg, um beim Masterstudiengang "European Studies" fundiertes Wissen rund um Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu erlangen. Teil des zweijährigen weiterführenden Studiengangs ist das Seminar "Science and Ethics", für das MdB Dr. Wolfgang Wodarg den Lehrauftrag übernommen hat. In diesem vom Internationalen Institut für Management der Universität Flensburg und der Syddansk Universitet angebotenen Seminar diskutieren die Teilnehmer in englischer Sprache über die Werte und Möglichkeiten der Gesellschaft in Europa. So werden die Studierenden zu weltoffenen jungen Gesellschaftswissenschaftlern ausgebildet.

"Die Zukunft der Welt liegt in den Händen des wissenschaftlich ausgebildeten Nachwuchses", sagt Wolfgang Wodarg. Er hat schon früher als Dozent an Uni und Fachhochschule gearbeitet und als Sprecher in der Enquetekommission des Bundestages und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates praktische Erfahrung hinzugewonnen. "Die Arbeit als Dozent ist für Politiker Gold wert, weil man im Dialog mit engagierten Studenten aus aller Welt erlebt, wie politische Erfahrung auf Wissensdurst und Skepsis des wissenschaftlichen Nachwuchses stößt und somit zu neuen Perspektiven führt", erklärt der Bundestagsabgeordnete der SPD, außerdem fühle er sich verpflichtet, seine Erfahrungen aus der praktischen Europa- und Außenpolitik im Deutschen Bundestag und im Europarat von jungen Menschen immer wieder in Frage stellen zu lassen.

Hauptsächlich konzentrierten sich die Studierenden von April bis Juli auf den internationalen Prozess der Entwicklung ethischer Normen für Lebenswissenschaften wie Biologie oder Biochemie in Europa, die Funktion des Europarates und seiner Organe, wie beispielsweise den Menschenrechtsgerichtshof. Außerdem diskutierten die Studierenden gemeinsam mit ihrem Dozenten Wodarg ethische Aspekte der Lebensmittelkrise und die Problematik der Vernutzung des menschlichen Körpers und seiner Teile in den Ländern Europas.

"Ich freue mich, dass die Universitäten im deutsch-dänischen Grenzgebiet die Möglichkeit bieten, interessierten deutschen und ausländischen Studierenden Einblicke in Bereiche zu verschaffen, die sie sonst nicht bekämen," sagt Wolfgang Wodarg. "Es macht Mut, dass sich junge Menschen so viele Fragen stellen, sich bewegen und beunruhigen lassen und diese Welt nicht nur ‚konsumieren‘ wollen," bekräftigt er.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 23.09.2008, 15:49 Uhr - 50719 Clicks - Nr. 875

Ganztagschulprogramm des Bundes im Norden voller Erfolg

Mitteilung der Landesgruppe der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten:
"In Schleswig-Holstein sind schon knapp 90 Prozent der finanziellen Mittel abgerufen worden"

„Allen Unkenrufen zum Trotz erweist sich das ‚Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung‘ der Bundesregierung als großer Erfolg“, freut sich der Sprecher der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann. Schleswig-Holstein hat seit dem Start des Förderprogramms für Ganztagschulen im Jahr 2003 bereits 89,76 Prozent der

zur Verfügung stehenden rund 135 Millionen Euro an Bundesmitteln abgerufen. Mit dieser Quote nimmt Schleswig-Holstein einen Spitzenplatz unter den westdeutschen Bundesländern ein. Mit einer Quote von glatten 100 Prozent gelang es nur Bremen, mehr Bundesmittel auszuschöpfen.

Mit 121 Millionen Euro wurde in Schleswig-Holstein der Ausbau von 202 Bildungseinrichtungen zu Ganztagschulen gefördert. Das von der damaligen rot-grünen Bundesregierung initiierte Programm läuft noch bis zum Jahr 2009.

„Das Ganztagschulprogramm ist ein Beweis dafür, dass die Qualität der Bildung und damit auch die Schülerinnen und Schüler nur profitieren können, wenn Bund und Länder sich für ein gemeinsames Ziel engagieren. Über die starren Grenzen hinaus, die uns die Föderalismusreform oktroyiert, sollten wir weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bildungsbereich suchen“, sagt der SPD-Bildungsexperte Rossmann.

Bundesweit werden mittlerweile 6.918 Schulen durch das „Investitionsprogramm Bildung und Betreuung“ gefördert. Damit erhält bald jede fünfte allgemein bildende Schule in Deutschland Fördermittel aus dem Investitionsprogramm, das über ein Gesamtbudget von vier Milliarden Euro verfügt.

Kommentar von [Christa Peters](#) vom 26.09.2008, 09:59 Uhr:

RE:Ganztagschulprogramm des Bundes im Norden voller Erfolg

Schade, dass finanzielle Mittel, die für Bildung der Kinder und Jugendlichen gedacht sind, nicht wirklich für diese Gruppe eingesetzt werden. Ich meine hier konsequent zum Abbau des Lehrkräftemangels. Die Pisa-Ergebnisse werden nicht durch Bau von Aufenthalts- und Gemeinschaftsräumen verbessert, sondern nur durch aktive und genügend Lehrkräfte. Ich spreche von zu wenig Lehrkräften im naturwissenschaftlichem Bereich sowie in Sprachen. Der vorgeschriebene Lehrplan kann in einigen wichtigen Fächern nicht erfüllt werden und bei den Abschlussprüfungen wird es keine Rolle mehr spielen, ob der/die Lehrer/in in der 5./6./7. oder 8. Klasse erkrankt war und es keine Vertretungen gab, weil das Schulamt keine weiteren Stellen genehmigt hat. Dafür sollten zuerst finanzielle Mittel eingesetzt werden. Erst dann werden sich die PISA-Ergebnisse verbessern, und nicht durch Zusammenlegen von Schulen, Hausaufgabenhilfe durch ehrenamtliche Helfer bzw. Eltern, offener Ganztagschule mit Bastelarbeiten oder ähnlichen Freizeitideen.

Kommentar von [Bernd Vogelsang](#) vom 24.09.2008, 16:15 Uhr:

RE:Ganztagschulprogramm des Bundes im Norden voller Erfolg

Hallo, das sollte doch Grund genug sein ein solches oder ähnliches Programm neu aufzulegen. Grüße sendet Bernd Vogelsang

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 23.09.2008, 17:45 Uhr - 2983 Clicks - Nr. 876

Ökostromtarif für Barmstedt

Barmstedt, 20.09.2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal begrüßen wir das Engagement der Stadtwerke Barmstedt für den Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Argumentation von Herrn Freyermuth jedoch, der Bezug von Ökostrom-Produkten bringe keinen zusätzlichen Umweltnutzen mit sich (Presseartikel i. d. Barmstedter Zeitung vom

09.09.2008), trifft hingegen nicht auf alle diesbezüglichen Angebote zu.

In einer Stellungnahme der Vorstandsvorsitzenden des Grüner Strom Label (GLS) e.V., Rosa Hemmer, zu dem oben genannten Artikel heißt es:

„Ein Stadtwerk kann dem umweltbewussten und wechselwilligen Kunden sehr wohl einen Ökostromtarif anbieten, der eine Förderung Erneuerbarer Energien-Anlagen mit sich bringt.“

Der Grüner Strom Label e.V., welcher von den großen Umweltverbänden, der Verbraucher-initiative und EUROSOLAR getragen wird, zeichnet solche Ökostromangebote aus.

„Indem ein Stadtwerk einen vom GSL gelabelten Ökostromtarif anbietet“, so Rosa Hemmers, „verpflichtet es sich zugleich, nach dem Aufpreismodell mindestens 1 ct/kWh in den Bau von neuen Anlagen in der Region nach festgelegten Kriterien zu investieren. Dies bringt nachweislich einen hohen zusätzlichen Umweltnutzen mit sich und stärkt darüber hinaus die regionale Wertschöpfung.“

Zugegebenermaßen handelt es sich bei einigen anderen Ökostromtarifen um Mogel-packungen, von denen kein Impuls zum Ausbau der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen ausgeht. Dazu zählen insbesondere die in den letzten Monaten in der öffentlichen Kritik stehenden RECS-basierten Stromangebote. RECS-Zertifikate sind im Rahmen der Zertifizierung des Grüner Strom Label nicht zugelassen.

Der Grüner Strom Label e.V. hat auf diesen Sachverhalt wiederholt hingewiesen, nachzulesen in einer Pressemitteilung unter dem Titel „Grün oder nur grün eingefärbt – welche Ökostrom-angebote haben einen Umweltnutzen?“ (siehe PDF).

Ein GSL-gelabeltes Ökostromangebot bietet, laut Rosa Hemmers, den Stadtwerken durch die Mehreinnahmen aus dem Aufpreis zusätzlichen Gestaltungsspielraum für die Investition in Anlagen am Ort, z.B. in Schulen und Wohnsiedlungen oder die Ausgabe von Förder-programmen, z.B. für Sportvereine.

Einerseits kann der Kunde der Stadtwerke Barmstedt dann auch gleich vor Ort sehen, in welche Anlagen der Ökostrom-Aufpreis fließt, andererseits bieten solche Aktivitäten auch jenen Kunden die Möglichkeit eines Beitrags für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die selbst nicht die finanziellen oder baulichen Voraussetzungen haben, um beispielsweise eine eigene Photovoltaik-Anlage zu installieren.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn der Werksausschuss diese Argumente bei der an-stehenden Entscheidung, einen eigenständigen Ökostromtarif einzuführen, berücksichtigen würde

Mit freundlichen Grüßen,

Hans-Christian Hansen
Ortsvereinsvorsitzender

Keine Kommentare

Absage der Abendveranstaltung mit Dr.Ralf Stegner

SPD-Amtsverband wird die Veranstaltung nachholen.

Die Abendveranstaltung am 01.Oktob er 2008 mit Dr.Ralf Stegner in Schaalby fällt aus. Leider ist Dr.Stegner verhindert. Da der Ministerpräsident kurzfristig operiert wurde, musste der Koalitionsausschuß verschoben werden. Der Koalitionsausschuß tagt am 01.10.2008. Deshalb müssen wir den geplanten Termin leider absagen.Wir bemühen uns darum, einen neuen Termin zu finden und werden dann erneut per Postwurfsendung im Amt Südangeln und über das Internet zu der Veranstaltung einladen.

Jörg Joosten

1.Vors. des SPD-Amtsverbands Südangeln

Keine Kommentare

Landeshauptstadt baurechtlich vor Mega-Kraftwerk schützen

SPD und GRÜNE beantragen Aufstellung eines Bebauungsplanes im nächsten Bauausschuss

Dazu erklären Dr. Hans-Friedrich Traulsen (SPD) und Dirk Scheelje (GRÜNE): "Wir beantragen die Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet zwischen dem Ostuferhafen im Süden, der Förde im Westen, der Fa. Rexxon im Norden und dem Ostring in Neumühlen-Dietrichsdorf mit dem Ziel, an dieser Stelle ein Mega-Kohle-Kraftwerk nicht zuzulassen.

Der Neubau von Kohlekraftwerken widerspricht nicht nur den Klimaschutzzielen der Bundesregierung, er greift auch massiv in die Entscheidungsspielräume der LH Stadt Kiel und die ihrer Bürger ein. Denn dieses Kohlekraftwerk ist unvereinbar mit den energiepolitischen Leitlinien der Stadt und den Interessen der BürgerInnen nach bezahlbarer und umweltfreundlicher Energieversorgung.



Der geplante 800 MW Riesen- Kohleblock macht mit seinen enormen Treibhausgas-Emissionen hundert andere Einzelmaßnahmen zum Klimaschutz zunichte. Hinzu kommen höhere regionale Belastungen mit klassischen Schadstoffen wie etwa Feinstaub und einem für die Kieler Förde unverträglichen Landschaftsverbrauch.

Wir wollen an dieser Stelle eine geordnete städtebauliche Entwicklung mit einer klaren Orientierung an einer gewerblichen Nutzung des maritimen Sektors, der Sicherung Strand- und Freizeitnutzung, der Erhaltung naturschutzrechtlicher Ausgleichsflächen im Wasser und dem Schutz der nahen Wohnbevölkerung vor Emissionen des Kraftwerkstandorts und weiterer Verschattung.

Wir wollen außerdem das vorherrschende Landschaftsbild mit seiner markanten, die Kieler Förde prägenden Hangkante erhalten, denn das Mega-Kohlekraftwerk lässt sich mit Sailing City Kiel und dem Kreuzfahrt-Tourismus nicht vereinbaren.

Dabei soll das heutige Kraftwerk auf den heutigen Baubestand in Umfang und Höhe beschränkt bleiben. Seitliche Bereiche des Kraftwerks müssen wegen ihrer Erholungsfunktion für die

Bevölkerung durch Grünanlagen und Gestaltungselemente räumlich abgeschirmt sein. Für großvolumige Kohlehalden ist hier kein Platz.

Stadtwerke und e-on sollten endlich einsehen, dass das Fortführen der Kraftwerkspläne gegen die Mehrheit in der Kieler Ratsversammlung und den Willen der Kielerinnen und Kieler keinen Sinn macht und insbesondere für die Stadtwerke nur wirtschaftlichen Schaden bringen wird. Jetzt kommt es darauf an, gemeinsam ein alternatives Energieversorgungskonzept zu entwickeln und umzusetzen, mit der die Stadtwerke sich weiterhin wirtschaftlichen Erfolg sichern und qualifizierte Arbeitsplätze in der Region geschaffen werden."

Interfraktioneller Antrag zur Sitzung des Bauausschusses am 02.10.2008

Drucksachen Nr. 0818/2008

Betreff: Aufstellung Bebauungsplan Neumühlen-Dietrichsdorf

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, im nächsten Bauausschuss ein Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans für das in Neumühlen-Dietrichsdorf zwischen dem Ostuferhafen im Süden, der Förde im Westen, der Fa. Rexxon im Norden und dem Ostring gelegene Gebiet einzuleiten (Aufstellungsbeschluss).

Der Bebauungsplan soll die städtebauliche Entwicklung ordnen und planungsrechtliche(n) Voraussetzungen zur Sicherung folgender Belange schaffen:

- * Präferenzierung gewerblicher Nutzung des maritimen Sektors,**
- * Sicherung der land- und wasserseitigen Strand- und Freizeitnutzung (Erholungsfunktion für die Bevölkerung),**
- * Erhaltung naturschutzrechtlicher Ausgleichsflächen im Wasser,**
- * Schutz der nahen Wohnbevölkerung vor Emissionen des Kraftwerkstandorts (Lärm, Feinstäube und Russ) und weiterer Verschattung,**
- * Erhaltung des Landschaftsbildes mit der markanten, die Kieler Förde prägenden Hangkante,**

Hierfür ist es erforderlich,

- * das vorhandene Kraftwerk auf den heutigen Baubestand in Umfang und Höhe zu beschränken und**
- * seitliche(n) Bereiche des Kraftwerks zum Bereich mit Erholungsfunktion für die Bevölkerung durch Grünanlagen und Gestaltungselemente räumlich abzuschirmen und klar zu gliedern. Für großvolumige Kohlehalden ist hier kein Platz.**

Planungsabsicht ist ferner, die vom Gebiet ausgehenden CO2-Emissionen zu beschränken.

Begründung:

Der Planungsbereich liegt unmittelbar an der Kieler Förde im Stadtteil Neumühlen-Dietrichsdorf in einem Gebiet, das von dem dortigen Gemeinschaftskohlekraftwerk - und neuerdings durch den einzigen öffentlich zugänglichen Badestrand des Ostufers geprägt wird. Daneben findet sich im ehemaligen Marinematerialdepot eine gewerbliche Ansiedlung, die nach Maßgabe der Landesplanung eine allenfalls maritime Ausrichtung haben darf.

Diese Funktionen gilt es insbesondere im Hinblick auf die Ankündigung, ein neues Kohlekraftwerk zuzubauen, städtebaulich zu ordnen (geordnet werden).

Die Beschränkung des Kraftwerks auf den Bestand respektiert die vorhandene Nutzung angemessen und belässt Spielräume für eine maßvolle wie notwendige Nachnutzung für die Fernwärmeerzeugung. Städtebaulich halten es die Antragsteller für geboten, aus Gründen des Klimaschutzes ein über den heutigen Bestand hinausgehendes Kohlekraftwerk planerisch auszuschließen. Aspekte des globalen Klimaschutzes sollen somit über § 9 Abs. 1 Nr. 23 a Baugesetzbuch in die Planung einfließen.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 24.09.2008, 08:53 Uhr - 2193 Clicks - Nr. 879

Ökonomie und Ökologie vorbildlich im Einklang

Die SPD-Kreistagsfraktion besuchte das Familienunternehmen Gräber Feinwerktechnik in Trappenkamp

Am 16.09.2008 besuchte die SPD-Kreistagsfraktion das Unternehmen Gräber Feinwerktechnik in Trappenkamp, das 1971 in Trappenkamp gegründet wurde. Michael Gräber, der die Geschäftsführung des Unternehmens von seinem Vater Wolfgang übernommen hat, führte die Sozialdemokraten durch den Betrieb und stellte seine Arbeit vor.

Das Unternehmen verkauft an über 100 Kunden Feinmechanikprodukte in die ganze Welt, unter anderem Gehäuse für die Luftfahrttechnik. Charakteristisch und beständig gewachsen zeigt sich der Betrieb auch von seiner ökologischen Seite. Eine Solaranlage, die ein gesamtes Hallendach überspannt, gewinnt einen wesentlichen Teil an Energie für den täglichen Bedarf. Auch der neue Hallenanbau ist unter Berücksichtigung zahlreicher Umwelt schützender und Energie gewinnender Maßnahmen errichtet worden. Und wenn man Herrn Michael Gräber glauben darf, sind seine Bemühungen in Sachen Ökologie noch nicht ausgeschöpft.

Besonders positiv ist auch, dass die GmbH & Co. KG bei 32 Mitarbeitern mit 5 Auszubildenden seiner sozialen Verantwortung mehr als gerecht wird und so auch beim Personal gut für die Zukunft aufgestellt ist.

Arnold Wilken stellt abschließend fest: „Michael Gräber stellt mit seinem Unternehmen unter Beweis, dass die Verbindung von nachhaltiger ökonomischer Verantwortung und der Verpflichtung, unsere Umwelt zu schützen, ein Zukunftskonzept ist.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 24.09.2008, 14:20 Uhr - 1411 Clicks - Nr. 880

Synode bringt neue Chance für Kiel!

Zum Ergebnis der Ev. Synode vom Wochenende, auf der u.a. die Entscheidung, das Kieler Kirchenamt nach Lübeck zu geben, wieder infrage gestellt wurde, erklärten Rolf Fischer, SPD-Kreischef und Gesa Langfeldt, stellv. Fraktionsvorsitzende und kirchenpolitische Sprecherin der Ratsfraktion:

„Die Entscheidung der Synode enthält eine neue Chance für Kiel. Insbesondere die Verlegung des Kirchenamtes nach Lübeck noch einmal zu beraten, ist vernünftig.

Wir haben uns in den vergangenen Monaten umfassend über die Konsequenzen informiert und für

Kiel geworben. Insbesondere teilen wir die großen Befürchtungen der Mitarbeiter hinsichtlich eines Umzuges. Vielleicht ist ja ein Kompromiss, der den Bischofssitz in Lübeck vorsieht; die Verwaltung in Kiel belässt, möglich. Vor dem Hintergrund einer umfassenden Vernetzung und dem Einsparen von Umzugs- und Folgekosten sollte diese Möglichkeit geprüft werden. Die Entscheidung sollte anhand nachvollziehbarer rationaler und sozialer Kriterien gefällt werden; einen generellen Streit mit Lübeck um die „Kirchenhauptstadt“ – wie dort zu lesen war – lehnen wir ab.“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 24.09.2008, 17:22 Uhr - 7324 Clicks - Nr. 881

Günter Neugebauer zum Bericht LZ 23.09.08

Die Nachrichten aus den drei Rendsburger Gymnasien sind alles andere als erfreulich und nicht zu beschönigen. Zur objektiven Bewertung gehört aber auch der Hinweis, dass gerade in Schleswig-Holstein im Gegensatz zu anderen Bundesländern trotz aller Finanzprobleme sowohl in der rot-grünen Koalition wie auch jetzt in der Großen Koalition zusätzlich Hunderte von neuen Planstellen an den Schulen geschaffen worden sind. Im Haushaltsentwurf für 2009 und 2010 ist die Schaffung weiterer 300 Stellen vorg

Dieser Kraftakt hat auch an den drei Rendsburger Gymnasien zu besseren Klassenfrequenzen als in anderen Bundesländern und auch zu zusätzlichen Planstellen geführt.

Nach meinen Informationen sieht die Entwicklung an den drei Gymnasien wie folgt aus:

Herderschule: 2007/2008 : 1009 Schüler bei 52,4 Planstellen, 2008/2009 : 1081 Schüler bei 54,7 Planstellen

Helene –Lange-Schule: 2007/2008 1.027 Schüler bei 53,3 Planstellen, 2008/2009 : 1017 Schüler bei 54,6 Planstellen

Kronwerk: 2007/2008: 877 Schüler bei 45,7 Planstellen, 2008/2009 993 Schüler bei 51,0 Planstellen.

Nach diesen Zahlen erweist sich die Behauptung des CDU-Ratsherrn Krabbes, das Land habe Lehrkräfte abgezogen, als unwahr.

Da die Bildung unserer Kinder unser wichtigster Rohstoff ist, darf die Politik sich nie zufrieden geben. Hier will ich im Rahmen meiner Möglichkeiten meinen Beitrag zur Verbesserung des schulischen Angebots leisten. Aber als Vorsitzender des Finanzausschusses im Landtag weiß ich angesichts der Finanzlage des Landes und der berechtigten Begehrlichkeiten anderer Ressorts auch, dass nicht alles Wünschbare realisierbar ist.

Günter Neugebauer, SPD.-Landtagsabgeordneter

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 24.09.2008, 21:26 Uhr - 3336 Clicks - Nr. 882

Gemeinsam zur Gemeinschaftsschule

Am 23. September hat die Gemeindevertretung Kropp mit den Stimmen der AWK und SPD die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule ab dem Schuljahr 2009/2010 beschlossen. Damit kann eines der wichtigsten Kommunalwahlziele von SPD und AWK erfolgreich umgesetzt werden.

Letztendlich ist der Beschluss der namentlichen Abstimmung mit einer Mehrheit von 10:8 Stimmen bei einer Enthaltung gefasst worden.

Damit wird die Lücke des Schulangebots für diese Schulform im Kreis-Westen geschlossen.

Vorausgegangen war am Vortag die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur, die nach kontroversen Diskussionen mit Stimmen-Mehrheit von 5:4 die Empfehlung für die Schulform



Gemeinschaftsschule Kropp verabschiedet hatte.

In beiden Sitzungen war zu beobachten, dass die CDU, die in der vorigen Wahlperiode die absolute Mehrheit in der Gemeindevertretung hatte, diesen Verlust auch vier Monate nach der Kommunalwahl noch nicht verarbeitet hat.

Mit vielerlei taktischen Verzögerungsvariationen wurde versucht den Antragstellern für die Gemeinschaftsschule „Knüppel vor die Füße“ zu werfen, um zu verhindern, dass diese Schulform für Kropp Wirklichkeit wird. Letztendlich half es nichts.

SPD und AWK standen gemeinsam fest zu dem Vorhaben Bildungsstandort/Gemeinschaftsschule, überzeugten mit unverrückbaren Argumenten und setzten sich damit in einer demokratischen Mehrheitsentscheidung durch.

Für alle Bildungsverantwortlichen im Unterzentrum Kropp, das sind Lehrer, Eltern, Schüler, Schulträger und gewählte Gemeindevertreter, herrscht jetzt Klarheit auf dem Weg zur neuen Schulform.

Nach erfolgter Antragsstellung der Gemeinde an das Bildungsministerium, wird die Genehmigung nicht lange auf sich warten lassen. Die Eltern von Schülerinnen und Schülern der 5. Jahrgangsstufe (Schuljahr 2009/10) werden sich auf den Beginn der Gemeinschaftsschule einstellen können.

Die Gemeinschaftsschule wird von allen Beteiligten eine hohe Identifikation und viel Engagement abverlangen, wenn sie gelingen soll.

Siehe auch [Landeszeitung vom 25.09.2008](#)

Aber für einen vorbildlichen Bildungsstandort sollte diese Herausforderung mit Elan angenommen werden. Das gilt gemeinsam für alle in der o.a. Abstimmung beteiligten Kommunalpolitiker.

Joachim Tschesch

Pressesprecher SPD-Fraktion Kropp

Kommentar von [Dr. Hans-W. Thode](#) vom 24.09.2008, 21:31 Uhr:

RE:Gemeinsam zur Gemeinschaftsschule

Hallo Joachim, herzlichen Glückwunsch zu dieser weittragenden Entscheidung! Das ist das einzig Sinnvolle in der sich derzeit abzeichnenden Schullandschaft! Gruß H.-W.

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 25.09.2008, 12:39 Uhr - 11860 Clicks - Nr. 883

Jörn Thießen spricht mit Demonstranten in Berlin

Einige Wochen nach seinen Praktika in den Krankenhäusern in Heide und Brunsbüttel traf sich Jörn Thießen in Berlin mit Teilnehmern der bundesweiten Demonstration der Krankenhausmitarbeiter.

"Die Bundesregierung ist schon einen guten Schritt auf die berechtigten Forderungen zugegangen", sagt Thießen. "Das ist ganz im Sinne der Beschäftigten und Patienten in den Krankenhäusern. Mit

den zusätzlichen drei Milliarden Euro werden 21.000 zusätzliche Pflegekräfte eingestellt werden können, werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser bezahlt und die Pflegeausbildung deutlich attraktiver. Wir müssen miteinander bedenken, dass wir das Geld der Versicherten möglichst sparsam und sinnvoll verwenden, da viele schon bis an die Grenze belastet sind. Dennoch: Auf eine gute Gesundheitsversorgung sind alle angewiesen! Ich werde mich auch weiterhin für die Verbesserung der Situation einsetzen, besonders in meinem Wahlkreis."

Keine Kommentare



[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 25.09.2008, 14:18 Uhr - 8583 Clicks - Nr. 884

Vertrauen in den Vorstand der HSH Nordbank

Zur Situation der HSH Nordbank in der internationalen Finanzkrise sagte die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank und der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein haben den Finanzausschuss des Landes heute in vertraulicher Sitzung ausführlich über die Auswirkungen informiert, die die internationale Finanzmarktkrise auf die HSH Nordbank hatte und weiterhin haben könnte.

Wir haben nach wie vor Vertrauen in den Vorstand, dem es gelungen ist, die Krise bislang zu bewältigen, wie es anderen Instituten nicht gelungen ist. Das eigenständige Geschäftsmodell der HSH Nordbank, das sie von allen anderen Landesbanken unterscheidet, hat sich bewährt. Die HSH Nordbank konzentriert sich derzeit auf ihr Kerngeschäft, auch damit die Wirtschaft in Schleswig-Holstein und Hamburg weiterhin verlässliche Kreditbedingungen hat.

Die HSH Nordbank kann sich von den internationalen Verwerfungen nicht abkoppeln. Sie hat aus unserer Sicht die richtigen Maßnahmen ergriffen, um die Krise zu überstehen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 25.09.2008, 15:05 Uhr - 8253 Clicks - Nr. 885

Krankenhauspraktikum

Angesichts der problematischen Situation in Schleswig-Holsteins Krankenhäusern informierte sich der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg während der Sommerpause vor Ort in den Flensburger Kliniken. Für zwei Tage zog der Internist einmal wieder den weißen Kittel an und arbeitete in der Zentralen Notfall-Ambulanz in der Diako und im Pneumologischen Zentrum des

Franziskus-Krankenkauses mit, um sich einen eigenen Eindruck zu verschaffen.
(SOMMERTOUR)

PRESSE-ECHO

Folgender Artikel ist in den Flensburger Nachrichten erschienen:

Zwei Kliniken im Hamsterrad

Sie lassen es ihre Patienten nicht spüren, dennoch sind sie da: die finanziellen Probleme von Diako und St.-Franziskus-Hospital. Flensburgs Bundestagsabgeordneter Dr. Wolfgang Wodarg machte sich als Praktikant persönlich ein Bild.



Es fehle an allem, "vor allem an Pflegepersonal", erklärt Wodarg nach seinem zweitägigen Praktikum. Das wenige Personal, das nach den staatlich erzwungenen Rationalisierungen übrig sei, habe zu wenig Zeit für die vielen Patienten, "frustrierend", sagt Wodarg. Es liege allerdings nicht nur am mangelnden Personal, sondern auch daran, dass viele Menschen ins Krankenhaus gebracht wurden, obwohl "sie gar nicht hierher gehören".

(Anmerkung Dr. Wodarg: Es fehlen ambulante Versorgungsnetze, um stationäre Eiweisungen gerade bei alten Patientinnen und Patienten zu vermeiden. Heime, Angehörige, Notärzte und Pflegedienste können deshalb eine sachgerechte ambulante Betreuung nicht garantieren und schicken im Zweifelsfall in die Klinik. Das ist belastend für die Patienten und treibt die Kosten in die Höhe.)

Als ein Problem sieht der Bundestagsabgeordnete den Krankenkassenwettbewerb in Schleswig-Holstein. Über 250 Krankenkassen bestimmten die Summe der Gelder, die den Kliniken für Operationen und Versorgung zur Verfügung stehen.

(Anmerkung Dr. Wodarg: Das ist nicht ganz richtig wiedergegeben, denn die Klinikausgaben werden vor allem durch Fallpauschalen, Investitionszuschüsse und Pauschalen für vorgehaltene Infrastruktur abgegolten, die von den Kassen gemeinsam ausgehandelt werden. In den übrigen Bereichen, zum Beispiel der ambulanten Versorgung oder bei den Arzneimittelverträgen gilt für die nunmehr noch 218 Kassen das Prinzip "jeder gegen jeden".)

Während schleswig-holsteinische Kliniken etwa für das Einsetzen von Prothesen 6300 Euro bekommen, liegt die Bemessung im Saarland bei mehr als 7000 Euro für dieselbe Leistung. "Unseren Krankenhäusern wird somit auch der Fortschritt verwährt, weil einfach das Geld nicht da ist", beklagt sich Klaus Deitmaring, Geschäftsführer des Malteser St.-Franziskus-Hospitals.

Wolfgang Wodarg kritisiert weiter, dass auch interne Sparmöglichkeiten nicht genutzt würden: "Ich frage mich, warum denn zwei Krankenhäuser, die ohnehin so eng kooperieren, immer noch zwei Verwaltungen bezahlen?" "Noch macht die gute Organisation der beiden Krankenhäuser die Missstände einigermaßen wett", sagt er, doch das könne auf Dauer nicht funktionieren.

Dennoch verlange die Bundesregierung, dass weiter gespart werde. Mit vereinten Kräften und massivem Stellenabbau hätten es Verwaltungen geschafft, seit 1993 knapp sieben Millionen Euro zu

sparen. Wodarg nennt dies einen "Hamsterradeffekt". "Wir laufen immer schneller, kommen aber dennoch nicht weiter." Das Dramatische: Auch Ärzte werden irgendwann zu Patienten. "Sie erleiden irgendwann ein Burn-Out", erklärt Wodarg.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 26.09.2008, 10:37 Uhr - 12236 Clicks - Nr. 886

Wahlkampf ist später

In einem Jahr (am 27. September 2009) ist Bundestagswahl. Am 20. November 2008 wird die Nominierung des SPD-Kandidaten für den Wahlkreis 3 (Steinburg, Dithmarschen-Süd, Segeberg-West) erfolgen. Beginnt damit der Wahlkampf?

"Bitte nicht", sagt Jörn Thießen, der sich erneut um eine Nominierung bemüht. "Bis zum Herbst 2009 steht noch einiges auf der Tagesordnung, was abgearbeitet werden muss."

Die Planungen bis zum Ende dieser Legislaturperiode können [HIER](#) nachgelesen werden.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 26.09.2008, 13:14 Uhr - 2906 Clicks - Nr. 887

SPD-Antrag erfolgreich

Auf Initiative von SPD-Ratsfrau Astrid Huemke werden 10 zusätzliche Krippenplätze in Quickborn geschaffen

Zunächst wollte die Stadt Quickborn 20 neue Krippenplätze schaffen. Noch vor der Kommunalwahl schlug SPD-Ratsfrau Astrid Huemke vor, im DRK-Kindergarten und im evangelischen Kindergarten jeweils zehn Krippenplätze einzurichten. Der damalige Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie stimmte diesem Antrag zu.

Während der evangelische Kindergarten auf Grund fehlender Flächen keine weiteren Räume anbieten kann, hat die Leitung des DRK-Kindergartens die Planungen für eine Flächenerweiterung bereits abgeschlossen. Schon ab 2009 sollen dort 20 neue Krippenplätze zur Verfügung stehen.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 26.09.2008, 14:42 Uhr - 11797 Clicks - Nr. 888

Weg frei für den Rechtsanspruch ab eins

Anlässlich der Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag am 26. September erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen: "Das Kinderförderungsgesetz ist für die SPD ein Erfolg auf der ganzen Linie. Wir haben den Durchbruch bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung geschafft und den Rechtsanspruch ab eins durchgesetzt. Damit erhalten Eltern auch in Steinburg und Dithmarschen ab 2013 die Garantie, tatsächlich einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen."

In der Aufbauphase stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. Euro zur Verfügung, damit Länder und Kommunen mit Volldampf Betreuungsplätze für unter Dreijährige schaffen. Ein weiterer wichtiger Erfolg für die SPD ist die dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten. Ab 2014 stellt der Bund jährlich 770 Mio. Euro dafür zur Verfügung – eine Neuheit!

Die SPD hat sich in intensiven Beratungen bei einem weiteren Punkt durchgesetzt: Die von der Bundesfamilienministerin von der Leyen (CDU) geplante zwingende Gleichstellung gewerblicher Träger mit gemeinnützigen Trägern ist vom Tisch. Thießen dazu: „Kinderbetreuung wird damit nicht den Kräften des Marktes überlassen. Gemeinnützige Träger haben weiterhin eine besondere Stellung im Kinder- und Jugendhilfegesetz.“

„Mit der von der Union geplanten Regelung hätte die Gefahr bestanden, dass gewinnorientierte Träger in großem Stil in die Kinderbetreuung eingestiegen wären. Kinderbetreuung als Markt? – Die SPD sagt nein! Als Folgen wären eine schlechtere Qualität, soziale Entmischung und noch größere Ungleichheit in der Bildung vorprogrammiert gewesen. Das wichtige Ziel der beitragsfreien Kita wäre in weite Ferne gerückt.“

Das Kinderförderungsgesetz hat eine deutliche sozialdemokratische Handschrift. Wir haben die Weichen für bessere Qualität in der Kinderbetreuung, bessere Bildungschancen und ein verlässliches Angebot in ganz Deutschland gestellt. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird weiter verbessert.“

Damit sein Wahlkreis noch familienfreundlicher und kindergerechter wird, müssen die Plätze für unter Dreijährige deutlich ausgebaut werden, fordert Thießen: „Ich werde darauf achten, dass Schleswig-Holstein die Mittel für den Ausbau zügig abrufen, an die Kommunen weiter reicht sowie den zugesagten Eigenanteil einbringt.“

Keine Kommentare

[SPD Rathausfraktion Neumünster](#) - veröffentlicht am 28.09.2008, 10:40 Uhr - 3443 Clicks - Nr. 889

SPD fordert Einwohnerversammlung

Eines der wichtigsten Vorhaben in unserer Stadt ist in den nächsten Monaten ohne jeden Zweifel die Realisierung des Designer-Outlet-Centers (DOC) an der Südumgehung. Das DOC wird für unsere Stadt ein Leuchtturmprojekt. Auch wenn sich zeitliche Verzögerungen durch die notwendige europaweite Ausschreibung ergeben haben, werden wir weiter dafür kämpfen, dass das DOC in Neumünster gebaut wird.

Wir versprechen uns davon eine Stärkung unserer Funktion als Oberzentrum und Einzelhandelsstandort in Mittelholstein. So sehr wir uns ein DOC wünschen, so wichtig ist für uns, dass unsere Innenstadt dadurch nicht verödet. Hier müssen wir gemeinsam, d. h. Handel, Verwaltung und Politik, gegensteuern. Das DOC ist der letzte Aufruf, wenn wir die Attraktivität unserer Innenstadt steigern wollen. Wir sind sicher, dass uns dies gelingen wird. Die ersten "Sogeffekte" durch das DOC sind mit den Planungen zweier Investoren, die im Innenstadtbereich investieren wollen, bereits erkennbar. Wir sollten sie mit offenen Armen aufnehmen. In einer Einwohnerversammlung sollten nach der Auffassung der SPD die Investorenpläne der Hamburger Fa. ECE sowie der Hanseatischen Betreuungs- und



Beteiligungsgesellschaft (HBB) aus Lübeck vorgestellt werden.

Beide Unternehmen hatten im April Millionen- investitionen in Neumünsters Innenstadt in Aussicht gestellt. ECE, nach eigener Darstellung Europas größter Betreiber innerstädtischer Einkaufszentren, will das Sagerviertel zwischen Gänsemarkt und Bahnhof in eine Shopping-Meile mit über 20 000 Quadratmetern Verkaufsfläche verwandeln.

Geplantes Investitionsvolumen: 100 Millionen Euro. Die Lübecker Firma HBB plant ein fast ebenso großes Einkaufszentrum hinter Karstadt. Damit die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, aber auch die ortsansässigen Einzelhändler, frühzeitig in die Planungen mit eingebunden werden, fordert

die SPD-Fraktion in der nächsten Ratversammlung am kommenden Dienstag die Durchführung einer Einwohnerversammlung. Vielleicht gelingt es uns dadurch auch, die Bürgerinnen und Bürger, von denen bei der letzten Kommunalwahl am 25. Mai mit 41,8 % nicht einmal die Hälfte zur Wahl gingen, wieder mehr für Kommunalpolitik interessieren können und vielleicht auch für das, was in unserer Stadt passiert, zu begeistern.

Kommentar von [Rüdiger v. Brocke](#) vom 04.10.2008, 12:17 Uhr:

RE:SPD fordert Einwohnerversammlung

Hallo Andreas, "Neumünster als Oberzentrum stärken!" In meiner Kindheit gab es den Slogan "Neumünster - Liebe auf den zweiten Blick" (auf den zweiten Blick, weil man meinte als Industriestadt müsste zweimal hingeschaut werden, um die Attraktivität dieser Stadt zu entdecken... hat mich immer geärgert, denn ich musste nie zweimal hinschauen, um meine Heimatstadt positiv zu erleben. Aber nun zur Realisierung des DOC. Ich halte dies für eine - für die große Chance in NMS eine Magnetwirkung hinsichtlich der Stärkung, ja der Entwicklung der Innenstadt zu einem Kauf- und Erlebniszentrum. Die Sogwirkung - nicht nur auf das Umland wird dieser Stadt gut tun. NMS liegt an der Hauptverkehrsachse Nord/Süd und ist verkehrstechnisch optimal ausgerichtet. ECE ist bisher als erfolgreicher Projektentwickler bekannt -ein Flop ist mir bisher nicht bekannt geworden. Die Chance neue Arbeitsplätze zu schaffen ist doch groß. Die Einwohnerversammlung ist doch die gute Möglichkeit, die Neumünsteraner für das Projekt zu gewinnen und das Engagement für ihre Stadt zu fördern. Mit den Bürgern für die Bürger dieser Stadt - ich wünsche Euch viel Erfolg - und sollte mir der Einzug in den Bundestag gelingen, werde ich mich für die Interessen meiner Heimatstadt einsetzen. Mit herzlichen Grüßen Rüdiger v. Brocke

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 28.09.2008, 11:05 Uhr - 7528 Clicks - Nr. 890

Generalsekretär des Europarates Terry Davis kam in den Norden

Der Generalsekretär des Europarates Terry Davis kam anlässlich des Minderheitenmarathon YOU!MM in den Norden. Er folgte damit der Einladung des Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg, der seit zehn Jahren im Europarat arbeitet und mit Terry Davis persönlich befreundet ist. Terry Davis unterstützt ausdrücklich Wodarg's erneute Kandidatur und hat dieses durch seinen Besuch und die Übernahme der Schirmherrschaft für den Minderheitenmarathon bekräftigt.

BILD: v.r. Generalsekretär des Europarates Terry Davis und Wolfgang Wodarg in Flensburg

Wodarg, der auch Sprecher der deutschen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten in Strassburg und stellv. Fraktionsvorsitzender der Sozialisten im Europarat ist, hat den Generalsekretär bei seinen Programmpunkten begleitet. Terry Davis schätzt Wolfgang Wodarg's Arbeit in diesem für Menschenrechte und Demokratie wichtigen internationalen Gremium. Er unterstützt deshalb ausdrücklich Wodarg's erneute Kandidatur.

Terry Davis erwartete ein dichtes interessantes Programm. Wegen dem derzeit hochbrisanten

Russland-Georgien-Konflikt im Kaukasus hat er zahlreiche Krisensitzungen zu leiten, sodaß der ursprünglich zweitägige Besuch auf einen Tag verkürzt werden musste. Trotzdem nahm er noch diverse Termine im Raum Flensburg-Schleswig wahr. Darunter ein Besuch im Danevirke-Museum, eine Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Flensburg und Gespräche mit Minderheitenorganisationen.

Dazwischen reichte es sogar noch für einen Meinungsaustausch mit einer internationalen UN-Wissenschaftlergruppe, Spezialisten die weltweit Konfliktlösungsstrategien und Minderheitenprobleme erforschen und die gerade im Saal des Flensburger Kompagnietores beim European Center for Minority Issues (ECMI) eine Arbeitstagung abhielten.

Bei einem Besuch der FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen) in Flensburg hat sich der Generalsekretär des Europarates für einen starken Minderheitenschutz auf europäischer Ebene ausgesprochen. Einleitend hatte FUEV-Vizepräsident Heinrich Schultz die Gäste zu der Round-Table-Diskussion mit dem Generalsekretär begrüßt. Jan Diedrichsen, FUEV-Mitarbeiter, gab einen Überblick über die derzeitige Arbeit der FUEV auf europäischer Ebene und hob die besondere Bedeutung des Europarates für die Minderheitenarbeit hervor.

Die Veranstaltung war gemeinsam von der FUEV und ihren Mitgliedsorganisationen BDN und SSF von der deutschen und dänischen Minderheit vorbereitet worden. Die Friesen, die Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) sowie mehrere Vertreter aus Dänemark und Deutschland nahmen ebenfalls an der Round-Table-Diskussion teil.

Auch wenn der Generalsekretär wegen der Krise in Georgien, bei der es ja um Konflikte nationaler Minderheiten geht, seinen Besuch verkürzen musste, ist es ihm hoch anzurechnen, dass er zu seinem Wort stand und den Minderheiten im dänisch-deutschen Grenzraum zu Gesprächen zur Verfügung stand.

Terry Davis war auch Schirmherr des diesjährigen YOU!MM.

Gern hätte der europäische Politiker den Startschuss zum Marathon am Sonntag gegeben. "Zwei unserer 47 Mitglieder befinden sich im Krieg", entschuldigte Davis sich am Sonnabend im Rathaus dafür, dass das Programm nur für zwei Treffen mit Minderheitenvertretern in Dannewerk und Flensburg gereicht hatte.

Terry Davis, der aus Birmingham stammt, sagte im Rahmen seines Besuches in Flensburg, dass der Marathon als verbindende Sportveranstaltung geeignet ist, das friedliche Zusammenleben von Minderheiten in Mehrheitsgesellschaften zu symbolisieren.

Ausdauer sei sowohl im Sport als auch in der Politik gefordert. Er berichtete, dass ihm sein Vater Sportliches mit auf den Weg gegeben habe. Beim Fußball solle man immer den Ball treten, nie den Gegner.



Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 28.09.2008, 12:12 Uhr - 6640 Clicks - Nr. 891

Der richtige Oberbürgermeister, der die Stadt voranbringt!

Die Jusos Kiel gratulieren Torsten Albig, der von den Kieler Genossinnen und Genossen zum SPD-Oberbürgermeisterkandidat gewählt wurde.

„Es reicht nicht, dass der Rathausurm rot ist, das Rathaus muss rot werden!“, fasste Torsten Albig auf der heutigen Mitgliederversammlung die Stimmung der Kieler Genossinnen und Genossen zusammen – zuvor hatte er sich deutlich mit 210 der 282 Stimmen gegen Gerwin Stöcken durchgesetzt und ist somit der SPD-Oberbürgermeisterkandidat.



Die Kieler Jusos werden Torsten Albig im Wahlkampf mit allen Kräften unterstützen, damit im März 2009 wieder ein Sozialdemokrat an der Spitze der Stadtverwaltung steht. Denn Kiel braucht endlich einen Oberbürgermeister, der sich für Kiel einsetzt und wieder für die Kielerinnen und Kieler und nicht für die eigene Medienpräsenz arbeitet:

Das unwürdige und zögerliche Vorgehen der Oberbürgermeisterin angesichts der Insolvenz der Lindenau-Werft hat wieder einmal deutlich gemacht, dass Frau Volquartz tagelang untätig zugesehen hat, wie hunderte Arbeitsplätze auf der Kippe stehen und erst aktiv wurde, als es einen pressewirksamen Termin gab.

Kiel braucht wieder einen Oberbürgermeister, der Kiel voranbringen und nicht nur Missstände verwalten will.

Kiel braucht einen Oberbürgermeister, der sich für eine Solidarische Stadt einsetzt, die sich um die Benachteiligten kümmert und in der Kinder nicht Armut leiden müssen.

Kiel braucht einen Politikwechsel an der Verwaltungsspitze: Wir brauchen keine zweitklassige Darstellerin für einen Zahnpaste-Werbepot. Wir brauchen einen Oberbürgermeister, der in der Stadtverwaltung hohes Ansehen genießt, einen Verwaltungsapparat modernisieren und führen kann und die Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Entscheidungen einbezieht!

Kiel braucht Torsten Albig!

Kommentar von [Bürger](#) vom 28.09.2008, 19:43 Uhr:

RE:Der richtige Oberbürgermeister, der die Stadt voranbringt

*schade, gerwiiiiin *heul* baaaaaaaaaaaaawwwwwwwwwwww LOL*

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 28.09.2008, 13:33 Uhr - 2673 Clicks - Nr. 892

Die Wegeverbindung im Collundtspark feierlich eröffnet.

Am 27. September 2008 weihte Flensburgs Bürgermeister Henning Brüggemann die öffentliche Wegeverbindung durch den Collundtspark offiziell ein.

In seiner Ansprache betonten Bürgermeister Brüggemann, sowie die Geschäftsführerin der Flensburger Gesellschaft für Stadterneuerung Alexandra Knak, dass diese Maßnahme die Wohn- und Aufenthaltsqualität von Duburg, dem am dichtesten besiedelten Flensburger Stadtteil, noch weiter verbessern wird.

Im Rahmen der Stadtsanierung wurde der Collundtspark schon vor vielen Jahren hergestellt, allein die Wegeverbindung durch den Park, von der Schloßstr. zur Duburger Str. scheiterte bisher an dem Widerstand eines Teileigentümers einer Wohnanlage.

Nachdem nun ein benachbartes Grundstück 2006 zum Verkauf stand, konnte die Flensburger

Gesellschaft für Stadterneuerung für die Weiterführung der Wegeverbindung notwendige Grundstücke und Wegerechte kaufen.

Insgesamt hat die Fertigstellung der Wegeverbindung rund 250.000 Euro gekostet, wobei der städtische Anteil bei 34.000 Euro lag. Für die Freiflächengestaltung zeichnet das Flensburger Grünplanungsbüro Natur und Kultur verantwortlich.

Nach den offiziellen Ansprachen folgte ein Nachbarschaftliches Herbstfest, welches das „Duburg Forum“ und der Verein „Flensburger Norden“ organisiert hatten.



(Foto: Bürgermeister Brüggemann lässt sich von SPD-Ratsherr Stephan Menschel die Erfolge der Stadterneuerung verdeutlichen.)

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 28.09.2008, 20:07 Uhr - 4217 Clicks - Nr. 893

Durchbruch auf Sylt –

Lothar Hay begrüßt neue Gemeindefusion

Erscheinungsdatum:
26.09.2008

Innenminister Lothar Hay hat die Entscheidung von Rantum begrüßt, gemeinsam mit Sylt-Ost und Westerland zu fusionieren. „Das ist ein wichtiger Durchbruch für eine Neuordnung der kommunalen Landschaft auf Sylt“, sagte Hay am Freitag (26. September) in Kiel. Gleichzeitig schließen sich auch die Stadtverwaltung von Westerland und die Gemeindeverwaltung von Sylt-Ost zusammen.

Dadurch sinkt die Zahl der Gemeinde-, Stadt- und Amtsverwaltungen in Schleswig-Holstein von 222 im Jahre 2000 auf 145. Die neue Kommune „Sylt“, die offiziell am 1. Januar 2009 auf der Landkarte erscheint, wird rund 15.500 Einwohner haben, ihr Gebiet wird einen großen Teil der Insel abdecken.

Hay bezeichnete die Gemeindefusion als das Ergebnis beharrlicher und guter argumentativer Überzeugungsarbeit, an der der Landrat des Kreises Nordfriesland tatkräftig mitgewirkt habe. Der Minister würdigte auch die Initiative „Bürger für Sylt als Einheit“. Durch deren Engagement für entsprechende Bürgerentscheide sei die Entwicklung in Richtung Fusion weiter beschleunigt worden. Die Entscheidungen der Gemeindevertretungen seien durch Mut und Weitsicht gekennzeichnet. „Nutznießer sind in erster Linie die Bürgerinnen und Bürger, die künftig eine noch leistungsfähigere Kommunalverwaltung bekommen“, sagte der Minister.

Die Fusion von Rantum, Sylt-Ost und Westerland kann nach Hays Überzeugung nur ein erster Schritt sein. „Es wäre wünschenswert, wenn es auf Sylt in absehbarer Zeit nur noch eine Gemeinde gäbe“, sagte der Minister. Er wolle aber niemanden bedrängen. „Ich setze auf die Kraft guter Vorbilder und Argumente“, sagte Hay. List, Kampen, Wenningstedt-Braderup und Hörnum wollen im Amt Landschaft Sylt verbleiben, das jedoch keine eigene Verwaltung haben wird. Das Amt geht

eine Verwaltungsgemeinschaft mit der neuen amtsfreien Gemeinde Sylt ein.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 29.09.2008, 10:56 Uhr - 7075 Clicks - Nr. 894

Walter-Damm-Preis 2008

Walter-Damm-Preis 2008 – Bewerbungen sind erwünscht

Zum 13. Mal wird am 23. Nov. 08 in Appen im Bürgerhaus der „Walter-Damm-Preis“ im Rahmen einer Feierstunde verliehen. Der vom SPD-Kreisverband gestiftete und mit 1.500,00 EUR dotierte Preis soll Menschen, Initiativen, Vereinigungen oder Verbände auszeichnen, die in ihrer ehrenamtlichen Arbeit Beiträge zum sozialen Ausgleich und Integration und der gesellschaftlichen Toleranz leisten oder geleistet haben.



Lothar Hay, Innenminister des Landes Schleswig-Holstein wird die Würdigung des Preisträgers oder der Preisträgerin und die Preisverleihung vornehmen.

Mit dem Preis wird an den ersten freigewählten Landrat des Kreises Pinneberg nach dem 2. Weltkrieg erinnert. Walter Damm gehörte nach politischem Widerstand gegen den Hitler-Faschismus und Gefangenschaft zu den sozialdemokratischen Männern und Frauen der ersten Stunde, die den demokratischen Wiederaufbau zu erst im Kreis Pinneberg und später als Landesminister verantwortlich mitgestalteten.

Kreisvorsitzender Hannes Birke hofft auf eine Vielzahl von Bewerbungen und weist darauf hin, dass die Vergaberichtlinien auch Eigenvorschläge ausdrücklich vorsehen. Die Bewerbungen sollten mit einer kurzen Beschreibung der Arbeit oder des Projektes erfolgen. Vorschläge sind bis zum 25. Okt. 08 an das Kreisbüro der SPD, Pinneberg, Am Drosteipark 5 per Post, per FAX (04101/20 46 15) oder per E-Mail (KV-Pinneberg@spd.de) zu senden.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 29.09.2008, 11:36 Uhr - 7074 Clicks - Nr. 895

Kreishaus: Innenminister fordert neue Kreistagsentscheidung

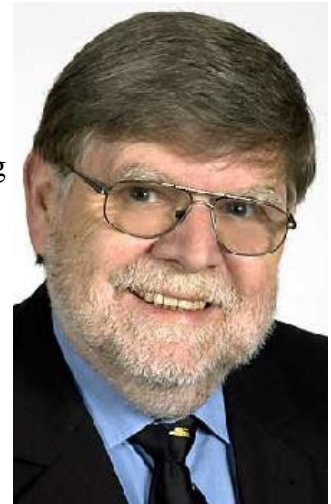
Hannes Birke: Finanzieller Schaden muss vom Kreis abgewendet werden.

Der Neubau eines 54,7 Mio. € teuren Kreishauses, das der Kreis anschließend für 25 Jahre anmieten will, findet in der vom Kreistag beschlossenen Form nicht die Zustimmung des Innenministeriums.

Es stellt seine Zustimmung zurück und fordert eine erneute Kreistagsentscheidung.

In seiner Stellungnahme übt das Innenministerium deutliche Kritik an der unzureichenden Informationspolitik des Landrates gegenüber dem Kreistag und an der Wirtschaftlichkeit des von einem privaten Investors zu erstellenden Gebäudes.

Dem Landrat Dr. Grimme schreibt er ins Stammbuch, dass zur Zeit der Beschlussfassung des Kreistages am 7. Mai weder der Prüfvermerk des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) des Kreises noch der Wirtschaftlichkeitsvergleich der vom Kreis beauftragten Gutachter der Firma UTAG vorliegt.



„Insbesondere den kritischen Prüfvermerk des RPA“ –so der SPD-Kreisvorsitzende Hannes Birke- „wollte Landrat Dr. Grimme unter dem Deckel halten“. Das RPA äußerte –anders als die Gutachter- erhebliche Bedenken an der Wirtschaftlichkeit des Bauvorhabens.

So ist es für Birke „kein Wunder“, dass der Innenminister in seiner Stellungnahme bezug auf den Prüfvermerk nimmt und darauf verweist, dass bestimmte Alternativen (u.a. anderes Baugrundstück zu niedrigeren Kosten, Teilsanierung des vorhandenen Gebäudebestandes, Erwerb von Eigentum) nicht Gegenstand der Untersuchung waren. Besonders bemerkenswert sei die Wertdifferenz des Gebäudes nach 25 Jahren. Gingen die Gutachter noch von 26,7 Mio € aus, errechnete das RPA einen Wert von 40,2 Mio €. Gerade diese Aussage sollte der Kreistag bei seiner Entscheidung besonders beachten, denn es sei zweifelhaft, ob der Kreis nach 27 Jahren den vom RPA errechneten Wert noch Erlösen kann.

„Um es verständlich auszudrücken“ –so Birke- „der Kreis mietet das Gebäude, bezahlt es in 27 Jahren und danach kann er es dann zurückkaufen“. Für Birke sorgt man so für die Gewinne von privaten Investoren auf Kosten der Steuerzahler.

Auch die Kreistagsmehrheit von CDU und FDP, die dem „Investorenmodell“ zugestimmt haben, wirft der Innenminister vor ihrer „Finanzverantwortung nicht hinreichend gerecht geworden“ zu sein. Mit der Beschlussfassung sei es „unabdingbar“ gewesen, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu beraten.

Unabdingbar für seine Zustimmung zu dem Projekt sei, dass „im Hinblick auf die gegebene Finanzlage des Kreises entsprechende Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung getroffen werden“.

Nach der unmissverständlichen Stellungnahme des Innenministers, steht für die SPD Landrat Dr. Grimme (CDU) und die ihm unkritisch folgende Kreistagsmehrheit von CDU und FDP vor den Trümmern ihrer Privatisierungspolitik. „Seine mehr als deutlichen Aufforderungen muss der Kreistag bei seiner erneuten Entscheidung berücksichtigen, um finanziellen Schaden vom Kreis abzuwenden“, ist Birkes Schlussfolgerung.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 29.09.2008, 14:19 Uhr - 2466 Clicks - Nr. 896

SPD-Engelsby: Lange Wartezeiten im Bürgerbüro vermeiden!

Leider werden die Öffnungszeiten im Bürgerbüro nicht gleichmäßig genutzt, so dass sich

vermeidbare Wartezeiten besonders am Montagvormittag und am Donnerstag.

Insbesondere am Donnerstagabend kann es zu Wartezeiten von über einer Stunde kommen.

Das Bürgerbüro empfiehlt, stärker die übrigen Öffnungszeiten zu nutzen. Insbesondere morgens zwischen 7.30 und 9.30 Uhr sowie am Montagnachmittag besteht für die Besucher die Aussicht, ohne oder nur mit geringer Wartezeit ihr Anliegen erledigen zu können.

Das Bürgerbüro ist montags von 7.30 bis 16 Uhr, dienstags und mittwochs von 7.30 bis 13 Uhr, donnerstags von 7.30 bis 19 Uhr und freitags von 7.30 bis 12.30 Uhr geöffnet.

Keine Kommentare



[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 29.09.2008, 22:56 Uhr - 5666 Clicks - Nr. 897

Torsten Albig tritt in Kiel gegen Angelika Volquartz an!

Die SPD Kiel hat ihren Kandidaten für die OB-Direktwahl am 15. März 09 nominiert. Mit 210 von 282 Stimmen wurde der ehemalige Dezernent der Stadt Kiel und jetzige Pressesprecher des Bundesfinanzministers Torsten Albig auf der sehr gut besuchten Mitgliederversammlung am 27.09.08 im Legienhof gewählt.

Für ein soziales und gerechtes Kiel - das ist das Torstens Motto und das ist das Motto der Kreispartei. Die hohe Beteiligung an der Wahl und das klare Ergebnis ist Ausdruck großer Geschlossenheit und klarer Entschlossenheit, die Wahl gegen die Amtsinhaberin zu gewinnen. Wir sind bereit! Wir bieten ein klares soziales Programm und mit der Fraktion, mit der Kreis-SPD und nun mit unserem Kandidaten Torsten Albig gute personelle Alternativen! Informieren Sie sich, sprechen Sie uns an!



Kommentar von [Dr. Gerdt Hübner](#) vom 30.09.2008, 21:38 Uhr:

RE: Torsten Albig tritt in Kiel gegen Angelika Volquartz an!

Gratuliere! Mit Torsten Albig hat die SPD in Kiel einen Spitzenkandidaten aufgestellt, der fachlich und menschlich für das Amt des Oberbürgermeisters ausgezeichnet qualifiziert ist und der eine Politik zum Wohl der Menschen in Kiel und weit darüber hinaus umsetzen kann.

Bankenhilfe nicht ohne Gegenleistung!

Das Versagen der Finanzwelt wird immer deutlicher: Abzocker, Heuschrecken und Spielernaturen haben die Szene beherrscht und bitten jetzt den Steuerzahler um Hilfe. Wir in Parlament und Regierung müssen darauf bestehen, dass Sicherheit, Verantwortlichkeit für alle Transaktionen und vor allem Transparenz gesetzlich gesichert sind, bevor Steuergelder fließen. Denn Vertrauen muss erst wieder erarbeitet werden.



Wir geben uns grosse Mühe und diskutieren seit Jahren -aber vergeblich- ein Präventionsgesetz (Kosten pro Jahr: ca. 270 Millionen Euro). Wir haben ein bundesweites Förderprogramm für Bildung und Ganztagsbetreuung aufgelegt (Wert ca. 4 Mrd. Euro). Die Ausgaben Deutschlands für Entwicklungshilfe lagen im Vorjahr bei 5 Mrd. Euro und konnten jetzt -nach langen Diskussionen- endlich auf 5,8 Mrd. gesteigert werden. Alles schwierige Verhandlungsprozesse, weil ja das Geld der Steuerzahler knapp ist und der Bundeshaushalt nicht durch neue Schulden belastet werden soll.

Heute lese ich in den Nachrichten, dass die deutsche Regierung bereit ist, zur Stützung einer Hypothekenbank, die sich in die Pleite spekuliert hat, bis zu 26 Milliarden aus dem mühsam eingesammelten Steuersäckel zu spendieren. Wir wussten es: Heuschrecken und Glücksspieler prägen das Wirtschafts- und Finanzgeschehen des letzten Jahrzehnts und viel zu lange haben wir nichts ändern können.

Ich bin froh, dass SPD-Bundesvorstand und unsere Minister jetzt neue Regeln für die Finanzwirtschaft einfordern. Wir werden die Details genau unter die Lupe nehmen. Ich bin nur bereit Steuergelder zur Stabilisierung unserer Wirtschaft aufzuwenden, wenn dieses fest an die Schaffung neuer strenger Regeln für die Finanzwirtschaft gebunden wird. Wir haben zu lange vertraut und sind es dem Steuerzahler schuldig, nachhaltige Regeln zur Bedingung für staatliche Hilfsaktionen zu machen.

Ihr Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

SPD-Husum: Ausbau der B 5 muss kommen – und zwar schnell

Straßen sind heute die Lebensader einer Region. Der leichte und schnelle Transport von Menschen und Gütern ist entscheidend darüber, ob eine Region sich weiter entwickeln kann, stagniert oder gar abgehängt wird. Und wer über den Ausbau von Straßen entscheidet, entscheidet damit auch über das Schicksal der Menschen, die von dieser Verbindung leben – und das sind praktisch alle.

In diesem Zusammenhang kommt dem Ausbau der B 5 ab Heide für die Westküste und Nordfriesland eine ganz elementare Bedeutung zu. Entweder die B 5 wird zügig ausgebaut und die Westküste bekommt eine weitere Entwicklungschance oder aber die wirtschaftliche Entwicklung wird hier ganz bewusst abgewürgt.

Wir wissen alle, dass die Windenergie gerade für Husum eine ganz besondere Rolle spielt. Sie ist auf den Transport schwerer Güter angewiesen und damit auf ein gut ausgebautes Straßennetz – übrigens auch ein solches mit gut zu befahrenden Kreisverkehren. Wer dieses Vorhaben jetzt auf die lange Bank schiebt, sorgt kurz- und mittelfristig für den Strangulierung dieser Industrie hierzulande und damit letztlich für den wirtschaftlichen Kollaps der Region, bzw. deren Rückfall in vorindustrialisierte Zeiten.

Bereits der Landtagsabgeordnete Ulf von Hielmcrone hat den Gedanken eines dreispurigen Ausbaus der B 5 in vielen Gesprächen angesprochen. Allmählich hat sich dieser Gedanke auch durchgesetzt. Vielen wäre eine Autobahn lieber, auch wenn die Zahl der Verkehre auf der B 5 diesen Wunsch nicht unterstützt. Jedenfalls aber der dreispurige Ausbau mit entsprechenden Anschlussbauwerken ist dringend nötig und zwar nicht erst in fünfzig Jahren, sondern jetzt. - Wobei 50 Jahre ein durchaus realistischer Zeitraum ist, wenn es sich um Straßenbaumaßnahmen handelt, die nicht vorrangig betrieben werden. Die Gemeinde Hattstedt wartet seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, also beinahe 40 Jahre auf die Ortsumgehung...

Alle Kräfte an der Westküste müssen sich zusammen tun, um hier gemeinsam in Kiel und Berlin auf das Gaspedal zu drücken. Das Erreichte der vergangenen Jahre darf nicht auf's Spiel gesetzt werden. Die Westküste hat sich in den letzten Jahrzehnten hervorragend entwickelt, auch Dank der Unterstützung aus Kiel durch die sozialdemokratischen Regierungen, bzw. durch Rot-Grün. Wir sind jetzt auf der Überholspur, sollen wir jetzt wieder ganz bewusst wieder ausgebremst werden oder befindet sich ein Geisterfahrer auf der Gegenfahrbahn?

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 30.09.2008, 09:25 Uhr - 5360 Clicks - Nr. 900

Integrationsministerkonferenz: Innenminister Lothar Hay

wirbt für mehr Einbürgerungen

Erscheinungsdatum: 30.09.2008

Innenminister Lothar Hay hat an Ausländer appelliert, verstärkte Anstrengungen zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu unternehmen. „Das Land Schleswig-Holstein möchte, dass diejenigen, die auf Dauer hier leben, auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen“, sagte Hay am Dienstag (30. September) am Rande der Integrationsministerkonferenz in Hannover.

Wer noch keinen deutschen Pass habe, könne sich einbürgern lassen. Die Kreise und kreisfreien Städte als zuständige Behörden für die Einbürgerung würden ausführlich informieren und umfassend beraten. Auf der Internetseite des Innenministeriums unter www.innenministerium.schleswig-holstein.de gebe es seit heute ebenfalls Informationen zum Thema Einbürgerung.

Hay warb für die Vorteile, die die deutsche Staatsbürgerschaft für einen Migranten mit sich bringe. Er bekomme das Wahlrecht und könne auch selbst für ein Parlament kandidieren. Er genieße

Freizügigkeit und habe die Möglichkeit, seinen Beruf frei zu wählen. Als Deutscher könne er ohne Visum in viele Länder reisen. „Wer die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt, sollte diesen wichtigen Schritt zur Integration in die deutsche Gesellschaft gehen“, sagte der Minister.

Zwischen 1987 und 2007 wurden in Schleswig-Holstein rund 87.700 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert, davon 3.980 in 2007, 7,6 Prozent weniger als 2006 mit 4.308 Einbürgerungen. Die meisten Menschen, die 2007 eingebürgert wurden, kamen aus der Türkei (973 Einbürgerungen), dem Irak (416 Einbürgerungen), Polen (318 Einbürgerungen) und Serbien (260 Einbürgerungen). Drei Viertel aller Eingebürgerten leben bereits mehr als acht Jahre, fast 28 Prozent sogar schon länger als 15 Jahre in Deutschland.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.09.2008, 14:12 Uhr - 1335 Clicks - Nr. 901

Einstimmige Rückendeckung für Torsten Albig!

„Torsten Albig soll unser neuer Oberbürgermeister werden“, mit diesen Worten kommentierte der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Ralph Müller-Beck die einstimmige Reaktion aus der gestrigen Fraktionssitzung der SPD auf die Entscheidung der SPD Mitgliederversammlung vom vergangenen Wochenende. Die nun erforderliche offizielle Nominierung durch die Fraktion wird in einer Sondersitzung unmittelbar nach den Herbstferien erfolgen.

„Unser Kandidat genießt ein hohes Ansehen – weit über die Grenzen Kiels hinaus. Seine vielfältigen beruflichen Erfahrungen als ehemaliger Kieler Stadtrat, Sprecher der Dresdner Bank in Frankfurt und derzeitiger Sprecher des Bundesfinanzministeriums verleihen Torsten Albig das notwendige Know-how für das anspruchsvolle Amt des Kieler Oberbürgermeisters. Mit Torsten Albig haben wir einen würdigen Herausforderer von Frau Volquartz gefunden. Wir werden alles dafür tun, dass die Wahl zugunsten von Torsten Albig ausgeht!“, so Müller-Beck abschließend.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 01.10.2008, 08:57 Uhr - 4042 Clicks - Nr. 902

In der Förde versenkt

Zum heute verkündeten Aus für die Murmann School of Global Management and Economics erklärt der Kieler SPD-Landtagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:

Es ist ärgerlich, dass die Arbeit der Murmann School of Global Management and Economics schon eingestellt wird, bevor sie richtig begonnen hat. Für Kiel ist das nach dem Wegzug anderer wichtiger Einrichtungen, z. B. dem Multi Media Campus oder dem Verwaltungssitz des UKSH, ein weiterer herber Verlust.

nsbesondere deshalb, weil damit auch Landesgelder buchstäblich in der Förde versenkt wurden. Das

vom ehemaligen Wirtschaftsminister Austermann und der Kieler Oberbürgermeisterin schon groß gefeierte Projekt entpuppt sich somit als ein weiteres Kapitel aus dem Ankündigungskatalog der beiden CDU-Politiker.

Dies ist übrigens ein weiterer Beweis dafür, dass Bildung nicht überall und umfassend privatisiert werden kann.

Keine Kommentare

[SPD-Hohenlockstedt](#) - veröffentlicht am 01.10.2008, 11:03 Uhr - 3174 Clicks - Nr. 903

Wo bleibt das Geld?

Hierzulande verlieren Politiker an Ansehen und Glaubwürdigkeit, weil sie sich nicht nur als Volksvertreter betätigen, sondern auch in diversen Aufsichtsräten sitzen und ein Vielfaches von dem verdienen, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Durchschnitt in der Lohntüte haben. Es entsteht der Eindruck, dass einige Wenige sich an der Arbeit der Vielen bereichern, denn trotz Steuererhöhungen nehmen die Staatsschulden nicht merklich ab. Wo bleibt das Geld?

Die katastrophale Ebbe im Portemonnaie der Steuerzahler gefährdet die Demokratie, weil demokratische Werte in dem Maß an Bedeutung verlieren wie das Geld im Portemonnaie abnimmt. Erstaunlich nur, wie viel materieller Reichtum hierzulande vorhanden sein muss, wenn man an die astronomischen Managergehälter denkt. An Mitteln für ein relativ angenehmes und sorgenfreies Leben in Deutschland für Alle fehlt es offensichtlich nicht. Was u. a. fehlt, ist die Überzeugung, dass Eigentum verpflichtet.

Was steht der sozialen Mitverantwortung im Weg? – Die Gier! So gerade geschehen bei hochdotierten Investment – Bänkern, die „den Hals nicht vollkriegen können“. Wenn nicht alle Bürgerinnen und Bürger am selbsterarbeiteten Wohlstand teilhaben können, ist das soziale Ungerechtigkeit. Und Soziale Ungerechtigkeit vergiftet den demokratischen Gedanken wie die Gier das gesunde Verhältnis zum Wohlstand. Teilen statt Raffen! Dahin müssen wir kommen, sonst bricht unser Gemeinwesen wie ein Kartenhaus zusammen. Und was dann? –

Für mich gibt es keine Alternative. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den Wohlstand gerechter zu verteilen.

Wie kann das gelingen? –

· Schon auf kleinster kommunaler Ebene trifft der erstaunte Bürger auf Missstände wie Korruption. Deshalb würde ich einen Gemeindeaufsichtsrat begrüßen, der als Ethikkommission die Entscheidungsträger beaufsichtigt.

· Durch Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung können künftig mehr Menschen als bisher für Wohlstand sorgen und an ihm teilhaben. Gemeinschaftsschulen sind da ein erster Schritt in die richtige Richtung. Bleibt nur zu hoffen, dass den verheerenden Bankenzusammenbrüchen nicht eine Einsparungswelle im Bereich Bildung folgt.

· Wollen wir weiterhin die soziale Demokratie fördern, müssen wir die Arbeitslosigkeit abbauen. Hartz IV ist für die folgenden Generationen wahrlich nicht der Königsweg zur Eingliederung und Mitgestaltung des Gemeinwesens.

Die SPD in Hohenlockstedt versucht ihr Möglichstes, den sozialen Frieden vor Ort zu sichern. Besuchen Sie unsere Sitzungen. Machen Sie sich selbst ein Bild über uns und werden Sie Mitglied. Nur gemeinsam sind wir stark für eine starke Sozialdemokratie.

Ihre Rositta Krämer

Keine Kommentare

Unbekanntes Afghanistan

Bemerkenswerte Fotoausstellung "Afghanistan - Das Land und seine Menschen" in der Hannah-Arendt-Schule in Flensburg durch Initiator Wolfgang Wodarg, MdB eröffnet: In packenden Fotos werden der afghanische Alltag, die Landschaft und die wunderbaren Menschen dieses geplagten Landes dargestellt. Folgender Artikel ist in den Flensburger Nachrichten erschienen.



Bilder von Menschen und prächtigen Moscheen. Der bunte orientalische Basar, "Souk" genannt. Daneben Impressionen des strengen Winters 2008: Karge Mahlzeiten werden auf offener Straße bei Minustemperaturen in Mazar-el-Sharif zubereitet. Wir blicken auf den härtesten Reitersport am Hindukusch, Buzkashi, genauso wie auf ungezählte Gräber für die Opfer des Krieges.

"Afghanistan - das Land und seine Menschen." So ist die Ausstellung mit Fotos von Helmut R. Schulze betitelt, die im Foyer der Hannah-Arendt-Schule eröffnet wurde. Im Rahmen der Vernissage betonte der stellvertretende Schulleiter Volker Sauerzweig, dass es gute Tradition an der Einrichtung sei, nicht nur Bilder von Schülern zu zeigen, sondern auch "Ausstellungen von außen, die den Unterricht bereichern".

Dass diese Fotoschau den Unterricht beleben wird, ist anzunehmen. Die Bilder sind von großer Eindringlichkeit - sie zeigen eine Realität, die nichts mit den bedrückenden Motiven von Krieg und Zerstörung gemein haben, die jedermann zur Genüge kennt. Sie zeigen den Alltag der Menschen in einem arg mitgenommenen Land - aus der Sicht eines Fotografen, der seit 2002 Afghanistan sieben Mal bereist und dabei mehr als 4000 Kilometer zurückgelegt hat.

"Es sind Bilder, die unsere Verantwortung herausfordern", sagte MdB Wolfgang Wodarg (SPD). Gezeigt werde, "wofür es sich lohnt, solidarisch zu sein - nämlich für die Menschen, die dort leben".

"Als Abgeordneter im Entwicklungspolitischen Ausschuss ist es mir ein besonderes Anliegen, den Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis diesen beeindruckenden Einblick in den Lebensalltag der Menschen Afghanistans zu ermöglichen. Viele Menschen kennen Afghanistan und die Bilder aus Kriegszeiten nur aus den Nachrichten. Durch die Unterbringung der Ausstellung im großen Berufsbildungszentrum Flensburg, bekommen besonders Lehrer und Schüler die Möglichkeit, im Unterricht Diskutiertes mit der vom Fotografen eingefangenen Realität zu vergleichen."

Wodarg nutzte die Ausstellungseröffnung auch zu einem politischen Statement. Als Entwicklungspolitiker sei er sehr traurig über den Militäreinsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Durch diese Präsenz werde das Land nicht sicherer. "Würde auch nur die Hälfte der gigantischen

Ausgaben in zivile Hilfe fließen, hätten wir weitaus mehr davon."

Auf 52 Metern sind bis zum 02. Oktober werktags von 13 Uhr bis 15 Uhr mehr als 150 beeindruckende Fotografien zu sehen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 01.10.2008, 14:36 Uhr - 1583 Clicks - Nr. 905

SPD-Ratsfraktion und Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen wollen einen Sportentw

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Torsten Stagars und die sportpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen Anke Erdmann erklären:

"Wir wollen ein neues Konzept für die Sportentwicklung in unserer Stadt. Gemeinsam mit dem Kieler Sportverband, den Sportvereinen, aber auch den kommerziellen Sportanbietern soll bis Herbst 2009 ein Sportentwicklungsplan erarbeitet werden. Besonders wichtig ist uns, die Entwicklung für den Sport breit und sozial anzulegen und bis In einem ersten Schritt wird mit den Vertretern des Sports ein Paket geschnürt, das mehrere Punkte beinhaltet:

Den Wegfall der Benutzungsentgelte bei den Schul- und Sporträumen einerseits und die Übertragung von Verantwortung auf die Vereine andererseits. Dazu gehören eine Bewirtschaftung von Sporthallen und die Zuweisung von Sporthallenzeiten, etwa durch eine internetgesteuerte Hallenvergabe.

Ebenfalls in das Paket gehört die Aktion "Kids in die Clubs". Damit wollen wir Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien ermöglichen, stärker als bisher an den Spiel- und Sportangeboten der Vereine teilzunehmen.

In einem zweiten Schritt wollen wir auch für weitere strategische Felder der Zusammenarbeit Perspektiven entwickeln, so z.B. beim Ausbau des Ganztagsangebotes an den Kieler Schulen.

Wir wollen Sportverbände und -vereine stärker einbinden und ihnen mehr Verantwortung übertragen. Mit der gemeinsamen Erarbeitung eines Sportentwicklungskonzepts sind wir auf dem richtigen Weg. Einen entsprechenden Antrag werden wir in die Sportausschussitzung am 08.09. einbringen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 02.10.2008, 13:01 Uhr - 1598 Clicks - Nr. 906

Besetzung von Aufsichtsrat und Konsortialausschuss der Stadtwerke Kiel AG AG

Der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Ralph Müller-Beck und die stellv. Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen Katja Günther erklären zur Besetzung von Aufsichtsrat und Konsortialausschuss der Stadtwerke Kiel AG:

„Die rot-grüne Kooperation wird sicherstellen, dass die Beschlüsse der

Ratsversammlung zur energiepolitischen Erneuerung auch in den Gremien der Stadtwerke Kiel AG umgesetzt werden. Der Bau eines 800 MW Kohlekraftwerkes in Kiel muss verhindert, eine moderne und klimafreundliche Energieversorgung sicher gestellt werden. Deshalb hat sich die Kooperation darauf verständigt, zur Wahrung der städtischen Interessen den Konsortialausschuss der Stadtwerke Kiel AG mit Jürgen Hahn, SPD-Ratsherr, und Wilfried Voigt, ehemaliger Energiestaatssekretär von Bündnis 90 / Die Grünen zu besetzen.

Die Auseinandersetzungen der letzten Wochen haben gezeigt, dass die CDU nicht gewillt zu sein scheint, an einer energiepolitischen Erneuerung der Landeshauptstadt Kiel konstruktiv mitzuwirken. Die CDU steht für den Bau eines Kohlekraftwerkes. Da es sich für die LH Stadt Kiel wie für das Land Schleswig-Holstein für eine Entscheidung von überragender Bedeutung für die kommenden 60 Jahre handelt, sehen wir uns zu diesem zweifellos ungewöhnlichen Schritt, also der unterschiedlichen Besetzung der Gremien, gezwungen.

Für den Aufsichtsrat der Stadtwerke Kiel AG wird von Seiten der SPD-Ratsfraktion ebenfalls Ratsherr Jürgen Hahn benannt; für den zweiten Sitz im Aufsichtsrat obliegt das Vorschlagsrecht der CDU-Ratsfraktion. Hiermit wird sichergestellt, dass sich die Kooperation bei der Besetzung der Aufsichtsräte an D' Hondt hält."

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 02.10.2008, 15:27 Uhr - 8620 Clicks - Nr. 907

SPD-Kreisvorstand nominiert Sönke Rix

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Sönke Rix bewirbt sich erneut um ein Bundestagsmandat. Er ist einziger Bewerber der SPD im Kreis Rendsburg-Eckernförde. In seiner gestrigen Sitzung nominierte der SPD-Kreisvorstand den 32-jährigen Eckernförder einstimmig als Direktkandidat im Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde.

Die endgültige Entscheidung über Sönke Rix' Kandidatur fällt auf einem Kreisparteitag am 01. November in Rendsburg.

Die stellvertretende Kreisvorsitzende Anke Götsch: „Mit Sönke Rix schicken wir einen jungen, engagierten Politiker erneut ins Rennen, der die Bodenhaftung nicht verloren hat und für den der Sozialstaat keine Kostenstelle ist, sondern Grundlage für Wohlstand und Wachstum.“

Sönke Rix ist erstmals 2005 Bundestagsabgeordneter geworden. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl unterlag er nur knapp dem CDU-Kandidaten Otto Bernhardt und zog über die Landesliste in den Deutschen Bundestag ein.

Rix ist Mitglied im Familienausschuss. Sein Schwerpunkt liegt im Bereich der Jugendpolitik. Für die SPD-Bundestagsfraktion vertritt er außerdem die Bereiche Zivildienst, Freiwilligendienste und bürgerschaftliches Engagement.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 02.10.2008, 15:32 Uhr - 7970 Clicks - Nr. 908

MdB Sönke Rix: Erbschaftssteuer muss reformiert werden

Mit klaren Ansagen und neuer Tatkraft starten wir in das letzte Jahr vor der Bundestagswahl. Bereits letzte Woche wurde mit dem Kinderförderungsgesetz der Grundstein für den Ausbau der

Kinderbetreuungsplätze gelegt. 4 Milliarden Euro investiert alleine der Bund in diese Zukunftsaufgabe.

Weitere Gesetzesinitiativen stehen noch an. Darunter die Föderalismusreform II, die Änderung des BKA-Gesetzes, die Erhöhung des Kindergeldes bzw. des Kinderfreibetrages und die Erbschaftssteuerreform.

Die Reform der Erbschaftsteuer ist einer der größten Knackpunkte. Bis Ende dieses Jahres müssen neue Regelungen verabschiedet werden – so lautet ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Ansonsten kann ab dem nächsten Jahr keine Erbschaftsteuer mehr erhoben werden.

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung von Peer Steinbrück und Roland Koch hat einen Entwurf vorgelegt, der ein Kompromiss zwischen den politischen Zielen der SPD und der CDU ist. Dieser sieht vor, dass normale Erbschaften im engeren Familienkreis steuerfrei bleiben und Lebenspartner mit 500.000 Euro den gleichen Freibetrag wie Ehepartner bekommen. Im Gegenzug wird die Weitergabe von sehr großem privaten Immobilienbesitz teurer, genauso wie Erbschaften an entfernte Verwandte und Fremde. Dabei geht es auch um mehr Steuergerechtigkeit: Erben von Mietshäusern und großen Firmen wurden bisher in großem Rahmen geschont. Damit wurden sie besser gestellt, als diejenigen, die Geld geerbt haben.

Schwierig kann es jetzt nach der Landtagswahl in Bayern werden, denn die FDP, möglicher Koalitionspartner der unter die Räder gekommenen CSU, möchte in den Koalitionsverhandlungen ihre Klientel bedienen. Im Klartext: Die FDP wird die Abschaffung der Erbschaftsteuer zur Bedingung für eine Koalition zwischen FDP und CSU in Bayern machen.

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, CDU und CSU auf Bundesebene ist jedoch klar verabredet, dass gemeinsam neue Regelungen gefunden werden.

Wir Sozialdemokraten wollen die Erbschaftsteuer aus zwei Gründen unbedingt erhalten.

Erstens stehen die Länder, die die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer bekommen, vor großen Aufgaben. Der Ausbau der Kinderbetreuung, der Schulen und die Reform der Hochschulen müssen bewältigt werden. Das kostet viel Geld. Da darf man nicht leichtfertig auf ca. 4 Milliarden Euro verzichten.

Zweitens geht es um eine gerechte Verteilung von Zukunftschancen. Und darum, ob es diese Chancen nur für die wenigen aus besonders vermögenden Elternhäusern geben soll, oder für viele junge Menschen mehr.

Wir werden eine Abschaffung der Erbschaftsteuer nicht zulassen und wir können der Union nicht weiter entgegenkommen. Und zwar zum Wohle aller.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 02.10.2008, 16:29 Uhr - 52123 Clicks - Nr. 909

Ralf Stegner: Ein guter Tag für die Familien in unserem Land!

Zum Ergebnis des Koalitionsausschusses bezüglich Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten erklärt SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner:

„In Schleswig-Holstein gibt es in absehbarer Zeit keine KiTa-Gebühren mehr. ‚Alle drei beitragsfrei‘ – das haben wir versprochen und wir haben es durchgesetzt! Bereits ab dem nächsten Jahr werden die Eltern für Ihre Kinder im letzten Kindergartenjahr keine Gebühren mehr zahlen

müssen.

Ich freue mich sehr, dass wir in den gestrigen Gesprächen unseren Koalitionspartner von unserem Stufenplan für die komplette Befreiung der Eltern von den Gebühren überzeugen konnten. Der gestrige Tag war ein guter Tag für die Familien in unserem Land!

Das Koordinatensystem der Kinder- und Familienpolitik in Schleswig-Holstein ist sozialdemokratisch geprägt. Das zeigen erneut die gestrigen Beschlüsse, die auf Initiative der SPD erfolgten. Wie schon bei den Schülerbeförderungskosten wird nun eine weitere finanzielle Barriere beim Zugang zu guter Bildung in unserem Land abgebaut. So sorgen wir für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit.



Wir entlasten Familien. In Schleswig-Holstein haben wir derzeit die höchsten Kindergartenbeiträge bundesweit. Kaum eine Steuerreform und keine Kindergeld-Erhöhung können so viel für die finanzielle Entlastung unserer Familien bewirken wie die Gebührenfreiheit in den Kindertagesstätten.

Mit der Gebührenfreiheit in den Kindertagesstätten wollen wir erreichen, dass mehr Kinder KiTas besuchen. Das ist pädagogisch sinnvoll. Wir erreichen mehr Kinder aus sog. bildungsfernen Elternhäusern, die dann vom Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertagesstätte individuell profitieren.

Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringeren Einkommen und Alleinerziehende profitieren von der Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten.

Wir Sozialdemokraten bleiben unserem Grundsatz „Aufstieg durch Bildung“ treu. Das geht nur mit einem kostenfreien Bildungssystem vom Kindergarten bis zum Studium. Das Portemonnaie der Eltern darf nicht über die Bildungschancen der Kinder entscheiden. Mit der Gebührenfreiheit für KiTas kommen wir unserem Ziel ‚gleiche Startchancen für alle Kinder‘ einen weiteren, großen Schritt näher.“

Kommentar von [ralph rösler](#) vom 27.04.2010, 09:38 Uhr:

RE: Ralf Stegner: Ein guter Tag für die Familien in unserem

Moin, wie schön, das das Internet nicht's vergisst. Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.... Zum 01.04.2010 wurden in Schönberg die Betreuungskosten in den Kindergärten um ca. 25% angehoben. Sie sollten sich einmal fragen, ob dies tatsächlich zu den oben genannten Thesen passt... der Gipfel ist jedoch, dass der BGM. dies auch noch "sozial ausgewogen" bezeichnet. In welcher Welt leben sie eigentlich? Sie werden nicht an ihren Sprüchen, sondern an ihren taten gemessen! Ralph Rösler Haljalastraße 18 24217 Schönberg

Kommentar von [Kritischer SPD-Wähler](#) vom 02.10.2008, 21:13 Uhr:

RE:Ralf Stegner: Ein guter Tag für die Familien in unserem L

Und wo wird erwähnt, dass die Verwaltungsstrukturreform gescheitert ist bzw. die SPD vor der CDU eingeknickt ist??? Zur Ehrlichkeit gehört auch das, zumal es auch sehr wirr klingt, da ja auch die Kita-Gebühren erst bei ausreichend Finanzmitteln reduziert werden sollen. Wann soll das sein??? In nächster Zeit wohl eher nicht. Alles nur Phrasen. So kann man nicht überzeugen!!!

Gesa Tralau: Kein Kind ohne Mahlzeit!

Zur Einigung des Koalitionsausschusses über die Sicherung des Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ erklärt Gesa Tralau, Vorsitzende des Familienforums und SPD-Landesvorstandsmitglied:

„Der Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ ist für diese Legislaturperiode gesichert. Ich freue mich sehr darüber, dass die SPD dies im Koalitionsausschuss durchsetzen konnte. Es ermöglicht uns auch weiterhin, viele bedürftige Kinder in unserem Land mit einer warmen Mahlzeit am Tag zu versorgen.“

Wir sind auf einem guten Weg, wenn wir mehr für Kinder tun, deren Eltern nicht in der Lage sind, sie ausreichend zu unterstützen. Auch in Zukunft wird die SPD alles daran setzen, dieses Programm auszubauen, so dass wir wirklich unser Ziel „Kein Kind ohne Mahlzeit“ erreichen.

Keine Kommentare

AfA im Kreis Steinburg wieder aktiv

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) hat einen Neuanfang gestartet. Ein neuer Vorstand mit Bernd Schwutzke an der Spitze und den weiteren Mitgliedern Otto Andresen, Marion-Utschi Gotthart, Hannes Helms, Jörn Thießen und Uwe Tietgen werden zukünftig deutlich die Arbeitnehmerinteressen auf die Agenda in der Kommunalpolitik setzen. Vor den Vorstandswahlen referierte Jörn Thießen zum Thema "Einkommensschere in Deutschland".



„25 Prozent der Steuerzahler zahlen 80 Prozent der Steuern in Deutschland. Das Risiko Aller arm zu werden liegt bei 29 Prozent. Aber durch die Sozialsysteme wird dieses Risiko auf 12 Prozent runtergedrückt.“ So der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen kürzlich während der konstituierenden Sitzung der AfA des Kreises Steinburg in Itzehoe. Der Staat sei dafür da, zu helfen, wo es nötig ist. Doch die Milliarden, die derzeit für Kreditbanken bereitgestellt werden sollen, schmerzten besonders. Das Sozialsystem koste weniger als das, was in einem Tag ausgegeben werden muss, um Banken zu retten.

Die Arbeitsgemeinschaft müsse Arbeitnehmerfragen neu aufgreifen, denn: „Entweder werden wir als Partei für soziale Gerechtigkeit wahrgenommen, oder wir dümpeln im Keller“, so der Abgeordnete weiter. Z. B. diskutiere die SPD auch in Schleswig-Holstein seit Jahren über Bildungspolitik, doch Bildungsgerechtigkeit sei noch nicht geschafft. Die SPD stehe nach wie vor für die Umverteilung der Mittel, dass die, die zu viel haben, den Armen etwas abgeben müssen. Das fehlende Geld schlucke nicht der Staat, welcher die Grundversorgung zu leisten habe.

Mangelnde Tarifbindung und Zeitarbeit verhinderten gerechten Lohn für gute Arbeit. So erreiche man bei höheren Einkommen ab 3000 Euro höhere Rendite als bei niedrigeren Einkommen. „Wir

haben arbeitende Arme. Das können wir nicht zulassen!“, fordert Jörn Thießen. Richtig sei, dass mehr Menschen in Arbeit sind als noch vor einigen Jahren. Doch der Bruttolohn sinke stetig. Der Bundestagsabgeordnete stellte abschließend fest, dass der Staat nicht untätig sei, aber zu wenig unternähme, um die Schere zwischen Arm und Reich wieder zusammenzuführen. Kapital und Arbeit, Kapital und Menschlichkeit gehörten zusammen. Kapital, das sich ausschließlich vermehren soll, ohne sich um Menschen zu kümmern, produziere soziale Ungerechtigkeit. Die SPD müsse neu überlegen, ob sie auf die drängenden Arbeitnehmerfragen die richtigen Antworten geben könne. Denn die Solidarität mit Arbeiterinnen und Arbeitern sei das Kernthema der SPD.

Das Bild zeigt von links nach rechts Otto Andresen, Uwe Tietgen, Rudi Riep (SPD-Kreisvorsitzender), Bernd Schwutzke, Hans-Dieter Helms; Marion-Uschi Gotthart

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 02.10.2008, 18:27 Uhr - 3343 Clicks - Nr. 912

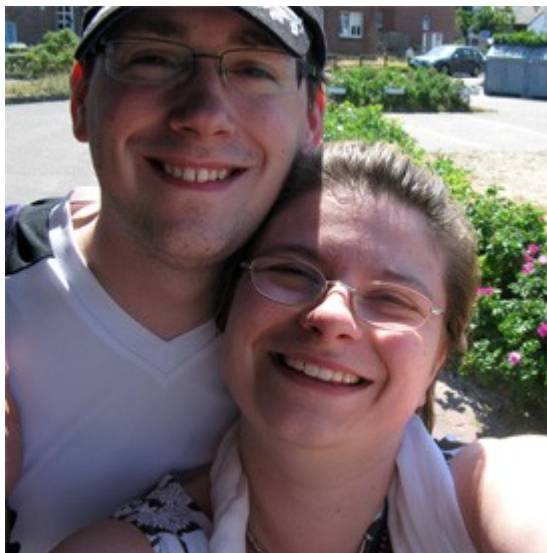
SPD-Engelsby: "Politik ist Inn, aktiv sein macht Sinn!"

Einen Infostand für alle jungen Engelsbyer ab 16 veranstaltet der SPD-Ortsverein Engelsby am Samstag, 04. Oktober in der Zeit von 12:00 bis 14:00 Uhr am Einkaufszentrum Engelsby.

Jessica und Malte Nehlsen möchten bei den Jugendlichen das Interesse an der Politik steigern und zum Mitmachen animieren. Denn Politik ist mehr als nur Wahlkampf. Sie findet jeden Tag vor der Haustür statt.

Der Infostand wird regelmäßig einmal im Monat stattfinden.

Dabei soll über Themen, die Jugendliche unmittelbar betreffen, informiert werden.



Also am Samstag nix wie hin zum Infostand am Einkaufszentrum in der Engelsbyer Straße.

Wir freuen uns auf Euch!

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 02.10.2008, 19:29 Uhr - 6375 Clicks - Nr. 913

Neue Meister in der Campushalle

Abwechselnd in Flensburg oder Lübeck veranstalten die beiden schleswig-holsteinischen Handwerkskammern ihre alljährliche Meisterfeier. Diesmal waren die Flensburger an der Reihe. Etwa 450 stolze junge Frauen und Männer nahmen aus der Hand von Kammerpräsident Carsten Jensen und Arbeitsminister Uwe Döring ihren Meisterbrief entgegen. Zahlreiche Ehrengäste und

Angehörige waren zum Feiern und Gratulieren nach Flensburg gekommen.

Foto aus der ersten Reihe von Dr. Wolfgang Wodarg: Bestenehrung durch Kammerpräsident Carsten Jensen und Minister Uwe Döring

In der gut gefüllten Campushalle gewannen am Sonntag ca. 450 junge Handwerker ihre Meisterschaft.



Kraftfahrzeugtechniker, Friseur, Dachdecker, Heizungs- und Installationstechniker, Konditor, Bäcker, Optiker, Zahntechniker, Landmaschinentechniker, Elektroinstallateur, Maurer, Betontechniker und Schornsteinfeger waren nur einige Gewerke, die neuen meisterlichen Nachwuchs erhielten.

Der Handwerkskammerpräsident machte sich in seiner Ansprache Sorgen um die Zukunft des Handwerks, denn es gäbe in den nächsten Jahren nicht genügend junge Menschen, um den steigenden Bedarf an Nachwuchskräften zu decken. Eine groß angelegte Werbekampagne habe in Frankreich bereits positiv gewirkt und jetzt sollte Ähnliches in Deutschland auch versucht werden.

Lustig und launig wurde es zwischendurch mit dem Sänger und Entertainer Martin Schmidt, der mit Klavierstücken, Blues, Boogie und Songs zum Mitsingen und Mitklatschen für Stimmung sorgte.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 02.10.2008, 19:42 Uhr - 2673 Clicks - Nr. 914

"Kaminabend" mit Alexandra Knak, Geschäftsführerin der Flensburger Gesellschaft

Die SPD-Ortsvereine West und Stadtmitte laden für Dienstag, den 07. Oktober 2008 um 19:00 Uhr wieder zum Kaminabend ein.

Nachdem im Juli Flensburgs oberster Stadtplaner Frank Rolfes zu Gast war, soll nunmehr dessen Nachfolgerin, Frau Alexandra Knak in ihrer wichtigen Funktion als "oberste Stadtsaniererin" begrüßt werden.

In bewährter Form wird wieder über die Visionen und Ziele der Stadtentwicklung, aber auch über Persönliches diskutiert werden.

Der Kaminabend findet im SPD-Büro, Große Str. 69 in Flensburg statt.
Die Moderation hat Stephan Menschel

Zu dieser öffentlichen Veranstaltung sind Gäste herzlich willkommen.

Keine Kommentare

Bundestagswahl 2009

[Bundestagswahl 2009](#)

Wer vertritt uns in Berlin?

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 03.10.2008, 21:48 Uhr - 5945 Clicks - Nr. 916

Neuer Infobrief

Während der parlamentarischen Sommerpause bin ich im Rahmen der traditionellen "Sommertour" wieder intensiv durch meinen Wahlkreis Flensburg/Schleswig getourt. Wenn die Menschen sich von der Politik abwenden, muss man eben zu ihnen gehen. Ich habe den Sommer genutzt, um vieles auch hier bei uns im Norden zu bewegen und möchte über einiges davon in meinem Infobrief berichten.



Liebe Leserinnen und Leser,

so mancher hat sich in diesem Sommer gefragt, wie es weitergehen soll, wenn Öl-, Energie- und Lebensmittelpreise steigen und das Geld knapp wird. Obwohl die Gewerkschaften jetzt selbstbewusster ihre Forderungen stellen, gibt es doch viele, die mit Rente, Hartz IV oder niedrigen Löhnen auskommen müssen. Der letzte Armutsbericht hat gezeigt, dass in Deutschland die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergeht.

Es ist ungerecht, wenn jenen, die für Spekulationen, Steuerflucht und Dumpinglöhne verantwortlich sind, jetzt aus mühsam erhobenen Steuergeldern Milliarden hinterher geworfen werden sollen. Wir sollten darauf bestehen, Steuergelder nicht zu verschenken und müssen die Chance wahrnehmen um endlich strenge Regeln für den Finanzmarkt durchzusetzen.

Ich habe den Sommer genutzt, um vieles auch hier bei uns im Norden zu bewegen und möchte über einiges davon im angefügten Infobrief berichten. Wenn die Menschen sich von der Politik abwenden, muss man eben zu ihnen gehen.

Ich habe deshalb zugehört, vor Ort bei Besuchen, Bürgerversammlungen, Veranstaltungen, Sprechstunden, Seniorenkaffees, Grillnachmittagen, Ausflügen und Begegnungen in Gemeinden, Betrieben und Schulklassen.

Im direkten Gespräch wird es oft klarer: Es sind unsere ureigenen Angelegenheiten, unsere natürlichen Lebensgrundlagen, die Sicherheit vor Armut, Krankheit und Gewalt, Wohl und Bildung für Jung und Alt, die es konkret zu gestalten gilt. Wir sehen es überall: Wenn wir es nicht tun, werden andere es uns abnehmen und sich das teuer bezahlen lassen.

Als Sozialdemokraten wollen wir die Gesellschaft zusammenhalten und uns in ihren Dienst stellen. Ich möchte das mit Euch, mit Sachverstand, Rückgrat und Freude an der guten Sache, weiterhin leisten!

Euer Wolfgang Wodarg

Inhaltsübersicht

Aus dem Wahlkreis:

- * Schleswig-holsteinische Krankenhausdirektoren schlugen in Berlin Alarm
- * Wie ein Bürger aus Handewitt doch noch zu seinem Recht kam
- * Pflege: Was können die Gemeinden tun? Veranstaltung zum Thema in Sörup
- * MdB Wodarg absolvierte Pflegepraktikum bei der Sozialstation Hürup
- * Europa-Aktionstag in Schleswig
- * Campus Flensburg: "Ein guter Tag für die Demokratie"
- * Mehr Transparenz bei der Organvergabe und Organvermittlung
- * "AWO bewegt ...!"
- * Neue Lösung für Notarzt in Kappeln
- * Einweihung der ersten norddeutschen Tankstelle für Elektromobile in Glücksburg
- * KUNSTkilometer 2008
- * Es ging "rund" auf dem Brarup-Markt!
- * "Tag der Seenotretter" in Maasholm
- * Bürgerversammlungen zur Energiewende in Gelting und Kropp
- * Was wäre Husby ohne Günther Schmidt?
- * Die hausärztliche Versorgung auf dem Lande
- * Trauer um Willi Piecyk
- * Drachenbootrennen in Flensburg
- * Die Lotseninsel wird versteigert, wird nicht versteigert, wird versteigert...???
- * Krankenhauspraktikum in Flensburg
- * YOU!MM zum fünften Mal
- * Aktiv für Alzheimer-Erkrankte!
- * Politische Filmabende
- * Aus aller Welt zum Studium nach Flensburg
- * Unbekanntes Afghanistan
- * Der Generalsekretär des Europarates Davis kam in den Norden

Berlin:

- * Die letzte Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der Sommerpause
- * Neu zum 1. Juli 2008
- * Neu zum 1. September 2008
- * Haushalt Entwicklung
- * Haushalt Gesundheit
- * Entwicklungen in Sachen Gesundheitsfonds
- * Aktiv gegen Kinderarmut
- * Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins beschlossen
- * Gewerbsmäßige Sterbehilfe in Deutschland verhindern
- * Hilfe für Pendler
- * Klimaschutz ist gut für Arbeitsplätze
- * Wir halten am Atomausstieg fest!
- * Argumente zur Atomenergie
- * Energieausweis
- * CDU/CSU macht Milliarden Geschenke an Energieversorger!
- * Gendiagnostik-Gesetz
- * Bericht des Bundestages über die Enquetekommission "Recht und Ethik der modernen Medizin"

- * Aufruf: "Reichtum nutzen, Armut bekämpfen, Mittelschicht stärken"
- * Ampelkennzeichnung für Lebensmittel
- * Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!

Europa:

- * Die Sommersitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
- * Rede in Straßburg zur Lage der Demokratie in Europa
- * Die Rolle freier Medien für eine starke Demokratie
- * Berlusconi und der Notstand (EU-Flüchtlingspolitik)
- * Europa ist viel größer als die EU: Europarat kennen lernen!
- * Moderne Söldner statt Staatsgewalt?

Internationale Politik:

- * Ein Praktikumsbericht aus einem kleinen indischen Dorf
- * Die Entwicklungspolitiker der EU zu Gast im Europäischen Parlament
- * Aids: Wolfgang Wodarg kritisiert Pharma-Industrie
- * Guatemala: Brutaler Frieden
- * "Vamos Adelante" - ein mutiges Alphabetisierungsprojekt im Urwald Guatemalas
- * Gedanken zum Antikriegstag: Klimakriege jetzt verhindern!
- * Bildung als Chance für Entwicklungsländer

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 04.10.2008, 20:42 Uhr - 8353 Clicks - Nr. 917

Jugendherberge Helgoland

Kreis muss sofort handeln, fordert Fraktionsvorsitzender Hannes Birke

Der Umbau und die Sanierung der Jugendherberge auf Helgoland muss jetzt zügig verwirklicht werden. Mit einem Dringlichkeitsantrag für die Kreistagssitzung am 8. Oktober will die SPD die notwendigen Voraussetzungen schaffen. In ihrem Antrag fordert sie eine Finanzausgabe des Kreises in Höhe von rd. 510.000,00 €.

„Eile ist geboten“ – so der SPD-Kreistagsvorsitzende Hannes Birke - „denn nach den Förderzusagen von Land und Bund muss der Träger eine Gesamtfinanzierung des rd. 3,8 Mio € teuren Bauvorhabens nachweisen“. Land und Bund wollen mit je ein Drittel das Vorhaben fördern, den Rest muss der Träger, die „Schleswig-Holsteinische Gesellschaft für Einrichtungen der Jugendpflege e.V.“ aufbringen. Auf Grund zu geringer Eigenmittel hatte der bereits im August 2008 einen Antrag auf die Übernahme der Hälfte seines Finanzierungsanteiles beim Kreis gestellt. Auf Initiative des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses Thorsten Fischer (SPD) beschloss der Ausschuss, dass eine Modernisierung der Jugendherberge erforderlich sei und im Interesse des Kreises liegen. Eine Förderung wurde nach Sicherstellung der Gesamtfinanzierung in Aussicht gestellt.

Die Dringlichkeit des SPD-Antrages wird mit der Entscheidung von Bund und Land notwendig. Sie wollen ihre Zuschüsse noch aus Haushaltsresten des Jahres 2008 bereitstellen und erwarten vom Träger die Sicherstellung der Gesamtfinanzierung.

„Der Kreis muss sofort seine Finanzierungszusage geben“ –so Birke- „sonst gefährden wir die zügige Realisierung des Projektes“. Wenn der politische Wille da ist, könnte bereits im Sommer 2009 den jugendlichen Helgolandbesuchern eine moderne Herberge zur Verfügung stehen, hofft Birke.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 05.10.2008, 12:36 Uhr - 2307 Clicks - Nr. 918

Kreis-Seniorenbeirat - SPD enttäuscht

Der Vorstand der SPD-Kreistagsfraktion ist befremdet über das seniorenfeindliche Verhalten der CDU-Kreistagsfraktion im Sozialausschuss!

Die Kreisverwaltung hatte einen Satzungsentwurf vorgelegt, der gemeinsam mit dem Seniorenbeirat erarbeitet wurde.

Nun versucht die CDU, wie schon seit Jahren, die Senioren zu gängeln, indem sie in der Satzung festschreiben will, dass Vertreter/innen des Kreissenorenbeirates nur die ausschließlich besonderen Interessen der alten Menschen vertreten dürfen.

Die CDU sollte die immer größer werdende Bevölkerungsgruppe der Senioren als gesellschaftlich bedeutsame Gruppe wahrnehmen, der eine Mitwirkung an der Meinungsbildung eingeräumt werden sollte.

Eine beratende Mitwirkung bedeutet keine Schwächung der ehrenamtlichen Kreistagsabgeordneten.

Die gewählten Mitglieder des Kreissenorenbeirates werden sicher nur ihre Interessen vortragen wollen. So wie es schon in der letzten Zeit in den Fachausschüssen des Kreistages praktiziert haben.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 05.10.2008, 13:29 Uhr - 8064 Clicks - Nr. 919

Gertrud Ehrenreich als Landesvorsitzende der SPD-AG 60 plus bestätigt

Auf der Ordentlichen Landeskonferenz der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60 plus in Neumünster wurde Gertrud Ehrenreich aus Ehndorf einstimmig als Landesvorsitzende der SPD - Senioren wiedergewählt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto "Gemeinsam alt werden".

Neben

den Wahlen war ein Referat von Sozialministerin Gitta Trauernicht zum Thema "Älterwerden in Schleswig-Holstein" und "Heimgesetz" Mittelpunkt der Landeskonferenz. Mit großem Beifall wurde die Rede des SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner bedacht, der u. a. zur aktuellen Finanzmisere Stellung bezog und dabei den Delegierten aus der Seele sprach.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 06.10.2008, 11:13 Uhr - 11729 Clicks - Nr. 920

Deutsche OEF-Beteiligung in Afghanistan beenden

Jörn Thießen fordert, den deutschen Einsatz der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan zu beenden.

"Der mögliche Einsatz von bis zu 100 Elitesoldaten der KSK in Afghanistan ist seit drei Jahren kein einziges Mal angefordert worden. Er wäre auch sehr problematisch und würde meine Zustimmung nicht erhalten. Ich fordere die Bundesregierung auf, im kommenden Mandat für die OEF nur noch den Einsatz der Marine vor dem Horn von Afrika vorzusehen und dieses Mandat so schnell wie möglich den Vereinten Nationen zu unterstellen."

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 06.10.2008, 12:22 Uhr - 8436 Clicks - Nr. 921

Mehr Mutterschutz!

Bei einer Podiumsdiskussion zur "Weltstillwoche" im Schlei-Klinikum Schleswig gab es zum Stillen keine zwei Meinungen. Alle waren sich darüber einig: Es gibt keine bessere Ernährung für Neugeborene als die Muttermilch! **Wir müssen uns für einen wirksamen Schutz von Mutter und Kind einsetzen.** Dazu gehören zum Beispiel die Einführung einer flächendeckenden häuslichen Hebammennachsorge und eine deutliche Verlängerung des Mutterschutzes.

Wir sollten es einigen europäischen Nachbarn nachtun und die Mutterschutzfristen in Deutschland, die mit 14 Wochen immer noch am unteren Ende der Skala liegen, erhöhen. Die EU will gerade mal 18 Wochen zum Standard erheben und der CDU ist dieses offenbar trotz ihrer Show-Familienministerin auch schon zu viel! Ich denke, hier ist es wirklich sinnvoll, die europäischen Regelungen als nur Mindestmass zu nehmen und für den Nachwuchs in Deutschland ein Optimum anzustreben.

Bei einer **Podiumsdiskussion zur "Weltstillwoche" im Schlei-Klinikum Schleswig**, zu der von Inke Asmussen vom Schlei-Klinikum u.a. auch der gynäkologische Chefarzt Frank Liedke und der pädiatrische Chefarzt Christian Brandes eingeladen worden waren, gab es zum Stillen keine zwei Meinungen. Hebammen, Politiker, Pflegekräfte und Ärzte waren sich darüber einig, was den anwesenden Müttern und ihren Säuglingen erkennbar längst klar war: **Es gibt keine bessere Ernährung für Neugeborene als die Muttermilch!**

Weniger Allergien, besserer Infektionsschutz, bessere Gehirnentwicklung und Intelligenz und viele weitere Gründe ließen sogar die Forderung aufkommen, die Werbung für Kunstmilch sollte verboten werden. Selbst nach einem Kaiserschnitt und nach einer Frühgeburt wird heute von verantwortungsbewussten Hebammen, Kinderpflegekräften und Ärzten alles versucht, um die

Wichtiger als Gold!

Sina Schielke, Deutsche Meisterin im Sprint, WM-Kandidatin für Berlin 2009, mit ihrer Tochter Jaime

BABYFREUNDLICHES KRANKENHAUS
Das Institut der WHO und UNICEF

Bundesweite Aktionen Babyfreundlicher Krankenhäuser in der Weltstillwoche (29.9.-5.10.2008)

Infos unter www.babyfreundlich.org

Ernährung der Neugeborenen durch die Milch ihrer Mutter sicherzustellen.

Bei der Podiumsdiskussion traf ich zwei Hebammen wieder, die Satruper Hebamme Annegret Lund und ihre Kollegin Silke Widera aus Missunde, die ich schon aus meiner Zeit als Amtsarzt in Flensburg kannte.

25 Jahre nach Schaffung einer Hebammennachsorge für den Flensburger Raum läuft es wieder - aber leider noch nicht überall! Vor etwa 25 Jahren hatte ich als Leiter des Gesundheitsamtes für die Stadt Flensburg und den Kreis Schleswig-Flensburg Nord eine Idee. Es ging um die damals noch viel zu hohe Säuglingssterblichkeit in der Region und wie man die Betreuung der jungen Mütter und ihrer Neugeborenen verbessern könnte.

Der Amtsarzt hat in Deutschland die Fachaufsicht über die im Kreis tätigen Hebammen und so habe ich mir die Hebammenverordnung vorgenommen, sie genau studiert und wurde dabei schnell fündig: Dort stand schwarz auf weiß, dass jeder frischgebackenen Mutter bis zu zehn Tagen nach der Geburt ein täglicher Hebammenbesuch zustehe. Diese sollte der Mutter mit ihrem Säugling in den ersten Tagen Sicherheit und Beistand geben. Da die Geburten - bis auf wenige Ausnahmen - aber meistens im Krankenhaus stattfanden, die durchschnittliche Liegezeit nach einer Geburt damals bereits bei ca. fünf Tagen lag und die im Krankenhaus beschäftigten Hebammen keine Hausbesuche machen durften oder diese dann nicht abrechnen konnten, blieben die Mütter nach der Krankenhausentlassung fast immer ohne Hebammennachsorge.

Das wollte ich ändern, da besonders alleinstehende Mütter, Erstgebärende und Frauen aus ungünstigen häuslichen Verhältnissen oft überfordert sind, wenn Ernährungs-Hygiene-, oder Stillprobleme auftreten. Das beratende Gespräch und die Unterstützung durch eine erfahrene Hebamme sind dann ein Segen.

Es gab da aber drei Probleme. Erstens: Wie bringt man die Krankenkassen dazu, die Hausbesuche nach der Entlassung zu bezahlen? Zweitens: Wie kann man erreichen, dass auch nach einer Klinikgeburt die der Mutter vertraute Hebamme Hausbesuche machen darf? Und Drittens: Wer kann dafür sorgen, dass gerade die Mütter, die sich um nichts kümmern, besonders gut betreut werden?

Das erste Problem wurde durch hartes Verhandeln und Öffentlichkeitsdruck gelöst, denn die Kassen mussten ja ohne hin zehn Tage lang die Besuche honorieren. Das zweite Problem löste der Wettbewerb zwischen den damals noch drei Geburtskliniken. Als ich eine Klinik überredet hatte, dieses Super-Angebot noch vor der Konkurrenz den Müttern anzubieten, zogen die anderen beiden schnell nach und gestatteten auch ihren Hebammen ambulante Hausbesuche. Das dritte Problem lösten wir mit Gesundheitsamt, Hebammen und Krankenkassen gemeinsam, indem wir ein Verfahren einrichteten, welches bei jeder Geburt abfragte, ob Besuche sinnvoll und gewünscht waren. Wenn ja, konnte entweder ein niedergelassener Arzt ein entsprechendes Rezept oder das Gesundheitsamt eine gleichermaßen anerkannte Bescheinigung ausfüllen. Also auch Frauen, die nicht zu Arzt gingen, kamen so in den Genuss der Hebammennachsorge.

Als es mir gelang, den Oberarzt der städtischen Kinderklinik Herrn Dr. Bader für die Arbeit im Jugendärztlichen Dienst zu gewinnen, führte er die Arbeit mit den Hebammen zu aller Zufriedenheit viele Jahre fort. Es war der unverantwortliche Abbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der auch in Flensburg und Schleswig zu einer Schwächung präventiver Gesundheitsfürsorge führen musste. Dieses nahm der vorbildlichen Hebammennachsorge die Kraft und die Wirksamkeit.

Erst vor etwa zwei Jahren, als skandalöse Kindesmorde, verhungerte Säuglinge und überforderte, alleingelassene Mütter die Schlagzeilen füllten, kam wieder etwas Leben in die Prävention. Einige

Kommunen besannen sich auf ihre Gesundheitsämter und auch in Flensburg konnte mit Hebammen und Krankenkassen eine Wiederbelebung der bewährten Hebammennachsorge erreicht werden.

Die Hebammen berichteten mir jetzt, dass man sich wieder regelmäßig treffe, dass die Nachsorge in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt Flensburg wieder bestens funktioniere und dass die Krankenkassen auch wieder im Boot seien. Mit wenigen Ausnahmen würden die Mütter gern die häusliche Nachsorge durch "ihre" Hebamme in Anspruch nehmen und die Krankenkassen würden jetzt bei Bedarf sogar bis zu einem halben Jahr nach der Geburt die Hausbesuche honorieren.

Das waren gute Nachrichten und es macht Mut, jetzt auch - vielleicht mit Rückenwind aus dem Gesundheitsministerium in Kiel - dafür zu sorgen, dass dieses Beispiel nicht nur in Flensburg, sondern flächendeckend, in ganz Schleswig-Holstein und wenn möglich, weit darüber hinaus Schule macht.

Für die Beratungen in Berlin habe ich mir vorgenommen, mich konsequent für einen wirksamen Schutz von Mutter und Kind einzusetzen.

Euer Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 06.10.2008, 16:33 Uhr - 51591 Clicks - Nr. 922

Ralf Stegner zur Wahl von Erwin Sellering zum Ministerpräsidenten

Der SPD Landesvorsitzende Ralf Stegner hat dem neu gewählten Ministerpräsidenten in Mecklenburg-Vorpommern mit folgendem Text zu seiner Wahl gratuliert:

„Lieber Erwin,
ganz herzliche Glückwünsche zu deiner Wahl zum Ministerpräsidenten in Mecklenburg-Vorpommern. Ich wünsche dir alles Gute, Kraft, Mut und viel Erfolg und natürlich das nötige Quäntchen Glück, das wir alle brauchen, um unsere Sache gut zu machen.
Harald Ringstorff hat das Land als starker Sozialdemokrat mit Herz und Verstand geführt. Wir hoffen, dass du daran anknüpfst und wünschen uns eine weiterhin gute Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern.
Die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein freut sich mit dir!"

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.10.2008, 16:43 Uhr - 4826 Clicks - Nr. 923

Veranstaltung in Harrislee mit Ottmar Schreiner

Die AfA Schleswig-Flensburg bittet um Teilnahme an der Diskussionsveranstaltung "Armut bekämpfen – Sozialstaat stärken!" mit Ottmar Schreiner am Donnerstag, 23.10.2008, 19:30 Uhr bis 21:30 Uhr
in der Mensa der Zentralschule Harrislee

Die Arbeitslosigkeit sinkt und trotzdem sind immer mehr Haushalte von Armut bedroht. Laut dem neuen Armuts- und Reichtumsberichts (ARB) der Bundesregierung sind inzwischen dreizehn Prozent der Bevölkerung von Armut und Perspektivlosigkeit bedroht. Das sind über 10 Millionen

Bürgerinnen und Bürger.

Die Angst vor steigenden Preisen für Energie und Lebensmittel, die Zunahme von Leiharbeit und Dumpinglöhnen, die Privatisierung weiter Bereiche der Daseinsvorsorge – das alles sind Entwicklungen, die uns als Sozialdemokraten herausfordern.

Populistik und nicht realisierbare Versprechungen sind nicht Sache der SPD-Bundestagsfraktion.

Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Solidarität der Menschen untereinander konkret politisch sichern. Der Reichtum Weniger führt zu Armut von immer größeren Teilen der Bevölkerung, zu Krisen und Instabilität. Der Markt ist kein Selbstzweck sondern hat der Gesellschaft als Ganzes zu dienen. Häufig versagt er. Deshalb muss Politik eingreifen. Soziale und ökologische Verantwortung ist von Allen, in Politik und der Wirtschaft zu tragen.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpft die SPD-Bundestagsfraktion für mehr soziale Gerechtigkeit. Wir wollen für gute Arbeit auch guten Lohn. Wir wollen die fortschreitende Ausgrenzung aufhalten und die Entstehung von neuer Armut verhindern und alte Armut abbauen. Wir wollen eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung durch konsequenten Ausbau der Bildungschancen für alle.

Programm

19.30 Uhr Begrüßung und Eröffnung Dr. Wolfgang Wodarg, MdB, Mitglied im Gesundheitsausschuss, stellv. Fraktionsvorsitzender der Sozialisten im Europarat

19.45 Uhr Vortrag: Armut bekämpfen – soziale Gerechtigkeit verwirklichen Ottmar Schreiner, MdB, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Bundesvorsitzender der AfA, Mitglied im SPD-Parteivorstand

anschließend Diskussion

21.15 Uhr Schlusswort Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

21.30 Uhr Ende der Veranstaltung

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 07.10.2008, 00:58 Uhr - 3473 Clicks - Nr. 924

Bildungsurlaubsgesetz

Hände weg vom Bildungsurlaubsgesetz

Entschließung des SPD-Kreisparteitages in Kiel vom 27.09.2008

Mit Empörung registrieren die Mitglieder des SPD Kreisparteitages, dass im Wirtschaftsministerium erneut Pläne diskutiert werden, dass in Schleswig-Holstein erst durch das von der Björn Engholm - Regierung eingeführte Bildungsurlaubs- und Freistellungsgesetz(BfQG) in Frage zu stellen.

Es ist unglaublich, wenn dieses mit der geringen Beteiligung begründet wird, wissen doch alle, dass in den wirtschaftlich schwierigen rückliegenden Jahren Arbeitnehmer schlichtweg mit dem Arbeitsplatzrisiko bedroht wurden, wenn sie das gesetzlich verbrieftete Recht in Anspruch nahmen. Nur in Betrieben mit Betriebs- und Personalräten konnte annähernd ohne „Angstsituationen“ Bildungsfreistellung für gewerkschaftliche, politische und berufliche Bildung umgesetzt werden.

Auch der Verweis auf die Tarifvertragsparteien, solch einen Anspruch in Tarifverträgen zu regeln ist

scheinheilig, da damit ganze Arbeitnehmergruppen in nicht tarifgebundenen Betrieben aus dem notwendigen „lebenslangen Lernen“ ausgegrenzt würden.

Gerade in Zeiten in denen alle Politiker Bildung zum zentralen Thema erheben, ist es unverantwortlich, Bildung in den Betrieben einzuschränken.

Die SPD Kiel fordert alle auf, Protestschreiben an den Wirtschaftsminister zu richten und Unterschriftsammlungen in den Betrieben und Verwaltungen für das BfQG zu sammeln.

Wir dürfen uns ein, mit sehr langem Atem „erkämpftes Recht auf Bildung“ nicht wieder wegnehmen lassen.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 07.10.2008, 10:53 Uhr - 11503 Clicks - Nr. 925

Bundeswehr im Inneren? Immer schön bei der Wahrheit bleiben!

Die CDU will seit langer Zeit den Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Damit ist sie auch diesmal gescheitert. Die Minister Dr. Jung und Dr. Schäuble haben seit Jahren den Plan, die Terrorabwehr zu einer Aufgabe der Streitkräfte zu machen und wollten den Artikel 87a des Grundgesetzes dazu ändern. Dazu kommt es nach dem Widerstand der SPD nicht. Das Ergebnis des Koalitionsausschusses sieht allein vor, den Amtshilfe-Artikel 35 des Grundgesetzes zu erweitern, damit die Hilfe der Bundeswehr in nationalen Katastrophenlagen eindeutiger geregelt wird.

Fazit: Alles bleibt beim Alten. Die Bundeswehr hilft bei schlimmen Katastrophen. Das durfte sie schon vorher und hat es oft getan.

Kommentar von [Thomas Wiegold](#) vom 07.10.2008, 13:43 Uhr:

RE: Bundeswehr im Inneren? Immer schön bei der Wahrheit bleib

Pardon, es geht wohl schon um ein bisschen mehr als Katastrophenhilfe. Dazu: <http://blog.focus.de/wiegold/?p=542>

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 07.10.2008, 11:41 Uhr - 11232 Clicks - Nr. 926

SPD sorgt für Stabilität und gezielte Entlastungen

Die schwierige Lage auf den Finanzmärkten erfordert entschlossenes Handeln der Bundesregierung. Die Bundesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten, die Risiken einzugrenzen und das nötige Vertrauen wieder herzustellen. Wir können nicht ausschließen, dass durch die Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten die wirtschaftlichen und konjunkturellen Risiken bei uns zunehmen. Deshalb geht es jetzt darum, die erreichten Erfolge zu sichern und die sozialen Sicherungssysteme und den Arbeitsmarkt für die Zukunft zu stärken – auch um die Konjunktur zu stützen und die Bürgerinnen und Bürger gezielt zu entlasten.

Die Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 5. Oktober 2008 können Sie [hier](#) vollständig nachlesen.

Kommentar von [Klaus Albrecht](#) vom 11.10.2008, 10:51 Uhr:

gezielte Entlastungen ???

Wenn es heißt: "Daher müssen die Beiträge zu den Krankenkassen leicht angehoben werden, auch unabhängig von der Einführung eines einheitlichen Beitragssatzes im Zuge des „Gesundheitsfonds“. Um die Belastung stabil neutral zu halten, wird im Gegenzug der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gesenkt", sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Kompensation der Erhöhung des Beitragssatzes für die Krankenkassen durch eine Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung den Rentnerinnen und Rentnern nicht hilft, da sie keine Arbeitslosenversicherungsbeiträge bezahlen. Die Nichterwähnung dieser Tatsache macht deutlich, dass die "Politik" die Rentnerinnen und Rentner offensichtlich nicht auf der Agenda hat! Die Quittung für diese Ignoranz wird es bei zukünftigen Wahlen geben!

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.10.2008, 14:43 Uhr - 2112 Clicks - Nr. 927

Rot-Grün: 2,6 Millionen Euro mehr für Kieler Schulen

Der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski und die schulpolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Anke Erdmann, erklären:

"Seit September wird die Schulreform der Landesregierung auch an Kieler Schulen Schritt für Schritt umgesetzt. Den Anfang haben die Gymnasien mit der Umstellung vom Kurssystem auf die Profiloberstufe im Klassenverband gemacht. Hinzu kommen die notwendigen Umbauten durch die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen sowie durch die Zusammenführung von Haupt- und Realschulen zu Regionalschulen bis 2010. Alle Umbauten werden insgesamt nach Schätzung der Verwaltung etwa 9,4 Mio. Euro kosten.

Doch während die Schulen das Schulgesetz teilweise schon umsetzen müssen, entsprechen die baulichen Bedingungen noch nicht den durch das Landesgesetz vorgegebenen Mindestanforderungen. Bislang hat die Oberbürgermeisterin keine Umbaumaßnahmen für die Umsetzung der Schulreform in Auftrag gegeben.

SPD und Grüne wollen den Prozess beschleunigen und werden im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2008 den Finanzierungsansatz nahezu vervierfachen und insgesamt 3,5 Mio. Euro für die Umsetzung der Schulreform bereitstellen. Hiervon werden 900.000 Euro durch Umschichtungen im laufenden Haushalt erreicht.

Diese Investition ist gut zu verantworten. Die Mittel müssen spätestens im kommenden Jahr ohnehin investiert werden. Es ist nur fair, wenn wir die Schulen mit der Umsetzung der Schulreform zeitig unterstützen. Wenn wir hier nicht Dampf auf den Kessel bringen, dann sind die Verzögerungen bei der Einführung von Regional- und Gemeinschaftsschulen in den kommenden beiden Jahren schon vorprogrammiert."

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 08.10.2008, 08:53 Uhr - 46828 Clicks - Nr. 928

Was wir vereinbart haben, gilt!

Zu den missverständlichen Äußerungen aus der CDU erklärt der SPD-Fraktions- und Landesvorsitzende Dr. Ralf Stegner:

1. Die Beschlüsse des Koalitionsausschusses liegen in schriftlicher Form vor. Was in dem Text steht, wurde vereinbart, was nicht im Text steht, wurde nicht vereinbart, insbesondere keine Bedingungen oder zusätzliche Vorbehalte. Es ist schade, dass die Einigung zu Gunsten der Kinder und Eltern in Schleswig-Holstein wenige Tage danach schon zerredet wird.



2. Wir haben allerdings das Ziel verfassungsgemäßer Haushalte gemeinsam bekräftigt. Wir werden im Dezember einen verfassungsgemäßen Doppelhaushalt 2009/2010 und gleichzeitig gebührenfreie Kita-Plätze für Kinder im 3. Kita-Jahr ab 2009 beschließen.

3. Bis Mai 2009 werden wir ein 2. Gesetz zur Regelung der Gebührenfreiheit des 2. und 1. Kita-Jahres für die Jahre 2011 und 2013 beschließen.

4. Auch für die kommende Legislaturperiode bekräftigen beide Parteien das Ziel verfassungsgemäßer Haushalte und bis 2015 ausgeglichener Haushalte. Jedes Kita-Gesetz kann in der neuen Legislaturperiode mit einfacher Mehrheit geändert werden. Die SPD wird dabei einer Abkehr von der geplanten Gebührenfreiheit nicht den Weg ebnen. Die Äußerungen von heute werfen die Frage auf, ob die Union – wenn sie eine Regierungsmehrheit hätte – die Bestimmungen des Kita-Gesetzes 2011 oder 2013 wieder aufheben will.

5. Bis zum Mai streben wir einen Pakt für Kinder und Familien mit den Kommunen an, in den diese für die 2. und 3. Stufe des Kita-Gesetzes ihre bisherigen Aufwendungen für Sozialstaffel samt Verwaltungskosten sowie 50 % der erzielten Einsparungen bei der Funktionalreform einbringen.

6. Weitere Bedingungen, Nebenabsprachen oder sonstige Regelungen wurden nicht getroffen. Ich gehe davon aus, wie mir der CDU-Landesvorsitzende heute telefonisch ausdrücklich versichert hat, dass die Vereinbarungen vom 1. Oktober von der Union nicht in Frage gestellt werden.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 08.10.2008, 10:59 Uhr - 9091 Clicks - Nr. 929

Finanzmarkt braucht neue Regeln

Die finanzpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen und Fraktionsvorsitzender Ralf Stegner stellen das Ergebnis einer Diskussion der SPD-Fraktion zur Finanzmarktkrise vor. Das Positionspapier hat folgenden Wortlaut:

Das Bankensystem in der Bundesrepublik Deutschland ist besser gegen die Auswirkungen der Krise auf den Finanzmärkten gewappnet als das vieler anderer Länder. Mit dem dreigliedrigen Bankensystem – bestehend aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Geldinstituten, mit dem Prinzip der Universalbanken und mit der Einlagensicherung sind bereits Instrumente zum Schutz von Bürgerinnen und Bürgern, von kleinen Unternehmen und von öffentlichen Geldern vorhanden.

Aber die internationale Finanzmarktkrise betrifft auch die Bundesrepublik. Auch unsere Banken waren und sind mit den internationalen Finanzmärkten verflochten. Davon hat die deutsche Wirtschaft in der Vergangenheit ebenso profitiert wie die öffentlichen Kassen, wie Menschen, die Kredite aufgenommen haben und wie private Anlegerinnen und Anleger.

Die durch immer neue Finanzierungsinstrumente und Kapitalinteressen produzierte Instabilität der Finanzmärkte ist keine isolierte Krise. Die Gier nach einer immer höheren Kapitalrendite hatte steigende Risikobereitschaft zur Folge, bis die Blase platzte. Auch wir bekommen die Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt zu spüren.

In einer globalisierten Welt kommt der Politik besondere Verantwortung zu. Das zeigt die internationale Krise an den Finanzmärkten deutlich.

Die vorhandenen Regeln sind völlig unzureichend. Die Finanzmärkte haben sich von der Realwirtschaft abgekoppelt und immer neue Finanzierungsinstrumente entwickelt, die keiner Kontrolle unterliegen.

Die SPD fordert, die Regeln für die Kontrolle und das Funktionieren der Finanzmärkte deutlich zu verschärfen. Die bisherigen Vorkehrungen reichen nicht aus. Wir müssen mit den Wegen aus der derzeitigen Krise die Chance nutzen, Globalisierung zu gestalten: für den Erhalt von Sicherheit und privaten Vermögen von Kleinanlegern, für die Sicherung unserer Wirtschaft und für gute Arbeitsplätze mit guten Einkommen.

Mehr Transparenz

Wir akzeptieren nicht, dass die internationalen Finanzmärkte sich der öffentlichen Kontrolle entziehen. Die **Verflechtungen und Finanzbeziehungen** müssen für Anleger und Aufsichtsgremien durchschaubar sein. Das betrifft auch die Bilanzen der Banken und Finanzinstitute. Sie müssen so gestaltet sein, dass bestehende Risiken angemessen bewertet werden.

Die SPD fordert, dass endlich eine **unabhängige (europäische) Rating-Agentur** eingerichtet wird, die kein Eigeninteresse an einer positiven Bewertung der Banken und Finanzinstitute hat.

Die derzeitige Struktur der Rating-Agenturen mit ihrer Abhängigkeit von den zu bewertenden Banken hat sich offenkundig nicht bewährt. Die Unabhängigkeit des Ratings muss für eine verlässliche Risikobewertung gewährleistet sein.

Verbindliche Regeln

Wir fordern **durchsetzbare internationale Regeln** für das Verhalten von Finanzierungsinstituten und -transaktionen. Alle Staaten müssen sich daran beteiligen, wenn sie am internationalen Finanzmarkt teilhaben wollen. Die hierzu notwendigen Gesetze müssen eine Vergleichbarkeit der Finanzinstitute und Finanzprodukte ermöglichen.

Spekulationen auf Kursverluste sind nicht zu akzeptieren. Wir fordern daher ein dauerhaftes internationales Verbot von Leerverkäufen.

Öffentliche Finanzaufsicht

Die Finanzaufsicht muss mit mehr Rechten ausgestattet sein. Dazu fordern wir international geltende, gleiche Regeln, die alle Institute und Instrumente erfasst, genehmigt und kontrolliert.

Transnationale Finanzströme sind der Regelfall. Die Aufsicht findet derzeit noch nach unterschiedlichen Standards auf nationaler Ebene statt. Das muss geändert werden, hierfür muss es Sanktionen geben.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 08.10.2008, 11:33 Uhr - 2526 Clicks - Nr. 930

SPD-Engelsby: Widerspruchsrecht gegen Auskünfte aus dem Melderegister

Parteien, Wählergruppen und Einzelbewerberinnen / Einzelbewerber können anlässlich der Europawahl und Bundestagswahl im Jahre 2009 Auskünfte über stimmberechtigte Personen aus dem Melderegister erhalten.

Diese Auskünfte müssen sich auf Gruppen von Stimmberechtigten beziehen, die genau nach ihrem Alter bestimmt sind (z.B. Auskünfte über Jungwähler).

Auskünfte über Stimmberechtigte können nur erteilt werden, wenn diese nicht widersprochen haben.

Dieser Widerspruch kann durch einfache schriftliche Mitteilung oder persönlich im Bürgerbüro des Rathauses eingelegt werden. Ein entsprechendes Widerspruchsformular steht auch über das Internet im Bürgerinformationssystem der Stadt unter www.Flensburg.de „Bürgerservice“ (Formular „Widerspruch gegen die Weitergabe von Daten aus dem Melderegister“) oder [direkt hier](#) zur Verfügung.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 08.10.2008, 11:36 Uhr - 7615 Clicks - Nr. 931

Die Rolle freier Medien für eine starke Demokratie

Als Mitglied des Ausschusses für Kultur, Wissenschaft und Bildung in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates hat Wolfgang Wodarg einen Bericht zum Thema "Indikatoren für Medien in einer Demokratie" erstellt. Sein Bericht und die hierzu erhobenen Forderungen an die Regierungen der Mitgliedsländer wurden in der letzten Sitzungswoche in Straßburg vom Plenum einstimmig angenommen.

In einer modernen Demokratie wählt das Volk seine Vertreter. Die Bevölkerung hat ein Recht zu erfahren, was im Lande vor sich geht, welche politischen Herausforderungen sich ergeben und wie ihre Vertreter damit umgehen.

Während im Nahbereich eigene Erkundungen ausreichend sein können, sind schon auf regionaler Ebene spezielle Hilfsmittel zur Wahrnehmung gesellschaftlich relevanter Vorgänge unerlässlich. Medien sind in Demokratien das Nervensystem der Gemeinschaft auf allen Ebenen. Unverfälschte Aufnahme und Weitergabe von möglicherweise relevanten Informationen und die Unabhängigkeit der Medien spielen für diese notwendige Funktion eine bedeutende Rolle.

Daher hat Wodarg - nach öffentlicher Diskussion zahlreicher Missstände in einzelnen Mitgliedsländern - im vergangenen Jahr im Europarat den Antrag gestellt, dass die Staaten sich stärker und systematischer mit der Rolle der Medien für die Demokratie befassen sollten.

Nachdem ihm der Ausschuss für Kultur, Wissenschaft und Bildung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates den Auftrag erteilt hatte, für diesen wichtigen Bereich Empfehlungen zu erarbeiten, hat er mit Unterstützung zahlreicher Wissenschaftler, Organisationen und Institute Indikatoren erarbeitet, welche die Grundlage eines regelmäßigen Medien-Monitoring für die 47 Mitgliedstaaten werden sollen.



Das Recht aller Bürger, die eigene Meinung frei äußern zu können und Informationen von unabhängigen und pluralistischen Medien zu erhalten, ist eine wichtige Säule der Demokratie. In diesem Sinne sieht der Bericht vor, ein Beobachtungs- und Bewertungsverfahren zu entwickeln, mit dessen Hilfe die Mediensituation in den Mitgliedsländern des Europarates ähnlich untersucht werden kann, wie es der bekannte "Pisa-Bericht" mit den Bildungssystemen in Europa bereits erfolgreich praktiziert.

In seiner Beschlussempfehlung stellt Wolfgang Wodarg grundlegende Normen der Medienfreiheit in einer Demokratie dar und fasst sie in einer Liste zusammen. Diese Liste enthält Mindeststandards, auf denen die zukünftige Entwicklung von Indikatoren aufbauen soll. Das von ihm vorgeschlagene "Medien-Monitoring" soll dafür sorgen, dass Wachsamkeit und Sensibilität für eine funktionierende Medienwelt in unseren Demokratien am Leben bleibt.

PRESSE-ECHO:

Parlamentarier fordern mit Blick auf Deutschland auch Wahrung des Informantenschutzes

(VON KARL-OTTO SATTLER in Frankfurter Rundschau)

Die Mitgliedsstaaten und Parlamente sollten regelmäßig die Situation der Medienfreiheit in ihrem Land prüfen und ihre Gesetzgebung und Praxis mit den vom Europarat entworfenen Grundprinzipien vergleichen, so die Versammlung am 3. Oktober. In einer EntschlieÙung auf Grundlage des Berichts von Wolfgang Wodarg (Deutschland, SOC) schlugen die Abgeordneten eine Liste mit diesen Indikatoren vor. Resolution und Empfehlung an die Regierungen der Mitgliedsländer wurden einstimmig angenommen.

Der Europarat fordert die 47 Mitgliedsnationen nachdrücklich zur Garantie der Medien- und Informationsfreiheit auf und will künftig durch kritische Berichte über alle Länder den entsprechenden Druck verstärken. Der Kulturausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Staatenbunds hat während der eben beendeten Sitzungswoche eine Expertise mit zahlreichen Prinzipien wie etwa der Wahrung des Informantenschutzes oder dem Schutz von Journalisten vor Körperverletzungen veröffentlicht, zu deren Beachtung die Mitgliedsländer verpflichtet seien.

Der vom SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg als StraÙburger Berichterstatter erarbeitete Katalog zieht die Konsequenzen aus unzähligen Einzelfällen, bei denen der Europarat die Beeinträchtigung der Pressefreiheit kritisiert hat. Häufig an den Pranger gestellt wurde etwa der einstige russische Staatspräsident und jetzige Ministerpräsident Wladimir Putin, der die Medienfreiheit durch politisch-administrativen Druck und mit Hilfe staatsnaher Unternehmen wie Gazprom unterminiert hat, die wichtige TV-Sender übernahmen.

Berlusconi im Visier

Auch die über sein Medienimperium ausgeübte politische Macht des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi ist im StraÙburger Visier - ebenso die strafrechtliche Verfolgung kritischer Journalisten etwa in der Türkei, Azerbaidshan oder Armenien. Der Menschenrechtsgerichtshof des Europarats hob mehrere Entscheidungen der französischen Justiz auf, die Medienmacher wegen "Verleumdung" verurteilt hatte.

Zu den Forderungen des StraÙburger Kulturausschusses gehört der Aufruf, Journalisten nicht wegen kritischer Kommentare zu inhaftieren und deswegen auch keine Medien zu schließen. Strafgesetze gegen "Aufhetzung zum Hass" sowie zum "Schutz der öffentlichen Ordnung" oder der "nationalen

Sicherheit" müssten das Recht auf Meinungsfreiheit beachten.

Wodargs Bericht proklamiert, dass Datenschutz und staatlicher Geheimschutz die Arbeit der Medien "nicht übermäßig" beschränken dürften. Auch auf Deutschland zielt ein zentrales Anliegen: "Die Vertraulichkeit der Informationsquellen muss gewahrt werden." Hierzulande hat die Justiz schon mehrfach Ermittlungen gegen Medienmacher wegen des Verdachts auf "Beihilfe" zum Geheimnisverrat eingeleitet - wenn etwa aus Quellen zitiert wurde, die Insider aus staatlichen Institutionen übermittelt hatten.

Gerade auch in Russland waren Journalisten nicht selten Bedrohungen und Angriffen bis hin zum Mord reichen konnte: Polizei, Staatsanwälte und Gerichte müssten in solchen Fällen den Betroffenen wirksam helfen, verlangen die Straßburger Parlamentarier.

Zu dem Katalog des Europarats gehört auch der Appell, dass "exklusive Berichterstattungsrechte zu wichtigen Ereignissen von öffentlichem Interesse" die Informationsfreiheit der Bürger nicht beeinträchtigen dürften: Es herrscht oft Streit auch vor Gerichten, weil kommerzielle Veranstalter von großen Sportevents den Zugang der Medien reglementieren.

STELLUNGNAHMEN:

UNESCO

"I have read through the material and I find it excellent. Please convey my compliments to Dr. Wodarg and his colleague drafters. Such material may be of utmost importance in this period where we see many challenges to defending the basic principle of freedom of expression.

With my best regards,

Mogens Schmidt, Deputy Assistant Director General for Communication and Information, Director, Division of Freedom of Expression, Democracy and Peace UNESCO 1, rue Miollis 75732 Paris Cedex 15 France"

ARTICLE 19

(an independent human rights organisation that works globally to protect and promote the right to freedom of expression. It takes its name from Article 19 of the Universal Declaration of Human Rights, which guarantees free speech)

Council Of Europe Passes Resolution On Indicators For Media In A Democracy: Article 19 welcomes Resolution 1636 adopted by the Parliament of the Council of Europe on 3 October 2008, on "Indicators for media in a democracy" and call on all member states to implement it as a matter of urgency.

"At a time of great challenge for the media across the world, including in Europe, this resolution is particularly welcome and timely. The repeated attacks against media freedom and freedom of expression for close to a decade now, reversing the positive trend of the previous ten years, impede the free flow of information to the public, and constitute a major threat to democracies, old and new alike" said Dr. Callamard, ARTICLE 19 Executive Director.

Familienpolitik in der Großen Koalition: Die Luft ist raus!

Die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) kritisiert den Kompromiss zur Familienförderung, der im Koalitionsausschuss des Bundes nach monatelangem Ringen gefunden wurde.

„Was die aktuelle Finanzkrise angeht, mögen sich die Regierungsparteien ja einigermaßen erfolgreich zusammengerauft haben“, so die Lübecker Kreis- und schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Cornelia Östreich, die zu diesem Thema noch gesonderte Stellungnahmen ihrer Vorstände ankündigt. „Jedoch müssen Sozialdemokratinnen bei der Familienpolitik zu viele bittere Pillen schlucken. Hier wird die Große Koalition auf Bundesebene zusehends fragwürdig.“

Die Kritikpunkte im Einzelnen:

- Ein wenig mehr Kindergeld, dazu allein nach der Kinderzahl gestaffelt: Das verstößt gegen den Grundsatz, dass dem Staat jedes Kind gleich viel wert sein muss. Eine unterschiedliche Förderung könnte allenfalls – vor allen anderen Kriterien – mit dem sozialen Ausgleich begründet werden. Aber das war offenbar gegenüber der CDU nicht durchzusetzen.
- Eine weitere Anhebung der Kinderfreibeträge: Dies wird zu erheblichen steuerlichen Mindereinnahmen führen – zugunsten solcher Familien, die Erleichterungen objektiv am wenigsten brauchen. Denn von Freibeträgen aller Art profitieren in erster Linie die Besserverdienenden.
- Im Gegenzug für Kinder in Hartz-IV-Familien einmal pro Jahr ein „Schulbedarfspaket“ in Höhe von 100 Euro: Dies kann die Nachteile durch das Verrechnen des Kindergelds mit staatlichen Transferleistungen nicht annähernd auffangen, kommt außerdem als Hilfsmaßnahme oft schon zu spät. „Armut und soziale Probleme entstehen vor allem im Kleinkindalter durch Arbeitslosigkeit der Eltern und mangelnde Betreuungsmöglichkeiten“, so die SPD-Frauen. „Geldliche Zuwendungen zum Schulbeginn sind da keinesfalls die einzig passgenaue Investition für ein besseres Leben betroffener Kinder!“

Überhaupt, die Betreuungsmöglichkeiten: Von den 2,5 Mrd. Euro pro Jahr, welche das neue Familienpaket kosten soll, ließen sich etwa 140.000 Krippenplätze finanzieren. „Das wäre besser angelegtes Geld für Kinder, Eltern und Kommunen“, monieren die AsF-Aktiven, die gerade dieses Thema in Stadt und Land schon lange bewegen.

Stattdessen sei zuvor auf Druck der CSU auch noch das sog. Betreuungsgeld als familienpolitische Option aufgenommen worden. Die Sozialdemokratinnen hoffen, dass diese „Herdprämie“ niemals zum Zuge kommt – würde es damit den Eltern doch noch einmal schwieriger gemacht, sich für eine außerhäusliche Betreuung ihrer Kinder zu entscheiden.

„Da loben wir uns die Initiative der schleswig-holsteinischen SPD für drei kostenfreie Kindergartenjahre“, meint insbesondere der AsF-Landesvorstand. „Solche Politik weist in die richtige Richtung; dafür lohnt es sich auch Geld in die Hand zu nehmen.“ Die CDU werde gewarnt, die in der Kieler Koalition gefassten Beschlüsse nachträglich in Frage zu stellen.

„Im Angesicht wachsender Kinderarmut in Deutschland nicht auf mehr Betreuung zu setzen, sondern lediglich mit der ‚Gießkanne‘ anzukommen, droht die sozialen Schiefen nur zu verschlimmern. Sozialdemokratische Familienpolitik sieht anders aus!“

Cornelia Östreich, 8. Oktober 2008

Kommentar von [Diana Jopek](#) vom 29.10.2008, 20:14 Uhr:

RE:Familienpolitik in der Großen Koalition: Die Luft ist rau

Mein Enkel ist auf die Gesamtschule gekommen 5.Klasse die Arge zahlt weder geld für Bücher und Fahrgeld trotz 2,5km Fussweg Bücher in Höhe von 150 Euro plus andere Mateiralien waren fällig meine Tochter erhält alg 2 und der Junge ist auch noch ads krank und braucht auch so ständig

"Sachen"und hat Termine wo kein fahrgeld erstattet wird.Arbeiten ist durch die jetzige Situation ihe nicht möglich Ads behandlung/termine,leider sieht man jetzt schon auch an der Kleidung "aha"Alg2 Kind bis heute kann ie den Atlas für 26euro nicht kaufen trotz mehrmaliger Vorsprchen beim Amt.Bildung für alle Kinder Gleich!!!!!!Hilfe sind wir Kinderfeindlich!!!!!

[AG60plus - Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 08.10.2008, 16:51 Uhr - 5798 Clicks - Nr. 933

Pflege im Alter - Wollen wir das so?

Pflege im Alter - Wollen wir das so?

ist der Titel einer Veranstaltung zu der die AG 60plus in Dithmarschen einlädt.

Die Gesetzgeber in Land und Bund bereiten Gesetze vor, bzw. haben sie schon erlassen, die die Pflegelandschaft auch in unserem Kreisgebiet verändern werden. Das Bundesgesetz über die Einrichtung von Pflegestützpunkten stößt auf ein geteiltes Echo, weil es Kosten verursacht, die keiner so recht übernehmen möchte. Beim neuen Pflegegesetz Schleswig-Holstein sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen. In beiden Bereichen wollen wir uns einmischen, damit nicht über uns, sondern mit uns und für uns entschieden wird.

Wir laden daher ein zu einer Informationsveranstaltung am Montag, 20, Oktober 2008 um 17:30 in die Gaststätte "Erheiterung" in Meldorf.

Als Podiumsgäste werden teilnehmen:

MdL Wolfgang Baasch, Mitglied im Sozialausschuss des Landes S-H

MdL Detlef Buder

MdB Jörn Thießen

Ulrike Opravil, Vorsitzende Kreissozialausschuss

Malte Spitzer, Leitender Kreisverwaltungsdirektor, Kreis Dithmarschen

Über zahlreiche Gäste würden wir uns freuen

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 08.10.2008, 18:54 Uhr - 6074 Clicks - Nr. 934

Flensburger SPD ruft die WiF zur Sachlichkeit auf



„Mit der aktuellen Ausgabe ihres Werbezeitung beweist die WiF erneut, dass sie nicht bereit ist, sachlich mit den anderen Ratsparteien zusammenzuarbeiten“, so Stephan Menschel, Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion: „Im Gegenteil: In der aktuellen Ausgabe steht wieder die persönliche Diffamierung einzelner Ratsmitglieder im Vordergrund der Berichterstattung.“ Die SPD-Ratsfraktion fordert daher von der WiF eine Rückkehr zur sachlichen Auseinandersetzung

über die Zukunftsfragen unserer Stadt.

„Mit der aktuellen Ausgabe ihres Werbezeitung beweist die WiF erneut, dass sie nicht bereit ist, sachlich mit den anderen Ratsparteien zusammenzuarbeiten“, so Stephan Menschel, Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion: „Im Gegenteil: In der aktuellen Ausgabe steht wieder die persönliche Diffamierung einzelner Ratsmitglieder im Vordergrund der Berichterstattung.“ Die SPD-Ratsfraktion fordert daher von der WiF eine Rückkehr zur sachlichen Auseinandersetzung über die Zukunftsfragen unserer Stadt.

„Die aktuelle Ausgabe des Blattes belegt“, so Stephan Menschel, „dass die WiF weiterhin meilenweit von einem konstruktiven und kooperativen Politikstil entfernt ist. So zieht Herr Andresen bemüht die Affäre um die Bespitzelung von Mitarbeitern bei der Firma Lidl als Argument herbei, um bei der Frage über die Zukunft des Hochhauses am Schottweg gegen die SPD und die Linke zu wettern. Eine solche Argumentation ist abenteuerlich; hat doch das eine mit dem anderen absolut nichts zu tun. In den Artikeln zur Sparkassenfusion sorgt die WiF mit Hilfe von Suggestivfragen dafür, dass gleich mehrere Personen verschiedener Gremien diffamiert werden. Das ist Polemik und wird sicherlich auch von den Bürgerinnen und Bürgern Flensburgs als solche erkannt.“

SPD: „Mit Sachpolitik um Mehrheiten werben – nicht mit Polemik!“

„Die Zeitung verdeutlicht einmal mehr, dass die WiF bei ein paar Themen zeigt, wogegen sie steht. Das ist ihr gutes Recht – als größte Fraktion in der Ratsversammlung muss sie nun endlich auch zeigen, wofür sie steht. Fast allen anderen Fraktionen eine Blockadehaltung vorzuhalten, ist allerdings eine Farce. Oder muss die WiF Nachhilfeunterricht in Sachen Demokratie erhalten? Die WiF muss endlich erkennen, dass ihre 11 Sitze zwar die stärkste Fraktion ausmachen, aber nicht die Mehrheit im Rat – dafür sind mindestens 22 Sitze vonnöten. Da ist Sachpolitik gefragt, um Mehrheiten zu schaffen, und nicht Polemik. In den zurückliegenden Wahlperioden der Ratsversammlung kam es nur sehr selten zu verbalen Entgleisungen; die Ratsversammlungen waren, wenn es auch unterschiedliche Standpunkte zu vertreten gab, stets von Sachlichkeit und Fairness geprägt.“

„Aber schon der Start mit der Strafanzeige gegen den Oberbürgermeister, den Verdächtigungen gegen ehemalige Verwaltungsratsmitglieder und den aktuellen Attacken gegen den Vorsitzenden der Linken-Fraktion. lassen an der Lauterkeit des tatsächlichen Handels der WiF zweifeln“, stellt Menschel fest: „Alle Fraktionen sind aufgerufen, zusammenzuarbeiten und den guten Ruf der Flensburger Kommunalpolitik nicht weiter zu beschädigen.“

„Trotz der vielfältigen Zusammensetzung mit sieben Fraktionen in der Ratsversammlung zeigt das Tagesgeschäft, dass zum Wohl der Stadt eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit - ob bei der Sparkassenfusion, der Erweiterung des Skaterparks oder der Verkehrsberuhigung in Weiche - möglich ist“.

Helmut Trost: „Die Entzauberung der WiF hat begonnen“

Dieses Resümee zieht der SPD-Vorsitzende Helmut Trost rund einhundert Tage nach der Konstituierung der Ratsversammlung: „Die WiF muss sich aber schnell besinnen und entscheiden, ob sie den Weg der Konfrontation weiter gehen will. Ein Verharren in alten Wahlkampfmustern hilft der Stadt nicht weiter. Es ist an der Zeit, dass die WiF den Gestaltungsauftrag annimmt, den ihr die Wähler übertragen haben. Das ist bis heute nicht zu erkennen – die Entzauberung der WiF hat begonnen.“

Keine Kommentare

Informativer Kaminabend mit Alexandra Knak.

Am Dienstag, den 07.10. 2008 stellte sich Frau Alexandra Knak, seit April neue Geschäftsführerin der Flensburger Gesellschaft für Stadterneuerung den Fragen der SPD-Ortsvereine West und Stadtmitte.

Dabei bewies sie Schlagfertigkeit sowie Hintergrundwissen und konnte durch ihre offene und sympathische Wesensart die Zuschauer begeistern.



Aufgewachsen direkt an der ehemaligen Innerdeutschen Grenze, die Grenzanlagen immer vor Augen, bewarb sich Frau Knak nach erfolgreichem Studium der Rechtswissenschaften beim Flensburger Rechtsamt.

Dort wurde sie dann auch gleich als stellvertretende Amtsleiterin eingestellt, um fortan insbesondere Rechtsangelegenheiten aus dem Bereich des Baurechtes zu bearbeiten.

„Die spannendsten Fälle waren der Rechtsstreit um die Osttangente, sowie zur Flensburg Galerie“ resümierte Alexandra Knak, auch sei gerade dieser Rechtsbereich, wegen seiner Vielschichtigkeit besonders interessant.

In Flensburg hat sie sich gleich verliebt und zeigt sich besonders vom Engagement der Flensburger Bürger in den Sanierungsgebieten angetan. „Die Einbindung von Vertretern der Angelburger Str. in den Umgestaltungsprozess, hat viel für eine Konfliktfreie Realisierung der Maßnahme gesorgt, machte Alexandra Knak deutlich und äußerte die Hoffnung: „Ich wünsche mir dieses Engagement vor Ort auch nach der Baumaßnahme“.

Auch wenn sie keine Stadtplanerin sei, hat ihre langjährige Tätigkeit im Rechtsamt ihr ein gutes Fachwissen im Bereich der Stadterneuerung vermittelt, schließlich gab es nach Abschluss der Sanierung in der Nördlichen Altstadt einen langwierigen Rechtsstreit um die Gültigkeit der Sanierungssatzung. Die besonderen Anforderungen als Geschäftsführerin der Gesellschaft für Stadterneuerung nimmt Frau Knak als Herausforderung an, und zeigte sich denen bisher auch gewachsen.

Insgesamt sei die Stadterneuerung der letzten drei Jahrzehnte erfolgreich für Flensburg verlaufen, wenn auch nicht alles umgesetzt werden konnte und nach Abschluss von Sanierungsgebieten mancherorts wieder von vorn begonnen werden kann. Diese Bilanz zog Alexandra Knak zum Ende des kurzweiligen Kaminabends.

Mehr Informationen zum Tätigkeitsfeld der Stadtsanierung sind auch unter www.ihrsan.de zu finden.

Regelmäßig informiert die Gesellschaft für Stadterneuerung über die geplanten Maßnahmen vor Ort auf den regelmäßig stattfindenden Sanierungstreffs. Eine Art der Bürgerinformation- und Beteiligung die es in kaum einer anderen Stadt gibt.

Keine Kommentare

Ein guter Tag für die Familien in unserem Land!

Zum Ergebnis des Koalitionsausschusses bezüglich Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten erklärt SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner:

„In Schleswig-Holstein gibt es in absehbarer Zeit keine KiTa-Gebühren mehr. ‚Alle drei beitragsfrei‘ – das haben wir versprochen und wir haben es durchgesetzt! Bereits ab dem nächsten Jahr werden die Eltern für Ihre Kinder im letzten Kindergartenjahr keine Gebühren mehr zahlen müssen.

Ich freue mich sehr, dass wir in den gestrigen Gesprächen unseren Koalitionspartner von unserem Stufenplan für die komplette Befreiung der Eltern von den Gebühren überzeugen konnten. Der gestrige Tag war ein guter Tag für die Familien in unserem Land!

Das Koordinatensystem der Kinder- und Familienpolitik in Schleswig-Holstein ist sozialdemokratisch geprägt. Das zeigen erneut die gestrigen Beschlüsse, die auf Initiative der SPD erfolgten. Wie schon bei den Schülerbeförderungskosten wird nun eine weitere finanzielle Barriere beim Zugang zu guter Bildung in unserem Land abgebaut. So sorgen wir für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

Wir entlasten Familien. In Schleswig-Holstein haben wir derzeit die höchsten Kindergartenbeiträge bundesweit. Kaum eine Steuerreform und keine Kindergeld-Erhöhung können so viel für die finanzielle Entlastung unserer Familien bewirken wie die Gebührenfreiheit in den Kindertagesstätten.

Mit der Gebührenfreiheit in den Kindertagesstätten wollen wir erreichen, dass mehr Kinder KiTas besuchen. Das ist pädagogisch sinnvoll. Wir erreichen mehr Kinder aus sog. bildungsfernen Elternhäusern, die dann vom Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertagesstätte individuell profitieren.

Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringeren Einkommen und Alleinerziehende profitieren von der Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten.

Wir Sozialdemokraten bleiben unserem Grundsatz „Aufstieg durch Bildung“ treu. Das geht nur mit einem kostenfreien Bildungssystem vom Kindergarten bis zum Studium. Das Portemonnaie der Eltern darf nicht über die Bildungschancen der Kinder entscheiden. Mit der Gebührenfreiheit für KiTas kommen wir unserem Ziel ‚gleiche Startchancen für alle Kinder‘ einen weiteren, großen Schritt näher.“

Keine Kommentare

SPD: Keine Lidl-Verlagerung gegen den Willen der Bürger

Sorgen um die Verkehrssituation und die Zukunft der Hochhausruine bleiben

Der Bau eines Lidl-Marktes am Standort des abbruchreifen Hochhauses Schottweg gegen den Willen der Bürger ist für die SPD-Ratsfraktion nicht vorstellbar. Bei der bevorstehenden

Ratsentscheidung wird die SPD einem entsprechenden Beschluss deshalb nicht zustimmen. „Wir haben uns nachdrücklich für die Bürgerversammlung am 1. Oktober eingesetzt, um Befürwortern und Gegnern noch einmal ein Forum zum Austausch der Argumente zu bieten. Das Meinungsbild dort war eindeutig: Von den zum Zeitpunkt der Abstimmung noch anwesenden 70 bis 80 Anwohnern sprachen sich lediglich sechs für die Standortverlagerung aus“, berichtet der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. Insbesondere Stimmen aus dem Umfeld des im Wohngebiet liegenden Lidl in der Merkurstraße fehlten fast völlig. Die SPD-Fraktion wird sich deshalb bei der Abstimmung enthalten und fordert Lösungen für die Entschärfung der Verkehrsproblematik und den schnellstmöglichen Abriss des Hochhauses. Nach diesem Votum der SPD wird die Verlagerung des Lidl-Marktes wahrscheinlich nicht kommen. Damit stehen auch die von der Baugenossenschaft „Neue Lübecker“ angebotenen ca. 950.000 Euro, die sie in enger Absprache mit der Stadt Flensburg für Quartiersverbesserungen einsetzen wollte, nicht mehr zur Verfügung. Stadtentwicklungspolitischer Handlungsbedarf besteht nach Meinung der SPD jedoch zweifellos.

„Vor allem die Sorgen um die Verkehrssituation bleiben: Auch ohne einen Markt am umstrittenen Standort steht eine Beruhigung der Verkehrssituation am Schottweg und am Wasserlooser Weg auf der Tagesordnung. In der Bürgerversammlung standen die Verkehrsprobleme im Mittelpunkt der Diskussion. Sie hat gezeigt, dass sich die Einwohner vor allem um die Verkehrsbelastungen Sorgen machen und weniger Probleme mit der Einzelhandelssituation hatten“, so die Einschätzung der SPD.

Skeptisch bleibt die SPD-Fraktion gegenüber Hoffnungen, dass das Hochhaus am Schottweg auch ohne die Lidl-Ansiedlung schnell beseitigt wird. „Wir befürchten, dass uns der Anblick dieser Ruine noch lange erhalten bleibt. Darum muss alles getan werden, um diesen städtebaulich untragbaren Zustand so schnell wie möglich zu beenden“, so der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. Nach Meinung der SPD

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 09.10.2008, 18:51 Uhr - 2612 Clicks - Nr. 938

SPD-Engelsby: "...is danz doll deworden!"

Ja, da kommt Freude auf bei den Kiddis. Bestes Herbstwetter, angenehme Temperaturen und ein Spielplatz mit vielen neuen Spielgeräten. Bereits vor einigen Wochen wurde die neuen Geräte auf dem Spielplatz am Trögelsbyer Weg aufgebaut und zur Nutzung freigegeben.

Vorausgegangen war eine intensive Beteiligung der Eltern und der Kinder auf zwei, vom Kinder- und Jugendamt durchgeführten Veranstaltungen. Wünsche und Anregungen wurde geäußert und auf Machbarkeit untersucht. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Kinder sind wirklich begeistert. Wie sagte doch eine der Kleinsten auf dem Platz:

"...is danz doll deworden".

Na bitte, wenn das kein Kompliment ist!



Keine Kommentare

Modernisierung der Jugendherberge auf Helgoland vor dem Aus

Modernisierung der Jugendherberge auf Helgoland vor dem Aus – CDU und FDP müssen sofort ihren Widerstand aufgeben, fordert Hannes Birke
Die Modernisierung und Sanierung der Jugendherberge auf Helgoland steht kurz vor dem Aus. Zu dieser Einschätzung kommt Hannes Birke, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Nach der Ablehnung von CDU und FDP im Kreistag, das Projekt mit 500.000,00 € im Wege der Dringlichkeit zu fördern, hatte er sich erneut beim Kieler Sozialministerium nach der neuesten Entwicklung des 3,2 € Mio. teuren Modernisierungskonzept erkundigt.



Die dort erhaltenen Informationen bestätigen alle Befürchtungen, die Birke bereits im Kreistag geäußert hatte. In Kiel habe man mit Betroffenheit auf die Entscheidung des Kreistages reagiert. Ohne eine sofortige Zusage des Kreises, sich an dem Projekt mit rund 500.000,00 € zu beteiligen, sind die zugesagten Bundesmittel in Höhe von rund 1,3 Mio. € verloren. Der Bund hatte nach anfänglicher Ablehnung durch den Einsatz der Bundestagsabgeordneten Ernst-Dieter Rossmann (SPD) und Ole Schröder (CDU) seinen Widerstand aufgegeben, allerdings mit Auflagen. So müsse die Gesamtfinanzierung sichergestellt und mit der Baumaßnahme noch in 2008 begonnen werden. Da eine erste Finanzierungsrate nur aus Haushaltsresten des Jahres 2008 zur Verfügung gestellt werden könne, sei die besondere Dringlichkeit gegeben.

Die Sicherstellung der Gesamtfinanzierung -so das Kieler Sozialministerium- liegt einzig und allein noch am Zuschuss des Kreises. Alle anderen Voraussetzungen für die Genehmigung liegen vor. Um den Finanzierungsaufgaben des Bundes gerecht zu werden, muss das Sozialministerium bis Mitte Oktober die Zustimmung zu vorzeitigem Baubeginn geben um sicherzustellen, dass Ende Oktober die ersten Bauaufträge durch den Träger vergeben werden können. Durch die ablehnende Haltung von CDU und FDP im Kreistag spitzt sich für Birke die Entwicklung „dramatisch“ zu. Für ihn muss die Fehlentscheidung des Kreistages sofort korrigiert werden, sonst ist das für Helgoland aus wirtschaftlichen und touristischen Gründen so wichtige Projekt nicht mehr zu retten.

Um noch zu retten was zu retten ist, fordert Birke die CDU und die FDP auf, sich öffentlich und gegenüber dem Sozialministerium zu erklären, den Kreiszuschuss im nächsten Kreistag am 5. November zu bewilligen. Nur wenn dieses politische Signal sofort erfolgt, erhält Kiel die notwendige Rückendeckung auch ohne förmlichen Beschluss gegenüber dem Bund die Sicherstellung Gesamtfinanzierung zu erklären. Den entsprechenden Antrag zur förmlichen Absicherung des Kreiszuschusses am 8. November hat die SPD-Fraktion bereits gestellt.

Keine Kommentare

Kreisgebietsreform kläglich gescheitert

Eines der größten Projekte der Großen Koalition ist endgültig gescheitert. Seit Jahren haben die Koalitionäre in Kiel um eine Kreisgebietsreform gerungen, mit der effiziente und kostensparende Verwaltungsstrukturen geschaffen werden sollten. Die Summe der Ersparungen wurde Monat für

Monat niedriger gerechnet. Am Ende war der Betrag das Papier nicht wert, das nun meterlang Aktenordnen füllt und auf dem z.B. die vielen Gutachten geschrieben stehen.

Am Anfang der nun geplatzten Kreisgebietsreform ging es zahlreichen Gemeinden und Ämtern sprichwörtlich an den Kragen. Gut funktionierende Gemeinde- und Amtsverwaltungen mit gelebten Verflechtungsbeziehungen wurden unter dem Druck der Landesregierung in vorauseilendem Gehorsam zerschlagen, um angedrohten Zwangsfusionierungen durch den Innenminister zu entgehen. Verführt durch lukrative, aber kreditfinanzierte Hochzeitsprämien des Landes konnten viele Kommunalpolitiker, anders als die Kreise, einfach nicht widerstehen. Größere Ämter sollten den Kreisen Arbeit und Einfluss abnehmen, damit diese Spielraum für die Übernahme von Landesaufgaben bekommen. Landesbehörden wurden aufgelöst, teils kommunalisiert oder neu strukturiert. Und was wurde gewonnen?

Nichts! Monatlang beschäftigten die Kommunalparlamente landauf landab nicht nur sich selbst, sondern auch die zutiefst verunsicherten Verwaltungen in den Rathäusern. Hier wurden tausende von Arbeitsstunden damit verbracht, zusammen zu führen was nicht zusammen gehört!

Belegschaften neuer Ämter wurden zusammengewürfelt, erhielten neue Zuständigkeiten und zusätzliche Aufgaben. Die Leidtragenden: Bürgerinnen und Bürger und die sie betreuenden Verwaltungskräfte. Letztere finden sich in ihren neuen Arbeitsgebieten immer noch nicht zurecht und in den fremden Amtsstuben mit überforderten Vorgesetzten schlichtweg unwohl. Viele haben sich ein zweites Auto kaufen müssen, um zum neuen Dienort zu kommen. Einkommensverluste sind die Folge. Es wird ihnen immer schwieriger gemacht, uns, die Bürgerinnen und Bürger ihrer Amtsverwaltung kundengerecht zu betreuen.

Die Effizienzverluste der verkorksten Verwaltungsstrukturreform sind nachhaltig und werden wohl niemals wieder reingeholt. Weil sie in keiner Verlustrechnung auftauchen, kann auch niemand öffentlich darüber eine Aussage wagen. Welcher politisch Verantwortliche will sich schon gerne Verluste und damit Fehlentscheidungen vorhalten lassen. Millionensummen über virtuelle Einsparungen machen sich besser! Das nun angepeilte Kooperationsmodell der Kreise wird daran nichts ändern. Im Gegenteil: Die virtuellen Einsparungen werden durch viele Sitzungen der einzurichtenden Kooperationsausschüsse verloren gehen, weil hochbezahlte Beschäftigte der Verwaltungen und politische Mandatsträger um gemeinsame Lösungen ringen, in denen nach der gescheiterten Reform Kompromisse mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner herauskommen werden, die niemandem helfen. Die Leidtragenden sind die Gemeinden, in denen es vielerorts gut funktionierende Ämter gab. Die Rechnung für die neuen Ämter wird nach dem Scheitern der Kreisgebietsreform mit zusätzlichen Hypotheken belastet, die von uns Bürgerinnen und Bürger zu tilgen sind.

Theodor Scheit

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 10.10.2008, 18:51 Uhr - 5633 Clicks - Nr. 941

Ostseeparlamentarierkonferenz 2008

Auf der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz in Visby wurden mehrere bedeutende Schwerpunkte diskutiert:

Energieeffizienz und Klimawandel, Arbeitsmarkt und soziale Angelegenheiten sowie die maritime Politik und der Helcom Baltic Sea Action Plan.

Durch die Globalisierung wird es auch immer deutlicher, dass wir die großen Aufgaben unserer Zeit nicht nur gemeinsam auf den Weg bringen, sondern auch die Ziele gemeinsam umsetzen müssen.

Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, dass in diesem Jahr die soziale Situation der Ostseeanrainerstaaten beraten wurde.

Auf Initiative des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Franz Thönnies und Beschluss der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin wurde die Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ eingerichtet, die sich schwerpunktmäßig mit der Jugendarbeitslosigkeit und der Situation der Grenzpendler beschäftigt hat.

Die Arbeit der Gruppe richtet sich an der Resolution der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz aus, die gefordert hat, vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl von Grenzgängern „politische Maßnahmen zur Einrichtung von Informationszentren in der Region an stark frequentierten Grenzübergängen zu unterstützen.

Diese sollen die Mobilität der ArbeitnehmerInnen fördern und sie in Sozialversicherungsfragen beraten, die bekanntlich in den EU Staaten sehr unterschiedlich sind.

Und ebenso sollen sie Arbeitsmärkte fördern, „die auch benachteiligte Gruppen sowie junge Menschen integrieren“.

Erste Ergebnisse wurden in Visby bereits präsentiert.

Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt:

In der Ostseeregion gibt es vor allem zwischen den westlichen und nördlichen Anrainern gut institutionalisierte Informationszentren und Projekte zur Förderung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes.

Dagegen sind Informationsstrukturen für Grenzpendler an den Grenzen zwischen den östlichen und südlichen Ostseeanrainern bisher nur wenig entwickelt.

Hier gibt es einen enormen Nachholbedarf.

In Schleswig-Holstein arbeitet das „Infocenter Grænse – Grenze“ seit 2004 sehr erfolgreich daran, die Grenze für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen durchlässiger zu gestalten.

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit:

In Schleswig-Holstein ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit das wichtigste arbeitsmarktpolitische Ziel der Landesregierung.

Mit den Projekten „Schule und Arbeitswelt“ und „Bündnis für Arbeit“ wird versucht, der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Diese Erfahrungen konnten u. a. aus Schleswig-Holstein eingebracht werden.

Und zum Teil gibt es ganz unterschiedliche, aber auch ähnliche Gründe und Strategien in den Ostseeanrainerstaaten.

Positiv zu bewerten ist auch die Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt mit den Sozialpartnern, u.a. mit dem interregionalen Gewerkschaftsverband BASTUN.

Geplant ist die verschiedenen Strukturen, Projekte und Aktivitäten der Regionen zu analysieren, und auf der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz 2009 wird sie eine Zusammenfassung vorlegen und Empfehlungen für die Umsetzung geben.

Ingesamt ist es angesichts der zurzeit stattfindenden Diskussion um die soziale Dimension Europas

zu begrüßen,
dass sich die Ostseeparlamentarierkonferenz verstärkt auch mit sozialen Themen beschäftigt.
Dies ist gerade in der Ostseeregion,
die vor der enormen Herausforderung steht, das große sozio-ökonomische Gefälle zwischen
östlichen und westlichen Ostseeanrainern zu verringern,
eine wichtige und nicht zu vernachlässigende Befassung.
Die wachsende Mobilität von ArbeitnehmerInnen wirft neue Fragen im Bereich der Portabilität von
Sozial- und Arbeitslosenversicherung auf,
die geklärt werden müssen und nur geklärt werden können,
wenn die Mitglieder auch in diesem Bereich stärker zusammenarbeiten und ihre Erfahrungen
austauschen.

Gute Bildung und Ausbildung, gute Arbeit –
und das bedeutet auch, dass man von seiner Arbeit leben können muss –

und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt sowie die Förderung der Vereinbarkeit von Familie
und Beruf sind wichtige sozialpolitische Herausforderungen,

denen sich alle Ostseeanrainer stellen müssen, um den erreichten Wohlstand der Menschen in der
Ostseeregion und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu sichern.
Dazu gehören auch die Unterstützung des sozialen Dialogs und der Mitbestimmung, die
Eindämmung der Leiharbeit und der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.
Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ist nachhaltig nur durch soziale Gerechtigkeit zu erreichen
und zu erhalten.

Der Austausch von Erfahrungen kann dazu beitragen, Modelle zur Bekämpfung der
Arbeitslosigkeit, zur Förderung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes und zur sozialen
Absicherung der ArbeitnehmerInnen zu erarbeiten und sollte deshalb fortgeführt und ausgebaut
werden.

So kann die Ostseeregion auch zu einer Modellregion für die Ausgestaltung eines sozialen Europas
werden.

Bereits bei den Diskussionen über die integrierte Meerespolitik haben wir das Ziel benannt, die
Ostsee zur Modellregion in Europa, die Ostsee zum saubersten Meer werden zu lassen.

Und auch für den Bereich Klimawandel und Energiefragen soll enger zusammengearbeitet werden,
ein weiterer Baustein für die Modellregion Ostsee.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 10.10.2008,
19:35 Uhr - 11448 Clicks - Nr. 942

Sieg für Jörn Thießen

*Norddeutsche Rundschau vom 10.10.2008:
Alle waren begeistert: Das Kochduell, zu der
die Familienbildungsstätte Glückstadt ins
Elektrohaus Meiners eingeladen hatte, war
ein voller Erfolg.*



„Hast Du das schon mal abgemessen, mien Deern?“, fragt Jörn Thießen Karla Roggenkamp. „Klar“, kontert sie. Die Kollmaranerin guckt dem SPD-Bundestagsabgeordneten beim Kochen über die Schulter und frotzelt: „Ihm muss ich wohl noch mal eine Extra-Stunde geben.“

Karla Roggenkamp konnte letztlich zufrieden sein. Die Geflügel-Nuggets mit Knoblauch-Dip von Jörn Thießen belegten den ersten Platz. Teilen musste er sich diesen allerdings mit Herbert Frauen. Der Schulleiter, der nach eigener Aussage noch nie gekocht hat, überzeugte mit seinem Flusskrebsscocktail.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 11.10.2008, 11:36 Uhr - 7640 Clicks - Nr. 943

NEIN zur Bahnprivatisierung!

Der Börsengang der Bahn wird verschoben. Das ist - nicht nur - angesichts der aktuellen Lage an den Finanzmärkten eine gute Meldung. Die geplante Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn stellt für mich einen gravierenden Schritt von grundsätzlicher Bedeutung dar, den ich aus folgenden Gründen im Bundestag abgelehnt habe:



Die Bahn ist ein Schlüssel für die umwelt- und klimaverträgliche Bewältigung der wachsenden Verkehrsströme der Zukunft! Kurzfristige Kapitalinteressen haben in keinem Land der Welt eine erfolgreiche Bahnstruktur gewährleisten können. Mobilität für alle zu gewährleisten gehört zu den Kernaufgaben eines sozialen Staates. Die Teilprivatisierung unserer in staatlicher Hand befindlichen Bahn-AG ist der Fuß in der Tür zum Ausstieg aus dieser Verantwortung!

Die Deutsche Bahn stellt das größte und wichtigste noch verbliebene Unternehmen in öffentlicher Hand. Der Wiederbeschaffungswert liegt deutlich über 150 Mrd. EUR. Jeder Aus- und Neubau von Strecken, der heute getätigt wird, vermittelt mit seinen immensen Kosten einen Eindruck für den tatsächlichen Wert des Unternehmens. Dieser Wert kann auf den Kapitalmärkten überhaupt nicht abgebildet werden, da dort nur nach Ertragswerten gehandelt wird.

Die Bahn ist ein wesentlicher Teil der "Daseinsvorsorge" in einer Gesellschaft, in der Mobilität volks- und betriebswirtschaftlich sowie für die individuellen Lebenschancen von zentraler Bedeutung ist.

Bahn ist auch ein Schlüssel für die umwelt- und klimaverträgliche Bewältigung der wachsenden Verkehrsströme der Zukunft. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die bisherigen Instrumente und finanziellen Mittel für die verkehrliche Entwicklung, vor allem für die Bahn, nicht ausreichend und nicht immer sachgerecht waren. Liberalisierung und Privatisierung geben jedoch für sich genommen keine Antwort auf die Probleme und Defizite, sondern können diese letztlich noch verschärfen. Dies gilt auch und gerade für den im Antrag formulierten Weg der Kapitalprivatisierung der DB AG.

In keinem Land der Welt gibt es positive Erfahrungen mit der Privatisierung der Bahnsysteme. Die Beispiele in Großbritannien und jüngst in Neuseeland zeigen in drastischer Weise, dass nach Privatisierungen heute die Staaten dort sowohl vor heruntergewirtschafteten Bahnen wie vor immensen Lasten für die öffentlichen Haushalte stehen.

Der vorgelegte Antrag beschönigt die Entwicklung und die Situation der Deutschen Bahn und formuliert Ziele und Ansprüche, die durch den aufgezeigten Weg nicht einlösbar sind.

Im Einzelnen geht es dabei um folgende Punkte:

1. Selbst die optimistisch erwarteten Einnahmen stehen mit 4 bis 8 Mrd. EUR in keinem angemessenen Verhältnis zum Wert des Unternehmens und den enormen Risiken und Nachteilen der Privatisierung.
2. Diese Einnahmen reichen nicht ansatzweise dazu aus, den im Antrag proklamierten Investitionsbedarf zu decken, zumal ein Drittel dem Bundeshaushalt zum Schuldenabbau und ein Drittel dem Eigenkapital der DB AG zugeführt werden sollen. Letzteres wird größtenteils der Umsetzung der globalen Logistikstrategie des Unternehmensvorstands, also Zukäufen im Ausland, dienen. Der verbleibende Rest erreicht als Einmalbetrag etwa die Höhe von einem Zehntel der jährlichen Aufwendungen des Bundes für die Regionalisierungsmittel und Investitionszuschüsse des Bundes für die Infrastruktur, stellt also eine zu vernachlässigende Größe dar.
3. Der von den Antragsbefürwortern erweckte Eindruck, nur durch eine Privatisierung von Unternehmensanteilen könnte überhaupt "frisches Geld" für die Schiene erlöst werden, ist falsch. Die durchschnittlich erwirtschaftete Rendite eines börsennotierten Unternehmens aus Dividenden und Kurssteigerungen liegt derzeit mehr als doppelt so hoch wie die Kosten für traditionelle Finanzierungsformen (z. B. Anleihen). Ohne angemessene Rendite bzw. Renditeerwartung findet eine börsennotierte Aktiengesellschaft keine Käufer für ihre Aktien. Somit ist der Börsengang im Falle der Bahn aus der Sicht des Staates die teuerste Finanzierungsform für künftige Investitionen.
4. Die Hereinnahme privater Aktionäre, sei es auch nur mit Minderheitsbeteiligung und nur in Konzernteilen, verändert mit dem Zwang zur maximalen Renditeerwirtschaftung ein Unternehmen in seinem Kern und Wesen, auch dann, wenn der Staat die Anteilmehrheit behält. Wenn gegen Renditeziele verstoßen wird, z. B. zur Wahrung gesellschaftlicher Erwartungen wie der Daseinsvorsorge oder Beschäftigungssicherung, entstehen Entschädigungsansprüche jedes einzelnen Aktionärs.
5. Zukünftig bestimmen die Interessen privater Anteilseigner über den Gesamtkonzern. Da kein Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag zwischen der Holding und der Verkehrs- und Logistikgesellschaft (VuL) bestehen soll, dominieren aufgrund des Aktien-gesetzes die Anlegerinteressen die VuL direkt und den Infrastrukturbereich vermittelt.
6. Der Antrag setzt - entgegen der Beschlusslage und den nicht verhandelbaren Zielen der SPD - keine Obergrenze von 24,9 % für die zu privatisierenden Anteile. Im Gegenteil: Er ermöglicht für die VuL einen Verkauf von 49,9 %, für deren Töchter oder Teilen davon sogar einen vollständigen Verkauf. Auch der Struktursicherungs-Tarifvertrag schließt dies nicht aus. Ohne präzise gesetzliche Regelung ist letztlich auch ein totaler Verkauf der VuL nicht ausgeschlossen, ebenso wenig wie der von Teilen der Infrastruktur, beispielsweise von weiteren Bahnhöfen, Immobilien oder Energieversorgungsbetrieben.
7. Es gibt keine belastbaren Beschäftigungsgarantien, weder im Antrag noch im Struktursicherungs-

Tarifvertrag. Der Tarifvertrag zwischen TRANSNET/GDBA und DB AG enthält nur Zusagen zu Verhandlungen. Diese sollen bis spätestens September 2010 aufgenommen werden. Eine feste Zusage zur Verlängerung der Beschäftigungssicherung oder gar den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen enthält diese Regelung nicht. Damit bestätigt sich der Verdacht, dass die Beschäftigten der DB AG und ihre Gewerkschaften hinsichtlich der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen dauerhaft erpressbar sind. Das Vertragswerk sieht auch keine Mechanismen vor, die den integrierten Arbeitsmarkt über die zersplitterten Gesellschaften hinweg wirksam sichern. Daran ändert auch die rechtliche Ermöglichung von Arbeitskämpfmaßnahmen nichts, da im Gegenzug zu Beschäftigungsgarantien stets an anderer Stelle nachgegeben werden muss. Auch beziehen sich alle Beschäftigungszusagen lediglich auf privatisierungsbedingten Arbeitsplatzabbau. In der Praxis wird es jedoch kaum möglich sein, den Wegfall von Arbeitsplätzen im Einzelnen auf die Privatisierung zurückzuführen.

8. Steuerliche Lasten sollen auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Der Tarifvertrag sieht vor, dass die Beschäftigten herangezogen werden, um steuerliche Mehrbelastungen auszugleichen, die sich aus der neuen Konzernstruktur ergeben.

9. Der Bund übernimmt zusätzliche und neue Haushaltsrisiken großen Ausmaßes, auch weil die bestehenden Schulden der DB AG sowie "überzähliges" Personal weitestgehend bei der Holding geparkt werden, für die der Bund zu 100 % geradesteht. Der Bund muss im Gegenzug für mindestens zehn Jahre insgesamt rund 25 Mrd. Euro an Verpflichtungsermächtigungen für die Absicherung der Infrastruktur im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) leisten. Hinzu kommen finanzielle Risiken für die Leistung von Nachteilsausgleichen bei öffentlichen Vorgaben für die Aufrechterhaltung von Schienenfernverkehren und die finanzielle Absicherung der Beschäftigungssicherung, da laut Tarifvertrag Nachteilsausgleichsansprüche gegenüber Konzerntochtergesellschaften - also der privatisierten VuL AG - ausgeschlossen werden (§ 1 letzter Satz). Insgesamt entsteht ein dauerhafter Lastentransfer auf den Bund zugunsten der privatisierten Konzernteile.

10. Das System Schiene entgleitet noch mehr als bisher der demokratischen und parlamentarischen Kontrolle und Beeinflussbarkeit. Die aktuell geplanten Privatisierungsschritte werden keinem gesetzgeberischen Verfahren unterzogen. Damit ist dies auch für die künftigen Schritte vorgezeichnet.

Weder der Beteiligungsvertrag des Bundes mit der DB AG noch die Pläne über die internen Strukturen des Bahnkonzerns (z. B. hinsichtlich Beherrschungs-, Weisungs- und Gewinnabführungsverhältnissen und personeller Verflechtungen) noch die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) liegen dem Deutschen Bundestag zum Zeitpunkt seiner Grundentscheidung vor. Auch ist nicht geplant, das Parlament als Ganzes später damit zu befassen oder auch einzelnen Ausschüssen wirksame Mitwirkungsmöglichkeiten zu gewähren (Ausnahme: einmalige Zustimmung des Haushalts- und Verkehrsausschusses zu LuFV). Danach wird es nur noch Berichtspflichten der Bundesregierung geben. Daher können die Befürchtungen hinsichtlich einer Ausdünnung des Personenfernverkehrs (z. B. Streichung von IC- und ICE-Verbindungen), des Einzelwagenverkehrs im Güterbereich, weitere Einsparungen bei Bahnhöfen, des Outsourcings von Tochterunternehmen für den Wettbewerb im Nahverkehr, forcierten Abbaus von Beschäftigung und Arbeitsbedingungen und vieles mehr nicht ausgeräumt werden.

Ich fordere deshalb die Bundesregierung auf, den Bahnbörsengang abubrechen und seine Grundlagen öffentlich neu zu debattieren.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 11.10.2008, 16:32 Uhr - 3080 Clicks - Nr. 944

DIE CDU WILL KEIN BÜRGERHAUS

Jens-Olaf Nuckel, Fraktionsvorsitzender der SPD Quickborn, zur Haltung der CDU Quickborn, keine Diskussion und Beratung zu einem Bürgerhaus in Quickborn zu akzeptieren.

Die SPD-Fraktion der Stadt Quickborn hat zum Thema „Sanierung/Neubau der Sporthalle am Mühlenberg“ den Vorschlag unterbreitet, bei einer baulichen Maßnahme die Möglichkeiten der Einrichtung eines Bürgerhauses zu beachten. Ein entsprechender Antrag wäre zur letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung Kultur und Freizeit sowie dem Ausschuss für Kommunale Dienste gestellt worden.

Ziel war es, bereits jetzt im Vorfeld aller Überlegungen die Möglichkeit der Unterbringung des Bürgerhauses in dieser Halle, in dem Neubau der Erweiterung des Bonhoeffer-Gymnasiums zu untersuchen. Hier ist die kostengünstige bzw. ggf. auch fast kostenneutrale Möglichkeit gegeben, endlich ein Treffpunkt für die Quickborner Bürger zu initiieren.

Beratungen sollen grundsätzlich dazu führen, dass eine sach- und fachgerechte Meinungsbildung erzeugt wird. Dazu sind alle Meinungen der Betroffenen abzuwägen, um daraus ggf. eine neue Idee zu entwickeln.

Die CDU verschließt sich mal wieder diesen Beratungen und weist vorab darauf hin, dass ein Bürgerhaus nicht finanzierbar sei. Und die CDU weiss ja bereits VOR allen Überlegungen und Beratungen, dass dieses Bürgerhaus nicht möglich ist. Wir sind wieder erstaunt, wie sachkundig die CDU Meinungen vertritt, die sie noch nicht einmal ansatzweise untersucht – geschweige denn – beraten hat.

Hier lässt sich mal wieder nicht der Eindruck verbergen, dass mal wieder eine gute Idee – weil sie nicht von der CDU kommt – nicht weiter verfolgt wird.

Wahrscheinlich wird die CDU im Laufe der Beratungen über die baulichen Maßnahmen am Bonhoeffer-Gymnasium den Joker aus der Tasche ziehen und vorschlagen, dass im Rahmen der Umbaumaßnahmen ein Bürgerhaus hier unterzubringen sei – so bereits geschehen mit den Räumlichkeiten der VHS im Forum der Stadt Quickborn.

Wir erwarten nicht den Beifall der CDU, wir erwarten das Einsetzen der gewählten Mitglieder der Stadt Quickborn FÜR DEN BÜRGER.....und nicht gegen Parteien!

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 11.10.2008, 19:35 Uhr - 2789 Clicks - Nr. 945

SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG KULTUR UND FREIZEIT

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Jens-Olaf Nuckel, berichtet aus den Ausschuss-Sitzungen in Quickborn

Als Ausschuss-Vorsitzender des Ausschusses für Bildung Kultur und Freizeit (ABKF) hat Jens-Olaf Nuckel (SPD) zu Mittwoch, den 08.10.2008 um 18.30 Uhr zu einer abgestimmten Sondersitzung gemeinsam mit dem Ausschuss für Kommunale Dienste (AKD) in die Mensa der Erich-Kästner-

Schule eingeladen. Einziger Tagesordnungspunkt war die Baumaßnahme am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, insbesondere die erste Beratung über die Sanierung oder den Neubau der Sporthalle am Mühlenberg. Anwesend waren neben den Ausschuss-Mitgliedern Vertreter der Verwaltung, der Architekt sowie zwei Sonderfachleute als bauliche Berater. Auch waren Zuhörer sowie Vertreter der betroffenen Schulen anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde durch den Vertreter der FDP im ABKF ein Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des einzigen Tagesordnungspunktes Sporthalle Mühlenberg beantragt. Begründet wurde dieser Antrag mit der unklaren Haushaltssituation der Stadt Quickborn sowie durch die nicht nachvollziehbaren Erhöhungen der Kosten der Schulbaumaßnahme.

Seitens der Vertreter der SPD in beiden Ausschüssen wurde argumentiert, dem Antrag nicht zuzustimmen. Es sei sinnvoll, die anwesenden Fachleute zu befragen, damit in den Fraktionen erschöpfend beraten werden kann. Seitens des Antragsstellers sowie der Vertreter der CDU wurde auf dieses Argument nicht eingegangen. Mit der Mehrheit der CDU/FDP in den Ausschüssen wurde dieser Antrag auf Absetzen des Tagesordnungspunktes angenommen.

Nicht nachvollziehbar sind folgende Tatsachen:

- Das vollständige Absetzen eines Tagesordnungspunktes bedeutet die vollständige Verweigerung der Beratung. Sinnvoll und notwendig wäre die erste Beratung unter Einbeziehung der Fachleute, sodass eine wirklich ausreichende Beratung danach in den Fraktionen stattfinden kann.
- Das vollständige Absetzen eines Tagesordnungspunktes bedeutet eine zusätzliche Beratung bei Einladung des Ausschusses, der Verwaltung sowie der Fachleute.
- Die zusätzliche Einladung bedeutet eine zusätzliche und vermeidbare Ausgabe im Haushalt. Insofern hat die Begründung der CDU einen sehr faden Beigeschmack.
- Der festgelegte Zeitplan zur Errichtung des Gebäudes des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums wurde seitens der Fachplaner widerrufen und ist nicht einzuhalten.
- Dieser o.g. Antrag ist in den Fraktionen der FDP sowie der CDU nicht erst 5 Minuten vor Beginn der Sitzung entstanden. Die Einladung ist fristgemäß 2 Wochen VOR der Sitzung verteilt worden und alle Fraktionen hatten Zeit, sich auf die Tagesordnung einzustellen. Trotzdem haben beide Fraktionen zwei Wochen gewartet, den Antrag zu stellen. Der Umgang der FDP/CDU mit den Ausschuss-Mitgliedern ist – gelinde gesagt – unmöglich.

Wir, die SPD-Fraktion der Stadt Quickborn, rügen das Umgehen der CDU/FDP mit allen Betroffenen. Hier wurde mal wieder Macht demonstriert, Macht der Mehrheit ohne Bodenhaftung!!

Brisant wird dieser Umgang zusätzlich dadurch, dass ein CDU-Mitglied des ABKF sich während der danach stattfindenden absolut berechtigten Diskussion in der Einwohnerfragestunde, in der die Anwesenden ihren Unmut über diese Vorgehensweise mitteilten, wortlos erhob und den Raum verließ. Gem. § 5 der Geschäftsordnung der Stadt Quickborn hat ein Mitglied dem Vorsitzenden über das vorzeitige Verlassen der Sitzung zu informieren. Dies ist nicht geschehen, eine Begründung wurde nicht genannt.

Wollte sich dieses Mitglied nicht der Diskussion mit den Bürgern stellen?

Das ist die viel zitierte Umgangsweise nach Gutsherrenart. Die CDU hat es wohl nicht nötig, sich mit den Bürgern auseinander zu setzen. Es wird so gemacht, wie die CDU es will und damit BASTA! Und die FDP wird zum Steigbügelhalter für die Richtung der CDU.

Kommentar von [laweno](#) vom 14.12.2008, 20:41 Uhr:

RE:SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG KULTUR UND FREIZEIT

hallo herr nuckel, leider gibt es menschen, welche noch neu in dem ausschuss sind, ihre meinung noch nicht durchsetzen können und bis jetzt meinten dem fraktionszwang folgen zu müssen...

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 12.10.2008, 21:29 Uhr - 2240 Clicks - Nr. 946

SPD- Stadtmitte fordert Gebührenverzicht für die Angelburger Straße.

Für Veranstaltungen nach Abschluss der Baumaßnahme der oberen Angelburger Straße sollen im laufenden Jahr keine Sondernutzungsgebühren erhoben werden.

Auch die Baumaßnahmen in der oberen Angelburger Str. stehen vor dem planmäßigen Abschluss. Die Anlieger, Grundstückseigentümer und Geschäftsleute planen nach Abschluss der Baumaßnahmen ein Straßenfest und andere Aktionen.

„Diese geplanten, dem Gemeinschaftssinn dienenden Aktionen sollte die Stadt mit einem Gebührenverzicht unterstützen“, so der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Stadtmitte Stephan Menschel.

„Während der langen Bauphase gab es eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Sanierungsträger, den ausführenden Firmen und den Anliegern“, verdeutlicht Frank Hamann, Geschäftsmann aus der Angelburger Str. und führt weiter aus: „Die vielen Monate waren für uns Geschäftsleute und Anwohner sehr hart, nun ist aber ein Ende ab zu sehen und das geschaffene Gemeinschaftsgefühl wollen wir mit geeigneten Aktionen festigen“.

Mit dem Wunsch, auf einen Gebührenverzicht für die Sondernutzung der Straße, stießen die Initiatoren beim SPD-Ortsverein Stadtmitte auf offene Ohren, der einen entsprechenden Antrag formulierte.

„Die SPD-Ratsfraktion hat für die nächste Sitzung des TBZ -Ausschusses am 16.10. unseren Antrag eingebracht“, so Stephan Menschel, „ Ich bin mir sicher, dass der Antrag die Zustimmung der Ausschussmehrheit erhält“.

Hier der Antrag :

Veranstaltungen nach Abschluss der Baumaßnahme der oberen Angelburger Straße.

Das TBZ wird mit Verweis auf die Vorlagen IFA-53 und 57/2007 gebeten, bei Aktivitäten der Anlieger der oberen Angelburger Str. nach Abschluss der derzeitigen Baumaßnahme, für 2008 keine Sondernutzungsgebühren zu erheben, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden:

1 Die Sondernutzungen müssen temporär sein und einen der Straßengemeinschaft förderlichen Zweck erfüllen.

2 Der Verzicht auf die Erhebung der Sondernutzungsgebühren bezieht sich ausschließlich auf folgende Punkte der Gebührensatzung:

1.1 a) zubereitete Speisen, Getränke, Zuckerwaren

1.1 c) Kunsthandwerk

1.5 Verkaufsplätze für Weihnachtsbäume

4.5 Informationsstände

4.6 Erwachsenenflohmärkte

3 Der Verzicht auf die Sondernutzungsgebühr ist auf das Jahr 2008 begrenzt.

4 Eventuelle Gewinne fließen der Interessengemeinschaft zu und werden zur Verschönerung der Strasse und zur werblichen Unterstützung der

Gewerbetreibenden vor Ort verwand.

Begründung:

Bereits mit der Beschlussvorlage IFA-53/2007 bestand die Absicht Aktivitäten während der Bauphase durch den Gebührenverzicht zu unterstützen.

Die beabsichtigten Aktionen der Anlieger konnten 2007 nicht umgesetzt werden.

Sollten nach Abschluss der Baumaßnahmen im November 2008 Aktionen, wie Straßenfeste etc. geplant werden, sollte die Stadt Flensburg diese durch einen Gebührenverzicht unterstützen.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 13.10.2008, 15:46 Uhr - 11351 Clicks - Nr. 947

Ausbildungschancen für alle Jugendlichen

Der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen (SPD) hat die positive Entwicklung am Ausbildungsmarkt begrüßt. „Das Ausbildungsjahr 2008 ist zum dritten Mal in Folge ein Rekordjahr“, freut sich Thießen. „Jetzt müssen wir nachvermitteln und auch den noch unversorgten Jugendlichen ein Ausbildungsangebot machen.“ Thießen appelliert an die Unternehmen, den neuen Ausbildungsbonus der Arbeitsagentur zu nutzen und allen Jugendlichen eine Chance zu geben.

Im Ausbildungsjahr 2008 konnte insgesamt erneut einen Zuwachs an Ausbildungsplätzen verzeichnet werden, und die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge könnte am Ende noch höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Erstmals seit langem waren bei der Bundesagentur für Arbeit Ende September mehr offene Lehrstellen als Bewerber gemeldet. Die Zahl der noch unversorgten Jugendlichen liegt mit 14.500 bei weniger als der Hälfte von vor einem Jahr. „Diese stetige Entwicklung verdanken wir auch dem Ausbildungspakt, den die SPD vor vier Jahren durchgesetzt hat“, sagt Thießen. Dennoch könne man immer noch besser werden: „Viele Firmen haben noch Potenzial für zusätzliche Ausbildungsplätze.“ Die Politik habe zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Betriebe bei der Ausbildung junger Menschen zu unterstützen. „Leider sind die vielen Möglichkeiten und Hilfen immer noch zu wenig bekannt.“

So könnten Unternehmen unter bestimmten Bedingungen erstmals einen Ausbildungsbonus in Höhe von bis zu 6.000 Euro von der Arbeitsagentur erhalten, sagt Thießen: „Mit diesem neuen Förderinstrument wird die Ausbildung von Jugendlichen unterstützt, die schon länger vergeblich eine Lehrstelle suchen. Er wird an Betriebe ausbezahlt, wenn sie einen zusätzlichen Ausbildungsplatz anbieten und benachteiligte Jugendliche einstellen“, erklärt Thießen. Der Ausbildungsbonus war auf Initiative der SPD im Sommer 2008 beschlossen worden. Mit ihm werden gezielt Altbewerber ohne oder mit niedrigem Schulabschluss gefördert, und besonders lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche beim Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten unterstützt. „Insgesamt wollen wir in den nächsten drei Jahren 100.000 jungen Menschen mit dem Ausbildungsbonus zu einer Lehrstelle verhelfen“, hofft der Abgeordnete.

Keine Kommentare

Vorstandssitzung AG 60plus Dithmarschen

Am 07.10.2008 traf sich der Vorstand zu seiner Sitzung in Meldorf. Im Mittelpunkt der Sitzung stand der Sachstandsbericht über die Senioren-Akademie-Dithmarschen durch Elke Schmidt, „Verein Volkshochschulen in Dithmarschen“.

Klaus Steinschulte führte aus, dass sich die AG 60plus erfreut über den gelungenen Start der Senioren-Akademie. Zuerst waren wir mit dem Begriff Senioren-Akademie nicht sehr glücklich. Inzwischen hat er sich aber durchgesetzt und ist allgemein anerkannt.

Er bittet Elke Schmidt, einen Sachstandsbericht zu geben.

Elke Schmidt führte aus, dass sie der AG 60plus nach wie vor dankbar für den Anstoß zur Gründung der Senioren-Akademie ist. Anfang 2007 wandte sich die AG 60plus an den „Verein Volkshochschulen in Dithmarschen e. V.“. Idee war eine Art „Senioren-Akademie“ ins Leben zu rufen. Nach einer Reihe vorbereitender Gespräche zwischen dem „Verein Volkshochschulen“ und der AG 60plus wurde beschlossen, das Projekt in Angriff zu nehmen. Es sollten nicht bereits bestehende, erfolgreiche Konzepte übernommen werden. Wir wünschten uns einen Dialog mit anderen Interessierten. Dazu wurde in Meldorf eine „Zukunftswerkstatt“ veranstaltet. Auf dieser wurde beraten, was eine „Senioren-Akademie sein könnte, welches Niveau angestrebt werden sollte. Vor allem sollte festgestellt werden, welche Themen von besonderem Interesse waren. Es sollte etwas gemacht werden, bei dem viele mitmachen wollten. Auf dieser Veranstaltung wurden zahlreiche Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit den geplanten Themen befassten.

Festgestellt wurde, dass viele Menschen die Lebensphase nach dem Beruf für Bildung nutzen wollen. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich. Einige wollen etwas nachholen, was sie in der Schule versäumt haben, einige hatten während der Arbeitsphase oder der Betreuung der Familie keine Zeit etwas für die eigene Bildung zu tun. Es ging auf der Zukunftswerkstatt nicht um Themen, die die Volkshochschulen schon immer anbieten. Es ging darum, auf dem flachen Land etwas anzubieten, was sonst nur an Hochschulstandorten geboten wird. Dort ist es für Rentner und Ruheständler kein Problem eine intensivere, wissenschaftlich ausgerichtete Bildung anzustreben. Diese Angebote suchten wir bei uns in Dithmarschen bisher vergeblich. Wichtig war es die Angebote auf verschiedene Orte zu legen. Das soll so auch in der Zukunft weitergeführt werden. Zusätzliche Angebote möchte man in kleineren Orten stattfinden lassen.

Die jetzt angebotenen Kurse haben sehr guten Zuspruch gefunden. Zurzeit nehmen 98 Personen die Kurse wahr. Das ist gut. Es haben noch nicht alle Reihen begonnen.

Zurzeit werden angeboten: „Renaissance erleben“, „Die Entwicklung der europäischen Architektur“, „Vor- und Frühgeschichte Dithmarschens – von der Eiszeit ins Mittelalter“, „Die Küstenlandschaft Dithmarschens im Wandel der Zeiten“, „Alter(n) in der Gesellschaft 1“, „Religion (Judentum - Christentum – Islam“.

Es besteht weiter die Möglichkeit, Gasthörer an der Fachhochschule Westküste zu werden. In den nächsten Semestern sollen die Reihen zur Kunst und Architektur mit neuen Schwerpunktthemen, die Reihe „Altersforschung“ mit Schwerpunkt „Lebenswelten im Alter“ und zur Dithmarscher Geschichte „Dithmarschen im Mittelalter“ fortgesetzt werden. Dazu kommt eine neue Reihe „Literatur“ sowie „die Geschichte des Christentums“. Weiter sollen naturwissenschaftliche Themen, teilweise in Kooperation mit der FHW angeboten werden. Frau Dr. Bouillon möchte über verschiedene Epitaphe in Dithmarscher Kirchen arbeiten lassen. Das Ergebnis soll eventuell veröffentlicht werden (Internet, Print).

Klaus Steinschulte dankt Elke Schmidt für die Ausführungen. Er ist der Meinung, dass wir mit dem

„Verein Dithmarscher Volkshochschulen“ den richtigen Partner gefunden haben.-

Weiter beschäftigte sich der Vorstand mit der Veranstaltung zum neuen Pflegegesetz. Die Veranstaltung findet am 20. Oktober 2008, 17:30 in Meldorf, Erheiterung statt. Viele der Anwesenden haben vom Kreisbüro noch keine Einladung bekommen. Klaus schreibt noch einmal alle an. Die Plakate werden vom Ortsverein geklebt. Moderiert wird die Veranstaltung von Ulrike Opravil. An der Podiumsdiskussion sollen teilnehmen: Wolfgang Baasch, MdL, Detlef Buder, MdL, Jörn Thiessen, MdB und Malte Spitzer, Leitender Kreisverwaltungsdirektor Kreis Dithmarschen.

Für uns sind nach wie vor drei Kardinalpunkte besonders wichtig:

1. Der Begriff Mitbestimmung muss im Gesetz den Begriff Mitwirkung ersetzen.
2. Die Regelprüfungen in großen Zeitabständen. Heute müssen die Prüfungen einmal jährlich stattfinden. Das ist bei 37 Heimen kaum zu schaffen. Es stehen dafür nur 1,75 Stellen zur Verfügung. Es kann sicher nur zu bestimmten Anlässen geprüft werden. Nach dem neuen Gesetz können die Heime einen Antrag auf Befreiung von der Regelprüfung stellen. Das wollen wir nicht. Wir wollen mindestens das Fortbestehen der jetzigen Regelungen.
3. Die Heimbeiräte bestehen aus Menschen, deren intellektuelle Leistungsfähigkeit teilweise eingeschränkt ist. Diesen Heimbeiräten muss Hilfestellung gewährt werden. Die Heimaufsicht kann das nicht leisten. Diese Hilfe läuft heute über die Multiplikatoren. Diese sind im Gesetzentwurf überhaupt nicht erwähnt. Sie sollten in das Gesetz aufgenommen werden. Es müssen für diese Arbeit auch Mittel bereitgestellt werden. Die entstehenden Kosten sind ihnen zu erstatten.

Bei der Veranstaltung in Meldorf sollen Unterschriften zum Erhalt der „Unabhängigen Beratungsstelle“ gesammelt werden.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 13.10.2008, 22:34 Uhr - 7570 Clicks - Nr. 949

Uni Flensburg ausbauen und fördern!

Die Fördergesellschaft der Universität feierte ihr 25jähriges Jubiläum und es wurde deutlich, mit wieviel Förderern und Befürwortern Flensburgs Bildungseinrichtung auf dem Campus rechnen kann. Die Landesregierung machte allerdings wenig Hoffnung auf einen unerwarteten Geldsegen.

Der Staatssekretär aus dem Bildungsministerium Jost de Jager sagte zu, dass die Krise im Fach "Vermittlungswissenschaften" gemeinsam mit Land und Uni gelöst werde und dass keine Studentin und kein Student um die Anerkennung der Abschlüsse bangen müsse.

Grußworte und Solidaritätsadressen kamen auch vom Stadtpräsidenten Dr. Christian Dewanger, der nicht nur zum Lehrkörper der Uni gehört, sondern dort auch seinen Abschluss und seine Promotion absolviert hat. Weitere Grußworte für die IHK kamen von Herrn Möser. Den Rahmen der Veranstaltung bildeten ein Rück und ein Ausblick der Vorsitzenden des Fördervereines Anke Methmann. Die Big Band der Uni -selbst Förderungsempfängerin des Vereines - zeigte sich durch flotte Weisen musikalisch erkenntlich.

Als Dozent der Uni und förderndes Mitglied ließ ich mich nicht lumpen und warf einen Gutschein

für 25 Studenten in die Kollekte. Sie sollen aus Flensburg sein und sich für Politik interessieren. Sie werden von mir für drei Tage nach Berlin eingeladen, um ein spezielles Programm zu absolvieren, welches ihnen die Hintergründe und Verfahren praktischen politischen Handelns näher bringen soll.

Bild: mit den Studenten meines Seminars an der Uni Flensburg

Keine Kommentare



[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 14.10.2008, 10:33 Uhr - 4014 Clicks - Nr. 950

Schwimmhaus-Kataster für Schleswig-Holstein

Schwimmhäuser müssen Export-Artikel werden

Nach einem Besuch der Gebrüder-Friedrich-Werft in Kiel-Friedrichsort und im Anschluss an ein Gespräch mit der Geschäftsführerin Kathrin Birr erklären die Abgeordneten Anette Langner und Rolf Fischer:

Die von der Friedrich-Werft entwickelten Schwimmhäuser sind ein Zeichen der Innovationsfähigkeit maritimer Wirtschaft in Schleswig-Holstein und enthalten viele neue Chancen für das Leben und Arbeiten am Wasser.

Die Schwimmhäuser können als Wohnhaus, als Büro, für gastronomische und touristische Zwecke genutzt werden. Schwimmhäuser müssen deshalb ein Export-Artikel für Schleswig-Holstein werden. Das ist eine Idee mit Zukunft.

Bislang sind aber Genehmigungsverfahren an geeigneten Standorten zeitaufwendig und mit hohen bürokratischen Hindernissen verbunden. Deshalb fordern wir, nach dem Vorbild von Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern ein Schwimmhauskataster für Schleswig-Holstein aufzustellen, das alle geeigneten Orte für Schwimmhäuser auflistet. Die derzeit stattfindende Diskussion um den Landesentwicklungsplan könnte dafür einen geeigneten Rahmen bilden.

Schon jetzt zeigt die hohe Nachfrage, dass diese Innovation nicht nur für neue Arbeitsplätze sorgen kann, sondern auch den Ruf Schleswig-Holsteins als maritime Spitzenregion festigen wird. Für die Werften ist dies ein neues Arbeitsfeld, das über den traditionellen Schiffbau hinausgeht.

Keine Kommentare

"10 Jahre Bundeskultur" - Bad Oldesloer Kulturforum bei Jubiläumsveranstaltung

Das Oldesloer Kulturforum in Person von Initiator Christian P. Schlichte hat am letzten Montag im September die Gelegenheit gehabt, nach persönlicher Einladung durch den SPD Parteivorstand an der Jubiläumsveranstaltung "10 Jahre Bundeskultur" im Jüdischen Museum in Berlin teilzunehmen. Anlass war das zehnjährige Bestehen des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien

In der Pressemitteilung zuvor hatten die Sprecherin der Arbeitsgruppe für Kultur und Medien Monika Griefahn, der medienpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Jörg Tauss und der Vizepräsident des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse u.a. erklärt:

Mit der Schaffung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) im Jahr 1998 durch Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde eine neue Ära eingeleitet. Durch dieses Amt und den neu geschaffenen Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages wurde die Kultur- und Medienpolitik zu einem festen und sichtbaren Bestandteil der Bundespolitik. Der Stellenwert von Kultur und Medien für die Gesellschaft hat sich in der öffentlichen Wahrnehmung erheblich erhöht.

Um diese vielen wichtigen Vorhaben umzusetzen, bedarf es einer deutlichen Stimme für Kultur und Medien. Einer Stimme, die sich in allen Politikbereichen, aber auch auf allen Ebenen, das heißt in den Ländern und in Europa für Kultur und Medien stark macht, wenn es zum Beispiel um die Stärkung der Künstlersozialversicherung, die Verhandlungen zur Beutekunst oder die Sicherung der Qualität des öffentlichen-rechtlichen Medienangebots und den Erhalt der Vielfalt der deutschen Medienlandschaft geht. Wir sehen die wesentliche Aufgabe von Bundeskulturpolitik darin, sich zum Anwalt der Kultur- und Medienschaffenden zu machen. Kultur ist keine Klientelpolitik, Kultur ist Lebensmittel.

Die bisherigen Staatsminister haben das Amt auf ihre je eigene Weise ausgefüllt und geprägt. Wurden unter Michael Naumann wichtige Weichenstellungen vorgenommen, so hat Julian Nida-Rümelin vor allem ordnungspolitische Fragestellungen aufgegriffen und Christina Weiss in besonderer Weise für die Förderung der Künste und der Kulturschaffenden gewirkt.

Auch in der Großen Koalition hat die SPD zusammen mit dem amtierenden Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) viel bewirkt. Insbesondere hat die SPD dafür gesorgt, dass die Haushaltsmittel des Bundes für Kultur und Medien erhöht wurden. Schritt für Schritt haben wir wichtige Projekte umgesetzt, einige davon werden noch bis zum Ende der Legislaturperiode ins Ziel gebracht werden können. Die Kultur- und Medienpolitik ist entscheidend durch sozialdemokratische Positionen geprägt worden.

Reisebericht: die Veranstaltung vorgelagert, war eine Führung durch das Jüdische Museum, Berlin, das als Ort der Feierlichkeiten diente. Nach einer Forendiskussion zum Thema "Bundeskultur in digitalen Medien" (an der u.a. der Intendant der ARD, der Leiter der Berlinale, der Präsident der Filmhochschule, der Leiter des Deutschlandfunkes teilgenommen hatten), began der Festakt mit einer Eröffnungsrede von Hubertus Heil, SPD Generalsekretär.

Im Anschluss hielt Gerhard Schröder eine Rede über die Motivation, zusammen mit anderen die damals neue Position des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

einzuführen.

Nach einer anschließenden Diskussionsrunde der drei ehemaligen BKM's seitens der SPD - Michael Naumann, Julian Nida-Rümelin und Christina Weiss - einer Darbietung des Bundesjugend-Jazzorchesters und einer Rede des Bundesaußenministers und SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier, schloss der Festakt mit einer weiteren Podiumsdiskussion (diesmal u.a mit Günter Grass) gegen 23 Uhr.

Christian P. Schlichte vom Kulturforum nutzte den Rest des Abends, um mit Kulturschaffenden aus anderen Bundesländern ins Gespräch zu kommen sowie um Michael Naumann, Gesine Schwan, Frank-Walter Steinmeier sowie Franz Müntefering und last but not least Gerhard Schröder seine Visitenkarte zu überreichen verbunden mit einer Einladung, in 2009 oder 2010 zu einer Lesung nach Bad Oldesloe zu kommen.

Franz Müntefering und Michael Naumann sagten spontan zu, nach Terminabsprache gerne mal in Bad Oldesloe zu lesen - mit dem Büroleitern von Gesine Schwan und Frank-Walter Steinmeier steht Schlichte seit letzter Woche in Kontakt.

Fazit: alles in Allem eine gelungene Reise in die Bundeshauptstadt.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 14.10.2008, 17:38 Uhr - 11678 Clicks - Nr. 952

SPD-Bundestagsfraktion lehnt Pläne der Regierung zur Bundeswehr im Inneren ab

Heute sind die Pläne der Regierung zur Änderung des Artikels 35 des Grundgesetzes in der Fraktion der SPD erst einmal durchgefallen. Nun wird unter der Leitung der Justizministerin Brigitte Zypries und dem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einen neuen Vorschlag machen soll.

Thießen: "Auch wenn ich mit der geplanten erweiterten Amtshilfe in Katastrophenfällen hätte leben können: So ist es besser. Der Einsatz der Bundeswehr muss ganz klar auf Hilfe zur Luft und zur See begrenzt werden, wenn Polizei, Feuerwehr und anderen Institutionen die Mittel dazu fehlen. Die Hilfe bei Katastrophenfällen wie z.B. Überflutungen und Stürmen war schon vorher geregelt und bleibt davon unberührt."

Keine Kommentare

[SPD-Wilster](#) - veröffentlicht am 14.10.2008, 20:39 Uhr - 3776 Clicks - Nr. 953

Thießen: "Alles Kapital ohne Sozialbindung wird nun verbrannt"

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung im Gasthof „Neue Börse“ hatte der SPD-Ortsverein hochkarätigen Besuch. Das Mitglied im Landesvorstand Stefan Bolln referierte über Landpolitik. Der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen berichtete über die aktuelle Berliner Politik. Natürlich nahm hier die Bankenkrise einen breiten Raum ein.

Thießen begann seine Ausführungen mit dem markigen Wort „Heuchler“ und meinte damit den FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle.

Stets habe dieser Herr vor zuviel Staat gewarnt und nach dem freien Spiel der Marktkräfte gerufen –

jetzt im Angesicht
zusammenbrechender
Banken rufe er nach dem
Staat als Retter.
„Alles Kapital ohne
Sozialbindung wird nun
verbrannt“ meinte Thießen.
Diejenigen, die sich auf
Hedgefonds, Zertifikate,
Derivate und andere Börsen-
Spielformen eingelassen
hätten, wussten was sie taten
oder seien im schlimmsten
Fall falsch beraten worden.
„Mein Mitleid mit diesen
und gutverdienenden



Bankmanagern hält sich in Grenzen.“ Das sei in der Regel auch nicht die Klientel der SPD, deren
Spareinlagen lägen im Schnitt bei 3500 Euro und dieses Geld sei im deutschen Banken-System gut
aufgehoben und sicher. Es wäre eine Katastrophe, wenn alle jetzthre Einlagen von den Banken
abheben würden. Es werde jetzt eine umfassende Reform der Kontrolle geben, unter anderem
forderte er die staatliche Beaufsichtigung der Ratingagenturen. Er gab diesen Agenturen die Schuld
an der Vertrauenskrise unter den Banken. „Auch die Bankenaufsicht muss reformiert werden“, hier
müsse der Staat ansetzen.

Auswirkungen gäbe es aber für alle: „Sollte die Bundesregierung die gegebenen Bürgschaften
einlösen müssen, kann man den angestrebten ausgeglichenen Haushalt vergessen und viele Projekte
können nicht verwirklicht werden. Dies und die Talfahrt an den Börsen hat auch immer
schlimmeren Einfluss auf die Konjunktur in Deutschland und der Welt.“

Wie nicht anders zu erwarten, schloss sich hier eine rege Diskussion an. Zur Lage in Afghanistan
meinte Thießen, es werde nur gelingen, die Taliban zurückzudrängen, wenn die Hilfe des Westens
spürbar bei der Bevölkerung ankomme. Er hoffe, dass die Wahlen dort im nächsten Jahr eine
weniger korrupte Regierung an die Macht bringen.

Er kündigte schließlich noch an, auf dem am 20. November in Wilster stattfindenden Wahlparteitag
wieder als Kandidat für den Bundestag antreten zu wollen.

Bei Versammlungsbeginn hatte Helmut Jacobs den Mitgliedern offiziell mitgeteilt, dass er bei der
Landtagswahl 2010 nicht mehr antreten werde. Er habe 1996, 2000 und 2005 im Wahlkreis
Steinburg-West kandidiert. Bei der letzten Landtagswahl habe er es direkt nicht geschafft und sein
Listenplatz habe auch nicht ausgereicht, da die SPD-Fraktion von 41 auf 29 Abgeordnete
geschrumpft sei. Da es bei der nächsten Wahl vermutlich noch schwerer werden werde, den
Wahlkreis direkt zu gewinnen, habe er sich entschlossen, sich wieder voll seinem Beruf als
Pädagoge zuzuwenden. Er denke aber gern an eine neunjährige interessante und
abwechslungsreiche Landtagsarbeit zurück. Dieses habe er im Juli allen Ortsvereinen schriftlich
mitgeteilt. Inzwischen habe sich das Landesvorstandsmitglied Stefan Bolln, der in Hohenaspe
aufgewachsen ist, gemeldet, um für diesen Wahlkreis zu kandidieren.

Stefan Bolln – von Beruf Schornsteinfeger – stellte sich den Mitgliedern vor. Die Landtagswahl sei
zwar erst 2010, aber um viel Zeit zu haben, sich im Wahlkreis bekannt zu machen, habe er sich
schon so früh zu der Bewerbung entschlossen. In der Landespolitik ist er Umweltexperte und er
wusste viel über diese Themen zu berichten. Als jüngsten Erfolg vermeldete er, dass in Eiderstedt
der Streit um die von der EU geforderten Flächen beigelegt sei. Es würden jetzt t 15000 Hektar
unter Naturschutz gestellt. Er thematisierte auch die Bildungspolitik und bezeichnete die
Gemeinschaftsschule als ein Erfolgsmodell, da für diese Schule die meisten Schülerinnen und
Schüler angemeldet worden seien.

Dieses Thema rief Kirsten Hillebrecht-Kahl, die in Vertretung für die erkrankte Ortsvorsitzende Natascha Böhnisch die Versammlung leitete, auf den Plan. Sie forderte von den beiden Politikern, sich für mehr Lehrer einzusetzen. „Die jetzige Situation an den Schulen ist unhaltbar. In den Schulen im Kreis Steinburg werden nur noch Löcher gestopft, ein regulärer Unterricht ist nicht mehr möglich“, gab sie Bolln und Thießen mit auf den Weg.

Von einzelnen Versammlungsteilnehmern wurde beklagt, dass einerseits im Lande genügend Lehrer ausgebildet würden, diese würden aber andererseits zuhauf nach Niedersachsen abwandern, weil dort die Einstellungsbedingungen wesentlich attraktiver seien.

Dann folgte eine Nachlese der Kommunalwahl 2008. Helmut Jacobs erklärte, dass die SPD ihr Wahlziel, die Mehrheit der CDU zu brechen, nicht erreicht habe. Die SPD habe zwar bei der Wahl des Stadtparlaments fast vier Prozent zulegen und der CDU ein Mandat abnehmen können, aber es fehlten rund 70 Wähler, um die absolute Mehrheit zu erreichen. Die Wahl sei im Wahlkreis II (Menckestift) entschieden worden. Hier habe die CDU überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Man habe hierfür noch keine Erklärung. Auch bei der Wahl zum Steinburger Kreistag sei der Wahlbezirk II entscheidend gewesen. Manfred Schmiade fehlten lediglich 60 Stimmen für das Direktmandat. Im Vergleich aller Kreistagswahlkreise habe Manfred Schmiade das beste SPD-Ergebnis erreicht. Das sei auch Schmiade persönlich zu verdanken, führte Jacobs aus.

Ein Höhepunkt der Versammlung war die Ehrung langjähriger Mitglieder.

Arno Kruse, Horst Langer und Jan-Hendrik Thie sind 10 Jahre, Thomas Suhl und Uwe Watzlaw sind 20 Jahre, Kirsten Hillebrecht-Kahl und Christa Pries sind 25 Jahre, Anneliese Marler ist 30 Jahre und Hubert v. Holdt ist sogar 55 Jahre in der SPD. Es konnten nicht alle Jubilare an der Versammlung teilnehmen. Helmut Jacobs nahm die Ehrung vor. Er dankte allen für ihre langjährige Treue zu einer Partei, die auf eine lange Geschichte mit vielen Höhen und Tiefen zurückblicken könne, die für soziale Gerechtigkeit eintrete und für die Menschen viel bewirkt, aber besonders in Regierungsverantwortung schwere Zeiten durchgemacht habe.

Helmut Jacobs fand für alle Jubilare einige persönliche Worte. Alle erhielten eine Urkunde und einen von Robert Friedrichs gestifteten Alt-Wilster-Kalender. Christa Pries und Kirsten Hillebrecht-Kahl wurden zusätzlich mit der silbernen Ehrennadel ausgezeichnet. Helmut Jacobs appellierte an alle Geehrten der SPD, die allmählich bei der Bevölkerung wieder mehr Vertrauen erhalte, noch lange die Treue zu halten.

Auf dem Gruppenfoto von links: Helmut Jacobs, Thomas Suhl, Kirsten Hillebrecht-Kahl, Anneliese Marler, Christa Pries, Jörn Thießen MdB, Horst Langer

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 15.10.2008, 07:33 Uhr - 6319 Clicks - Nr. 954

Moderne Söldner statt Staatsgewalt?

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat Wolfgang Wodarg mit der Erarbeitung eines Berichtes zur Privatisierung militärischer Macht beauftragt. Als Kernproblem kritisiert der stellv. Fraktionsvorsitzender der Sozialisten im Europarat die Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols und der parlamentarischen Kontrolle. Der Straßburger Staatenbund will als erste internationale Organisation diesem heiklen Thema auf den Grund gehen.



Der wachsende Markt privater Militärfirmen braucht Kriege

Solange mit Militäreinsätzen viel Geld zu verdienen ist, bleibt es schwer, Frieden zu schaffen. Söldnerarmeen sind an der Börse notiert, Kampfeinsätze und Spionage sind käufliche Dienstleistungen und sorgen für sagenhafte Gewinne der Investoren. Es geht um das staatliche Gewaltmonopol, um die Voraussetzung demokratischer gesellschaftlicher Entwicklung in Europa und auf globaler Ebene!

Als Berichterstatter zu diesem aktuellen und höchst brisanten Thema im politischen Ausschuss des Europarates und als Entwicklungspolitiker im Deutschen Bundestag fordere ich Transparenz sowie nationale und internationale Regeln für die Unternehmen dieser Branche.

Dazu sind unter anderem folgende Maßnahmen erforderlich:

- * Die Einführung eines Registrierungs- und Lizenzierungssystem von privaten Sicherheitsunternehmen;
- * ein verbindlicher Verhaltenskodex für Militär- und Sicherheitsfirmen;
- * Formulierung und Einhaltung klarer Regeln für die Verfolgung von Straftaten im Einsatzgebiet.

Auf internationaler Ebene muss zumindest die Konvention gegen die Rekrutierung, Verwendung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern von 1989 -in Kraft getreten am 20. Oktober 2001- von Deutschland und den anderen Zeichnerstaaten endlich ratifiziert werden. Weiterhin sollten Normen für die Duldung von Söldnerarbeit im jeweils eigenen Land ebenfalls international verpflichtend werden. Neben weiteren Aufgaben der Daseinsvorsorge ist das Gewaltmonopol seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges ein wesentliches Existenzmerkmal moderner Staaten und Staatengemeinschaften. Wer dieses in Frage stellt und das Geschäft mit der Gewalt als neuen Wachstumsmarkt fördert, riskiert das Chaos eines neuen Mittelalters.

Euer Wolfgang Wodarg

PRESSE-ECHO

Folgender Artikel ist in der Heidenheimer Neue Presse in der Rubrik 'Brennpunkt' erschienen:

Private Söldner auf dem Vormarsch - Europarat untersucht die Einsätze von einer Million kommerziell tätiger Soldaten und Polizisten

Der Europarat prangert den Einsatz bezahlter Söldner in Konflikten an. Dies untergrabe das staatliche Gewaltmonopol und die parlamentarische Kontrolle.

Der Irak macht immer dann Schlagzeilen, wenn grausige Bilder über die Opfer von Selbstmordanschlägen oder Bombenattentaten rund um den Globus flimmern. Im Schatten dieser Schreckensnachrichten wird kaum wahrgenommen, dass auf Seiten der USA und ihrer Verbündeten sowie der irakischen Regierung kommerzielle Soldaten und Polizisten mittlerweile die Mehrheit der Truppen stellen.

Diesem erstaunlichen Phänomen moderner Kriegsführung hat sich der Bundestagsabgeordnete und Europarats-Parlamentarier Wolfgang Wodarg angenommen. Der SPD-Politiker hat noch andere Beispiele für den Vormarsch moderner Söldner parat, die nicht nur im Auftrag von Staaten tätig werden und Soldaten ersetzen: In Südamerika würden solche Kommandos im Auftrag von Latifundienbesitzern zuweilen mit Todesschwadronen kooperieren oder gegen streikende Arbeiter

vorgehen. "Da bilden sich mafiöse Strukturen heraus." In Guatemala spiele der Staat nur noch eine Nebenrolle: Das Land werde von zwölf Kaffeebaronen beherrscht, deren private Einheiten bereits stärker seien als das Militär und die Polizei des Landes.

Solche Erkenntnisse werden sich niederschlagen in einem Bericht über die Gefahren der Privatisierung militärischer und polizeilicher Macht, zu dessen Erstellung die Parlamentarische Versammlung des Straßburger Staatenbunds jetzt Wodarg beauftragt hat. Der Europarat will zunächst über internationale Organisation diesem heiklen Thema auf den Grund gehen.

Nach den Straßburger Zahlen sind weltweit bereits über eine Million kommerzieller Soldaten und Polizisten für mindestens 1000 Firmen aktiv, die laut Wodarg zu 80 Prozent in den USA und Großbritannien angesiedelt sind. Das Unternehmen Blackwater, aus dem Irak und Afghanistan bekannt, ist eine prominente, wenn auch kleine Firma. Nach Wodargs Übersicht sind die "Privaten" zurzeit in mehr als 100 Ländern aktiv, ob in Darfur, im Tschad, in Kolumbien oder in Kasachstan. Diese Dienste der Privatfirmen werden von Regierungen, aber auch von Unternehmen in Anspruch genommen, etwa im Rahmen der Öl- und Gasförderung. Laut Europarat beläuft sich der Jahresumsatz dieser boomenden Branche auf gigantische 200 Milliarden US-Dollar.

Als Kernproblem kritisiert der Europarats-Politiker die Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols und der parlamentarischen Kontrolle. Die Aufsicht der Volksvertreter könne wegen der verschachtelten, oft geheimen Verträge mit solchen Firmen so gut wie nicht wahrgenommen werden. In den USA müsse die Regierung den Kongress über Aufträge unter 50 Millionen Dollar schon gar nicht mehr unterrichten.

Wodarg: "Es handelt sich um eine maskierte Ausweitung der Verteidigungsetats." Je häufiger moderne Söldner zum Zuge kommen, desto mehr werden reguläre Kräfte von ihnen abhängig. "Private Militärs und Sicherheitsdienste sind wirtschaftlich darauf angewiesen, dass es Spannungen gibt", klagt Wodarg. Aufgabe staatlicher Politik müsse es aber sein, Kriege abzuwenden und Spannungen abzubauen, mahnt der Abgeordnete.

Der SPD-Politiker lenkt den Blick noch auf ein spezielles Problem. Abu Ghraib steht für ein schlimmes Kapitel der US-Kriegführung im Irak: Häftlinge wurden misshandelt und gedemütigt. Die böse Story provozierte dicke Schlagzeilen. Was Wodarg besonders empört: Bestraft worden seien zuletzt lediglich untere Chargen der US-Armee, nicht hingegen die Befehlsgeber - Angehörige eines privaten Wachdienstes, dem das Management des Gefängnisses oblag. Dieser Fall beleuchtet aus Sicht des Europarats-Politikers ein Kardinalproblem: "Kommerzielle Einheiten operieren in einer rechtlichen Grauzone und sind bei Verfehlungen nur schwer zu belangen."

Folgender Artikel ist in der Wochenzeitung "Das Parlament" erschienen:

EUROPARAT/ Wolfgang Wodarg soll Bericht zur Privatisierung militärischer Macht erarbeiten

Abu Ghraib steht für ein schlimmes Kapitel der US-Kriegführung im Irak: Häftlinge wurden misshandelt und gedemütigt. Die böse Story provozierte dicke Schlagzeilen. Doch bestraft wurden schließlich untere Chargen der US-Armee, nicht hingegen die Befehlsgeber - Angehörige eines privaten Wachdienstes, denen das Management des Gefängnisses oblag. Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg beleuchtet dieser Fall ein Kardinalproblem des vielerorts auf dem Erdball immer massiver werdenden Einsatzes moderner Söldner: "Kommerzielle Einheiten operieren rechtlich in einer Grauzone und sind bei Verfehlungen nur schwer zu belangen." Auch von diesem Dilemma wird der Bericht über die Gefahren der Privatisierung militärischer und polizeilicher Macht handeln, zu dessen Erstellung die Parlamentarische Versammlung des

Europarats jetzt Wodarg beauftragt hat, der im paneuropäischen Abgeordnetenhaus sitzt. Der Straßburger Staatenbund will als erste internationale Organisation diesem heiklen Thema auf den Grund gehen.

Nach Zahlen des Europarats sind weltweit schon über eine Million kommerzieller Soldaten und Polizisten für mindestens 1.000 solcher privater Firmen aktiv, die laut Wodarg zu 80 Prozent in den USA und Großbritannien angesiedelt sind. Der Jahresumsatz dieser Branche belaufe sich auf gigantische 200 Milliarden Dollar. "Blackwater" aus den USA ist eine prominente, wenn auch nur kleine Firma.

Im Irak stellen die modernen Söldner, so der Europarats-Politiker, bereits die Mehrheit der Truppen. Derzeit seien die "Privaten" in über 100 Ländern aktiv, ob im Sudan, im Tschad, in Kolumbien, in Afghanistan oder in Kasachstan.

Als Kernproblem kritisiert der Europarats-Parlamentarier die Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols und der parlamentarischen Kontrolle. Die Volksvertreter könnten die Aufsicht wegen der oft geheimen Verträge mit solchen Firmen so gut wie nicht wahrnehmen.
(Geschrieben von Karl-Otto Sattler)

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 15.10.2008, 12:07 Uhr - 2381 Clicks - Nr. 955

Kostenfreies Mittagessen an Flensburger Schulen?

SPD will Informationen und sucht Möglichkeiten zum Einstieg.

Zur Chancengleichheit während der Schulzeit gehört auch eine ausgewogene Ernährung. Darum schlägt die SPD vor, dass von der Verwaltung die Kosten ermittelt werden, die entstehen würden, wenn es kostenfreies Mittagessen für die Kinder an den Ganztagschulen und an den Grundschulen mit anschließender Betreuung gibt.

Die SPD wünscht sich, dass auf der Grundlage der ermittelten Informationen Modelle entwickelt werden, die zumindest den Einstieg für ein kostenfreies Mittagessen ermöglichen. Dabei liegen ihr Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwächeren Familien besonders am Herzen. Ratsfrau Regina Porath hat deshalb für den Bildungsausschuss einen entsprechenden Antrag formuliert.

„Besonders die Kinder von Eltern, die ein geringes Einkommen haben, leiden darunter, dass es für sie nicht möglich ist, an einer Mittagsmahlzeit teilzunehmen“, schreibt sie in der Begründung des Antrages.

Da eine generelle Kostenfreiheit zur Zeit nicht finanzierbar ist, hält die SPD es für sinnvoll, dass über Einstiegsmodelle nachgedacht wird. „Oberstes Ziel“, so Pressesprecherin Simone Lange, „bleibt aber eine generelle Kostenfreiheit, da für uns das Wohl aller Kinder im Mittelpunkt steht, unabhängig von der Herkunft und den Einkommensverhältnissen der Eltern. Für uns ist dies auch eine Maßnahme gegen soziale Ausgrenzung. Wir wollen Chancengleichheit für alle Kinder in Flensburger Schulen.“

„Alle Kinder sollen zukünftig die Möglichkeit erhalten, eine warme, gesunde Mittagsmahlzeit einzunehmen“, heißt es in einer Pressemitteilung der SPD: „Zukünftig sollte das gemeinsame Mittagessen zum gewohnten Tagesablauf gehören. Auch lange Schulwege und Ganztagschulen führen dazu, dass Kinder, die nicht in der Schule essen können, viele Stunden ohne ordentliche Mahlzeit auskommen müssen.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.10.2008, 13:28 Uhr - 1411 Clicks - Nr. 956

Neuer Konsolidierungspfad wird Eckwertebeschluss ersetzen

Zum erstmals vorgelegten doppischen Haushaltsentwurf der Oberbürgermeisterin für das Jahr 2009 erklären der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Ralph Müller-Beck, und der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann:

„Die Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen werden den vorgelegten Haushaltsentwurf der Oberbürgermeisterin eingehend und sorgfältig prüfen. Das erstmals angewendete doppische Verfahren ermöglicht eine gründliche Bestandsaufnahme. Diese Chance wollen wir nutzen, um einen soliden Haushalt 2009 zu beschließen.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Kraftanstrengung bei der Erstellung dieses neuen Verfahrens. Wir halten fest am Ziel der Haushaltskonsolidierung. Ein konsolidierter Haushalt setzt voraus, dass nicht nur die Zahlen stimmen, sondern dass auch die notwendigen öffentlichen Aufgaben angemessen erfüllt werden: von A wie Abfallentsorgung bis Z wie Zulassungsstelle. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein neuer, der Doppik angepasster Konsolidierungspfad erforderlich, der den bisherigen „Eckwertebeschluss“ ersetzt.“

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 15.10.2008, 14:44 Uhr - 9589 Clicks - Nr. 957

Denkfabrik Schleswig-Holstein appelliert an Sozialpflicht des Eigentums

Auf ihrer letzten Sitzung in Lübeck haben die Mitglieder der Denkfabrik Schleswig-Holstein über die im Grundgesetz verankerte Sozialpflichtigkeit des Eigentums gesprochen.

In der momentanen weltweiten Finanzkrise geht es vor allem darum, Vertrauen in einen Staat zu schaffen, der auf die berechtigten sozialen Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger achtet und diese schützt. Jörn Thießen: "Wir waren uns darin einig, dass wir einen starken Staat brauchen, der seine Bürger schützen kann. Wir setzen uns



für eine Politik ein, die das Gemeinwohl gegen einzelne Gruppeninteressen stellt. Wir wissen aber auch, dass die konkrete Politik dieses Gemeinwohl gegen starke andere Interessen glaubhaft durchsetzen muss und daran gemessen wird."

Die Mitglieder der Denkfabrik sehen in der jetzigen Lage, die in vielen Punkten noch sehr unklar selbst für Experten ist, auch eine Chance: für einen seriösen Staat, der ebenso wie den Schutz der Bürger, auch deren Gemeinwissen fördert. Zu diesem Gemeinwissen gehört es eben auch, von

einem Finanzsystem welcher Art auch immer nicht überzogene Renditen zu erwarten. Wer seriös anlege und spare, müsse geschützt werden - wer "zocke", müsse auch die Risiken tragen.

Die Denkfabrik wird sich in Zukunft konkrete Projekte in Schleswig-Holstein vornehmen, die zeigen, wie Gemeinwohl, Gemeinwissen und Verlässlichkeit in der Gesellschaft ausgestaltet werden können.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 15.10.2008, 20:27 Uhr - 5737 Clicks - Nr. 958

Hallennutzungsgebühr abschaffen–Investitionskostenzuschüsse 2009 wieder zahlen!

„Die Flensburger Sportvereine sind ein Grundpfeiler der Gesundheitsvorsorge mit umfassenden Sport- und Bewegungsangeboten und tragen maßgeblich zum gesellschaftlichen und kulturellen Leben bei. Deshalb ist hier auch in Zeiten knapper Finanzen jeder Euro gut investiert“, meint die SPD. Ihre Ratsfraktion tritt deshalb dafür ein, die im Jahr 2005 beschlossene Hallennutzungsgebühr wieder abzuschaffen und die Investitionskostenzuschüsse für die Vereine ab 2009 wieder zu zahlen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost: „Wir hoffen, dass jetzt alle Ratsparteien durch die Tür gehen, die der frühere Vorsitzende des Sportausschusses Kai List im Frühjahr mit seinem Antrag geöffnet hat.“ List hatte damals mit dem Ziel, die Gebühren abzuschaffen, einen Beschluss herbeigeführt, wonach die Verwaltung die tatsächlichen Einnahmen und den Verwaltungsaufwand ermitteln sollte. Ursprünglich war für die Erhebung der Hallennutzungsgebühren am Wochenende eine jährliche Einnahme von ca. 40.000 Euro errechnet worden.

Die tatsächlichen Einnahmen betragen im vergangenen Jahr 27.951 Euro, im ersten Halbjahr 2008 waren es 16.640 Euro. „Diese Beträge stehen in keinem Verhältnis zu den Nachteilen für die Vereine. Mehr als jeder vierte Flensburger treibt Sport in einem Verein, in 79 Vereinen sind etwa 23.000 Mitglieder (davon 7.700 Jugendliche) organisiert. Sport verbindet alle Bevölkerungsgruppen und leistet Tag für Tag seinen Beitrag für ein lebenswertes Flensburg. Dies wird durch ein hohes ehrenamtliches Engagement sichergestellt, das wir anerkennen und honorieren wollen“, meint die SPD.

Einen Beitrag zu Haushaltskonsolidierung hat der Sport bereits durch eine auf die Jahre 2006 bis 2008 befristete Streichung der Investitionskostenzuschüsse (40.000 Euro) geleistet. Nach Auffassung der SPD müssen Verwaltung und Politik ein verlässlicher Partner der Sportlerinnen und Sportler bleiben. Helmut Trost: „Allen Überlegungen, über den bestehenden Beschluss hinaus hier auch zukünftig zuzugreifen, erteilen wir eine klare Absage. Ab 2009 müssen diese Zuschüsse wieder gezahlt werden. Der Vorsitzende des Stadtsportverbandes hat überzeugend dargelegt, dass diese Mittel zur Investitionsförderung für die Sportvereine unverzichtbar sind.“

Schließlich sind die anderen Zuschüsse für die Flensburger Sportvereine in Höhe von ca. 330.000 Euro seit Jahren eingefroren, was einer realen Kürzung entspricht. Dies betrifft beispielsweise die Gelder für die neben- und hauptamtlichen Übungsleiter oder die Sportjugend. Das trotz dieser Schwierigkeiten hohe Engagement der Vereine muss nach Auffassung der SPD anerkannt werden. „Denn wie würden sich die Kosten der Jugendsozialarbeit entwickeln, wenn sich die Vereine weiter zurückziehen müssten?“, fragt sie und begründet auch damit ihre sportpolitische Initiative.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 15.10.2008, 23:44 Uhr - 5817 Clicks - Nr. 959

MFG5: Es darf keine sozialen Härten geben

Zur Antwort der Landesregierung – Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Rolf Fischer (SPD) zur Situation des Marinefliegergeschwaders 5 in Kiel.-Holtenau erklärt der Vorsitzende des AK Bundeswehr

Bernd Vogelsang:

Der Arbeitskreis Bundeswehr der Kieler SPD zweifelt schon seit längerem die vom Bundesministerium für Verteidigung durchgeführten Berechnungen für die vorzeitige Auflösung und Verlegung des MFG 5 an.



Mit der bereits für das Jahr 2012 - also vorzeitigen Verlegung des MFG 5 - nach Nordholz hat wieder einmal bürokratische Willkür über militärische Vernunft gesiegt.

Der Arbeitskreis Bundeswehr der Kieler Sozialdemokraten wird alles daran setzen, damit diese Entscheidung rückgängig gemacht wird.

Wenn es trotz allem zur Verlegung kommt, darf es keine sozialen Härten für die Soldatinnen und Soldaten sowie für die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 16.10.2008, 10:30 Uhr - 6360 Clicks - Nr. 960

Waffen unter Kontrolle!

Zusammen mit 131 Bundestagsabgeordneten, 24 Europa-Abgeordneten und 5 Landtagsabgeordneten, darunter 3 aus Schleswig-Holstein, hat Wolfgang Wodarg sich für ein umfassendes internationales Waffenhandelskontrollabkommen ausgesprochen. In einer Erklärung, die Ende Oktober der Generalversammlung der Vereinten Nationen übergeben wird, rufen sie für strenge Kontrollen der Behandlung und des Transfers von Munition.



Jährlich werden hunderttausende Menschen weltweit Opfer von Waffengewalt. Aber bis heute gibt es keine internationalen Regeln über den Handel mit konventionellen Waffen. Deutschland ist einer der weltweit größten Rüstungsexporteure.

In einer Resolution der Vereinten Nationen hatte sich 2006 die Mehrheit der Mitgliedsstaaten für ein Übereinkommen zur Regulierung des Waffenhandels ausgesprochen. Infolge der Resolution begann ein Prozess hin zu einem rechtsverbindlichen Waffenhandelsabkommen ("Arms Trade Treaty").

Eine Expertengruppe sondierte zunächst die Machbarkeit für ein solches Instrument. Die Mitglieder dieser Gruppe kamen leider nicht zu einem Konsens darüber, ein rechtlich verbindliches Abkommen anzustreben. Diesen versucht eine Minderheit von Staaten, darunter die USA, China, Russland, Indien, Pakistan und Ägypten, zu blockieren und die Kontrollstandards so niedrig wie möglich zu halten. Ein rein politisches Instrument, wie z.B. ein Verhaltenskodex, wäre dann eine

Alternative. Dieser würde aber die höchsten möglichen Standards nicht erreichen können.

Wolfgang Wodarg setzt sich dafür ein, dass keine Waffen gehandelt werden dürfen, wenn eine Verletzung von Menschenrechten oder des humanitären Völkerrechts droht. Heute noch leben zu viele Menschen, darunter Kinder und Frauen, in Furcht vor bewaffneter Gewalt. Die Waffen gelangen zu leicht in die Hände jenen Menschen, die sie dazu verwenden, die Grundrechte anderer zu verletzen.

Die weltweite Kampagne 'Waffen unter Kontrolle!' ('Control Arms') hat bereits rund 2.000 Parlamentsvertreter weltweit mobilisiert. Am 20. Oktober werden Amnesty International, Oxfam und andere Nichtregierungsorganisationen die von ihnen unterschriebene Petition an die UN-Generalversammlung übergeben, um die Bedeutung eines internationalen Waffenkontrollvertrags zu unterstreichen.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 16.10.2008, 13:56 Uhr - 3038 Clicks - Nr. 961

SPD-Engelsby: Ermittlungen im Rathaus

Gestern fanden im Rathaus und weiteren städtischen Dienststellen Durchsuchungen von Büroräumen statt.

Begründet werden die Ermittlungen des Landeskriminalamtes und der Kieler Staatsanwaltschaft mit einem Anfangsverdacht wegen Betrug und Untreue in Zusammenhang mit dem Konversionsprojekt Gartenstadt Weiche.

„Die Abwicklung dieser Maßnahme birgt für die Stadt viele komplexe Sachverhalte“, erläutert Brüggemann und stellt sich vor die in den Fokus der Ermittler geratenen Kollegen.

Die private Erschließung von Wohnbauflächen unterscheidet sich grundlegend von einer stadteigenen Bereitstellung. Zahlreiche Einzelmaßnahmen und erforderliche Abstimmungen machen die Abwicklung des Projektes sehr kompliziert. Vor diesem Hintergrund ist es derzeit nicht möglich detaillierte Auskünfte zu diesem Sachverhalt zu geben, zumal alle vorhandenen Akten beschlagnahmt wurden.

Gemeinsam mit Oberbürgermeister Klaus Tscheuschner, der morgen von einer Dienstreise zurückkehrt, wird sich Brüggemann für eine Aufklärung dieses komplexen Sachverhaltes einsetzen.

„Die Gartenstadt Weiche ist ein hervorragendes privates Projekt, das Vorteile für den Stadtteil und auch die ganze Stadt bringt“, betont Bürgermeister Henning Brüggemann. „Ich gehe davon aus, dass alle, die daran mitgearbeitet haben, nach bestem Wissen und Gewissen für die Stadt Flensburg gehandelt haben“, ergänzt Brüggemann abschließend.



Keine Kommentare

Änderung Art. 35 bedarf weiterer Diskussion

SPD Innenpolitiker geschlossen gegen Vorschlag zur Grundgesetzänderung Art. 35.

Zur Diskussion um den Änderungsvorschlag des Koalitionsausschusses bez. Art. 35 des Grundgesetzes erklärt das für Innenpolitik zuständige SPD-Präsidiumsmitglied und Vorsitzender des parteiinternen Gesprächskreises Innenpolitik, Ralf Stegner:

„Unter den Innenpolitikern der SPD herrscht Einigkeit darüber, dass der vorgelegte Text, auf den sich der Koalitionsausschuss am 5. Oktober geeinigt hat, viel zu weitgehend ist. Der Entwurf des Koalitionsausschusses wurde bei einer Sitzung des Gesprächskreises Innenpolitik des SPD Parteivorstandes am vergangenen Montag einstimmig abgelehnt. Er bietet aus Sicht führender Innenpolitiker der SPD gegenwärtig keine Grundlage, auf der eine Grundgesetzänderung vorgenommen werden kann.

Bezüglich der Notwendigkeit einer Regelung, die die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz nötig gemacht hat, herrscht allgemeiner Konsens. Die SPD lehnt es aber weiterhin ab, weit reichende Gesetzgebung für - bisher glücklicherweise nur fiktive - Extremsituationen vorzunehmen.

Der Entwurf des Koalitionsausschusses ist weder mit der Beschlusslage des Hamburger Parteitages noch mit dem am 1. September 2008 einstimmig im Parteivorstand beschlossenen Sicherheits-Papier vereinbar. Hierin ist klargestellt, dass die SPD einen Einsatz der Bundeswehr nur im Rahmen der Amtshilfe und nur für Gefährdungslagen aus der Luft und auf/von See zulassen will.

Die SPD hat – verfasst in einem Entwurf der SPD-Bundestagsfraktion vom März 2007 – eine gute Diskussionsgrundlage zur Neuformulierung des Art. 35 GG eingebracht. An diesem Vorschlag halten wir fest und werden ihn konstruktiv in weitere Gespräche mit dem Koalitionspartner einbringen.“

Kommentar von [Ingo Buth](#) vom 22.10.2008, 01:59 Uhr:

Keine Änderung Art 35 !

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, die Änderung des Art 35 bedarf keiner weiteren Diskussion. In der jetzt vorliegenden Form gehört sie einfach vom Tisch. Das Grundgesetz bietet in seiner jetzigen Form bereits ausreichend Möglichkeiten, die Bundeswehr im In- und Ausland einzusetzen. So regeln unsere Soldaten im Kosovo mehr als nur den Verkehr, ohne in einem Kampfeinsatz zu sein. Bei entsprechender Auslegung des GG wäre auch der Einsatz der Marine gegen Piraterie, Drogen- und Menschenhandel vor dem Hintergrund des internationalen Rechtes, hier des Seerechtes, zulässig. Ich muß allerdings zugeben, daß die Juristen hier nicht einer Meinung sind und es sich eher um eine Mindermeinung handelt. Was den Einsatz im Inneren angeht, so kennt Not kein Gesetz. Hier hatte Helmut Schmidt den Mut, sich über die Verfassung hinwegzusetzen, als es darauf ankam, im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe 1962 zu handeln. Niemand wird in einem Entscheidungsträger in einem solchen begründeten Fall ernsthaft Vorwürfe machen. Dies wird sicher auch nicht der Fall sein, wenn Streitkräfte zur Abwehr eines Terrorangriffes eingesetzt werden, dessen Folgen für unsere Land katastrophal wären. Eine Änderung wie die, die jetzt auf dem Tisch ist, ist aber geeignet, den (Polizei)Einsatz unserer Soldaten auch im Inland "salonfähig" zu machen. Erst ein bisschen, dann immer mehr, bis das alles zur Normalität wird. Die Gewerkschaft der Polizei hat schon recht, wenn sie warnt: Die Bundeswehr darf nicht zur Hilfspolizei werden. Und in Heiligendamm hat man ja schon mal angefangen, den Bogen zu spannen. Jeder

Polizeihubschrauber hätte über die Demonstrantenlager fliegen und fotografieren können, die Aufklärung aus der Luft wäre mit jeder Drohne deutlich kostengünstiger zu haben gewesen. Und dazu kommt der Einsatz von Aufklärungsfahrzeugen (Fennek). Auch hier sollte man die Frage stellen, ob damit der Bereich zulässigen Amtshilfe nicht schon überschritten wurde. Jeder Schritt in Richtung Änderung Art 35 ist ein Schritt in die falsche Richtung.

Kommentar von [Hermann Jobben](#) vom 16.10.2008, 22:52 Uhr:

RE:Änderung Art. 35 bedarf weiterer Diskussion

Liebe Genossin, lieber Genosse, für eine Meinungsbildung innerhalb des Landesverbandes SH wäre es förderlich, wenn zumindest die Texte ggfls. als pdf Datei vorgehalten werden. So z.B. der Entwurf der SPD Bundestagsfraktion vom März 2007. Mir geht es darum, die Zusammenhänge und Notwendigkeit einer derart einschneidenden Grundgesetzänderung zu erkennen. Mit freundlichen Grüssen Hermann Jobben Glücksburg/ Ostsee

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 16.10.2008, 17:50 Uhr - 13586 Clicks - Nr. 963

Demo für faire Milchpreise in Berlin

Zwischen Plenum und namentlicher Abstimmung blieb gerade noch Zeit für einen kurzen Besuch bei der Kundgebung der Milchbauern vor dem Brandenburger Tor, die aus ganz Deutschland angereist waren, um für faire Preise für Milch zu demonstrieren.

Sogar zweihundert Kühe hatten die Landwirte mitgebracht, um ihrer Forderung nach einer gerechten Bezahlung Nachdruck zu verleihen.

"Ich stehe da voll hinter euch",

meinte Thießen zu den beiden schleswig-holsteinischen Vertretern des Milchviehhalterbundes, Herrn Fölster und Frau Wosnitza. Kurz bevor ein Wolkenbruch die Teilnehmer auseinanderzutreiben drohte, versprach Thießen einen baldigen Besuch von SPD-Abgeordneten aus der schleswig-holsteinischen Landesgruppe auf Fölsters Hof in Kaltenkirchen.



Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 16.10.2008, 18:14 Uhr - 14088 Clicks - Nr. 964

Neues von der Kindersportstiftung

Die Kindersportstiftung traf sich in Itzehoe am 09. Oktober 2008 zu einer weiteren Mitgliederversammlung mit dem Ziel, die Suche nach Unterstützern zu intensivieren. Zurzeit können aufgrund von Patenschaften und Sponsorengeldern 60 Kinder aus finanziell schwachen Familien einen Sportverein besuchen. Diese Zahl soll sich noch in diesem Jahr erhöhen, wozu die Kooperation mit Sportvereinen und Gemeinden in Schleswig-Holstein während



des Winters verstärkt betrieben wird.

Weil der Verein in seinem Namen den Begriff „Stiftung“ führt, hat das hiesige zuständige Amtsgericht Bedenken mit der Aufnahme ins Vereinsregister. In München bestehen diese Bedenken nicht. Auch die Einbindung von Paul Breitner, der in München lebt, ist dort leichter möglich. So wird die Kindersportstiftung ihren Verwaltungssitz künftig in der bayerischen Hauptstadt haben. Ihre Tätigkeit mit dem vorläufigen Schwerpunkt im Norden bleibt davon unberührt.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Wahl des Vorstands. Die Mitglieder wählten: Den Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen zum Vorsitzenden und den Juristen Sönke Doll zum Schriftführer. Als Schatzmeisterin wurde Renate Aschenbeck benannt. Rolf Steffens und Uwe Daude übernahmen die Kassenprüfung.

Die Kindersportstiftung ist zur Zeit aktiv in Itzehoe, Friedrichskoog, Lauenburg, Neumünster, Kiel und Meldorf.

Am 22. Februar 2009 wird der Lauf-Guru Achim Achilles nach Itzehoe kommen und dort auch unsere Arbeit unterstützen und für unser Anliegen werben.

Das Bild zeigt den Vorstand der Kindersportstiftung mit Renate Aschenbeck, Sönke Doll, Jörn Thießen und Rolf Steffens

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 16.10.2008, 18:16 Uhr - 8835 Clicks - Nr. 965

Dritte Armutskonferenz in Itzehoe

Viele staatliche und kirchliche Hilfsorganisationen, Selbsthilfegruppen, Vereine und Verbände bemühen sich um die Beseitigung von Armut im Kreis Steinburg. Grund genug für die beiden SPD-Abgeordneten Jörn Thießen, MdB, und Birgit Herdejürgen, MdL, einen runden Tisch zur Bekämpfung der Armut zu bilden. Das Interesse, die Hilfsangebote zu vernetzen, wächst, so dass zur dritten Armutskonferenz in den Räumen der Brücke in Itzehoe so viele Organisationen vertreten waren wie noch nie.



Es gehe darum, eine Landkarte der Hilfsangebote im Kreis Steinburg zu erstellen, so dass die eine Hand weiß, was die andere tut“, so Jörn Thießen. Trotz aller Krisen müssten Projekte gegen Armut unverändert weitergeführt werden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der verschiedenen Organisationen erörterten die Bedürftigkeit im Kreis und die Hilfestellungen und Leistungsangebote auf ihre Effizienz hin. Es wurde festgestellt, dass man nicht sagen könne, ob die Armut durch entsprechende Gegenmaßnahmen größer oder kleiner geworden sei, nur dass die Zahl der Leistungsbezieher z.B. bei der ARGE zugenommen habe.

Der Ausstieg aus der Bedürftigkeit sei für die Betroffenen fast unmöglich, denn was hauptsächlich

fehle, seien Arbeitsplätze, resümierte eine Teilnehmerin am Ende der Konferenz. Und ohne Einführung des Mindestlohns würde sich die Situation wohl nie ändern.

Birgit Herdejürgen schlug abschließend vor, die Situation im Kreis z.B. mit Hilfe von Statistiken der Schuldnerberatung und der ARGE ausfindig zu machen und für die nächste Konferenz auch Akteure aus den einzelnen Stadtteilen Itzehoes und Umgebung einzuladen.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 17.10.2008, 10:26 Uhr - 5295 Clicks - Nr. 966

Innenminister fördert „Gaarden Kids“ mit 8.000 Euro;

TuS Gaarden startet in Kiel neues Projekt zur Integration von Migranten

Erscheinungsdatum:
16.10.2008

In der Landeshauptstadt startet im November ein neues Projekt zur Integration junger Migranten. Der TuS Gaarden bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Einwanderer- und Spätaussiedlerfamilien Kurse im Ringen und Boxen an. Auch sozial benachteiligte Einheimische können mitmachen.

Die Teilnehmer im Alter zwischen 16 und 24 Jahren betreiben nicht nur Sport, sondern lernen auch, wie Konflikte friedlich ausgetragen werden. Gewalt- und Suchtprävention stehen daher ebenso auf dem Kursprogramm wie Fragen zur Integration und Kriminalitätsverhütung.

Die „Gaarden Kids“, so heißt das zunächst auf drei Jahre angelegte Projekt, steht unter der Leitung von Georges Papaspyratos. Der gebürtige Grieche und pensionierte Schiffbauingenieur engagiert sich seit Jahrzehnten im Sport. Er ist Mitglied im TuS Gaarden, Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Ringerverbandes und Integrationsbotschafter des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB). Für seinen Einsatz für Integration wurde Papaspyratos 2007 von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble mit dem Preis für „Toleranz und Fair Play“ ausgezeichnet.

Das Innenministerium fördert die „Gaarden Kids“ mit insgesamt rund 17.000 Euro. Der Zuwendungsbescheid für dieses Jahr in Höhe von 2.880 wurde heute zugestellt. Innenminister Lothar Hay wünschte dem Projekt einen guten Start. „Sport bietet beste Voraussetzungen, die Integration von Zuwanderern in der Gesellschaft zu erreichen“, sagte Hay. Menschen unterschiedlicher Herkunft lernten sich über gemeinsame sportliche Aktivitäten kennen, gestalteten ihre Freizeit miteinander und entwickelten Freundschaften. „Sport hilft, kulturelle Ressentiments abzubauen“, sagte der Minister. Außerdem könnten durch Sport Sozialkompetenz, Selbstvertrauen und Selbstständigkeit aufgebaut und Sprachbarrieren abgebaut werden. Sport schaffe Gemeinsamkeiten und gegenseitiges Vertrauen. „Die Arbeit der Sportvereine ist von herausragender Bedeutung für die Integration der Migranten“, sagte Hay.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Forschungsmittel für vernachlässigte Krankheiten verdreifacht

Im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung forderte Wolfgang Wodarg zusammen mit seinen Kollegen der Koalitionsfraktionen eine Strategie zur Bekämpfung der tropischen Armutskrankheiten. In dem von ihm initiierten Antrag an die Bundesregierung forderten die Parlamentarier zudem eine erhöhte Bereitstellung von öffentlichen Finanzmitteln für die Forschung gegen tropische Krankheiten und die Entwicklung von neuen Medikamenten. Dem hat der zuständige Ausschuss jetzt entsprochen.



In der Haushaltsberatung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stimmten die Koalitionsfraktionen für ein Sektorvorhaben zur Bekämpfung von vernachlässigten Krankheiten in Entwicklungsländern. Eine Summe von drei Millionen Euro soll 2009 im Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für diesen Bereich gebunden werden. Das ist dreimal so viel wie geplant. Die Ausschuss-Abstimmung wird in Form einer Beschlussempfehlung dem Bundestag überwiesen werden. Die Abgeordneten werden in einer Plenarsitzung im November in einer abschließenden Abstimmung den Haushalt 2009 beschließen.

Geforscht wird da, wo Geld zu verdienen ist. Dieses Gesetz des Marktes macht über ein Drittel der Weltbevölkerung für den Pharmamarkt uninteressant. Die Lebenserwartung in Entwicklungsländern liegt unter anderem deshalb bis zu 30 Jahre unter der der Industrieländer, weil täglich Tausende Menschen an vermeidbaren oder behandelbaren "vernachlässigten Krankheiten" sterben. Gegen Erkrankungen wie Malaria, Tuberkulose, Schlafkrankheit, verschiedene Wurmerkrankungen oder Lepra gibt es kaum wirksame und nur stark veraltete Medikamente. Studienergebnisse zeigen, dass nur 10 Prozent der weltweiten Ausgaben für Gesundheit in die Erforschung für jene Krankheiten fließen, unter denen 90 Prozent der Menschen leiden! Dies zeigt, dass Alternative zum Patentsystem als Anreiz für die Forschung dringend gefunden werden sollen.

Der Deutsche Bundestag hat sich dieser Problematik angenommen und auf Wodarg's Initiative einen Antrag auf den Weg gebracht, der die Bundesregierung auffordert, Deutschlands globale Verantwortung für die Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten mit mehr Geld und der Förderung von Innovation und Forschung wahrzunehmen.

Dass dieser Antrag mit seinen Forderungen den Finger in eine tiefe Wunde legt, machen die folgenden Zahlen deutlich. Deutschland gab für die Bekämpfung von Tropenkrankheiten pro Jahr gerade mal 20,7 Mio. Euro aus und damit nicht mal 15% des Budgets, welches das britische Entwicklungshilfeministerium oder das italienische Forschungsministerium im gleichen Zeitraum zur Verfügung gestellt haben. Für die drittstärkste Wirtschaftskraft der Welt mit seinen großen Forschungskapazitäten war es für Deutschland höchste Zeit seiner ethischen Verpflichtung gerecht zu werden.

Keine Kommentare

Ein wichtiger Schritt ist getan, weitere müssen folgen

Zu dem in Bundesrat und Bundestag beschlossenen Finanzmarktstabilisierungsgesetz erklären der Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner und die finanzpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion Birgit Herdejürgen:

„Wir begrüßen die zügige Einigung auf das Gesetz und hoffen, dass damit wieder Stabilität in den Finanzmarkt einkehren kann. Dies ist notwendig um schlimmere Folgen für die Realwirtschaft zu verhindern, die unter anderem Arbeitsplätze gefährden würden. In den Verhandlungen ist es gelungen, die möglichen Risiken Schleswig-Holsteins zu deckeln. Wir hatten uns eine stärkere Begrenzung gewünscht, stehen aber zur Gesamtverantwortung von Bund und Ländern. Die Verknüpfung der angebotenen finanziellen Hilfen an bestimmte Bedingungen zeigt den richtigen Weg. Staatliche Hilfen soll nur der bekommen, der bereit ist, seine Gehälter zu begrenzen, für einen begrenzten Zeitraum auf Dividendenauszahlungen zu verzichten und eine Mitsprache bei seiner Geschäftspolitik zuzulassen.

Nach dem kurzfristigen Rettungspaket hält die SPD-Fraktion mittelfristig weitere Maßnahmen für notwendig. Es ist nur ein erster Schritt getan. Wir müssen verhindern, dass sich derartige Auswüchse wiederholen können, zusehen, dass wir die Konjunktur stützen und wichtige Investitionen in Kinderbetreuung und Bildung verstärken. Die Finanzmärkte brauchen mehr Transparenz, verbindliche Regeln und leistungsfähige Kontrollen. Die Chance der Krise besteht darin, auf internationaler Ebene Vorkehrungen zu schaffen, die bislang mit Verweis auf die Funktionstüchtigkeit des Marktes abgelehnt wurden.

Ein handlungsfähiger demokratischer Staat hat die Aufgabe, zum Schutze und Wohl der Bürgerinnen und Bürger Kontrollen und Grenzen zu setzen und diese in der aktuellen Situation auch international zu etablieren. Eine weitere Lehre ist, dass die Absicherung elementarer Lebensrisiken der Menschen nicht privatisiert werden darf. Das Kapitaldeckungsprinzip ist hierfür ungeeignet.

Die SPD-Landtagsfraktion wird die Diskussion über die Ursachen und sozial gerechte Lösungsmöglichkeiten aktiv führen. Dabei werden wir auch die Denkrichtung kritisch hinterfragen, die hinter der jetzigen Krise steht. Die Idee „Gemeinwohl geht vor Eigennutz“ ist aktueller denn je.“

Keine Kommentare

Öffentliche Auslegung von Bebauungsplänen für die Östliche Altstadt.

In der Zeit vom 27.10. bis 27.11.2008 liegen die Bebauungspläne A3.2 (St. Jürgen); A 3.3 (St. Johannis); A 3.4 (Heinrichstr.), A 3.5 (Kappeler Str.) und A 3.6 (Achter de Möhl) öffentlich aus.

Nach der öffentlichen Auslegung befasst sich die Verwaltung mit den eingegangenen Anregungen und Bedenken und unterbreitet der Politik einen Abwägungsvorschlag.

Die Ratsversammlung entscheidet dann abschließend über die Abwägungsvorschläge und ob es zum Satzungsbeschluss kommt.

Die Bebauungspläne sind notwendig, damit die durch die Sanierungsrahmenpläne formulierten Ziele auch nach Abschluss der Sanierung gesichert werden.

Mit Hilfe der Bebauungspläne wird ein für alle geltender rechtlicher Rahmen geschaffen, in dem sich das Gebiet weiter entwickeln kann, der typische Charakter jedoch erhalten bleibt.

Ungewünschte Entwicklungen wie erneute planlose Nebengebäude, unkontrollierte Versiegelungen von Hofflächen, mit dem Gebietscharakter unvereinbare Nutzungen oder die bauliche Nutzung der Hangflächen werden so unterbunden.

Noch nicht vollständig umgesetzte Ziele sollen gleichermaßen Berücksichtigung finden wie bereits abgeschlossene Maßnahmen.

Die Bebauungspläne dienen nicht einer neuen Bebauung des Gebietes, sondern vorrangig der Sicherung der bestehenden Bebauung.

Nach Inkrafttreten der Bebauungspläne ist beabsichtigt die Östliche Altstadt aus der Sanierung zu entlassen.

Während der Auslegungszeit können die Pläne, mit den Erläuterungen im Technischen Rathaus eingesehen werden.

Zudem können die Vorlagen über das Ratsinformationssystem (Sitzungen – Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Planung am 14.10. – Einladung – Vorlage) runter geladen werden.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 18.10.2008, 11:20 Uhr - 4835 Clicks - Nr. 970

Solidarität mit den Kieler Kleingärtnern

Zur Zerstörung des Vereinsheims der Kieler Kleingärtner in Elmsenhagen erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

„Jeder der ein lebendiges Vereinsleben kennt, weiß, wie wichtig das Vereinsheim ist. Dort trifft man sich, organisiert die Arbeit und feiert auch zusammen. Der Verlust, den die Kieler Kleingärtner durch den Brand ihres Heimes erleben, ist groß.

Da geht es nicht nur um materielle Werte, sondern auch immer um gefühlte Verluste. Wir hoffen, dass es gelingt, sehr schnell wieder zu planen und ein neues Haus zu errichten. Die Kieler SPD hat in der Vergangenheit bei ähnlichen Gelegenheiten (Brand in Kinderhäusern etc.) immer gesammelt, um wenigstens einen kleinen Beitrag zum Wiederaufbau zu leisten. Das werden wir auch jetzt: Auf dem Kreisparteitag und der Kreismitgliederversammlung, die wir in wenigen Wochen mit bis zu 200 Personen durchführen, werden wir um Spenden für den Aufbau des Vereinsheims bitten.



Diese kleine, aber herzlich gemeinte Geste der Solidarität mit den Kieler Kleingärtnern ist uns wichtig.“

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 18.10.2008, 15:47 Uhr - 8246 Clicks - Nr. 971

Flensburg ist internationaler Lebensraum

Die "Migrationsrunde Flensburg", ein Zusammenschluss verschiedener Partner wie des Jugendzentrums AAK oder des Diakonischen Werkes, hat in der Duborg-Skolen einen "Tag der Begegnung" organisiert, der Flensburgs internationale Bevölkerung als Reichtum für alle Einwohner spürbar werden ließ.



Bild: zu Gast bei Freunden

Am vergangenen Samstag trafen sich Vereine, Verbände und Gruppen unterschiedlicher nationaler Herkunft, die in Flensburg ihre Heimat haben, in der Duborg-Skolen.

Neben Tanz, Gesang, und Instrumentalmusik aus Europa, Afrika und dem Orient gab es Stände, an denen leckere nationale Spezialitäten feilgeboten wurden.

Der Erlös des Lebensmittelverkaufs dient den Flensburger Gruppen zur Pflege ihrer gemeinschaftlichen und kulturellen Arbeit. Deren Vielfalt wurde auch bei den musikalisch-tänzerischen Darbietungen sehr lebendig erlebbar.

Der Tag der Begegnung in der Duborg-Skolen Flensburg ergab reichlich Gelegenheit, sich über die Sorgen der Immigranten einen Eindruck zu verschaffen.

In Gesprächen mit den Gastgebern kam so manche Sorge über die Lage von Immigranten in Deutschland, aber auch über deren Betroffenheit von belastenden Konflikten in den Herkunftsländern zum Ausdruck. Für Auskünfte standen auch NGO's wie "amnesty international" oder kirchlichen Organisationen zur Verfügung.

Euer Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 20.10.2008, 13:32 Uhr - 12369 Clicks - Nr. 972

Bundesparteitag der SPD - ein gutes Signal für die Zukunft

"Mit der Wahl von Frank-Walter Steinmeier zum Kanzlerkandidaten und Franz Müntefering zum Vorsitzenden ist die SPD auf einem sehr guten Weg", erklärt Jörn Thießen.

"Auch in den Ländern und Wahlkreisen kommt dieses Signal an. Die SPD hat eine schwere Zeit

hinter sich und eine bessere vor sich." Das Umfeld berechtige zu den schönsten Hoffnungen, sagt Thießen mit Blick auf viele Politiker der CDU/CSU, aber auch der Opposition im Deutschen Bundestag: "Gerade die Finanzkrise macht schnell klar, wer heute alles Sozialdemokrat ist und es schon immer gewesen sein will. Wir haben den sogenannten Märkten allein nie vertraut. Wir haben immer auf der Seite eines vorsorgenden Staates gestanden und wollten das allgemeine Wohl nie den Aktienständen



ausliefern. Heute sagt sogar der amtierende Wirtschaftsminister von der CSU, dass der Kapitalismus an die Wand gefahren sei - ich hätte mir auch da eine differenziertere Ausdrucksweise gewünscht. Gegen verantwortlich eingesetztes Geld kann man nichts einwenden, aber: Wer dem Irrtum unterliegt, Kapital könne sich von den Werten trennen, von Arbeit, von sozialer Verantwortung, von seiner Sozialpflicht, der findet sich zu Recht am Ende seiner falschen Strategie angekommen."

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 20.10.2008, 18:53 Uhr - 7144 Clicks - Nr. 973

SPD kämpft in der Koalition weiter für faire Löhne

Mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Mindestarbeitsbedingungengesetz, die am Donnerstag in 1. Lesung beraten wurden, soll die Grundlage für faire Löhne in Deutschland geschaffen werden. Mindestlöhne können so in jeder Branche entweder auf der Grundlage des einen oder des anderen Gesetzes festgelegt werden. MdB Dr. Wolfgang Wodarg drängt auch aus regionaler Perspektive auf rasche Einführung.



[PRESSE-ECHO: Ottmar Schreiner in Harrislee und Flensburg](#)

[Artikel der AfA Schleswig-Flensburg: Ottmar Schreiner begeistert in Harrislee](#)

Die Abgrenzung zwischen beiden Gesetzen erfolgt anhand des Kriteriums "Tarifbindung von 50%". Wenn die tarifgebundenen Arbeitgeber eines Wirtschaftszweiges bundesweit oder regional mehr als 50% der in der Branche tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, gilt das Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Liegt die Tarifbindung der Branche unter 50%, gilt das Mindestarbeitsbedingungengesetz.

"Wir sehen es auch in unserer Region im Norden: Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind gezwungen zu Armutslöhnen zu arbeiten. Die Anzahl der prekären Arbeitsverhältnisse hat stetig zugenommen und führt zu einer Ausbeutung weiter Bevölkerungsschichten. Wir dürfen die Chance, Mindestlöhne flächendeckend in Deutschland einzuführen, nicht auf die lange Bank schieben und müssen im Sinne sozialer Verantwortung auf eine vernünftige, mit den Gewerkschaften abgestimmte Lösung hinarbeiten", meint der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg.

"Jeder Mensch muss in Würde arbeiten können. Niedriglöhne verzerren auch die Konkurrenz zwischen den Unternehmen, deshalb kann eine sinnvolle Ordnung im Niedriglohnbereich die Unternehmen selbst vor Dumpingmethoden schützen. Es ist im Interesse eines fairen und funktionierenden Wettbewerbs, einen für alle Betriebe gleichermaßen verbindlichen Mindestlohn zu etablieren", sagte Wodarg anlässlich der Beratung der Gesetzesvorhaben.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 21.10.2008, 10:39 Uhr - 4463 Clicks - Nr. 974

Auflösung des MFG 5 verlängert die Rettungswege!

Zur Antwort der Landesregierung auf seine aktuelle Kleine Anfrage „Situation des Marinefliegergeschwaders 5 in Kiel-Holtenau“ erklärte der Kieler Landtagsabgeordnete Rolf Fischer: „Die Antwort der Landesregierung macht für mich zwei Punkte deutlich:

1. Das Verteidigungsministerium hält daran fest, den Marinefliegerhorst als Standort 2012 aufzugeben. Für den SAR-Betrieb (Safe and Rescue-Betrieb) wird im Marinestützpunkt nur ein Hubschrauberlandeplatz für Bedarfslandungen erhalten bleiben.

2. Die Einsatzwege für die Luftrettung auf der Ostsee im militärischen und zivilen Notfall werden sich – so die Einschätzung der Landesregierung – von Nordholz aus verlängern, ohne dass die Landesregierung derzeit eine zeitliche Einstufung abgeben kann.

Gerade der zweite Punkt zeigt, wie schwierig die Situation für die Luftrettung auf der Ostsee werden wird; und zwar sowohl für die militärische als auch für die zivile Rettung. Der Weg von Nordholz oder gar Helgoland ist wesentlich weiter als von Kiel aus. Vor dem Hintergrund, dass der Fähr- und Wirtschaftsverkehr sowie die Zahl der Kreuzfahrer in der Ostsee zunehmen werden, kann hier ein Notfallproblem entstehen. Kurze Rettungswege sind lebenswichtig, an Land und gerade auch auf dem Wasser. Deswegen sollte das Bundesverteidigungsministerium diese Standortentscheidung noch einmal überdenken.“

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 21.10.2008, 10:58 Uhr - 2575 Clicks - Nr. 975

SPD: Keine Gebührenerhöhungen für Kitas!

Verwaltung plant Steigerungen um bis zu 24 Prozent.

Die von der Verwaltung geplante Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten ist mit der SPD nicht zu machen. „Wir wollen weder die Erhöhung der gegenwärtigen Gebühren um 8% noch die vorgeschlagene Einführung eines gesonderten Beitrages für Kinder unter drei Jahren mitmachen.“ Mit dieser klaren Absage reagiert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Helmut Trost, auf einen entsprechenden Vorstoss der Verwaltung.

Diese hat bereits Mehreinnahmen in Höhe von 300.000 Euro im Fachbereichsbudget eingeplant.



Die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Simone Lange, erläutert, dass aktuell

Gebührenerhöhungen in Höhe von 8% für die städtischen Kitas und zusätzlich die Einführung des gesonderten Beitrages für Kinder unter drei Jahren vorgesehen sind, was für diese eine Erhöhung von insgesamt 24% bedeutet. Derzeit zahlt man für eine 5stündige Betreuung 127,00 Euro monatlich. Nach der geplanten Gebühren-erhöhung sollen für Kinder ab 3 Jahren 138,00 Euro und für Kinder unter 3 Jahren gar 160,00 Euro monatlich gezahlt werden. Bei einer Betreuung von mehr als 6,5 Stunden müssten Eltern monatlich sogar 198,00 Euro bzw. 231,00 Euro zahlen.

“Diese Anhebungen halten wir für unangemessen, auch vor dem Hintergrund, dass den Eltern zusätzlich auch noch Kosten für die Teilnahme an der Verpflegung entstehen“, so Helmut Trost und Simone Lange.

Die nicht-städtischen Träger wären von einer ausbleibenden Erhöhung ebenfalls betroffen, da sie sich der städtischen Gebührensatzung angeschlossen haben. Um sie bei der Unterhaltung der Betreuungsplätze zu unterstützen, soll nach Auffassung SPD der Ausfall der bereits eingeplanten Mehreinnahmen von der Stadt Flensburg übernommen werden. Ausdrücklich wird von der SPD anerkannt, dass die freien Träger bereits einen Eigenanteil von bis zu 16% am Betrieb der Kitas leisten, wodurch sie den städtischen Haushalt entlasten.

Die gestiegenen Kosten der Kitas – vor allem durch die Aufwendungen für das pädagogische Personal – dürfen aus Sicht der SPD allerdings auch nicht zu einer höheren Verschuldung führen. Sie schlägt deshalb eine Anpassung der Gewerbesteuer um 20 Punkte vor. „Auch eine ausgezeichnete Kinderbetreuung erhöht die Attraktivität einer Stadt als Wirtschaftsstandort. Die Erhöhung der Gewerbesteuer ist aus unserer Sicht deshalb die einzige richtige Haushaltswirtschaftliche Maßnahme, um einer weiteren Verschuldung entgegenzuwirken.“

Für die SPD ist es klar, dass sie auf Sicht einen kostenfreien KitA-Besuch anstrebt. Helmut Trost: „Dieses Ziel haben wir dabei klar vor Augen. Es ist Bestandteil unseres politischen Gesamtkonzeptes: Gute Bildung für alle sorgt für mehr Chancengleichheit, für mehr Wohlstand und Gerechtigkeit und realisiert für viele Menschen einen Aufstieg durch Bildung. Darum arbeiten wir an der Realisierung eines barrierefreien Bildungssystems, vom Kindergarten über die Schule und Hochschule bis hin zur Fort- und Weiterbildung. Wir benötigen viele Schritte auf dem Weg zur Ausgestaltung eines gerechteren Bildungssystems. Zentrale Forderungen in unserem Konzept sind auf Sicht die Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr, längeres gemeinsames Lernen aller Schulkinder und der massive Ausbau von Ganztagschulen.“

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 21.10.2008, 16:08 Uhr - 3982 Clicks - Nr. 976

Resolution zur Reichspogromnacht in Neumünster, Rede des Ratsherren Delfs

Zunächst möchte ich mich im Namen der SPD bei allen anderen Fraktionen dafür bedanken, dass sie sich bereit erklärt haben die vorliegende Resolution zur Erinnerung an die Reichspogromnacht mit zu unterzeichnen.

Alleine dadurch macht die gesamte Ratsversammlung gemeinsam deutlich, dass es bei leider auch heute immer wieder auftretenden Aktionen der Nazis in Neumünster keine Toleranz und Unterstützung gibt.

Gemeinsam sind wir alle aufgerufen jeder nationalsozialistischen Aktion die Stirn zu b
Da wir den Stadtpräsidenten bitten die Resolution zum 09.11.2008 zu veröffentlichen und ich derzeit keinen Zweifel habe, dass wir sie verabschieden, verzichte ich nun natürlich auf das Verlesen des Textes.

Am vergangenen Wochenende haben wieder zahlreiche Menschen gegen die Nazis in Neumünster demonstriert.

Am Sonntag wurde ich von einem älteren Herrn gefragt, ob diese Demonstrationen denn immer wieder sein müssten, und ob die denn was bringen würden.

Dieser Frage entgegnete ich ganz entschieden: „Wir dürfen in dieser Sache nie gleichgültig sein!“ Das ist ein weiterer Grund, warum wir die Resolution, die sich ja auch gegen den Nazi-Terror allgemein richtet, verabschieden müssen.

Der Protest gegen die Nazis muss vielfältig sein.

Insofern soll die Resolution nicht nur der Erinnerung, sondern auch der Aufklärung dienen.

Was ist da denn geschehen am 09.11.1938?

In unserer Geschichte fanden einige Ereignisse am 09. November statt. Auch erfreuliche Ereignisse.

Leider aber auch einer der schwärzesten Tage der Deutschen. Die Reichspogromnacht, mit der in Deutschland in Verantwortung der Deutschen die systematische Vernichtung der jüdischen Bevölkerung eingeleitet wurde.

Die Verfolgung und der systematische Mord an Menschen, die Beseitigung der letzten Bürgerrechte hatte begonnen.

Der Terror traf alle. Minderheiten wie die Roma und Sinti, geistig und körperlich Behinderte, Homosexuelle und politische Gegner.

Im Ergebnis sank ganz Europa in Trümmer: 55 Millionen Tote, zerstörte Städte, verwüstete Landschaften, Flüchtlingsströme quer über den ganzen Kontinent.

Was geschah in Neumünster?

In Neumünster gab es keine eigene jüdische Gemeinde. Sie gehörten zur Segeberger Gemeinde.

Nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1930 lebten in Neumünster 36 Juden. In den folgenden Jahren kamen einige dazu.

Die Schicksale einiger dieser Menschen sind unbekannt.

Bis 1933 fühlten sie sich als Bürgerinnen und Bürger von Neumünster.

Diese Situation änderte sich mit der nationalsozialistischen Machtergreifung dramatisch. Sie wurden zu Opfern von Hass, Ausgrenzung, Verfolgung und Mord.

Nach 1945 unterblieb leider die Aufarbeitung dieser Thematik, sodass wir heute viele Wissenslücken haben.

Glücklicherweise konnte für die Verlegung der Stolpersteine in Neumünster eine nachträgliche Aufarbeitung einzelner Schicksale erfolgen.

Beispielhaft möchte ich in diesem Zusammenhang an Bernd Spitz erinnern.

Bernd war Jude und wurde im Alter von 3 Jahren zusammen mit seiner Mutter und seinen 3 Geschwistern 1941 in das Ghetto Riga deportiert, wo sie alle umgekommen sind. Stolpersteine in der Kieler Straße erinnern heute an sie.

Unmittelbar nach der Machtergreifung 1933 begannen in Neumünster die ersten antisemitischen Aktionen.

Vorrangiges Ziel der Zerstörungen war das Einheitspreisgeschäft Kadepa in der Holstenstraße. Es konnte sich noch bis zum 05.05.1936 halten, bevor es als Kaufhaus Harder & Co in arische Hände überging.

Ein weiteres Ziel in dieser Zeit war das im jüdischen Besitz befindliche Herrenbekleidungsgeschäft Jacob Feldmann an der Ecke Kieler Str. / Kuhberg.

Dieses Geschäft wurde bereits 1933 „arisiert“. Der damals bereits gleichgeschaltete Holsteinische

Courier titelte am 25.10.1933: „Eine Judenfirma verlässt Neumünster“.

Der neue Eigentümer des Bekleidungsgeschäftes Fritz Sitte in mehreren Anzeigen darauf hin, dass das Geschäft nun von einem „Arier“ geleitet wird.

Ein weiteres Opfer des gesteuerten Boykotts war das Bekleidungsgeschäft Minden in der Wasbeker Straße.

Ausgenommen von diesen Aktionen waren die beiden Kaufhäuser Karstadt und das Hamburger Engros-Lager, die bereits zum 01.04.1933 „arisiert“ waren.

Bis 1934 wurden dann auch die jüdischen Angestellten und Beamte aus der Stadtverwaltung und der Stadtparkasse entfernt.

Das alles führte dazu, dass 15 Juden bereits 1934 ihre Heimatstadt Neumünster verlassen hatten.

In diesem Zusammenhang darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass bereits im August 1935 in Neumünster 4 jüdische Mitbürger durch die Stadt ins Gefängnis getrieben wurden. Dabei mussten sie um den Hals Schilder mit antisemitischen Parolen tragen. Sie sollen später ins KZ Sachsenhausen deportiert worden sein.

Der Terror der Nazis führte dazu, dass 1938 noch 21 Juden in Neumünster lebten.

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die Reichspogromnacht in Neumünster –auch nach Auskunft von Augenzeugen, die ich befragte- im Vergleich zu anderen Städten Schleswig-Holsteins relativ ruhig verlief.

Schließlich hatten die Nazis in der Stadt ihr grauenhaftes Treiben bereits weit voran gebracht.

Heute wissen wir aber, dass mindestens die beiden Juden Heinz Baronowitz und Egon Salomon Minden im November 1938 verhaftet und in das KZ Sachsenhausen deportiert wurden. Auch für sie haben wir inzwischen Stolpersteine verlegt.

Die von mir genannten Beispiele sollen nicht die anderen Opfer vergessen lassen. Für Einige konnten wir Stolpersteine verlegen. Weitere werden folgen. Aber wir müssen auch erkennen, dass heute nicht mehr alles aufklärbar ist.

Wichtig ist die Folgen des Naziterrors nie zu vergessen.

Schon der Bundespräsident Theodor Heuss hat gesagt: „Es gibt keine Kollektivschuld, aber es gibt eine Kollektivscham.“

Das gilt auch heute noch.

Lassen sie uns –möglichst einstimmig - die vorliegende Resolution verabschieden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 22.10.2008, 09:45 Uhr - 2493 Clicks - Nr. 977

Dialog und Zusammenarbeit mit Migranten intensivieren!

**Gesamtstädtisches Integrationskonzept für Flensburg erarbeiten:
SPD beantragt Runden Tisch zum Thema Integration**

Die SPD Ratsfraktion hat die Initiative für die Einrichtung eines Runden Tisches zum Thema "Integration" ergriffen. Dem Hauptausschuss wurde ein Antrag vorgelegt, wonach dieser Runde Tisch zukünftig als ständiges Gremium arbeiten soll.

Nach Auffassung der SPD soll er sich um alle Fragen einer gelingenden Integration und des interkulturellen Zusammenlebens in Flensburg kümmern. Hier sollen Migrantinnen und Migranten sowie deren Verbände und Vereine im Dialog mit Politik und Verwaltung ein Integrationsprogramm für Flensburg erarbeiten. Dieses soll dann in alle gesamtstädtischen Planungen und Maßnahmen einbezogen werden.



“In Flensburg gibt es mehr als 6500 Menschen nichtdeutscher Staatsbürgerschaft. Darüber hinaus lebt in unserer Stadt eine Vielzahl von Menschen mit so genanntem Migrationshintergrund, also Menschen mit nichtdeutschen Eltern oder Angehörigen“, begründet der SPD-Vorsitzende Helmut Trost den Vorstoß der Sozialdemokraten: „Noch immer bestehen Integrationsdefizite, die sich in mangelnden Deutschkenntnissen, in Schwächen der Bildung und in einer hohen Arbeitslosigkeit ausdrücken. Integration ist aber nicht allein Aufgabe der Menschen, die aus ihrem Heimatland nach Deutschland und Flensburg eingewandert sind. Integration ist Aufgabe aller Flensburger!“

“Der von der Bundesregierung Mitte diesen Jahres verabschiedete Nationale Integrationsplan muss nun auch Umsetzung auf kommunaler Ebene finden“, meint Simone Lange, Pressesprecherin der SPD-Ratsfraktion. „Daher schlagen wir als ersten Schritt, die Einrichtung eines Runden Tisches unter Beteiligung von Migrantenorganisationen und -vereinen sowie Politik und Verwaltung vor. Unter Einbeziehung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen kann der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen ihnen intensiviert werden. Dabei soll Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe verstanden werden und in alle städtischen Planungen und Maßnahmen einbezogen werden und ihnen interkulturelle Orientierung geben. Innerhalb dieses Gremiums kann gemeinsam ein Integrationsprogramm für Flensburg erarbeitet werden, indem alle Aspekte eines besseren Zusammenlebens und einer gelingenden Integration vor allem aus Sicht der Migrantinnen und Migranten berücksichtigt werden können.“

Vorbild kann nach Meinung der SPD beispielsweise die Stadt Nürnberg sein, die bereits seit Ende 2004 Leitlinien für die städtische Integrationspolitik verabschiedet haben. Auch dort wurde von Anfang an die Bedeutung der Netzwerkarbeit für eine gelingende Integration betont und eine Koordinationsstelle für so genannte Integrationskurse eingerichtet: „Dort findet man neben Migrationsberatung auch eine Materialbörse für Informationen, Sprachkurse, Kontaktvermittlung etc. Auch in Flensburg haben sich bereits mehrere Verbände und Vereine der Integrationsaufgabe angenommen, allein es fehlt ihnen an Vernetzung. Hier können ein Runder Tisch und ein gesamtstädtisches Integrationskonzept Abhilfe schaffen.“

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 22.10.2008, 20:36 Uhr - 5678 Clicks - Nr. 978

Gläserne Ratsversammlung: SPD will mehr Transparenz

Gläserne Ratsversammlung: Die bisherigen Darstellungen werden dem hohen Anspruch nicht gerecht. Die rein formalen Angaben, wie sie von den WiF-Mitgliedern in den bisherigen Ausgaben des Flensburger Tageblattes veröffentlicht wurden, reichen nach Ansicht der SPD nicht aus.

„Wirklich transparent wird die Ratsversammlung nur dann, wenn persönliche Interessenlagen ihrer Mitglieder erkennbar werden. Vorhandene Verflechtungen mit Projektentwicklern und Investoren

müssen offen dargestellt werden. Gerade bei Vorhaben der Stadtplanung muss deutlich werden, ob und in welchem Umfang Ratsmitglieder wirtschaftlich betroffen sind“, meint der SPD-Vorsitzende Helmut Trost. „Die bisherigen Übersichten helfen dabei nicht weiter“, so Helmut Trost und wünscht sich entsprechende zusätzliche Angaben. „Für den Bürger ist es wichtig zu erfahren, ob Ratsmitglieder Vollmachten, Aufträge oder besondere Verbindungen zu Investoren und Projektentwicklern haben. Bei Vorhaben der Stadtplanung müssen eventuell vorhandene persönliche wirtschaftliche Interessen erkennbar sein“, fordert Helmut Trost, der sein eigenes Auskunftsblatt entsprechend erweitert hat.



Kommentar von [Hermann Jobben](#) vom 26.10.2008, 19:26 Uhr:

RE:Gläserne Ratsversammlung: SPD will mehr Transparenz

Lieber Helmut Trost, wie kommt mir dies alles so bekannt vor; es war Klaus Matthiesen, unser Flensburger Genosse, der später Oppositionsführer der Sozialdemokraten im Schleswig-Holsteinischen Landtag wurde, der den gläsernen Abgeordneten forderte. Was blieb letztendlich übrig, er war der Einzige, der sich der selbstgestellten politischen Forderung noch verpflichtet fühlte.

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 23.10.2008, 10:21 Uhr - 5939 Clicks - Nr. 979

Neuer Infobrief

Hier der neue Infobrief 06/2008 :

Liebe Leserinnen und Leser, Genossinnen und Genossen,

als ich den Veranstaltungstermin mit Ottmar Schreiner zum Thema "Armut" verabredete, wusste ich noch nicht, dass der OECD-Armutsbekämpfungsbericht für Deutschland derart alarmierende Ergebnisse liefern würde. Unsere Gesellschaft spaltet sich immer mehr in arm und reich und auch in der großen Koalition haben wir diese Entwicklung nicht bremsen können.



Wir verhinderten Schlimmeres durch einen Rettungsplan für Banken und Sparkassen, aber wir haben die spielsüchtigen vaterlandslosen Gesellen an den Börsen dieser Welt noch nicht in ihre Schranken verwiesen. Was zu tun ist - und zwar dringend - ist jedoch genau dieses. Hierzu habe ich für Euch notwendige Forderungen und Maßnahmen zusammengestellt, und auch auf meiner Homepage veröffentlicht.

Schon durch eine Sperrung der "Oasen" für Steuerflüchtige wären genug Gelder mobilisierbar, um ein nachhaltiges Strukturprogramm zu finanzieren, welches wir zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Umgestaltung unserer Gesellschaft, für mehr Bildung, Energiewende und Armutsbekämpfung dringend benötigen.

In den letzten Wochen war es sehr ermutigend zu sehen, wie meine Fraktion sich mehrfach mit guten Argumenten und Selbstbewusstsein gegen faule Koalitions-Kompromisse durchgesetzt hat. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken und unsere SPD zur kräftigsten Partei machen. Wir können das!

Was wir nicht mit eigenen Sinnen erleben, wird uns durch Medien vermittelt. Sie formen die Bilder in unseren Köpfen und beeinflussen öffentliche Meinung. Dabei spielen Macht und Markt eine einflussreiche Rolle. Doch Demokratie kommt von unten und aus unserer SPD darf kein

Wahlverein werden. Viel Spaß also im (noch) unabhängigen Medium "Internet".

Mit herzlichen Grüßen,

Euer Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 24.10.2008, 17:16 Uhr - 3043 Clicks - Nr. 980

Im abenteuerlichen Einsatz für freie Wahlen

Für seine Mitbürger in Kropp ist Joachim Tschesch der Mann, der im Auftrag der SPD Kropp die kommunale Bildungspolitik bestreitet und als Ausschussvorsitzender für Schule und Kultur in der Gemeinde Kropp mitverantwortlich für die Entscheidung ist, eine Gemeinschaftsschule in Kropp einzurichten.

Kaum einer ahnt, dass der pensionierte Offizier auch für die internationale Politik eifrig im Einsatz ist: Bereits achtmal war er als Wahlbeobachter für die OSZE in teils sehr entlegenen Ländern unterwegs. Gerade ist der 62-Jährige aus Aserbaidschan zurückgekehrt, wo er als einziger Schleswig-Holsteiner die Präsidentschaftswahlen überwacht hat.



Reiseandenken mit Raritätencharakter: Joachim Tschesch zeigt seine Akkreditierungsausweise von den Einsätzen als Wahlbeobachter im Auftrag der OSZE.

Aserbaidschan habe gewisse Fortschritte gemacht - doch wirklich demokratische Standards seien nicht erfüllt worden. So lautet die Bewertung der europäischen Beobachtermission bei der Wiederwahl von Ilcham Alijew (46) zum Staatspräsidenten der Kaukasus-Republik vor wenigen Tagen. Hinter dieser vom einstigen slowenischen Außenminister Boris Frlec stammenden Bewertung steckt auch ein Stück weit die Arbeit von Joachim Tschesch aus Kropp. Der Offizier im Ruhestand war als einziger Schleswig-Holsteiner Mitglied einer 450-köpfigen Wahlbeobachter-Delegation der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). 45 von ihnen stammten aus Deutschland.

Für den 62-Jährigen war es bereits der achte Einsatz in dieser Mission: Im Herbst 2003 nahm seine internationale Ehrenamtler-Laufbahn in Georgien ihren Anfang. In den 14 Tagen nach der Wahl erlebte der Deutsche live vor Ort, wie Eduard

Schewardnadse in der Revolution zu Fall und es daraufhin zu einem zweiten Präsidenten-Wahlakt kam. Ein Jahr später war Tschesch bei den Parlamentswahlen in Georgien schon wieder dabei. Im Frühjahr 2004 erlebte er die erste demokratische Kommunalwahl in Bosnien-Herzegowina. 2005 ging es nach Tadschikistan, 2006 zwei- und 2007 einmal in die Ukraine.

"Weil ich als Soldat mehr als neun Jahre im Ausland stationiert war, hatte ich Lust, im Ruhestand wieder ein bisschen im internationalen Bereich tätig zu sein - aber nur ab und zu", erzählt Tschesch. Und dafür ist der Job eines OSZE-Wahlbeobachters einfach perfekt: Eine gute Woche dauern die Reisen in der Regel.

Voraussetzung, um in den 1000 Anwärter starken deutschen OSZE-Pool aufgenommen zu werden, war ein dreitägiger Lehrgang im Berliner Zentrum für internationale Friedenseinsätze, einem Anhängsel des Auswärtigen Amts. Seitdem ruft sich Tschesch jeweils Ende Dezember voller Spannung auf der Internet-Seite der OSZE die Wahlübersicht für das folgende Jahr auf - und trägt sich für den Staat ein, der ihn interessiert. Vermutlich hänge seine Vorliebe für den Kaukasus mit seiner früheren Stationierung in Griechenland zusammen - "von da aus liegt das Schwarze Meer ja gleich um die Ecke. Da habe ich wohl Luft geschnuppert".

Nur einmal wurde er bisher nicht genommen: Für die Wahlen im Frühjahr in Armenien.

Das Grundmuster vor Ort ist immer wieder ähnlich: Ein Einführungstag für die gesamte Delegation, in der aserbaidischen Hauptstadt Baku fand sie in der Philharmonie statt. Dann geht es - teils in abenteuerlichen Flugzeugen oder Bussen raus ins Land. Im jüngsten Fall 450 Kilometer in acht Stunden gen Nordwesten, Richtung armenische Grenze. Im Zweier-Team mit dem Vertreter einer anderen Nationalität plus Dolmetscher und Fahrer erkundet Tschesch vor Ort die Wahllokale, in denen er dann am Wahltag nach dem Rechten sieht. Eine Liste von 38 Stationen in einem Gebiet von der halben Größe des Kreises Schleswig-Flensburg hat er in Armenien an die Hand bekommen, aus der er frei auswählen konnte. "Schon das sichert das empirisch erwünschte Zufallsprinzip." Acht Stimmlokale schaffte er am Wahltag. Befragte die Wahlleiter nach einem akribischen, faxte die Antworten ins Headquarter in die Hauptstadt. Der Mann aus Kropp überprüfte Wählerlisten, sah nach, ob die Wahlkabinen nicht einsehbar und die Urnen verschlossen waren. Im letzten Wahllokal guckte er den Einheimischen bei der Auszählung über die Schulter und war bei der Datenweitergabe an die nächsthöhere Ebene dabei, verglich Ausdrucke der gesendeten Daten mit den handschriftlichen Notizen der Wahlleitung.

Ob er konkret Verstöße festgestellt hat? Dazu darf Tschesch nach den strengen, der internationalen Diplomatie unterworfenen Regeln der OSZE zeitnah nichts sagen. Grundsätzlich, das hat Tschesch immer wieder festgestellt, "muss ein Wahlbeobachter Selbstbeherrschung mitbringen. Egal, was wir sehen - wir dürfen nicht eingreifen, sondern nur gucken und weitermelden." Etwas allgemeiner und mit gewissem

Abstand verrät er aber Eindrücke aus Tadschikistan: Da verteilten die Anhänger bestimmter politischer Lager vor Wahllokalen Tüten mit Zucker, wenn jemand versprach, für die Gruppierung zu votieren. Auch von ganzen Busladungen mit Doppelwählern spricht Tschesch im Hinblick auf diese Wahlbeobachtung 2005.

Doch auch Aserbaidshan kann in Tscheschs Reiseanekdoten in der Kategorie "besonders abenteuerlich" mithalten - wenn es um den Punkt Unterkunft geht. Bei den meisten Einsätzen war dies ein Hotel, jetzt jedoch eine Privatunterkunft. Nur durch einen primitiven Vorhang vom Wohnzimmer einer bis spät in die Nacht fernsehenden Gastfamilie musste der Besuch aus Kropp versuchen Ruhe zu finden.

Dabei war der Trip alles andere als günstig. Nach einigen Wochen, so seine Erfahrung, wird er die Kosten zwar aus der Bundesreisekasse ersetzt bekommen. Doch erst einmal musste er wie immer für Flüge, Beherbergung sowie Entlohnung von Fahrer und Dolmetscher eine "reichlich vierstellige Summe in Euro" vorstrecken.

Schleswiger Nachrichten vom 24.10.2008 (fju)
Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 24.10.2008, 22:51 Uhr - 5107 Clicks - Nr. 981

Kirchenpolitische Leitlinien der Kieler SPD

Das Hamburger Programm setzt Zeichen für das Verhältnis von SPD und Kirchen: "Das Wirken der Kirchen und Religionsgemeinschaften ist durch nichts zu ersetzen, insbesondere wo sie zur Verantwortung für die Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und Werte vermitteln, von denen die Demokratie lebt. (...)

Friedliche Vielfalt wird nur möglich sein, wenn wir uns unserer geistigen Wurzeln in jüdisch-christlicher Tradition - die auch von griechischer Philosophie, römischem Recht, arabischer Kultur beeinflusst worden ist -- und in Humanismus und Aufklärung versichern. (...) Für den Dialog der Religionen und das friedliche Zusammenleben in Deutschland ist der Beitrag der hier lebenden Muslime unverzichtbar." (Hamburger Programm der SPD)

Deshalb sind wir aufgerufen auch auf der kommunalen Ebene kirchenpolitische Leitlinien für den Dialog Politik-Kirchen zu formulieren. Die Kieler SPD legt damit erstmals und als bisher einziger Kreisverband eine entsprechende Erklärung vor. Sie bildet die Basis für einen engen und dauerhaften Kontakt zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Landeshauptstadt. Dazu zählen insbesondere die evangelische und katholische Kirche, die islamischen Gemeinden und die jüdischen Gemeinden Kiels.

Unsere 10 Leitlinien, unsere "10 AnGebote":

1. **Religiöse Vielfalt** ist für städtisches Leben unverzichtbar. Sie gilt es zu unterstützen und zu garantieren. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unser Grundgesetz.

2. Wir achten das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre inneren Angelegenheiten

im Rahmen der für alle geltenden Gesetze **autonom** zu regeln.

3. Wir verstehen die Kirchen und Religionsgemeinschaften in Kiel als wichtige Partner bei der **Vermittlung demokratischer Werte** sowie deren Erhalt und Weiterentwicklung in einer freien und offenen Gesellschaft.
4. Wir suchen das offene Gespräch und, wo wir gemeinsame Aufgaben sehen, die direkte Zusammenarbeit, um eine **solidarische und soziale Stadtgesellschaft für die "Soziale Stadt"** Kiel zu verwirklichen.
5. Wir werden mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im ständigen Dialog über **Fragen der Arbeits- und Berufswelt** bleiben. Ziel ist zu einer gerechten, humanen und zukunftsfähigen Arbeits- und Wirtschaftsordnung auch auf kommunaler Ebene zu kommen.
6. Wir anerkennen die spezifischen **umweltpolitischen und ökologischen** Positionen, die die Kirchen und Religionsgemeinschaften aus dem Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung auch für die kommunale Ebene ableiten und formulieren.
7. Wir streben den Austausch mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften in Fragen der Kieler **Kulturentwicklung** an. Wir respektieren den vielfältigen kulturpolitischen und historischen Beitrag, den sie für Kiel leisten und geleistet haben.
8. Wir verstehen uns als kommunaler Ansprechpartner der Gewerkschaften, der Nichtregierungsorganisationen und Kirchen, die sich für Völkerverständigung einsetzen und Lösungsansätze für eine **regionale Friedens- und Partnerschaftspolitik** entwickeln.
9. Wir sehen in fundamentalistischen religiösen Organisationen **eine Gefahr** für unsere Demokratie. Dies gilt auch für pseudoreligiöse Gruppen und Unternehmen, wie z.B. die Scientologen.
10. Die Kieler SPD wird für ihre kirchenpolitischen Leitlinien bei den Kieler Kirchen und Religionsgemeinschaften werben und sie im **offenen Dialog** fortentwickeln.

Kiel, d. 23. September 2008

Für die Kieler SPD
Rolf Fischer und Gesa Langfeldt

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 25.10.2008, 14:29 Uhr - 5542 Clicks - Nr. 982

Ottmar Schreiner begeistert in Harrislee am 23. Oktober 2008

Bis auf den letzten Platz besetzt war die Halle der Mensa der Zentralschule in Harrislee anlässlich einer Diskussionsveranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion vor Ort am 23. Oktober 2008. In kritischer und ehrlicher Weise überzeugten die MdB Ottmar Schreiner und Dr. Wolfgang Wodarg das Publikum, zum Thema „Armut bekämpfen – Sozialstaat stärken!“ Kernpunkt des Vortrages von Ottmar Schreiner war die Spaltung der Gesellschaft in Deutschland, die bereits in der neuen OECD-Studie ihren Niederschlag findet und wonach die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland in erschreckender Weise immer größer wird. In Deutschland tut sich eine soziale Kluft auf wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Gerade einmal 15 Prozent der Bundesbürger halten ihren Staat noch für gerecht. Auf der einen Seite Hartz IV, Ein-

Euro-Jobs, Leiharbeit, Kinderarmut und Schrumpfrente, auf der anderen Seite schwindelerregende Gewinne und Gehälter der Konzerne und ihrer Manager. Ottmar Schreiner rechnete ab mit dem Versagen der Politik, notwendige Reformen sozialverträglich zu gestalten, auch mit krassen Versäumnissen in der SPD. Ottmar Schreiner erinnerte daran, dass eine tiefgreifende soziale Spaltung der Gesellschaft fatale Auswirkungen auf die Demokratie zur Folge haben können.



Anschließend nahmen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer

der Veranstaltung die Gelegenheit wahr, auch sehr kritische Fragen an die beiden MdB zu stellen, die jeweils Ottmar Schreiner und Wolfgang Wodarg offen und ohne politische Schnörkel ausführlich beantwortet wurden

Die Veranstaltung wurde nicht nur von den Mitgliedern der AfA des Kreises Schleswig-Flensburg besucht. Im Rahmen der Diskussion stellte sich heraus, dass auch Bürger ohne parteiliche Bindung im Publikum saßen. Abschließend bleibt festzustellen, dass es für unseren Wahlkreis wichtig ist, mit Wolfgang Wodarg einen kritischen und unbequemen Bundestagsabgeordneten zu unterstützen, der sich neben der Gesundheitspolitik, in erster Linie auch für eine gerechte Umverteilungspolitik einsetzt.

Kommentar von [Dr. jur. von Campe](#) vom 27.10.2008, 12:55 Uhr:

RE:Ottmar Schreiner begeistert in Harrislee am 23. Oktober 2

Bemerkenswert ist, daß bsplw. das Parlament nicht über die Höhe des "Hartz-4-Satzes" entscheidet, sondern daß das in Hinterzimmern von Ministerien geschieht. Was die derzeitige Höhe dieser Sätze angeht ist es schon eine Dreistigkeit zu nennen, wenn man sich vor Augen führt, welche Beträge darin "eingerechnet" sind. Für ein Kind 14. Jahre alt, sind es unter € 2,- je Monat für die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen. Die Kino- oder Theaterkarte für einen solchen Preis würde ich gern mal sehen. Ein anderer Punkt ist, daß von den Hartz-4-Sätzen der Erwachsenen auf Kinder / Babys herunter gerechnet wird. Erwachsene benötigen bsplw. keine Windeln, Babys ja - oder doch nicht ? Denn in den Hartz-4-Sätzen sind sie logischer Weise nicht drin. Was bedeutet das also ? Könnte es sein, daß die Kirchen und Wohlfahrtsverbände richtig liegen, wenn sie eine Erhöhung der Hartz-4-Sätze um 20 % einfordern ? Und warum geschieht das nicht ? Wolfgang Clement, SPD, einer der Durchpeitscher der Hartz-4-Gesetze sprach von "fördern" und von "fordern". Komisch, aber ich vermisste irgendwie das "fördern". Nun haben wir, auch gerade im Kreis Schleswig-Flensburg das "Optionsmodell" aus Arbeitsamt und Sozialamt zusammengewürfelt. CDU und SPD im Kreis haben das so gewollt ! Nur, was ich vermisste sind die Stellenangebote Na ja, manchmal klopfen sich die Politiker auf Kreisebene aus CDU und SPD gern selbst auf die Schulter und reden davon, daß die Zahlen der Arbeitssuchenden ja ganz gut aussehen würden - im Kreisgebiet. Ist ja auch klar, denn im Kreishaus, wo dieses Optionsmodell gewollt wurde, wird mal eben übersehen, wieviele Menschen in ihrer Not nach Dänemark gehen, um sich dort einen Job zu suchen. Das Fazit bleibt : Was CDU und SPD in Sachen Hartz-4 veranstaltet haben ist ein Skandal !

Erfolg für die SPD: Ausschuss gegen Kita-Gebührenerhöhung

Es war knapp, aber letztlich konnte sich die SPD durchsetzen. Mit einer Stimme Mehrheit hat der Jugendhilfeausschuss die geplanten Gebührenerhöhungen bei den Kindertagesstätten abgelehnt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost hat in einem Antrag der SPD deutlich gemacht, dass diese massiven Belastungen für die Eltern mit der SPD nicht zu machen sind. Die Verwaltung hatte vor, die Gebühren für Kinder über drei Jahren um 8% und für Kinder unter drei Jahren um 26% zu erhöhen.



Die Träger nichtstädtischer Kindertagesstätten brauchen Planungssicherheit und sollen diese auch erhalten. Der von Simone Lange geleitete Ausschuss beschloss, dass für sie der Differenzbetrag zwischen den derzeitigen Gebühren und den geplanten Mehreinnahmen durch die Stadt übernommen wird. Die Verwaltung wurde beauftragt, Modelle zu Ausgestaltung des Finanzrahmens zu entwickeln. Dabei soll sowohl nach Einsparungen als auch nach Einnahmeverbesserungen gesucht werden.

Klänglich das Bild der CDU in der Sitzung: Sie zeigte sich nicht fachkundig und nicht entscheidungsfähig. Das einzige, was ihrer Vertreterin Heidemarie Winkelmann übrig blieb, war ein hilfloser Vertagungsantrag. Und das, nachdem die Verwaltungsvorlage bereits in der Septembersitzung(!) des Ausschusses vorlag, eine Arbeitsgruppe getagt und die Verwaltung im Vorfeld der Entscheidung ausführliche Informationen gegeben hatte.

Keine Kommentare

Veranstaltung zum neuen Pflegegesetzbuch

Die AG 60 plus lud in Meldorf am 20. Okt. 2008 zu zwei Themen ein, die bei den Senioren/innen und Heimbetreibern reges Interesse fanden.

Das Podium der Veranstaltung war hochkarätig besetzt. Es bestand aus den Landtagsabgeordneten Wolfgang Baasch aus Lübeck und Detlef Buder aus Dithmarschen, dem Leitenden Verwaltungsdirektor des Kreises Malte Spitzer und dem Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen. Die Moderation des Abends hatte die Kreistagsabgeordnete und Sozialausschussvorsitzende Ulrike Opra

Etwa im März 2009 soll das Pflegegesetzbuch II in S-H beschlossen werden. Grundsätzlich fand der Entwurf des Gesetzes bei den Teilnehmern Zustimmung. Die SPD AG 60 plus drängt allerdings in einigen Punkten auf Nachbesserung.

- Die Mitwirkung und Mitbestimmung der Heimbewohner soll verbessert werden.
- Die Heimbeiräte sollen zwingend eingerichtet werden
- Die im Land tätigen ehrenamtlichen Multiplikatoren (Berater der Heimbeiräte) sollen sich im Gesetz wieder finden und eine Aufwandsentschädigung vom Land erhalten.
- Die Prüfintervalle der Heime sollen auf keinen Fall verlängert werden.
- Für Demenz erkrankte Heimbewohner soll eine Vertretungsmöglichkeit in den Heimbeiräten geschaffen werden.

Die Einrichtung eines Pflegestützpunktes in Dithmarschen unter Einbeziehung der vorhandenen

„Trägerunabhängigen Beratungsstelle“ war bei allen Teilnehmern unbestritten. Der Vorsitzende der SPD AG 60 plus, Klaus Steinschulte, machte noch mal mit Nachdruck deutlich, dass es den Menschen im Kreis egal sei wie was finanziert wird – Hauptsache die Beratungsstelle bleibt im Kreis erhalten.

Die Landtagsabgeordnete Baasch und Buder sagten zu, die Anregungen und Hinweise aus der Veranstaltung mitzunehmen und bei den Beratungen einzubringen

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 26.10.2008, 16:25 Uhr - 6020 Clicks - Nr. 985

Kappeler Bürger gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit!

Nachdem am Freitagabend bekannt wurde, dass die NPD eine Genehmigung erhalten hat, einen Stand in der Fußgängerzone Kappels aufzustellen, haben sich engagierte Bürgerinnen und Bürger am Samstagmorgen gegen 10 Uhr spontan zusammengefunden, um durch eine Mahnwache friedlich zu zeigen, dass eine solche



fremdenfeindliche Partei auch in Kappeln unerwünscht ist. Eine gewalttätige Szene schockierte die friedlichen Demonstranten.

Der Stand der NPD war provokanter Weise direkt vor dem Büro des Schlei-Boten aufgestellt worden.

Zur Mahnwache der NPD-Gegner gesellten sich spontan immer wieder zahlreiche Passanten. Viele kamen und bedankten sich für die Gegenaktion. An dieser friedlichen Mahnwache gegen NPD, Faschismus und Neonazis beteiligte sich unter anderen auch der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg, der diese Aktion, wie viele weitere SPD-Mitglieder aus Partei und Ratsversammlung, unterstützte.

Die friedlichen Demonstranten wurden nach etwa einer halben Stunde durch eine gewalttätige Szene zwischen NPD und einer Gruppe von verummten Schlägern geschockt. Eine Horde maskierter, schwarz gekleideter Männer stürmte auf den NPD-Stand zu, vernebelte die Szene mit einem Nebelwerfer, kippte deren Stand um und verschwand so schnell, wie sie gekommen war - bis auf einen.

Den konnte Hans-Jürgen Thomsen, der als einziger Polizist zu dieser Zeit vor Ort war, trotz heftiger

Gegenwehr überwältigen und festnehmen. Sofort fingen einige NPD-Leute an, den friedlichen Demonstranten zu drohen und sie zu beschuldigen, sie hätten die Schlägertruppe bestellt. Daraufhin ging der Abgeordnete Dr. Wodarg an deren Stand, bekräftigte, dass die friedliche spontane Mahnwache diese unverschämte Unterstellung von sich weise, jede Form von nicht staatlicher Gewalt verurteile und dort stehe, um gegen die, leider von der Verwaltung genehmigte, fremdenfeindliche Aktion der NPD zu demonstrieren.

Da einer der Schläger festgenommen werden konnte, besteht die Chance, mehr über ihn und die Herkunft seiner brutalen Kumpanen zu ermitteln.

Im weiteren Verlauf baute die NPD ihren Stand wieder auf, die Mahnwache aus Kappeler Bürgerinnen und Bürgern blieb vor Ort und die Polizei verstärkte ihre Präsenz - leider jedoch zu spät.

Besonders ärgerlich war, dass anschließend von der Polizei eine Pressemitteilung veröffentlicht wurde, in welcher der Stand der NPD als "Mahnwache" titulierte wurde. **Wenn es in Kappeln eine Mahnwache gab, dann jene der Bürgerinnen und Bürger, die sich mutig und spontan gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Gewalt engagierten.**

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 27.10.2008, 08:49 Uhr - 3406 Clicks - Nr. 986

Wir treten an!

Die beiden Kieler SPD-Landtagsabgeordneten Rolf Fischer (WK 15, Kiel Nord) und Jürgen Weber (WK 16, Kiel-West) erklären ihre Bereitschaft, für die Landtagswahl 2010 in Kiel zu kandidieren:



„Wir haben entschieden, uns in unseren Wahlkreisen, die wir 2005 direkt gewonnen haben, wieder um das Landtagsmandat zu bewerben. Etwa ein Jahr vor dem Nominierungsparteitag 2009 ist der richtige Zeitpunkt, Flagge zu zeigen.

Wir entsprechen damit nicht nur vielen Nachfragen aus der Bevölkerung und der Partei, sondern können im Wahljahr 2009 eine SPD-Politik aus einem Guss formulieren: Wir stehen für soziale Gerechtigkeit, für den Aufstieg durch Bildung und für ein starkes Kiel in Schleswig-Holstein.“

Rolf Fischer ist als Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Justiz, Europa, Medien auch Mitglied im Fraktionsvorstand, ist kirchen- und minderheitenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion sowie SPD-Kreisvorsitzender in Kiel. Arbeitsschwerpunkte sind neben der Europapolitik vor allem die Förderung der maritimen Wirtschaft im Wahlkreis Kiel-Nord, in dem viele Werften, Zulieferbetriebe, maritimer Tourismus und maritime Forschung ansässig sind. 2005 erreichte er 45,7% der Erststimmen.

Jürgen Weber ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag. Er vertritt damit an entscheidender Stelle auch Politik für Kiel. Zudem ist er hochschul- und sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die Sanierung des Universitätsklinikums ohne Privatisierung, die Sicherung eines gebührenfreien Studiums und Aktivitäten zur Kriminalitäts- und Gewaltprävention. 2005 erreichte er 49,2% der Erststimmen.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 27.10.2008, 09:04 Uhr - 3042 Clicks - Nr. 987

Hehre Ziele, aber keine Road Map

Zum „Bildungsgipfel“ von Bund und Ländern erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber: Die gute Nachricht ist, dass der Bildungsgipfel mit der Zielvereinbarung, dass für Bildung und Forschung bis 2015 jährlich 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts investiert werden sollen, eine zentrale Beschlusslage der SPD übernommen hat.

Die schlechte Nachricht ist, dass kein eindeutiger Finanzierungsweg für dieses Ziel vereinbart wurde, auch weil die Union nicht bereit ist, ihre Blockade bei der Erbschaftssteuer aufzugeben.

Auf der Haben-Seite stehen die Fortschreibung des Hochschulpaktes bis 2020, die Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachfähigkeit für benachteiligte Jugendliche und junge MigrantInnen sowie zur Senkung der Abbrecherzahlen. ‚Mutig‘ war man nur bei Maßnahmen, die längst umgesetzt oder eingeleitet wurden (BAföG, Hochschulpakt, Exzellenzinitiative, Anspruch auf einen nachgeholtten Hauptschulabschluss).

Versäumt wurden klare Vereinbarungen zum Ausbau der Ganztagschulen, zur beitragsfreien vorschulischen Bildung und Betreuung und zum Verzicht auf Studiengebühren, deren abschreckende Wirkung erneut durch ein Gutachten des Bundesbildungsministeriums belegt wurde. Die Krankheit des deutschen Bildungswesens, seine soziale Ausgrenzung, wird nicht therapiert.

Es zeigt sich erneut, dass die Föderalismusreform in die falsche Richtung gegangen ist, indem sie den Bund aus seiner bildungspolitischen Verantwortung weitgehend entlassen hat. Die SPD in Schleswig-Holstein wird den Weg der Bildungsreform mit mehr gemeinsamem Lernen und mehr Förderung weiter gehen. Für Aufstieg durch Bildung muss Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni herrschen.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 28.10.2008, 08:40 Uhr - 3241 Clicks - Nr. 988

SPD-Engelsby: Flensburg aktiv – Begegnung der Generationen –

Am Mittwoch, dem 29. Oktober, findet von 11 bis 16.30 Uhr, dieses Jahr wieder im Großen Saal des Deutschen Hauses, die Informationsmesse im Rahmen der Veranstaltungswoche „Flensburg aktiv“ statt.

Insgesamt 46 Aussteller informieren zu den Themen Kultur, Bildung, Gesundheit, Ehrenamt und Freizeit. Auch der Beauftragte für Menschen mit Behinderung der Stadt Flensburg, Herr Gerhard Schmitz, ist mit einem Infostand vertreten.

Weitere Informationen gibt es in der Fachstelle für Senioren im Rathaus unter Tel. 85 2407.

Das Deutsche Haus ist mit den Linien 1 und 5 der AktivBus alle 10 Minuten gut zu erreichen.

Keine Kommentare

Lindenau-Werft aus schwerer See gerettet

Zur Entscheidung der HSH-Nordbank, der Lindenau-Werft in Kiel-Friedrichsort mit einem Millionen-Kredit zu helfen, erklären der Kieler SPD-Landtagsabgeordnete und SPD-Kreischef Rolf Fischer und der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bernd Schröder:

Mit diesem Kredit ist die Lindenau-Werft aus schwerer See gerettet. Damit sind rund 380 Arbeitsplätze gesichert und ein innovatives maritimes Unternehmen hat wieder eine Zukunft. Großer Dank gilt den Werft-Mitarbeitern, den Krisenmanagern, der Bank, den Gewerkschaften und dem Wirtschaftsministerium, die dieses äußerst schwierige Stück Arbeit erfolgreich erledigen konnten. Nicht nur für den Kieler Schiffbau, sondern für die maritime Wirtschaft insgesamt ist dies ein beruhigendes Signal.

Die Entscheidung zeigt einmal mehr, wie wichtig Landesbanken für die Sicherung gerade der mittelständischen Wirtschaft sind. Die Zusage, die Werft aus der Insolvenz heraus neu aufzustellen, kann somit eingehalten werden. Nun muss der notwendige Umstrukturierungsprozess auf der Werft beginnen, damit es nicht in absehbarer Zeit wieder zu ähnlichen Problemen kommt. Die Produkte sind sehr gut und die Mitarbeiter sind sehr gut – das ist die Chance!

Keine Kommentare

Finanzmarktstabilisierungs-Gesetz - Chance für einen Neuanfang?

Der Finanzmarkt kann ein globales Instrument zur gesellschaftlichen Evolution bilden- aber nur wenn er sich nicht verselbständigen kann. Welche Regeln, Kontroll- und Sanktionsmechanismen müssen national, international und global etabliert werden, damit nicht in Kürze die nächste Finanzkrise grosse Teile Menschheit in Not und Elend stürzt? Hier meine Einschätzung der Lage und die von mir empfohlenen und politisch vertretenen Maßnahmen zur Finanzmarktregelung.



1. Im Eilverfahren den Zusammenbruch abgewehrt

Jahrelang haben die Banker behauptet, der Markt funktioniere am effektivsten nach seinen eigenen Regeln und der Staat solle sich nicht einmischen. Die Finanzkrise hat nun allen deutlich vor Augen geführt: der Markt allein kann es nicht richten, er hat sogar auf der ganzen Linie versagt. Eins ist klar, ohne staatliche nationale wie internationale Regeln kann der globalisierte Markt und können die globalisierten Finanzmärkte nicht funktionieren.

Diese Einsicht musste man nicht erst jetzt gewinnen, sondern man hätte sie schon viel früher haben können. Bei den drei großen Finanzkrisen in den neunziger Jahren - der Mexikokrise erst, dann der Asien- und Ende des letzten Jahrzehnts der Russlandkrise -, bei denen die Welt schon mehrmals am wirtschaftlichen Abgrund stand, wurde auch viel von Reformen und von Konsequenzen gegenüber den Verursachern der Krise geredet. Man sprach wie heute von einer neuen "Weltfinanzarchitektur" und von einer neuen Rolle des Internationalen Währungsfonds. Kaum waren die Krisen überwunden, wurden die Stimmen merklich leiser und ausser ein paar Reförmchen hier und da, blieb am Ende nichts übrig. Der Druck der Finanzwelt auf die Politik war mal wieder stärker

gewesen und bezahlt hatten es sowieso "die Anderen".

Auch dieses Mal glaubte man mit einer "Immobilienkrise" davon zu kommen, obwohl schon vor Monaten klar war, dass das Desaster sich nicht auf diesen Sektor beschränken lassen würde. Seriöse Ökonomen hatten warnend ihre Stimmen erhoben, wurden aber nicht gehört. Die Spekulationen, die mit am US-amerikanischen Grundstücksmarkt ausgekehrten Krediten an Schuldner mit mangelhafter Bonität begannen, pflanzten sich fort. Zwar war die amerikanische Hypothekenkrise der Auslöser der Erschütterungen, doch die Ursachen lagen tiefer. An Bilanzen und schwachen Regeln vorbei wurden Produkte geschaffen, die hinsichtlich ihres Gehalts kaum zu durchschauen waren und allein dem Ziel dienten enorme Profite zu machen. Schlechte Darlehensforderungen wurden verbrieft, mit guten vermengt, neu gepackt, mit ansprechender Aufmachung versehen und weiter verkauft, jahrelang und mit erheblichen Profit. Viele machten mit - nicht zuletzt die Rating-Agenturen und Wirtschaftsberatungsfirmen, auf die viele Anleger vertrauten. Aber häufig waren es gerade diese Agenturen und Firmen, die mithalfen diese zweifelhaften und hoch risikobehafteten Produkte zu entwickeln und sie dann auch noch positiv für den Anleger bewerteten. Zu diesem ganzen Treiben wurde - vor allem im angloamerikanischen Raum - ein Auge zugedrückt und manchmal auch zwei. So wurde wissentlich geduldet, dass sich neben dem von den Notenbanken und Aufsichtsbehörden überwachten Finanzmarkt ein rasant wachsender, intransparenter und in weiten Teilen unkontrollierter Markt entwickelte.

Auf einmal war es zu spät; plötzlich brannte das ganze globale Finanzdorf. Das Versprechen der Finanzdörfler "sie hätten alles im Griff" erwies sich als heiße Luft, waren sie es doch gewesen, die ordentlich gezündelt und den Brand erst entfacht hatten. Als der Brand auf andere Bereiche überzuspringen und zu einem Flächenbrand zu werden drohte, riefen Opfer wie Brandstifter laut nach der staatlichen Feuerwehr.

Angesichts dieser Lage musste nicht nur der deutsche Staat, nicht nur die Europäische Union, sondern mussten Regierungen überall auf dem Globus eingreifen, um eine Katastrophe zu verhindern. Eine der gefährlichsten Finanzmarktkrisen der modernen Zeit musste entschärft werden. In dieser Situation war es erst einmal müßig, darüber zu diskutieren, ob man den Brand hätte verhindern können; nützte es akut wenig, zu wissen, wer die Brandstifter waren, und mit welchen Mitteln und Instrumenten sie diesen Megabrand entfacht hatten; war es kaum hilfreich, darauf hinzuweisen, dass man es schon vorher gewusst oder sogar vorhergesagt hatte.

Das deutsche Finanzsystem litt und leidet schwer unter den Auswirkungen der weltweiten Krise. Das hat zum einen damit zu tun, dass verschiedene Banken jetzt illiquide Aktiva halten, für die kein Markt mehr besteht und daher auch kein Preis mehr festgestellt werden kann. Diese müssen zu immer stärker verfallenden Werten in die Bilanz aufgenommen werden und produzieren so enorme Buchverluste.

Zum anderen sind bislang bewährte Refinanzierungsinstrumente ausgefallen. So leihen sich Banken untereinander kaum noch Geld, wodurch der Interbankenmarkt nachhaltig gestört wird. Da auch andere Refinanzierungsinstrumente zunehmend unter Druck geraten, können die Finanzinstitute die entstehenden Liquiditätsengpässe nicht mehr angemessen ausgleichen.

Ohne funktionierende Finanzinstitute jedoch ist nicht nur der Zugang von kleinen und mittleren Unternehmen zu Krediten sondern auch der allgemeine Geldverkehr in vielen Bereichen unserer Gesellschaft gefährdet. Beispielsweise ist die gewohnte Zwischenfinanzierung von Arbeitslöhnen, Investitionen etc. für Betriebe nicht länger gewährleistet und auch der Bürger könnte sein Geld nicht mehr sicher anlegen oder mit Gewinn sparen. Wo nur noch Misstrauen herrscht, bricht das System zusammen.

Vor dieser Situation befand sich auch der deutsche Bundestag zwei Wochen nach dem Tag der deutschen Einheit, als er darüber zu entscheiden hatte, ob er dem von der Bundesregierung vorgelegten Finanzmarktstabilisierungsgesetz in der vorgelegten Form zustimmen sollte oder nicht. Zu Recht war die Empörung über die "Bankster" im Lande groß und sie konnte gar nicht groß genug sein. Populisten kochten ihr Süppchen auf diesem Feuer und erweckten den Eindruck, als wollte der Staat den "Brandstiftern in Nadelstreifen" 500 Milliarden Euro hinterherwerfen, während er gleichzeitig behauptet, für Hartz IV -Empfänger, Rentner und Schulen sei kein Geld vorhanden.

Wäre dem so, hätten die Volksvertreter ihre Verantwortung vor dem deutschen Volk nicht erfüllt. Was im Bundestag beschlossen wurde, ist jedoch etwas anderes.

Das Gesetz gibt grünes Licht für die Gründung des "Finanzmarktstabilisierungsfonds - FMS". Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, den Banken im Notfall (!) unter die Arme zu greifen, um das Bankensystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Damit es erst gar nicht zu diesem Ernstfall kommt, wird dieser Fonds Garantien für Kredite abgeben, die sich die Banken gegenseitig zur Verfügung stellen. Das Volumen dieser Garantien - für welche die Banken eine Gebühr von 2 Prozent pro Jahr entrichten müssen - beläuft sich auf maximal 400 Milliarden Euro. Mit weiteren höchstens 70 Mrd. Euro kann der Fonds bei Bedarf notleidenden Banken direkt helfen, um ihnen insbesondere frisches Eigenkapital zur Verfügung zu stellen. Im Gegenzug erhält der Fonds Firmenanteile (z.B. Vorzugsaktien), die er langfristig wieder veräußern kann.

Garantien und direkte Hilfen sind gesetzlich an Auflagen gebunden, um ein schlichtes "weiter so" zu verhindern. Dabei sehen sich die Banken, die um Hilfen aus dem Fonds nachsuchen, mit erheblichen Vorbedingungen konfrontiert. So müssen sie u.a. die Bonität ihres Unternehmens nachweisen, Einschnitte bzw. Restriktionen bei Managervergütungen hinnehmen und eine Überprüfung/Korrektur der geschäftspolitischen Ausrichtung vornehmen. Die Summe für die Garantien und die direkten Hilfen ist so gewählt, dass sie nach heutigem Wissen ausreichend ist, um die gewünschte Stabilisierung zu gewährleisten.

Trotz des grundsätzlich richtigen Ansatzes wies der Gesetzentwurf der Regierung einige Mängel auf, die durch das Parlament nicht nachverhandelt und korrigiert werden konnten. Das lag nicht zuletzt auch an der Eile, mit der dieses Gesetz verabschiedet werden musste, um technische Rahmenbedingungen erfüllen und unmittelbar wirksam werden zu können.

Aber hier muss nachgebessert werden. Die Möglichkeiten, dies zu tun, sind in den folgenden Monaten rechtlich vorhanden. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, ist dabei zum Beispiel näher zu klären, welche Eigentumstitel der Staat bei direkten Hilfen erwirbt (z.B. Aktien ohne Stimmrecht wie vorgesehen oder Aktien mit Stimmrecht), ob eine konkrete Rückführungsverpflichtung der Banken für in Anspruch genommene staatliche Hilfen in den nächsten zehn Jahren aus den Unternehmensgewinnen eingebaut werden muss und wie vor allem die demokratische Kontrolle über die eingegangenen Verpflichtungen bei der Vergabe der Mittel erhöht werden kann.

2. Die nächste Krise verhindern - auf nationaler Eben

Märkte funktionieren nicht, wie viele immer wieder glauben und manche nicht müde werden zu predigen, ohne politische Regulierung und demokratische Gestaltung. Das gilt im Besonderen für die globalisierten Finanz- und Kapitalmärkte. Angesichts der dramatischen Situation ist spätestens jetzt wohl allen klar geworden, dass ökonomische Maßlosigkeit in den Abgrund führt und die Selbstregulierung der Finanzmärkte versagt hat. Es hat sich gezeigt, dass die Banken sich von ihrem Kerngeschäft und ihrer Aufgabe, die Realwirtschaft mit finanziellen Mitteln zu versorgen, weit entfernt haben. Statt nachhaltigen, organischen Wachstums zugunsten der Kunden wurde kurzfristige Gewinnmaximierung mit zweistelligen Gewinnmargen verfolgt. Es entstand ein unkontrolliertes Schattenbanksystem und Verbriefungsgeschäft. Private-Equity und Hedge-Fonds

konnten in nahezu rechtsfreien Räumen Schuldenpyramiden errichten.

Nach dieser Krise kann es nicht noch einmal so weitergehen wie bisher, darf es für die Finanzwelt kein "business as usual" mehr geben. Es kann nicht sein, dass Brandstiftung in diesem Bereich - wie bis jetzt - auch in Zukunft kein "Delikt" ist und nicht einmal mit Sanktionen verbunden ist. Was wir jetzt brauchen, ist ein neuer Ordnungsrahmen. Die Prävention muss wirksam ausgebaut werden. Und nicht zuletzt: Wer zündelt, muss haften!

Momentan sind sich Alle in ihren Erklärungen der Öffentlichkeit gegenüber einig, dass nach dem Krisenmanagement weitere regulative Schritte folgen müssen. Diese sind auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene vonnöten.

Nach den Ansichten der Regierung und mit den Worten von Kanzlerin Merkel ist das Finanzmarktstabilisierungsgesetz der " 1. Baustein für eine neue Finanzmarktverfassung". Damit es nicht bei dieser Absichtserklärung bleibt, wurde im Parlament gefordert, die nächsten Bausteine für diese Verfassung bis zum Jahresende vorzulegen. Dies ist kein zu enger Zeitrahmen, da die Inhalte seit langem bekannt sind und nicht erst neu erfunden werden müssen. Im Wesentlichen geht es auf der nationalen Ebene um folgende zwölf Punkte.

Verstärkte Eigenmittelvorschriften und strengere Kontrolle

Es sind neue Transparenzpflichten für Risiken und eine höhere Risikovorsorge bei den Kreditinstituten vorzuschreiben. Jeder Finanzmarktakteur muss künftig verpflichtet sein, im Falle eines Erwerbs von Finanzprodukten, speziell von strukturierten Produkten, eine eigene zu dokumentierende Risikoeinschätzung des jeweiligen Produkts zu treffen und die hierfür entsprechende Risikovorsorge zu schaffen. Einschätzungen von beispielsweise Rating-Agenturen dürfen dabei nur als Orientierungshilfe berücksichtigt werden. Bei Veräußerungen von Risiken ist ein ausreichender Anteil in der eigenen Bilanz zu halten.

Die Eigenkapitalunterlegung ist massiv zu verstärken. Insgesamt gilt der Grundsatz: Je höher die Risiken umso höher die Unterlegung mit Eigenkapital.

Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen ist zu verringern.

Daneben muss das bankinterne Risikomanagement ausgebaut und die staatliche Kontrolle durch die Schaffung einer starken, effektiven wie effizienten Kontrollinstanz geschärft werden.

Nachhaltiger Ausbau der Sicherung von Einlagen

Bei der gesetzlichen Einlagensicherung ist der rechtlich geregelte Mindestschutz auf mindestens 50.000 (derzeit 20.000) Euro anzuheben; und zwar unbefristet und für 100% der Anlagen.

Die Einlagensicherungsfonds müssen krisenfest gestaltet werden, denn sie sind gegenwärtig viel zu niedrig dimensioniert. Für alle Marktteilnehmer muss erkennbar sein, dass Einlagen im Insolvenzfall einer Bank oder mehrerer Kreditinstitute tatsächlich geschützt sind. Die Banken sind gesetzlich zu verpflichten, den Nachweis der Krisenfestigkeit bzw. der Nachbesserung im Bedarfsfall zu erbringen. Dazu sind freiwillige Einlagensicherungssysteme - beispielsweise durch spezielle Krisenfonds - seitens der Bankenverbände zu errichten. Der Bundesanstalt für Finanzaufsicht sind entsprechende Kontrollbefugnisse einzuräumen.

Die die Einlagensicherung betreffende politische Willenserklärung der Bundesregierung ist in eine

rechtlich verbindliche Regelung zu überführen. Eine staatliche Garantieerklärung ohne gesetzliche Konkretisierung würde der Spekulation um die Auslegung des Geltungsbereichs Tür und Tor öffnen und damit das Ziel verfehlen, Vertrauen her- bzw. wiederherzustellen.

Produktkennzeichnung und Produktkontrolle

Für Finanzprodukte ist eine verpflichtende Kennzeichnung einzuführen. Ein dementsprechendes Label - ähnlich dem Energielabel bei Haushaltsgeräten oder der geforderten Nährwertampel für Lebensmittel - soll dem Bürger auf einen Blick eine zusammenfassende Verbraucherinformation geben. Darin müssen alle Schlüsselparameter des Finanzprodukts wie Kosten, Verfügbarkeit, Risiken etc. enthalten sein. Die Begründung ist, dass alle bisherigen Versuche, Transparenz, Verständlichkeit und Vergleichbarkeit bei Finanzprodukten herzustellen, gescheitert sind. Wo aber beispielsweise Risiken verschleiert werden, sind kostspielige Fehlentscheidungen zumeist die Folge.

Die Einführung eines solchen Labels muss begleitet werden von einer effektiven Produktkontrolle. Die Einhaltung sämtlicher Informationspflichten muss kontinuierlich sowohl quantitativ wie qualitativ überwacht werden. Dazu bieten sich die Verbraucherzentralen und speziell ihre von unabhängigen Experten ausgewerteten verdeckten Test-Beratungen an.

Genehmigungspflicht für neue Finanzprodukte und -instrumente

Bevor neue Produkte und Instrumente auf dem Markt angeboten werden können, müssen sie eine Zulässigkeitskontrolle durchlaufen und unterliegen der Zulassungspflicht. Bei der Prüfung ist zu analysieren und zu bewerten, ob und für welche Anleger sich das Produkt eignet und wann und für wen ein Vertriebsverbot gelten soll. Schon jetzt ist der Vertrieb der risikobehafteten Einzel-Hedgefonds an Privatanleger untersagt. Ein solches Verbot ist entsprechend auszudehnen. Grundsätzlich muss die Option bestehen, solche Produkte und Instrumente verbieten zu können, die sich aufgrund ihrer erhöhten Risiken negativ systemisch auswirken können.

Den "Grauen Kapitalmarkt" austrocknen

Die derzeitige Trennung zwischen dem überwachten und dem grauen Kapitalmarkt muss aufgehoben werden. Unabhängig von ihrer Funktionsweise und Struktur müssen alle Produkte, die auf dem Finanzmarkt gehandelt werden, den allgemeinen und spezifischen Produkthanforderungen genügen und einer staatlichen Kontrolle unterstellt werden. Außerdem sind für die Vermittlung dieser Kapitalanlagen klare Verhaltens- wie auch Haftungsregeln zu definieren. Der Gesetzgeber kann sich zur Kontrolle des "Grauen Kapitalmarktes" nicht weiter auf die Regelungen zum Verkaufsprospekt beschränken. Dies machen die jährlich amtlich bekannt werdenden Milliarden Schäden infolge von - wissentlich - unseriöser konzipierter Kapitalanlagen und unseriöser Vertriebsstrukturen überdeutlich. Ferner muss die Zusammenarbeit der Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden unter Hinzuziehung der Verbraucherverbände verstärkt und besser verzahnt werden.

Finanzaufsicht stärken und verbraucherorientiert gestalten

Die Erkenntnisse der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) müssen prozessöffentlich gemacht werden können. Die bisherige ausnahmslose Geltung der Verschwiegenheitspflicht muss so gelockert werden, dass Erkenntnisse der BaFin in ihren internen Prüfberichten zu Schadensfällen gerichtlich genutzt werden können. Begründung ist, dass die bisherige Praxis häufig die Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen verhindert, da beispielsweise geschädigte Verbraucher ohne den Prüfbericht der BaFin nicht den Beweis der

Falschberatung erbringen können.

Im präventiven Bereich muss die BaFin den Auftrag erhalten, die Öffentlichkeit zu warnen, wenn ihr Erkenntnisse über Missstände und gravierendes Fehlverhalten von Anbietern vorliegen. Nur wenn das Verhalten der Finanzmarktbranche gegenüber den Verbrauchern systematisch und streng überwacht wird, kann über gefährliche Marktpraktiken aufgeklärt werden. Diese Ausdehnung des Aufgabenbereichs der BaFin erweitert einerseits die Eingriffsmittel der Aufsicht und stärkt andererseits ihre Durchsetzungskraft. Die neuen Aufgaben sind im Kreditwesengesetz und im Wertpapierhandelsgesetz zu verankern.

Erweiterte persönliche Haftung

Für unrichtige Kapitalmarktinformationen und grobe Managementfehler, die für außerordentliche Kursrückgänge ursächlich sind, müssen Vorstände, Aufsichtsräte und Leitungsorgane von Finanzdienstleistungsinstituten persönlich haftbar gemacht werden können. Diese Haftungsregel hat bereits der Entwurf für das sogenannte Kapitalmarktinformationsgesetz (KapInHaG) vorgesehen. Er wurde jedoch auf Druck der Anbieter 2004 vom Bundesfinanzministerium zurückgezogen. Dieser Gesetzesvorschlag muss umgehend wieder aufgegriffen und ins Parlament eingebracht werden.

Veränderte Vergütungsregeln für Vorstände und Manager

Das Anreizsystem und die Vergütungsstruktur für Leitungsorgane im Finanzdienstleistungssektor muss neuen Regeln unterworfen werden.

Die Bezahlung von Managern hat sich in Form von exorbitanten Vergütungen im letzten Jahrzehnt von der Entwicklung der übrigen Gehälter deutlich abgekoppelt. Das hat nicht nur zu einem Gerechtigkeitsdefizit und zu falschen Vergütungsanreizen geführt, sondern darin ist auch eine Ursache für die jetzige Finanzmarktkrise zu suchen. Vergütungssysteme wie beispielsweise (Jahres-) Boni oder Tantiemen, die nur auf kurzfristigen Unternehmensgewinn gerichtet sind, aber auch Aktienoptionen oder Vergütungselemente, die nur kurzfristige Renditeinteressen begünstigen, müssen begrenzt und massiv eingeschränkt werden. Dies ist in § 87 Aktiengesetz unter dem Kriterium der "Angemessenheit" näher zu spezifizieren und aufzunehmen.

Eine auf den kurzfristigen Shareholder Value ausgerichtete Unternehmenspolitik kann nicht länger toleriert werden. Es ist eine ausdrückliche gesetzliche Regelung für die persönliche Haftung der Aufsichtsräte bei unangemessener Vergütungsfestsetzung zu schaffen. Die Verantwortung für Vorstandsvergütungen ist dem Aufsichtsrat insgesamt zu übertragen und soll nicht länger einem Ausschuss vorbehalten sein. Daneben ist der Ausübungszeitraum bei Aktienoptionen auf mindestens vier und mehr Jahre zu verlängern. Die Verpflichtung der Offenlegung der individuellen Vorstandsvergütung ist vor allem in Bezug auf Abfindungen und Ruhegelder muss spezifiziert und konkretisiert werden. Außerdem ist die Möglichkeit vorzusehen, Vergütungen von Vorständen und Managern bei schlechter Unternehmensführung nachträglich zu begrenzen.

Schadensersatzansprüche wegen Falschberatung

Das Recht des Verbrauchers, bei falscher und irreführender Beratung Schadensansprüche geltend und durchsetzbar machen zu können, muss gestärkt werden. Die Dokumentationspflicht des Beratungsgesprächs gegenüber dem Kunden ist einzuführen und gesetzlich zu verankern. In Anlehnung an das Versicherungsvertragsgesetz ist die Pflicht des Bank- bzw. Anlageberaters zu regeln, dokumentarisch die Risiken des empfohlenen Produkts sowie die Gründe für die Empfehlung festzuhalten.

Darüber hinaus haben Berater und Vermittler die Richtigkeit der Finanzberatung zu beweisen und nicht wie jetzt die Verbraucher die Falschberatung. Die Beweislast ist daher umzukehren(!). Die Verjährungsfrist muss von jetzt drei auf zehn Jahre verlängert werden. Außerdem muss gesetzlich festgehalten werden, dass die Finanzdienstleistungsinstitute und -akteure die Anlage zurückkaufen müssen, wenn diese unter Vorspiegelung falscher Produkteigenschaften dem Kunden veräußert wurden.

Qualifikationsnachweis für Finanzvermittler

Es kann nicht weiter toleriert werden, dass Personen (natürliche und juristische) ohne entsprechende Qualifikation Finanzprodukte verkaufen können. Die Anforderungen an Finanzvermittler - unabhängig davon, ob sie Anlagen, Kredite oder Versicherungen makeln - müssen deshalb einheitlich gesetzlich geregelt werden. Dabei sind u.a. folgende Punkte zu spezifizieren: Nachweis der ausreichenden Sachkunde, Registrierung in entsprechender Berufssparte, Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung sowie die Pflicht zur Dokumentation (insb. der Vermittlungsgespräche).

Einführung eines "Finanz-Wachhundes" zur Stärkung der Verbraucher

Um die Interessen der Verbraucher aktiv gegenüber den Anbietern, den Finanzaufsichtsbehörden und dem Gesetzgeber vertreten zu können, sollte eine entsprechende Institution vorgesehen werden. Aufgabe eines solchen Finanz-Watchdog / Finanz-Wachhundes bzw. "Finanz - TÜV" wäre u.a. Qualitätskontrollen in den Finanzmärkten vorzunehmen, Finanzprodukte und -mittel zu prüfen, Erkenntnisse über Missstände an die Aufsichtsbehörden weiterzugeben und diese zur Abhilfe aufzufordern. Weitere Aufgaben wären die zielgruppenorientierte Verbraucheraufklärung und -beratung sowie die Streitschlichtung. Eine Anbindung dieser Institution und ihrer Aufgaben an die Verbraucherzentralen und ihren Dachverband wäre sinnvoll, damit die Finanzmärkte auch wieder im Sinne der Verbraucher funktionieren.

Flächendeckende Bildung in Finanzfragen

Bildungslücken in Finanzfragen können gravierende individuelle, soziale und gesamtwirtschaftliche Negativfolgen haben. Dies zeigen immer wieder Fälle der mangelnden oder falschen Risikoabsicherung, die Beispiele unzureichender finanzieller Vorsorge, die Fälle unzureichender Budgetierung der privaten Finanzen oder das Problem der Überschuldung. Deshalb ist in den Lehrplänen der Schulen die Pflicht zur Finanz- und Wirtschaftsbildung zu verankern. Die Wirtschafts- und Konsumkompetenz ist durch effektive Bildungsprogramme (spezifische Schulcurricula) zu verbessern. Die Bildungsprogramme sind sukzessive auf die Erwachsenenbildung auszudehnen.

3. Was ist auf der Ebene der Europäischen Union zu tun?

Erstens: Der ordnungspolitische Rahmen, die regulatorischen Instrumente sowie die Funktionen wie Aufgaben der Kontrollinstanzen sind bezogen auf den Finanzsektor in der EU gegenwärtig extrem unterschiedlich. Es ist daher notwendig, auf EU-Ebene eine Finanzrichtlinie zu erlassen, da sie in kürzester zu einem einheitlichen Standard in den 27 Mitgliedsstaaten führt. Darin sind alle auf der nationalen Ebene (s.o.) angesprochenen Punkte aufzunehmen. Sollte die Verabschiedung einer Richtlinie nicht möglich sein, gilt es schnellstmöglich eine Harmonisierung herbeizuführen.

Zweitens: Auch auf der europäischen Ebene gilt, dass es künftig keine unregulierten Finanzmarktbereiche und auch keine "Regulierungs - Arbitrage" mehr geben darf. Dies ist einmal

durch verstärkte europäische Kodifizierung von Finanzmarktregulierungen und zum anderen durch eine stärkere Kooperation der nationalen Aufsichtsbehörden sicherzustellen. Darüber hinaus müssen auch internationale Vereinbarungen wie beispielsweise Basel II Gültigkeit haben und in geltendes Recht umgesetzt werden.

Drittens: Die sich beschleunigende Integration der Finanzmärkte auch in Europa erfordert starke, effektive und effiziente Kontrollinstanzen. Aufgaben, Funktionen und Strukturen der nationalen Aufsichtsbehörden müssen vereinheitlicht und die Kompetenzen europäisch in einer engen Zusammenarbeit gebündelt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es nicht zwingend geboten, eine einheitliche europäische Aufsichtsbehörde zu errichten.

Viertens: Europäisch ist zu gewährleisten, dass Risiken nicht außerhalb von Bilanzen platziert werden dürfen. Dazu sind europäisch einheitliche Bilanzierungsstandards zu schaffen. Diese müssen insbesondere klare und einheitliche Bewertungsregeln mit jeweils adäquaten Wertansätzen enthalten. Um Krisenverschärfungen zu vermeiden, sollten die Möglichkeiten zur Vermeidung von Prozyklizität genutzt werden können. Außerdem sollte klar reguliert und beaufsichtigt für den Krisenfall vorgesehen werden, dass eine begrenzte Übertragung zwischen Handels- und Bankenbuch erfolgen kann.

Fünftens: Den existierenden Steueroasen sowie den weitgehend regulierungs- und rechtsfreien Offshore-Finanzzentren muss der existentielle Boden entzogen werden. Da sich diese wie auch die "Parkplätze für schwarze Kassen weiterhin auch auf europäischem Boden befinden, muss die EU bei deren Bekämpfung vorangehen. Zu diesem Zweck muss der Kapitalverkehr mit Steueroasen und Offshore-Zentren sanktioniert und durch Sondersteuern eingeschränkt werden. Vor allem Steuerhinterziehung ist durch verschärfte Gesetzgebung wie Strafverfolgung entschlossener zu bekämpfen.

Sechstens: Die EU muss sich auf allen Ebenen massiv dafür einsetzen, dass es zu einer internationalen Regulierung und Aufsicht von Rating-Agenturen kommt.

Verantwortliches Handeln muss rechtsverbindlich sichergestellt werden. Ansatzpunkt bietet der nur als Selbstverpflichtung bestehende "Code of Conduct".

Beratende Tätigkeit, die Erstellung von Finanzprodukten und die Bewertung müssen zukünftig gesetzlich getrennt werden. Vor allem ist sicherzustellen, dass diese drei Dienstleistungen nicht durch die gleiche Unternehmensgruppe erfolgen können.

Für Rating-Agenturen sind einheitliche Standards vorzusehen. Die Vergleichbarkeit muss gewährleistet sein. Sorgfältige und pflichtgemäße Bewertungen müssen verbessert, Risikoanalysen transparenter gestaltet werden.

Es ist zu prüfen, ob nicht eine europäische Rating-Agentur gegründet werden muss, da es bislang nur US-amerikanische Institute gibt.

Siebtens: Kreditfinanzierungen über sogenannte leveraged buy-outs (LBO), wie sie überwiegend von Hedge-Fonds und Private Equity-Gesellschaften durchgeführt werden, müssen verbindlich stärker reguliert werden. Auf EU-Ebene sind einheitliche Mindeststandards (die auch auf internationaler Ebene durchgesetzt werden müssen) einzuführen, was die Kontrolle und Aufsicht der Finanzmarktakteure bei deren Kreditaufnahme anbetrifft. Eigenkapitalanforderungen (beispielsweise mindestens 30% bei Hedge-Fonds) und der Einsatz von Eigenkapital bei LBOs sind wesentlich zu verschärfen. Dies kann auch über ein zeitweises Verbot fremdfinanzierter Sonderausschüttungen oder einer Begrenzung des LBO durch eine Mindestkapitalquote für einen

bestimmten Zeitraum erfolgen.

Achtens: Um auf EU-Ebene die Spekulation einzudämmen, ist eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Diese hat den Effekt, dass kurzfristige spekulative Transaktionen spürbar verteuert werden.

4. Was ist auf globaler Ebene zu tun?

Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF)

Die Debatte um eine "Neue Internationale Finanzarchitektur" und die Rolle, die der IWF dabei spielen soll, ist, was die vorherrschenden regierungs- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen anbetrifft, eher von konzeptionellen Schwachstellen geprägt als von visionären Überlegungen, die die Gründer des "Bretton Woods-Systems" auszeichnete. Diese zogen die Konsequenzen aus der Weltwirtschaftskrise und den ökonomischen Ursachen der Katastrophen zweier Weltkriege und legten ein konkretes Konzept zur zukünftigen Stabilisierung der Weltwirtschaft vor. Dieses wurde in Bretton Woods verabschiedet; ihm verdanken der Internationale Währungsfonds und die Weltbank ihre Existenz. Demnach bestand eine wesentliche Aufgabenstellung des IWF darin, das internationale Finanzsystem mit Liquidität zu versorgen, um einen harmonischen und ungestörten Verlauf der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu gewährleisten.

Spätestens seit dem Zusammenbruch dieses Systems 1973 und der Freigabe fester Wechselkurse ist der IWF dieser Aufgabe nicht mehr gerecht geworden. Seitdem häufen sich die Finanzkrisen und ihr Auftreten hat sich im letzten Jahrzehnt spürbar beschleunigt. Vor allem im Zuge der Globalisierung nach Ende des Ost-West-Konflikts hat die Instabilität des internationalen Finanzsystems extrem zugenommen. Doch statt eines Konzepts mit neuem Regelwerk ging und geht es den meisten "Finanzarchitekten" weiterhin um Feinkorrekturen am bestehenden System. Man setzte auf den liberalisierten Markt, auf Kapitalmarktöffnung, auf Privatisierung und Deregulierung. Im Kern verfolgte der wirtschaftliche und politische mainstream die "Stärkung" der bestehenden "Finanzordnung" und nicht ihre notwendig gewordene grundlegende Erneuerung. Dies ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass die entscheidungsrelevanten Debatten um eine internationale Finanzordnung in exklusiven Gremien wie der G7-er Gruppe oder gleich unter handverlesenen Finanzpolitikern im IWF stattfinden. Die von dort auf "offizieller" Ebene unterbreiteten Vorschläge zielen fast ausschließlich auf die Veränderung von Regierungspolitiken und fokussieren nicht die eigentliche Ursache der wachsenden Krisenhaftigkeit des internationalen Finanzsystems - nämlich das Versagen der Märkte.

Gegenwärtig wäre es ein Euphemismus zu konstatieren, es bestünde eine - oder sogar eine funktionierende - internationale Finanzordnung. Gerade die Abwesenheit von Ordnung charakterisiert seit geraumer Zeit die Situation auf den Kapital- und Finanzmärkten - und das nicht nur international sondern in weiten Teilen auch national. Der von vielen Verantwortlichen angestimmte chorale Ruf nach einer Reform dieser "Ordnung" verliert sich daher im Leeren. Was dagegen geschaffen werden muss, ist ein grundlegend neues Ordnungskonzept für die globalen Kapital- und Finanzmärkte. In diesem Rahmen kann dem IWF eine neue - auch bedeutende - Rolle zuwachsen, sofern eine klare Veränderung in seiner Aufgabenstellung vorgenommen wird.

Die "neue Ordnung" verlangt einen politischen und gesellschaftlichen Paradigmenwechsel: Die Philosophie des neuen Konzepts ist erstens nicht länger an national abgeschotteten Wirtschaften auszurichten, sondern an einer global vernetzten Wirtschaft mit globalen - regional unterschiedlich strukturierten - Kapital- und Finanzmärkten.

Der Umstand, dass die national und/oder regional geprägten Finanzaufsichten mit der Globalisierung nicht Schritt gehalten haben, verlangt zweitens nach grenzüberschreitender und

globaler Finanzaufsicht wie Kontrolle.

Drittens macht die Intransparenz dieser Märkte es erforderlich, dass in einer internationalen Institution die Verantwortung nach Transparent-Machen gebündelt wird.

Zum Vierten ist die öffentliche Rechenschaftslegung international auszudehnen und vergleichbar zu machen.

Letztlich ist eine Partizipation von gesellschaftlicher Seite auf globaler Ebene zu verankern.

In seiner jetzigen Form und Arbeitsweise ist der Internationale Währungsfonds (IWF) eher als ineffektiv, entwicklungsfeindlich und undemokratisch denn als Garant für Stabilität im Finanzsystem anzusehen. Weit entfernt von seiner ursprünglichen Funktion hat er in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr die Rolle einer gesellschafts- und ordnungspolitischen Disziplinierungsinstanz übernommen; ist er zur Kontrollinstanz des Nordens (die Gläubiger) über den Süden (die Schuldner) geworden, ist er nach und nach in eine Art internationaler Betreibungsagentur für Gläubigerforderungen hinein gewachsen.

Vornehmlich fixiert am Interesse internationaler Kapitaleigner nach Wertstabilität ihrer Anlagen hat er mit seiner daran orientierten Politik nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass Finanzkrisen nicht nur nicht verhindert sondern sogar verschärft wurden. Dies wird inzwischen sowohl für die Asienkrise von 1997/98 wie auch für die Lateinamerika/Russlandkrise von 1998/99 zugegeben.

Außerdem hat der IWF durch sein Handeln eher den Eindruck verstärkt als vermindert, nur das Instrument seiner wichtigsten Anteilseigner zu sein. Und dies sind allen voran die USA mit ihrer Sperrminorität sowie die G7-Staaten. Da diese Länder nicht mehr auf die Kredite des IWF angewiesen sind (die letzte Transaktion erfolgte 1976), da es sich beim IWF um eine intergouvernementale Organisation handelt (in der die Regierungen bzw. ihre Finanzministerien die Politik bestimmen) konnten die "Gläubiger" ohne Gewissensbisse in der letzten Konditionen für Kredite ausarbeiten und durchsetzen, mit deren Anwendung auf sich selbst sie nicht rechnen mussten.

Damit angesichts dieser Situation der IWF als Bock nicht zum Gärtner gemacht wird, ist eine umfassende Reform seiner Struktur und Funktion notwendig. Das heißt, dass die Ausrichtung seiner Politik substantiell verändert, die institutionelle Struktur grundlegend umgebaut und seine Rolle bei der Regulierung wie Stabilisierung auf den globalen Finanz- und Kapitalmärkten neu definiert werden muss.

Im Wesentlichen sind es vier Punkte, an denen sich diese Reform auszurichten hätte.

Erstens muss die weltwirtschaftliche Koordinierungs-, Steuerungs-, Regulierungs- und Überwachungsfunktion massiv ausgebaut werden. Beispielsweise indem der Fonds a) die Befugnisse einer globalen Finanzaufsichtsbehörde übernimmt, indem er b) für antizyklische Überbrückungskredite sorgt, indem er c) als internationaler TÜV für Finanzprodukte fungiert.

Zweitens muss die Finanzierungsfunktion neu fokussiert werden. Beispielsweise reicht es, wenn die Kreditvergabe an Fonds-Mitglieder auf wenige Bedingungen wie Rückzahlungs- und Zinsmodalitäten sowie die Einhaltung elementarer Menschenrechte beschränkt ist.

Drittens muss die gesellschafts- und ordnungspolitische Disziplinierungsfunktion minimiert werden. Beispielsweise muss das detaillierte Hineinregieren in die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Mitgliedsstaaten seitens des Fonds aufgegeben werden. Unterschiedliche wirtschaftspolitische Ansätze müssen zugelassen und multipolaren Entwicklungskonzepten entscheidender Raum eingerichtet werden.

Viertens muss die Governancefunktion innerhalb des Fonds demokratisiert werden. Die Verteilung

der Stimmrechte muss dahingehend modifiziert werden, dass einem einzelnen Staat (USA) oder einem Staatenverbund (z.B. EU) kein faktisches Veto-Recht aufgrund seiner Sperrminorität eingeräumt wird. Das herrschende einseitige Dominanzsystem der Industrieländer über die restlichen Staaten würde dadurch ersetzt werden. Orientieren könnte man sich beispielsweise an Modellen wie dem Anti-FCKW-Fonds des Montreal-Protokolls, das das Diktat des Nordens ebenso vermeidet wie Majorisierungsstrategien des Südens und das darüber hinaus gesellschaftlichen Gruppierungen Mitspracherechte einräumt.

Euer Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 28.10.2008, 10:52 Uhr - 44831 Clicks - Nr. 991

Ralf Stegner: Zehn Jahre Ministerin - herzlichen Glückwunsch, Ute Erdsiek-Rave!

Zum heutigen zehnjährigen Amtsjubiläum von Ute Erdsiek-Rave als Bildungsministerin erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes, Dr. Ralf Stegner:

Die SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Landesverband gratulieren Ute

Erdsiek-Rave ganz herzlich zum zehnjährigen

Amtsjubiläum als Bildungsministerin von Schleswig-Holstein. Ute Erdsiek-Rave stellt heute gleich zwei Rekorde auf: Sie ist die Dienstälteste unter den 16 Bildungsministerinnen und -ministern

der Republik, und sie ist zugleich die schleswig-holsteinische Bildungsministerin mit der längsten Amtszeit. Sie hat sich mit Vehemenz für eine Modernisierung des Bildungssystems eingesetzt, das zum Ziel hat, Kindern gleiche Startchancen zu ermöglichen und sie nicht so früh auf verschiedene Schularten zu verteilen.



Dass wir in Schleswig-Holstein ein Schulgesetz haben, das mit der Gemeinschaftsschule längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder ermöglicht, ist auch ein Verdienst von Ute Erdsiek-Rave. Denn während die meisten Bildungspolitiker sich vor der Erkenntnis wegduckten, dass die Ergebnisse der PISA-Studie mehr erfordern als nur kleine Reförmchen, hat Ute Erdsiek-Rave mit der Schleswig-Holsteinischen SPD die Gemeinschaftsschule und damit eine optimale Förderung unabhängig von der sozialen Herkunft der Kinder und Jugendlichen gesetzlich verankert.

Unter ihrer Ägide ist für die Kinder in Schleswig-Holstein viel erreicht worden:

Das Angebot zur Betreuung unter Dreijähriger wird erweitert, so dass bis 2013 für 35 % dieser Kinder Krippenplätze zur Verfügung stehen. Der Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen ist im Kita-Gesetz verankert und die allgemeine und spezielle Sprachförderung in den Kitas forciert worden. Wir werden mit der Beitragsfreiheit für Kitas im nächsten Jahr beginnen. Die verlässliche Grundschule ist eingeführt und der Vertretungsfonds „Jede Stunde zählt“ geschaffen worden, mit dem der Unterrichtsausfall kontinuierlich gesenkt werden konnte. 2003 haben wir mit dem Ausbau der offenen Ganztagschule begonnen, dem nun die gebundene Ganztagschule folgt. Seit 1999 wurden zahlreiche neue Lehrerstellen geschaffen und trotz zurückgehender Schülerzahlen wird weiter massiv in die Qualität unseres Bildungssystems investiert.

Für diese Verbesserungen hat Ute Erdsiek-Rave sich im Kabinett stark gemacht und ihr Ministerium setzt sie jetzt um. Sozialdemokratische Bildungspolitik ist bei Ute Erdsiek-Rave in guten Händen!
Kommentar von [Albrecht Dudy](#) vom 01.11.2008, 18:39 Uhr:

RE:Ralf Stegner: Zehn Jahre Ministerin - herzlichen Glückwunsch

Liebe Ute, vielen Dank für das neue Schulgesetz. Es wurde wirklich höchste Zeit. Schade, dass sich unter Rot-Grün nicht genug auf dem Schulsektor bewegt hat. Hier wäre bei ein bisschen Mut sicher ein noch besseres Ergebnis drin gewesen. Eine neues Schulgesetz, eine neue Orientierungsstufenordnung, eine neue Grundschulordnung, G8, eine neue Realschulordnung und x andere neue Ordnungen und Erlasse, Lernpläne, Förderpläne, Bildungsstandards und EVIT, Zentrale Abschlüsse und VERA sind alles richtige Ansätze, aber wenn man daneben neue Schulformen umsetzen soll und den verdichteten ganznormalen Schulalltag zu meistern hat, dann kommt man doch bei allem späten Reformeifer in den letzten Jahren zum Schluss: Lass uns ein bisschen Zeit zum Umsetzen. Ihr Kollege Albrecht Dudy, Fraktionsvorsitzender SPD Süsel

Kommentar von [Joachim Tschesch](#) vom 28.10.2008, 11:10 Uhr:

RE:Ralf Stegner: Zehn Jahre Ministerin - herzlichen Glückwunsch

Guten Tag, Ich schließe mich den Gratulanten zu dieser kompetenten Ministerin an und wünsche ihr weiterhin viel Erfolg in der S-H Bildungspolitik. Mit ihrer Hilfe hoffen wir auf die baldige Genehmigung der Gemeinschaftsschule in Kropp. Der Antrag des Schulträgers dafür wird in Kürze in Kiel eintreffen. Danke für ein vorbildliches Schulgesetz, was in anderen Bundesländern noch bevorsteht. Mit freundlichen Grüßen Joachim Tschesch Kropp

[SPD-Hohenlockstedt](#) - veröffentlicht am 28.10.2008, 11:54 Uhr - 5152 Clicks - Nr. 992

Zum Zentralörtlichen System

Die Theorie eines Systems zentraler Orte wurde bereits in den dreißiger Jahren entwickelt. Die Konzeption enthielt eine Struktur zentraler Orte in unterschiedlichen Hierarchiestufen. Die Bundesrepublik Deutschland übernahm das System mit dem Raumordnungsgesetz (ROG), seit dem 01.09.06 im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung des Grundgesetzes. In Schleswig-Holstein erfolgte die Einstufung durch das Landesentwicklungsgrundsatzgesetz (LEGG) und die dazu ergangene Rechtsverordnung.

Nach dieser Landesverordnung gehört Hohenlockstedt zu den ländlichen Zentralorten, mithin zur untersten Stufe der Hierarchie. Die Kriterien für die Eingruppierung legte die Landesplanungsbehörde mit dem Landesraumordnungsplan (künftig Landesentwicklungsplan = LEP) fest, die dazu ergangene Beschreibung des Nahbereichs durch Regionalpläne.

Das System der zentralen Orte wird zunehmend durch die Wissenschaft in Frage gestellt. Gründe sind u.a. die Mobilität der Bürger, neue Konsumgewohnheiten, die Entkoppelung der Ober- und Mittelzentren durch Verlagerung größerer Anbieter auf die „grüne Wiese“, die zunehmende Bedeutung der Verkehrs-Infrastruktur für die Entwicklung von Kommunen. So reicht es nicht mehr aus, die vertretbare Entfernung allein oder überwiegend zum Kriterium für die Einstufung zu machen. Für wesentliche öffentliche Aufwendungen ist nicht mehr die Entfernung zum nächsten übergeordneten Zentrum ausschlaggebend, sondern Bevölkerungszahl- und -dichte (für Pflichtaufgaben wie Schulen und Kindergärten, freiwillige Leistungen wie offene Jugendarbeit, Büchereien, kulturelle Einrichtungen, Sportförderung, Kleingartenwesen usw.) unter Einbeziehung der Nahbereiche. Es bedarf der kritischen Überprüfung, aus welchen sachlichen Gründen Hohenlockstedt mit 6.300 Einwohnern (6.700 Einwohnern unter Einbeziehung des baulich zusammenhängenden Siedlungsgebiets mit Lohbarbek) als ländlicher Zentralort eingestuft ist, während es sich bei Wilster (4.500), Burg (4.400), Marne (6.010) und Hohenwestedt (5.010) um Unterzentren handelt, ohne dass präzise untersucht ist, wohin sich die Einwohner der jeweiligen Gemeinden innerhalb der zugeordneten Nahbereiche orientieren. Dies gilt gleichermaßen für die

Inanspruchnahme von Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen von Gemeinden außerhalb des Nahbereichs (aufgrund der günstigen Verkehrsanbindung und Parkmöglichkeiten decken Einwohner aus Hohenaspe, die dem Nahbereich Itzehoe zugeordnet werden, ihren qualifizierten Grundbedarf teilweise oder überwiegend in Hohenlockstedt).

Die Eingruppierung der Gemeinden innerhalb des zentralörtlichen Systems darf nicht weiterhin Kriterium für die Förderung durch Schlüsselzuweisungen und zentralörtliche Mittel sein, wenn die bestehende Einstufung beibehalten werden soll. Nur durch eine Flexibilisierung wird man den unterschiedlichen Strukturen gerecht. Es darf nicht sein, dass ein Unterzentrum erhebliche Schlüsselzuweisungen erhält, während ländliche Zentralorte bei in etwa gleichen Aufwendungen für kommunale Pflichtaufgaben aufgrund einer starren Koppelung von Eingruppierung im Rahmen des zentralörtlichen Systems und Leistungen nach dem FAG mit erheblich geringeren Zuwendungen wirtschaften müssen.

Friedrich Kortüm

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.10.2008, 15:53 Uhr - 1688 Clicks - Nr. 993

Ratsfraktion gratuliert Cai-Uwe Lindner zur Verleihung der Freiherr-vom-Stein-Me

Cai-Uwe Lindner wird heute für seine zahlreichen Verdienste auf kommunalpolitischer Ebene um die Landeshauptstadt Kiel geehrt und erhält die Freiherr-vom-Stein-Medaille.

„Mit Cai-Uwe Lindner wird heute ein Kommunalpolitiker geehrt, der seit vielen Jahren – nämlich von 1994 bis Mai 2008 - für die SPD-Fraktion kontinuierlich im Rat vertreten war. Wir sind sehr stolz, dass die zahlreichen Verdienste Lindners heute gebührend gewürdigt werden und danken ihm in diesem Zusammenhang noch einmal für sein pragmatisches und zielorientiertes Wirken in der Ratsversammlung“, so der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Ralph Müller-Beck.

Die kommunalpolitische Tätigkeit Lindners war geprägt durch seinen Einsatz für eine menschengerechte Stadtgestaltung. Insbesondere der Stadtteil Mettenhof, wo seine kommunalpolitische Arbeit seinerzeit begonnen hatte, bildet auch heute noch seinen Arbeitsschwerpunkt. Darüber hinaus bekleidete Lindner diverse Ämter im Rat. So war er als Fraktionsvorsitzender, stellv. Fraktionsvorsitzender und Vorstandsmitglied über lange Jahre hinweg Leistungsträger der SPD-Fraktion. Daneben war er u. a. Mitglied im Bau-, Umwelt-, Finanz-, Haupt-, Schul-, Jugendhilfeausschuss sowie in diversen Aufsichtsräten (Kieler Wohnungsbaugesellschaft mbH, Kieler Stadtentwicklungs- und Sanierungsgesellschaft mbH, Kieler Wirtschaftsförderungs- u. Strukturentwicklungsgesellschaft GmbH, der KIWI-Tower GmbH und VVIP Kiel GmbH), Beiräten sowie Vorsitzender des Kulturausschusses, 1. stellv. Vorsitzender des Hauptausschusses.

Seine Interessen waren ebenso vielfältig wie seine Ämter. So hat Lindner viel Gutes für die Landeshauptstadt Kiel und für den Stadtteil Mettenhof in Gang gebracht:

Neben dem Projekt „Soziale Stadt“ engagierte sich Lindner für die Haushaltskonsolidierung durch die Mitgestaltung des Verkaufs der KWG, sorgte für erhebliche Verbesserungen im Stadtteil Mettenhof, machte sich als baupolitischer Sprecher stark für die Entwicklung neuer großer Baugebiete für Wohngebiete in Suchsdorf und Neu-Meimersdorf, der Ansiedlung von IKEA, ISION, der Sanierung und städtebaulichen Planung der Hörn einschließlich des Norwegenterminals, Gründung des Multimedia Campus und gab entscheidende Impulse für die Verwaltungsreform und Haushaltskonsolidierung durch das Konzept Verwaltung 2010.

Wir wünschen Cai-Uwe Lindner, der sich übrigens weiterhin vorbildlich für seinen Stadtteil Mettenhof engagiert, dass er nicht müde wird und der Stadt weiterhin die Treue hält“, so Müller-Beck abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.10.2008, 15:57 Uhr - 1886 Clicks - Nr. 994

Zum Rücktritt des Ratsherrn Jürgen Hahn

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Ralph Müller-Beck bedauert den Entschluss des SPD Ratsherrn Jürgen Hahn, sein Mandat zurückzugeben.

„Damit geht eine über 10-jährige Ära einer loyalen und verantwortungsvollen sozialdemokratischen Arbeit zum Wohle der Stadt Kiel zu Ende“, so Müller-Beck.

Ralph Müller-Beck zollt Jürgen Hahn großen Respekt, Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit.

„Mit dem Amt sind enorme Schwierigkeiten verbunden, die berufliche, private und ehrenamtliche Arbeit unter einen Hut zu bringen. Es ist mehr als verständlich, dass Jürgen Hahn auch vor dem Hintergrund neuer beruflicher Herausforderungen hier eine neue Gewichtung vorgenommen hat. Wir sind Jürgen Hahn dankbar für die uneingeschränkte Loyalität in der Umsetzung sozialdemokratischer Politik. Er hat sich auch über die Parteigrenzen hinweg durch seine Kompetenzen einen guten Stand in Energie- und Wirtschaftsfragen erarbeitet.

Wir sind Jürgen Hahn sehr dankbar, dass er zuletzt konsequent mit an der Erarbeitung einer neuen energiepolitischen Richtung Kiels mitgearbeitet hat. Aufgrund der besonderen Vertrauensstellung hat der Fraktionsvorstand Jürgen Hahn gebeten, bis auf weiteres das Aufsichtsratsmandat bei der Stadtwerke Kiel AG fortzuführen“, so Müller-Beck abschließend.

Kommentar von [Guenther Hansen](#) vom 28.10.2008, 22:12 Uhr:

RE:Ralph Müller-Beck zum Rücktritt des Ratsherrn Jürgen Hahn

In der Tat ist es sehr schade, dass einer der wenigen Wirtschaftsfachleute die Fraktion und den Rat verläßt. Guenther Hansen AGS

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 28.10.2008, 20:47 Uhr - 4457 Clicks - Nr. 995

100 Tage Rot/GRÜN und SSW in Kiel

Auf dem Weg zur „Kreativen Stadt“

I.

Nach der Kommunalwahl am 25. Mai hat die Kieler Kommunalpolitik einen Neustart erlebt. Der Kooperationsvertrag zwischen SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN wird vom SSW unterstützt. Das neue Quadrat unserer Stadtpolitik besteht aus den Eckpunkten

- Soziale Stadt Kiel stärken
- Eine Stadt für Kinder
- Klimaschutzstadt Kiel - europäische Metropole am Meer
- Kreative Stadt – qualitatives Wachstum für Kiel

Gleichzeitig halten wir am Kurs der Haushaltskonsolidierung fest.

II.

Die Zusammenarbeit der Parteien, der beiden Fraktionen und Ratsfrau Danker SSW ist sehr erfreulich. In den ersten Ratssitzungen konnten wir gemeinsam wichtige Punkte aus unserem Kooperationsvertrag in Ratsbeschlüsse umsetzen.

1. Die Schulreform wird im Dialog mit den Beteiligten zügig umgesetzt.
2. Die StadtRegionalBahn wurde auf den Weg gebracht
3. Der Verkauf von Erbpachtgrundstücken an Dritte ist vom Tisch
4. Es wird kein neues Kohlekraftwerk in Kiel gebaut
5. Kiel, Plön und Rendsburg-Eckernförde bilden eine Regionale Entwicklungsgesellschaft. Die gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft wird integriert.
6. Im Nachtragshaushalt 2008 haben wir auf umfangreiche Veränderungen verzichtet. Mit zusätzlichen 2,6 Mio. Euro haben wir unseren inhaltlichen Schwerpunkt „Umsetzung der Schulreform“ gestärkt und mit einer VE-Umwidmung die Landesmittel für ein Künstleratelierhaus gesichert.
7. Durch Ratsbeschluss werden 500 Arbeitsplätze im Bereich der kommunalen Beschäftigungsförderung geschaffen.
8. Mit dem Sportentwicklungsplan und dem Kulturentwicklungsplan werden Alternativen für die umstrittenen Hallennutzungsgebühren erarbeitet und den Stadtteilbibliotheken dauerhafte Unterstützungsstrukturen geschaffen.

III.

SPD, GRÜNE und SSW stehen für einen klaren demokratischen Kurs. Mit eindeutigen politischen Entscheidungen setzen wir den Rahmen für diejenigen, die an der Gestaltung der Stadt mitwirken. Durch transparente Verfahren schaffen wir Planungssicherheit und sichern breite Beteiligungsmöglichkeiten.

An weiteren Stellen konnten wichtige Signale gesetzt werden:

- Statt Chaos geordnete Innenstadtentwicklung: Eine Innenstadtrahmenplanung wurde auf den Weg gebracht, die BürgerInnenbeteiligung sicherstellt, Investoren zeitliche und inhaltliche Vorgaben gibt und der Politik die Entscheidung vorbehält.
- 2009 wird insgesamt das Jahr der BürgerInnenbeteiligung. Neben der Innenstadtplanung sind breite Beteiligungsprozesse in der Schulentwicklung, der Sportentwicklung und der Kulturpolitik vorgesehen.

Es geht uns nicht um einen radikalen Kurswechsel sondern um eine sozialere und demokratischere Ausrichtung der Stadtpolitik. Damit verbunden sind deutliche neue Akzente, wie z.B.

- das klare Bekenntnis zur Kommunalwirtschaft. Der Rückkauf der KVG-Anteile gehört genauso dazu wie der Verzicht auf eine Teilprivatisierung des Betriebes der Stadtentwässerung.

- Die Verwaltung wird beauftragt, für Sozialräume mit überdurchschnittlicher sozialer Problemdichte eine fachübergreifende Konzeption (Arbeitsstruktur und Zeitplanung) vorzulegen, wie eine nachhaltige Besserung der Lebenslage bezogen auf soziale Lage, Stadtentwicklung, Wohnraumversorgung, Ordnung und Sicherheit, sowie Wirtschaftsförderung erreicht werden kann.
- Die Minderheitenpolitik, dazu gehört auch die erstmalige Vorlage eines Berichtes über die Situation der nationalen Minderheiten in Kiel (Minderheitenbericht).

IV.

Vor uns liegt die Beratung und Verabschiedung des ersten vollständigen doppelhaushalts. Die Auswirkungen der Finanzkrise werden auch unsere Einnahmeseite treffen, wir müssen deutliche Rückgänge bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer befürchten.

Die neue Ratsmehrheit muss die Balance hinbekommen zwischen der finanziellen Umsetzung der politischen Ziele und der verschlechterten Haushaltslage. Unser Kooperationsvertrag gibt die Richtung vor.

Die Vereinbarungen der neuen Kooperation von SPD und GRÜNEN zur Haushaltskonsolidierung sind keine Lippenbekenntnisse, sondern ernst gemeint. Der SSW hat zugesagt, den Haushalt mit zu beraten und mit zu tragen.

Kommentar von [Baumann und Clausen](#) vom 02.11.2008, 22:09 Uhr:

Kielopoly hat begonnen

SPD - Rathausfraktion schrieb: >>Durch transparente Verfahren schaffen wir Planungssicherheit und sichern breite >>Beteiligungsmöglichkeiten. Die Entscheidungen der politischen Gremien zum Thema Rathausgalerie / ECE-Center am Schloss wurden auf der Grundlage des CIMA - Gutachtens getroffen. <http://www.cima.de/projekte/projektetails.php?id=231>

<http://www.cima.de/projekte/projektetails.php?id=836>

<http://www.cima.de/projekte/projektetails.php?id=541> Viel Spaß bei den weiteren Pseudo-Beratungen und dem realen Kielopoly-Spiel! Seit wann begutachtet ein Gutachter die eigenen Kunden (und das auch noch "neutral")??? Kein Wunder, dass in unserem Rathaus der Wurm drin ist! Ich kann mir übrigens ganz gut vorstellen, was unser "Stadtbourat" macht, wenn er mal nicht mehr Stadtbourat ist. Transparenz ist gut - wenn man vorher mal in den Spiegel schaut und auch die Akteure beleuchtet, auf deren Urteil man vertraut. Einen schlechteren Stadtbourat hat Kiel nie gehabt. Hat die SPD keine bessere Alternative? Die SPD sollte darauf drängen, im nächsten Jahr eine Personalveränderung für diese wichtige Stelle zu erreichen!

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 29.10.2008, 13:03 Uhr - 6147 Clicks - Nr. 996

Pflege: "Etwas dänisch werden!"

Der Buchautor Christoph Lixenfeld hat für die Zeitung "Das Parlament" einen Artikel verfasst, den ich Euch ans Herz legen möchte und deshalb hier wiedergebe. Er zeigt in klarer Form das auf, was mich seit Jahren umtreibt und was der Grund für meine Bemühungen ist, nicht nur bei uns im Norden zu zeigen, dass es auch anders geht.

Bild: Ich absolvierte in diesem Sommer ein Pflegepraktikum bei der Sozialstation Hürup

Hier der Artikel aus "Das Parlament" von Christoph Lixenfeld:

Etwas dänisch werden

Seit Jahrzehnten diskutieren wir über Gewalt und Vernachlässigung in deutschen Altenheimen, und

es ist ein Ziel der aktuellen Pflegereform, an den skandalösen Zuständen etwas zu ändern. Gelingen wird das nur, wenn weniger Menschen in Heimen leben müssen, wenn wir uns von dem Prinzip verabschieden, Alte wegzuschließen wie Gefangene.

Ein Land ohne Heime, wie wir sie kennen, ist mitnichten undenkbar. Um es uns vorzustellen, brauchen wir weder Phantasie noch visionäre Kraft. Eine Fahrkarte Richtung Norden genügt. Denn dieses Land gibt es längst: Es heißt Dänemark. Wer hier alt ist und nicht mehr allein zurecht kommt, zieht in eine - relativ große und komfortable - Pflegewohnung. Mit eigenen Möbeln und mit Helfern, die Zeit haben. Möglich ist das, weil die Gemeinde alle Fäden der Alten- und Sozialarbeit in der Hand behält, weil sie alle Leistungen aus einem einzigen Topf bezahlt.

Das entwürdigende Gerangel zwischen unterschiedlichen Kassen und Kostenträgern, das wir in Deutschland für normal halten, gibt es in Dänemark nicht. Dafür haben die Gemeinden dort ein - auch finanzielles - Interesse daran, dass ihre Bürger so lange wie möglich fit und selbstständig bleiben.



Unumstößliches Prinzip

Wir müssten also ein bisschen dänisch werden. Davon ist aber kaum etwas zu spüren, sieht man davon ab, dass mit der Pflegereform zumindest die Möglichkeit geschaffen wurde, Pflegestützpunkte einzurichten, die die Beratung verbessern sollen. Ansonsten bleibt es bei dem scheinbar unumstößlichen Prinzip, dass alte Menschen, die Hilfe brauchen, bei uns in die Horizontale gehören, weil sie so zeit- und platzsparend versorgt werden können. Zuständig dafür sind die Heime. Die werden von der Pflegeversicherung bezahlt, und wenn der das Geld ausgeht, muss der Staat aus Steuermitteln zuschießen oder die Beiträge erhöhen. Den Ländern kann das ebenso egal sein wie den Krankenkassen. Deshalb tun sie auch fast nichts dafür, alte Menschen so lange wie möglich fit zu halten, und fast nichts, Pflegebedürftigkeit zu vermeiden, statt sie zu verwalten.

Von den Dänen könnten wir vor allem drei Dinge lernen. Erstens: Das soziale Wohlergehen der Bürger gehört - verbindlich und überall - in die Hände der Kommunen. Nur wenn sie selbst finanzielle Nachteile dadurch haben, dass sie zu wenige altersgerechte Wohnungen zur Verfügung stellen, werden sie ihre Tatenlosigkeit auf diesem Gebiet aufgeben. Zweitens: Die Trennung zwischen Krankenversicherung und Pflegeversicherung muss weg. "Krank" und "pflegebedürftig" zu unterscheiden, ist medizinisch unsinnig. Sämtliche Definitionen auf diesem Gebiet dienen nur dazu, Kosten und Verantwortung hin- und herzuschieben. Drittens: Es ist falsch, die Betreuung alter Menschen genau wie Gebäudereinigung oder Autoreparatur von privaten Dienstleistern abwickeln zu lassen. 70 bis 80 Prozent der Kosten eines Pflegeheims sind Personalkosten. Wer sparen will, damit er mehr Gewinn macht, muss es beim Personal tun. Und das geht zwangsläufig zulasten der Bewohner. Drei Pflegekräfte in der Nachtschicht kosten eben weniger als sechs.

Immer mehr Bewohner

Zu diesen Einrichtungen zähle ich im Übrigen auch die von Caritas, Diakonie und Co. Sie sind wie alle anderen Betreiber darauf angewiesen, die vielen eigenen Häuser auszulasten, damit sie keine Verluste machen. Deshalb müssen auch sie am gesicherten "Nachschub" für ihre Heime interessiert sein. Natürlich ist der Ansatz der aktuellen Reform richtig, die Einrichtungen häufiger und zudem unangemeldet zu überprüfen. Menschlichkeit aber lässt sich auf Dauer nicht hineinkontrollieren in

Einrichtungen, die in erster Linie gewinnorientiert sind.

Für die Branche lief es gut in den vergangenen Jahren: Die Anzahl der Heimbewohner unter den Pflegebedürftigen ist deutlich gestiegen. Statt "ambulant vor stationär", von der Politik seit Jahren als Ziel propagiert, erleben wir "stationär vor ambulant". Weniger Heime gäbe es dann, wenn wir die Leistungen der Kasse für die Heimunterbringung -zumindest in Pflegestufe eins - kürzen und mit dem Geld den ambulanten Bereich massiv ausbauen würden. Genau diese Kürzung war bei der Reform von 2003 - die Anfang 2004 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) über Nacht gestoppt wurde - vorgesehen.

Dieses Mal ist davon keine Rede mehr. Stattdessen bleiben die Heimsätze in den unteren Pflegestufen unangetastet, die ambulanten Leistungen steigen in lächerlich geringem Maße. Am "Stationär-vor-ambulant"-Trend wird das nichts ändern. Warum sollten Heimbetreiber denn ein Interesse an integrierter Altenarbeit haben? Warum sollten sie sich wünschen, dass Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben? Was die Branche stattdessen braucht, ist eine lückenlose "Versorgungskette im Pflegemarkt". Der Begriff stammt aus einer Studie der HSH Nordbank und ihrer Immobilientochter HSH N Real Estate. Titel: "Pflegeheime in Deutschland - eine neue Investmentklasse für Portfolioinvestoren". Die darin enthaltenen Analysen sind ebenso offenherzig wie vielsagend: "Aus der Verbindung von betreutem Wohnen, ambulanter und stationärer Pflege und der Kooperation mit einer Klinik können sich langfristig stetige Erträge ergeben."

Lückenlose Versorgungskette

Heimbetreiber und ihre Investoren verdienen am besten an solchen Menschen, die so frühzeitig wie möglich die eigene Wohnung verlassen, um zuerst im - meist überbelegten - betreuten Wohnen zu landen und anschließend im Heim. Und die "Kooperation mit einer Klinik" sorgt dafür, dass Alte - zum Beispiel nach einem Sturz - vom Krankenhaus direkt ins Heim verlegt werden, anstatt in die eigene Wohnung zurückzukehren.

Niemand will ins Heim, aber viele werden zu diesem Schritt gezwungen, weil sie keine Alternative haben. Und wir alle finden es offensichtlich normal und akzeptabel, dass 20-Jährige über ihren Lebensstil selbst entscheiden dürfen, 80-Jährige aber nicht. Ändern lässt sich das nur, wenn wir auch die Finanzierung der ambulanten Pflege nachhaltig reformieren. Heute bezahlt die Kasse für eine definierte Leistung - Kämmen, Waschen und so weiter - einen festgelegten Betrag. Dieser so genannte Verrichtungsbezug führt dazu, dass die alten Menschen gewartet werden wie ein kaputtes Auto. Zeit haben die Pflegekräfte nicht, schon gar nicht für Gespräche und Spaziergänge.

Diese Zeit zu "kaufen", zum Beispiel für die Betreuung des demenzkranken Vaters zu Hause, kann sich fast niemand leisten. Also landen die Betroffenen im Heim, da werden sie ja - vermeintlich - rund um die Uhr versorgt. Und wer jetzt einwendet, für eine Stunde "Quatschen" die Kassen bezahlen zu lassen, sei nicht finanzierbar, der sollte sich daran erinnern, dass es bis Mitte der 1990er-Jahre genau so war: Bevor es die Pflegeversicherung gab, bekamen Sozialhilfeempfänger vom Amt ein Zeitkontingent. Von dem Geld bezahlten sie dann einen Zivi, der ihnen die Wohnung putzte. Oder sich bei einer Tasse Tee Geschichten aus der "guten alten Zeit" anhörte. Ganz nach Wunsch eben.

Schließlich: Menschenwürdiger wird unsere Altenarbeit dann, wenn wir einer Realität in Deutschland endlich ins Auge sehen. Etwa 100.000 Pflegekräfte aus Osteuropa versorgen bei uns alte Menschen in Privathaushalten - illegal, halblegal, selten legal. Wir sollten sie mit offenen Armen aufnehmen, statt sie zu kriminalisieren. Wenn sie nicht legal arbeiten dürfen, dann tun sie es eben illegal. Bleiben werden sie in jedem Fall - weil wir sie brauchen.

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Hamburg. Er beschäftigt sich seit Jahren mit den Problemen der Pflegeversicherung. Kürzlich erschien im Econ-Verlag sein Buch "Niemand muss ins Heim".

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 29.10.2008, 16:25 Uhr - 11781 Clicks - Nr. 997

Bundeswehr im Umbruch

Mehr als zweihundert Teilnehmer kamen zur ersten Veranstaltung des sicherheitspolitischen Forums, das Jörn Thießen zusammen mit seinem Abgeordnetenkollegen Hans-Peter Bartels ins Leben gerufen hat. Stargast des gelungenen Auftakts war der Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhan.

Auf Einladung des Bundeswehrverbands und des Julius-Leber-Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung diskutierte Schneiderhan in Kiel mit Gästen aus ganz Schleswig-Holstein über die Transformation der Bundeswehr, die er seit Beginn seiner Amtszeit 2002 vom ersten Moment an begleitet hat. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, wie aus einer Armee, deren Strukturen und Charakter der Kalte Krieg geprägt hatte, die heutige moderne Einsatzarmee wurde, die ihre Aufgaben in der Krisenprävention und Befriedung von Konflikten in aller Welt findet. Der ungewöhnlich hohe Zulauf, über den die Organisatoren sich sehr gefreut haben, zeigt nach Ansicht von Thießen, dass es einen Bedarf an gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit der Bundeswehr gibt, der bislang viel zu wenig gedeckt wurde. Die tolle Resonanz ermutigt zu Folgeveranstaltungen des sicherheitspolitischen Forums, das nach dem erfolgreichen Start auch in Zukunft gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert wird.

Keine Kommentare

[AGS-Kiel](#) - veröffentlicht am 29.10.2008, 23:34 Uhr - 2697 Clicks - Nr. 998

Flexicurity als Antwort auf den demographischen Wandel

Zu einer interessanten Podiumsdiskussion mit hochkarätiger Besetzung hatte die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der Kieler SPD am 28.10.2008 ins Business-Center Office 400 eingeladen.

Thema der Veranstaltung war die Frage, ob das deutsche Arbeitsrecht bereits demographiefest ist oder ob eine Flexibilisierung notwendig sei.

Die Diskutanten, der parlamentarische Staatssekretär aus dem Bundesarbeitsministerium, Franz Thönnies, der Direktor der Kieler Agentur für Arbeit, Dr. Wolf-Dieter Schmidtke-Glamann, der Unternehmer Prof. Constantin Kinias, der DGB-Vorsitzende in der KERN-Region, Ralph Müller-Beck und der renommierte Arbeitsrechtler Dr. Stefan Lunk waren sich letztlich einig, dass das heutige Arbeitsrecht durchaus als demographiefest bezeichnet werden kann, allerdings die baldige Kodifizierung wünschenswert wäre. Eine weitere Lockerung des Kündigungsschutzgesetzes ist aus Sicht der Experten schon gar nicht erforderlich.

Einig war man sich ebenfalls darin, dass weniger eine Anpassung der Gesetze, als vielmehr die

betriebliche Umsetzung bereits vorhandener Instrumente, die Förderung des lebenslangen Lernens und eine Veränderung der Unternehmenskultur notwendig sei, um den Herausforderungen des demographischen Wandels gerecht werden zu können.

In Punkto Weiterbildung sei zudem damit zu rechnen, dass Arbeitnehmer bald auch die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen über vermögenswirksamen Leistungen finanzieren können.

Nachholbedarf sahen die Experten beim Sozialrecht. Dies sollte an die verschiedenen Formen der Erwerbstätigkeiten und die verlängerten Lebensarbeitszeiten angepasst werden. So stehen z.B. flexible Regelungen für Auslandsrückkehrer, Selbständige und bei Arbeitszeitkonten noch aus.

Dem Entwurf der EU – Kommission eines einheitlichen europäischen Arbeitsrechts konnten sich alle Podiumsteilnehmer anschließen.

Flexicurity heißt demnach die Antwort auf die kommenden Herausforderungen in der Arbeitswelt:

- Flexible und zuverlässige vertragliche Vereinbarungen durch moderne Arbeitsgesetze, Kollektivvereinbarungen und Formen der Arbeitsorganisation,
- Umfassende Strategien des lebenslangen Lernens, durch die sich die ständige Anpassungsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer gewährleisten lassen,
- Wirksame aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die Menschen tatsächlich dazu verhelfen, den raschen Wandel zu bewältigen.
- Moderne Systeme der sozialen Sicherheit, die eine angemessene Einkommenssicherung bieten.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 30.10.2008, 12:59 Uhr - 3759 Clicks - Nr. 999

„Städte und Gemeinden sind die wichtigsten Partner der Sportvereine“

- Lothar Hay ruft zur Teilnahme am Wettbewerb „Sportfreundliche Kommune“ auf

Erscheinungsdatum:27.10.2008

Innenminister Lothar Hay hat Städte und Gemeinden zur Teilnahme am Wettbewerb „Sportfreundliche Kommune 2009“ aufgerufen. Der Preis ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert und wird an drei Kommunen in den Kategorien über 20.000 Einwohner, bis 20.000 Einwohner und bis 8.000 Einwohner vergeben.

Ausgezeichnet werden Städte und Gemeinden, die sich in besonderer Weise für den Erhalt ihrer Sportstätten engagieren, Sportvereine unterstützen und das ehrenamtliche Engagement im Sport fördern.

Wie Hay am Montag (27. Oktober) in Kiel sagte, wächst das Bewusstsein für die Bedeutung des Sports in allen Bereichen der Gesellschaft. Der Wettbewerb sei geeignet, dieses Bewusstsein in den Kommunen weiter zu verstärken. „Unsere Städte und Gemeinden sind die wichtigsten Partner der Sportvereine“, sagte der Minister. Zwei Drittel aller Sportstätten in Schleswig-Holstein seien in kommunaler Hand.

Der Wettbewerb „Sportfreundliche Kommune“ geht bereits in die dritte Runde. Er wird vom Innenministerium zusammen mit den Kommunalen Landesverbänden und dem Landessportverband

(LSV) veranstaltet. Unterstützung gab es von Anfang an von den Volksbanken Raiffeisenbanken in Schleswig-Holstein, die zusammen mit dem Innenministerium das Preisgeld zur Verfügung stellen. Getreu ihrem Motto „Wir machen den Weg frei“ runden die Volksbanken Raiffeisenbanken mit der Unterstützung des Wettbewerbs ihr vielfältiges Engagement für den Sport ab.

Städte und Gemeinden können sich bis zum 5. Dezember 2008 bewerben. Informationen über den Wettbewerb gibt es im Internet unter www.schleswig-holstein.de/IM → Kommunales und Sport → Sport → Preise. Sieger im Wettbewerb „Sportfreundliche Kommune“ waren in diesem Jahr Elmshorn (Kreis Pinneberg), Büdelsdorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde) und Todesfelde (Kreis Segeberg). Die Preisträger für 2009 werden voraussichtlich im Rahmen des internationalen Reitturniers VR Classics im Februar 2009 in Neumünster vorgestellt.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 30.10.2008, 13:26 Uhr - 2997 Clicks - Nr. 1000

Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille für 31 Kommunalpolitiker -

„Zukunft beginnt vor der Haustür“ - Lothar Hay wirbt für mehr Engagement

Erscheinungsdatum: 27.10.2008

Innenminister Lothar Hay hat die Bürger in Schleswig-Holstein zu einem verstärkten kommunalpolitischen Engagement aufgerufen. „Unsere Zukunft beginnt vor der Haustür“, sagte Hay am Montag (27. Oktober) in Schleswig.

Im Großen Ständesaal des Rathaus wurden 31 Frauen und Männer für ihre langjährige ehrenamtliche Arbeit in den Kreistagen, Stadt- und Gemeindevertretungen mit der Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille ausgezeichnet.



Eine Reihe wichtiger Entscheidungen würde nach wie vor in den Kommunalvertretungen getroffen, sagte Hay. Viele Menschen seien bereit, sich zu engagieren. Oft fehle nur ein letzter Anstoß. Parteien und Wählergruppen müssten daher gezielt auf die Menschen zugehen. „Wir brauchen besonders mehr junge Leute in den Kommunalparlamenten“, sagte der Minister. Er empfahl den Mandatsträgern, von den Möglichkeiten der Einwohnerversammlung und des Bürgerentscheids häufiger Gebrauch zu machen. „Das belebt die Demokratie und bringt die Sachthemen näher an die Menschen heran“, sagte Hay.

Die Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille wurde anlässlich des 200. Geburtstages des Reichsfreiherrn Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein am 26. Oktober 1957 gestiftet. Sie wird alljährlich im Oktober in einer Feierstunde vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein verliehen. Mit dieser Auszeichnung werden Frauen und Männer geehrt, die sich durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung erworben haben. Es soll damit langjähriges Engagement und die Wahrnehmung herausragender Funktionen anerkannt werden. Vorschlagsberechtigt sind die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister der kreisfreien Städte sowie die Bürgermeister der Städte über 20.000 Einwohner. Aus diesen Vorschlägen wird jährlich eine begrenzte Anzahl für die Verleihung ausgewählt.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 30.10.2008, 16:15 Uhr - 2702 Clicks - Nr. 1001

SPD-Engelsby: Vorsicht "Blatteis"

"Glatteis ohne Frost" wird Herbstlaub auf Bürgersteigen auch genannt.

Die Blätter bilden besonders bei Nässe unter dem Druck von Schuhsohlen eine glitschige Schicht.

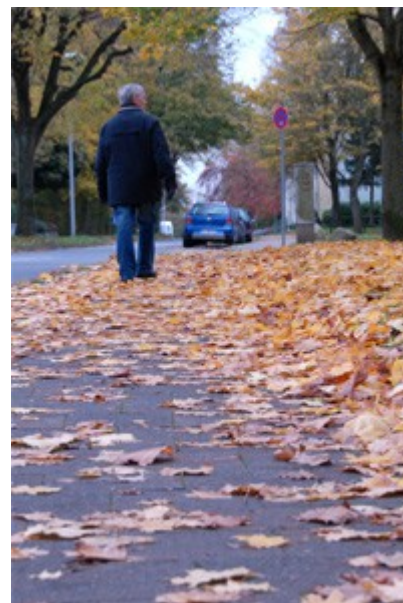
Genauso wie bei Schnee gilt die Räumpflicht im Herbst auch bei Laub.

Wenn sich ein Passant beim Ausrutschen auf den feuchten Blättern verletzt, kann er den Eigentümer des angrenzenden Grundstücks haftbar machen.

Dieser ist nämlich verpflichtet, den Bürgersteig vor seinem Haus im Herbst von Laub zu befreien.

Andernfalls kann die Kommune dies durch eine Reinigungsfirma erledigen lassen - und die Rechnung dafür dem Hausbesitzer zustellen.

Dies gilt auch dann, wenn das Laub von Bäumen stammt, die der Kommune gehören.



Keine Kommentare

Wodarg begrüsst die Ablehnung von Bundeswehreinsätzen im Inneren

Auf Initiative der CDU/CSU - und hier besonders des Innenministers Schäuble - wird seit Jahren in unterschiedlicher Weise versucht, die Bundeswehr auch für Einsätze zur "Terrorbekämpfung" im Inneren Deutschlands einzusetzen. Zu Schäubles Plänen sagt nicht nur das Bundesverfassungsgericht "Nein", sondern auch die SPD-Fraktion.



Einen erneuten Koalitionsvorschlag hat die SPD-Bundestagsfraktion kürzlich zurückgewiesen. In der letzten Fraktionssitzung hatte die Justizministerin Brigitte Zypries einen Koalitionskompromiss vorgestellt, der zusätzlich zu den bereits bestehenden Möglichkeiten der Hilfe in Katastrophenfällen auch " bei schweren Unglücksfällen" der Bundeswehr ein Mandat für den Einsatz im Inneren geben sollte. Es wurde deutlich, dass dazu auch präventive Einsätze zur Verhinderung terroristischer Anschläge zählen sollten.

Die Pläne der Regierung zur entsprechenden Änderung des Artikels 35 des Grundgesetzes sind jedoch in der Fraktion der SPD erst einmal durchgefallen. Nun wird unter der Leitung der Justizministerin Brigitte Zypries und dem Fraktionsvorsitzenden Peter Struck eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einen neuen Vorschlag vorbereiten soll.

Wodarg: " Amtshilfe in Katastrophenfällen ist schon längst möglich. Dabei kann die Bundeswehr mit ihrem Hilfsarsenal Polizei und Katastrophenschutz sogar länderübergreifend unterstützen. Der Einsatz von Militär im Inneren zum "Kampf gegen den Terror" wäre ein Schritt hin zur Sonderbehandlung von spezieller, gefährlicher Kriminalität durch Soldaten, durch jene Kämpfer, die für ganz andere Aufgaben rekrutiert, ausgerüstet und ausgebildet werden und eigentlich unsere äußere Sicherheit schützen sollen."

Wodarg erinnert daran, dass die Bush Administration diese Zuständigkeitsverschiebung im System staatlicher Sicherheitskräfte durch ihren "Krieg gegen den Terror" sogar so weit ausgedehnt hat, dass dieser "neue Krieg" für die ganze NATO zum Verteidigungsfall wurde. So sei auch der Krieg in Afghanistan begründet worden, weil dort eine "Brutstätte des Terrorismus" bekämpft werden soll.

Wodarg: "Als die Armee eingriff, veränderte sich der Charakter des Anti-Terror-Kampfes und es begann der weltweite "Krieg gegen den Terror", der sich inzwischen zu einem lukrativen und gefährlichen Markt für private Militärfirmen ausgeweitet hat. Das Gewaltmonopol des Staates ist konstituierendes Merkmal unserer Demokratien. Polizei zur inneren und Militär zur äußeren Sicherheit haben ihre spezifische, im Grundgesetz verankerte Funktion nicht ohne Grund erhalten. Wer das durcheinander bringt, gefährdet unsere rechtsstaatliche, demokratische Grundordnung auch dann, wenn angebliche Sicherheitsgewinne zur Begründung angeführt werden."

Keine Kommentare

Glückwünsche an die neuen Aufsichtsratsvorsitzenden Heinrichs und Tovar

Zu den Aufsichtsratswahlwahlen bei der Kieler Verkehrsgesellschaft (KVG) und bei der Seehafen Kiel GmbH erklärt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Ralph Müller-Beck: Die SPD-Ratsfraktion gratuliert dem neu gewählten Aufsichtsratsvorsitzenden der KVG, Ratsherrn Achim Heinrichs (SPD), und dem neu gewählten Aufsichtsratsvorsitzenden der Seehafen Kiel GmbH, Ratsherrn Hans-Werner Tovar (SPD), zu ihrer Wahl.

Die Steuerung der städtischen Gesellschaften wird wieder unmittelbar in die Verantwortung der gewählten Volksvertreter zurückgegeben: Ratsherr Tovar (SPD) löst die bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Angelika Volquartz ab. Die SPD-Fraktion betrachtet diesen Wechsel in der Unternehmenssteuerung durch Volksvertreter statt durch Hauptverwaltungsbeamte als einen grundsätzlichen Gewinn in der demokratischen Kultur unserer Stadt.“

Ratsherr Achim Heinrichs (47 Jahre) ist Diplom-Mathematiker und als Projektleiter bei einem Kieler Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologiebranche angestellt. Er ist seit dem Jahr 2003 Mitglied der Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel, seit dieser Zeit verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion und Mitglied des Aufsichtsrates der Kieler Verkehrsgesellschaft.

Ratsherr Hans-Werner Tovar (60 Jahre) ist selbständiger Rechtsanwalt und Notar in Kiel. Er ist seit dem Jahr 1986 Mitglied der Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel, war zweiter stellvertretender Oberbürgermeister, ehrenamtlicher Dezernent, Aufsichtsratsvorsitzender mehrerer städtischer Gesellschaften und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Seit dem Jahr 2008 ist er wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.

Keine Kommentare

Fraktion vor Ort in Bad Bramstedt

Die Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen und Franz Thönnies stellten sich in Bad Bramstedt den Fragen und kritischen Anmerkungen von Betriebsräten zum Thema „Gute Arbeit“. Was ist gute Arbeit? – Arbeit ist gut, wenn sie nicht krank macht und wenn man als Vollbeschäftigte ohne staatliche Unterstützung leben kann. So lässt sich der Vortrags- und Diskussionsabend rund um die Arbeitssituation in Deutschland zusammenfassen. Die Betriebsräte von Polizei, Krankenhäusern und Handwerksbetrieben diskutierten mit den Berliner Abgeordneten hauptsächlich um Mindestlohn, Rente ab 67 und Leiharbeit.

Die SPD kämpfe weiter für bessere Arbeitsbedingungen und flächendeckenden Mindestlohn. Schon 7,50 Euro Stundenlohn brächten den Steuerzahlern eine Ersparnis von 1,5 Milliarden Euro im Jahr. Außerdem seien Mindestlöhne gut für die Rente und wirksam gegen Ausbeutung durch Leiharbeit. Bestehende Netzwerke für gute Arbeit bestünden bereits und müssten weiter ausgebaut werden, so Franz Thönnies in seinem Impulsreferat. Die SPD sei für die Rente ab 67, weil der Altersdurchschnitt durch den demographischen Wandel steige. Die Last der Sozialabgaben verteile sich in Zukunft auf immer weniger Jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gut für das Solidaritätsprinzip sei es aber, dass der Altersdurchschnitt in etlichen Betrieben wieder steige.

Für Jörn Thießen, Moderator des Abends, ist Geld, das nicht für Menschen eingesetzt wird, unanständiges Kapital. Menschen müssen von ihrer Hände Arbeit gut leben können. Das sei eines der vorrangigen Ziele der SPD, so Thießen abschließend.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 31.10.2008, 16:02 Uhr - 4013 Clicks - Nr. 1005

Lothar Hay: Kriminalprävention wird weiter gestärkt

- Kein Verständnis für „elitäres Spartendenken“ einiger BdK-Funktionäre

Erscheinungsdatum:

29.10.2008

Die Kriminalprävention in Schleswig-Holstein wird weiter gestärkt. Wie Innenminister Lothar Hay am Mittwoch (29. Oktober) in Kiel mitteilte, sollen die Präventionsdienststellen des Landespolizeiamtes und des Landeskriminalamtes mit Beginn des neuen Jahres zusammengelegt werden.

„Polizeiliche Prävention gibt es künftig aus einer Hand“, sagte der Minister. Schnittstellen und Doppelzuständigkeiten, die die Alltagsarbeit behinderten, würden beseitigt. Hay rechnet damit, dass die Polizei künftig noch effizienter und gezielter präventiv arbeiten werde. Kommunen, Vereine, Verbände, Unternehmen, Gewerkschaften und Kirchen als Partner der Polizei bei der Kriminalprävention hätten künftig einen zentralen Ansprechpartner.

Hay reagierte mit Unverständnis auf die Kritik des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BdK) an der Zusammenlegung der Präventionsdienststellen im Landespolizeiamt. Er bedauerte, dass einige BdK-Funktionäre ihr elitäres Spartendenken selbst 15 Jahre nach der organisatorischen Zusammenfassung von Schutz- und Kriminalpolizei unter einem Dach nicht überwunden hätten.

„Schutz- und Kriminalbeamte sind gleichermaßen qualifiziert, erfolgreich Kriminalprävention zu betreiben“, sagte der Minister. Kriminalprävention sei eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft und gehöre keineswegs allein in die Zuständigkeit der Kriminalpolizei.

Nach Auffassung des Ministers kommt es nicht darauf an, an welcher Stelle innerhalb der Landespolizei diese Aufgabe organisatorisch verankert ist. Entscheidend sei, dass dort qualifizierte und motivierte Beamtinnen und Beamte aus allen Teilen der Landespolizei ihren Sachverstand bündelten. „Wer in Schubladen denkt, mag das bedauern. Wer jedoch will, dass eine wichtige Aufgabe künftig noch effizienter erfüllt werden kann, findet die Konzentration der Kriminalprävention gut und richtig“, sagte Hay. Die Entscheidung für die Zusammenlegung der Präventionsdienststellen sei kein Misstrauensvotum gegenüber der Arbeit der Präventionsspezialisten des Landeskriminalamtes. Die Anbindung beim Landespolizeiamt folge lediglich den Aufbauprinzipien der Landespolizei, für die sich eine Reformkommission der Landespolizei ausgesprochen habe.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Zehn Jahre nach „Pallas“ – Lothar Hay zieht positive Bilanz

für Sicherheit - „Wir können auf Schiffsunglücke schneller und professioneller reagieren“

Erscheinungsdatum:
28.10.2008

Aufwischen einer Person von einem Seenotkreuzer in einem Marinehubschrauber vom Typ Seaking



Zehn Jahre nach der Havarie des Holzfrachters „Pallas“ in der Nacht zum 29. Oktober 1998 vor der

Nordseeinsel Amrum hat der schleswig-holsteinische Innenminister Lothar Hay eine insgesamt positive Bilanz der Bemühungen von Bund und Küstenländern um mehr Sicherheit auf See

„Wir können auf Schiffsunglücke heute schneller und professioneller reagieren“, sagte Hay am Dienstag (28. Oktober) in Kiel. Mit dem Havariekommando und dem Maritimen Sicherheitszentrum gebe es zwei Einrichtungen, die abgestimmt und effizient reagieren könnten. „Wir haben aus den Erfahrungen die richtigen Entscheidungen getroffen“, sagte der Minister. Gleichwohl seien weitere Verhandlungen erforderlich, um zu noch effektiveren Strukturen zu kommen. So müsse das Maritime Sicherheitszentrum von einer Informationsbörse zu einem Einsatzzentrum für Sofortentscheidungen ausgebaut werden. „Schleswig-Holstein hält an dem Ziel einer einheitlichen Deutschen Küstenwache fest“, sagte Hay.

Das schleswig-holsteinische Modell einer nationalen Küstenwache stellt nach Auffassung des Ministers die Kompetenzordnung der Verfassung nicht in Frage. Polizeibeamte, Boote und Zuständigkeiten würden nicht an eine neue Mammutbehörde des Bundes abgegeben. Der vorhandene rechtliche Rahmen könne aber noch besser genutzt werden, um das gemeinsame Ziel von mehr Sicherheit auf See zu erreichen. So sei beispielsweise eine zentrale Stelle erforderlich, die das Recht habe, Sofortentscheidungen für alle denkbaren polizeilichen Anlässe auf See zu treffen. „Wir brauchen eine einheitliche Kommandostruktur für den polizeilichen Alltag“, sagt Hay.

2003 wurde das Havariekommando als eine gemeinsame Einrichtung von Bund und Küstenländern zur Gefahrenabwehr bei komplexen maritimen Schadenslagen ins Leben gerufen. Das Havariekommando bündelt die Verantwortung für die Planung, Vorbereitung, Übung und Durchführung aller Maßnahmen der maritimen Notfallvorsorge. Es hat im Einsatzfall die Gesamtleitung, kann auf Kräfte und Mittel der Partner direkt zugreifen ist weitestgehend weisungsunabhängig und hat das Recht, endgültige Entscheidungen zutreffen.

Im September 2005 wurde die Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern für ein Maritimes Sicherheitszentrum unterzeichnet. Dadurch soll die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch der maritimen Sicherheitsbehörden intensiviert werden, um den Sicherheitsstandard auf See weiter auszubauen. Unter Beibehaltung der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit der einzelnen Behörden werden so die Möglichkeiten der Zusammenarbeit optimal ausgeschöpft.

Kern des Maritimen Sicherheitszentrums ist ein „Gemeinsames Maritimes Lagezentrum“. Es stellt alle relevanten Daten und Informationen für die Partner zur Verfügung, erstellt gemeinsame Lagebilder, gibt eine erste gemeinsame Einschätzung der generellen Lage, berät die originär

zuständigen Behörden, sorgt für eine gegenseitige Unterstützung bei besonderen Einsatzlagen, arbeitet mit den Lagezentren anderer Behörden und Einrichtungen zusammen und wirkt bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung gemeinsamer Übungen mit. Das Maritime Lagezentrum stellt mithin sicher, dass Melde-, Lage- und Ansprechstellen von Behörden und Organisationen des Bundes und der Küstenländer zusammengeführt und die Kompetenzen und die Aufgabenwahrnehmung unter einem Dach gebündelt werden.

Verantwortlich für diesen Pressetext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Jusos Segeberg](#) - veröffentlicht am 31.10.2008, 16:30 Uhr - 6576 Clicks - Nr. 1007

09.11.1938 – Nie wieder!

Am Sonntag, den 9. November 2008 jährt sich die Reichspogromnacht zum 70-sten Mal. In Gedenken an die Opfer dieses unvorstellbaren Ereignisses findet jährlich eine Kranzniederlegung am ehemaligen Standort der Synagoge in Bad Segeberg statt.

In diesem Jahr steht die Gedenkfeierlichkeit unter einem besonderen Stern.

Das Segeberger ‚Bündnis für Demokratie und Toleranz – Bündnis gegen Rechts‘ ruft dazu auf, sich zahlreich an der Gedenkfeier zu beteiligen. Im Anschluss daran findet ein Schweigemarsch von der alten zur neuen Synagoge statt, um ein Zeichen gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und rechte Gewalt zu setzen. So werden die beiden Standorte durch den Trauerzug symbolisch verbunden.

In den Räumlichkeiten der neuen Synagoge gibt es die Möglichkeit, sich bei gemeinschaftlichem Beisammensein mit Gleichgesinnten auszutauschen.

Auch die jüdische Gemeinde und andere Vertreter werden dort in Gedenken Worte finden.

Jede und Jeder ist herzlich eingeladen, an dieser Aktion teilzuhaben und dafür zu werben.

Bad Segeberg wird ein Zeichen setzen im Kampf gegen rechte Gewalt, rechtsradikale Gesinnung und Rechtsextremismus!

Kommentar von [Reinhold Nawratil](#) vom 11.11.2008, 04:45 Uhr:

RE:09.11.1938 – Nie wieder!

Es war ein überwältigendes Erlebnis an diesem stillen Schweigemarsch teilzunehmen wie über 250 andere Menschen. Am besten gefiel mir, daß einige ihre Juso-Fahnen mitgenommen hatten und zeigten. Wir können nicht oft genug auf die Untaten der Vergangenheit hinweisen. Die Schmierereien in den Kirchen in Leezen und Hamburg zeigen, daß die Ewiggestrigen immer noch nicht begriffen haben, daß ihr Recht da aufhört, wo das Recht des Anderen anfängt, daß es keine Herrenmenschen gibt und daß die Demokratie die einzige Herrschaftsform ist, die wir seit über 60 Jahren akzeptieren. Mit solidarischen Grüßen Reinhold Nawratil, OV Norderstedt

SPD Fraktion gratuliert Andreas Hering zur Freiherr-vom-Stein-Medaille

Am 27. Oktober 2008 war es endlich soweit. Nach Vorschlag durch die Stadt Neumünster und "seiner" Fraktion, bekam der SPD-Fraktions- und Kreisvorsitzender Andreas Hering die Freiherr-vom-Stein-Medaille verliehen.

Mit dieser Medaille würdigt das Land aktive, ehrenamtliche Mandatsträger (mind. 12 Jahre), die sich durch herausragende kommunalpolitische Tätigkeiten hervorgatan haben.



Andreas Hering, der auf eine schon 14jährige Ratskarriere zurückblicken kann, bekam die Auszeichnung am vergangenen Montag aus den

Händen von Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay verliehen.

"Ich empfinde diese Auszeichnung als Anerkennung und Ansporn für zukünftiges Wirken" erläuterte Andreas Hering nach dem Festakt.

"Wir gratulieren Andreas Hering zu dieser Ehrung und sind stolz ihn in unserer Fraktion zu wissen", freut sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hannes Zahnow und ergänzt: "Andreas hat in all seinen Funktionen sein herausragendes Engagement für die Kommunalpolitik bewiesen und ist somit ein würdiger Träger dieser Auszeichnung."

Keine Kommentare

Rettungsdienst nicht ausbluten lassen!

Erste öffentliche Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion:

Die mit dem Rettungsdienst des Kreises Segeberg beauftragten Dienstleister DRK und KBA dürfen nicht der Willkür des Marktes ausgesetzt werden.

Mit dem DRK und KBA gewährleisten zwei Träger, die eng mit dem Kreis verbunden sind, den reibungslosen Ablauf des Rettungsdienstes im Kreis Segeberg – und dies soll auch so bleiben. „Der Kreis braucht keine Heuschrecken im Rettungsdienst“, erklärt Arnold Wilken. Daher wird die SPD-Fraktion im Segeberger Kreistag weiterhin dafür streiten, den Segeberger Rettungsdienst nicht europaweit auszuschreiben. Vielmehr muss die regionale Kompetenz der bisherigen Anbieter weiterhin unterstützt und weiterentwickelt werden.

Zu dieser Unterstützung zählt für die SPD auch ganz klar, den Forderungen des DRK-Betriebsratsvorsitzenden Norbert Vahl nachzukommen. Es müssen Arbeitsbedingungen bei DRK und KBA geschaffen werden, die ein gesichertes, gutes Einkommen und einen ausreichenden Arbeitsschutz festschreiben um somit einen optimalen Rettungsdienst zu gewährleisten. Die SPD wird hierzu das Gespräch mit der Landrätin suchen, um unter anderem sicherzustellen, dass der Kreis bei den Verhandlungen mit den Krankenkassen durchsetzungsfähig vertreten wird.

Weiterhin hält die SPD-Fraktion eine Steuerung des Rettungsdienstes durch eine kreisübergreifende Kooperation für nicht notwendig. Insbesondere das DRK strebt eine Kooperation mit anderen Kreisverbänden selbstständig an. Dies gilt es zu unterstützen. Eine Kooperation der Kreise durch eine eigens zu gründende Gesellschaft muss intensiv geprüft werden. Hierzu müssen in der

verantwortlichen Lenkungsgruppe alle gemeinsam eine fachkompetente Lösung finden. Der Kreis ist in der Pflicht, DRK und KBA nicht im Regen stehen zu lassen. Dies schließt einen langfristigen Planungszeitraum durch geeignete Verträge ebenso ein wie eine Risiko-Beteiligung des Kreises Segeberg.

Keine Kommentare

[Jörn Thiessen](#) - veröffentlicht am 01.11.2008, 11:47 Uhr - 12438 Clicks - Nr. 1010

Neuer Newsletter der SPD-Landesgruppe

Im neuesten Newsletter der schleswig-holsteinischen SPD-Landesgruppe im Bundestag befasst sich Jörn Thiessen mit den posttraumatischen Belastungsstörungen bei Beschäftigten der Bundeswehr.



Jörn Thiessen: „Seit Beginn der Wahlperiode haben wir uns in der SPD-Bundestagsfraktion für einen besseren Umgang mit Soldaten und zivilen Beschäftigten der Bundeswehr eingesetzt, die unter den vielfältigen Folgen einer sogenannten „Posttraumatischen Belastungsstörung“ leiden. Man kennt das von Lokomotivführern oder Feuerwehrleuten, die wegen traumatischer Erlebnisse psychologisch betreut werden, aber diese psychische und körperliche Schockreaktion hat bisher allein bei den Streitkräften im Inland wie in den Auslandseinsätzen offiziell rund 1500 Frauen und Männer getroffen – die Dunkelziffer wird deutlich darüber liegen.“

Den ganzen Artikel gibt es im [NEWSLETTER](#) vom Oktober 2008.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 01.11.2008, 16:16 Uhr - 4044 Clicks - Nr. 1011

20 Jahre Olympiastützpunkt Hamburg/Schleswig-Holstein;

Lothar Hay: Leistungssport ja, aber auch an die Zukunft danach denken

Erscheinungsdatum:
31.10.2008

Innenminister Lothar Hay hat sich zum Leistungssport bekannt, zugleich aber auch dessen Grenzen aufgezeigt. „Leistungssport ist eine Schule für das Leben, die sportliche Karriere darf aber nicht in die Invalidität führen“, sagte Hay am Freitag (31. Oktober) in Hamburg aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums des Olympiastützpunktes Hamburg/Schleswig-Holstein. Leistungssport gebe jungen Menschen ein starkes Selbstwertgefühl, soziale Kompetenz und Teamfähigkeit.

„Leistungssportler müssen ihr Leben rund um den Sport organisieren“, sagte der Minister. Junge Sportler kämen zusammen mit ihren schulischen Verpflichtungen leicht auf eine 80-Stunden-Woche. Hay warb deshalb für ein ausgeglichenes Geben und Nehmen zwischen jungen Leistungssportlern und der Schule. „Leistungssport darf nicht zu Lasten schulischer Leistungen gehen, Schule muss aber auch tolerant und flexibel gegenüber den Bedürfnissen des Sports sein“,

sagte der Minister.

Hay appellierte an die jungen Leute, ihre Zukunft nicht aus dem Auge zu verlieren. Leistungssport sei keine Perspektive, die bis ins hohe Alter reiche. „Johannes Heesters kann noch mit 105 Jahren singen, Leistungssportler müssen in der Regel früher aufhören“, sagte der Minister. Er forderte für junge Sportler eine Ausbildungs- und Berufsperspektive jenseits ihrer sportlich-aktiven Zeit. Nur dann könnten sie mit ganzer Kraft und erfolgreich ihre Zeit dem Leistungssport widmen.

Der Olympiastützpunkt Hamburg/Schleswig-Holstein ist nach Ansicht von Hay für die Entwicklung des Leistungssports unentbehrlich. Der Stützpunkt könne die sportlichen, medizinischen und sozialen Gesichtspunkte für die jungen Sportler gut aufeinander abstimmen. „Der Olympiastützpunkt erfüllt eine wichtige Rolle bei der Betreuung der Athleten“, sagte Hay.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 01.11.2008, 16:21 Uhr - 4277 Clicks - Nr. 1012

Katastrophenschutz wird verbessert;

Lothar Hay übergibt 16 neue Fahrzeuge an sechs Kreise und drei kreisfreie Städte

Erscheinungsdatum:

31.10.2008

Innenminister Lothar Hay (l.) übergibt den Fahrzeugschlüssel an Helfer



Der Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein wird weiter verbessert. Innenminister Lothar Hay übergab am Freitag (31. Oktober) 16 Spezialfahrzeuge an Vertreter von sechs Kreisen und drei kreisfreien Städten.

Im Einzelnen handelt es sich um sechs Krankentransportwagen, vier Lastwagen für die Versorgung der Bevölkerung und die Logistik der Einsatzkräfte, vier Führungswagen und zwei Mannschaftstransportfahrzeuge. Zusätzlich wurde eine entsprechende Fachausstattung beschafft, darunter Zelte, Heizgeräte und Stromerzeuger. Die Gesamtkosten betragen rund eine Million Euro, davon zahlt das Land die Hälfte.

„Investitionen in den Katastrophenschutz sind sinnvoll und für die Sicherheit unserer Bevölkerung unverzichtbar“, sagte Hay. Die Katastrophenvorsorge müsse ständig weiterentwickelt werden. Die Modernisierung des Katastrophenschutzes habe daher auch in Zukunft hohe Priorität. Nach Angaben des Ministers stehen für die Pflege des Gerätes und deren Ersatzbeschaffung rund zwei Millionen Euro im Landeshaushalt für 2009 und 2010 zur Verfügung. „Katastrophenschutz ist eine Kernaufgabe staatlicher Daseinsvorsorge“, sagte Hay.

Der Minister lobte das hohe Maß an persönlicher Einsatzbereitschaft der ehrenamtlichen Katastrophenschutz Helfer. „Wir können auf die Freiwilligen nicht verzichten“, sagte Hay. Sie seien gut ausgebildet, aktiv und motiviert, auch schwierige Aufgaben bei größeren Unglücksfällen und Katastrophen zu bewältigen. Die Gesellschaft schulde diesen Frauen und Männern Dank und Respekt.

Verteilung der Fahrzeuge
Kreis/kreisfreie Stadt Katastrophenschutzfahrzeuge
Ostholstein 3 Krankentransportwagen
Neumünster 1 Krankentransportwagen
Flensburg 1 Krankentransportwagen und
1 Lastwagen
Rendsburg-Eckernförde 1 Krankentransportwagen
Herzogtum Lauenburg 2 Führungswagen und
1 Lastwagen
Kiel 1 Führungswagen und
1 Mannschaftstransportfahrzeug
(Sanitätsgruppenfahrzeug)
Stormarn 1 Führungswagen und
1 Mannschaftstransportfahrzeug
(Betreuungskombi)
Schleswig-Flensburg 1 Lastwagen
Pinneberg 1 Lastwagen

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 02.11.2008, 11:00 Uhr - 6455 Clicks - Nr. 1013

PRESSE-ECHO: Ottmar Schreiner in Harrislee und Flensburg

Ottmar Schreiner wünscht einen Sozialstaat nach skandinavischem Modell und unterstützt Wolfgang Wodarg im parteiinternen Wettstreit. Folgende Artikel sind in Flensburg Avis und Flensburger Tageblatt erschienen.

Dieser Artikel ist am 25. Oktober 2008, auf den Seiten 1 und 3, in **Flensburg Avis** erschienen.

Titelseite/ **Prominente Unterstützung im parteiinternen Wettstreit**

FLENSBURG. Die Frontfigur des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie und Mitglied der Parteiführung schaut nach Skandinavien, wenn er das Bild eines starken Sozialstaates zeichnet.

"Deutschland muss sich hin zu einem sozialen Sicherheitsnetz entwickeln, welches man zum

Beispiel in Dänemark findet", sagte Ottmar Schreiner während eines Besuches bei Flensburg Avis am Donnerstagabend.

Staatsrente, Erhöhung der Hartz IV-Unterstützung und die Abschaffung der Ein-Euro-Jobs stehen ganz oben auf seiner Wunschliste. Ein Sozialstaat nach Skandinavischem Modell soll durch höhere Steuern für die Wohlhabenden in der Gesellschaft finanziert werden.

Unterstützt Wodarg



Ottmar Schreiner war Donnerstag und Freitag zu einem Besuch nach Harrislee und Flensburg gekommen, um das örtliche Bundestagsmitglied der SPD, Wolfgang Wodarg, der sich mitten in einem Wettstreit, wer der nächste Kandidat für den Bundestag wird, befindet, zu unterstützen. Wodarg hat diesmal mehrere Gegenkandidaten.

"Ich hoffe, dass die Partei sich für Wolfgang Wodarg entscheidet, weil er immer zu seinem Wort steht und an seiner Meinung festhält, selbst wenn es ihm in unserer Fraktion manchmal Probleme schafft. Wir sind schon reichlich versorgt mit Jasagern in Berlin", sagte Ottmar Schreiner später am Abend in einer Versammlung in Harrislee.

Seite 3 unten/ **Eine Frage der Machtpolitik**

Die Bundestagsabgeordneten Ottmar Schreiner und Wolfgang Wodarg wollen für ihre Haltung in der deutschen Sozialdemokratie kämpfen. Es gibt keine machtpolitische Alternative, meinen sie.

FLENSBURG. "Wenn ich es bequem oder gemütlich haben will, gehe ich in die Sauna oder schaue mir ein Fußballspiel an", sagt Ottmar Schreiner. Vor zehn Jahren war er der Generalsekretär der Sozialdemokraten unter dem Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine. Heute ist er einer der Führer des linken Flügels der Partei und spielt nicht einmal mit dem Gedanken seinem früheren Chef und Freund in die neugegründete Linkspartei zu folgen.

"Wenn der linke Flügel die SPD verließ, weil man glaubt, dass es leichter sei, seine Positionen anderswo durchzubringen, bedeutete dies, dass die SPD für viele Jahre zu einer Partei würde, die nur noch Koalitionen mit CDU und FDP bilden könnte. Das ist eine Frage der Machtpolitik, dass wir für unsere Hauptanliegen in der SPD kämpfen", sagt Ottmar Schreiner. Wolfgang Wodarg ist mit ihm einig darin.

"Wenn man etwas verändern will, bedeutet das, dass man für seine Überzeugungen innerhalb einer großen Volksparteien kämpfen muss. Es nützt nichts in eine kleine Partei um der Bequemlichkeit willen zu gehen", sagt er.

Ottmar Schreiner ist überzeugt davon, dass er seine Vorstellungen nur voranbringen kann, in dem er dafür innerhalb der Sozialdemokratie kämpft. Und gerade jetzt sehen die beiden Sozialdemokraten gute Chancen dafür, dass ihre Meinung angehört wird innerhalb der Partei. Nicht nur bei den einfachen Mitgliedern, sondern auch in der Parteiführung.

Direkt unsozialdemokratisch

"Teile der Agenda 2010 waren falsch und direkt unsozialdemokratisch. Davon können wir uns nicht freisprechen", sagte Ottmar Schreiner und setzte fort: "Für die jetzige Parteiführung mit Franz Müntefering und Frank Walter Steinmeier wird es eine schwierige Aufgabe aus diesem Dilemma zu kommen, weil sie an der Durchsetzung dieser Reformen beteiligt waren. Wenn sie jetzt einräumten, dass es falsch gewesen sei, haben sie vielleicht ein Glaubwürdigkeitsproblem. Aber ich möchte lieber eine Parteiführung, die einräumt, Fehler gemacht zu haben, als eine die weitermacht wie bisher, und damit die deutsche Sozialdemokratie zu einer marginalen Partei macht."

Wolfgang Wodarg und Ottmar Schreiner weisen darauf hin, dass es schon die ganze Zeit eine Mehrheit links von CDU und FDP im Deutschen Bundestag gibt. "Wir haben diese Mehrheit nicht gut genug genutzt, um Druck auf die Konservativen auszuüben", sagen sie. "Auf der anderen Seite ist es ein gefährliches Spiel in einem politischen System, das so ganz anders ist als zum Beispiel in Dänemark. In Deutschland hätte es bedeutet, dass die Regierung auseinander gefallen wäre, wenn wir die Mehrheit gegen CDU und CSU eingesetzt hätten", sagt Ottmar Schreiner.

Gleichzeitig sieht er mit Kummer, dass die Regierungskoalition in Berlin gerade zur Zeit gelähmt ist zu handeln im Streit um die Erbschaftssteuer. Hier ist es die CSU, die den Kompromiss ablehnt, den die Regierung eigentlich schon gefunden hatte. "Wenn wir nicht zu einem tragfähigen Gesetzesvorschlag kommen bis zum Ende des Jahre, verlieren wir mindestens vier Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Das kann nicht richtig sein und es könnte die passende Gelegenheit sein, zu einer politischen Mehrheit an anderer Stelle zu finden", sagt Ottmar Schreiner.

Seite 3 oben/ **Die Finanzkrise - Eine historische Chance**

"Der Staat muss in die Offensive gehen gegen eine soziale Spaltung. Dazu gehören Lohnerhöhungen und Konjunkturprogramme, und die Reichen müssen mehr Steuern bezahlen", sagt Ottmar Schreiner von der SPD.

HARRISLEE. Der sozialdemokratische Spitzenpolitiker hatte ein Heimspiel, als er am Donnerstagabend in der Zentralschule Harrislee über soziale Gerechtigkeit sprach. Zusammen mit dem örtlichen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg zeichnete Schreiner das Bild einer Gesellschaft, in der der Unterschied zwischen den Reichen und den Armen größer und größer wird.

Selbstkritisch

Gleichzeitig lebt die Mittelschicht in einer ständigen Angst vor Arbeitslosigkeit. Schreiner und Wodarg kritisierten die Reformern, die ihre eigene Partei zum Beispiel mit Hartz IV durchgeführt hatte, weil gerade dies dazu führt, dass die Mittelklasse in die soziale Armut geworfen wird nach nur einem Jahr Arbeitslosigkeit. "Wenn man überhaupt etwas an den Hartz-Reformen positiv finden kann, dann die Tatsache, dass jetzt alle in Deutschland wissen, was soziale Armut ist und wie schnell man da hinein abgleiten kann", sagte Ottmar Schreiner in Harrislee.

Er machte eindringlich darauf aufmerksam, dass die jetzige Finanzkrise verglichen werden kann mit der katastrophalen Situation in den 20ern im letzten Jahrhundert. Und das gerade, weil große Teile des Mittelstands nicht sicher sein können, ob sie ihren Wohlstand halten können.

Schreiner und Wodarg forderten massive Lohnsteigerungen und höhere Renten um etwas gegen die Ungleichheit auszurichten. Gleichzeitig sind große Investitionen nötig, und zwar in Forschung, Technologie und Bildung.

Rauf mit der Spitzensteuer

"In der jetzigen Finanzkrise ist ein Konjunkturprogramm nötig. Der Staat muss dafür sorgen, dass es zu mehr Beschäftigung kommt", sagte Ottmar Schreiner. Die Finanzierung dieses Sozialprogramms muss über Steuererhöhungen für die Reichen geschehen. Eine Vermögenssteuer, eine Steuer auf hohe Erbschaften und die Besteuerung auf Einkünfte aus Aktiengewinnen auf der gleichen Ebene mit der Besteuerung die bereits auf Lohneinkünften liegt, ist die Forderung der beiden SPD-Politiker vom linken Flügel. "Es war ein großer Fehler, dass die rot/grüne Regierung die Spitzensteuer gesenkt hat. Das müssen wir wieder ändern", sagt Ottmar Schreiner.

Ottmar Schreiner und Wodarg bezeichneten die derzeitige Finanzkrise als eine historische Chance, um etwas gegen den ungehemmten Kapitalismus zu unternehmen. "Die Zeit ist jetzt da. Wir müssen jetzt die Regeln schaffen, weil wir einfach diese Gelegenheit nicht verpassen dürfen", sagte Wolfgang Wodarg.

Die mehr als Hundert Anwesenden bekräftigten ihre Einigkeit mit den sozialpolitischen Thesen der beiden SPD-Politiker. Als Ottmar Schreiner die lokale Parteiorganisation dazu aufforderte, Wolfgang Wodarg wieder als Kandidat der Partei für die nächste Bundestagswahl aufzustellen, erhielt er Beifallssalven.

(Aus dem Dänischen)

Folgender Artikel ist am 25.10.2008 im **Flensburger Tageblatt** erschienen:

Ottmar Schreiner diskutierte in Harrislee und Flensburg

Harrislee/Flensburg/geschrieben von Carlo Jolly /sh:z

Unter allen politischen Buchautoren, die in diesem Sommer mit Neuveröffentlichungen auf den Markt drängten, hat Ottmar Schreiner vielleicht die Befindlichkeit der Bürger am besten getroffen. Jedenfalls spätestens seit der Finanzkrise mit Milliardenrettungspaketen und der folgenden Diskussion um Millionen-Managergehälter ist der Vertreter des Arbeitnehmerflügels im SPD-Bundesvorstand gefragt denn je: „Die Gerechtigkeitslücke: Wie die Politik die Gesellschaft spaltet“ heißt sein Buch, das auch Diskussionsgrundlage Donnerstagabend in der Mensa der Zentralschule Harrislee war: Motto „Sozialstaat stärken – Armut bekämpfen“. Millionen-Bonuszahlungen für das Heer der Investmentbanker oder jährliche Renten über 500000 Euro für gescheiterte Hypothekenbank-Manager seien jedenfalls nicht akzeptabel, schimpft Schreiner: „Das sprengt alle Grenzen.“

Sein Rezept gegen die aus seiner Beobachtung immer größer werdende Kluft zwischen wachsendem Reichtum und immer dramatischerer Armut in Deutschland? Verdoppelung der Bildungsausgaben, damit die Halbtagschule überwunden werde, die es in Europa ja nur noch in Deutschland und Österreich gebe. „Bildungsgerechtigkeit“ ist das für einen wie Schreiner. Außerdem brauche man Mindestlöhne, um die Zahl der „prekären Beschäftigungsverhältnisse endlich wieder zu verringern“, die es nicht mehr erlaubten, eine Familie zu ernähren, weshalb immer mehr Menschen Zweitjobs annehmen müssten.

Gestern früh diskutierten Schreiner und Wodarg in Flensburg mit Betriebsräten unter anderem von der Werft. Was Schreiner dort erfahren habe? „Der meiste Unmut richtet sich gegen die Rente mit 67 und die Angst, nach einem Jahr im Hartz-Keller zu landen“, berichtet der Sozialdemokrat aus

dem Saarland. Und es dürfe auch nicht sein, dass jemand, der nach mehr als 30 Jahren im Job arbeitsunfähig werde, nur noch einen Rentenanspruch unter Hartz-IV-Niveau habe. Das hat für Schreiner mit Verteilungsgerechtigkeit zu tun.

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 02.11.2008, 11:57 Uhr - 3414 Clicks - Nr. 1014

Wer macht nun das Rennen?

Am 08. November 2008 ist es soweit. Der Countdown läuft.

Wer wird unser Kandidat für die Bundestagswahl 2009?

Es stehen zur Wahl: Knut Dethlefsen, Dirk Peddinghaus und Dr. Wolfgang Wodarg
Alle drei Kandidaten verfügen über die notwendigen Kompetenzen, damit der Wahlkreis 1 Schleswig-Flensburg im Bundestag gut aufgestellt ist.

Leider müssen wir uns entscheiden.

Deshalb ist es erforderlich, die zum Teil weite Anreise zum Wahlort Harrislee nicht zu scheuen, um bei der Wahl sehr direkt auszudrücken, wen wir als Favorit ins Rennen schicken wollen. Eure Teilnahme ist erforderlich.

Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

[SPD Rathausfraktion Neumünster](#) - veröffentlicht am 02.11.2008, 15:44 Uhr - 3188 Clicks - Nr. 1015

Herzlichen Glückwunsch Helga Hein

SPD - Kreisverband und Rathausfraktion gratulieren der stellvertretenden Kreis- und Fraktionsvorsitzenden, Helga Hein, ganz herzlich zum 70. Geburtstag.

Helga Hein ist seit 1978 Mitglied der Neumünsteraner Ratsversammlung. In ihrem über 30jährigen, herausragenden kommunalpolitischen Engagement hat sich Helga Hein vor allem in der Kulturpolitik engagiert. Darüber hinaus trat sie 2002 die Nachfolge des langjährigen Stadtpräsidenten, Helmut Loose, an.



SPD-Kreis- und Fraktionsvorsitzender Andreas Hering gratulierte Helga Hein heute persönlich zum 70. Geburtstag und bedanke sich für ihr Engagement für die SPD und die Menschen in unserer Stadt und freute sich auf hoffentlich viele weitere Jahre der gemeinsamen Arbeit.

"Helga Hein gehört zu den herausragenden Persönlichkeiten der SPD in der Neumünsteraner Nachkriegsgeschichte und wir freuen uns und sind stolz, dass sie eine von uns ist." erklärte SPD - Kreisvorsitzender Andreas Hering.

Keine Kommentare

Innenminister Lothar Hay und Oberst Hans-Christian Hettfleisch

bitten Bevölkerung um Spenden für Kriegsgräberfürsorge

Erscheinungsdatum:
31.10.2008

Innenminister Lothar Hay und der Kommandeur des Landeskommandos Schleswig-Holstein, Oberst Hans-Christian Hettfleisch, haben die Bevölkerung um Spenden für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. gebeten. Die Sammlungen finden in der Zeit vom 1. bis 30. November statt.

Der Volksbund kümmert sich um die Gräber der deutschen Opfer im Ausland und betreut zurzeit 827 Friedhöfe mit etwa zwei Millionen Gräbern in 45 Ländern der Welt.

In einem Sammlungsauftrag zum Volkstrauertag am 16. November erinnern Hay und Hettfleisch an die Opfer von Krieg- und Gewaltherrschaft. Die Mahnung zum Frieden sei angesichts weltweiter politischer Ereignisse immer noch aktuell. „Gemeint ist ein Friede, der sein Fundament tief in den Herzen der Menschen hat“, heißt es in dem Aufruf. Dafür stehe der Volksbund.

Der Volksbund leistet nach Ansicht von Hay und Hettfleisch eine vorbildliche Arbeit. Seine Jugendarbeit und die zahlreichen internationalen Kontakte trügen wesentlich zur Völkerverständigung bei. „Der Volksbund verdient unser aller Unterstützung“, schreiben Hay und Hettfleisch.

Der von Innenminister Lothar Hay und dem Kommandeur des Landeskommandos Schleswig-Holstein, Oberst Hans-Christian Hettfleisch, unterschriebene Aufruf zur Sammlung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat folgenden Wortlaut:

„Liebe Bürgerinnen und Bürger,“

„am 16. November ist Volkstrauertag. Dieser Tag ist besonders dem Gedenken an all die Menschen gewidmet, die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft wurden und ihr Leben auf den Schlachtfeldern des 20. Jahrhunderts oder durch Terror, Mord, Vertreibung und Hunger lassen mussten.“

„Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. kümmert sich im Auftrag der Bundesregierung und im Namen des deutschen Volkes um die Gräber der deutschen Opfer im Ausland und betreut zurzeit 827 Friedhöfe mit etwa 2 Millionen Gräbern in 45 Ländern der Welt. Auch heute noch werden alljährlich ca. 30.000 Tote, vor allem im ehemaligen Ostblock, geborgen und soweit möglich identifiziert. Dadurch können auch über 60 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges noch Schicksale geklärt und Angehörige informiert werden. Der Volksbund leistet hiermit eine wichtige und vorbildliche Arbeit.“

„Mit seiner Jugend- und Schularbeit und der intensiven Zusammenarbeit mit anderen Kriegsgräberdiensten weltweit trägt er ganz entscheidend zur Völkerverständigung bei.“

„Der Volksbund benötigt und verdient dafür unser aller Unterstützung!“

„Die weltweiten Ereignisse halten uns deutlich vor Augen, wie wichtig auch heute die beständige Mahnung zum Frieden ist. Der Erhalt des Friedens ist unsere wichtigste Aufgabe für die Zukunft. Gemeint ist dabei ein Friede, der nicht allein auf staatlichem Gewaltverzicht und politischer sowie wirtschaftlicher Partnerschaft beruht, sondern ein Friede, der sein Fundament in den Herzen der

Menschen hat. Für einen solchen Frieden steht die Arbeit des Volksbundes. Zur Erfüllung seiner Aufgaben ist der Volksbund dabei neben dem großen und vielfältigen ehrenamtlichen Engagement aber auch auf entsprechende finanzielle Mittel angewiesen."

"Wir bitten Sie daher ganz herzlich, mit einer Geldspende zu helfen und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge so die Fortführung seiner wichtigen Arbeit zu ermöglichen.""

Verantwortlich für diesen Pressetext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 02.11.2008, 16:44 Uhr - 3310 Clicks - Nr. 1017

Lothar Hay wirbt für die solidarische Stadtgemeinschaft -

Bürger müssen sich aktiv an der Stadtentwicklung beteiligen

Erscheinungsdatum:

01.11.2008

Innenminister Lothar Hay hat die Bürger in sozial benachteiligten Stadtteilen dazu aufgerufen, gemeinsam mit der Politik, der Wohnungswirtschaft, mit Vereinen und Verbänden für verbesserte Lebensbedingungen zu arbeiten. „Die solidarische Stadtgemeinschaft muss das Leitbild einer sozialen Stadtentwicklung sein“, sagte Hay am Sonnabend (1. November) in Kiel.

Er sprach aus Anlass der Eröffnung der Offenen Ganztagschule und des Bürgerhauses im Stadtteil Mettenhof. Das Innenministerium unterstütze Städte gezielt bei Investitionen in die soziale Stabilisierung und Aufwertung von Wohnquartieren mit besonderen gesellschaftlichen und städtebaulichen Problemen. Aus dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ sind nach Angaben des Ministers in den zurückliegenden zehn Jahren rund 5,5 Millionen Euro für verschieden Projekte nach Mettenhof geflossen. „Das war ein wichtiger finanzieller Kraftakt von Bund, Land und der Stadt Kiel“, sagte Hay. Er habe in der Stadtentwicklung einen sichtbaren qualitativen Sprung ausgelöst.

Investitionen in die Modernisierung und Erweiterung von Schulen sind nach Ansicht des Ministers unverzichtbar für eine sozial ausgewogene Entwicklung von Stadtquartieren. „Fehlende Bildungsangebote und marode Schulen sind Gründe, warum Familien aus einem Stadtteil fortziehen, sobald ihre Kinder eingeschult werden sollen“, sagte Hay. Der Wegzug von bildungsorientierten Familien wirke sich in der Regel negativ auf die soziale Stabilität im Stadtteil aus. Die Eröffnung einer Offenen Ganztagschule im Bildungszentrum Mettenhof sei daher ein wichtiger Meilenstein für mehr Lebensqualität.

Das Geld aus dem Programm Soziale Stadt fließt in Stadtteile mit großen sozialen Problemen. Typisch für das Programm ist deshalb die Verknüpfung baulicher und städtebaulicher Investitionen mit sozialen Projekten. Grundlage der Förderung ist ein Konzept, das die verschiedenen Fördermöglichkeiten gezielt bündelt und von einem professionellen Quartiersmanagement vorbereitet und umgesetzt wird. Das Programm Soziale Stadt hat einen Umfang von rund 6,8

Millionen Euro in diesem Jahr. Gefördert werden Flensburg, Kiel, Neumünster, Elmshorn, Itzehoe, Lauenburg, Lütjenburg und Rendsburg.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 02.11.2008, 19:23 Uhr - 10408 Clicks - Nr. 1018

Vorschlag zur Verwendung der Bahnmillionen

Bei den Summen, die im Zusammenhang mit der Privatisierung der Bahn und den Sonderzahlungen für die Vorstandsmitglieder durch die Presse gehen, kann man schwindelig werden. Wenn man dann noch sieht, in welchem Zustand die Betriebsanlagen teilweise sind, drängt sich die Frage auf, ob das Geld wohl richtig verteilt wird. In Moorhusen im Kreis Steinburg findet man eine Bahnbrücke, die schon seit mehreren Jahren durch eine Notstütze gehalten wird. Sie liegt auf der Hauptstrecke nach Westerland, einer Strecke, die immer wieder als eine besonders rentable Strecke bezeichnet wird. (Was macht die Bahn wohl auf weniger rentablen Strecken, wenn dort Schäden auftreten?) Auf diesem Streckenabschnitt muss der Zug langsam fahren, weil die Brücke sonst wohl nicht mehr halten würde.

Die Brücke wurde mehrfach von LKW angefahren, ein Fahrer ist erwischt worden oder hat sich ordnungsgemäß verhalten und den Unfall gemeldet. Bei der Frage nach dem Schadensersatz konnte seine Versicherung aber nachweisen, dass vorher schon andere Kollisionen passiert waren und den Fahrer nur eine Teilschuld an dem Schaden trifft.

In der örtlichen Presse wurde dann berichtet und mit Bildern belegt, dass sich die Brücke bei einer Zugfahrt an der Schadensstelle mehrere Zentimeter absenkt und eine Lücke zwischen den Bauteilen entsteht. Darauf hin wurde eine Notreparatur durchgeführt, die die älteren unter uns an die Zeiten erinnert, als eine zerstörte Scheibe aus Geldmangel nicht erneuert sondern durch ein Stück Pappe ersetzt wurde, das man mit Heftzwecken am Platz hielt.

Die SPD-Steinburg erlaubt sich den Vorschlag, einen Teil des Privatisierungsgewinnes der Bahn in Moorhusen zu investieren.

Vielleicht kennt ja noch jemand eine Stelle im Land, die sich für Investitionen in die Betriebsanlagen der Bahn im Lande anbietet. Ich freue mich auf sinnvolle Hinweise in den Kommentaren.

Rudolf Riep

SPD-Steinburg



Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 03.11.2008, 09:20 Uhr - 49971 Clicks - Nr. 1019

Herzlichen Glückwunsch, Dieter Schönfeld!

Ralf Stegner gratuliert dem neuen Bürgermeister von Bad Segeberg, Dieter Schönfeld, zur Wahl:

"Ich gratuliere Dieter Schönfeld zur Wahl in das Amt des Bürgermeisters der Stadt Bad Segeberg. Damit wird nun eine weitere Stadt im Herzen unseres Landes von einem sozialdemokratischen Bürgermeister geführt.



Dieter Schönfeld wird sein Amt zum Wohle der Stadt Bad Segeberg mit Augenmaß und Sachverstand, bürgernah und ausgleichend ausfüllen. Ich wünsche ihm für die neue Aufgabe alles erdenklich Gute, viel Freude, die nötige Ausdauer und Durchsetzungskraft, sowie das stets unentbehrliche Quäntchen Glück."

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 03.11.2008, 15:35 Uhr - 50221 Clicks - Nr. 1020

Unverständnis und Empörung

Mit Unverständnis und Empörung reagiert die schleswig-holsteinische SPD auf das Verhalten von vier gegenwärtigen Mitgliedern der hessischen SPD-Landtagsfraktion.

Dazu erklärt der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner im Willy-Brandt-Haus in Berlin:

„Das Verhalten der drei Abgeordneten, die heute mit Frau Metzger vor die Presse getreten sind, ist schlicht eine Charakterlosigkeit. Mit Politik hat das nichts zu tun. Man konnte und kann unterschiedlicher Meinung zur Regierungsbildung in Hessen sein. Es war auch ein Fehler der hessischen SPD, genau so wie CDU und FDP vor und nach der Wahl unterschiedliche Koalitionsaussagen zu machen – und deshalb musste die Glaubwürdigkeitsdebatte geführt werden.



Sich aber auf dem Landesparteitag vom Sonnabend nicht zu erklären und der Spitzenkandidatin in persönlichen Gesprächen und bei Probeabstimmungen Unterstützung bei der Wahl bzw. Akzeptanz des Parteitagsergebnisses zuzusagen, um anschließend medienwirksam vor laufenden Kameras der hessischen SPD und ihrer Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin in den Rücken zu fallen, schädigt das Ansehen und die Interessen der gesamten SPD. Niemand darf das freie Mandat oder gar Gewissensentscheidungen in Frage stellen, aber darum geht es hier überhaupt nicht.

In einem klaren, transparenten Verfahren mit intensiver Diskussion hat sich die hessische SPD in den letzten Monaten unter schwierigsten Bedingungen für die Bildung einer rot-grünen Minderheitenregierung unter Duldung der Linkspartei entschieden. Auf dem abschließenden Landesparteitag haben 95,3 Prozent diesem Weg inhaltlich und vom Verfahren her zugestimmt.

Demokratie verlangt Respekt vor Minderheiten; Demokratie ist es aber nicht, wenn 4,7% der gewählten Delegierten entscheiden was geschieht.

Für mich gibt es für eine solche Vorgehensweise keine Rechtfertigung. Es bleibt – wie bei der Wahl von Heide Simonis 2005 - politisch und menschlich niederträchtig, wenn die eigenen Interessen über das Interesse der übergroßen Mehrheit gestellt werden. Dass dies nicht anonym in der Wahlkabine, sondern einen Tag vor der geplanten Wahl stattgefunden hat, macht die Sache nicht besser.

Dieser Tag war nicht gut für die SPD - und wenn Herr Koch Ministerpräsident bleiben sollte auch nicht gut für das Land Hessen. Individuelles Versagen wird die SPD aber nicht davon abbringen, konsequent und energisch für eine zukunftsfähige und gerechte Politik bei Arbeit, Bildung, Energie, Kinder und Familie und allen anderen wichtigen Fragen einzutreten.“

Kommentar von [Horst Uhlen](#) vom 06.11.2008, 07:27 Uhr:

RE:Unverständnis und Empörung

.... auch diese Überheblichkeit "da oben" (Parteispitze) ist es, aufgrund derer "ganz unten" (Basis) viele Mitglieder das Weite suchen. Auch in ständigem Sturzflug haben die Bruchpiloten - ganz oben angefangen - das aufgrund ihrer Betriebsblindheit immer noch nicht kapiert. Das tut sicher vielen "Herzblut SPDlern" da unten noch immer mehr weh

Kommentar von [Hans-Joachim Schneider](#) vom 05.11.2008, 12:19 Uhr:

RE:Unverständnis und Empörung

Hat man eigentlich schon vergessen, unter welchen Umständen die Hessen-CDU die vorletzte Wahl gewonnen hat ? ("Jüdische Vermächtnisse", die sich als Schwarzgeld herausgestellt haben). Der grösste Lügner ist meiner Meinung nach immer noch der "grösstmögliche Aufklärer" Koch. Charakterlos ist es meiner Meinung nach nicht, eine Entscheidung nicht mit dem Gewissen vereinbaren zu können. Charakterlos ist es aber, dieses Gewissen erst einen Tag vor der Entscheidung zu entdecken! Darum hast Du, Ralf, ABSOLUT RECHT !!!

Kommentar von [Horst Schein](#) vom 05.11.2008, 10:25 Uhr:

RE:Unverständnis und Empörung

Sehr geehrter Herr Stegner,, den Wähler zu belügen ist in höchstem Maße charakterlos und unglaubwürdig. Da bekanntlich Lügen "kurze Beine" haben, ist das Ergebnis für Frau Y.. folgerichtig und logisch. Hut ab vor den vier "freien Mandatsträgern", die nach ihrem Gewissen entschieden haben. Dieses Verhalten zeugt von Charakterstärke. Ich habe die SPD auch schon mal gewählt, aber das ist viele Jahre her. Mit freundlichem Gruß Horst Schein

Kommentar von [Ralf Ibs](#) vom 05.11.2008, 09:28 Uhr:

RE:Unverständnis und Empörung

Ich frage mich, wo wir in dieser Republik wieder angekommen. Es geht nicht mehr um politische Inhalte, sondern wer mit wem zusammen geht. Für mich ist dies die reinste Boulevard-Politik. Wenn man hier von Politik überhaupt reden kann. Denn Politik heißt für mich Veränderungen durchführen. Wenn nun die hessische SPD nach der Wahl mit der CDU von Herrn Koch eine Große Koalition eingegangen wäre und alles wäre beim alten geblieben, dann hätte man mit Recht von einer Wahllüge sprechen können. Ist denn schon vergessen worden, dass trotz einiger Tricks seitens der geschäftsführende CDU-Landesregierung in Hessen die Studiengebühren abgeschafft worden ist? Das ist dies ein wirkliche Art des Einhalten eines Wahlversprechens!!! Das diese Politik nun nicht weiter geführt werden, da kann sich nun bei diesen 4 Personen bedanken.

Kommentar von [Horst Ziri](#) vom 04.11.2008, 23:05 Uhr:

RE:Unverständnis und Empörung

Einige Kommentare haben eine merkwürdige Sichtweise über das Fehlverhalten dreier SPD-ler/in.

Wenn man Frau Ypsilanti charakterlos bezeichnet, kann ich nur die Negativpresse zur SPD erkennen. Bei der SPD wird die Maßlatte über Lügen und Falschaussagen so niedrig gehalten, dass jedes SPD-Mitglied stolpern muß. Für die CDU wird die Maßlatte zu Lügen und Falschaussagen so hoch gehalten, dass die CDU aufrecht darunter durchgehen kann. Ich bin selbst aktiver SPD-ler. Für mich stellt sich die Frage, wie gehen wir in Zukunft mit den Wählern um, die nicht die SPD, sondern fünf andere Parteien wählen? Ich glaube die Demokratie hält vieles aus.

Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 04.11.2008, 22:41 Uhr:

RE: Unverständnis und Empörung

Es ist im politischen und gesellschaftlichen Handeln gelegentlich notwendig, alte Positionen aufzugeben und neue Ansätze anzustreben. Den inflationären Gebrauch der Begriffe wie "Lüge" usw. halte ich daher in diesem Zusammenhang für völlig unangemessen, zumal doch vor allem Ministerpräsident Koch hätte abgesetzt werden können. Als erklärendes Beispiel dafür, dass auch jeder Einzelne immer wieder überprüfen sollte, ob ein gegebenes Wort in der aktuellen Situation gehalten werden kann, möchte ich auf die Deutschen im NS-Staat verweisen: Wieviel Unrecht und Leid hätte vermieden werden können, wenn ein paar mehr Deutsche ihren Eid auf Hitler gebrochen hätten und im besten Sinne wortbrüchig geworden wären? Politisch bedeutsam ist daher nicht die Frage, ob von Wortbruch geredet werden kann, sondern vielmehr, ob in einer bestimmten politischen Situation verantwortlich gehandelt werden muss.

Kommentar von [Rainer Hastrich](#) vom 04.11.2008, 14:59 Uhr:

RE: Unverständnis und Empörung

Herr Stegner, Ihre Auffassung von Charakterlosigkeit entspricht erkennbar nicht dem Empfinden der Bürger. Ich und viele meiner Freunde bewundern den Mut der Abgeordneten in Hessen, die sich nicht der Machbessenheit von Frau Ypsilanti und Ihrer Clique gebeugt haben. Den Wortbruch von Frau Ypsilanti beschreiben Funktionäre wie Sie vermutlich als Charakterstärke und Mut zur Verantwortung. Politikverdrossenheit ist leicht zu erklären, wenn Leute wie Sie und Frau Ypsilanti den Ton angeben. Gruß R.Hastrich

Kommentar von [Daniel Philippen](#) vom 04.11.2008, 11:04 Uhr:

RE: Unverständnis und Empörung

Der Vorwurf der "Charakterlosigkeit" an vier sogenannte "Abweichler" offenbart eigentlich nur, wie charakterlos die SPD insgesamt geworden ist. Empörend ist einzig und allein, dass sich die Partei - beinahe - dem bedingungslosen Machthunger einer einzigen Politikerin unterworfen hätte, umso beruhigender, dass eben dies in letzter Sekunde doch noch verhindert wurde - und zwar auf demokratischem Wege, aus welchen persönlichen Motiven auch immer. Mit freundlichen Grüßen Daniel Philippen

Kommentar von [Anja Budack-Wilms](#) vom 04.11.2008, 10:42 Uhr:

RE: Unverständnis und Empörung

Ich bin Sozialdemokratin durch und durch. Das was in Hessen passiert ist, war doch abzusehen, oder? Ich erwarte von der SPD Ehrlichkeit vor der Wahl und nach der Wahl. Bitte seht das doch als Chance für Euch als Partei. Besinnt Euch doch jetzt endlich mal auf Eure sozialen Wurzeln. Eine klare Struktur und kein tingeln mehr durch die Politlandschaft. Wir oder ich möchten doch nur eine ehrliche und soziale Partie, die auch so danach handelt. Kein politisches Machtgehabe. Dieses Nein hatte nun mal drei Gesichter. Den Fall von Frau Simonis fand ich viel verwerflicher. Das war hinterhältig. Ich möchte die Linken nicht in Kiel oder Schleswig-Holstein haben. Dann lieber ehrlich verlieren und in der Opposition sitzen. In Hessen sollten Neuwahlen stattfinden, mit neuer und ehrlicher Kandidatin. Die Themen müssen im Vordergrund stehen und nicht die Person. Ihr handelt im Auftrag der Wähler und nicht für Eure persönliche Karriere. Das dürft Ihr nicht vergessen. Ich wünsche Euch viel Glück und Erfolg. Ich werde es weiter verfolgen. Viele Grüsse Eure Anja

Kommentar von [Chabby](#) vom 04.11.2008, 00:33 Uhr:

RE:Unverständnis und Empörung

Hallo Herr Stegner. Das was Sie Charakterlos nennen, nenne ich Rückrat. Charakterlos ist Frau Ypsilanti, die vor der Wahl was anderes sagt wie nach der Wahl. Das nenne ich betrug am Wähler, Wenn Frau Ypsilanti Charakter hätte, würde sie zurücktreten, denn Sie hat nicht nur die Hessen SPD ruiniert sonder auch die gesamte Bundes SPD. Mittlerweile merke ich das Verantwortung übernehmen heist machtgeil sein, sich selbst alles zukommen zu lassen und das Volk interessiert mich überhaupt nicht. Mit dieser Charakter eigenschaft werden Sie es on SWH auch nicht schaffen. Fazit : ich werde nie mehr SPD wählen.

Kommentar von [reg](#) vom 03.11.2008, 23:56 Uhr:

RE:Unverständnis und Empörung

Herr Stegner spricht in Hinblick auf die Abweichler von Charakterlosigkeit. Dies ist aufschlussreich in Hinblick auf seinen eigenen Charkter: denn offensichtlich ist für ihn Wortbruch dem Wähler gegenüber nur eine Petitesse und, wer weiss, sogar Ausweis von einem starken politischen Charakter. Charakterlos sind mithin für ihn die, die keine Kadermentalität haben! Und sowas will Ministerpräsident eines Bundeslandes werden. Bei so einem Charakter wird einem angst und bang.

Kommentar von [Josef Meyer](#) vom 03.11.2008, 21:28 Uhr:

RE:Unverständnis und Empörung

Sehr geehrter Herr Stegner, Ihre Verärgerung über die Entwicklung in Hessen kann ich durchaus verstehen. Eenn ich aber ihre Ausführungen zum Desaster in Hessen genau verfolge, habe ich den Eindruck, dass Sie evtl. nicht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ausreichend kennen, in dem ausdrücklich festgelegt ist, dass jeder Abgeordneter nur seinem Gewissen verpflichtet ist und nicht einer Partei. Dies giltg selbstverständlich für alle demokraitschen Parteien Deutschlands. Es geht, Herr Stegner, also eben nicht nur um die Macht der SPD, sondern das Gewissen eines jeden Abgeordneten hat Vorrang vor den Machtinteressen einer Partei. Diese vier aufrechten uns ehrlichen Abweichler haben meine absolute Hochachtung,weil sie sich nicht der Macht der SPD gebeugt haben, sondern nur ihrem Gewissen gefolgt sind, zugegebenermaßen etwas spät, aber noch nicht zu spät. Frau Ypsilanti hat sowohl vor als auch nach der Wahl mehrfach bekundet, nicht mit der Partei "Die Linke" zusammenarbeiten zu wollen. Dazu haben Sie leider keine Ausführungen gemacht. Das was Frau Ypsilanti gemacht hat, ist ein eindeutiger Wortbruch. Tausende Arbeitsplätze wären im übrigen bei einer Regierungsübernahme durch die SPD, den Linken und den Grünen in Hessen vernichtet worden. Dies scheint der Machtgier der Frau Ypsilanti wohl gleichgültig gewesen zu sein. Das ist keine Politik für den Bürger; sondern dient nur dem eigenen Ego Ihrer Parteifreundin, Frau Ypsilanti; sehr traurig. Deshalb insgesamt eine erfreuliche Entwicklung für das Land Hessen, wenn auch in fast letzter Minute. Neuwahlen wären die sauberste Lösung. Ich erwarte auf diese meine E-Mail von Ihnen keine Reaktion. Mit freundlichen Grüßen Meyer

Kommentar von [Schmaland, Wolfgang](#) vom 03.11.2008, 19:17 Uhr:

RE:Unverständnis und Empörung

Ach, Genosse Stegner, die Menschen in Hessen sind sehr froh über dieses Ergebnis. 70% waren dagegen, daß eine Frau Ypsilanti eine solche abartige Verbindung mit den Linken eingeht. Und wieder sind es nach neuen Umfragen heute über 70%, die der Entwicklung zustimmen. Für Sie ist ja gut, daß nur wenige den Quatsch, den Sie hier verbal loslassen, lesen. Was interessiert Sie die Basis - alles nur Stimmvieh. Und Sie sind typischer SPD- Politiker? Sie disqualifizieren sich selbst.

Kommentar von [Ulrich Zinke](#) vom 03.11.2008, 18:29 Uhr:

RE:Unverständnis und Empörung

Ich akzeptiere uneingeschränkt das Verhalten der Genossin Metzger nicht aber das was sich Herr Walter und Gefolgschaft da geleistet haben. Die SPD war für mich immer eine Partei in der man auch als "Querdenker" seine Meinung vertreten durfte und diskutieren konnte. Was mich inzwischen aber richtig böse macht ist dass aus gekränkter Eitelkeit, aus reinem Machtstreben sozialdemokratische Ideale geopfert werden. Es ist gut und richtig wenn es rechte wie linke Sozialdemokraten gibt aber wenn links mit link verwechselt wird dann betrachte ich die Solchen nicht länger als Genossen. Ich kann nur hoffen dass die linken Genossen nicht aufhören für die sozialdemokratischen Ideale einzustehen auch wenn es nicht opportun ist, ansonsten wird irgendwann nicht mehr die SPD das soziale Gewissen in diesem Lande verkörpern sondern der Exgenosse Lafontaine und seine Linken

Kommentar von [Ralf Holl](#) vom 03.11.2008, 17:15 Uhr:

RE:Unverständnis und Empörung

Sehr geehrter Herr Stegner,, Charakterlos ist, wenn Frau Y... den Wähler belügt. Hier beginnt die Charakterlosigkeit und nirgend anders. Die eigentliche Schande ist, dass sich meine Partei (SPD) niemals davon distanzieret hat! Ich - als Hessischer SPD Wähler wurde belogen. Aber das interessiert Politiker wie Sie wohl NICHT... Und Sie wundern sich über Politikverdrossenheit. Mit keinem freundlichen Gruß, Ralf Holl aus Hessen

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 03.11.2008, 16:52 Uhr - 5154 Clicks - Nr. 1021

125 Jahre Freiwillige Feuerwehr Schwarzenbek

- Lothar Hay appelliert an Arbeitgeber: Ehrenamt im Betrieb unterstützen!

Erscheinungsdatum:

01.11.2008

Innenminister Lothar Hay hat an die Arbeitgeber appelliert, in den Betrieben die ehrenamtliche Arbeit von Feuerwehrleuten zu unterstützen. „Wer seine Gesundheit für andere Menschen riskiert, darf deswegen am Arbeitsplatz keine Nachteile haben“, sagte Hay am Samstag (1. November) auf der 125-Jahrfeier der Freiwilligen Feuerwehr Schwarzenbek (Kreis Herzogtum Lauenburg).

Für Unternehmer mit sozialer Verantwortung sei es eine Selbstverständlichkeit, das Ehrenamt ihrer Beschäftigten zu fördern.

Der Minister lobte das Engagement der Feuerwehren für die Jugend. „Die Zukunft unserer Wehren liegt in einer aktiven Jugendarbeit“, sagte Hay. Es sei erfreulich, dass es den Wehren gelinge, junge Menschen zur Übernahme von Verantwortung zu bewegen. Die Feuerwehren seien gerade für junge Leute besonders attraktiv. „Die Begeisterung muss bei den Jungen und Mädchen wach gehalten werden“, sagte der Minister. Es sei wichtig, dass die Jugendlichen später in die Wehr der Erwachsenen wechselten.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Lothar Hay macht Tempo beim Ausbau der Windenergie;

Land und Kreise beginnen bereits mit den Vorarbeiten

Erscheinungsdatum:03.11.2008

Innenminister Lothar Hay drückt beim Ausbau der Windenergie aufs Tempo. Land und Kreise haben bereits das Verfahren zur Festlegung neuer Gebiete für die Windenergienutzung besprochen. „Schleswig-Holstein will seine führende Rolle in der Windenergie stärken“, sagte Hay am Montag (3. November) in Kiel.

Rund ein Prozent der Landesfläche soll für die Nutzung der Windenergie zur Verfügung gestellt werden, das sind annähernd 16.000 Hektar. Zurzeit sind rund 0,8 Prozent als Eignungsgebiete ausgewiesen.

Schleswig-Holstein ist nach Überzeugung von Hay für die Nutzung und den Ausbau der Windenergie besonders geeignet. „Unser Land liegt gut im Wind und ist Standort vieler Unternehmen der Windbranche“, sagte der Minister. Mit dem Ausbau der Windenergie leiste man zugleich einen Beitrag zum Klimaschutz und stärke die Windenergiewirtschaft.

Die Kreise beginnen nun unter Beteiligung der Gemeinden mit umfangreichen Vorarbeiten, um geeignete Flächen zu finden. Die Kreiskonzepte, die in enger Abstimmung mit der Landesplanung im Innenministerium erarbeitet werden, sind die Grundlage, auf der die Regionalpläne fortgeschrieben werden, in denen die neuen Gebiete für die Windenergienutzung festgelegt werden. Im Zuge dieser so genannten Teilfortschreibung der Regionalpläne haben auch Gemeinden, Verbände und die Öffentlichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die rechtliche Grundlage für die Ausweisung neuer Windflächen wird der Landesentwicklungsplan sein, der derzeit neu aufgestellt wird und Ende 2009 in Kraft treten soll. Danach soll auf einem Prozent der Landesfläche die Windenergienutzung möglich sein. Um keine Zeit zu verlieren, hat das Innenministerium zusammen mit den Kreisen schon jetzt mit den Vorarbeiten begonnen. Nach Auskunft von Hay hat sich die Koalition darauf verständigt, die Nutzungsflächen für Windenergie auszudehnen und auf ein Prozent der Landesfläche zu begrenzen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Wodarg: Solidarität mit unseren Metallern!

Heute machen die Kolleginnen und Kollegen von der IG Metall durch bundesweite Warnstreiks auf Ihre Forderung nach einer gerechten Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt der Metallbranche aufmerksam. Folgende Solidaritätsadresse des SPD-Abgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg wurde den Streikenden heute anlässlich ihrer Kundgebung in Flensburg übermittelt:



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gern würde ich Eure Forderung nach höheren Löhnen durch persönliche Teilnahme an dieser Kundgebung hier bei uns in Flensburg unterstützen. Doch heute, am Tage der US-Präsidentschaftswahl und am Tage Eurer warnenden Demonstration besteht Präsenzpflicht in Berlin und ich habe Eure Interessen dort zu vertreten, wo klare Kante für soziale Gerechtigkeit auch immer nötiger wird.

Wir kämpfen deshalb gemeinsam für guten Lohn, bessere Arbeitsbedingungen, eine würdige und gerechte Altersversorgung, für eine gute Ausbildung unseres Nachwuchses und für einen gesetzlichen Mindestlohn, der eine echte Teilhabe an unserer Gesellschaft auch möglich macht;

Wir kämpfen gemeinsam gegen die zunehmende Ausbeutung von immer mehr Leiharbeitern, gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, gegen entwürdigenden Umgang mit Menschen, die keine Arbeit finden und gegen die Belastungen, denen immer mehr Familien ausgesetzt sind, weil sie trotz anstrengender Maloche, trotz langer Fahrwege zur Arbeit und trotz oft erbärmlicher Arbeitsbedingungen immer noch Angst haben müssen:

Angst vor dem Verlust der Arbeit, Angst vor Schulden, Angst um Betreuung, Bildung und Ausbildung ihrer Kinder und Angst vor einer Rente, die oft sogar unter dem Sozialhilfeniveau liegt.

Die Zocker an der Börse, die Neunmalklugen und Wichtigtuer im großen Finanzkasino haben unsere Gesellschaft zu lange an der Nase herumgeführt! Wir hören, die Finanzblase sei geplatzt und das viele Geld sei verloren. Es ist nicht verloren! Es wurde abgesehen und zum großen Teil in Steueroasen - das sind die modernen Pirateninseln - verbracht.

Wenn für die Billionen, die so umverteilt werden, zumindest immer Steuern gezahlt würden, so brauchten wir uns weniger Sorgen um Bildung, Rente und Hilfe bei Krankheit zu machen als jetzt, wo unsere öffentlichen Kassen immer noch ein dickes Minus aufweisen.

Ein Staat, in dem Wenige immer mehr verdienen und Millionenprämien kassieren, indem sie Arbeitsplätze abbauen, anderer Leute Geld verspielen oder auf Nummernkonten umleiten, während ihre Opfer mit Hartz IV und 1€ - Jobs abgeseigt werden, hat keine Zukunft und muss dringend umsteuern.

Ihr steht hier selbstbewusst und zu Recht und fordert Euren Anteil am Ergebnis Eurer Arbeit. Damit kämpft Ihr für Zweierlei: Erstens für Euren berechtigten Anteil an den Unternehmensgewinnen und

zweitens für eine volkswirtschaftlich kluge Stärkung der Kaufkraft und damit eine dringend notwendige Ankurbelung der Binnennachfrage.

Ihr engagiert Euch zu Recht dafür, dass Produktivitätsgewinne und Exportweltmeisterschaft sich auch in Euren Lohntüten und nicht nur bei Anteilseignern und im Top-Management auszahlen. Es ist schließlich Eure gute Arbeit, die Wachstum und Erfolg erst möglich macht.

Eure berechtigte und selbstbewusste Aktion ist ein notwendiger Beitrag zu diesem Kurswechsel. Dafür danke ich Euch, wünsche Euch Stärke, Einigkeit und Ausdauer und erkläre mich ausdrücklich solidarisch mit Euren Forderungen.

Euer Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 04.11.2008, 15:13 Uhr - 49403 Clicks - Nr. 1024

Nord-SPD-Frauen fassungslos und wütend über Vorgänge in Hessen

Mit großer Bestürzung, aber auch einer anständigen Portion Wut im Bauch hat die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) im nördlichsten Bundesland die Nachricht aufgenommen, dass vier „AbweichlerInnen“ in der hessischen SPD-Landtagsfraktion die Regierungsbildung ihrer Frontfrau Andrea Ypsilanti vereitelt haben.

„Ein tolles Wahlergebnis entwertet; die Resultate monatelanger Verhandlungen ohne weiteres preisgegeben; die Parteivorsitzende und Fraktionschefin, aber auch die gesamte hessische SPD schwer beschädigt; dem CDU-Rechtsausleger Roland Koch eine ganz und gar unverdiente weitere Amtszeit auf dem silbernen Tablett serviert:

Was soll das?“, fragen die Schleswig-Holsteinerinnen. „Wir haben null Verständnis.“

Zu Anfang des Jahres hatten die Nord-SPD-Frauen Andrea Ypsilanti in ihrem Wahlkampf unterstützt und bei ihren Erfolgen mitgefiebert. (Die Presse berichtete.) Und auch jetzt standen AsF-Landesvorstand und mehrere Kreisverbände praktisch in den Startlöchern, um endlich einer neuen Ministerpräsidentin – nach Heide Simonis – zu gratulieren.

„Es wäre ein fälliges Signal, ein guter Aufbruch für eine erneuerte SPD gewesen“, resümiert Cornelia Östreich als schleswig-holsteinische AsF-Landesvorsitzende. Wenn es im hessischen Wahlkampf und bei den nachfolgenden Koalitionsverhandlungen Konflikte gegeben habe, so boten die letzten Monate ihrer Meinung nach genügend Gelegenheit diese auszuräumen. Dass dennoch drei der vier AbweichlerInnen erst in letzter Minute und nach dringlicher Aufforderung ‚aus der Deckung‘ kamen, sei nicht nachzuvollziehen – und keinesfalls zu billigen.

Der Anspruch, sich wenigstens nicht so schäbig verhalten zu haben wie bei der gescheiterten Wahl von Heide Simonis im Jahr 2005, sei da ein höchst zweifelhafter Ruhm. Denn was bedeute es langfristig für die Demokratie, wenn Abgeordnete erst im allerletzten Moment ihr Gewissen entdecken – und damit Verhandlungen ad absurdum führen, Parteitagsbeschlüsse aushebeln und das Votum ihrer Basis ignorieren?

Vor diesem Hintergrund hätten die schleswig-holsteinischen SPD-Frauen sich auch eine noch deutlichere Reaktion der Parteispitze in Berlin gewünscht – zumal der hessische Abweichler Jürgen Walter nach wie vor dem Bundesvorstand angehört. „Es muss eindeutig geklärt werden, welche

Verhaltensweisen bei Konflikten um Inhalte und Positionen zulässig sind“, so Östreich. Sonst könne keiner couragierten und vorwärts blickenden Frau wie Andrea Ypsilanti zugeraten werden, in schwierigen Zeiten politische Gestaltung zu beanspruchen.

Cornelia Östreich
(ASF-Landesvorsitzende)

Kommentar von [Gisela Teuchert-Benker](#) vom 06.11.2008, 00:30 Uhr:

RE:Nord-SPD-Frauen fassungslos und wütend über Vorgänge in H

Ich bin ewig lange in der SPD und habe bis vor kurzem wirklich fest daran geglaubt, dass das Ergebnis eines Parteitages, das mit Mehrheit abgestimmt wurde, gilt. Die "gnadenlosen Vier" aus Hessen haben ihre Entscheidung zwar öffentlich gemacht, das macht sie aber nicht besser. Sie haben auf dem Parteitag zugestimmt oder sich nicht dagegen geäußert, bis auf Frau Metzger, deren Gebaren mir aber auch sehr merkwürdig erscheint. Und nun haben sie plötzlich ein Gewissen!!! Das finde ich lächerlich! Und feige auch! Nach dem Verrat an Heide Simonis hatte ich eigentlich gedacht, dass das ein einmaliger Ausrutscher eines hinterhältigen, bösen Menschen war. Nein, da gibt es jetzt wieder eine solche Scheußlichkeit. Und die AsF hat Recht, die Reaktion der Bundesspitze war ein bisschen sehr, sehr lau! Ich finde, die vier AbweichlerInnen müssten so anständig sein und ihr Mandat zurückgeben.

Kommentar von [Martin H](#) vom 05.11.2008, 19:50 Uhr:

RE:Nord-SPD-Frauen fassungslos und wütend über Vorgänge in H

Mich hätte an der Stelle interessiert, wie es die Nord-SPD-Damen mit dem gebrochenen Wahlversprechen "Niemals mit den Linken" halten. Davon ist in dem Artikel keine Rede, daß das Wahlergebnis eindeutig nur mit einer Lüge von Frau Y. zustande gekommen ist. Hinter der Parole "Koch muß weg" hat man alle Grundsätze von Ehrlichkeit und Bürgernähe über Bord geworfen, nachdem der eigene Stimmenanteil nicht ausreichte. Nach der Wahl das tun, was man vorher versprochen hat - so wird ehrliche Politik gemacht. Frau Y. ist dieses Debakel zu gönnen - nun hat sie Zeit, über ein Wahlversprechen nachzudenken. Hoffentlich nutzt sie diese Zeit...

Kommentar von [Rummey Siegfried](#) vom 04.11.2008, 21:19 Uhr:

RE:Nord-SPD-Frauen fassungslos und wütend über Vorgänge in H

Ich kann nicht vor der Wahl versprechen, mit den Linken auf gar keinen Fall und nachher verhandeln. Es war ungeschickt von Genossin Ypsilanti. Ich kann die Abweichler verstehen. Aber bitte nicht im letzten Moment. So geht das nicht wir machen uns doch nur lächerlich. Es ist parteischädigend wenn ich wochenlang Verhandlungen führe und am Ende "Nein "sage

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 04.11.2008, 17:49 Uhr - 4377 Clicks - Nr. 1025

Soziale Wohnraumförderung bleibt auf hohem Niveau;

Lothar Hay: „Wir stellen 250 Millionen Euro zur Verfügung“

Erscheinungsdatum:
04.11.2008

Die Förderung von sozialem Wohnraum bleibt in Schleswig-Holstein auf hohem Niveau. Die Landesregierung beschloss am Dienstag (4. November) in Kiel, die Modernisierung und den Neubau von Miet- und Eigentumswohnungen von in 2009 und 2010 mit insgesamt 250 Millionen Euro zu unterstützen.

Das Geld, das aus der Zweckrücklage Wohnraumförderung der Investitionsbank Schleswig-Holstein kommt, löst das Drei- bis Vierfache an privaten Investitionen aus. Die öffentlichen Gelder

fließen überwiegend in die Städte. Gefördert werden Wohnungen für Familien mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen.

Innenminister Lothar Hay nannte die soziale Wohnraumförderung ein notwendiges Instrument, um die erforderlichen Investitionen auf den Wohnungsmärkten zu finanzieren. Ohne öffentliche Mittel blieben wegen des insgesamt niedrigen Mietenniveaus Investitionen in die Modernisierung und den Neubau weitgehend aus. Im Umland von Hamburg würde es auf breiter Front zu Mieterhöhungen kommen, sozial schwächere Mieter und besonders Familien mit Kindern und ältere Personen würden verdrängt.

Die staatliche Wohnraumförderung ist nach den Worten von Hay ein Beitrag zur Stützung der Konjunktur. Außerdem Sorge sie dafür, dass Klimaschutz und die Entwicklung sozialer Stadtquartiere vorangetrieben würden. Der Minister zeigte sich erfreut, dass sich die Wohnungswirtschaft auf dem Gebiet der sozialen Wohnraumförderung wieder engagiert. „Viele Unternehmen erfüllen damit ihre Pflicht zu einem am Gemeinwohl orientierten Handeln“, sagte Hay. Die Förderprogramme und das neue Wohnraumförderungsgesetz des Landes würden die Investitionstätigkeit der Unternehmen weiter anregen und für angemessenen und am Bedarf ausgerichteten Wohnraum sorgen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 05.11.2008, 00:05 Uhr - 9320 Clicks - Nr. 1026

Kreiswahlkonferenz wählt Sönke Rix mit 95,7 Prozent

Sönke Rix ist Kandidat der Rendsburg-Eckernförder SPD für die Bundestagswahl am 27. September 2009.

88 von 92 anwesenden Delegierten gaben ihm auf der Kreiswahlkonferenz in Rendsburg ihre Stimme, 3 Delegierte enthielten sich, es gab eine Gegenstimme.

Der Bundestagsabgeordnete setzt trotz aktuelle schlechter Umfragewerte darauf, den Wahlkreis 4 direkt zu gewinnen.

Sönke Rix erinnerte an die Situation kurz vor der Bundestagswahl 2005, als alle Meinungsforschungsinstitute den Schwarz-Gelben einen rauschenden Wahlsieg vorhersagten.

Rix: „Ich will gerne daran erinnern: Am Wahltag 2005 lagen wir als Partei nur noch 1 Prozent hinter CDU/CSU und mein doch recht prominenter Gegenkandidat hatte am Ende nur 0,4 Prozent mehr Erststimmen als ich.

Deshalb sage ich: Bange machen gilt nicht! Es kommt am Ende nicht darauf an, die Umfragen zu gewinnen, sondern die Wahlen. Und egal, was uns die Umfragen heute prophezeien: Ich setze – wie die SPD auf Bundesebene – nicht auf Platz, sondern auf Sieg!

Wir gewinnen die Wahl, wenn wir im Wahlkampf gemeinsam für unsere Kandidaten, unsere Programmatik und für unsere Ziele werben.“

Eine kritische Debatte gab es über Rix' Kandidatur nicht. Im Gegenteil: Im Bundestagswahlkampf kann Sönke Rix mit breiter Unterstützung rechnen.

Auf dem zur gleichen Zeit einberufenen Kreisparteitag berieten die Delegierten Anträge zu den

Themen Funktionalreform, Erzieherstellen für Ganztagschulen, Verbesserung der Betreuung in Kindertagesstellen, Optimierung der Kinderbetreuung durch Transparenz und interkommunale Abstimmung und einen Antrag unter der Überschrift „Wir setzen Sozialstaatlichkeit gegen Marktversagen - Solidarisches Sozialsystem bleibt Modell der Vernunft.“

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 05.11.2008, 08:57 Uhr - 3316 Clicks - Nr. 1027

Theologieprofessur ist eine gesegnete Entscheidung!

Zum gestern zwischen Kirche und dem Land Schleswig-Holstein geschlossenen Vertrag über die Realisierung einer Professur für Kirchen- und Religionsgeschichte erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Das ist eine gesegnete Entscheidung! Durch die Realisierung dieser Professur ist es möglich, dass in den kommenden fünf Jahren die theologische Forschung und Ausbildung in Schleswig-Holstein nachhaltig gestärkt wird. Dies ist eine große Chance nicht nur für die theologische Diskussion im Land, sondern auch für den allgemeinen Diskurs über gesellschaftliche Werte und Grundsätze. Zusätzlich wird die theologische Ausbildung vertieft. Es wird darum gehen, diese Professur langfristig zu sichern.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 05.11.2008, 08:59 Uhr - 3644 Clicks - Nr. 1028

Bund soll Mittel für Sportbau aufstocken

Zur Debatte um Investitionen zur Stärkung der Konjunktur erklärt der sportpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Wenn die Bundesregierung zusätzliche Mittel für Investitionen bereitstellt, um die Konjunktur zu stärken, muss der Sportbereich berücksichtigt werden. Auf kommunaler Ebene ist die Instandhaltung von Schwimm- und Sporthallen dringend erforderlich; zudem gibt es Bedarf an neuen Sportstätten vor allem in Stadtteilen mit sozialen Brennpunkten.

Vor dem Hintergrund, dass immer weniger Kinder schwimmen lernen, und zur Stärkung des Breitensports auch als Angebot für benachteiligte Jugendliche wären solche Investitionen deshalb gut angelegtes Geld. Zusätzlich könnte die Infrastruktur für den Leistungssport, z. B. Beach-Volleyball, verbessert werden. Die SPD-Landtagsfraktion plädiert deshalb dafür, bei einer Aufstockung von Investitionsmitteln des Bundes diese für den Sportbereich vorzusehen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 05.11.2008, 10:39 Uhr - 1324 Clicks - Nr. 1029

Entwicklung bestätigt Vorfahrt für Bildung und Konsolidierung!

Die Ratsfraktionen von SPD und BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN sind erfreut über die gute Entwicklung der Unternehmen in Kiel, die dem städtischen Haushalt noch einmal erhebliche

zusätzliche Gewerbesteuermehreinnahmen einbringen. Zusätzlich zu dem bereits im Oktober beschlossenen Nachtragshaushalt, der Mehreinnahmen in Höhe von 6,5 Millionen Euro verbuchte, fließen noch einmal rd. 9,9 Millionen Euro Überschuss in die Stadtkasse.

SPD und BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN sehen ihren politischen Kurs bestätigt: Vorfahrt für Bildung und Vorfahrt für Konsolidierung. Wir haben durch teilweise Verwendung der Mehreinnahmen (2,6 Mio. Euro) und durch Umschichtungen im Haushalt 2008 die Umsetzung der Schulreform – vor allem die Errichtung von Gemeinschaftsschulen – ermöglicht (insgesamt 3,5 Mio. Euro). Und wir haben allein durch Umschichtungen im Haushalt die Finanzierung des Künstleratelierhauses in der Wik (350.000 Euro) und des „Weihnachtszaubers im Schrevenpark“ (10.000 Euro) auf den Weg gebracht. Die verbleibenden Mittel haben wir zur Finanzierung von Investitionen verwendet, so die Kreditaufnahme verringert und damit die Haushaltskonsolidierung unterstützt.

Den sich abzeichnenden erneuten Überschuss wollen wir nun für die Haushaltskonsolidierung verwenden. Damit ermöglichen wir im nächsten Jahr notwendige Investitionen für die Zukunft unserer Stadt.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 05.11.2008, 11:06 Uhr - 5263 Clicks - Nr. 1030

Land reformiert das öffentliche Dienstrecht;

Lothar Hay: Wir machen das Beamtenrecht zukunftsfähig

Erscheinungsdatum:04.11.2008

Die Landesregierung schlägt ein neues Kapitel in der Reform des öffentlichen Dienstrechts auf. Der vom Kabinett am Dienstag (4. November) gebilligte Gesetzentwurf zur Neuregelung des Beamtenrechts in Schleswig-Holstein wird das Beamten- und Laufbahnrecht grundlegend modernisieren.

„Wir schaffen ein Laufbahnsystem, das transparenter, schlanker und flexibler ist und sich stärker am Leistungsprinzip orientiert“, sagte Innenminister Lothar Hay. Gleichzeitig werde die bundesweite Mobilität der Beamtinnen und Beamten gewährleistet. Das neue Gesetz wird das Dienstverhältnis von rund 50.000 Beamtinnen und Beamten beim Land und in den Kommunen regeln.

Im Zuge der Novellierung des Landesbeamtengesetzes wird auch das Pensionierungsalter für Beamtinnen und Beamte ab 2012 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Damit überträgt die Landesregierung die neuen Regelungen für Arbeiter und Angestellte im Rentenrecht wirkungsgleich auf die Beamten. Für Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Justizvollzugsbeamte bleibt es jedoch bei der Altersgrenze von 60 Jahren.

Hay bezeichnete die Reform des Laufbahnrechts als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem zukunftsfähigen Beamtenrecht. „Wir tragen damit den wachsenden Ansprüchen an die öffentliche Verwaltung Rechnung“, sagte der Minister. Die öffentliche Verwaltung müsse für Berufsanfänger wieder attraktiver werden. Der öffentliche Dienst müsse auf dem Arbeitsmarkt seine Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und auch für Seiteneinsteiger aus der Wirtschaft interessant werden.

Das Beamtenrechtsneuregelungsgesetz, so die offizielle Bezeichnung, soll zusammen mit dem Beamtenstatusgesetz des Bundes am 1. April 2009 in Kraft treten. Grundlage für das neue Landesbeamtengesetz ist ein Musterentwurf, den die fünf norddeutschen Küstenländer Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammen erarbeitet

haben. Der Landtag wird sich mit dem Gesetzentwurf voraussichtlich in seiner Novembersitzung zum ersten Mal beschäftigen.

Das neue Landesbeamtenrecht wird gemeinsam mit dem neuen Bundesrecht Verwaltungsabläufe in vielerlei Hinsicht vereinfachen und flexibler gestalten. So wird beispielsweise im neuen Nebentätigkeitsrecht ein Anzeige- und Verbotsverfahren an die Stelle des bisherigen aufwändigen Genehmigungsverfahrens treten. „Das neue Beamtenrecht ist damit auch ein wichtiger Bestandteil der Maßnahmen der Landesregierung zum Bürokratieabbau“, sagte Hay.

Die wesentlichen Punkte des Gesetzentwurfes:

Die Zahl der Laufbahnen wird deutlich verringert. Statt derzeit über 100 gibt es künftig nur noch 20 Laufbahnen. Im neuen Landesbeamtengesetz wird deshalb die Anzahl der Fachrichtungen auf zehn begrenzt: Justiz, Polizei, Feuerwehr, Steuerverwaltung, Bildung, Gesundheits- und soziale Dienste, Agrar- und umweltbezogene Dienste, Technische Dienste, Wissenschaftliche Dienste, Allgemeine Dienste. Die bisher vier Laufbahngruppen werden in zwei zusammengefasst, und zwar der einfache und mittlere Dienst in der neuen Laufbahngruppe 1 und der gehobene und höhere Dienst in der neuen Laufbahngruppe 2. Die Zugehörigkeit zu einer der beiden Laufbahngruppen richtet sich nach der Vor- und Ausbildung.

Der Wechsel innerhalb einer Laufbahn und von einer Laufbahn in eine andere wird erleichtert. Das schafft mehr Transparenz und Flexibilität. Der Aufstieg in die Laufbahngruppe 2 setzt weiterhin voraus, dass der Bewerber eine Prüfung besteht; für bewährte und erfahrene Beamtinnen und Beamte kann der Aufstieg auch prüfungsfrei erfolgen.

Alle Beamtinnen und Beamten des Bundes und der Länder haben grundsätzlich Zugang zu den Laufbahnen in Schleswig-Holstein und in den übrigen Küstenländern. Das schafft Mobilität. Hay rief die übrigen Länder auf, ihre Landesbeamtengesetze ebenfalls entsprechend zu öffnen.

Die Einstellung von Seiteneinsteigern aus der Wirtschaft wird erleichtert. Besitzen Bewerber zusätzliche Qualifikationen, können sie sofort in einem Beförderungsamte eingestellt werden.

Ämter mit leitender Funktion werden weiterhin zunächst im Beamtenverhältnis auf Probe verliehen. Diese Regelung hat sich in der Landes- und Kommunalverwaltung bewährt. Dagegen soll es künftig keine Führungsämter auf Zeit mehr geben. Damit werden auch Konsequenzen aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Mai 2008 gezogen, das gegen derartige Ämter verfassungsrechtliche Bedenken erhoben hat. „Die bewährten kommunalen Wahlämter bleiben hiervon selbstverständlich unberührt“, betonte Hay.

Der Grundsatz des lebenslangen Lernens wird verstärkt. Das bedeutet: Befördert werden kann nur derjenige, der sich entsprechend qualifiziert hat.

Die Probezeit für alle Laufbahnen wird einheitlich auf drei Jahre festgesetzt. Die Anforderungen an die Bewährung in der Probezeit werden erhöht. Bei hervorragenden Leistungen in der Probezeit kann ein Beamter auch bereits vor Ablauf eines Jahres nach Ende seiner Probezeit befördert werden.

Die Möglichkeit, die Dienstzeit freiwillig zu verlängern, wird ebenso wie die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung und der Beurlaubung ohne Dienstbezüge erweitert. „Wir haben uns die Entscheidung, die Altersgrenze anzuheben, nicht leicht gemacht. Wir haben aber mit der größeren Flexibilität ein zukunftsfähiges Paket geschnürt, um der individuellen Lebensplanung mehr Raum zu geben“, betonte Hay.

Die Pensionsgrenze für Beamte wird - wie bereits im Rentenrecht - ab 2012 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Die Beamtinnen und Beamten des Geburtsjahrgangs 1964 sind danach die ersten, die bis 67 arbeiten müssen. Die Anhebung der Pensionsgrenze gilt jedoch nicht für Polizisten, Feuerwehrleute und Justizvollzugsbeamte. Für sie bleibt es bei der bisherigen Altersgrenze von 60 Jahren. „Diese Beamtinnen und Beamte sind starken Belastungen insbesondere in gesundheitlicher Hinsicht ausgesetzt“, sagte Hay. Eine Erhöhung der Altersgrenze wäre nicht sachgerecht. Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte können sich auf Antrag weiterhin nach Vollendung des

60. Lebensjahres in den Ruhestand versetzen lassen. Alle anderen Beamten können wie bisher auf Antrag nach Vollendung des 63. Lebensjahres ausscheiden.

In Bereichen der öffentlichen Verwaltung mit einem Personalüberhang können Beamte auf Antrag schon ab 60 in Pension zu gehen. Diese Bereiche werden für die Landesverwaltung durch das Landeskabinettt bestimmt. Die Kommunen und die der Aufsicht des Landes unterstehenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen können ihre Personalabbaubereiche selbst festlegen, benötigen dazu aber die Zustimmung der Aufsichtsbehörde.

In allen Fällen, in denen Beamte vorzeitig in den Ruhestand gehen, wird die Versorgung um einen so genannten Versorgungsabschlag gekürzt. Er beträgt grundsätzlich 0,3 Prozent des Ruhegehalts für jeden Monat, um den der Beamte vor Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand tritt. Die Höhe des Versorgungsabschlags ist auf maximal 14,4 Prozent - bei Schwerbehinderten und bei Dienstunfähigkeit auf maximal 10,8 Prozent - des Ruhegehalts begrenzt.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 05.11.2008, 13:00 Uhr - 3133 Clicks - Nr. 1031

Freiherr vom Stein-Medaille für Rolf Helgert

Der langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende, Ratsmitglied Rolf Helgert (Foto), ist vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Lothar Hay, für seine engagierte Arbeit mit der Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille ausgezeichnet worden „Unsere Zukunft beginnt vor der Haustür“, sagte Hay anlässlich der Verleihung im Großen Ständesaal des Rathauses Schleswig und sprach mit Hochachtung über Helgerts langjähriges ehrenamtliches Engagement für die Stadt Flensburg.

Rolf Helgert, der als Ratsmitglied im Finanzausschuss, im Hauptausschuss und im Aufsichtsrat der Stadtwerke arbeitet, war bis zum Mai dieses Jahres Fraktionsvorsitzender der SPD und engagiert sich auch im Vorstand des Kreisverbandes.

Eine Reihe wichtiger Entscheidungen würde nach wie vor in den Kommunalvertretungen getroffen, sagte Hay und betonte die Bedeutung kommunaler Arbeit vor Ort, die von Rolf Helgert in vorbildlicher Weise geleistet werde.

Die Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille wurde anlässlich des 200. Geburtstages des Reichsfreiherrn Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein am 26. Oktober 1957 gestiftet. Sie wird alljährlich im Oktober in einer Feierstunde vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein verliehen. Mit dieser Auszeichnung werden Frauen und Männer geehrt, die sich durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung erworben haben. Es soll damit langjähriges Engagement und die Wahrnehmung herausragender Funktionen anerkannt werden.



Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde besucht Backeria

Da musst Du schon früher aufstehen..." sagt der Volksmund. Der Einladung des SPD-Kreisvorstandes zur Betriebsbesichtigung folgen am 5. November 2008 morgens um 06.00 Uhr annähernd 40 aktive Genossinnen und Genossen und nehmen die einmalige Gelegenheit wahr, die Backstube des Bündelsdorfer Bäckers im Tagesbetrieb zu besichtigen.

Nach der Begrüßung durch den Inhaber der Backeria, Lorenz Schulz werden aus Hygienegründen Kittel und Hauben verteilt. Anschließend findet die Führung durch die Backstube in zwei Gruppen statt. Es wird deutlich, dass die Backeria trotz ihrer Größe ein Handwerksbäcker ist - Rührer und Schüssel haben riesige Dimensionen, Roboter werden zuhulfe genommen, um schwere Hebearbeiten zu vermeiden, die Öfen sind groß wie Gartenhäuser. Doch die wesentlichen Dinge passieren nach wie vor per Hand. "Diese hohe Qualität lässt sich mit Maschinen nicht erreichen", sagt dazu Lorenz Schulz und hebt sich damit von den Industriebäckereien ab.

Das Geheimnis für den besonderen Geschmack der Sauerteigbrote liegt in großen Bottichen, so dass Rezeptklau keine Gefahr darstellt. Schulz: "Unser Sauerteig ist einzigartig und fälschungssicher!" In der sich anschließenden Diskussion zeigt Lorenz Schulz, dass er ein Unternehmer mit sozialer Verantwortung ist. Die Backeria setzt nicht auf Niedriglöhne. "Vielleicht würde ich mich sogar freuen, wenn es auch im Bäckerhandwerk Mindestlöhne gäbe", meint er. Denn dann würden auch die Industriebäcker endlich anständige Löhne zahlen und die Backeria, die fast ausschließlich Fachpersonal beschäftigt, hätte diesen betriebswirtschaftlichen Nachteil der auskömmlichen Bezahlung nicht mehr. Die Zustimmung der Teilnehmer ist ihm hier gewiss. Mit dabei auch der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner und der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion in Kiel, Ralph Müller-Beck.

Beim anschließenden Frühstück kommen die Teilnehmer miteinander ins Gespräch und es gelingt, was dem Kreisvorstand — neben dem Gespräch mit Unternehmern in der Region — ein Hauptanliegen für diese Veranstaltung ist: die Ortsvereine miteinander zu vernetzen und auch über die SPD hinaus Kontakte zu knüpfen.

Die Rückmeldungen der Teilnehmer sind für die Organisatoren des SPD-Kreisvorstandes Thiemo Lueße und Bernd Küpperbusch ermutigend: "Endlich gehen wir als Partei mal raus!" "Ich hoffe, dass wir derartige Veranstaltungen häufiger machen!" Es werden Vorschläge für Folgeveranstaltungen gemacht. Die Betriebsbesichtigung bei der Backeria macht Lust auf mehr. Und so wird der nächste „Außentermin“ sicher nicht lange auf sich warten lassen.

Keine Kommentare

. Integrationsgipfel in Berlin – Lothar Hay zieht positive Bilanz

„Schleswig-Holstein hat viele gute Beispiele aus der Praxis“

Erscheinungsdatum:
05.11.2008

Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay hat vor dem 3. Integrationsgipfel bei der Bundeskanzlerin morgen (6. November) in Berlin eine positive Bilanz der Bemühungen des Landes um eine verbesserte Eingliederung von Migranten gezogen.

„Es gibt viele gute Beispiele aus der Praxis, die zeigen, dass Schleswig-Holstein in der

Integrationspolitik weiter bundesweit Schrittmacher ist““, sagte Hay am Mittwoch (5. November) in Kiel.

Die Landesregierung habe bereits 2002 ein Integrationskonzept beschlossen. 2006 folgten Leitlinien zur Integration und 2007 der Länderbeitrag zum Nationalen Integrationsplan. „Wir haben unsere Integrationspolitik kontinuierlich weiterentwickelt““, sagte Hay. Integrationskonzept, Leitlinien und Länderbeitrag bildeten den Rahmen schleswig-holsteinischer Integrationspolitik. Rund zwölf Prozent der Menschen, die in Schleswig-Holstein leben, sind Migranten oder kommen aus Einwandererfamilien.

Schleswig-Holstein Integrationspolitik wirkt nach Aussage von Hay in alle Lebensbereiche der Migranten hinein, besonders in die Stadtentwicklung, die Bildung und Ausbildung sowie den Arbeitsmarkt. „Wir wollen keinen kleinteiligen Flickteppich aus einzelnen Projekten, sondern strukturelle Veränderungen““, sagte Hay. Dieses Ziel verfolge auch der Nationale Integrationsplan. In Schleswig-Holstein gebe es dafür eine Reihe guter Beispiele aus der Praxis.

Stadtentwicklung

Integration muss vor Ort stattfinden. Das geschieht durch das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“. In allen geförderten Stadtteilen liegt der Anteil der Migranten an der Wohnbevölkerung deutlich über dem Landesdurchschnitt. In fast allen Fördergebieten gibt es Projekte, die speziell auf die bessere Integration von Migranten zielen. Seit 2007 werden in diesen Stadtteilen nicht nur Investitionen in den Neubau oder die Modernisierung von Gebäuden, Grünanlagen und Straßen, sondern auch soziale Projekte gefördert, die die Integration von Menschen in Stadtteilen mit sozialen Problemen voranbringen. Ein Beispiel ist die so genannte Stadtteilschule, die zu einem Ort des Lernens und Lebens im Quartier weiterentwickelt werden soll. Das Innenministerium wird ein Städtetz einrichten, um den Erfahrungsaustausch der Städte und Gemeinden zum Thema „Integration und Stadtentwicklung“ zu verbessern.

Bildung

Das neue Schulgesetz von 2007 hat eine Entwicklung eingeleitet, die vor allem auch Schülern mit Migrationshintergrund zu Gute kommen wird. Die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen wurde zum durchgängigen Unterrichtsprinzip. Mit verbesserter individueller Förderung, der Unterstützung durch einen Förderfonds, veränderten Regelungen zu Versetzungen und Rückstufungen in der Grundschule und in der Sekundarstufe I will die Landesregierung die Bildungschancen für alle Kinder verbessern. Das Integrative Sprachförderkonzept setzt an in der Kindertagesstätte an und wird in der Schule fortgesetzt. Die schulische Sprachförderung geschieht in so genannten Deutsch-als-Zweitsprache-Zentren an über 50 Orten in Schleswig-Holstein. Für diese schulische Sprachförderung wurden 220 Stellen geschaffen. Ab 2009 gehört „Deutsch als Zweitsprache“ zum Pflichtkanon in der Ausbildung aller Lehrkräfte.

Ausbildung und Arbeit

Mit dem Handlungskonzept „Schule und Arbeitswelt“ wurden Voraussetzungen geschaffen, die Zahl der Schüler ohne Hauptschulabschluss deutlich zu verringern. Im Rahmen des Konzepts wird die Ausbildungsreife und Berufsfähigkeit junger Leute verbessert. Hiervon profitieren insbesondere auch Migranten.

Um die Chancen von Migranten auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, akquiriert ein bei der IHK zu Kiel angesiedelter Ausbildungsplatzakquisiteur gezielt Ausbildungsplätze bei von Migranten geführten Betrieben. Darüber hinaus werden Migranten, die aus der Arbeitslosigkeit heraus eine Existenz gründen wollen im Rahmen eines Kieler Projektes qualifiziert. Beide Angebote werden aus dem Zukunftsprogramm Arbeit gefördert, darunter mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003
Weitere Informationen zum Integrationsplan

* Nationaler Integrationsplan

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 05.11.2008, 22:49 Uhr - 4738 Clicks - Nr. 1034

Demokratie als Lebensaufgabe

Franz Müntefering zu Gast in Kiel am 30. Oktober 2008

„Du musst das Leben nehmen wie es ist, aber du darfst es nicht so lassen.“. Mit diesen Worten von Karl Richter wandte sich Franz Müntefering an mehr als 500 Gäste im Kieler Gewerkschaftshaus, unter ihnen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der Kieler SPD-Oberbürgermeisterkandidat Torsten Albig und der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner.

Der Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels (SPD) hatte den alten und neuen Parteivorsitzenden der SPD nach Kiel eingeladen, um über die

Demokratie als Lebensaufgabe zu sprechen. Für Franz Müntefering ist Politik Engagement in der Gesellschaft, für sich selbst und für die Gesellschaft. Im Mittelpunkt steht der einzelne Mensch, dessen Freiheit Ausgangspunkt und Maßstab zugleich ist. Freiheit zuerst. Des Gewissens, der religiösen Überzeugung, des Denkens, des Sagens, des Handelns. Freiheit von Not. Freiheit von Furcht. Freiheit zum guten Leben in diesem guten Sinne. Für heute, für morgen und für übermorgen.

Für Wohlstand und Demokratie muss gekämpft werden, sie sind nicht von selbst da – das ist die gemeinsame Botschaft der beiden sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Franz Müntefering und Hans-Peter Bartels.

Die Aufzeichnung der Veranstaltung wird am 08.11.2008 um 13:00 Uhr und um 20:00 Uhr im Fernsehen im Offenen Kanal Kiel (Kabelnetz Kanal 9) ausgestrahlt.

Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 06.11.2008, 07:06 Uhr - 2078 Clicks - Nr. 1035



Ernüchternde Bilanz in Wedel

Nach rund 100 Tagen Schwarz-Grüner „Regierung“ in Wedel zieht die SPD-Fraktion eine ernüchternde Bilanz über die Arbeit dieses Bündnisses.

Nach rund 100 Tagen Schwarz-Grüner „Regierung“ in Wedel zieht die SPD-Fraktion eine ernüchternde Bilanz über die Arbeit dieses Bündnisses.

Schon die Grundlage für die Zusammenarbeit der beiden Parteien empfindet die SPD als ungewöhnlich und nicht am Interesse der gesamten Stadt orientiert. CDU und Grüne haben einen 11-seitigen Vertrag über die gemeinsame Arbeit geschlossen, der u.a. festlegt, dass alle Entscheidungen der laufenden Wahlperiode gemeinsam beschlossen werden. Da aufgrund des Wahlergebnisses in Wedel im Einzelfall auch andere Mehrheiten möglich sind, verfahren CDU und Grüne hier nach dem Motto: Besser ein schlechter Kompromiss zwischen Schwarz-Grün als eine gute Entscheidung zum Wohle der Stadt aufgrund eigenständigen Abstimmungsverhaltens. Ein solch sklavisches Aneinanderketten von Parteien hat nach Ansicht der SPD gerade auf kommunaler Ebene nichts zu suchen.

Dass die Wedeler CDU auch ihre Seele verkaufen würde, um an der vermeintlichen Macht zu bleiben und weiterhin die Strippen ziehen zu können, verwundert eher nicht. Dass aber die Wedeler Grünen, die sich in der Vergangenheit durch kritisch-engagierte Mitarbeit und Eigenständigkeit ausgezeichnet haben, einen solchen Vertrag schließen, ist dann doch sehr verwunderlich. So schnell hat eine Partei sich vermutlich selten selbst aufgegeben.

In den meisten städtischen Ausschüssen finden die Grünen nicht mehr statt. Dort wird meist ausschließlich von den CDU-Vertretern die neue gemeinsame Politik verkauft. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, dass zwischen CDU und Grünen eine Nebenabrede besteht, wonach der CDU die Meinungsführerschaft für beide Parteien in den meisten Gremien überlassen wird. Solche Nebenabreden wären allerdings bei Schwarz-Grün auch nicht ungewöhnlich, derartiges kennt man ja schon aus Hamburg.

Greift man einige Entscheidungen der letzten Zeit konkret heraus, wird deutlich, dass gerade die Selbstaufgabe der Wedeler Grünen schon erstaunliche Ausmaße angenommen hat.

Beispiel Projektgesellschaft Brunsbüttel

Noch im Kommunalwahlkampf wurde im Themenflyer „Energiewende beginnen – Hier in Wedel!“ die Alternative „Radikale Energiewende für Wedel oder weiter so in den Abgrund?“ beschworen. Zur Nutzung von Strom aus Kohlekraftwerken liest man dort:

... Mit einer Beteiligung an Kohlekraftwerken legt sich Wedel für mindestens 20 Jahre auf eine auslaufende Technologie fest. Dieses Geld haben unsere Stadtwerke nicht übrig. Wir Grüne werden uns mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass die Stadtwerke sich nicht endgültig in dieses finanzielle Abenteuer begeben....

Auf der Internetseite der Elmshorner Grünen kann man über eine Demonstration gegen die geplanten Kohlekraftwerke in Brunsbüttel Folgendes lesen:

... Dr. Valerie Wilms (Pinneberger Kreis-Grünen-Vorsitzende), ... „Wir machen uns dafür stark, dass es kein Kohlekraftwerk in Brunsbüttel geben darf.“

Und auch im Rat am 24. April 2008 waren die Grünen vor der Kommunalwahl noch strikt gegen die Beteiligung Wedels an der Südweststrom-Kraftwerk-Projektgesellschaft mit dem Ziel des Neubaus eines Kohlekraftwerks in Brunsbüttel.

Nach der Wahl sieht die Energiezukunft der Grünen für Wedel aber offenbar ganz anders aus. Bei der erneuten Diskussion im Rat am 17. Juli 2008 über die Beteiligung der Stadtwerke an der Südweststrom-Kraftwerk-Projektgesellschaft wiederholten die Grünen zwar die aus dem Wahlkampf bekannten Argumente gegen die weitere ineffiziente und umweltschädliche Nutzung der Kohlekraft und die absehbar zu hohen Kosten ihrer Nutzung in zukünftigen Kraftwerken. Gleichwohl war man dann aber bereit, 300.000 Euro für eine Mitgliedschaft in der Projektgesellschaft für den Brunsbüttler Kraftwerksbau auszugeben. Laut der Fraktionschefin der Grünen, Frau Dr. Willms, soll man damit mehr Informationen für eine sachgerechte Entscheidung bekommen.

Wenn man im Wahlkampf so vehement gegen Kohlekraftwerke streitet, fragt sich allerdings hier, welche Informationen die Grünen dann noch benötigen. Vielmehr drängt sich der SPD der Verdacht auf, dass die 300 000 Euro wohl Teil des Preises sind, den die Grünen für ihre „Regierungsbeteiligung“ zu zahlen bereit sind. Das fällt natürlich leichter, wenn es sich dabei um Geld der Stadtwerke handelt.

Beispiel Baugebiet Schlödelskamp:

Obwohl die Grünen in Übereinstimmung mit der SPD bei der Beschlussfassung zum Flächennutzungsplan gegen eine übermäßige Ausweisung zusätzlicher Baugebiete waren, beschließt man nun mit der CDU ein neues Wohngebiet am Schlödelskamp, das nach Bewertung durch die Experten in der Wedeler Verwaltung kaum geeignet für ein derartiges Vorhaben ist. Tatsächlich rangiert es auf einer Bewertungsliste für mögliche Baugebiete auf dem zweitschlechtesten Platz. Zudem legt man dort Mindestgrundstücksgrößen fest, die für viele Menschen kaum zu bezahlen sind.

Nachvollziehbare Begründung von Schwarz-Grün? Fehlanzeige. Vielmehr hört man in der Ratsversammlung vom CDU-Planungsausschussvorsitzenden Peter Meier im Beisein schweigender Grüner die Aussage: „Wir ziehen das jetzt durch und beschließen so“

Damit legt sich aus Sicht der SPD folgender Schluss nah: Übertriebener Flächenverbrauch am zudem falschen Ort, das ist die neue „Öko-Politik“ der Grünen in Wedel.

Beispiel Planungswerkstatt:

Auf den ersten Blick ganz basisdemokratisch schlagen die Grünen mit huldvoller Zustimmung der CDU hinsichtlich der Frage einer Verkehrsplanung für Wedel die Bildung einer so genannten Planungswerkstatt vor. Allerdings geht die Basisdemokratie dann nicht so weit, dass man alle in Wedel diskutierten Varianten einer Umgehungs- bzw. /Umfahrungsstrasse in dieser Werkstatt durch die Wedeler Bürger bearbeiten lässt. Vielmehr soll ausschließlich die von Schwarz-Grün bevorzugte Nord-Umfahrung Grundlage der Arbeit sein. Basisdemokratie sieht anders aus. Aber offenbar hat man Angst, dass die Werkstatt zu einem ungewollten Ergebnis führen könnte. Dann doch lieber nicht ganz so basisdemokratisch, vielmehr legt man besser den Rahmen fest, in dem dann diskutiert werden darf. Nimmt man frühere Grundüberzeugungen der Grünen zum Maßstab, auch an dieser Stelle ein erstaunlicher Wandel.

Beispiel Gleichstellungsbeauftragte:

Jahrelang waren die Grünen wie die SPD der Überzeugung, dass die Aufgaben einer Gleichstellungsbeauftragten eine Vollzeitstelle in der Verwaltung erfordern würde. Nur so kann nämlich eine effiziente Arbeit mit der notwendigen Außen- und Vorbildwirkung beim Gleichstellungsgedanken erreicht werden. In diesem Sinne hatten die Grünen noch in den Beratungen zum Haushalt 2008 einem entsprechendem Haushalt zugestimmt. Schon im Wahlprogramm gaben die Grünen diesen Gedanken auf, indem sie vorschlugen, die Position der

Gleichstellungsbeauftragten zu einer Integrationsbeauftragten zu erweitern. Kein Wunder also, dass die CDU nach der Wahl bereitwillig diese Idee unterstützte, bestand so doch die Möglichkeit, die ungeliebte Gleichstellungsstelle still und leise zu beerdigen. Die neuvermählten Partner mussten dann allerdings erst mal darüber aufgeklärt werden, dass ein solches Vorhaben klar den gesetzlichen Regelungen widersprach, die besagen, dass Integration nicht zu den Aufgaben einer Gleichstellungsbeauftragten gehört. Nach Ansicht der Kommunalaufsicht würde nämlich eine solche Vermischung von Aufgabenfeldern die per Gesetz festgeschriebenen eigentlichen Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Ausführung beschränken. Wenn auch der Gesinnungswandel der Grünen sich hier bereits vor der Wahl abzeichnete, ist ihr Einschwenken auf CDU-Positionen in dieser Geschwindigkeit doch schon erstaunlich.

Beispiel Schulpolitik:

Eine einzige Schulform unter Einbeziehung des Gymnasiums sollte es in Wedel nach dem Willen der Grünen geben, also die Gemeinschaftsschule, so ihr damaliger Fraktionsvorsitzender Metz in der Ratssitzung vom 22. März 2008. Auch der damalige Grünen-Ratsherr Inak beschwor alle Ratskollegen, sich für die Gemeinschaftsschule einzusetzen. Andernfalls würden die Kinder ganzer Bevölkerungskreise leiden. Es ging in der damaligen Sitzung um die Umwandlung der Haupt- und der Realschule in eine Regionalschule und der Integrierten Gesamtschule in eine Gemeinschaftsschule. Konsequenterweise stimmten die Grünen im Rat diesem Beschluss nicht zu. Folgerichtig dann auch die Aussagen in ihrem Wahlprogramm. Die Grünen wollen „in Wedel langfristig alle weiterführenden Schulen zu einer Gemeinschaftsschule ... zusammenführen“.

Im Zusammenarbeitsvertrag mit der CDU garantieren die Grünen dann plötzlich, in Wedel alle Schulformen für die weiterführenden Schulen, also auch die Regionalschule. Das ist nun eindeutig die Übernahme von CDU-Standpunkten. Für die Beteiligung an der Macht, sind die Grünen auch bereit, selbst grundlegende Positionen aufzugeben. „Dann schlucken wir Grüne diese Kröte“, so die Fraktionsvorsitzenden der Grünen Wilms in der Presse. Gesinnungswandel im Rekordtempo, da wurde bestimmt kein Biosprit getankt.

Fazit:

Die 100 Tage Bilanz von Schwarz-Grün ist wenig erfreulich für unsere Stadt. Die CDU ist geblieben, was sie schon in den letzten 5 Jahren war: selbtherrlich und rückwärtsgewandt. Die Grünen hingegen haben unter ihrer neuen Führung einen erstaunlichen Wandel vollzogen. Von einem modern-lebendig-kritischen Ortsverein hin zu einem konservativen Bürgerblock. Für ein paar niedergeschriebene ökologische Selbstverständlichkeiten im Schwarz-Grünen Vertrag brechen die neuen Wedeler Grünen problemlos mit langjährigen Überzeugungen. Möglichweise nutzt ja auch die Spitzenfrau der Wedeler Grünen die Stadt als Experimentierfeld für ihre eigenen bundespolitischen Karrierewünsche. Die Wähler der Grünen in Wedel dürften sich jedenfalls in dieser neuen Politik nicht wiederfinden.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 06.11.2008, 10:28 Uhr - 7058 Clicks - Nr. 1036

Aktuelles aus der Bundestagsfraktion

Am Tage der Präsidentschaftswahlen in den USA kam der Bundestag für einen Tag zusammen, um mehrere Beschlüsse auf den Weg zu bringen. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Einbringung

eines Beschlusses zur Verlängerung des "Operation Enduring Freedom"-Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan, dem ich ablehnend gegenüberstehe. Vorher trafen sich die Fraktionen, um weitere Beschlüsse vorzubereiten. Hier eine kurze Darstellung des heftig diskutierten "Konjunkturprogrammes".



Bei uns in der SPD-Fraktion dominierten zwei Themen: Die Lage nach dem Debakel in Hessen, zu dem die Haltung unserer Partei ja bereits ausführlich von den Medien geschildert wurde. Und zweitens ein "**Konjunkturprogramm**", welches Wirtschaft und Arbeitsplätze vor den Auswirkungen der Finanzkrise schützen soll.

Bis zu 15 Milliarden Euro sollen mit Hilfe der KfW hierfür zur Verfügung gestellt werden. Die einzelnen Maßnahmen wurden in Koalitionsgesprächen unter Einbeziehung der Länder ausgehandelt und inzwischen im Kabinett verabschiedet.

Wie fast immer in der großen Koalition, gab es für unsere Fraktion keine Möglichkeit, noch Einfluss auf den Kabinettsbeschluss zu nehmen. Trotzdem wird ein von der Regierung eingebrachter Vorschlag natürlich im Parlament und seinen Ausschüssen intensiv beraten. In diesem Prozess können Änderungen sehr wohl beschlossen werden, und kaum ein Gesetz steht später so im Amtsblatt, wie es eingebracht wurde.

Die Diskussion des Hilfspaketes für die Konjunktur gestaltete sich sehr inhaltsreich und ergab ein sehr gemischtes Echo auf die einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen. Die grundsätzliche Notwendigkeit eines solchen "Konjunkturprogramms" wurde jedoch von niemandem in Frage gestellt. Die Tendenz der Beiträge ging sogar eher in die Richtung, dass der Zeitpunkt für noch viel radikalere staatliche Eingriffe günstig sei.

Einhellig gelobt wurden die um 3 Milliarden aufgestockte Förderung der energetischen Gebäudesanierung, die in gleicher Höhe vorgesehene Aufstockung des Infrastrukturprogramms für schwache Kommunen, eine für bestimmte Branchen wichtige Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate, die Erhöhung der Mittel für Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern sowie eine Beschleunigung des Ausbaus wichtiger Verkehrsinfrastrukturen.

Mein eigener Diskussionsbeitrag bezog sich auf drei Punkte, die in ihrer Tendenz und auch inhaltlich durch Wortmeldungen von anderen Fraktionskollegen unterstützt und ergänzt wurden:

1. Die Verstärkung steuerlicher Absetzbarkeit nützt nur denen, die auch Steuern zahlen müssen und hilft kaum jenen Menschen mit niedrigem Einkommen. Die erneut vorgesehene Wirtschaftsförderung durch verbesserte Abschreibungsbedingungen für Unternehmen schafft kaum neue Arbeitsplätze und wird durch Mitnahmeeffekte verpuffen.

2. Der Vorschlag, die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer dadurch zu unterstützen, dass ab sofort für Neuwagen keine Steuern mehr gezahlt werden müssen, ist sozial ungerecht und ökologischer Irrsinn.

3. "Investitionen in die Köpfe junger Menschen" wären angesichts unseres nicht konkurrenzfähigen und die Gesellschaft spaltenden Bildungswesens eine der dringendsten Strukturförderungsmaßnahmen. Sie wirken sofort wie nachhaltig und sind auch für Wirtschaft und Arbeitsplätze unverzichtbar.

Bezogen auf diese drei Punkte ist mir besonders die unsinnige weitere Förderung Sprit

fressender Mobilität unverständlich. Greenpeace stellt hierzu fest:

"Der Geländewagen der Mercedes M-Klasse bekäme heute nach den Plänen der schwarz-roten Koalition trotz seines Verbrauchs von bis zu 13,4 Litern mehr als 600 Euro Kfz-Steuer im ersten Jahr geschenkt. Dagegen erhalten Verbraucher, die sich für einen CO2-armen Kleinwagen wie den Smart entscheiden, nur circa 70 Euro Steuerbefreiung. Während die Bundesregierung CO2-Schleudern subventioniert, geht Frankreich trotz aufziehender Wirtschaftskrise den entgegen gesetzten Weg. Seit Januar 2008 erhalten Käufer eines Autos mit geringem Verbrauch einen finanziellen Bonus, während sie für Spritschlucker einen Zusatzbetrag zahlen müssen. Für die Neuanschaffung eines Smart werden zum Beispiel 1.000 Euro Bonus gezahlt, während die Mercedes M-Klasse 2.600 Euro extra kostet. Seither sinken die CO2-Emissionen französischer Autos und der Verkauf von Spritfressern ist um 25 Prozent eingebrochen."

Mit dem Kabinettsvorschlag würden außerdem wichtige Chancen versäumt, die ökologisch und volkswirtschaftlich dringend notwendige Umstellung unserer Fortbewegungsmittel auf elektrischen Antrieb mindestens so energisch zu fördern, wie es andere Industriestaaten bereits in Angriff genommen haben. Eine dermaßen rückwärtsgerichtete Verschleuderung von Steuermitteln würde schon mittelfristig Arbeitsplätze in unserer Verkehrsmittelbranche kosten, weil das, was wirklich benötigt wird, in anderen Ländern dann bereits entwickelt wäre. Wir kämen dann einfach zu spät.

Barack Obama, über dessen Sieg ich mich sehr gefreut habe, hat dieses Thema ernst genommen und spricht von riesigen Entwicklungschancen für sein Land durch die konsequente Förderung regenerativer Energien. Der amerikanische Weg über Mais- und andere Monokulturen erscheint mir allerdings eine ökologische Sackgasse. Wir brauchen möglichst bald elektrisch betriebene Verkehrsmittel, um mit regenerativer Energie nicht nur zu heizen, sondern auch den Weg zur Arbeit und zur Schule nachhaltig sichern zu können. Viele Aussagen in Obama's letzten Wahlkampfreden bezogen sich auf dieses Zukunftsthema!

Ein weiteres, spezifisch deutsches Zukunftsproblem ist unsere durch Föderalismus und politische Halbherzigkeiten paralyisierte **Bildungslandschaft**. Ich habe Franz Müntefering daran erinnert, dass er zu Zeiten unserer Rot-Grünen Regierungszeit und auch als Parteivorsitzender immer gefordert hat: "Wir müssen einen Teil dessen, was wir erwirtschaften, in die Köpfe und in die Herzen der jungen Menschen investieren. Was wir heute in Kindergärten, Schule, Ausbildung, Hochschulausbildung, Weiterbildung, Forschung und Technologie investieren, ist eine Investition in die Zukunftsfähigkeit des Landes."

Wir müssen unseren Beschluss, der von der Kita bis zum Studium eine kostenlose Ausbildung vorsieht unverzüglich umsetzen. Wenn aber Kommunen und Länder Investitionen in die Bildung nur dann langfristig finanzieren dürfen, wenn diese als Bauten oder Geräte bilanzierbar sind, dann bleibt der Wunsch nach mehr "Investitionen in die Köpfe" ein frommer Sonntagsspruch.

Dieses habe ich nicht nur in meiner Fraktion, sondern auch kürzlich in Husby gegenüber unserem zuständigen Landes-Innenminister vertreten. **Es ist meine feste Überzeugung, dass radikale Reformen in unserem Bildungssystem jetzt notwendig sind, wenn unsere Gesellschaft in einer globalisierten Welt noch eine Rolle spielen will!**

Die SPD-Fraktion hat in der sehr ernsthaft geführten Diskussion gezeigt, dass sie wieder mutig und fachkundig genug ist, um auch in einer oft lähmenden Großen Koalition selbstbewusst Flagge zu zeigen. Ich werde mit darauf achten, dass unsere guten Argumente im Laufe des parlamentarischen Verfahrens zum Tragen kommen.

Euer Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 06.11.2008, 15:58 Uhr - 1439 Clicks - Nr. 1037

Aufstellung eines Bebauungsplanes am Gelände des Kohlekraftwerkes.

Auf der heutigen Sitzung des Bauausschusses kommt es zur erneuten Beratung des gemeinsamen Antrages von SPD und Bündnis 90/Die Grünen über die Aufstellung eines Bebauungsplanes am Gelände des Kohlekraftwerkes.

Dazu erklären Jürgen Hahn (SPD) und Lutz Oschmann (GRÜNE):

"Ziel unseres Antrages ist es, einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan herbeizuführen, um ein geordnetes Verfahren für einen Kraftwerksneubau sicherzustellen, auch um zu verhindern, dass in Dietrichsdorf ein mehr als doppelt so großes Kraftwerk wie das bestehende GKK errichtet werden kann. Kiel braucht eine moderne und klimafreundliche Energieversorgung. Mit unserem Antrag eröffnen wir die Möglichkeit, am bestehenden Standort ein neues Kraftwerk zu errichten, dass in seiner baulichen Dimension der Höhe und Höhe und Größe nach begrenzt wird.

Mit ihrem Alternativantrag eiert die CDU herum. Vertagen, verzögern, verschleppen ist ihre Devise. Doch der Wunsch der CDU, sich alle Türen offen zu halten, funktioniert nicht. Die Frage ist heute nicht mehr, ob wir in Kiel eine klimafreundliche Energieversorgung bekommen oder nicht. Das hat die Ratsversammlung am 9.10. 2008 mit eindrucksvoller Mehrheit entschieden. Die Frage heute lautet: Wie stehen die Parteien zu einem 800 MW-Kohlekraftwerk. Die CDU drückt sich vor einer Antwort und wirft mit Nebelkerzen.

Wer eine moderne, ökologische und effiziente Energieversorgung will, muss gemeinsam mit uns dafür sorgen, dass das künftige Kraftwerk auf den jetzigen Bestand beschränkt bleibt. Dies verfolgt unser Antrag. Mit unserem Antrag senden wir an die Betreiber des GKK ein starkes Signal aus, nämlich dass die überwiegende Mehrheit der Kieler Bevölkerung wie auch der Ratsversammlung kein 800 MW Kohlekraftwerk will."

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.11.2008, 18:31 Uhr - 6914 Clicks - Nr. 1038

Die SPD trauert um Kai List

Wir sind fassungslos und verharren in tiefer Traurigkeit. Wir können noch nicht glauben, dass wir einen politischen Freund und Weggefährten verloren haben.

Völlig überraschend ist am 3. November Kai List verstorben. Kai stand u.a. vier Jahre lang als Vorsitzender an der Spitze des SPD-Kreisverbandes Flensburg und arbeitete zehn Jahre engagiert als Mitglied der Rates der Stadt. Er hat vor allem die bildungs- und Sportpolitische Entwicklung unserer Stadt geprägt und mit nimmermüdem Einsatz für ein sozial gerechtes Flensburg gekämpft. Die Entwicklung der Bildungsstadt Flensburg ist untrennbar mit seinem Namen verbunden. Sein Gesicht steht für die Flensburger SPD.

Wir versprechen Kai, dass wir in seinem Sinne weiterarbeiten werden. Kai wir werden Dich nicht vergessen

Keine Kommentare

[SPD Flensburg-Nord](#) - veröffentlicht am 06.11.2008, 20:23 Uhr - 2471 Clicks - Nr. 1039

Wir trauern um einen guten Freund

Plötzlich und für uns alle unfassbar verstarb unser Freund und langjähriges Vorstandsmitglied Kai List. Es ist schwer zu realisieren, dass Kai nicht mehr unter uns weilt. Der Verlust, den sein Tod für unseren Ortsverein bedeutet, ist unermesslich. Kai ist nicht zu ersetzen.

Wir trauern um einen Menschen, der mit seinen Ideen und seinem Engagement über viele Jahre hinweg wesentlich zum aktiven Leben unseres Ortsvereins beigetragen hat.

Kai war mit Leib und Seele Sozialdemokrat und hat mit seiner Begeisterung für die Sache Vieles erreicht. Als Vertreter des Flensburger Nordens in der Ratsversammlung hat er sich vor allem in den Bereichen Bildung und Sport über Flensburgs Grenzen hinaus einen Namen gemacht.

Mit seinem Einsatz für die Menschen wird er uns ein Vorbild bleiben. Sein Tod reißt eine nicht zu schließende Lücke in unsere Mitte.



Unser ganzes Mitgefühl gilt seiner Familie, besonders Birgit.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 07.11.2008, 21:28 Uhr:

RE:Wir trauern um einen guten Freund

Den Angehörigen möchte ich mein Mitgefühl ausdrücken und mit den GenossInnen aus Flensburg gemeinsam feststellen, dass Kai ein aufrechter Vertreter unserer gemeinsamen Sache war. Ich nehme mit Bestürzung von seinem Tode Kenntnis und kann nachvollziehen dass er eine große Lücke hinterläßt. Er hat im Landesparteiirat die Belange seiner Region deutlich und in freundlich sachlicher Weise vertreten. Es war angenehm mit ihm zu arbeiten. Rudolf Riep SPD-Steinburg

Kommentar von [Nico Eschenhagen](#) vom 07.11.2008, 12:03 Uhr:

RE:Wir trauern um einen guten Freund

Was für ein furchtbarer und unerwarteter Schicksalsschlag! Auch hier im fernen Berlin bin ich gedanklich in Flensburg!

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 07.11.2008, 14:26 Uhr - 3590 Clicks - Nr. 1040

15. Sitz für die SPD in Norderstedt steht fest

Der Gemeindevwahlausschuss der Stadt Norderstedt hat in seiner Sitzung am 27.10.08 mit 6 Stimmen (OB Grote als Wahlleiter, 2 Stimmen SPD und je eine Stimme von der GALIN, der FDP und den Linken) gegen die drei Stimmen der CDU abschließend beschlossen, dass der SPD der 15. Sitz in der Stadtvertretung zusteht.

Am 11.Nov.08 wird demnach Herr Bodo von Appen als 15. Mitglied der SPD-Fraktion von der Stadtpräsidentin verpflichtet. Die Stadtvertretung besteht dann aus 49 Mitgliedern. Damit ist eine fünfmonatige Diskussion um die rechtmäßige Verteilung der Sitze in der Stadtvertretung Norderstedt beendet.

Auslöser der Diskussion war die unterschiedliche Auslegung des § 10 Gemeinde- und

Kreiswahlgesetz. Der Gemeindevorstand, OB Grote, stellte am 25.5.08 auf der Grundlage eines Computerprogramms der Landeswahlleitung das damalige Endergebnis der Wahl in Norderstedt fest.

Die Landeswahlleiterin legte den § 10 aber anders aus als das Oberverwaltungsgericht von Schleswig-Holstein. Dadurch wurde der SPD ursprünglich ein Sitz zu wenig zugeteilt. Das gleiche Problem hatten verschiedene Parteien in 5 Landkreisen, 8 Städten und Gemeinden in SH, sowie in den Städten Kiel und Lübeck.

Die Landesregierung hält jetzt die Auffassung der Landeswahlleiterin nicht mehr aufrecht. Sie wird den Beschluss des Gemeindevorstandsausschusses akzeptieren und nicht gegen Kommunen klagen, die gemäß der Auffassung des Oberverwaltungsgerichtes und gegen die Meinung der Landeswahlleiterin die Vertretungen besetzt haben.

Die SPD ist froh, dass es durch diesen Beschluss nicht zu einer Klage kommt, bei der ein Urteil erst in einigen Jahren zu erwarten wäre. Die jetzige Zusammensetzung der Stadtvertretung entspricht in ihrer Verhältnismäßigkeit dem Wählerwillen. Die SPD hat kein Verständnis dafür, dass die CDU-Vertreter Miermeister, Berg und Leiteritz, auf Grund ihres politischen Kalküls, gegen den 15. Sitz für die SPD und damit gegen klare Aussagen des Oberverwaltungsgerichtes gestimmt haben.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 07.11.2008, 14:28 Uhr - 3106 Clicks - Nr. 1041

Jugendhilfeausschuss beschließt deutliche Verbesserungen in der Kita-Betreuung

In der gestrigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses wurden mit einer klaren Zweidrittel-Mehrheit – gegen die Stimmen von CDU und FDP - die folgenden Inhalte beschlossen, die Umsetzung in allen Norderstedter Kitas und Horten erfolgt ab dem 01.08.2009:

- Personalschlüsselanhebung von bisher 1,5 Mitarbeiter pro Gruppe auf 2,1 Mitarbeiter
- Absenkung der Elternbeiträge für Verpflegung von jetzt 69,- bis 75,- Euro auf einheitlich 35,- Euro pro Monat.
Bezüglich des Einkommens oder der Kinderzahl kommt die Sozialstaffel zur Anwendung.

Die dadurch entstehenden Mehrkosten bis zum Jahr 2013 belaufen sich auf 9,7 Millionen Euro.

Dazu der Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Jäger:

„Endlich werden die engagierten Erzieherinnen in den Kindertageseinrichtungen in Ihrer Arbeit so unterstützt, dass das einzelne Kind optimaler gefördert werden kann.

Aufgrund der verbindlichen Bildungsleitlinien für Kitas im Land Schleswig-Holstein ist klar, was für eine optimale Umsetzung notwendig wäre.

Die Aufstockung mit qualifiziertem Personal stellt dabei die Grundvoraussetzung dar.

Zudem wird die Kita-Mittagsverpflegung für alle bezahlbar und ist nicht länger ein

Ausschlusskriterium für Familien mit geringen Einkommen. Unser Vorhaben „Kein Kind ohne warme Mahlzeit“ geht damit in die Umsetzung.

Nach über einem Jahr wenig zielführender Diskussionen und wirrer Gutscheine-Phantasien von CDU und FDP haben wir endlich die Grundsteine für bessere Betreuung gelegt. Die beschlossenen Maßnahmen markieren den Anfang einer Entwicklung die Norderstedt zu einer Modellkommune für Kinderbetreuung machen wird.“, so der SPD-Sprecher.

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 08.11.2008, 16:21 Uhr - 3625 Clicks - Nr. 1042

Wolfgang Wodarg gewinnt das Rennen

Wolfgang Wodarg erneut Bundestagskandidat für die Bundestagswahl 2009 im Wahlkreis 1

Wolfgang Wodarg ist erneut als Bundestagskandidat für die Bundestagswahl 2009 gewählt worden.

Alle SPD-Mitglieder der Kreisverbände Schleswig-Flensburg und Flensburg waren aufgerufen, in Harsilee im Hotel des Nordens ihren Kandidaten zur Bundestagswahl 2009 zu wählen. Und die Mitglieder kamen, insgesamt waren 406 stimmberechtigte Mitglieder anwesend, mit Gästen war die 500er-Marke fast erreicht.



Es standen zur Wahl: Wolfgang Wodarg, Knut Dethlefsen und Dirk Peddinghaus.

Im Vorfeld der Wahl hatten die Kandidaten die Möglichkeit bei drei Wahlveranstaltungen ihre Fähigkeiten und Kompetenzen vorzustellen.

Da wurde noch ordentlich in die Schatztruhe gegriffen und Flyer produziert um die Gunst der Wähler zu gewinnen.

In einer letzten Vorstellungsrunde mit abschließender Personaldiskussion rangen die Befürworter der Kandidaten um die letzten Unentschlossenen.

Schließlich stand der Gang zur Urne heran.

Aufgrund der sehr guten Organisation der Kreisverbände Schleswig-Flensburg und Flensburg konnte recht schnell die Auszählung vorgenommen werden.

Nach kurzer Zeit wurde das Ergebnis bekanntgegeben.

Es entfielen auf

Wolfgang Wodarg 241 Stimmen,

Dirk Peddinghaus 55 Stimmen,

Knut Dethlefsen 105 Stimmen.

2 Enthaltungen waren zu verzeichnen.

Damit ist Wolfgang Wodarg unser Bundestagskandidat für die kommende Bundestagswahl 2009.

Für Kropp waren anwesend: Arne Mumm, Reinhard Müller, Imke Röhl und Uwe Baurhenne

Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 08.11.2008, 17:44 Uhr - 7778 Clicks - Nr. 1043

SPD: „Stark im Norden mit Wolfgang Wodarg“

Mit einem solchen Andrang hatten die Organisatoren nicht gerechnet. Über 400 Sozialdemokraten waren nach Harrislee gekommen, um ihren Kandidaten für den Bundestagswahlkreis 1 zu nominieren. Eindrucksvoll setzte sich dabei Dr. Wolfgang Wodarg durch: Trotz zweier starker Wettbewerber aus dem Kreis Schleswig-Flensburg setzte sich der Flensburger Bundestagsabgeordnete bereits im ersten Wahlgang durch und wurde mit 241 Stimmen als Direktkandidat nominiert.

Seit 14 Jahren arbeitet Wodarg erfolgreich für seinen Wahlkreis in Berlin. Dreimal hintereinander hat er den Wahlkreis direkt gewonnen. Und darum ist das Ziel der Sozialdemokraten klar – sie wollen den Wahlkreis erneut direkt erobern. Ihr Kreisvorsitzender Helmut Trost: „All diejenigen, die uns auf ewig ins politische Tal der Tränen verbannen wollen, werden sich wundern, wozu wir Sozialdemokraten in der Lage sind.“



Wolfgang Wodarg setzte klare inhaltliche Akzente: Nur mit einer sozialdemokratisch geführten Mehrheit, die wir im nächsten Jahr erkämpfen müssen, werden wir das umsetzen, was dieses Land dringend braucht: Soziale Gerechtigkeit, Arbeit, von der man menschenwürdig leben kann, und

einen dritten Lebensabschnitt, der würdige Teilhabe bis zuletzt ermöglicht. Wir müssen im gesamten Sozialbereich das nachbessern, was mit der CDU bisher nicht möglich war. Bei Rente mit 67, Mindestlohn, Bürgerversicherung, Energiewende, Familien und Bildungspolitik wollen wir mehr. Wir müssen die Armut – vor allem bei Kindern - bekämpfen und den Sozialstaat stärken.“

Kommentar von [Dr. jur. von Campe](#) vom 10.11.2008, 10:56 Uhr:

RE:SPD: „Stark im Norden mit Wolfgang Wodarg“

Die Aufgaben, die nun vor Wolfgang "OWodarg" liegen sind nicht gerade leicht, denn neben der Aufgabe in Berlin Akzente für die Menschen zu setzen hat er auch die schwere Aufgabe aufgebürdet bekommen, die Spalten in der SPD zu kitten. Daher wäre es wünschenswert, wenn "McPeddinghaus" nun die Größe findet, OWodarg auch als seinen Kandidaten zu erkennen und sein enormes Fachwissen der Partei, dem Land und insbesondere den Menschen zur Verfügung stellt. Es gibt verdammt viel zu tun. Umweltdilemma, Gesundheitschaos und Wirtschaftskrise sind nur drei Stichworte. Und eine reale Politik für die Menschen in den Gemeinden, im Land und im Bund zu gestalten, kann OWodarg nicht allein schultern. Und aus diesem Grunde wünsche ich Wolfgang "OWodarg" die Kraft, aber auch die Weitsicht, nun einerseits die Dinge aufzunehmen, die als Scherben auf dem Weg liegen, aber auch die Kraft, seinen Gegenkandidaten mitzunehmen, um endlich damit zu beginnen, daß Politik und Verwaltung nicht weiter um sich selber willen handeln und pfuschen, sondern für die Menschen handeln.

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 09.11.2008, 10:58 Uhr - 4669 Clicks - Nr. 1044

Dr. Wolfgang Wodarg mit überwältigender Mehrheit nominiert

Am 8. November 2008 nutzten 408 Sozialdemokraten aus Flensburg und aus dem Kreis Schleswig-Flensburg ihr Recht in Harrislee, ihren Kandidaten für den Bundestagswahlkreis 1 zu nominieren. In einem Wettbewerb hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Wahl zwischen 3 starken Wettbewerbern, wobei sich dabei Dr. Wolfgang Wodarg durchsetzte. Bereits im 1. Wahlgang entfielen 241 Stimmen auf ihn.

Auf Knut Dethlefsen entfielen 104 und auf Dirk Peddinghaus 55 Stimmen. Es gab 2 Enthaltungen.

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis war mit einer großen Delegation angereist und der Vorsitzende Thomas Haake hob in einer beeindruckenden Rede die Stärken der 3 Bewerber hervor. Thomas Haake ging besonders auf die Wichtigkeit zur Unterstützung von Dr. Wolfgang Wodarg ein, der für unseren Wahlkreis im Bundestag in der Vergangenheit sehr gute Arbeit geleitet hat und als kompetenter, kritischer und aneckender Querdenker für eine soziale Politik eintritt.

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis gratuliert Wolfgang Wodarg zu seinem klaren Sieg und wir werden ihn dabei unterstützen, auch im Jahr 2009 erfolgreich den Wahlkreis zu holen.

Einstimmig wurde in einer Harrisleer Erklärung zum Thema „Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen“ verabschiedet, worin das Auftreten der NPD im Kreis Schleswig-Flensburg verurteilt wird und die friedlichen Demonstrationen gegen den braunen Spuk Unterstützung erfahren.

Foto: Herbert Ohms

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 09.11.2008, 21:35 Uhr:

RE:Dr. Wolfgang Wodarg mit überwältigender Mehrheit nominiert

Lieber Wolfgang, Glückwunsch zu dem Ergebnis. Das ist eine Anerkennung für die bisherigen Leistungen und erzielten Erfolge. Es ist gut für die gesamte SPD in SH, dass du deine Arbeit in Berlin fortsetzen kannst. Ich freue mich Rudolf Riep SPD-Steinburg

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 09.11.2008, 11:39 Uhr - 4483 Clicks - Nr. 1045

AfA Schleswig-Flensburg begrüßt Nominierung von Dr. Wodarg

Am 8. November 2008 nutzten 408 Sozialdemokraten aus Flensburg und aus dem Kreis Schleswig-Flensburg in Harrislee ihr Recht, ihren Kandidaten für den Bundestagswahlkreis 1 zu nominieren. In einem Wettbewerb hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Wahl zwischen 3 starken Wettbewerbern, wobei sich dabei Dr. Wolfgang Wodarg durchsetzte. Bereits im 1. Wahlgang entfielen 241 Stimmen auf ihn. Für Knut Dethlefsen stimmten 104 und für Dirk Peddinghaus 55 der anwesenden Parteimitglieder.

Die AfA Schleswig –Flensburg unterstützt die inhaltlichen Aussagen von Wolfgang Wodarg zur Umsetzung von sozialer Gerechtigkeit, menschenwürdiger Arbeit, wovon man leben kann und Nachbesserung zu Themen, die mit der CDU nicht möglich sind: Rente mit 67, Mindestlohn, Bürgerversicherung, Energiewende und Familien- und Bildungspolitik. Wolfgang Wodarg betonte im Besonderen, die Armut – vor allem bei Kindern – zu bekämpfen und den Sozialstaat zu stärken.

Auf der Versammlung wurde in einer Harrisleer Erklärung zum Thema „Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen“ einstimmig verabschiedet, worin das Auftreten der NPD im Kreis Schleswig-Flensburg verurteilt wird und die friedlichen Demonstrationen gegen den braunen Spuk Unterstützung erfahren sollen.

Foto: Herbert Ohms

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 09.11.2008, 16:15 Uhr - 4005 Clicks - Nr. 1046

Finanzkrise: Stabilität und finanzielle Sicherheit für Kiel!

Auf der Kreisvorstandssitzung verabschiedete der SPD-Kreisvorstand eine „road map“ zur Abfederung der finanziellen und ökonomischen Konsequenzen der Bankenkrise für Kiel.

Die globale Finanzkrise und die sich anbahnende konjunkturelle Rezession werden absehbar nicht ohne Folgen auch für den Finanzhaushalt sowie für die konjunkturelle und arbeitsmarkt-politische Entwicklung der Stadt Kiel bleiben...

SPD-Kreischef Rolf Fischer und Kreisvorstandsmitglied Stefan Johannsen, die diese Erklärung vorgelegt haben, erklärten weiter:

" ... So sind zum einen erhebliche und spürbare Einbrüche auf der Einnahmeseite der Stadt und zum anderen höhere Belastungen für den Haushalt der Stadt zu erwarten. Verantwortungsvolle Politik der SPD für unsere Stadt bedingt, dass man nicht erst bei Eintritt absehbarer finanzieller Belastungen "Reparaturen" am Haushalt vornimmt. Politischer Gestaltungswille und Handlungsfähigkeit zeigt sich vielmehr darin, dass zu einem Zeitpunkt politische Steuerung stattfindet, an dem absehbaren Folgen (noch) begegnet werden kann und daraus eine ggf. notwendige Justierung der politischen Planungen stattfindet.

Bereits in 2009 werden die o.g. Belastungen die Stadt Kiel treffen. Es sind zeitnah Überlegungen zum Umgang mit den sich erheblich ändernden Rahmenumständen anzustellen und politische Konsequenzen daraus zu definieren. Dieser Prozess muss möglichst umgehend begonnen werden, um die Gestaltungsoptionen steuerbar zu halten und Härten abzufedern.

Der SPD-Kreisverband wird deshalb im November eine Klausur ausschließlich zu dieser Frage durchführen; eingebunden wird – neben Partei und Fraktion – auch der OB-Kandidat Torsten Albig, der als ehemaliger Kieler Kämmerer und als Finanzfachmann auf Bundes-ebene seine Kompetenz einbringt. Ziel ist es, Konsequenzen zu identifizieren, Risiken einzuschätzen und dann politische Schritte festzulegen. Dies werden wir in enger Absprache mit dem grünen Kooperationspartner abstimmen. Dann soll ein öffentliches "Forum Finanzen" die öffentliche Diskussion fortsetzen.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 09.11.2008, 16:21 Uhr - 4318 Clicks - Nr. 1047

Städtische Gedenkveranstaltung zum Matrosenaufstand findet unsere Unterstützung

Vor dem Hintergrund der großen Aufmerksamkeit und Initiative zum 90 Jahrestag der Novemberrevolution in Kiel erklärt der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer: In diesen Tagen erleben wir eine Vielzahl von historisch interessanten und politisch wichtigen Rückblicken zum 90 Jahrestag der Novemberrevolution in Kiel. Neben vielen Institutionen waren es auch und gerade die Parteien, die mit Veranstaltungen an dieses Datum erinnerten. Der Matrosenaufstand markiert den Beginn der deutschen Demokratie.



Deshalb wäre eine von der Stadt vorzubereitende Gedenkveranstaltung, wie sie die Linkspartei vorschlägt, eine durchaus angemessene Würdigung. Im Mittelpunkt stehen im Besonderen die Opfer und auch die mutigen Demokraten, die den Wandel vom Kaiserreich zur Demokratie vollbracht haben.

Wir unterstützen alle Bestrebungen, die an die Entstehung der demokratischen Ordnung und Verfassung in Deutschland erinnern.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 10.11.2008, 11:29 Uhr - 52149 Clicks - Nr. 1048

SPD-Frauen feiern „90 Jahre Frauenwahlrecht“

Auf Festveranstaltungen ihrer Partei in Berlin und Kiel, aber auch mit einem Exponat in Lübeck erinnert die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) an den 12. November 2008 – als Tag, an dem vor 90 Jahren den Frauen in Deutschland erstmals das Wahlrecht zugestanden wurde.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hieß es in einem Aufruf des „Rates der Volksbeauftragten“ vom 12. November 1918: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht aufgrund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“ Was hier so juristisch trocken und lapidar daherkam, war zuvor jahrzehntelang heftig umstritten gewesen. Zwar hatten zeitgleich mit den großen politischen Bewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts – Französische und 1848er Revolution, Sozialismus, aber auch Gründung bürgerlicher

Parteien – viele Frauen die Forderung nach gleichen Rechten angemeldet. Doch sie wurden bestenfalls ignoriert, schlimmstenfalls kriminalisiert, wenn sie etwa wie Olympe de Gouges (die Vorkämpferin für Frauenrechte in der Französischen Revolution) auf dem Schafott endeten.

Die Sozialdemokratie war – nicht zuletzt unter dem Einfluss von August Bebel – die erste deutsche Partei, welche die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf ihre Fahnen schrieb. Doch dauerte es nach dem wegweisenden „Erfurter Programm“ von 1891 noch eine Generation, bis Krieg und Zusammenbruch des Kaiserreichs die letzten Widerstände gegen politische Rechte für Frauen beseitigten.

Hatte Deutschland hier im Vergleich vor allem mit den angelsächsischen und skandinavischen Ländern einige Jahre Rückstand, so verloren die Frauen ihre politische Gleichberechtigung – und der Parlamentarismus jedwede Bedeutung – kurz darauf wieder unter dem Nationalsozialismus. Andere Benachteiligungen für Frauen hatten auch in der Weimarer Republik und der jungen Bundesrepublik angehalten: Die ehe- und familienrechtlichen Passagen im Bürgerlichen Gesetzbuch, die dem Mann die alleinige bzw. letzte Entscheidungsgewalt zugestanden, wurden erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg revidiert; die politische Repräsentation von Frauen, in Weimar nach wenigen Reichstagswahlen wieder abgesackt, besserte sich erst während der 1980er Jahre (um jedoch vielerorts inzwischen erneut einzubrechen); das Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen bleibt in Deutschland besonders hoch – was viele wirtschaftliche, soziale und auch politische Probleme nach sich zieht.

„Es gibt noch viel zu tun!“ Unter dieses Motto stellt die schleswig-holsteinische AsF ihre Mitwirkung im Rahmen des Festaktes der SPD-Landtagsfraktion am 12. November in Kiel. Wer in Lübeck nach Spuren politischer „Frauenemancipation“ sucht, wird am besten im SPD-Schaufenster in der Großen Burgstraße 51 fündig: Ein authentisches „Suffragettenkostüm“ (Suffragette = Vorkämpferin für das Frauenstimmrecht) aus dem Fundus des Lübecker Theaters präsentiert einen Wahlzettel aus der Weimarer Zeit.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 10.11.2008, 15:33 Uhr - 14022 Clicks - Nr. 1049

Zum 90. Jahrestag des Frauenwahlrechts

Am 12. November 1918 erhielten Frauen in Deutschland zum ersten Mal das aktive und passive Wahlrecht, durften von da an frei wählen und konnten selber als Kandidatinnen aufgestellt werden. Ein Recht, für das sich die SPD, im Gegensatz zu anderen bürgerlichen Parteien, schon lange zuvor eingesetzt hatte. Bereits 1891 wurde das Frauenwahlrecht in das Wahlprogramm aufgenommen. Und ohne Vorkämpferinnen wie Marie Juchacz, die der Forderung nach dem Frauenwahlrecht immer wieder politisch Nachdruck verlieh, wäre ein Wahlrecht für Frauen in Deutschland so früh nicht durchsetzbar gewesen.

„Das Frauenwahlrecht ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer Demokratie.“, so Jörn Thießen. Ab diesem Tag konnten alle Bürger frei und geheim über ihre Vertreter und ihr Parlament entscheiden. Von ihrem neu gewonnenen Recht zur Teilnahme in der bisherigen Männerdomäne Politik konnten die Frauen bereits am 19. Januar 1919 Gebrauch machen. 37 Frauen zogen in die Nationalversammlung ein und verliehen den Stimmen ihrer Wählerinnen zusätzlich Gewicht.

„Aber auch 90 Jahre nach Einführung des Wahlrechts für Frauen gibt es für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer noch viel zu tun. Wir brauchen weitere gleichstellungspolitische Verbesserungen.“, ruft der Abgeordnete in Erinnerung. Dazu gehören

gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit und auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt es noch einiges zu tun.

Seit 90 Jahren ist die Politik für Frauen bei der SPD in guten Händen. Dabei wird es bleiben.

Kommentar von [Reinhold Nawratil](#) vom 11.11.2008, 04:18 Uhr:

RE: Zum 90. Jahrestag des Frauenwahlrechts

Lieber Jörn, nett, daß Du als Mann an den Beginn des Frauenwahlrechts in Deutschland erinnerst. Leider haben gewichtige Männer in unserer Partei den Frauenanteil, insbesondere in den Kommunen, nicht gerade gefördert. Wenn ich die letzten Tage in meiner Kreistagsfraktion Revue passieren lasse, wurde mit den Frauen in unserer Fraktion auch nicht gerade pfleglich umgegangen. Dieses motiviert die jungen Frauen nicht gerade in die Politik zu gehen. Dieses ist nicht nur ein Problem der Frauen, sondern ein generelles Problem im Umgang mit Andersdenkenden. Einige Herren können es immer noch nicht ertragen, daß Frauen mehr Erfolg haben können als sie. Sie scheuen nicht davor, andere nicht so sattelfeste Frauen für ihre Ziele einzuspannen, siehe Hessen Herr Walther. Also zeigen wir den nicht so starken in unserer Partei, wie der Umgang sein sollte. Mit solidarischen Grüßen Reinhold Nawratil, OV Norderstedt

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 10.11.2008, 16:49 Uhr - 1861 Clicks - Nr. 1050

Haushaltsplanung 2009/10: Land begeht Wortbruch gegenüber den Kommunen! –

– SGK fordert kommunales Geld zurück!

„Die Haushaltsplanung der Landesregierung für den Doppelhaushalt 2009/2010 benachteiligt die Kommunen und ist ein Wortbruch des Landes. Dies war die einhellige Meinung der Vorstandsmitglieder der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) auf ihrer Klausurtagung in Sankelmark.

Was ist geschehen? Als das Land 2007 und 2008 den Kommunalen Finanzausgleich um jeweils 120 Mio. € kürzte, lag diesem Eingriff aus Sicht der Landesregierung die Annahme zugrunde, dass aufgrund der Plandaten für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 jeweils 300 Mio. € zusätzlich benötigt werden, um die Nettoneuverschuldung zu halbieren. Diese Summen sollten durch jährliche Einsparungen in den Ministerien in Höhe von 80 Mio. €, durch die Kürzung der Sonderzuwendungen für Beamte in Höhe von 100 Mio. € und durch den erwähnten Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich erbracht werden.

Der geplante Eingriff führte auf kommunaler Seite zu heftigen Diskussionen. Auf Vorschlag der SGK wurde dem Eingriff nur für die Jahre 2007 und 2008 unter Bedingungen zugestimmt. So sollte der Eingriff zu einem großen Teil durch Maßnahmen des Landes kompensiert werden, die die Kommunen entlasten. Wörtlich heißt es in dem Kompromissvorschlag: „Sollten mit Ablauf des Doppelhaushaltes 2007/2008 die Entlastungsmaßnahmen in Höhe von mindestens 100 Mio. € nicht erreicht worden sein, werden die kommunalen Finanzausgleichsmittel im Doppelhaushalt 2009/2010 um den entsprechenden Fehlbetrag aufgestockt.“

Die Kompensation, die beide Koalitionspartner zugesagt hatten, ist nur unzureichend eingetreten. Sie wird – nach der vom Koalitionsausschuss am 1.10.2008 beschlossenen glanzlosen Beerdigung der angestrebten Kreisgebietsreform – zumindest in der angepeilten Höhe – auch nicht mehr eintreten können. Im Ergebnis müsste daher nach den Zusagen der Koalitionspartner der Eingriff der Jahre 2007 und 2008 teil-weise zurückgeführt werden.

„Das Gegenteil wird aber nun kommen!“ erklärt Rendsburgs Bürgermeister und SGK-Landesvorsitzender Andreas Breitner und führt weiter aus: „Nach den Planungen für den Doppelhaushalt der Jahre 2009 und 2010 wird die Landeshand weitere 240 Mio. € aus den kommunalen Taschen abgreifen! Dies soll geschehen, obwohl sich die Einnahmen des Landes ganz

anders als 2006 angenommen entwickelt haben. Das Land verfügt gegenüber den damaligen Plandaten nun über Mehreinnahmen von ca. 1,2 Mrd. €! Die Kommunen haben hingegen keine zusätzlichen Einnahmen. Im Gegenteil: Bei ihnen wachsen die Defizite insbesondere durch Ausgaben für Kinderbetreuung und Schulentwicklung. Wir brauchen und wollen unser Geld zurück.

Die Kommunen im Land befinden sich – auch finanziell – in einer Schicksalsgemeinschaft mit dem Land. Das bestreitet niemand. Diese Feststellung darf aber nicht als dauerhafte Rechtfertigung dafür herangezogen werden, dass die Große Koalition in Schleswig-Holstein ungeniert wieder ihre Finanzprobleme durch weitere Griffe in kommunale Taschen lösen will.“

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 10.11.2008, 17:22 Uhr - 8650 Clicks - Nr. 1051

Zum Rücktritt von Hans Berger

Zum Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank, Hans Berger, erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Die SPD-Landtagsfraktion nimmt mit Bedauern die Entscheidung von Hans Berger zur Kenntnis und dankt ihm für sein langjähriges Engagement für die HSH Nordbank.

Sein Name steht auch für das erfolgreiche Geschäftsmodell der HSH Nordbank als Geschäftsbank mit strategischer Ausrichtung.

Wir begrüßen die vom Aufsichtsrat veranlasste umfangreiche Prüfung der bilanziellen Risiken als Grundlage für weitere Entscheidungen der SPD-Landtagsfraktion.

Kommentar von [Jürgen Klein](#) vom 15.11.2008, 16:49 Uhr:

RE:Zum Rücktritt von Hans Berger

" Die SPD-Landtagsfraktion nimmt mit Bedauern die Entscheidung von Hans Berger zur Kenntnis und dankt ihm für sein langjähriges Engagement für die HSH Nordbank." Wieso bedauern, oder hab ich da etwas komplett verkehrt verstanden? " Sein Name steht auch für das erfolgreiche Geschäftsmodell der HSH Nordbank als Geschäftsbank mit strategischer Ausrichtung" Ich denke da ist viel Geld „verbrannt“ worden - da kann das "erfolgreiche Geschäftsmodell" ja nicht ganz so erfolgreich gewesen sein oder? In den Kommunen müssen wir mit jedem Euro rechnen und hier wird es noch bedauert dass jemand der mit verantwortlich für die Millionenverluste ist die Konsequenz aus seinem Handeln zieht. OK ich versuche einmal diese Meinung den Bürgern zu verkaufen wenn wir ggf. an den freiwilligen Leistungen sparen müssen.

Kommentar von [Hans H. Bender](#) vom 10.11.2008, 17:36 Uhr:

RE:Zum Rücktritt von Hans Berger

Bravo ! Endlich einmal jemand, der Anstand und Format (und damit Rückrat) hat und zeigt.

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 10.11.2008, 22:51 Uhr - 4869 Clicks - Nr. 1052

SPD trauert um Ursula Latacz

Die Kieler SPD trauert um Ursula Latacz, die in der vergangenen Woche verstorben ist.

Wir verlieren mit ihr eine sehr engagierte Frau, die langjähriges Mitglied im Kreisvorstand war, die unsere Seniorenarbeitsgemeinschaft „SPD 60plus“ geleitet hatte, die als Ortsvereinsvorsitzende und Vorstandsmitglied in Kiel Mitte und in der Wik arbeitete sowie als Ratsfrau der Kieler Ratsversammlung bis zur Kommunalwahl in diesem Jahr angehörte.

Ihr Einsatz galt insbesondere den Interessen der Kieler Senioren, sie war Ansprechpartnerin für den Seniorenbeirat und hat sich in vielen Bereichen für die Interessen der Älteren stark gemacht. Ursula Latacz zeichnete sich durch eine besondere menschliche Würde aus, die ihre Arbeit prägte. Gerechtigkeit und Aufrichtigkeit waren die feste Basis ihres großen sozialen Engagements, das sich auch in ihrer Tätigkeit für das Hospiz Kieler Förde widerspiegelte.



Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 11.11.2008, 08:34 Uhr - 4008 Clicks - Nr. 1053

Glückwunsch zu Ordensverleihung an Kayenburg und Arens!

Zur Verleihung des polnischen Verdienstordens „Goldener Greif Westpommern“ an den ehemaligen und den amtierenden Landtagspräsidenten, Heinz-Werner Arens und Martin Kayenburg, erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Der hohe polnische Verdienstorden für den amtierenden Landtagspräsidenten Martin Kayenburg und seinen Amtsvorgänger Heinz-Werner Arens ist Ausdruck nachbarschaftlicher Nähe und europäischer Verbundenheit.

Die SPD-Fraktion gratuliert den beiden Landtagspräsidenten zu dieser Auszeichnung, die uns als Parlament stolz macht.

Ein lebendiges Europa der Regionen entsteht auch durch enge parlamentarische Zusammenarbeit. Insbesondere das Parlamentsforum Südliche Ostsee, zu dessen Initiatoren beide gehören, ist Ausdruck dieser regionalen Strategie der guten Nachbarschaft.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 12.11.2008, 10:33 Uhr - 3422 Clicks - Nr. 1054

Herzlichen Glückwunsch, Heinrich Schultz!

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner, und der minderheiten- und europapolitische Sprecher Rolf Fischer haben dem langjährigen früheren SSF-Vorsitzenden und heutigen stellvertretenden Vorsitzenden der FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen), Heinrich Schultz, zum 70. Geburtstag gratuliert. In dem Schreiben heißt es: Ihr bisheriges Engagement hat entscheidend zu einer guten, freundlichen Verbundenheit zwischen der dänischen Minderheit und der Mehrheit beigetragen. Für uns waren und sind Sie ein überaus kompetenter Ansprechpartner, der mit viel Einsatz und Kreativität immer den Ausgleich zwischen

Minderheit und Mehrheit gesucht hat. Dafür sagen wir an dieser Stelle herzlichen Dank!

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.11.2008, 15:19 Uhr - 1268 Clicks - Nr. 1055

Kooperation zwischen Kinderschutz-Zentrum und Amt für Gesundheit in Gaarden

Zu der Kooperation zwischen Kinderschutz-Zentrum und Amt für Gesundheit in Gaarden erklären Michael Schmalz, Gaardener Ratsherr und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, sowie Volkhard Hanns (SPD) und Kirsten Wegner (GRÜNE):

"15 Monate nach den einstimmigen Beschlüssen im Sozial- und Jugendhilfeausschuss werden die Maßnahmen zur Verbesserung der Früherkennung, Gesundheitsförderung und Beratung für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern in Gaarden mit dem nun angelaufenen Beratungsa
Das Angebot von niedrigschwelliger Beratung rund um das Mehrgenerationenhaus wird gestärkt und der vorbeugende Kinderschutz in Gaarden engmaschiger. Die Befristung der Maßnahme ist richtig, um in zwei Jahren entscheiden zu können, inwieweit das Angebot angenommen wird bzw. ob konzeptionelle Änderungen vorgenommen werden müssen."

Keine Kommentare

[SPD-Ellerau](#) - veröffentlicht am 12.11.2008, 16:50 Uhr - 3727 Clicks - Nr. 1056

Yes, we can! Gegen einen zusätzlichen Autobahn-Anschluss...

An alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter
gegen einen zusätzlichen Autobahn-Anschluss
zwischen Quickborn und Henstedt-Ulzburg

Ellerau, den 15. Nov. 2008

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

Sie erinnern sich sicherlich an die Unterschriftenaktion der SPD-Ellerau im Frühjahr gegen einen weiteren Autobahn-Anschluss zwischen Quickborn und Henstedt-Ulzburg, der darüber hinaus noch mit einer neuen Zubringerstraße verbunden war, die quer durch die Landschaft zwischen Ellerau und Alveslohe verlaufen sollte.

Die SPD-Ellerau hat dieses Verkehrsprojekt von Anfang an abgelehnt, da es die Landschaft zerstört, mehr Lärm und Abgase bringt und das Ziel, den Autoverkehr zu verringern, um eine bessere Wohnqualität zu erreichen, ins Gegenteil verkehrt.

Sie haben uns damals in dieser Haltung durch Ihre Unterschrift unterstützt und uns die notwendige „Rückendeckung“ gegeben, so dass wir unsere Ablehnung in den verschiedenen Gremien deutlich machen konnten. Heute sagen wir noch einmal auf schriftlichem Wege herzlichen Dank für diese großartige Unterstützung, denn in kurzer Zeit hatten wir fast 300 Unterschriften von Ihnen und auch von Einwohnern aus den Nachbarorten Quickborn, Alveslohe, Bilsen etc. bekommen. Auch die SPD-Kreistagsfraktion in Segeberg hat sich stets gegen zusätzliche Autobahn-Anschlüsse ausgesprochen und sich in den Abstimmungen, so wie die SPD vor Ort im Gemeinderat,

entsprechend verhalten.

Nach der Kommunalwahl hat sich eine ganze Menge verändert. In Henstedt-Ulzburg hat man das überdimensionale Großprojekt „Beckershof“ zu den Akten gelegt, so dass der eigentliche Anlass für den Autobahn-Anschluss (mit Zubringerstraße) nicht mehr existiert. In Norderstedt hat die neue Stadtvertretung auch dort den Beschluss für einen zusätzlichen Autobahn-Anschluss zwischen Quickborn und Schnelsen-Nord (im vorigen Jahr von der CDU-Mehrheit so gefasst) aufgehoben. Inzwischen ist darüber hinaus bekannt geworden, dass das Bundes-Verkehrsministerium schon Anfang Juni 2008 dem Autobahn-Anschluss zwischen Quickborn und Henstedt-Ulzburg eine recht deutliche Absage erteilt hat. Aus Alveslohe kam von Anfang an die Ablehnung und Quickborn hat sich nun auch ziemlich zurückgezogen.

Fazit:

Wir können mit Sicherheit davon ausgehen, dass es hier und auch in Norderstedt keine neue Autobahn-Anschlussstelle (mit den Zubringerstraßen) geben wird, weder jetzt noch in den nächsten Jahrzehnten. Auch wenn die Zeitungen gelegentlich etwas anderes vermelden, das sind nur noch „Rückzugsgefechte“ ohne Bedeutung. Der Einsatz (mit Ihrer tollen Unterstützung) hat sich also gelohnt, man kann etwas bewegen (yes, we can!). Herzlichen Dank dafür.

Wir kämpfen weiter für Sie und für ein liebens- und lebenswertes Ellerau.

Ihre

SPD-Ellerau

Vorstand Fraktion

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 13.11.2008, 12:11 Uhr - 6772 Clicks - Nr. 1057

Harrisleer Erklärung der SPD Flensburg-Schleswig gegen Faschismus

Die Mitglieder der SPD auf der Wahlkonferenz zur Aufstellung der Kandidatin bzw. Kandidaten für die



Bundestagswahl am 8. November 2008 im Hotel des Nordens in Harrislee verurteilen aufs Schärfste die Präsenz der NPD Nordfriesland, Flensburg und Schleswig Flensburg mit Unterstützung der gewalttätigen Freien Kameradschaften in unserer Region, zuletzt in Kappeln und Jübek.

Die SPD-Mitglieder der Wahlkonferenz erklären sich solidarisch mit den begleitenden friedlichen Demonstrationen in Jübek und Kappeln.

Die NPD verfolgt seit der Gründung in den 60ziger-Jahren das Ziel, Demokratie und Verfassungsordnung in der Bundesrepublik abzuschaffen. Diese Partei beruft sich auf dumpfes, völkisches und menschenverachtendes Gedankengut mit rassistischem und antisemitischem Hintergrund.

Unsere Verfassungsordnung kann nur geschützt werden, wenn die Bürgergesellschaft mutig und wachsam Flagge gegen jede Form von Extremismus und Rassismus zeigt. Zivilcourage und Gewaltfreiheit sind die Potenziale gegen die schleichende Etablierung der Rechtsextremen in unserer Gesellschaft nach dem Motto:

"Faschismus ist keine Meinung - Faschismus ist ein Verbrechen!"

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 13.11.2008, 13:46 Uhr - 3622 Clicks - Nr. 1058

Sinti und Roma: Minderheit in die Landesverfassung aufnehmen!

Anlässlich der Jubiläumsveranstaltung „20 Jahre Minderheitenbeauftragte“ der Landesregierung am 13. 11. 2008 erklärt der minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Wir erinnern noch einmal an unsere zentrale Forderung, die Minderheit der deutschen Sinti und Roma in Art. 5 der Landesverfassung aufzunehmen. Schon jetzt wird dort speziell die dänische und die friesische Minderheit aufgeführt.

Es gibt heute keinen rationalen Grund mehr, die in Schleswig-Holstein lebenden Angehörigen der Sinti und Roma nicht unter den Schutz unserer Verfassung zu stellen. Gerade diese Menschen sind immer noch Diskriminierungen und Benachteiligungen ausgesetzt. Ich appelliere deshalb insbesondere an die CDU, ihre Vorbehalte aufzugeben. Neben Dänen, Friesen und Sorben zählen die Sinti und Roma zu den vier anerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland. Die Arbeit der Minderheitenbeauftragten bezieht sich seit 20 Jahren auf diese Gruppe.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 13.11.2008, 15:29 Uhr - 1388 Clicks - Nr. 1059

Künftige Nutzung des Van der Camer-Hauses: Stadtmission stimmt Vorschlägen von O

Die Evangelische Stadtmission Kiel hat den Vorschlägen des Ortsbeirates und des Sozialausschusses zur künftigen Nutzung des Van der Camer-Hauses zugestimmt. Statt wie geplant 80 Menschen mit psychischen und sozialen Problemen in dieser Einrichtung unterzubringen, werden ab Dezember 2008 nun ca. 50 Menschen betreut.

Dazu erklären der Vorsitzende des Ortsbeirates Hassee/Vieburg Hans Peter Mallkowsky (SPD) und die sozialpolitischen Sprecher von SPD-Ratsfraktion und Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Michael Schmalz und Sharif Rahim:

„Die Entscheidung der Stadtmission, ihre Konzeption noch einmal zu überarbeiten, verdient Anerkennung. Mit der Reduzierung der Gruppengröße im Van der Camer-Haus wird eine bessere und intensivere Betreuung erreicht und die Integration in den Stadtteil erleichtert. Dies entspricht auch den sozialpolitischen Leitlinien, die die Ratsversammlung beschlossen hat.

Nach einer langen und schwierigen Diskussion wurde nun eine Lösung gefunden, mit der alle Beteiligten zufrieden sein können. Das Wichtigste ist jedoch: Sie hilft vor allen denjenigen, die auf Hilfe angewiesen sind.“

Keine Kommentare

Konsequenzen aus Veranstaltungsreihe „9. November 1918-1938“ ziehen!

Der SPD-Kreisverband macht Vorschläge zu den Ergebnissen der sehr gut besuchten und positiv aufgenommenen Veranstaltungsreihe zum 9. November. Dazu erklärte SPD-Kreischef Rolf Fischer:



„Die Veranstaltungen der vergangenen Tage, die neben den Kirchen, Bildungseinrichtungen, öffentliche Institutionen auch von der Kieler SPD mitgestaltet wurden, waren gut besucht und Ergebnis orientiert.

Deshalb ziehen wir ein Fazit:

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ereignisse um den 9. November 1918 stärker in Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Deshalb stimmen wir dem Vorschlag der Linkspartei zu, einen ständigen Gedenktag der Stadt zum Matrosenaufstand einzurichten.
- Darüber hinaus muss ein Konzept erarbeitet werden, diese historischen Vorgänge stadteschichtlich umfassender und attraktiv zu präsentieren, sowohl unter wissenschaftlichen wie touristischen Aspekten. Einrichtungen wie das Stadtmuseum oder auch der Flandernbunker sollten einbezogen werden.
- Die „Revolutionsgräber“ auf dem Eichhof-Friedhof sollten für Besucher leichter zu finden sein. Es fehlt auch die Darstellung historischer Bezüge z.B. durch eine Infotafel.
- Die Gedenkveranstaltung zum 9. November 1938 am Mahnmal der Synagoge sollte mit den jüdischen Gemeinden neu konzipiert werden; Ziel ist es, sie stärker auch für junge Menschen zu öffnen. Dieser Vorschlag ist von der Stadtpräsidentin positiv aufgenommen worden.
- Es fehlt in Kiel ein umfassendes Gedenkstättenkonzept, in dem neue Aspekte der Gedenk- und Trauerkultur sowie der historischen Aufarbeitung mit Gegenwartsbezug zusammengefasst werden. Dies muss unter Beteiligung auch der Kunst- und Kulturakteure Kiels geschehen.“

Keine Kommentare

SPD OB Kandidat - beim Arbeitskreis Bundeswehr

Am 12. November traf sich der Arbeitskreis der Kieler SPD mit dem Kandidaten für das Amt des Kieler Oberbürgermeisters Torsten Albig um sich mit ihm über das Thema:

"Kiel und Bundeswehr; wie kann das gute Verhältnis gefestigt und ausgebaut werden?" auszutauschen.

Schwerpunkte der Diskussionen waren unter anderem:

Die Position zur Wehrpflicht, die Belange der Soldatinnen und Soldaten, der zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeswehr, sowie Standortfragen.



Für die zukünftigen Aufgaben eines neuen Oberbürgermeisters in Bezug auf die Bundeswehr wurde die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit mit den in Kiel stationierten Einheiten und mit den Dienststellen der Wehrverwaltung diskutiert.

Die Soldatinnen und Soldaten und die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr - einer der größten Arbeitgeber in der Landeshauptstadt Kiel - sollen bei zukünftigen Kontakten im Mittelpunkt stehen. Vor allem das Verhältnis zu den Angehörigen der im weltweiten Einsatz stehenden Bundeswehreinheiten soll verbessert werden.

Auch über die Unterstützung der Familienbetreuung, z.B. durch die Entwicklung von Möglichkeiten der gemeinsamen Kinderbetreuung Stadt / Bundeswehr wurde gesprochen.

Alles in Allem waren sich die Mitglieder des Arbeitskreises mit Torsten Albig darüber einig, dass es wichtig ist, dass Stadt und Bundeswehr in Kiel zusammengehören und den gemeinsamen Dialog intensivieren müssen.

Bernd Vogelsang
-Vorsitzender Arbeitskreis Bundeswehr-

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 14.11.2008, 11:44 Uhr - 1252 Clicks - Nr. 1062

Kohlekraftwerke sind klimaschädlich und unwirtschaftlich

Zu den Untersuchungen der Universität Flensburg zu den wirtschaftlichen Perspektiven der geplanten Kohlekraftwerke in Brunsbüttel erklären die energiepolitischen Sprecher von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und SPD, Lutz Oschmann und Michael Wagner:

"Die Untersuchungen der Uni Flensburg bestätigen in eindrucksvoller Weise den energiepolitischen Kurs von SPD und GRÜNEN in der Kieler Ratsversammlung. Das geplante 800 MW Kohlekraftwerk ist nicht nur aus Klimaschutzgründen inakzeptabel, sondern auch aus wirtschaftlichen Aspekten. Da der erzeugte Strom aus erneuerbaren Energien vorrangig in das Stromnetz aufgenommen werden muss, kommt es bei Starkwindzeiten zur Drosselung oder kompletten Abschaltung von fossilen Kraftwerken. Sinken die Volllaststunden der Stromerzeugung neuer Kohlekraftwerke unter 6000 im Jahr, sind sie unwirtschaftlich und haben eine negative Rendite. Das hatten im Übrigen schon die Stadtwerke-Gutachter festgestellt.

Nach dem Prognose des Wirtschaftsministeriums von S-H wird im Jahr 2020 die Stromerzeugung aus Windenergie 130% des verbrauchten Stroms in Schleswig-Holstein betragen. Selbst bei einem Netzausbau wird der Windstrom über lange Zeiträume im Jahr den Kohlestrom aus dem Netz verdrängen, da der EEG-Strom Vorrang hat. Neue Kohlekraftwerke sind die nächsten Pleite-Immobilien. Für den Ausgleich der Schwankungen des Windstromangebotes eignen sich Gaskraftwerke wesentlich besser.

Für die 4 geplanten Kohleblöcke in Brunsbüttel sind von den Flensburger Wissenschaftlern Jahresvolllaststundenzahlen zwischen 4.100 und 6.200 berechnet worden statt der von den Investoren kalkulierten Stundenzahl von 7.000 bis 8.000. Der Aussage von Prof. Olav Hohmeyer von der Uni Flensburg, Betreuer der Untersuchung, "Die Ökonomie arbeitet für den Klimaschutz und für die Gegner neuer Kohle- und alter Kernkraftwerke" ist mit vollem Herzen zuzustimmen."

Keine Kommentare

SPD-Engelsby: TBZ und Re-Höfe vormittags geschlossen

Am Mittwoch, dem 19. November 2008, findet zwischen 9.00 und ca. 11.30 Uhr eine Personalversammlung des Technischen Betriebszentrums (TBZ) statt. In dieser Zeit bleiben das Kundenzentrum in der Schleswiger Straße 76 sowie die Recycling-Höfe geschlossen.

Das TBZ ist in dieser Zeit auch nicht über seine Kunden-Hotline 85-1000 erreichbar.

Die Müllabfuhr wird planmäßig stattfinden. Sie beginnt jedoch erst im Anschluss an die Personalversammlung gegen 11.30 Uhr und wird sich daher bis in den späteren Nachmittag / frühen Abend hinziehen.



Keine Kommentare

Wodarg macht's: Kontinuität im Wahlkreis und Wandel in Berlin

Der Sieg Wolfgang Wodargs bei der Nominierungskonferenz kam zwar nicht völlig überraschend, fiel aber überraschend deutlich aus. Keine Spur von einem Kopf-an-Kopf-Rennen um die Bundestagsdirektkandidatur, das so viele der über 400 SPD-Mitglieder in Harrislee erwartet hatten, statt dessen eine beeindruckende Wodarg-Gala. Zugleich war die Urwahl der SPD eine klare Absage an einen von oben angebahnten Wechsel.



PRESSE-ECHO

Aus dem **Standpunkt** von Hannes Harding/shz, 10.11.2008

(...) "Dabei machten sowohl Knut Dethlefsen als auch Außenseiter Dirk Peddinghaus keine schlechte Figur. Für einen Triumph freilich reichte es nicht, dafür war es die falsche Zeit. Denn mit Wodarg stand ihnen ein Gegner gegenüber, dessen Wahl zwar Kontinuität in der politischen Arbeit für den Wahlkreis bedeutet, dessen Person für viele Sozialdemokraten aber auch für einen Wandel in Berlin steht.

Wodarg, der Querdenker, der der Gesundheitsreform nicht zustimmte. Wodarg, der Sozialpolitiker, der neue Wege in der Seniorenbetreuung sucht. Wodarg, der Linke, der schon seit Jahr und Tag Markt, Manager und Finanzjongleure geißelt.

Die aktuelle wirtschaftspolitische Lage scheint dem Flensburger ebenso Rückenwind verschafft zu haben wie die Blauäugigkeit seiner parteiinternen Gegner. Zu glauben, einen Gegenkandidaten von außen nur mit möglichst prominenten Unterstützeradressen versehen zu müssen, um das Feld aufrollen zu können, war zu kurz gedacht."

Aus dem Artikel "**Wodarg macht's: Kontinuität im Wahlkreis und Wandel in Berlin**", shz/Schleswig-Flensburg /hg, 10.11.2008:

Wodarg lobten gleich mehrere Mitglieder als kompetenten, kritischen und aneckenden Querdenker, der an der Basis präsent sei.

"Wolfgang Meierding: "Wolfgang Wodarg ist seiner Linie immer treu geblieben - auch gegen den neoliberalen Druck aus der eigenen Partei. Ottmar Schreiner, das soziale Gewissen unserer SPD, braucht solche Mitstreiter."

Ebenso wie Dethlefsen, für den letztlich 104 SPD-Mitglieder stimmten, konnte sich auch Dirk Peddinghaus, Parteivorsitzender im Kreis Schleswig-Flensburg, nicht durchsetzen. Auf ihn entfielen 55 Stimmen.

Es war in erster Linie eine Personenwahl, und so unterschieden sich die drei Kandidaten bei der Vorstellung ihrer Programme zwar stilistisch deutlich, aber - wenig überraschend - kaum in den Inhalten. Alle drei hoben den Stellenwert gleicher Bildungschancen hervor, sprachen sich für eine Energiewende und die damit verbundenen Chancen für die Region aus, machten klar, dass gute Arbeit auch gut bezahlt werden müsse und Kinder keine soziale Belastung sein dürften.

Was Wodarg von den Herausforderern unterschied, war die Lockerheit, mit der er die Auseinandersetzung angehen konnte. Mit bereits drei Bundestagswahlgängen im Rücken, bei denen er jeweils das Direktmandat für die Sozialdemokraten im Wahlkreis 1 erringen konnte, konnte er seine Schwerpunkte ruhig setzen, fast als plaudere er mit den mehr als 400 Genossen im Saal.

Kämpferische Töne galten lediglich dem politischen Gegner, dem es auch im kommenden Jahr voraus zu sein gelte. "Ich freue mich auf den Bundestagswahlkampf", sagte Wodarg. "Wir haben gezeigt, dass die SPD präsent ist. Wir wollen die Politikwende und nicht, dass die SPD als kleinere Koalitionspartei hinterherläuft."

Keine Kommentare

[SPD-Russee](#) - veröffentlicht am 14.11.2008, 18:15 Uhr - 2661 Clicks - Nr. 1065

Neue Erkenntnisse nutzen

SPD beantragt Prüfung der Ergebnisse der Mängeltour Fußverkehr in Russee

Die SPD Russee-Hammer fordert eine intensive Beschäftigung mit den Ergebnissen der „Mängeltour Fußverkehr in Russee“. Einen entsprechenden Antrag bringt sie daher in die nächste Sitzung des Ortsbeirates am 18.11.2008 ein. „Der Rundgang hat den Blick in Bezug auf alte und neue Probleme, mit denen sich Fußgänger in Russee tagtäglich befassen müssen, wieder geschärft.

Die Ergebnisse des Rundgangs wollen wir für Verbesserungen nutzen. Die



Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, dass die Vorschläge durch die Fachleute der Verwaltung geprüft werden. Mit ihrer Bewertung kann der Ortsbeirat die Notwendigkeiten und Möglichkeiten zugunsten des Fußverkehrs im Stadtteil abschätzen und ggf. weiterverfolgen“, so Frank Hornschu, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Russee-Hammer und stellvertretender Vorsitzender im Ortsbeirat. Die Mängeltour war am 16.09.2008 im Rahmen der europäischen Woche der Mobilität vom Arbeitskreis Fußverkehr des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) und des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) durchgeführt worden.

Bei der in der kommenden Sitzung des Ortsbeirates anstehenden Bestimmung des Stadtteilvertreters im Seniorenbeirat wird die SPD die Wiederwahl von Siegfried Schmidt unterstützen. „Herr Schmidt hat in den letzten fünf Jahren engagiert die Interessen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Russee und Hammer im Seniorenbeirat vertreten. Im Ortsbeirat und bei anderen Gelegenheiten hat er sich mit Nachdruck für die Belange der Seniorinnen und Senioren aktiv und konstruktiv eingesetzt. Zudem ist er als Vorsitzender der Siedlergemeinschaft Hammer-Russee-Demühlen und als Mitglied im Ortsbeirat hervorragend mit den Menschen in den Stadtteilen verbunden. Siegfried Schmidt ist deshalb auch in Zukunft der Garant für eine wirkungsvolle Interessenvertretung“, begründete Frank Hornschu den Vorschlag der SPD.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 15.11.2008, 21:26 Uhr - 8248 Clicks - Nr. 1066

Große Mehrheit für Hannes Birke

SPD-Kreisvorsitzender Hannes Birke genießt im Kreisverband Pinneberg großen Rückhalt. Mit über 95 Prozent der Stimmen bestätigten ihn die Delegierten des ordentlichen Kreisparteitags am 15. November 2008 im Amt.

Der 69-Jährige ist - mit einer fünfjährigen Unterbrechung - seit 1988 Chef der Sozialdemokraten im Kreis Pinneberg. Der Vormittag des Parteitages stand im Zeichen seines Tätigkeitsberichtes. Birke spannte den Bogen seiner Argumentation von der Bundes- über die Landespolitik bis zur Kommunalpolitik im Kreis Pinneberg. Als Vorsitzender der Kreistagsfraktion setzte er sich sehr kritisch mit der Arbeit des amtierenden Landrates auseinander.

Bei den weiteren Vorstandswahlen wurden Birkes Stellvertreterin Roswitha Müllerwiebus, Schatzmeister Christoph Bittner, Pressesprecherin Elke Schreiber und Organisationsleiter Werner Harms ebenfalls wiedergewählt. Letzterer erhielt ein Traumergebnis: Alle Delegierten votierten für ihn, ohne eine Gegenstimme oder Enthaltung.

Als Beisitzer gehören dem Vorstand wieder Dörte Köhne-Seifert, Mareike Overbeck und der Landtagsabgeordnete Thomas Hölck an. Neu in das Gremium gewählt wurden Peter Geerken, Volkmar Panamatschuk, Daniel Sommer und Kai-Oliver Vogel.

Am Vormittag hatten die Delegierten ein Urgestein der Kreis-Pinneberger SPD aus dem Vorstand verabschiedet. Fritz Beckman aus Rellingen gehörte dem Kreisvorstand seit 22 Jahren an und hatte aus Altersgründen nicht wieder kandidiert. Er will sich künftig in der Seniorenarbeit der Kreis-SPD engagieren.

Keine Kommentare

AfB Steinburg hat sich neu konstituiert

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB) hat sich im Kreis Steinburg neu konstituiert. Der neue Vorstand setzt sich aus Sina Esselborn-Große (Vorsitzende), Gerlinde Böttcher und Lothar Schramm (stellvertretende Vorsitzende), Ilona Adamski (Kassiererin und Schriftführerin) sowie Ellen Bogner (Beisitzerin) zusammen.



Die Arbeitsschwerpunkte im kommenden Halbjahr werden, neben der kritischen Betrachtung der Entwicklung im schulischen Bereich, vor allem auch auf der frühkindlichen Bildung liegen. Natürlich liegt ein besonderer Focus auch auf der Situation benachteiligter Kinder und Jugendlicher, nicht nur im schulischen Bereich, sondern auch bei der Schnittstelle Schule/Beruf.

Die AfB ist offen für alle, die sich für das Thema interessieren und/oder sich hier engagieren wollen. Zurzeit entwickeln wir ein Arbeitskonzept. Die AfB Steinburg trifft sich im Abstand von ca. 6 Wochen, die Termine werden im Kalender der Kreisseite bekanntgemacht. Das nächstes Treffen findet am 01.12.2008 um 19.15 Uhr im Kreisbüro statt. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.

Keine Kommentare

Kosten nicht gedeckt - keine Geschäftsführung für ISE und GMSE ?

Gegen die Stimmen der SPD-Kreistagsfraktion wurden die Immobilien und die Bewirtschaftung aus der Kreisverwaltung in die Immobilienverwaltung des Kreises SEgeberg und die GebäudeManagement ausgegliedert. Die SPD-Kreistagsfraktion hat einstimmig beschlossen, ihre Vertreter im Verwaltungsrat zu beauftragen, eine Einstellung eines externen Geschäftsführers (Vorstand) der Immobilien-Verwaltungs-Gesellschaft mit einem Jahreseinkommen von mehr als 100.000 € Jahreseinkommen abzulehnen.

Die Betriebe sind nach Überzeugung der SPD-Kreistagsfraktion nicht in der Lage, die zusätzlichen Lohnkosten zu erwirtschaften, auch dann nicht wenn man den neuen Mitarbeitern einen tarifgerechten Lohn vorenthält.

So laufen Mitarbeiter Gefahr, im Leistungszentrum aufstockende Leistungen aus den Harz IV-Mitteln beantragen zu müssen.

Im Übrigen schmilzt das Immobilienvermögen des Eigenbetriebes durch den Verkauf der Jürgen-Fuhlendorf-Schule, Verkauf der Dienstwohnung des Landrates (Haus) und der dringend gebotenen Veräußerung des denkmalgeschützten Bauhofes in Traventhal von Jahr zu Jahr.

Die SPD-Kreistagsfraktion fordert die Landrätin auf, in der Kreisverwaltung Segeberg tätige Betriebswirte zu motivieren und fortzubilden, damit die wirtschaftliche Betriebsführung gewährleistet werden kann.

Die SPD-Kreistagsfraktion erinnert daran, dass die Einrichtung des Eigenbetriebes mit dem Ziel einer Privatisierung gegen ihren Willen zustande kam.

Keine Kommentare

Gedanken zum Volkstrauertag

SPD Kreis- und Fraktionsvorsitzender Andreas Hering am 16.11.2008 in der
Prima Sonntag:
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!



Heute gedenken wir zusammen und öffentlich der Toten, die in zwei Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts ihr Leben gelassen haben.

Wir gedenken dabei nicht nur derjenigen, die auf den Schlachtfeldern getötet worden sind, sondern auch der Menschen, die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, in Gefangenschaft, in den Bombennächten und auf der Flucht, umgekommen sind. Darunter auch jene, die wegen ihrer Glaubenszugehörigkeit, ihrer Rasse oder ihrer politischen Überzeugung wegen, zu Opfern wurden. Vor über 60 Jahren ging das wohl schlimmste und menschenverachtendste Geschehen unserer jüngeren Geschichte zu Ende.

55 Millionen Menschen – davon 7 Millionen Deutsche – bezahlten den Zweiten Weltkrieg und die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten mit ihrem Leben.

Wir nehmen deshalb auch heute Anteil an dem Schicksal der betroffenen Familien und fühlen uns nicht nur an diesen Tagen mit ihnen verbunden.

Nicht nur an Stammtischen wird immer wieder gefordert, einen Schlussstrich unter die Geschichte von Krieg und Diktatur zu ziehen. Aber ich denke, dieser Versuchung dürfen wir nicht nachgeben. Wir sind es den Toten der Kriege – gerade und auch in Anbetracht eines in Deutschland verstärkt aufkeimenden Rechtsextremismus – schuldig.

Deshalb ist der Volkstrauertag als Tag des Aufrufs zur Verständigung und zur Versöhnung von so großer Bedeutung.

Die Erinnerungen an gemeinsames Leid sind für uns alle eine Chance der Besinnung. Eine Chance auch für die jüngere Generation, den eingeschlagenen Weg der Verständigung und der Versöhnung unbeirrt weiterzugeben. Dies ist nicht nur eine Aufgabe von Politikern, sondern eine Herausforderung für uns alle. Dass wir in der Bundesrepublik Deutschland seit über 60 Jahren in Frieden und Freiheit leben dürfen, sollten wir nicht nur als ein großes Geschenk begreifen. Vielmehr müssen wir uns täglich erneut dafür einsetzen. Wir müssen wachsam sein und jegliche Ansätze von Gewalt schon im Keim ersticken.

Die Opfer aller Gewalt, ob des Krieges oder des politischen Machtmissbrauchs, sollen uns dabei stets eine Mahnung sein.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 17.11.2008, 10:46 Uhr - 5210 Clicks - Nr. 1070

Thorsten Klimm zum AfA-Vorsitzenden gewählt

Der SPD Kreisverband Neumünster hat einen neuen Kreisvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) gegründet. Dabei wurde der 44-jährige Falderaner Thorsten Klimm zum Vorsitzenden gewählt.

Almut Auerbach, Arno Jahner, Gesa und Klaus-Dieter Freiberg komplettieren den AfA-Kreisvorstand, der die Zusammenarbeit zwischen SPD und Gewerkschaften in Neumünster noch mehr verstärken möchte.



Keine Kommentare

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 17.11.2008, 13:58 Uhr - 2972 Clicks - Nr. 1071

AfA-LV trifft SPD LT-fraktion

AfA-Landesvorstand trifft die SPD-Landtagsfraktion

Am Mittwoch den 12. November 2008 hat sich der AfA-Landesvorstand mit einem Teil der SPD-Landtagsfraktion im Fraktionssaal der SPD zu einem Meinungsaustausch getroffen.

Es wurde in der Sitzung, die so zum ersten Mal stattfand, über

- Mindestlohn
- Tariftreuegesetz
- Leiharbeit
- Industrieentwicklung in Schleswig-Holstein
- Bildungs- und Freistellungsgesetz

diskutiert und dabei eine große Übereinstimmung bei den Themen gefunden.

Dieser von allen Teilnehmern gelungene Meinungsaustausch soll zukünftig regelmäßig stattfinden.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 17.11.2008, 17:41 Uhr - 4259 Clicks - Nr. 1072

Innenminister Lothar Hay: BKA-Gesetz muss verbessert werden -

Anrufung des Vermittlungsausschusses beantragt

Erscheinungsdatum:

17.11.2008

Der Entwurf für ein neues BKA-Gesetz muss nach Ansicht von Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay verbessert werden. Wie Hay am Montag (17. November) in Kiel mitteilte, hat Schleswig-Holstein im Innenausschuss des Bundesrates einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses gestellt. „Es gibt nach wie vor zentrale Punkte im Gesetzentwurf, die verbessert werden müssen“, sagte der Minister.

Bei der Online-Durchsuchung müsse ein Richter von Anfang an dabei sein. „Wir brauchen einen

umfassenden Richtervorbehalt““, sagte der Minister. Nach dem derzeitigen Entwurf entscheiden Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes und der Datenschutzbeauftragte der Behörde, ob Daten dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind oder nicht. Nur wenn die BKA-Mitarbeiter Zweifel haben, wird ein Richter eingeschaltet.

Zu einem umfassenden Richtervorbehalt gehört nach Ansicht von Hay, dass eine Online-Durchsuchung nur von einem Richter angeordnet werden darf. Die vorgesehene Befugnis des BKA-Präsidenten, bei einer angenommenen Gefahr im Verzuge diese Anordnung selbst zu treffen, lehnt Hay ab. „Es ist technisch und organisatorisch möglich, einen Richter rechtzeitig zu erreichen““, sagte Hay. Er sprach sich auch dafür aus, dass der Kreis der Personen mit Zeugnisverweigerungsrecht erweitert wird. Auch Journalisten und Ärzte müssten dazugehören. „Wir brauchen ein einheitliches Schutzniveau für alle Berufsheimnisträger““, sagte Hay.

Die Zuständigkeiten zwischen dem Bundeskriminalamt und den Länderpolizeien bei der Terrorbekämpfung müssten klar voneinander abgegrenzt werden. „Wir können uns bei einer Terrorgefahr keine parallelen Ermittlungen leisten““, sagte der Minister.

Hay bekräftigte seine Auffassung, dass das Bundeskriminalamt die Zuständigkeit für die Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus bekommen müsse. „Das erhöht die Schlagkraft der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern““, sagte Hay. Dabei sei die Politik aber in der Pflicht, dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts penibel eingehalten würden.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 18.11.2008, 07:28 Uhr - 1982 Clicks - Nr. 1073

Elbefonds in Kraft: Jetzt nächste Schritte gehen!

Elbefonds in Kraft: Jetzt nächste Schritte gehen!

Rossmann und Hölck fordern bessere Ausstattung

Nach der gestern erfolgten Inkraftsetzung des Ausgleichsfonds für die Elbvertiefung haben der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Hölck und sein Bundestagskollege Dr. Ernst Dieter Rossmann vom Hamburger Senat jetzt eine verbesserte Ausstattung des Kapitalstocks gefordert.

„Es ist gut, dass der Senat unserer Forderung gefolgt ist, mit der Arbeit des Fonds nicht bis zum Vollzug der Elbvertiefung zu warten“, betont Rossmann, der ebendies schon im Juni bei den Hamburgern angemahnt hatte. „Denn gerade die Verschlickung der kleinen Elbhäfen ist schon jetzt ein großes Problem für Sportschiffer und Anliegergemeinden. Es macht also Sinn, den Fonds von der geplanten Vertiefung des Stroms abzukoppeln.“

Zu denken gibt den beiden Sozialdemokraten allerdings, dass es den Hanseaten nach wie vor nicht

gelingen ist, die Hafenwirtschaft zu einer Beteiligung am Fonds zu bewegen. „Die Ausstattung mit 10 Millionen Euro reicht hinten und vorne nicht“, ist sich Hölck sicher. „Denn schließlich können ja lediglich die Zinserträge hieraus eingesetzt werden.“ Es habe sich gezeigt, dass weder das jahrelange Klinkenputzen Bürgermeister von Beusts und seines Senators Uldall die Hafenwirtschaft beeindruckt habe, noch das gute Zureden der mittlerweile für das Projekt zuständigen GAL-Politikerin Anja Hajduk. Rossmann: „Die Hafenwirtschaft profitiert von der kommenden wie von den bisherigen Ausbaumaßnahmen der Elbe, unter denen die Anlieger der Unterelbe heute leiden, weigert sich aber beharrlich zur der Bewältigung dieser Probleme etwas beizutragen.“ Die Abgeordneten fordern deshalb eine der neuen Elbe-Ökostiftung vergleichbare Lösung. „Wir plädieren dafür, dass die Hamburger das Hafengeld um einen kleinen Anteil aufstocken, der dem Fonds zu Gute kommt – eine Maßnahme, die für die Hafenwirtschaft kaum zu spüren ist, sie aber nachhaltig in die Pflicht nimmt. Und die vor allem für die betroffenen Hafengemeinden eine echte Erleichterung darstellen würde“, erläutern die beiden Politiker. „Das Hafengeld ist eine Abgabe, die die Hansestadt für jeden Anlauf eines Seeschiffs zum Zweck erhebt, Verbesserungen der Hafen-Infrastruktur zu finanzieren. Eine Co-Finanzierung des Ausgleichsfonds durch diese Einnahmen wäre also durchaus sachlogisch“, so Hölck und Rossmann.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 18.11.2008, 08:41 Uhr - 3288 Clicks - Nr. 1074

Zum OB-Kandidaten der Linkspartei

Zur Kandidatenaufstellung der Linkspartei für die OB-Wahl in Kiel erklärt der Kieler SPD-Landtagsabgeordnete und -Kreisvorsitzende Rolf Fischer:

Der Eckernförder aus der Staatskanzlei wird sich Kiel erstmal genau ansehen müssen. Nicht für jeden von außen sind Kandidaturen in Kiel zu einem Karrieresprung geworden.

Seinen Antworten und Vorschlägen auf die Kieler Fragen und Probleme sehen wir aufgrund seiner bisherigen Abwesenheit in der Kieler Kommunalpolitik gelassen entgegen.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 18.11.2008, 08:49 Uhr - 3854 Clicks - Nr. 1075

Willkommen im Club!

Zu den Erklärungen des FDP-Landesvorsitzenden Jürgen Koppelin zu Studiengebühren erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Wenn Herr Koppelin angesichts milliardenschwerer Hilfsprogramme für die Banken die Forderungen seiner Partei nach der Einführung von Studiengebühren in Frage stellt, hat er – was selten genug vorkommt – unsere volle Unterstützung. Diese erhält er – bisher – allerdings nicht aus der FDP-Landtagsfraktion:

Sie möchte, wie aus den Anträgen zum Landeshaushalt hervorgeht, nachgelagerte Studiengebühren einführen.

Nach Untersuchungen, die das Bundesbildungsministerium in der Schublade halten wollte, haben 2006 ca. 18.000 Abiturientinnen und Abiturienten wegen der Belastung durch Studiengebühren auf

ein Hochschulstudium verzichtet. Das ist weder im Hinblick auf die Lebenschancen dieser jungen Menschen noch angesichts der viel zu geringen Studierendenquote in Deutschland verantwortbar.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 18.11.2008, 09:48 Uhr - 40048 Clicks - Nr. 1076

Wohl umstrittenste Reform der EU-Politik wird verabschiedet

Europäisches Parlament verordnet EU-Agrarpolitik einen Gesundheitscheck

Das Europäische Parlament wird morgen die Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik verabschieden. Nach der Mitteilung der Europäischen Kommission zum "Gesundheitscheck", in der grundlegende Entscheidungen für die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik getroffen wurden, veröffentlichte die Kommission im Mai 2008 ein Legislativpaket, in dem es um die Betriebsprämienregelung, die einheitliche Gemeinsame Marktordnung und die Entwicklung des ländlichen Raums ging.



Vor der Abstimmung erklärt die agrarpolitische Expertin und SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST: "Nach hitzigen, kontroversen und strittigen Debatten wird morgen eine Reform auf den Weg gebracht, die verkraftbar ist. Klarer Gewinner der Reform werden die ländlichen Räume sein, denn hier dürfen zukünftig die Direktzahlungen bis zu 8 Prozent erhöht werden." Außerdem stimmte der Agrarausschuss im Vorfeld dem Grundsatz der "zusätzlichen Modulation ohne zusätzliche Kofinanzierung" zu.

Darüber hinaus setzt sich das Parlament für eine geringere Kürzung der Direktbeihilfen aus der ersten Säule (Marktstützung) ein. Zusätzlich soll den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Vergabe von nationalen Beihilfen für Landwirte eingeräumt werden. Ebenfalls entschieden wird, dass es Aufgabe der Mitgliedstaaten ist, zu entscheiden, ob sie eine Obergrenze für Direktzahlungen festlegen wollen, und wenn ja, wie hoch diese sein soll.

Beim heikelsten Thema der Milchquotenregelung wird sich das Europäische Parlament für einen Mittelweg aussprechen: die Milchquote soll um ein Prozent während der nächsten zwei Jahre angehoben werden. 2010 soll die Situation dann erneut überprüft werden. Die Länder, die ihre Quoten erhöhen möchten, können dies vorübergehend tun, wenn Quoten anderer Länder nicht ausgeschöpft sind. "Diese und weitere Maßnahmen sollen dem Milchmarkt eine weiche Landung bis zum Ende der Milchquotenregelung im Jahre 2015 garantieren", betont Ulrike RODUST.

Auch die Landwirtschaft muss sich den neuen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, erneuerbare Energien, Wassermanagement und dem Schutz der Artenvielfalt stellen. "Mit dem Gesundheitscheck soll die Agrarpolitik nicht neu erfunden werden, es ist vielmehr ein Versuch, die Politik zu rationalisieren und zu modernisieren - dabei wird den Mitgliedstaaten mit dem morgigen Ergebnis der Abstimmung mehr Flexibilität eingeräumt", unterstreicht RODUST abschließend.

Keine Kommentare

PRESSE-ECHO: Tausende sterben für Patent-Geschäfte

shz/ Günstige Impfstoffe für arme Menschen - dafür kämpft der Flensburger Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg. Doch ausgerechnet mit der Tuberkulose, der "Krankheit der Armen", könnte die Pharmaindustrie jetzt viel Geld machen - mit Unterstützung Berlins.



Schleswig-Holstein am Sonntag 16. November 2008

Von Stephan Richter

Auf seinen Internetseiten zeigt sich der SPD-Abgeordnete Wolfgang Wodarg auf einem Foto zu Besuch in Afrika. Der Mediziner kämpft als Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dafür, dass Menschen in Afrika, Asien oder Südamerika günstig Zugang zu Medikamenten erhalten. Häufig sind sie für die Ärmsten der Armen unerschwinglich, weil Monopolunternehmen die Rechte für die Produkte besitzen und den Preis diktieren können.

Wodarg ist Initiator eines Antrags der Großen Koalition in Berlin, mit dem Union und SPD verhindern wollen, dass auf dem Sektor weiterhin ungezügelt Geschäfte gemacht werden können. Hat sich ein Pharmaunternehmen das Patent für ein lebensrettendes Medikament gesichert, kann es schließlich bis zu 20 Jahre lang die Preise diktieren. "Ein Skandal", sagt Wodarg mit Blick auf jene Menschen, die zum Tode verurteilt sind, weil sie sich das Medikament nicht leisten können.

Mehr als 6000 Menschen sterben täglich an Tuberkulose

Doch ausgerechnet ein mit staatlicher Hilfe im Max-Planck-Institut für Infektionsbiologie entwickelter neue Tuberkulose-Impfstoff droht jetzt den Teufelskreis fortzusetzen. Mehr als 6000 Menschen sterben nach Zahlen der Weltgesundheitsbehörde täglich in den armen Ländern der Welt an der Infektionskrankheit Tuberkulose. Weil schlechte Hygiene oder Obdachlosigkeit die Verbreitung des Erregers befördern, gilt sie als "Krankheit der Armen".

Umso mehr freute sich Forschungsministerin Anette Schawan, als sie im September in einer Pressemitteilung über den neuen Impfstoff gegen Tuberkulose berichtete, den die Max-Planck-Forscher entdeckt hätten. Weil Steuergelder in das Projekt geflossen waren, lobte sich die Ministerin gleich selbst. Ihr Bundesministerium leiste "einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung armutsbedingter Krankheiten in Entwicklungsländern".

Rechte am Impfstoff wurden verkauft

Allerdings deckte das Magazin "Stern" jetzt auf, dass die Rechte an dem neuen Impfstoff 2004 an die Firma "Vakzine Projekt Management (VPM) verkauft worden seien. Diese Firma macht nun keinen Hehl daraus, dass es den Impfstoff für möglichst viel Geld an einen Pharmakonzern veräußern will. Ebenso wie Wodarg schlägt auch die Hilfsorganisation "Ärzte ohne Grenzen" Alarm. Forschungsergebnisse zu lebenswichtigen Medikamenten, deren Entwicklung obendrein staatlich finanziert worden sind, müssten frei verfügbar sei. Doch Ministerin Schawan räumte inzwischen ein, dass beim Verkauf der Rechte für den neuen Impfstoff keine Klausel vereinbart worden sei, die sicherstellt, dass das Produkt nicht Menschen in wohlhabenden Länder vorbehalten bleibt.

"Kein Patent darf lebenswichtigen Medikamenten im Wege stehen", schreibt Wodarg auf seiner Internetseite. Gerade die Tuberkulose sei in den Entwicklungsländern auf dem Vormarsch. Jeder dritte Mensch sei dort inzwischen infiziert. Der Bundestagsabgeordnete, der gerade von der SPD im Wahlkreis 1 erneut als Direktkandidat aufgestellt worden ist, gehört zu den wenigen Medizinern im Bundestag. Er kennt die Not aus der Arbeit als früherer Leiter des Gesundheitsamtes in Flensburg. Nicht selten melden sich dort auch Obdachlose - manches Mal mit dem Verdacht auf Tuberkulose.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 18.11.2008, 12:24 Uhr - 4197 Clicks - Nr. 1078

Integration - Der Weg zu gleichberechtigten Chancen

Alexandra Mallon zur Integrationspolitischen Sprecherin des SPD Kreisverbandes Neumünster ernannt

Integration – nicht nur eine Chance für unser Land, auch eine Chance der kommunalen Politik des SPD Kreisverbandes Neumünster.

Integration heißt nicht über, sondern mit Migrantinnen und Migranten zu reden. Heißt, dass man ihnen so hilft, dass sie sich nicht mehr fremd fühlen. Heißt auch, sie nicht zur Integration zu zwingen, sondern sie zur Integration zu ermutigen.

Integration beginnt vor Ort. Sie muss im privaten Umfeld, in der Nachbarschaft, in den Stadtvierteln, in den Sportvereinen und anderen Aktivitäten, in den Schulen, aber auch in Ausbildung und Beruf und vielen anderen Bereichen unseres täglichen Miteinanders konkret gelebt werden.

Eine wichtige Stufe der Integrationspolitik ist von Anfang an die „Frühkindliche Sprachförderung“ durch die Eltern, durch die Kindergärten bis zur Grundschule, aber auch die Betreuung durch Tagesmütter.

Fest steht: Wir alle müssen uns der Aufgabe stellen, das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen konfliktfrei, friedlich und harmonisch zu gestalten. Von zentraler Bedeutung dabei ist die Beherrschung der deutschen Sprache, ohne die eine Integration wenig Aussicht auf Erfolg, Teilhabe und gesellschaftspolitische Orientierung hat.

Die SPD Neumünster stellt sich dieser Herausforderung und hat durch Beschluss des Kreisvorstandes Alexandra Mallon, Vorsitzende des SPD Ortsvereins Gadeland und vormalig Ratsmitglied sowie Mitglied am „Runden Tisch für Integration der Stadt Neumünster“, zur Integrationspolitischen Sprecherin des SPD Kreisverbandes Neumünster ernannt.

Damit wurde ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung vollzogen und der Kreis erweitert, Integration im gemeinsamen Dialog mit Migrantinnen und Migranten in Neumünster auf vielfältige Art und Weise zu gestalten.

Kommentar von [manfred zielke](#) vom 18.11.2008, 14:08 Uhr:

RE:Integration - Der Weg zu gleichberechtigten Chancen

Hallo Alexandra, herzlichen Glückwunsch zu dieser sicherlich interessanten Aufgabe. Solltest Du Hilfe benötigen, Du kannst auf mich zählen, da ich mich mit diesem Thema nicht nur beruflich intensiv beschäftige. Tschüss Manfred Zielke Mitglied der Ratsversammlung / Mitglied OV-Einfeld

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 18.11.2008, 12:41 Uhr - 6861 Clicks - Nr. 1079

Landrat Grimme stoppt Ausschreibung zur Landratswahl

Hannes Birke: Sucht Grimme Ausweg, sich nicht zur Wiederwahl zu stellen ?

Es ist – so SPD-Fraktionsvorsitzender Hannes Birke - ein nicht hinnehmbarer Vorgang, dass die Abgeordneten des Kreistages aus der Presse erfahren mussten, dass Landrat Dr. Grimme (CDU) die Ausschreibung der Direktwahl zum Landrat eigenmächtig gestoppt hat.

Birke verweist darauf, dass der Kreiswahlausschuss sich bereits auf die Wahltermine verständigt und der Hauptausschuss sich in zwei Sitzungen auf den Text der Ausschreibung für eine Direktwahl geeinigt hatte. Auch wenn zur Zeit erhebliche Unsicherheiten bestehen, ob der Landrat oder die Landrätin direkt d.h. von der Bevölkerung oder indirekt durch den Kreistag gewählt wird, ist das kein Grund –so Birke- die für Anfang Januar geplante Veröffentlichung ohne Absprache mit dem Hauptausschuss zu stoppen.

Unsicherheit besteht zur Zeit über die zukünftige Form der Landratswahl. Die Fraktionen von SPD und CDU im Landtag diskutierten ein so genanntes Vorschaltgesetz. Sollte es Verabschiedet werden, wäre die Direktwahl abgeschaffen und die Landratswahl würde den Kreistagen übertragen.

Für Birke bestand überhaupt noch kein Grund, zum jetzigen Zeitpunkt die Ausschreibung zu stoppen. Noch gebe es keine verbindliche Absprache der beiden Fraktionen für eine Gesetzesänderung. Wenn überhaupt, eine Entscheidung würde erst in der Dezember-Sitzung des Landtages fallen. Es bestand –so Birke- genügend Zeit, gemeinsam mit dem Hauptausschuss das weitere Verfahren abzustimmen. Beispielsweise hätte die Ausschreibung sofort erfolgen können. „Immerhin“ –so Birke- „wäre damit eine Situation geschaffen worden, die der Gesetzgeber nicht so ohne weiteres übergehen könnte“.

Birke vermutet, dass der Schnellschuss des Landrates Dr. Grimme (CDU) andere Gründe hatte. „Der Mann“ –so der SPD Fraktionschef- „sucht einen Ausweg, sich nicht wieder zur Wahl für das von ihm nicht sehr geschätzte Amt zu stellen“. Das ständige zögern, seine Bereitschaft zur Wiederwahl zu erklären und dies nur dann, wenn seine Stellung gegenüber den gewählten Abgeordneten weiter gestärkt wird, die Verlegung seines Wohnsitzes nach Mecklenburg – Vorpommern bestärken Birke in seiner Vermutung, die Direktwahl im Kreis Pinneberg trickreich zu verhindern.

Keine Kommentare

Mehr Geld für gesunde Ernährung an Europas Schulen

EU-Parlament unterstützt Einführung eines Schulobstprogramms in der EU

Heute hat das Europäische Parlament mit überwältigender Mehrheit ein EU-weites Schulobstprogramm verabschiedet. Nach dem Willen der Abgeordneten sollen ab dem Schuljahr 2009/2010 bis zu 500 Mio. EURO pro Jahr in das Programm investiert werden. Die Kommission hatte ursprünglich 90 Mio. EURO pro Jahr vorgeschlagen.

Im Fokus des Programms liegt in Anbetracht von schätzungsweise EU-weit 22 Mio. übergewichtigen Kindern der Gesundheitsaspekt. Ein hoher Verzehr von Obst und Gemüse schützt vor Krankheiten und beugt Übergewicht vor. Dabei legen die Abgeordneten besonderen Wert darauf, Obst und Gemüse aus ökologischer wie lokaler Produktion besondere Aufmerksamkeit zu schenken. "Damit gewinnen die Kinder an unseren Schulen sowie die regionalen Obst- und Gemüsebauern vor Ort", erklärt die SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST.

In Europa wird immer noch zu wenig Obst verzehrt. Die EU liegt weit unter dem empfohlenen Wert der Weltgesundheitsorganisation von 400 Gramm pro Tag. Das Europäische Parlament möchte mit dem Programm nur die Abgabe von Frischobst und -gemüse fördern. Verarbeitetes Obst und Gemüse hat einen geringeren Nährwert und soll deshalb von der Verordnung ausgenommen werden. "Das angebotene Obst soll so frisch wie möglich sein, der Jahreszeit entsprechen und natürlich gesundheitlichen Kriterien entsprechen", unterstreicht Ulrike RODUST.

"Wir haben uns dafür eingesetzt, dass künftig Vor- und Grundschulkindern Vorfahrt eingeräumt wird. Für sie ist eine gesunde Ernährung von größter Bedeutung, deshalb soll die Abgabe an sie kostenlos sein", bekräftigt RODUST. Außerdem entschied das Parlament, dass ähnlich wie beim Schulmilchprogramm umso mehr Hilfe bereitgestellt wird, je mehr Kinder sich beteiligen. Für die SPD-Europaabgeordnete RODUST das richtige Signal.

Kommentar von [Dr. jur. von Campe](#) vom 20.11.2008, 14:32 Uhr:

RE: Mehr Geld für gesunde Ernährung an Europas Schulen

Man muß sich den Blödsinn, den die rot-schwarze Regierung in Berlin in Sachen Kindergeld veranstaltet hat mal vor Augen führen : es gibt mehr Kindergeld, € 10,- über den Daumen. Doch als Einkommen abgezogen wird es den Familien, die irgendwelche Sozialleistungen beziehen. Das bedeutet in der Konsequenz, daß der Staat sich dieses Geld von einer Tasche in die andere steckt und den Menschen durch diese Regierung auch noch erklärt, es würde das Kindergeld erhöht. Der gleiche Unfug also wie bei der angeblichen Rentenerhöhung, die gleich eine Erhöhung der Kosten mit sich brachte. - Wenn man also arme Kinder wirklich fördern möchte, wenn man ihnen die gleichen Chancen geben möchte, dann ist eine Versorgung in den KITAS und in den Schulen notwendig. Kostenloses Mittagessen. Eine Versorgung nur mit Obst ist nicht ausreichend. - Man muß sich im Zusammenhang weiter vorstellen, daß es in Deutschland eine von der Politik verpennte Banken- und Wirtschaftskrise gibt. Oder besser gesagt : auch in Deutschland. Da ist dann plötzlich genug Geld vorhanden, um Banken / Konzerne zu stützen. Mag das ggf. daran liegen, daß in den Aufsichtsräten Politiker aller Parteien sitzen ? - Ich wünsche Frau RODUST, daß es nicht nur bei Äpfel und Birnen bleiben wird, sondern sich darauf konzentriert werden kann, die vorrangigen Probleme in Deutschland / Europa zu lösen. Daher nochmals : kostenlose Speisung in den KITAS / Schulen. Auch wenn diesen Vorschlag der Ex-Genosse Oskar als Erster gebracht hat.

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.11.2008, 14:15 Uhr - 2920 Clicks - Nr. 1081

SPD-Fraktionsvorsitzender Ralph Müller-Beck beglückwünscht Michael Wagner und Th

„Gratulation an Michael Wagner und Thomas Wehner zu ihren neu gewählten Ämtern innerhalb der SPD-Ratsfraktion“, mit diesen Worten kommentierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Ralph Müller-Beck die Umbesetzung von Ausschüssen und Sprecherpositionen in der Fraktion.

Aufgrund des Ausscheidens von Ratsherr Jürgen Hahn, der die Ratsversammlung zum Bedauern der Fraktion nach 10-jähriger Mitgliedschaft verlässt, wurden in der gestrigen Fraktionsitzung verschiedene Positionen neu besetzt.

Thomas Wehner, der für Jürgen Hahn in der Ratsversammlung nachrückt, wurde gestern einstimmig als Mitglied in den Wirtschafts- und Wahlprüfungsausschuss, als Stellvertreter in den Finanzausschuss und in den Aufsichtsrat der Kiel-Marketing e.V. gewählt.

Michael Wagner löst Jürgen Hahn als neuer energiepolitischer Sprecher ab.

Kommentar von [Hans-Joachim Schneider](#) vom 18.11.2008, 19:21 Uhr:

RE:SPD-Fraktionsvorsitzender Ralph Müller-Beck beglückwünsch
Zwei fähige Leute auf den richtigen Plätzen. Glückwunsch !!! Gruß Hajo

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 18.11.2008, 23:47 Uhr - 2308 Clicks - Nr. 1082

Kommunalpolitischer Stammtisch der SPD-Stadtmitte

Am Mittwoch, den 26.11. 2008 um 19:00 Uhr lädt der SPD-Ortsverein Stadtmitte wieder zum Kommunalpolitischen Stammtisch ins „Feuerstein“, Norderstr. 98 ein.

In zwangloser Atmosphäre besteht wieder die Möglichkeit, mit Vertretern der SPD-Ratsfraktion über aktuelle Themen ins Gespräch zu kommen.



Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.11.2008, 15:35 Uhr - 1373 Clicks - Nr. 1083

Verbesserung des Raumangebotes der Kieler Schulen

Zur Diskussion über die Schulentwicklung und Verbesserung des Raumangebots der Kieler Schulen erklären die schulpolitischen SprecherInnen von SPD, Peter Kokocinski und GRÜNEN, Anke Erdmann:

"Wir freuen uns, dass sich die Oberbürgermeisterin den Kurs von SPD und GRÜNEN nachträglich anzuschließen scheint und sich offensiv für den raschen Umbau der Schulgebäude stark macht. Bekanntlich haben SPD und Grüne im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2008 den Finanzierungsansatz für die Schulgebäude nahezu vervierfacht und insgesamt 3,5 Mio. Euro für die

Umsetzung der Schulreform bereitgestellt.

Doch nach wie vor reichen die im Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 eingesetzten Mittel bei weitem nicht aus. Denn offensichtlich hat die Oberbürgermeisterin die Gemeinschafts- und Regionalschulen nicht auf dem Schirm. Nach ersten Schätzungen der Verwaltung werden allein hier die nötigen Umbauten ca. 5,5 Mio. Euro kosten. Nach den jüngsten Äußerungen der Oberbürgermeisterin gehen wir nun davon aus, dass spätestens in der Nachmeldung der Verwaltung ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Nur so können wir weitere Verzögerungen vermeiden.

SPD und Grüne sehen sich durch die Demonstrationen bestätigt, mehr Geld in Kiels Schulen investieren zu wollen. Diesen Weg werden wir weiter gemeinsam im Dialog mit Schülern, Eltern und den Schulen gehen."

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 19.11.2008, 19:36 Uhr - 6958 Clicks - Nr. 1084

Neugebauer fordert Abschaffung der Direktwahl von Landräten

„Die geringe Wahlbeteiligung bei den vergangenen Direktwahlen der Landräte, auch in Rendsburg-Eckernförde, hat unterstrichen, dass die Wähler sehr wohl die geringe politische Entscheidungskompetenz der Landräte erkannt haben, die in keinem Verhältnis zu ihrem öffentlichen Auftreten steht. Deshalb bin ich für eine umgehende Abschaffung der Direktwahlen der Landräte und für eine Stärkung der Rechte der Kreistagsabgeordneten.“

Dies erklärte der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer gestern Abend in einer Gesprächsrunde mit den Vorsitzenden der SPD-Ortsvereine in seinem Landtagswahlkreis. Er fügte hinzu, dass sich die Bürger erkennbar wohl mit ihrer Gemeinde oder Stadt, aber nicht mit dem Kreis identifizierten. Deshalb solle auch an der Direktwahl der Bürgermeister festgehalten werden.

Auch das Kostenargument spreche für die Abschaffung der Direktwahlen der Landräte. Die Durchführung der Wahlen belaste die Steuerzahler und die Parteien angesichts der Wahlbeteiligung in einem unverträglich hohen Maße.

Neugebauer sprach sich auch für die Wiederherstellung des Kreisausschusses als verwaltungsleitenden Organs aus. Dessen Abschaffung und Ersetzung durch den Hauptausschuss habe zwar die Landräte gestärkt, aber die demokratisch gewählten Mitglieder der Kreistage geschwächt.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 20.11.2008, 08:47 Uhr - 3516 Clicks - Nr. 1085

Initiative mit Perspektive

Zur Vorstellung der Justizreform im Innen- und Rechtsausschuss am 19. 11. 08 erklärt der Vorsitzende des Arbeitskreises Europa, Justiz, Medien der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Minister Döring hat ein mutiges Konzept vorgelegt. Eine derartige Initiative, die Aufgaben samt Etat aus dem Ministerium herausnimmt und an die Gerichte verlagert, ist ungewöhnlich.

Sie zeigt, dass die Politik nicht an Strukturen festhält, sondern in der Lage ist, diese auch zu ändern, damit Aufgaben effektiver wahrgenommen werden können. Justiz 2010 hat bundesweit Vorbildcharakter und ist ein Modell auch für andere Länder.

Der Justizminister geht mit gutem Beispiel voran; andere Ressorts sollten sich daran messen.

Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 20.11.2008, 10:56 Uhr - 1868 Clicks - Nr. 1086

„Ein klares Nein zur XXL-Elbvertiefung!“

**Rossmann (SPD) fordert Distanzierung des Senats,
- ein klares Nein zur XXL-Elbvertiefung**

„Der aktuell in Planung befindliche Fahrrinnenausbau der Elbe muss der letzte bleiben!“ Mit dieser eindeutigen Haltung hat sich jetzt der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann zum Vorstoß des Bundesrechnungshofs positioniert, der den Strom noch tiefer ausbaggern möchte als bisher geplant. „Der Hamburger Senat ist aufgefordert, sich von dieser Idee eindeutig zu distanzieren“, mahnt der Abgeordnete.

„Ein weiterer Ausbau ist aus dem Blickwinkel des Küstenschutzes nicht vertretbar, ökologisch unverantwortlich und auch wirtschaftlich außerordentlich zweifelhaft“, betont Rossmann. Es bestehe überhaupt kein Zweifel daran, dass der Hamburger Hafen auch ohne eine XXL-Vertiefung weiter wachsen könne.

„Die extra-tiefe Elbe würde lediglich wenigen zusätzlichen Superfrachtern den Weg nach Hamburg eröffnen, auf die die Hansestadt nicht angewiesen ist“, erklärt der Politiker. „Auch für Rechnungsprüfer sollte offensichtlich sein, dass es mit einem gemeinsamen norddeutschen Hafenkonzzept und einer sinnvollen Arbeitsteilung unter den Standorten keine Probleme gäbe, auch für diese Riesenpötte ein adäquates Angebot zu schaffen – und zwar ohne die immensen Folgekosten einer weiteren Elbvertiefung.“

Er baue darauf, dass es bei der Hamburger Zusage bleibe, den Fluss nicht weiter ausbaggern zu wollen als bisher geplant. Rossmann: „Hamburg ist der Antragsteller für die geplante Vertiefung. Wenn die Hansestädter zum XXL-Ausbau nein sagen, ist dieser krude Plan sofort vom Tisch!“

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 20.11.2008, 14:22 Uhr - 11707 Clicks - Nr. 1087

Kontrolle nichtstaatlicher militärischer Sicherheitsunternehmen

Immer mehr nichtstaatliche militärische Sicherheitsunternehmen werden neben regulären Streitkräften in bewaffneten Konflikten eingesetzt.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine verstärkte Kontrolle dieses Sektors, weil diese Ausweitung der Privatisierung militärischer Funktionen das staatliche Gewaltmonopol in Frage zu stellen droht. Um das gestiegene Sicherheitsbedürfnis von internationalen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen und Unternehmen befriedigen zu können, kann bedingt durch zahlreiche instabile Länder und eine steigende Anzahl innerstaatlicher Konflikte nicht ganz auf private Akteure verzichtet werden. Geltendem Völkerrecht zufolge erfolgt im Krieg aber eine Unterscheidung zwischen Zivilist und Kombattant (Soldat) – dies lässt sich im Bereich der nichtstaatlichen Sicherheitsunternehmen oft schwer voneinander trennen.

„Alle in der Bundesrepublik ansässigen privaten militärischen Sicherheitsunternehmen müssen registriert werden“, erklärt Jörn Thießen. Wir brauchen ein Lizenzierungssystem für militärische Dienstleistungen von Unternehmen.“ Ein Verhaltenskodex soll die privaten militärischen Sicherheitsunternehmen zur Selbstregulierung verpflichten. „Selbstverständlich unterliegen Auslandseinsätze militärischer Sicherheitsunternehmen denselben Regeln, wie sie für Auslandseinsätze der Bundeswehr und die deutschen Polizeikräfte im Ausland gelten. Zusätzlich brauchen wir aber auch eindeutige Regeln für die Verfolgung von Straftaten bzw. Haftungsbedingungen in den Einsatzgebieten der Sicherheitsunternehmen“, fordert Thießen. Häufig sei unklar, ob der Einzelne, das jeweilige Unternehmen oder der Auftrag erteilende Staat die Verantwortung für das Handeln übernimmt.

Bis heute hatte es die Bundesregierung versäumt, die 2001 in Kraft getretene „Internationale Konvention gegen die Rekrutierung, Verwendung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern“ zu ratifizieren. „Dies muss dringend nachgeholt werden“, sagt Thießen. Auch auf internationaler Ebene sei eine Registrierung aller existenten privaten militärischen Sicherheitsfirmen wünschenswert. Um eine bessere Kontrolle der Sicherheitsfirmen sowie der von ihnen abgeschlossenen Verträge zu gewährleisten, wäre überdies die Einrichtung einer Instanz, beispielsweise angesiedelt beim UN-Sonderberichterstatter über das Söldnertum, zu empfehlen.

Kommentar von [Dr. jur. von Campe](#) vom 20.11.2008, 14:45 Uhr:

RE: Kontrolle nichtstaatlicher militärischer Sicherheitsunter

Es ist beschämend, was gerade in Somalia abläuft. Um es offen zu sagen : wir haben es alle verpennt, nach "der Sache in Mogadischu" dem Land die Unterstützung zu geben, die es braucht. Ich schließe mich damit ein. Lediglich das Komitee Deutsche Notärzte, damals Rupert Neudeck, CapAnamur, hat sich einige Zeit um dieses Land gekümmert. - Was in Sachen Entwicklungshilfe in den letzten Monaten und Jahren abgelaufen ist, ist einfach nur beschämend. Unbemerkt von der Öffentlichkeit hat sich Berlin ma eben entschlossen, die Liste der Länder, die Entwicklungshilfe "benötigen", extrem zu kürzen. - Um denn nun endlich den Bogen mal zum Thema zu spannen : in den letzten Wochen habe ich mal bei der Agentur für Arbeit in den Stellenangeboten gesucht. Entwicklungshelfer werden weltweit keine gesucht ! Wenn man sich aber mal anschaut, ob "Wachleute" gesucht werden, dann wird man sehr schnell fündig. Einsatzorte : Irak, Kuwait, Afghanistan. Schaut man sich die Home-Page der Arbeitgeber an, dann wird sehr schnell klar, das keine Wachleute gesucht werden, sondern SÖLDNER. Für Wachleute oder Personenschützer hätte ich noch ein gewisses Verständnis. Verständnis aber habe ich nicht mehr, nachdem ich die Genossin Heidemarie im Fernsehen gesehen habe, als sie seinerzeit im erster Klasse Lufthansa-Flugzeug aus Thailand - nach der Flut in der Region dort - zurück kam und dabei aussah, als ob sie nicht aus einer Katastrophennregion kommt, sondern gerade vom Frisör !

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 20.11.2008, 15:30 Uhr - 1440 Clicks - Nr. 1088

Zukunft der Lessinghalle

Zur Zukunft der Lessinghalle erklären Thorsten Stagars (SPD) und Dirk Scheelje (GRÜNE), Mitglieder im Aufsichtsrat der Bäder GmbH:
"Die Renovierung der Lessinghalle wird mit Hochdruck vorangetrieben. Wir rechnen fest mit einem Baubeginn bei der Lessinghalle in 2010.
Noch in diesem Jahr wird ein Architekturwettbewerb bekannt gegeben, über die Entwürfe werden wir im Sommer 09 einen Ratsbeschluss herbeiführen.
Danach werden die einzelnen Baumaßnahmen sofort ausgeschrieben.

Der Schwimmunterricht der betroffenen Schulen ist gewährleistet, ebenso die übrigen Kursangebote, vor allem durch die Ausweitung der Öffnungszeiten



der Schwimmbäder in Gaarden und Schilksee. Besonders wichtig ist uns die Einbindung des Fördervereins Lessinghalle, aber auch der Schwimmvereine in das gesamte Verfahren.

GRÜNE und SPD haben nach Bekanntwerden der schweren technischen Defekte unverzüglich reagiert und im September per Ratsbeschluss die Verwaltung beauftragt, die Sanierung der Lessinghalle vorzunehmen und eine Planung vorzulegen, die eine attraktive Gestaltung des Lessingbades mit einer Erweiterung in Richtung Schrevenpark vorsieht.

Wir haben uns vergewissert, dass die Verwaltung hart an einer schnellen Sanierung der Lessinghalle arbeitet. Der Zeitraum ist eng, aber realistisch."

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 20.11.2008, 17:19 Uhr - 11833 Clicks - Nr. 1089

Gute und anständige Politik ist gefragt

Schülerinnen und Schüler der Oberstufe des Gymnasiums in Brunsbüttel diskutierten mit Jörn Thießen über die aktuelle Bankenkrise. Die Jugendlichen wollten u. a. wissen, wer denn garantiere, dass die Milliarden für die Banken nicht auch „verzockt“ würden, falls diese die Hilfe in Anspruch nähmen.



Der Bundestagsabgeordnete plädierte dafür, den Finanzmarkt national und international strenger zu reglementieren. Geld, das sich ohne Gegenwert vermehren soll, sei „unanständiges“ Geld. Jetzt sei gute und anständige Politik gefragt. Aber auch jeder Einzelne sei aufgefordert, sein Geld vernünftig anzulegen.

Nicht nur arme Leute bräuchten einen starken Staat, sondern auch reichere, um den globalen Finanzfluss vernünftig zu regeln und aufrecht zu erhalten.

Zum Schluss nahmen die Schülerinnen und Schüler folgende Erkenntnis mit: Die Welt braucht gute und anständige Politik, neue Vernunft muss her und Geld braucht immer einen Wert.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 20.11.2008, 17:32 Uhr - 6150 Clicks - Nr. 1090

Dr. Wolfgang Wodarg zu Gast bei Randstad in Flensburg

Zeitarbeit und Mindestlohn stehen derzeit wieder hoch oben auf der politischen Tagesordnung der Großen Koalition. Grund genug für den Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg (SPD) am 18.11.2008 die Randstad-Niederlassung in Flensburg zu besuchen. Dort informierte er sich über den

Zeitarbeiterbedarf sowie die Situation der Zeitarbeiter in der Region und diskutierte gesetzliche Rahmenbedingungen.



In der Flensburger Randstad-Niederlassung sind derzeit rund 130 Zeitarbeitnehmer angestellt, die bei verschiedenen Kundenunternehmen unterschiedlicher Branchen in der Region im Einsatz sind - beispielsweise in der Lebensmittelindustrie und im IT-Support.

"Um Auftragsspitzen zu bewältigen oder um Zeitarbeitnehmer die Chancen auf ein konventionelles Beschäftigungsverhältnis zu bieten, kann Zeitarbeit als Beschäftigungsmotor wirken", so Dr. Wodarg.

Anerkennung äußerte Dr. Wodarg für das von Randstad speziell für Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung entwickelte Konzept "Lernen im Job". Die Mitarbeiter qualifizieren sich hierbei während ihrer Einsätze bei Kundenunternehmen und erhalten über die hinzugewonnenen Kenntnisse einen zertifizierten Abschluss der IHK und des TÜV. Dadurch steigen ihre Chancen, dauerhaft eine feste Anstellung zu bekommen.

Die Realität bei der Zeitarbeit sieht jedoch oft anders aus: Seit 2004 hat sich die Zahl der Zeitarbeiter mehr als verdoppelt. Heute gibt es in diesem Bereich mehr als 600.000 Beschäftigte. Dabei wurde über das eigentliche Ziel, die Integrationsfunktion der Zeitarbeit in den ersten Arbeitsmarkt zu nutzen, deutlich hinaus geschossen. Zeitarbeit stellt zwar eine moderne Form des Arbeitsmarktes dar, aber die aktuellen Erfahrungen sind noch sehr unterschiedlich, denn immerhin gibt es in Deutschland über 20.000 Lizenzinhaber zur Arbeitnehmerüberlassung: Nicht alle haben sich dem flächendeckenden Tarifvertrag zwischen dem Bundesverband für Zeitarbeit (BZA) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) angeschlossen. Um aber zu niedrige Löhne zu vermeiden, sollten die dort vereinbarten Standards für alle Unternehmen in der Zeitarbeit gelten.

"Hier muss die Politik eingreifen und die Arbeitnehmer schützen. Deshalb sind die Pläne meiner Fraktion, die Zeitarbeitsbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen richtig und wichtig. Es ist ein deutliches Signal, dass die großen Zeitarbeitsunternehmen und der BZA dieses Anliegen unterstützen", sagte Wodarg zum Abschluss seines Besuches.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 20.11.2008, 18:31 Uhr - 1567 Clicks - Nr. 1091

Einflussmöglichkeiten der Kleingärtner sollen sichergestellt werden!

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Ralph Müller-Beck erklärt zur Verbesserung der politischen Einbindung des Kleingartenwesens:

„Vor dem Hintergrund einer veränderten Gesetzeslage ist es das Ziel der Kooperation, wieder eine Beteiligung der Interessen der Kleingärtner an der politischen Willensbildung sicherzustellen und qualitativ auszubauen. Die Umsetzung erfolgt über ein dreistufiges Verfahren:

1. Bildung eines Kleingartenbeirates

2. Zusammensetzung des Beirates, der die Differenziertheit des Kleingartenwesens (Vertreter der Kleingartenvereine), die politischen Parteien und sachverständige Kompetenz bündelt
3. Der zuständige Fachausschuss wird ständig um den Tagesordnungspunkt „Kleingartenangelegenheiten“ ergänzt, so dass auch externer Sachverstand in Kleingartenangelegenheiten jederzeit im zuständigen Bauausschuss zu Wort kommen kann.



Dieses Vorgehen ist vor dem Hintergrund der veränderten Rechtslage mit den Kleingartenvereinen im Beisein des Kreisvorstandes der Kleingärtner ohne grundsätzliche Bedenken aufgenommen worden. Eine wesentliche Forderung der Kleingärtner wird somit erfüllt.“

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 21.11.2008, 11:18 Uhr - 2393 Clicks - Nr. 1092

SPD schlägt vor: Neues Geschäftsfeld für Flensburger Stadtwerke

Die SPD-Ratsfraktion hat in der letzten Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke Flensburg einen Prüfauftrag zur Eröffnung eines neuen Geschäftsfeldes eingebracht und damit auf die erneute Erhöhung der Strompreise reagiert.

Da die Stadtwerke Flensburg in den Sommermonaten aufgrund der geringen Wärmeabnahme nicht genügend Strom erzeugen können und somit auf die Stromlieferung über die Börse oder aus Dänemark angewiesen sind, soll eine Erzeugung aus regenerativen Energien in der Region in Erwägung gezogen werden.

Unser Vorschlag: die Stadtwerke könnten in Flensburg Dachflächen von Privathäusern anmieten, Photovoltaikanlage installieren und den gewonnenen Strom einspeisen. Nicht jeder Hausbesitzer kann sich die Installation einer solchen Anlage leisten, das Dach vermieten aber schon, so Regina Porath der SPD Ratsfraktion.

Gleiches gilt für große Dächer von Gewerbebetrieben und städtischen Gebäude, sofern sie eine günstige Ausrichtung haben. Der so durch die Stadtwerke gewonnene Strom könnte zum eigenen Gebrauch aber auch zur Vermarktung bzw. Einspeisung verkauft werden.

Vor dem Hintergrund steigender Großhandelspreise soll diese Investition in die Zukunft die Stadtwerke Flensburg unabhängig und gleichzeitig zum Akteur und Kontrolleur der Strompreise machen.

Generell sei die strategische Ausrichtung der Stadtwerke, die Eigenerzeugung zu stärken anstatt Strom von Drittanbietern zu beziehen eine Möglichkeit zusätzliche Gewinne zu erzielen, so Regina Porath.

So können sie ihre Wettbewerbsposition stärken, mit Energiegewinnung der Zukunft ein qualitativ hochwertiges Stromprodukt anbieten und so zufriedene Kunden an sich binden.

Uns liegen sowohl die Verbraucherinteressen als auch die Stärkung der Flensburger Stadtwerke am Herzen und beides kann z.B. durch eine Stromerzeugung auf angemieteten Dächern gewährleistet werden. Darüber hinaus stärkt es die heimische Wirtschaft und stellt einen weiteren Baustein in der Umsetzung des Projektes Zero, Flensburg CO²-frei zu machen, dar.

Keine Kommentare

Soll die Drostei künstlerisch ausbluten?

Nicolai Overbeck - kulturpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion - fordert sofortiges Handeln

Die Nachricht von der Kündigung der Geschäftsführerin der Drostei, Bessert, hat sehr deutlich gemacht, dass der Fortbestand der Drostei als Kreiskulturzentrum keineswegs gesichert ist.

Als Wahlversprechen unmittelbar vor der Kommunalwahl hatten CDU und FDP im Kreistag ein Budgetvertrag über 151.000 Euro beschlossen. Dem öffentlichen Protest gegen die drohende Schließung der Drostei sollte „die Spitze“ genommen werden. Als Gegenleistung sollte die Drostei stärker mit anderen Kultureinrichtungen im Kreis Pinneberg zusammenarbeiten. Diesen Vertrag, den CDU und FDP mit der Drostei selbst aushandeln wollten, gibt es bis heute nicht. Dieser Vorgang wirft die Frage nach dem Umgang mit der Verantwortung für das Kreiskulturzentrum auf.

„Es ist schon schwer vorstellbar, dass die beiden Fraktionen nicht in der Lage waren, innerhalb eines halben Jahres einen solchen Vertrag abzuschließen“ zeigt sich Nicolai Overbeck, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender verwundert und befürchtet nun, dass sich die Zusagen von CDU und FDP als leeres Wahlversprechen entpuppen. Auch die große ehrenamtliche Unterstützung vieler Bürgerinnen und Bürger für das Kreiskulturzentrum droht durch das säumige Verhalten von CDU und FDP wegzubrechen.

Die SPD-Fraktion hat immer gefordert, die Drostei nicht ohne eine langfristige finanzielle Absicherung bei der notwendigen Vorplanung ihres Kulturangebotes alleine zu lassen. Dies ist jedoch jetzt passiert. Es steht der Drostei für das nächste Jahr kein Geld zur Verfügung. Aber nur so können kurz- und mittelfristig Künstlerinnen und Künstler für die Drostei gewonnen und die gut qualifizierten Mitarbeiter langfristig gehalten werden. „Es besteht die Gefahr, dass das Angebot der Drostei schrittweise ausgedünnt wird bis irgendwann die Arbeit eingestellt werden muss“, befürchtet Overbeck.

Die SPD fordert, nun schnell zu handeln. Der Budgetvertrag mit der Drostei muss zügig abgeschlossen werden, um eine Planungssicherheit für die nächsten Jahre zu gewährleisten. Um möglichen Verzögerungen bei Vertragsgestaltung zu begegnen, wird die SPD im Zuge der Haushaltsberatungen 2009 eine Grundsatzentscheidung einfordern, mit der sich der Kreis politisch auf eine langfristige finanzielle Absicherung der Drostei festlegt. Nur so können auch bedeutendere Künstler, die eine Planungszeit von zwei bis drei Jahren benötigen, für die Drostei gewonnen werden und die guten Mitarbeiter langfristig gehalten werden.

Die derzeitige Unsicherheit –wie z.B. der Verlust der künstlerischen Leitung von Frau Bessert- darf nicht dazu führen, dass dem weit über die Kreisgrenzen hinaus anerkannten Kulturangebot Schäden zugefügt werden, die nicht oder nur sehr schwer in den nächsten Jahren behoben werden können.

Keine Kommentare

Mit Repression und Prävention gegen Gewalt in Fußballstadien

Lothar Hay: „Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken“

Erscheinungsdatum:

21.11.2008

Innenminister Lothar Hay hat im Umgang mit Fußballrowdys seine Null-Toleranz-Strategie bekräftigt. „Die Polizei wird bei Fußballspielen auch weiterhin starke Präsenz und eine niedrige Einschreitschwelle zeigen“, sagte Hay am Freitag (21. November) in Kiel. Gegen Hooligans müsse der Katalog repressiver Maßnahmen konsequent angewendet werden.

Hay sprach sich in diesem Zusammenhang für Platzverweise, Stadionverbote und Unterbindungsgewahrsam aus. Das gelte besonders für den harten Kern der Hooligans, die Fußballspiele lediglich als Plattform für gewalttätige Auseinandersetzungen nutzten. Mit sozialer Prävention könne man bei diesen Leuten nichts mehr erreichen.

Hay sieht allerdings bei dem weitaus größten Teil gewaltbereiter Fußballfans eine Chance, mit den Mitteln der Jugend- und Sozialarbeit Erfolge zu erzielen. „Wir dürfen dieses Ziel nicht aufgeben und müssen unsere Anstrengungen verstärken“, sagte der Minister. Die Polizei in Schleswig-Holstein habe sich auf die Szene bereits gut eingestellt. Zusammen mit dem Schleswig-Holsteinischen Fußballverband sei die Sicherheitsrichtlinie für die Schleswig-Holstein-Liga erarbeitet worden. Sie enthält eine Reihe baulicher, technischer, organisatorischer und betrieblicher Auflagen, die dazu beitragen sollen, dass es nicht zu Ausschreitungen kommt. Mit dem Projekt „Schleswig-Holstein kickt fair“ und dem „Sparda-Bank-Integrations-Cup“ beschreibe der Schleswig-Holsteinische Fußballverband einen richtigen Weg gegen Rassismus und Diskriminierung.

Hay sprach sich für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Polizei und Kommunen aus. „Wir brauchen ein starkes gesellschaftliches Bündnis gegen jede Form von Gewalt“, sagte Hay. Die Arbeit mit den Fußballfans dürfe sich nicht nur auf das Stadion und das Fußballwochenende beschränken. Es bestehe die Gefahr, dass die Gewalt auch auf Spiele der unteren Spielklassen übergreife. Der Fußball und die Vereine seien nicht die Auslöser, sondern die Leidtragenden einer allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung. Umso vorbildlicher sei es, wie sich der Sport bei der Lösung dieses Problems engagiere.

Der Innenminister äußerte sich aus Anlass einer gemeinsamen Veranstaltung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, des Schleswig-Holsteinischen Fußballverbandes und der Deutschen Sportjugend. Unter dem Motto „Vereine stark machen - im Norden“ hatten die drei Organisationen ehren- und hauptamtliche Sportfunktionäre zu einer Arbeitstagung nach Bad Segeberg eingeladen, um sie mit Ideen und Informationen zu versorgen, wie Vereine gemeinsam mit ihren Mitgliedern und Fans gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in den eigenen Reihen vorgehen können. Es geht aber auch um den richtigen Umgang mit auffälligen Jugendspielern und dem falschen Verhalten von Eltern am Spielfeldrand. Integration durch Fußball steht ebenso auf Programm der zweitägigen Veranstaltung wie die Frage, wie sich Vereine gegen Rechtsextremismus stark machen können.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 21.11.2008, 14:58 Uhr - 12280 Clicks - Nr. 1095

Jörn Thießen erneut für den Bundestag nominiert

Bei der Wahlkreis-konferenz in Wilster am 20. November wurde Jörn Thießen mit überragender Mehrheit zum Kandidaten für den Wahlkreis 3 gewählt. In seiner Rede verdeutlichte er, wie wichtig eine Zusammenarbeit von Kernkraftgegnern, Gewerkschaften und vor allem der Jugend für die Gestaltung Deutschlands ist.

"Die Partei ist nicht nur der Betriebsrat der Nation, sondern auch Ratgeber für die Wirtschaft", so Jörn Thießen. "Wir werden uns von den Linken die Verantwortung für unsere Gesellschaft nicht wegnehmen und von der CDU nicht sagen lassen, was Heimat bedeutet", lautet die Ansage des Bundestagsabgeordneten. "Die beiden großen menscheitsgeschichtlichen Ideen, das Soziale und das Demokratische, werden vor allem von der SPD vorangebracht."



Er bedankte sich bei den Kreisverbänden für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung für den kommenden Wahlkampf 2009.

Abgegeben wurden 85 gültige Stimmen. Davon entfielen 78 auf Jörn Thießen. Bei zwei Enthaltungen stimmten fünf gegen ihn.

Keine Kommentare

[SPD-Hohenlockstedt](#) - veröffentlicht am 22.11.2008, 10:20 Uhr - 3994 Clicks - Nr. 1096

Klage zurückgenommen

Zehn Bürgerinnen und Bürger, darunter auch Mitglieder der SPD-Fraktion in der Hohenlockstedter Gemeindevertretung und weitere Bürgerinnen und Bürger, bemühten sich seit Februar 2006, die Hohenlockstedter Amtsverwaltung gegen die CDU und die Wählervereinigung zu erhalten. Dabei wurden nicht nur politische Argumente und sachliche Beiträge wie die Empfehlungen des Landesrechnungshofes vorgetragen, sondern auch die Beachtung der Rechtsordnung eingefordert. Weder die hiesige Verwaltung noch der Kreis oder gar das Innenministerium waren jedoch bereit, auf die rechtlichen Argumente überhaupt einzugehen. Ein solches Verhalten kann nur als Affront gegen die Bürgerinnen und Bürger betrachtet werden, die sich als ehrenamtliche Mitglieder der Selbstverwaltung für das Gemeinwohl engagieren und Anspruch auf Respekt und Beachtung haben.

Dabei müssen die Kläger nicht im Recht sein. In einem demokratisch verfassten Rechtsstaat muss man jedoch erwarten können, dass der kritische Bürger und demokratische Mensch mit Argumenten überzeugt oder gar widerlegt wird. Dies gilt umso mehr für eine oberste Landesbehörde, da ein Vorverfahren (eine vorgeschaltete Selbstprüfung der Verwaltung) gegen diese Behörden nicht stattfindet. Der Gesetzgeber geht von vornherein davon aus, dass die obersten Behörden eines Landes die Gesetzesbindung der Verwaltung aufgrund ihrer unterstellten Kompetenz beachten werden.

In dieser Situation sahen die Kläger nur noch die Überprüfung der ministeriellen Entscheidung als letzten Ausweg. Aber auch hier konnte sich das Innenministerium um eine Stellungnahme in der Sache drücken. Das Gericht übernahm die Auffassung der beklagten Behörde und sprach den Klägern die Klagebefugnis ab. Damit wurde nunmehr erreicht, dass eine verwaltungsgerichtliche Prüfung im Rahmen der Freiwilligkeitsphase nicht stattfindet, da auch die eine Fusion beantragenden Gemeinden nicht klageberechtigt sind. Die Rechtsweggarantie des Grundgesetzes wird total unterlaufen. Die Kläger waren gezwungen, die Klage zurückzunehmen, um nicht eine mehrfache Gerichtsgebühr entrichten zu müssen. Hinzu kam die Androhung eines unangemessen hohen Streitwertes.

Die Angelegenheit ist jedoch nicht vom Tisch. Es gibt weitere zulässige demokratische Möglichkeiten, rechtlich korrekte Entscheidungen einzufordern. Die durchgeführte Verwaltungsreform ohne vorgegebenes landesweites Konzept und ohne Funktionalreform (Festlegung der Arbeitsteilung innerhalb der Verwaltungshierarchie) kann nur als Farce angesehen werden, wobei die Hohenlockstedter Amtsverwaltung als Alibi erhalten muss. Die reformunfähige Große Koalition bedarf der Ablösung. Dies gilt im Besonderen aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger, für sich für demokratische und rechtsstaatliche Verwaltungsstrukturen und sich im Übrigen für eine professionelle, bürgernahe und wirtschaftliche Verwaltung in Schleswig-Holstein einsetzen wollen. Hirauf ist das Land mit seiner desolaten Finanzlage dringend angewiesen.

Friedrich Kortüm

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 22.11.2008, 15:21 Uhr - 6638 Clicks - Nr. 1097

Sylter SPD: Besuch aus Berlin (PRESSE-ECHO)

Am Donnerstag besuchte der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg die Insel und damit auch den Vorstand des Sylter Ortsvereins. Er erklärt: "Ich bin zwar für den Wahlkreis Schleswig/Flensburg in Berlin, betreue aber auch Nordfriesland mit, weil hier kein eigener SPD-Abgeordneter gewählt wurde."



Als demnach auch für Sylt Verantwortlicher setzt er sich beim Thema Fliegerhorst für Zeitgewinn ein. Um die Sport- und Kultureinrichtungen sowie vor allem die Sylter Werkstätten dort trotz der mit dem Bund vereinbarten Nullnutzung zu erhalten, will sich Wodarg zunächst für eine Fristverlängerung stark machen: "Wir brauchen erstmal einen Aufschub, damit der Fliegerhorst nicht in zwei Jahren leer sein muss." Um dies zu erreichen, setzt er auch auf parteiübergreifende Abstimmungen. Und die könnten auch beim Thema Grundwasser nötig sein: Als Facharzt für Hygiene und Umweltmedizin ist Wodarg die Fernwärmebohrung im Wasserschutzgebiet ein Dorn im Auge: "Das würde ich verbieten, weil dabei

Schmiermittel verwendet werden, die ins Grundwasser gelangen können."

Nach einer abendlichen Diskussion mit interessierten Syltern machte sich Wodarg auf dem Heimweg - natürlich per Bahn und Bus. Denn, so sagt er, "wer die Welt verändern will, muss merken, wo es nötig ist." Und besserer Nahverkehr zwischen Sylt und Flensburg, am besten auf der vorhandenen Bahntrasse, ist für Wodarg bitternötig: "Durch die schlechte Verbindung der Urlaubsregionen an Nord- und Ostsee verschenken wir bares Geld."

Erschienen in den Sylter Nachrichten am 22.11. 2008, Seite 11.

[Wodarg macht's: Kontinuität im Wahlkreis und Wandel in Berlin](#)

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 22.11.2008, 19:18 Uhr - 3635 Clicks - Nr. 1098

SPD-Engelsby: Neu im Kreisvorstand

Auf dem heutigen Kreisparteitag der Flensburger SPD standen neben dem politischen Referat von Ralf Stegner und dem Bericht über die Arbeit der Ratsfraktion und des Kreisvorstandes Nachwahlen auf der Tagesordnung.

In den fünf Wahlgängen konnte drei Positionen durch Mitglieder des Ortsvereins Engelsby besetzt werden. Gewählt wurden Anke Schmid zur Beisitzerin, Malte Nehlsen als Revisor und Herbert Ohms zum Pressereferenten.



Simone Lange vom OV-Adelby wurde ebenfalls zur Beisitzerin und Sebastian Henkel vom OV-Nord als Revisor in den Kreisvorstand gewählt.

Kreisvorstandsvorsitzender Helmut Trost gratulierte den Neuen im Kreisvorstand mit einem Blumenstrauß zu ihrer Wahl.

Foto:

Anke Schmid, Herbert Ohms, Simone Lange und Helmut Trost (v.l.n.r.)

Kommentar von [Hermann Jobben](#) vom 25.11.2008, 14:40 Uhr:

RE:SPD-Engelsby: Neu im Kreisvorstand

Herzlichen Glückwunsch zu eurer Wahl in den Kreisvorstand. Hermann Jobben

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 23.11.2008, 10:00 Uhr - 6647 Clicks - Nr. 1099

Wahrnehmungsstörungen

Der Vorsitzende des Umweltausschusses Hans Peter Robin erklärt, dass im Gutachten zum Stadtsee als Empfehlung vorgeschlagen wird, zur Verbesserung der Lichtverhältnisse, eine abschnittsweise Reduzierung des Gehölzbewuchses durchzuführen. Die Gehölze können auf den Stock gesetzt werden, sich nachfolgend wieder entwickeln und für Vögel als Brutplatz dienen. „Wenn Herr Krabbes darin die Attestierung eines kritischen Pflegezustandes erkennt, mag es sein Geheimnis

bleiben!“ so Robin.

Weiter stellt der Ausschussvorsitzende richtig, dass der CDU-Antrag „Grünpflege im Bereich des Untereiderbeckens“ mit den Kernsätzen

„bis zum 30.11.08 von sichtbehindernden Buschwerk zu befreien und kleinere Bäume in diesem Bereich zu fällen“ im Umweltausschuss am 30.10.08 zurückgezogen und am 13.11.08 erneut eingebracht wurde. Die überwiegende Mehrheit des Ausschusses argumentierte inhaltlich wegen des „Kahlschlagsvorhabens“ gegen den Antrag der CDU-Fraktion und entschied sich dann einstimmig für den Vorschlag der SPD-Fraktion, der darauf hinzielt, für den Bereich des Untereiderbeckens ein

Konzept für eine nachhaltige gärtnerische Pflege zu entwickeln und regelmäßig während der vegetationsfreien Zeit den Bewuchs im Uferzonenbereich zurück zuschneiden und auszulichten.

„Krabbes Antrag enthält das Wort „Auslichten“ überhaupt nicht. Er beantragte das Fällen und Beseitigen. Über den Antrag wurde nach einer Diskussion nicht abgestimmt, sondern der weitergehende Antrag der SPD-Fraktion erhielt dann die einstimmige Unterstützung aller Fraktionen“, macht der Ausschussvorsitzende deutlich, „woher Krabbes aber trotzdem die fraktionsübergreifende Unterstützung seines Antrages her ableitet, bleibt mir ein Rätsel.“

Bezug: Rendsburger Tagespost vom 20.11.08 „Kein Vorwurf an die Mitarbeiter - Krabbes weistzurück“

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 23.11.2008, 15:47 Uhr - 3937 Clicks - Nr. 1100

Semcoglas investiert in Kropp

Am 19. November begibt Semcoglas den symbolischen ersten Spatenstich für den Bau eines neuen Isolierglasbetriebes in Kropp

Die Aktion erfolgte im Beisein von Landrat Bogislav von Tessen, Herrn Bürgermeister Müller, Herrn Bürgervorsteher Klaus Lorenzen, Herrn Dr. Matthiesen und Herrn Otzen von der Wirtschaftsförderungs- und Regionalentwicklungsgesellschaft Flensburg/Schleswig (WiREG)



sowie weiterer Mitglieder aller Fraktionen der Gemeindevertretung.

Mit der Verlagerung der heute in Kiel etablierten Aktivitäten verschafft sich Semcoglas neben einer deutlichen Kapazitätserweiterung auch wichtige logistische Vorteile für die Bedienung der Kunden sowohl in Schleswig-Holstein als auch im benachbarten Skandinavien.

Auf einem rd 15000 m² großen Areal mit guter Anbindung an die A 7 entsteht ein moderner, zunächst rund 7500 m² großer Betrieb für die Herstellung von Isolierglas und weiteren Gläsern zur Anwendung in Fenstern, Fassaden und im Innenbau. Im Zuge der Standortverlagerung plant Sencoglas nahezu eine Verdoppelung der Belegschaft.

Künftig werden in Kropp 60 Menschen einen zukunftssicheren Arbeitsplatz finden, die Anzahl der Ausbildungsplätze in den Berufen Industriekaufmann und Flachglasmechaniker wird Sencoglas in diesem Zuge gleichfalls deutlich erhöhen. Sencoglas lobt die unkomplizierte und sehr effektive Zusammenarbeit mit der Gemeinde Kropp und der WiREG.

Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

Artikelarchiv 2008

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 23.11.2008, 15:52 Uhr - 5128 Clicks - Nr. 1101

Bartels wieder Bundestagskandidat für Kiel, Altenholz und Kronshagen

Mit 95% wurde Hans Peter Bartels wieder zum Kieler Bundestagskandidaten gewählt! Das ist ein Spitzenergebnis, das auch die große Geschlossenheit der Partei und die hohe Akzeptanz "HPBs" deutlich machen. Auf einer Kreismitgliederversammlung des Wahlkreises 5, an der auch der OV Altenholz und der OV Kronshagen teilnahmen, nominierten fast 180 Genossinnen und Genossen erneut den bisherigen Abgeordneten.

Einer der ersten Gratulanten war

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, der dann im Anschluss eine viel beklatschte Rede an die Versammlung hielt.



Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 23.11.2008, 16:08 Uhr - 7795 Clicks - Nr. 1102

Walter-Damm-Preis 2008 an Sabine Loof und Ute Tautz

In feierlichem Rahmen überreichte Schleswig-Holsteins Innenminister Lothar Hay die Auszeichnung am 23. November 2008.

Für ihr 30jähriges ehrenamtliches Engagement in der Lern- und Hausaufgabenhilfe erhalten Sabine Loof und Ute Tautz den Walter-Damm-Preis für soziale Initiativen. Mindestens dreimal in der Woche bieten die Preisträgerinnen in der Theodor-Storm-Schule in Wedel eine Lern- und Hausaufgabenhilfe an. Ihr Konzept richtet sich besonders an Kinder mit Migrationshintergrund. Inzwischen werden auch die Familien und das soziale Umfeld in die Betreuung einbezogen. Im letzten Jahr haben über 200 Kinder die Hilfen in Anspruch genommen.

"Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf Menschen, die sowohl im ehrenamtlichen als auch im beruflichen Bereich sozial tätig sind", erklärte Innenminister Lothar Hay in seiner Laudatio im

Appener Bürgerhaus. Das bürgerschaftliche Engagement sichere den zusammenhalt unseres Gemeinwesens. "Jenseits von Gewinnstreben, jenseits von Kalkül und Karriere, von Ansehen und Macht formst sich eine zivile Bürgergesellschaft, die auf Solidarität, auf Nachbarschaftshilfe, auf gegenseitige Unterstützung und Hilfe setzt", so Lothar Hay.

Die Preisträgerinnen seien für viele Familien ausländischer Herkunft in Wedel zu Vertrauenspersonen geworden, die bereits der zweiten Generation mit Rat und Tat zur Seite stehen. "Dieser Einsatz für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist beispielhaft und ist in besonderer Weise herausragend", betonte der Minister.

Er forderte mehr Anerkennung und Wertschätzung für alle, die ehrenamtlich tätig sind. "Anerkennung muss Impulse setzen. Die SPD im Kreis Pinneberg setzt seit vielen Jahren Impulse in die richtige Richtung", lobte Lothar Hay.

Der Walter-Damm-Preis wird seit 1995 vom SPD-Kreisverband Pinneberg vergeben. Er ist mit 1500 Euro dotiert und erinnert an den ersten Landrat des Kreises nach dem zweiten Weltkrieg. Die Jury hatte in diesem Jahr die schwierige Aufgabe, unter 27 Vorschlägen auszuwählen. "Verdient haben den Preis eigentlich alle Vorgeschlagenen", so die stellvertretende Kreisvorsitzende Roswitha Müllerwiebus. Dennoch konnten sich die Jurorinnen und Juroren einstimmig auf das Wedeler Projekt verständigen.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 23.11.2008, 16:46 Uhr - 5210 Clicks - Nr. 1103

SPD Kiel wählt neuen Schatzmeister

Die Kieler SPD hat einen neuen Kreisschatzmeister: Mathias Rekasch wurde auf dem außerordentlichen Kreisparteitag am 22.11.2008 in sein neues Amt gewählt. Er löst Barbara Veldten ab, die aus beruflichen Gründen zurückgetreten war.



Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 23.11.2008, 17:20 Uhr - 2538 Clicks - Nr. 1104

Soziales Engagement wird gewürdigt

Walter Damm Preis 2008 für 30jähriges Engagement in der Lern- und Hausaufgabenhilfe

Die 5 unabhängigen Juroren hatten es nicht leicht. Aus 27 Vorschlägen mussten sie den Preisträger des „Walter-Damm-Preises 2008 auswählen. Die Wahl fiel nach intensiver Beratung und Würdigung aller Vorschläge einstimmig an Frau Ute Tautz und Sabine Loof aus Wedel.

Mit ihrer Entscheidung würdigte die Jury das 30jährige ehrenamtliche Engagement von Frau Tautz und Frau Loof in der Lern- und Hausaufgabenhilfe an der Theodor – Storm – Schule in Wedel. Besonders preiswürdig und beispielhaft für das soziale Engagement befand die Jury das integrative Konzept der Preisträgerinnen. Es richtet sich an Kinder mit und ohne Migrationshintergrund unter Einbeziehung der Familien und ihres sozialen Umfeldes. Die Arbeit von Frau Tautz und Frau Loof –so die Jury- ist ein in der Praxis bewährtes und erfolgreiches Beispiel für den sozialen Ausgleich in unsere Gesellschaft und der Toleranz gegenüber Menschen unterschiedlicher kultureller und sozialer Herkunft.

Die Preisträgerinnen werden in einer Feierstunde am 23. Nov. 08, 11.00 Uhr im Appener Bürgerhaus den vom SPD-Kreisverband gestifteten und mit 1.500,00 € dotierten Preis vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein überreicht bekommen.

Gez.

Hans-Helmut Birke

-Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes und der Jury des „Walter-Damm-Preises“

Kontaktadressen der Preisträgerinnen

Frau Ute Tautz, Neuwerkstraße 5, 22880 Wedel, Telefon: 04103/3231

Frau Sabine Loof, Rudolf-Kinau-Weg 2, 22880 Wedel, Telefon: 04103/5599

Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 23.11.2008, 17:23 Uhr - 3151 Clicks - Nr. 1105

Pinneberger Tageblatt – Seite 2 vom 20.11.2008

Auszeichnung für die "Übstunden"

Pinneberger Tageblatt – Seite 2 vom 20.11.2008

Seit 30 Jahren engagieren sich Ute Tautz und Sabine Loof für die Wedeler Hausaufgabenhilfe. Sie unterstützen Kinder von Migranten, bringen ihnen Deutsch bei und sorgen dafür, dass sie die Schule abschließen. Der Einsatz der beiden Frauen geht jedoch noch viel weiter: Sie beziehen die Familien ihrer Schützlinge mit in ihre Arbeit ein. Ein Engagement, das nun ausgezeichnet wird.

Ihre Tochter hatte Angst, in die Schule zu gehen. Da waren die acht türkischen Jungs, die kaum Deutsch sprachen, dafür aber den Unterricht störten. Die nicht nur in den Pausen für Randalen sorgten. So schlimm, dass sogar Blut floss.

Ihre Mutter, Sabine Loof, hatte mit der Lehrerin der ersten Klasse der Wedeler Albert-Schweitzer-Schule (ASS) gesprochen. Diese erzählte der Mutter von der Hausaufgabenhilfe für Kinder von Migranten. Ob sie dort nicht helfen könne, fragte die Pädagogin. Loof sagte zu. Fortan half sie einmal die Woche in dem Projekt, damals noch vom Kirchenkreis (Frau Mecklenburg) organisiert. Kurz danach stieß auch Ute Tautz dazu, deren Tochter auch die erste Klasse besuchte.

Ihr Engagement ging über die "Übstunden", wie die Hilfe von den Kindern genannt wird, hinaus.

Loof kümmerte sie sich auch um ein türkisches Mädchen, deren Familie ihnen gegenüber wohnte. Die wurde von der ersten Klasse befreit und sollte den Kindergarten besuchen, um dort Deutsch zu lernen - eine Sprache, die dem Mädchen bis dahin unbekannt war. Loof nahm sie jeden Tag mit in den Kindergarten. Die Familie des Mädchens fasste bald Vertrauen zu der heute 66-Jährigen. "Bald fing ich an, mit ihnen zum Arzt zu gehen, Krankenscheine zu besorgen", erinnert sich Loof.

Das ist nun 30 Jahre her. Mittlerweile haben die beiden Frauen die Leitung der Hausaufgabenhilfe übernommen. Was ursprünglich als Provisorium gedacht war, hat sich als gute Lösung etabliert. Sie werden von sechs zusätzlichen Betreuern unterstützt, eine von ihnen besucht selbst noch die zwölfte Klasse des Rist-Gymnasiums.

Vielen Jungen und Mädchen haben dem Projekt ihren Schulabschluss zu verdanken - auf "hoffnungslose" Fälle. Immer wieder erinnert sich Loof an einen Jungen, den sie seit der ersten Klasse betreut hatte. "Er kam kaum in die Hufe, konnte wenig Deutsch sprechen", erinnert sich die 66-Jährige. Weil er mit dem Stoff nicht hinterherkam, sollte er auf die Sonderschule gehen. Loof setzte sich für den Jungen ein, er durfte weiter auf die Grundschule gehen - und die Hausaufgabenhilfe besuchen. "Mit Gottes Hilfe und Frau Loof schaffe ich auch das Abitur", war er sich sicher. Die Fachhochschulreife hat der Junge, der auf die Sonderschule sollte, erreicht. Er absolvierte eine Lehre, "nun macht er an der Abendschule seinen Fachwirt", sagt seine Betreuerin.

Wie der angehende Fachwirt hat das Engagement der beiden Frauen zahlreiche Migrantenkinder vor dem gesellschaftlichen Aus gerettet. Denn Hauptschüler haben laut Bildungsbericht der Bundesregierung sehr schlechte Berufschancen. Nur 43 Prozent der Hauptschüler finden in den ersten sechs Monaten nach Schulende eine weitere qualifizierende Ausbildung. Erschreckende Bilanz: Selbst nach zahlreichen Zusatzkursen von der Arbeitsagentur konnten 40 Prozent nach 30 Monaten nicht vermittelt werden. Als besondere Problemgruppe hebt der Bericht Kinder mit Migrationshintergrund hervor.

Doch das Engagement der Frauen geht über die Hausaufgabenhilfe hinaus. "Wir begleiten zahlreiche Familien, sind für viele die erste Ansprechpartnerin, wenn es Probleme gibt", beschreibt die 65-jährige Tautz ihre Arbeit. So hat Loof, die beim TSV Trainerin ist, 14 türkischen Frauen das Schwimmen beigebracht. Nicht ohne Hindernisse. "Wir mussten die Fenster zur Halle abkleben, damit die Männer nicht hineingucken können", sagt sie schmunzelnd.

30 Jahre Hausaufgabenhilfe, das heißt auch, ganze Familien zu betreuen. Die ersten Enkelkinder besuchen bereits die "Übstunde". Ein gutes Druckmittel für die Betreuer. "Oft sag ich den Kindern nur 'Grüß deinen Vater schön, ich komm bald mal auf einen Tee vorbei'", sagt Tautz. "Das wirkt ungemein auf die Kleinen." Keine unwahrscheinliche Ankündigung. Denn die beiden seien mittlerweile in vielen Familien gern gesehene Gäste, waren bei vielen Hochzeiten und anderen Feste dabei. Nur ein Zeichen dafür, wie dankbar die Familien sind. Bei Tautz und Loof zu Hause stapeln sich die Dankesbriefe. "Zwei dicke Ordner voller Schreiben habe ich gesammelt", erzählt Loof. Auch Tautz Sammelleidenschaft konnte im Laufe der Jahre gestillt werden. Immer wieder schenkten ihr dankbare Schüler und Familien kleine Döschen aus aller Welt. "Ich hab mittlerweile so viele, dass ich leider gar keinen Platz mehr für weitere habe", so Tautz. "Ich weiß aber noch bei jeder Dose, von wem ich die bekommen haben und woher die stammt."

Zu sehen, was sie erreichen und die Dankbarkeit spüren: Das ist für die Beiden der Antrieb, nach 30 Jahren weiter zu machen. auch wenn sich die Arbeitsbedingungen gewandelt haben. Früher seien die Jungen und Mädchen meist aus armen Familien gekommen, viele hätten zudem kaum Deutschkenntnisse gehabt. "Heute merken wir bei den Jugendlichen vor allem, dass die demotiviert sind und keinen Respekt mehr haben", weiß Tautz. Die zwei Frauen hätten aktuell viel Motivationsarbeit zu leisten. Denn viele Schüler würden sich auf den Lorbeeren ihrer Eltern

ausruhen und planen die Geschäfte zu übernehmen. "Die sehen nicht ein, weshalb sie in der Schule Leistung bringen sollten", so die 65-Jährige.

Trotz aller Widrigkeiten und der Belastung: Ans Aufhören denken beide bislang nicht. Sie wissen, dass es keine Nachfolger für sie gibt: "Die jungen Frauen können sie das nicht mehr leisten, die müssen alle Geld mitverdienen", merkte Tautz an. "Deshalb helfen wir solange weiter, wie wir Lust haben." Und solange es die Familien der beiden noch mittragen würden. "Wir müssen schon dankbar sein, dass unsere Männer uns so gut unterstützen und mitziehen, das ist nicht selbstverständlich", ergänzt Loof.

Am Sonntag, 23. November, ab 11 Uhr, werden die beiden im Appener Bürgerhaus für ihr Engagement mit dem vom SPD-Kreisverband gestifteten und mit 1.500 Euro dotierten Walter-Damm-Preis ausgezeichnet. Innenminister Lothar Hay (SPD) wird beiden Frauen ehren, die bereits das "goldene Kronenkreuz" des Diakonischen Werkes erhalten haben.
von Sascha Bauermeister

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 24.11.2008, 15:29 Uhr - 45970 Clicks - Nr. 1106

AsF Schleswig-Holstein tagte in Flensburg

Am Samstag, dem 15. November 2008, fand in den Räumen der Fachhochschule Flensburg die Ordentliche Landesfrauenkonferenz der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) Schleswig-Holstein statt.

Der gesamte Vorstand stand zur Wahl: Dabei wurden die AsF-Landesvorsitzende Cornelia Östreich und ihre beiden Stellvertreterinnen Regina Selke und Bärbel Juister mit nahezu einstimmigen Ergebnissen im Amt bestätigt.

Neue Schriftführerin der Landes-AsF ist Gerlinde Böttcher aus dem Kreis Steinburg; ihre langjährige Vorgängerin Barbara van Stipriaan aus Rendsburg-Eckernförde hatte nicht wieder kandidiert.

Mit den Beisitzerinnen Christiane Lescau, Snejina Lorenz, Ulrike Opravil, Barbara Philipsen und Mechthild Schweitzer – alle bereits in der letzten Amtsperiode aktiv – wurde der Vorstand komplettiert.

Die Veranstaltung war gut besucht und diskussionsfreudig.

Neben einer Rede von Landtagsvizepräsidentin Ingrid Franzen und erfreulich vielen Grußworten – vom Flensburger SPD-Kreisvorsitzenden über die Vertreterin des SSW bis zur Bundesebene – standen ein Antrag zum Landeswahlgesetz und eine Resolution zum Thema „Bildung“ auf dem Programm.

In der Mittagspause gab es nicht nur Verpflegung vom JAW, sondern auch kulturelle Highlights: Die Siegerin eines von der Flensburger AsF organisierten Schreibwettbewerbs las ihren Beitrag vor und nahm ihren Preis entgegen, und die Performance zur Festveranstaltung „90 Jahre Frauenwahlrecht“ wurde wieder aufgeführt.

Abschließend wurden die beiden aus dem AsF-Landesvorstand ausgeschiedenen Mitglieder – Barbara van Stipriaan und Sozialministerin Gitta Trauernicht – in Abwesenheit geehrt.

UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung

Die UN-Konvention ist ein Meilenstein in der Politik für Menschen mit Behinderung, weil erstmals auf menschenrechtlicher Ebene klargestellt wird, dass Menschen mit Behinderung von Anfang an ein Recht auf gleichberechtigte Zugehörigkeit zur Gesellschaft haben. Sie müssen z.B. selbst wählen dürfen, wo und mit wem sie wohnen dürfen. Die zwangsweise Unterbringung in Heimen oder anderen Wohnformen ist konventionswidrig. Auch viele andere Bereiche sind davon berührt.

Als Menschen mit Behinderung, die Anspruch auf Rehabilitationsleistungen haben, gelten alle Menschen deren Gesundheitszustand länger als sechs Monate vom alterstypischen Zustand abweicht. Somit auch für alle Pflegebedürftigen und chronisch kranken Menschen, wie z.B. Diabetiker. Das Ratifikationsverfahren wird noch in diesem Jahr abgeschlossen, so dass die Konvention in Deutschland am 1. Januar 2009 inkraft tritt.



Mit diesem internationalen Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen liegt ein Dokument vor, das den Schutz der in zahlreichen anderen UN-Konventionen geregelten Menschenrechte speziell abgestimmt auf die Belange von Menschen mit Behinderungen regelt. Erklärtes Ziel der Konvention ist die Chancengleichheit der Menschen mit Behinderungen sowie ihre umfassende Teilhabe in der Gesellschaft zu fördern und ihre Grundrechte zu garantieren.

Mit der Ratifikation des Gesetzes verpflichtet sich Deutschland gegenüber der Bevölkerung, aber auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft, die UN-Konvention einzuhalten und umzusetzen. Der Umsetzungsprozess setzt nach Inkrafttreten des Gesetzes ein.

Die Konvention unterstützt unsere bisherigen Handlungen und Entscheidungen in der Behindertenpolitik. Wir haben dann die Aufgabe, rechtliche Anpassungen an die Ansprüche der Konvention anzuschließen und bereits bestehende Ansätze auszubauen. Dem Parlament kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu, um die Umsetzung durch die Regierung einzufordern. Wir als Sozialdemokraten haben als fortschrittliche Kraft in der Sozialpolitik diese Konvention möglich gemacht und müssen nun auch die Umsetzung mit beeinflussen.

Anlässlich der 3. Werkstattträtekonzferenz am 27. November 2008, hat die SPD - Bundestagsfraktion eine Erläuterung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung in einfacher Sprache erstellen lassen, die ich hier wiedergebe:

Alle Menschen haben Menschen-Rechte. Menschen mit Behinderungen haben die gleichen Rechte wie alle anderen Menschen. Überall auf dieser Welt.

Oft geht es behinderten Menschen schlechter als Menschen ohne Behinderungen. Die meisten behinderten Menschen leben in sehr armen Ländern. In vielen Ländern haben behinderte Menschen weniger Rechte. Sie werden oft schlechter behandelt.

Das ist ungerecht. Das soll anders werden. Deshalb hat die UN einen Vertrag geschrieben. Den Vertrag sollen viele Länder auf der Welt unterschreiben. Diese Länder müssen dann den Vertrag einhalten.

Die UN ist eine große Gruppe. Sie macht für die ganze Welt Politik. In der UN arbeiten fast alle Länder der Welt mit.

Die UN hat genau nachgedacht. Sie hat behinderte Menschen gefragt. Viele behinderte Menschen aus der ganzen Welt haben an dem Gesetz mitgearbeitet. Sie wissen am besten: Welche Rechte brauchen wir? Wo werden wir schlecht behandelt? Was muss besser werden?
Was steht in dem Vertrag?

Behinderte Menschen haben die gleichen Rechte wie alle anderen Menschen auch. Sie dürfen nicht schlechter behandelt werden. Sie sollen selbst über ihr Leben bestimmen. Sie sollen die Unterstützung und Hilfen bekommen, die sie brauchen.

Behinderte Menschen sind wichtig. Sie sollen ernst genommen werden. Sie sollen überall mitreden können. Wie alle anderen Menschen auch.
In dem Vertrag steht auch:

Die Länder sollen besonders auf die Rechte von behinderten Frauen achten. Behinderte Frauen werden oft doppelt ungerecht behandelt: Weil sie behindert sind. Und weil sie Frauen sind. Sie erleben oft Gewalt. Deshalb brauchen behinderte Frauen besondere Hilfen.

Auch über behinderte Kinder steht etwas in dem Vertrag: Sie sollen die gleichen Rechte haben wie alle Kinder.

Viele Menschen haben ein schlechtes Bild über behinderte Menschen im Kopf. Die Länder müssen das ändern. Das Fernsehen und die Zeitungen sollen mehr über behinderte Menschen berichten. Alle Menschen sollen erfahren: Wie leben behinderte Menschen?
Was ist wichtig für behinderte Menschen?

Barriere-Freiheit

Behinderte Menschen sollen überall mitmachen können. Aber es gibt viele Hindernisse.

Das sind zum Beispiel Hindernisse für Menschen im Rollstuhl: -Treppen -Zu kleine Toiletten -Eingänge und Ausgänge auf Bahnhöfen -Stufen bei Zügen, Bussen und Flugzeugen

Das ist zum Beispiel ein Hindernis für Menschen mit Lernschwierigkeiten: -Schwere Sprache

Das ist zum Beispiel ein Hindernis für gehörlose Menschen:
-Es gibt nicht genug Gebärdensprache-Dolmetscher.

Alle diese Hindernisse machen es für behinderte Menschen schwer. Deshalb können sie oft nicht mitmachen.

Darum: Viele Hindernisse müssen weg. Zum Beispiel: Menschen im Rollstuhl brauchen Rampen

oder Aufzüge. Sie brauchen große Toiletten-Räume.

Menschen mit Lernschwierigkeiten brauchen leichte Zeichen-Erklärungen. Sie brauchen das besonders hier: An öffentlichen Plätzen und Gebäuden.

Gehörlose Menschen brauchen Gebärden-Dolmetscher.

Alle Länder sollen diese Hindernisse beseitigen. Damit alle Menschen mitreden können. Damit alle Menschen mitmachen können.

Gleiche Rechte

Menschen mit Behinderungen haben die gleichen Rechte wie alle Menschen. Sie können wie alle zu einem Gericht gehen. Die Richter und Richterinnen müssen behinderte Menschen ernst nehmen. Behinderte Menschen müssen Unterstützung für ihre Rechte bekommen, wenn sie welche brauchen.

Zum Beispiel: Eine Person erklärt die Gesetze. Sie kann helfen, wenn das die behinderte Person möchte. Aber sie darf nicht über die behinderte Person bestimmen. Auch nicht über eine Person mit Lernschwierigkeiten. Oder über eine Person mit einer psychischen Krankheit. Oder eine Person, die nicht sprechen kann.

Was die behinderte Person will, ist wichtig. Sie soll entscheiden.

Wohnen

Behinderte Menschen sollen selbst entscheiden: Wo möchte ich wohnen. Mit wem möchte ich wohnen.

Behinderte Menschen haben die Wahl. Sie können ihre Wohn-Form aussuchen. In der eigenen Wohnung oder einem Wohn-Heim. Alleine oder in einer Wohn-Gemeinschaft. Oder mit dem Partner oder der Partnerin. In der Stadt oder auf dem Land.

Und sie bekommen die nötige Hilfe da, wo sie wohnen. Niemand muss in ein Heim ziehen, nur weil er oder sie Unterstützung braucht. Die Unterstützung soll zu der Person kommen.

Alle Menschen haben ein Recht auf Privat-Sphäre. Auch behinderte Menschen egal, wo sie wohnen: Das heißt: Niemand darf in die Wohnung oder das Zimmer kommen, ohne zu fragen. Niemand darf die Post lesen, ohne zu fragen.

Arbeit

Behinderte Menschen sollen da arbeiten können, wo alle Menschen arbeiten.

Sie können Unterstützung am Arbeits-Platz bekommen. Behinderte Menschen sollen gute Ausbildungen bekommen. Sie sollen ihren Beruf aussuchen können, wie alle Menschen. Die Betriebe und Firmen sollen mehr behinderte Menschen einstellen.

Schule

Alle Kinder sollen in die gleichen Schulen gehen. Behinderte Kinder und nicht behinderte Kinder sollen gemeinsam lernen. Es soll keine Sonder-Schulen geben.

Die Lehrer und Lehrerinnen müssen für alle Kinder da sein. Sie müssen für jedes Kind die richtige Hilfe kennen. Dafür brauchen auch die Lehrer und Lehrerinnen eine gute Ausbildung. Manche Kinder brauchen viel Unterstützung. Das geht auch in der Schule für alle. Die Unterstützungs-Person kommt dann mit in die Klasse.

Auch nach der Schule geht das weiter. Auch in der Ausbildung lernen alle zusammen. Und an der Universität.

Partnerschaft

Behinderte Menschen können sich ihre Partner und Partnerinnen genauso aussuchen wie alle Menschen. Sie können wie alle Menschen heiraten. Sie können wie alle Menschen Kinder bekommen, wenn sie Kinder wollen.

Niemand darf ihnen die Kinder einfach wegnehmen. Wenn sie Unterstützung brauchen, kommt die Unterstützung in die Familie.

Gesundheit

Auch für behinderte Menschen muss es gute Ärzte und Ärztinnen geben. Die Ärzte und Krankenhäuser müssen auch für behinderte Menschen gut sein.

Das heißt: Für Menschen im Rollstuhl muss es einen Fahr-Stuhl und ein Rollstuhl-WC geben. Blinde Menschen müssen den Weg im Krankenhaus gut finden können. Die Ärztinnen und Ärzte müssen in Leichter Sprache erklären können, was wichtig bei der Krankheit ist.

Sie müssen behinderte Menschen genauso gut behandeln wie Menschen ohne Behinderungen. Alle Menschen sollen die Medizin und die Hilfen bekommen, die sie brauchen. Deshalb dürfen die Hilfen und die Medizin nicht zu teuer sein.

Menschen mit Behinderungen müssen gefragt werden. Sie dürfen nicht gegen ihren Willen untersucht oder operiert werden.

Informationen

Behinderte Menschen sollen mitreden. Dafür brauchen sie gute Informationen. Sie müssen wissen um was es geht. Zum Beispiel in der Politik.

Alle Menschen müssen die Informationen so bekommen, dass sie sie gut verstehen. Zum Beispiel: Blinde Menschen müssen Internet-Seiten am Computer lesen können. Gehörlose Menschen brauchen Gebärden-Sprache im Fernsehen. Menschen mit Lernschwierigkeiten brauchen Bücher und Zeitungen in leichter Sprache.

In der UN-Konvention stehen noch sehr viele andere wichtige Dinge.

Zum Beispiel: Alle Menschen haben ein Recht auf Leben. Auch behinderte Menschen. Alle Menschen sollen sicher vor Gewalt sein. Auch behinderte Menschen.

Das müssen die Länder jetzt machen:

Gesetze ändern oder neue Gesetze machen. Sie müssen dafür sorgen, dass die Gesetze auch eingehalten werden. Behinderte Menschen müssen gefragt werden, wenn neue Gesetze gemacht

werden.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 24.11.2008, 20:35 Uhr - 6436 Clicks - Nr. 1108

Ralf Stegner: "Politik mit Hoffnung, Leidenschaft und Mut!"

Der Vorsitzende der SPD-Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, war Gast auf dem Kreisparteitag der Flensburger Sozialdemokraten. Er hielt ein engagiertes Referat zu den Themen Wirtschaftsrezession, soziale Gerechtigkeit, besonders bei der Bildung, Mindestlohn und Rente. Klar und deutlich auch seine Aussagen zu einer nachhaltigen Klima- und Energiepolitik ohne Atomenergie.

Seinen politischen Freunden aus Flensburg zeigte er auf, wie erfolgreiche Politik für die Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden kann: "Die SPD muss sich wieder auf ihre Themen besinnen, denn diese sind auch die Themen in der Bevölkerung. Besonders die soziale Gerechtigkeit liegt jedem am Herzen. In den Wahlkämpfen kann jeder zeigen, dass er oder sie stolz ist, in der SPD zu sein." Geschlossenheit zeigte die Kreis-SPD bei den Nachwahlen zum Kreisvorstand: Herbert Ohms, Anke Schmid und Simone Lange wurden mit einem breiten Vertrauensvotum ausgestattet.



Gemeinsam für in sozial gerechtes Flensburg: Unser Bild zeigt von links den Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg, die Landtagabgeordnete Ingrid Franzen, Ralf Stegner und den SPD-Kreisvorsitzenden Helmut Trost.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 24.11.2008, 23:20 Uhr - 5721 Clicks - Nr. 1109

Bessere Betreuung in Kieler Krippen

In einer Grundsatzentscheidung nach längerer Beratung hat sich der SPD-Kreisverband zur Betreuung in der Kieler Krippen geäußert.

Dazu erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

In den Kieler Krippen wird gute Arbeit geleistet, das steht für uns außer Frage. Alle unsere Befragungen beweisen dies. Deshalb muss dieser Weg fortgesetzt und ausgebaut werden.

Kieler Familien und Kieler Kinder brauchen mehr Krippenplätze und eine bessere Betreuung der Gruppen in den Krippen. Vor allen Dingen müssen mehr Fachkräfte pro Gruppe eingesetzt werden, denn feste Bezugspersonen und stete Zuwendung in der Erziehung schaffen die Voraussetzung für ein gutes soziales Leben.



Deswegen muss der Personalschlüssel in den Krippen angehoben werden, mindestens auf 2,5 Fachkräfte pro Gruppe. Damit wird es möglich sein, den Bedürfnissen der Kinder und der Eltern weiter entgegen zu kommen.“

Keine Kommentare

Andreas Hering bewirbt sich 2009 für Landtagsmandat im Wahlkreis Neumünster

Kreis- und Fraktionsvorsitzender Andreas Hering hat gestern Abend (24.11.) in einer gemeinsamen Sitzung der SPD-Rathausfraktion und des Kreisvorstandes erklärt, dass er sich 2009 als Kandidat für die Landtagswahl, die voraussichtlich im Frühjahr 2010 stattfinden wird, bewerben möchte.



Den Zeitpunkt für seine Bewerbung hat Andreas Hering bewusst gewählt. In diesem Monat haben die Neumünsteraner Sozialdemokraten die Kandidaten für die anstehenden Wahlen bestimmt.

Hartmut Unterlehberg wurde vom Kreisvorstand und der Fraktion einstimmig zum SPD-Kandidaten für die OB-Wahl am 07.06.2009 nominiert. Und letzte Woche haben die Neumünsteraner Sozialdemokraten gemeinsam mit den Genossen aus Plön Dr. Birgit Malecha-Nissen zur Kandidatin für die Bundestagswahl am 27.09.2009 erklärt.

Auch die Diskussionen um die Kandidaten für die Landtagswahl im Frühjahr 2010 sind bereits landesweit angelaufen. "Und deshalb erkläre ich jetzt, dass ich mich 2009 für die Kandidatur als Landtagskandidat im Wahlkreis Neumünster bewerben möchte."

1987 startete Andreas Hering als Auszubildender bei der AOK Neumünster. Einige markante Stationen in seiner Laufbahn bei der AOK waren u. a. in der Direktion im Bereich Kundenservice. Von 1999 bis 2001 beurlaubte ihn der Vorstand der AOK Schleswig-Holstein für eine Tätigkeit als Abteilungsleiter Sozialpolitik beim DGB Nord in Hamburg. Nach seiner Rückkehr zur AOK war der Krankenkassenfachwirt Andreas Hering zunächst drei Jahre als Vorstandsreferent für Gesundheits- und Sozialpolitik in der Direktion tätig. Seit 2004 gehören zu seinen Hauptaufgaben Verhandlungen mit Ärzten und Krankenhäusern über Verträge zur integrierten Versorgung und der hausarztzentrierten Versorgung (Hausarztmodell). Darüber hinaus berät Andreas Hering den AOK-Vorstand im Bereich der politischen Lobbyarbeit.

Die politische Karriere von Andreas Hering begann bereits 1994 als Ratsherr. Bis 1998 war er Mitglied des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Neumünsteraner Stadtrat. Im Oktober 2000 wurde er zum jüngsten Fraktionsvorsitzenden der SPD in Neumünster gewählt. Seit September 2007 ist er zusätzlich Kreisvorsitzender der SPD Neumünster.

Die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) in Schleswig-Holstein hat den Neumünsteraner am 9. September 2008 zu ihrem neuen Landesvorsitzenden gewählt. In der ASG engagieren sich SPD-Mitglieder aus den Bereichen Medizin, Pflege, Wohlfahrtsverbänden und Krankenversicherungen. Die ASG nutzt den Sachverstand ihrer Mitglieder und die Ergebnisse von Expertenanhörungen für die gesundheitspolitische Ausrichtung der schleswig-holsteinischen SPD.

Keine Kommentare

Abgeordnete des Bundestages gründen Gesprächs- und Freundeskreis Afghanistan

Auf Initiative des Abgeordneten Jörn Thießen aus Schleswig-Holstein (SPD) und mit Unterstützung der Deutsch-Südasiatischen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag wurde heute der „Gesprächs- und Freundeskreis Afghanistan“ gegründet. Der parteiübergreifende Zusammenschluss aus Abgeordneten in den Bundestagsausschüssen für Auswärtiges,



Entwicklungszusammenarbeit, Inneres, Menschenrechte und Verteidigung hat sich die verstärkte Zusammenarbeit mit den afghanischen Parlamentarierkolleginnen und -kollegen vorgenommen.

„Es geht uns vor allem darum, die afghanische Zivilgesellschaft zu fördern, Ansprechpartner für Besucher aus Afghanistan zu sein und mit denjenigen in Deutschland und Afghanistan zusammenzuarbeiten, die sich für den Aufbau dieses Landes engagieren“, sagt Jörn Thießen, SPD-Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Verteidigungsausschusses. Schon im Dezember veranstaltet der Freundeskreis ein erstes Treffen mit Parlamentariern aus Afghanistan, die anlässlich einer Studienreise in Berlin zu Gast sind. Im kommenden Jahr will sich der Kreis mit der anstehenden Wahl in Afghanistan beschäftigen und zunächst die Botschafterin Maliha Zulfacar in Berlin zu einem Gespräch einladen.

„Es ist unser Ziel, unsere Kolleginnen und Kollegen in der kommenden Legislaturperiode noch besser zu unterstützen“, sagt Thießen. „Dazu haben wir heute einen wichtigen Schritt getan, der längst überfällig war.“

Die Gründungsmitglieder des Gesprächs- und Freundeskreises Afghanistan von links nach rechts: Hellmut Königshaus (FDP), Thomas Silberhorn (CSU), Christoph Strässer (SPD), Monika Brüning (CDU), Winfried Nachtwei (Bündnis 90/Grüne), Jörn Thießen (SPD), Rolf Kramer (SPD), Christel Riemann-Hanewinkel (SPD), Uta Zapf (SPD), Gabriele Groneberg (SPD), Ute Koczy (Bündnis 90/Grüne), Karin Kortmann und Detlef Dzembitzki (beide SPD). Nicht im Bild: Sebastian Edathy (SPD), Bernd Siebert (CDU), Birgit Homburger (FDP), Niels Annen und Gerd Höfer (beide SPD).

Keine Kommentare

NEIN zu Gewalt an Frauen

Zum heutigen "Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen" erklärt der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg: "Gewalt gegen Frauen ist eine der häufigsten Verletzungen der Menschenrechte weltweit. Sogar in Europa werden 12% bis 15% der Frauen täglich Opfer von häuslicher Gewalt. Gewalt gegen Frauen ist keine private, sondern eine öffentliche Angelegenheit!"

"Unsere Unterstützung für die internationale Bewegung zur Förderung der Rechte von Frauen und

der Gleichstellung der Geschlechter ist deshalb sehr wichtig. Hierzu zählt u.a. auch die Aufklärung und der Schutz vor Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas," betont der SPD-Politiker.

Seit 1999 ist der 25. November von den Vereinten Nationen als offizieller internationaler Gedenktag anerkannt. Er geht zurück auf die Ermordung der drei Schwestern Mirabal, die an diesem Tag im Jahr 1960 in der Dominikanischen Republik vom militärischen Geheimdienst nach monatelanger Folter getötet wurden.

EUROPA

[KAMPAGNE DES EUROPARATES: Stop domestic violence](#)

Häusliche Gewalt ist eine Verletzung der Menschenwürde. Sie nimmt den Frauen die Möglichkeit, ihre Rechte auszuüben, die von der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert werden. In Europa ist leider häusliche Gewalt sogar die größte Gefahr für Gesundheit und Leben von Frauen - noch vor Krebs und Autounfällen zusammen. Und auch in Deutschland ist jede vierte Frau schon einmal von häuslicher Gewalt betroffen gewesen.

Als internationale Organisation, die sich für den Schutz der Menschenrechte in Europa einsetzt, hat der Europarat in seinen Mitgliedsstaaten eine Kampagne gestartet, um häusliche Gewalt zu kriminalisieren. Zusammen mit fünf weiteren deutschen Bundestagsabgeordneten beim Europarat gehört Dr. Wolfgang Wodarg zu den Unterzeichnern und Unterstützern dieser Kampagne.

Am 3. Oktober hat die Parlamentarische Versammlung an das Ministerkomitee des Europarates einstimmige Aufforderung gestellt, unverzüglich eine Konvention zur Bekämpfung der schwerwiegendsten und am weitesten verbreiteten Formen von Gewalt gegen Frauen, besonders der häuslichen Gewalt und der Zwangsheirat, zu entwerfen.

"Unsere Verantwortung endet aber nicht mit der Verabschiedung von Gesetzen. Wir müssen Mindeststandards für Hilfsdienste zur Unterstützung von Frauen schaffen, die Opfer von Gewalt wurden", erklärte Generalsekretär des Europarates Terry Davis. Er forderte die Staaten auf, die Unterstützung der Opfer zu verbessern.

Der Europarat hat gestern zwei Studien veröffentlicht, die sich mit zwei Zielen der Organisation bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen befassen: der Unterstützung und dem Schutz der Opfer sowie Maßnahmen für das systematische Sammeln statistischer Daten.

Die Studie "Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: Mindeststandards für Hilfsdienste" von Prof. Liz Kelly und Lorna Dubois stellt fest, dass es hinsichtlich der Verfügbarkeit und Qualität der Hilfsdienste innerhalb eines Landes und zwischen den Ländern beträchtliche Unterschiede gibt, und dass die Zahl an Unterkünften, der häufigsten Form von Hilfsdiensten, in den meisten Ländern als unzureichend betrachtet werden müsse. Sie empfiehlt den Staaten, ein Minimum an Hilfsdiensten einzurichten, wie beispielweise mindestens eine nationale Telefon-Hotline (oder, je nach Bevölkerungszahl, mehrere), sowie Notfalldienste, die 365 Tage im Jahr rund um die Uhr verfügbar sind.

Der Bericht "Administrative Datenerfassung über häusliche Gewalt in den Mitgliedsstaaten des Europarates" von den Experten Elina Ruuskanen und Kauko Aroma weist darauf hin, dass Justiz, Polizei und Sozialdienste selten Daten über Gewalt gegen Frauen sammeln, weshalb "Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Verwaltungssystem unsichtbar bleibt".

DRITTE WELT

Besonders in den Ländern der sogenannten Dritten Welt sind Frauen von Gewalt betroffen. Sie werden zwangsverheiratet und so genannte Ehrenverbrechen werden nicht geahndet. Genitalverstümmelungen werden in vielen Ländern immer noch massenhaft praktiziert und findet sogar in Deutschland heimlich statt.

Nach Angaben des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) ist eine von fünf Frauen auf der Welt Opfer einer Vergewaltigung geworden. Vergewaltigung von Frauen wird in afrikanischen Krisengebieten sehr häufig zur Demütigung der jeweilig bekämpften Bevölkerung benutzt. Sie ist so häufig, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mädchen im südlichen Afrika lesen und schreiben lernt geringer ist als die, dass es vergewaltigt wird, bis es erwachsen ist.

Um geschlechtsspezifischer Gewalt entgegenzuwirken, ist es notwendig, Frauen in ihrem selbstbestimmten Handeln zu stärken. Dazu gehört auch eine konsequente Bekämpfung des immer noch wachsenden Menschenhandels. Und vor allem, Frauen mehr Bildungsmöglichkeiten anzubieten. Das Motto der Vereinten Nationen im Jahr 2008 lautet deshalb "Investing in Women and Girls".

Frauen sollten auch eine wichtigere Rolle bei Friedensverhandlungen und Konfliktprävention spielen.

Ostkongo

Wodarg: "Zur Zeit herrscht eine extreme Gewalt gegen Frauen im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Sie brauchen unsere Hilfe. Die uneingeschränkte Umsetzung der UN-Resolution 1325 ist sehr dringend. Ziel dieser Resolution ist sowohl der Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten als auch die Stärkung ihrer Rolle bei der Friedenskonsolidierung."

Auch viele Hilfsorganisationen und die Vereinten Nationen schlagen Alarm: Die Kämpfe im Ostkongo haben zu einer der schwersten humanitären Krisen weltweit geführt. Die UN-Sonderberichterstatterin Yakin Ertürk beschreibt die Gewalt gegen die Frauen in Südkivu als die schlimmste, der sie je begegnet sei.

Rebellengruppen greifen systematisch Zivilisten an, überfallen und plündern Dörfer. Die brutale Gewalt richtet sich vor allem gegen Frauen und Mädchen. Sie werden vergewaltigt, als Sexsklavinnen in Dschungelcamps verschleppt. Schätzungsweise ein Drittel der Opfer sind noch Kinder.

Weibliche Genitalverstümmelung

Weltweit sind 130 bis 170 Millionen Frauen und Mädchen vor allem aus Zentralafrika betroffen. Täglich gibt es etwa 8000 neue Opfer! Jedes dritte Mädchen stirbt bei der schlimmsten Form, der sogenannten Pharaonischen Verstümmelung. Die Genitalverstümmelung verursacht viel Leid und stellt eine ernste Gefahr für die Gesundheit von Frauen und Mädchen dar. Sie ist in Afrika einer der Gründe für die hohe Müttersterblichkeit. Diese Praxis existiert auch, in geringerem Umfang, in Ländern Asiens und im Zuge von Migration in Einwanderungsländern wie Deutschland. In Deutschland leben nach Schätzungen von Terre des Femmes mindestens 29.000 betroffene Frauen.

Dr. Wolfgang Wodarg unterstützt die Forderung nach mehr Hilfe für die betroffenen Frauen und Mädchen: "Sie brauchen mehr Schutz vor unmenschlichen Zwangseingriffen, mehr Aufklärung,

Prävention und Rehabilitation! Es ist ein gutes Zeichen, dass einige der betroffenen Länder bereits Rechtsvorschriften gegen diese schädliche Praxis erlassen haben!"

Der Abgeordnete hat im letzten Jahr eine Reise nach Äthiopien unternommen, wo er u.a. mehrere Hilfsprojekte für betroffene Mädchen und Frauen in ländlichen Regionen und das Addis Abeba Fistula Hospital besuchte. In Äthiopien sind 80% der Frauen beschnitten. Oft wird der Eingriff in sehr schlechten hygienischen Bedingungen, mit Rasierklingen oder Glasscherben und ohne medizinische Kenntnisse durchgeführt. Daher besteht auch ein großes Risiko einer HIV-Infektion oder sogar eines Todes wegen oft schwerer Blutungen. Zumal zerstört dieser Eingriff das normale sexuelle Leben der betroffenen Frauen. Er wird von den Dorfbewohnern immer noch zelebriert, um die Sexualität und Emotionalität der Frauen zu beschränken. Meistens sind diese grausamen Riten durch traditionelle oder auch religiöse Mythen motiviert, und nur schwer zu verhindern.

Wodarg: "Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass diese Problematik auch Deutschland direkt betrifft. Durch Migration und Flucht sind viele Familien aus Ländern, in denen weibliche Beschneidung praktiziert wird, nach Deutschland gekommen. Einige praktizieren die Genitalverstümmelung an hier geborenen Mädchen weiter." Viele Organisationen wie Terres des Femmes, die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung und andere engagieren sich gegen diese Praxis. Durch ihre Projekte werden vor Ort Multiplikatoren -geeignete Personen, die den Gemeinschaften entstammen und dort leben- ausgebildet. "Auch in Deutschland muss vermehrt Aufklärung betrieben werden, um alle gefährdeten Mädchen besser zu schützen," meint der Arzt und Entwicklungspolitiker.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 26.11.2008, 10:49 Uhr - 2502 Clicks - Nr. 1113

SPD Initiative zur Errichtung eines Mahnmals

Der Antrag der SPD-Ratsfraktion, in Flensburg einen Wettbewerb zur Erstellung eines Kunstwerkes als Mahnmal auszuschreiben, wurde im letzten Kulturausschuss einstimmig angenommen.

75 Jahre nach Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und 60 Jahre nach der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist es wichtiger denn je, an alle Verbrechen und Opfergruppen der NS-Herrschaft in Flensburg zu erinnern, so SPD-Frau Karin Schnittke, die die Initiative im Kulturausschuss eingebracht hat.

Ziel des Wettbewerbs ist es, ein Mahnmal in zentraler Lage in Flensburg zu errichten und durch die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit die Bedeutung und die freiheitlichen Werte einer Demokratie immer wieder bewusst zu machen.

Die SPD geht davon aus, dass ein Mahnmal bei den Bewohnern Flensburgs ebenso wie bei Touristen große Aufmerksamkeit erreichen wird. Im Gegensatz zu Gedenktafeln soll dieses Mahnmal über das Erinnern hinausgehen. Es ist noch immer eine unserer wichtigsten Aufgaben, immer wieder zu hinterfragen, wie es zu den Verbrechen der Nationalsozialisten kommen konnte und nachfolgende Generationen über die geschichtlichen Ereignisse aufzuklären.

Durch die Ausschreibung eines Wettbewerbs kann nach Ansicht der SPD Ratsfraktion erreicht werden, dass vielfältige Ideen eingebracht und die am besten Erscheinende umgesetzt wird.

Die Ausführung des Vorhabens wird mittelfristig erfolgen, da die Finanzierung über zwei Stiftungen vorgesehen ist und die notwendigen finanziellen Mittel noch nicht vollständig vorhanden sind. Das Kulturbüro und das Stadtarchiv sollen in die Planungen einbezogen werden.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 26.11.2008, 12:05 Uhr - 4846 Clicks - Nr. 1114

Neue Dienstpistole für Schleswig-Holsteins Polizei;

Lothar Hay: „Es geht um die Sicherheit der Beamtinnen und Beamten“

Erscheinungsdatum:26.11.2008

Die 6.700 Schutz- und Kriminalpolizisten in Schleswig-Holstein erhalten eine neue Dienstpistole. Die Walther P 99 Q ersetzt die alte P 6, die nach 30 Jahren ausgemustert wird. Durch das tägliche Laden und Entladen, die Abgabe von Schüssen insbesondere beim Übungsschießen sowie durch allgemeinen Verschleiß hat sie ihre Belastungsgrenze erreicht.

Außerdem kann die Waffe nicht mehr wirtschaftlich gewartet werden. Denn etwa ein Drittel aller Pistolen muss jedes Jahr repariert werden. Allein die Ersatzteile kosten im Jahr rund 22.000 Euro.

Die Ausrüstung der Landespolizei mit der neuen Pistole beginnt im nächsten Jahr und zieht sich bis 2017 hin. In dieser Zeit werden auch neue Holster für eine offene und verdeckte Trageweise, Ausrüstungsgürtel sowie Reservemagazintaschen beschafft. Mit der zeitlich gestaffelten Auslieferung der neuen Pistole wird die alte P 6 verschrottet.

Das gesamte Projekt „Neue Dienstpistole“ schlägt mit Kosten in Höhe von 3,3 Millionen Euro zu Buche. Es ist das Ergebnis einer europaweiten Ausschreibung, die von Schleswig-Holstein zusammen mit Hamburg und Bremen im Frühjahr 2008 eingeleitet und mit der Zuschlagserteilung Anfang November abgeschlossen wurde.

Bei der Präsentation der Waffe am Mittwoch (26. November) im Landespolizeiamt in Kiel sagte Innenminister Lothar Hay, die Beschaffung neuer Dienstpistolen sei notwendig und unausweichlich. „Es geht um die Sicherheit der Beamtinnen und Beamten.“ Die Ausrüstung der Polizei müsse qualitativ hochwertig sein. Investitionen in die Eigensicherung der Beamten und in die Funktionsfähigkeit der Polizei hätten Vorrang und dürften auch in einer angespannten Haushaltslage nicht ausbleiben.

Hay hofft, dass die neue Pistole nicht benutzt werden muss. „Der Einsatz der Schusswaffe kann immer nur das letzte Mittel sein“, sagte der Minister. Er bescheinigte der Landespolizei ein Höchstmaß an Verantwortung im Umgang mit der Dienstpistole. Nach Angaben des Ministers mussten Polizeibeamte in den vergangenen zehn Jahren nur neunmal die Schusswaffe gegen Menschen einsetzen. Um Tiere zu töten, wurde im Durchschnitt hundertvierzigmal im Jahr von der Schusswaffe Gebrauch gemacht.

Die neue Dienstpistole hat innen liegende automatische Sicherungen. Im Magazin sind 15 Schuss Munition vom Kaliber 9 Millimeter. Das Griffstück der Waffe kann an die Größe der Hand angepasst werden. Die Pistolen können sowohl von Rechts- als auch von Linkshändern bedient werden.

Die P 99 Q bietet durch ein neues Abzugssystem mehr Sicherheit in Stresssituationen. Es kann nur über den Spannabzug geschossen werden. Da nicht mehr vorgespannt werden kann, entfällt ein Entspannhebel. Der Abzugsweg ist immer gleich lang. Es gibt auch keinen Druckpunkt mehr. Der Abzugswiderstand ist daher immer gleich groß. Somit kann in Stress-Situationen eine Fehlbedienung der Dienstpistole ausgeschlossen werden.

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 26.11.2008, 15:34 Uhr - 55114 Clicks - Nr. 1115

Jusos wählen neuen Landesvorstand

Am 22. und 23.11. fand in Kiel die ordentliche Landeskonferenz der Jusos Schleswig-Holstein statt. Die Konferenz stand unter dem Motto „Wir sind der Zukunft getreue Kämpfer“.

Zur neuen Landesvorsitzenden gewählt wurde die 26-jährige Kielerin Anne-Christin Heinrich. Dem Landesvorstand gehören außerdem an Hermann Alexander Bock (RD), Mike Hörster (PI), Ulrike Jürgens (PI), Jens Langejürgen (HL), Ruben Rehr (PLÖ) und Stephan Voß (RZ).

Neben Grußworten von Sigmar Gabriel, Ralf Stegner und dem Leiter der FES in Jerusalem, Knut Dethlefsen, war die Landeskonferenz inhaltlich geprägt. So verabschiedeten die Jusos unter anderem Beschlüsse zu den Themenbereichen Umweltpolitik, Gleichstellung und einen umfassenden Antrag zum Bereich Internationales.

Zu den Projekten des neuen Landesvorstandes gehören im nächsten Jahr die Vertiefung der inhaltlichen Arbeit, die Ausrichtung eines Sommercamps sowie die Aufstellung der Jusos in den kommenden Wahlkämpfen. Zudem wollen die Jusos auch im nächsten Jahr wieder aktiv Gesicht zeigen gegen Rechtsextremismus und jede Form der Verfolgung von Minderheiten.

Die Jusos haben in Schleswig-Holstein rund 2.000 Mitglieder. Sie verstehen sich nicht nur als Jugendorganisation der SPD, sondern auch als eigenständigen Verband. Eine Mitgliedschaft bei den Jusos ist auch unabhängig von der SPD-Mitgliedschaft möglich und kostenlos.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.11.2008, 15:53 Uhr - 2845 Clicks - Nr. 1116

Stabile Abfallgebühren durch öffentliche Entsorgung!

Zum Wirtschaftsplan für den Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) für das Wirtschaftsjahr 2009 erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz

Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Vieles wird teurer – aber die Kieler Abfallgebühren steigen nicht. Zwar sind Energie- und Kraftstoffkosten deutlich in die Höhe gegangen. Dennoch werden SPD, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und SSW beschließen, dass die Gebühren für Restabfall, für Bioabfall und für die Straßenreinigung nicht angehoben werden. Die Altpapiergebühr bleibt nach wie vor auf Null gesenkt. Die Restabfall- und Straßenreinigungsgebühren liegen damit noch unterhalb der Gebührensätze des Jahres 1997. Das ist eine grandiose Leistung. Mit diesen niedrigen Gebühren entlasten wir Mieter und Hausbesitzer bei den Nebenkosten und tragen dazu bei, dass den Menschen mehr Einkommen zur Verfügung steht.



Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben den ABK zu einem modernen und kostensparenden öffentlichen Betrieb gemacht, der diese günstige Gebührengestaltung erst ermöglicht. Für ihre Arbeit und Engagement danken wir im Namen aller Kielerinnen und Kieler. SPD, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und SSW unterstützen den ABK in seiner Fortentwicklung als öffentlichen Entsorgungsbetrieb. Bestrebungen, die Abfallsammlung in Kiel über eine Zusammenführung des ABK mit der Müllverbrennung Kiel (MVK) zu privatisieren, lehnen wir ab.“

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 26.11.2008, 18:10 Uhr - 8134 Clicks - Nr. 1117

Jubiläumskonzert der Polizia Vocale in Flensburg

Anlässlich des 10. Geburtstages des Chores "Polizia Vocale" fand unter der Leitung von Elisabeth Kollek in Flensburg ein Konzert statt. Zur Unterstützung waren auch zwei weitere Hobbychöre - die Postliedertafel von 1888, unter der Leitung von Willy Boysen, und der Polizeichor Flensburg, unter der Leitung von Dr. Ekkehard Lack, eingeladen. Das Konzert wurde von der Schirmherrin Ingrid Franzen eröffnet. Dr. Wolfgang Wodarg und Stadtpräsident Christian Dewanger sprachen Grussworte.



Dr. Wodarg war fasziniert von der Perfektion der Hobbysänger: "Die Chöre üben lange und fleißig, bis ihr Vortrag reif ist für die Öffentlichkeit - davon kann auch meine Partei viel lernen!" räumte er unter kräftigem Beifall ein.

Der vollbesetzte Saal im Mürwiker Treffpunkt applaudierte stürmisch den Sängerinnen von "Polizia Vocale", die bei Ihrem Jubiläumskonzert zeigten, was sie konnten. Auch die beiden Gastchöre, bei denen ausschließlich Männerstimmen zum Einsatz kommen, gaben eindrucksvolle Sangeskunst und launige Shanties zum Besten.

Zwischendurch spielten Christa Steinwarder (Flöte), Anusch Erol (Klavier) und Lisa Limpelius (Klavier) klassische Instrumentalmusik.

Zum Schluss gab es ein eindrucksvolles Finale, bei dem alle Chöre mit "Amazing Grace" auf der Bühne standen.

Wo man singt, da lass Dich ruhig nieder - böse Menschen haben keine Lieder. "Wie schön, dass es in Flensburg und drum herum so viele sangesfreudige Chöre gibt!" freut sich der Abgeordnete.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 27.11.2008, 11:14 Uhr - 3535 Clicks - Nr. 1118

SPD: Höchste Zeit für die Weihnachtspost

Nikolaus muss Überstunden machen. Und nicht nur er allein, denn auch beim Weihnachtsmann kommen täglich hunderte von Briefe an, die noch von ihm persönlich zu beantworten sind.

Wenn ihr, liebe Kinder, auch einen Brief an den Weihnachtsmann schicken möchtet, dann schreibt einfach an eine der folgenden Adressen:

An den Weihnachtsmann
21709 Himmelpforten

An den Weihnachtsmann
31137 Himmelsthür

An den Nikolaus
Nikolausdorf
49681 Garrel



Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 27.11.2008, 14:43 Uhr - 10559 Clicks - Nr. 1119

Landesfürsorgeheim Glückstadt – Runder Tisch zur Aufarbeitung ist notwendig

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen begrüßt die Sicherstellung der Finanzierung des Runden Tisches zum Thema Aufarbeitung der Lebensverhältnisse von Heimkindern. Vor allem in Glückstadt, im Wahlkreis des Abgeordneten, ist dies ein dringliches Thema und erfordert eine wissenschaftliche Aufarbeitung.

Nach fast zweijähriger Beratung ist gestern der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu dem Schluss gekommen, dass die Finanzierung eines Runden Tisches zur Aufarbeitung der Fürsorgeerziehung in der früheren Bundesrepublik mit Mitteln aus dem Haushalt des Bundesfamilienministeriums möglich ist. Der Petitionsausschuss will die Bundesregierung

auffordern, einen bundesweit tätigen Runden Tisch ins Leben zu rufen, der sich auch mit der Entschädigungsfrage für ehemalige Heimkinder befassen soll.

Den Beratungen des Petitionsausschusses vorausgegangen waren Forderungen ehemaliger Heimkinder – unter anderem auch aus dem Landesfürsorgeheim in Glückstadt im Wahlkreis des Abgeordneten Thießen. Im Landesfürsorgeheim Glückstadt waren Zwangsarbeit, tagelange Verwahrung in fensterlosen Räumen zur „Besinnung“ und körperliche Züchtigung bis in die 1970er Jahre an der Tagesordnung.

„Wir müssen uns unserer Vergangenheit stellen. Die Aufarbeitung der Lebensverhältnisse von Heimzöglingen darf nicht länger auf sich warten lassen“, so Jörn Thießen. Die oft lebensunwürdigen Zustände in den Kinder- und Jugendheimen der alten Bundesländer wurden lange totgeschwiegen. Erst in den letzten Jahren brachen die Opfer ihr Schweigen. „Nie wieder darf es in deutschen Heimen diese Kultur der Demütigung und der Gewalt geben“, fordert Thießen mit Nachdruck.

Dieses dunkle Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte muss endlich angegangen werden. Nach Thießen müssen die Verantwortlichen ausgemacht und zur Rechenschaft gezogen werden: „Das sind wir den Opfern schuldig.“

Die Mitglieder des Deutschen Bundestages werden noch im Dezember den Beschluss zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Aufarbeitung des Unrechts in Heimen der früheren Bundesrepublik fassen.

Kommentar von [rolf breitfeld](#) vom 22.04.2009, 22:25 Uhr:

RE: Landesfürsorgeheim Glückstadt – Runder Tisch

na,so gross kann das interesse wohl nicht sein wenn ich mir hier meinen unbeantworteten beitrage ansehe.....

Kommentar von [rolf breitfeld](#) vom 21.12.2008, 12:59 Uhr:

RE:Landesfürsorgeheim Glückstadt – Runder Tisch

Erst in den letzten Jahren brachen die Opfer ihr Schweigen. ich habe vor fast 30 jahren schon mal was versucht. ich war auch schon damals bereit mein schweigen zu brechen,aber niemand wollte mir zuhören. wenn sie echtes interesse haben geben sie mir eine mail-adresse auf der ich ihnen informationsmaterial hochladen kann. rolf breitfeld

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 27.11.2008, 15:34 Uhr - 8643 Clicks - Nr. 1120

MdB Sönke Rix: Wahlalter auf 16 senken

Wir brauchen eine breite Diskussion über die politische Beteiligung von Jugendlichen und damit auch eine Diskussion über eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Dafür gibt es vier wesentliche und gute Gründe.

Erstens: Jugendliche müssen mit den Entscheidungen, die wir heute treffen, später leben.

Zweitens: Wir brauchen den Sachverstand von Jugendlichen. Zu vielen Themen haben wir älteren doch gar keinen Bezug mehr. Hier müssen wir sie fragen.

Drittens: Es ist wichtig, dass Jugendliche Demokratie positiv und aktiv erleben. Dass sie sehen, dass es etwas bringt, wenn sie Ihre Interessen formulieren. So kann das Vertrauen in Demokratie und in die Politik gefördert und gestärkt werden.

Viertens: Jugendliche können politisches Gestalten besser nachvollziehen und akzeptieren, wenn sie bei den Diskussionen dabei sind. Auch falsche oder unbeliebte Entscheidungen bleiben für sie greifbar. „Transparenz durch Beteiligung“ lautet hier das Motto.

Auf kommunaler Ebene gibt es gute Erfahrungen mit dem aktiven Wahlrecht ab 16 Jahren. Jugendliche sind in der Lage, sich eine umfassende politische Meinung zu bilden, sich in Politik und Gesellschaft zu engagieren sowie politische Entscheidungen zu treffen. In Eckernförde gibt es zum Beispiel schon seit Jahren ein Jugendzentrum, das selbstverwaltet wird. Das klappt sehr gut. Dort zeigt sich, dass auch Kinder und Jugendliche mit dem Geld umgehen können, das man ihnen zur Verfügung stellt.

Warum sollten sie also nicht auch bei den Bundestagswahlen ab 16 wählen dürfen? Denn nicht nur die Entscheidungen vor Ort betreffen die Jugendlichen. Im Landtag wird unter anderem über den Ausbau und die zukünftige Gestaltung der Schulen beschlossen. Im Bundestag sind die jugendpolitischen Themen vielgestaltig. Ausbildungsplatzinitiativen, Freiwilligendienste, Zivildienst, Bundeswehr und der Jugendmedienschutz sind nur einige der Themen, über die die Bundestagsabgeordneten entscheiden. Sie haben auf das Leben der Jugendlichen direkten Einfluss.

Aber: Wer mitentscheidet, muss auch wissen, wie der Laden funktioniert! Und das gilt im Übrigen nicht nur für Jugendliche, sondern auch für viele Erwachsene. Voraussetzung dafür ist eine gute politische Bildung. Damit bekäme der Politikunterricht eine ganz andere Bedeutung. Hier sind wiederum die Länder gefordert.

Wenn wir Jugendliche an der Politik beteiligen, haben wir übrigens auch eine Chance gegen die vielfach grassierende Politik- und Politikerverdrossenheit. Jugendliche direkt – auch durch Wahlen – an politischen Entscheidungen zu beteiligen, schafft ein neues Bewusstsein für Politik!

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 27.11.2008, 23:30 Uhr - 2586 Clicks - Nr. 1121

Stadt Flensburg stellt den Lärmaktionsplan vor.

Am 09.12.2008 ab 19:00 Uhr wird in der Bürgerhalle des Rathauses der Lärmaktionsplan öffentlich vorgestellt und die Öffentlichkeit beteiligt.

Im Lärmaktionsplan sollen Lärmprobleme- und Auswirkungen geregelt werden.

Vom Lärm besonders betroffen sind die Bereiche zwischen Zur Exe und Schützenkuhle; der Hafendamm zwischen Wilhelmstr. und Nordstr.; der Straßenzug Norderhofenden/ Schiffbrücke; der Straßenzug Heinrichstr./Bismarckstr. bis St.-Jürgen-Platz; sowie die Mürwiker Str. zwischen Ziegelstr. und Osterallee.

Im Lärmaktionsplan sind auch die Maßnahmen aufgeführt, die zur Minderung der Lärmbetroffenheit, z. B. durch Schallschutzfenster im Bereich „Zur Exe“, beitragen.

Auch zwei langjährige Forderungen der Flensburger SPD finden sich im Lärmaktionsplan wieder. So heißt es auf Seite 23:

„Die Einrichtung von Busspuren haben die Fahrzeiten der Busse herabgesetzt und zu einer Verstärkung des Verkehrs beigetragen. Beides trägt zu einer Lärmreduzierung bei“.

„Weiterhin wurden in den meisten Wohngebieten in Flensburg bereits Tempo-30-Zonen eingerichtet, die nicht nur weniger Verkehrslärm sondern auch zu mehr Verkehrssicherheit beitragen.“

Mit diesen Aussagen fühlt sich die SPD-Ratsfraktionen in ihrer konsequenten Forderung noch

Tempo-30-Zonen und Busspuren bestätigt.

Nach der Beteiligung der Öffentlichkeit wird der Lärmaktionsplan durch die Flensburger Ratsversammlung beschlossen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 28.11.2008, 08:47 Uhr - 7458 Clicks - Nr. 1122

Wodarg erneut in den Bundesvorstand der ASG gewählt

Nach 6 Jahren als ASG-Bundesausschussvorsitzender wurde der Flensburger MdB Dr. Wolfgang Wodarg jetzt in den ASG-Bundesvorstand gewählt. Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) ist eine von neun anerkannten Arbeitsgemeinschaften der SPD. Das Arbeitsfeld der ASG ist die gesamte Gesundheitspolitik.



Wodarg leitete als scheidender Bundesausschussvorsitzender (diese Position wurde bei allen Arbeitsgemeinschaften der SPD durch Satzungsänderung gestrichen) die Bundesdeligiertenversammlung, bei der die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt nach einem einführenden Sachstandsbericht den fast 100 Deligierten aus allen Bundesländern Rede und Antwort stand.

Der bisherige Bundesvorsitzende der ASG Armin Lang wurde in seinem Amt bestätigt.

Die schleswig-holsteinische ASG ist in Berlin sehr gut vertreten: Neben Dr. Wolfgang Wodarg gehört auch Ingrid Rehwinkel aus der ASG Schleswig-Holstein als Beisitzerin dem neuen Bundesvorstand an.

Im Fachgebiet Gesundheit nimmt die ASG politische Aufgaben in der SPD, für die SPD und in der Öffentlichkeit wahr. Sie will zur gesundheitspolitischen Meinungsbildung in unserer Gesellschaft beitragen. Der ASG können alle diejenigen Mitglieder der SPD angehören, die in einem Bereich des Gesundheitswesens tätig sind. Wie alle SPD-Arbeitsgemeinschaften ist sie auch offen für die Mitarbeit von Menschen, die nicht Mitglied der SPD sind.

Die ASG nimmt durch ihre Tätigkeit Einfluß auf die politische Willensbildung im Gesundheitswesen: Sie ist das Forum für die sozialdemokratische Gesundheitspolitik.

Die ASG ist in allen Gliederungsebenen der SPD vertreten. Die Organe der ASG sind Bundeskonferenz, Bundesausschuß und Bundesvorstand sowie die entsprechenden Einrichtungen in Ländern, Bezirken und Untergliederungen.

Möglichkeiten der Mitarbeit und Kontaktaufnahme gibt es bei regionalen Mitgliederversammlungen, die allen Interessierten offen stehen, öffentlichen Veranstaltungen und Workshops zu gesundheitspolitischen Themen, Arbeitskreisen, die zu aktuellen Problemen eingerichtet werden können.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 28.11.2008, 09:15 Uhr - 2583 Clicks - Nr. 1123

SPD-Engelsby: Neue Ausgabe Stadtteilzeitung

Soeben ist die Dezemberausgabe der Stadtteilzeitung für Engelsby erschienen.

Die Briefkastenverteilung beginnt am Samstag, 29. November.

Der eMail-Versand der elektronischen Ausgabe an unsere Abonnenten ist bereits erfolgt.

Und das lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Money makes the world go round
- Transparente Ratsversammlung. Gibt's schon lange!
- Apfelschwemme im Kauslundhof
- Gert Nagel verabschiedet sich in den Ruhestand
- Mehr Sicherheit in Flensburger Kindergärten

und vieles Interessantes mehr aus Ihrem Stadtteil.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer letzten Ausgabe in diesem Jahr.

Keine Kommentare



[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 28.11.2008, 09:31 Uhr - 6397 Clicks - Nr. 1124

Stopp der Ausschreibung zur Landratswahl

Stopp der Ausschreibung zur Landratswahl – Hannes Birke: Sucht Grimme Ausweg, sich nicht zur Wiederwahl zu stellen ?

Es ist, so SPD-Fraktionsvorsitzender Hannes Birke, ein nicht hinnehmbarer Vorgang, dass die Abgeordneten des Kreistages aus der Presse erfahren mussten, dass Landrat Dr. Grimme (CDU) die Ausschreibung der Direktwahl zum Landrat eigenmächtig gestoppt hat.

Birke verweist darauf, dass der Kreiswahlausschuss sich bereits auf die Wahltermine verständigt und der Hauptausschuss sich in zwei Sitzungen auf den Text der Ausschreibung für eine Direktwahl geeinigt hatte. Auch wenn zur Zeit erhebliche Unsicherheiten bestehen, ob der Landrat oder die Landrätin direkt d.h. von der Bevölkerung oder indirekt durch den Kreistag gewählt wird, ist das kein Grund, so Birke, die für Anfang Januar geplante Veröffentlichung ohne Absprache mit dem Hauptausschuss zu stoppen.



Unsicherheit besteht zur Zeit über die zukünftige Form der Landratswahl. Die Fraktionen von SPD und CDU im Landtag diskutierten ein so genanntes Vorschaltgesetz. Sollte es verabschiedet werden, wäre die Direktwahl abgeschafft und die Landratswahl würde den Kreistagen übertragen.

Für Birke bestand überhaupt noch kein Grund, zum jetzigen Zeitpunkt die Ausschreibung zu stoppen. Noch gebe es keine verbindliche Absprache der beiden Fraktionen für eine Gesetzesänderung. Wenn überhaupt eine Entscheidung würde sie erst in der Dezembersitzung des Landtages fallen. Es bestand, so Birke, genügend Zeit, gemeinsam mit dem Hauptausschuss das weitere Verfahren abzustimmen. Beispielsweise hätte die Ausschreibung sofort erfolgen können. „Immerhin“, so Birke, „wäre damit eine Situation geschaffen worden, die der Gesetzgeber nicht so ohne weiteres übergehen könnte.“

Birke vermutet, dass der Schnellschuss des Landrates Dr. Grimme (CDU) andere Gründe hatte. „Der Mann“, so der SPD Fraktionschef, „sucht einen Ausweg, sich nicht wieder zur Wahl zu stellen für das von ihm nicht sehr geschätzte Amt.“ Das ständige Zögern seine Bereitschaft zur Wiederwahl zu erklären und dies nur dann, wenn seine Stellung gegenüber den gewählten Abgeordneten weiter gestärkt wird, die Verlegung seines Wohnsitzes nach Mecklenburg-Vorpommern bestärken Birke in seiner Vermutung, die Direktwahl im Kreis Pinneberg trickreich zu verhindern.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.11.2008, 13:18 Uhr - 1500 Clicks - Nr. 1125

Haushaltsanträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und SSW

Kraftakt für Bildung, soziale Gerechtigkeit und Arbeit

SPD, GRÜNE und SSW konzentrieren sich mit ihren Anträgen zum Haushaltsentwurf auf die Bereiche Bildung, Kultur sowie soziale Gerechtigkeit und Beschäftigungsförderung.

Wir stützen Arbeitsplätze in der Wirtschaft, indem wir über zusätzliche Investitionen im Schulbereich öffentliche Aufträge vergeben werden. So schaffen wir zugleich die Grundlage für die Innovationskraft unserer Gesellschaft und pflegen den hauptsächlichen Rohstoff, über den wir verfügen - den Verstand und das Verständnis unserer Kinder.

Wir haben einen Mehrausgabenbedarf von 1.3 Mio. EUR. Demgegenüber korrigieren wir den Kreditbedarf des Kämmerers um 4.1 Mio. nach unten.

Auch mit dem neuen Rathausbündnis aus SPD, GRÜNEN und SSW wird der Ausbau der Kindertagesbetreuung vorangetrieben. Hier besteht über alle Parteien hinweg großer Konsens. Die Gesamtausgaben für Krippen und Kitas steigen von rund 50 Mio. EUR in 2008 auf über 56 Mio. EUR in 2009. Allein die Förderung von Kindertageseinrichtungen wird bis zum Jahre 2012 um über 12,6 Mio. EUR weiter steigen.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW investieren in Bildung.

Auf der Basis des im Oktober verabschiedeten Nachtragshaushalts für 2008, bei dem SPD, GRÜNE und SSW bereits zusätzlich 2,6 Mio. EUR in die Schulen bereitstellten, liegt das Herzstück unserer Anträge zum Haushalt 2009 bei den Investitionen in die Bildung.

Für den Ausbau von Ganztagschulen werden wir 2 Mio. EUR zusätzlich einstellen.

Darüber hinaus erhalten die Ganztagschulen weitere 350.000 EUR für ihr pädagogisches Angebot.

Mit zusätzlichen 350.000 EUR wird der dringende Ausbau der Schulsozialarbeit im Umfang von 2 Vollzeitstellen verstärkt fortgesetzt, die Restsumme wird als Budget den Schulen auf Antrag zur Verfügung gestellt, die Freigabe erfolgt durch den Schulausschuss. Damit macht die Kooperation den ersten Schritt, um ein wichtiges Ziel des Kooperationsvertrages umzusetzen: Bis 2013 sollen alle Schulen ein zusätzliches Budget erhalten, um Schulsozialarbeit im Umfang einer halben Stelle finanzieren zu können.

Damit die Schulentwicklungsplanung qualitativ erfolgreich umgesetzt werden kann, stellen wir für den Moderationsprozess, an dem alle Akteure auch weiterhin beteiligt sind, in 2009 50.000 EUR zur Verfügung.

Diese Maßnahmen sind gegenfinanziert.

Da die Verteilung der Mittel für Schulbauförderung des Landes nach der Schülerzahl geht, erwarten wir zusätzliche Landesmittel in Höhe von 2 Mio. EUR.

Die Verkäufe der Erbbaugrundstücke entwickeln sich weiterhin positiv. Nach wie vor gilt: Kein Erbpächter muss befürchten, dass sein Erbbaugrundstück an einen Dritten veräußert wird, wenn er es nicht selbst kauft - dafür hat das neue Rathausbündnis aus SPD, GRÜNE, und SSW bereits im Oktober 2008 durch Ratsbeschluss gesorgt. Da in 2008 nicht alle Verkäufe realisiert werden können, erwarten wir zusätzliche Einnahmen im Jahr 2009. Anstatt der im Haushalt vorgesehenen 4,5 Mio. EUR setzen wir 7,5 Mio. EUR an. Die Verwaltung hatte die prognostizierte Einnahmen von 14,5 auf 4,5 Mio. Euro reduziert. Dieser drastische Einbruch ist für uns nicht nachvollziehbar. Die 7,5 Mio. Euro stellen eine realistische Planung dar.

Für die Kooperation ist ein ausreichendes Sportangebot Teil unseres Bildungsauftrags. Darum stellen wir Planungsmitteln für den Bau der Turnhalle am Heidenberger Teich in Höhe von 50.000 EUR ein. Ab 2010 soll mit dem Neubau der Sporthalle für die Grundschule am Heidenberger Teich begonnen werden. Dafür stehen schon im Jahr 2010 (und nicht erst im Jahr 2011) 2.045.000 EUR bereit.

Auch in die verbesserte Kooperation mit der Kieler Hochschullandschaft investieren wir. Die derzeit ½ Stelle für das strategische Ziel "Wissenschaft stärken" wird in 1 Vollzeitstelle ausgebaut.

Kiel bleibt auch in der aufkommenden Wirtschaftskrise eine Stadt der sozialen Gerechtigkeit und verstärkt in Zeiten der Wirtschaftskrise in enger Kooperation mit dem Jobcenter aktive Beschäftigungsförderung.

Im kommenden Jahr werden bis zu 500.000 EUR in einem Fonds für innovative Beschäftigungsprojekte zur Verfügung gestellt. Diese Mittel speisen sich aus Minderausgaben bei den Kosten der Unterkunft.

Unser Versprechen: Jeder Euro, den wir bei den Kosten der Unterkunft einsparen, fließt in den Fonds für aktive Beschäftigungsförderung. Die Freigabe an die Träger von Beschäftigungsprojekten erfolgt pro Quartal über den Sozialausschuss.

Wir schaffen 20 Stellen für Auszubildende zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsangebots für benachteiligte Jugendliche. Dabei wird die Hilfe der Bundesagentur für Arbeit in Höhe von zunächst ca. 40.000 EUR in Anspruch genommen. Damit leistet die Stadt Kiel ihren Beitrag zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsangebots für benachteiligte Jugendliche. Für diese

Maßnahme stehen in 2009 125.000 EUR zur Verfügung.

Wir erhöhen die Zuwendungen an freie Träger mit Zuwendungsvertrag im Sozial- und Gesundheitsbereich durch die Anpassung der Personalkosten an den Inflationsausgleich. Dafür stehen 49.600 EUR zur Verfügung.

Der von der LH Kiel in ihrer Funktion als öffentlicher Jugendhilfeträger für freiberuflich in der Tagespflege tätige Tagespflegepersonen gezahlte Tagespflegesatz wird mit Wirkung vom 01.01.09 von 3,- EUR je Stunde und Kind auf 3,50 EUR erhöht. Das entspricht einer Mehrausgabe von 150.000 EUR. Diese Mittel kommen den Kieler Tagesmüttern zu Gute, die einen wichtigen Beitrag zur Betreuung und Bildung der unter Dreijährigen leisten.

Das erfolgreich gestartete Mehrgenerationenhaus am Vinetaplatz erhält bis 2012 eine Förderung von 70.000 EUR p.a.

Wir weiten die Schuldnerberatung um Beratungsangebote vor Ort in Gaarden und Mettenhof aus und stellen 30.000 EUR in 2009 bereit.

Für ein niedrigschwelliges Angebot der Gesundheitsförderung für Familien mit Migrationshintergrund mit besonderen Integrationshindernissen werden für den Zeitraum 2009 - 2012 25.000 EUR eingestellt.

Für das Projekt "Kids in die Clubs" werden bis 2012 jährlich 22.000 EUR bereitgestellt, um Kindern aus sozialschwachen Familien entgegenzukommen.

Hervorzuheben ist außerdem die Fortsetzung des Programms Soziale Stadt, in dem rund 1,6 Mio. für die kommenden Jahre für Projekte in Mettenhof und auf dem Ostufer bereitgestellt werden.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW nehmen den Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit offensiv auf.

Wir stellen eine Anschubfinanzierung für ein Projekt "Kiel gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" von 30.000 EUR zur Verfügung.

Die LH Kiel wird Mitglied in der "Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus", 1.000 EUR (2009-2012)

Kostenneutral ist die Erarbeitung eines Kommunalen Sicherheits- und Präventionsbericht vorgesehen.

Für die Öffentlichkeitsarbeit des Projektes Stolpersteine stellen wir 2500 EUR ein.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW erweitern das gute Kulturangebot.

Mit den bereits im Nachtragshaushalt 2008 verankerten 350.000 EUR wird es hoffentlich bald ein Atelierhaus in Kiel geben. Diese Mittel stehen in 2009 endlich zur Verfügung.

Aus den nicht benötigten Mitteln für die AÖR-Gründung für Abwasserbeseitigung richten wir einen Förderfonds für Projekte aus dem Sozial-, Kultur- und Sportbereich als Nachfolge für auslaufende MVV und TXU Mittel in Höhe von 150.000 ein. Die restlichen 150.000 EUR werden nicht verausgabt. U.a. kann so mit 5.000 EUR ein Theaterfestival der freien Szene gefördert werden.

Haushaltsneutral sichern wir die Fortsetzung des Integrativen Theaters mit 6.000 EUR aus dem Etat der VHS zu.

Die ehrenamtlich geführten Stadtteilbüchereien in Holtenau, Neumühlen-Dietrichsdorf und Suchsdorf erhalten mehr Unterstützung. Wir erhöhen die Stellenanzahl in der Stadtbücherei, die ausschließlich für die notwendige hauptamtlicher Unterstützung bereitstehen, um 1 Vollzeitstelle auf damit 2,5 Stellen.

Der Dansk Skoleforening wird in den kommenden Jahren mit jährlich 2.400 EUR bezuschusst.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW investieren in den Umweltverbund und in eine nachhaltige Energieversorgung.

Für den Klimaschutz ist die kommunale Verkehrspolitik von zentraler Bedeutung. Darum unterstützen wir die Verwaltung bei ihren Investitionen in eine ökologisch nachhaltige Mobilität. Hervorzuheben sind die Fortschritte bei der Realisierung der StadtRegionalbahn, etwa durch die Finanzierung von wissenschaftlichen Gutachten und der Bildung der SRB Planungsgruppe, die Fertigstellung der Fahrradstation, sowie der weitere Ausbau der Veloroute 2 an der Chemnitzstr., bzw. Hardenbergstr. Ebenfalls gehört dazu der politisch gewollte Rückkauf der KVG. Hier werden kurzfristig die entscheidenden Weichen gestellt. In der Energieversorgung werden Mittel bereitgestellt, mit denen die ökologische Energieversorgung für die LH Kiel detailliert ausgearbeitet wird. Mit dieser Maßnahme werden wir einen wichtigen Schritt für sichere hoch qualifizierte Beschäftigung in der Region machen, denn die künftige Energieversorgung Kiels wird starke Impulse in die Wirtschaft unserer Region bringen.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW handeln verantwortlich.

Unsere Mehrausgaben sind durch Mehreinnahmen oder Einsparungen an anderer Stelle gegenfinanziert.

Neben den Mehreinnahmen von rund 5 Mio EUR müssen wir auch Einsparungen vornehmen. Unsere Devise dabei: Investitionen in Bildung haben Vorrang vor Investitionen in Gebäude und Straßen. Darum müssen zweifellos notwendige Maßnahmen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Im Einzelnen sind dies:

Folgende Investitionen werden in 2009 nicht umgesetzt:
Geh- und Radweg Gleisstr., -50.000 EUR

Bei der Verlängerung Mühlendamm wird ein Beteiligungsverfahren durchgeführt. Die in 2009 von der Verwaltung veranschlagten Mittel in Höhe von 170.000 EUR werden darum auf 10.000 EUR reduziert.

Die Planung im Bereich Hasseer Straße / Einmündung Rendsburger Ldstr. werden verschoben, die 220.000 EUR werden eingespart.

Der Umbau ZOB/Bahnhofsvorplatz verzögert sich, die veranschlagten 487.000EUR werden in diesem Jahr nicht benötigt.

Damit generieren wir mit den erwähnten eingesparten Mitteln bei dem Ankauf von Software bei der Gründung der AÖR Abwasserbeseitigung von 300.000 EUR Einsparungen in Höhe von: 1.217.000 EUR.

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 28.11.2008, 14:45 Uhr - 5410 Clicks - Nr. 1126

Apell an den Kreistag: Sozialhaus muss erhalten bleiben

Helga Poppe, SPD-Ortsvereinsvorsitzende in Bad Segeberg, ist erschüttert:

"Ein Projekt, dass über Jahre geplant und von vielen Menschen - ehrenamtlich - nach und nach in die Realität umgesetzt wurde, steht jetzt auf der Kippe", schüttelt die Stadtvertreterin verständnislos den Kopf.

"Ich hoffe, die Kreistagsabgeordneten der CDU wissen, was es für viele sozial schwache Menschen aus

dem Kreis Segeberg bedeuten würde, wenn das Sozialkaufhaus nicht mehr existiert", so Poppe weiter.

Mit dem Sozialkaufhaus im ehemaligen "Lüttmer"-Gebäude in Bad Segeberg

steht jetzt ein für die Region nahezu einmaliges Pilotprojekt stehe auf der Kippe.

Ein Haus, in dem dutzende Langzeitarbeitslose gefördert und wieder in das Berufsleben integriert werden,

ein Haus, in dem auch ärmere Menschen Möbel kaufen können, ein Haus, in dem demnächst Ärzte aus dem Bad Segeberger Raum, Menschen kostenlos behandeln wollen.

"Auch Frau Hagemann und viele andere freiwillige Helfer sind beunruhigt", weiß der Pressesprecher

der Bad Segeberger SPD, Tobias Gellert, zu berichten. Eigentlich sollte auch die Segeberger Tafel in absehbarer Zeit in das sogenannte Sozialkaufhaus einziehen.

"Stadt und Umlandgemeinden stehen nahezu geschlossen hinter

dem Projekt "Sozialkaufhaus". "Es darf nicht sein, dass CDU-Kreistagsabgeordnete, die scheinbar keinen blassen Schimmer davon haben, was diese Einrichtung für den schwächeren Teil unserer bedeutet, das gesamte Projekt ins wanken bringen", bringt Gellert zum Ausdruck.

"Wir appellieren an Kreistagsabgeordnete, die eine ablehnende Haltung eingenommen haben, sich ein Bild vom Sozialkaufhaus zu machen", bittet Helga Poppe "und ihre Meinung wohlwollend zu überdenken - für die Menschen, denen es nicht so gut geht, wie Ihnen."

Kommentar von [Alex Stalenberg](#) vom 02.02.2009, 15:13 Uhr:

RE:Apell an den Kreistag: Sozialhaus muss erhalten bleiben

Vielleicht wäre es möglich aus dieses Gebäude ein "Kaufzentrum" vom "Zweiten Hand" zu kreieren. Wo sozial bedürftige Leuten Waren in "Boutiquen" durch verkaufen könnten zum Publikum. Das im Zusatz von die heute bestehende Zweiten Hand Möbel durch verkauf. Mann musste dann doch eine guten Kommunikation aufbauen rund um dieses Zentrum und auch die gesamten Räumen ordentlich aus sehen lassen. Ich könnte wenn nötig von Hilfe sein. Mit freundlichen Grüss Alex Stalenberg Tel/Fax 04551 9109602

[SPD-Nordfriesland](#) - veröffentlicht am 29.11.2008, 10:26 Uhr - 7459 Clicks - Nr. 1127

Gemeinsam bessere Anbindung erreichen.

SPD knüpft Kontakte zu dänischen Genossen.

Aus Husumer Nachrichten vom 25.11.08,

Nordfriesland/hn

Mit dem Ziel, die Verkehrssituation zwischen Nordfriesland und der dänischen Westküste zu verbessern, hat die SPD-Fraktion im Kreistag Kontakt zu den dänischen Sozialdemokraten aufgenommen.

„Gemeinsam wollen wir das Thema Verbesserung der Straßen-, Schienen- und Busverbindungen von der deutschen zur dänischen Westküste in Angriff nehmen“, sagt Fraktions-Chef Thomas Nissen, in einer Pressemitteilung.

Die jeweils andere Seite der Grenze sei für die Landes- und Staatsregierungen „immer noch Randgebiet“, so die SPD. Auch bestünden erhebliche historische und praktische Hindernisse für einen öffentlichen grenzüberschreitenden Bus- und Bahnverkehr. „Aber in diesen Regionen schlummern Tatkraft, Ideen und Potenzial auf vielen Gebieten.“ Dieses gelte es, durch bessere Zugänge via Straße und Schiene zu nutzen. Denn es dürfe an der Westküste kein Vakuum entstehen durch die Fehmarn-Belt-Querung und die Öresund-Region. „Eine zügige Stärkung der Infrastruktur und die Verbesserung der Verkehrswege bilden die Grundlagen in einem Prozess zur Schaffung einer funktional integrierten grenzüberschreitenden Region“, so die SPD. Sie verweist dabei auf die Bestrebungen in Nordfriesland zum Ausbau der Bundesstraße 5 sowie die Forderung nach einer Westküsten-Autobahn auf dänischer Seite. Über diese Ansätze gelte es, „zu gemeinsamen, planerisch abgestimmten Ansätzen und Projekten zu kommen“. Dabei könnte zum Beispiel „Interreg IV A“ helfen. Das europäische Förderprogramm für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit biete große Möglichkeiten „zur Fortsetzung und Weiterentwicklung der Integration der beiden grenznahen Gebiete“.

Wünschenswert sei ein stetiger Dialog zwischen Nordfriesland und den dänischen Nachbarn über die künftige verkehrspolitische Entwicklung. Barrieren für schnelles, komfortables und preisgünstiges Grenzpendeln könnten überwunden werden. „Wir würden uns freuen“, so Hans-Dieter Schulz, wirtschafts- und verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, „wenn unser Ruf über die Grenze erhört wird“.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 29.11.2008, 13:43 Uhr - 4719 Clicks - Nr. 1128

"Küsst die Revolution wach!" -SPD lädt zum "Revolutionskolloquium" ein!

Zur aktuellen Debatte in Kiel Ober neue Initiativen zur Erinnerung an den Matrosenaufstand 1918 erklärt SPD-Kreischef Rolf Fischer:

"Die Belebung der Diskussion, wie sie aktuell stattfindet, ist absolut zu begrüßen. Endlich gewinnt ein Thema an Fahrt, das bisher schwer zu bewegen war. Der Vorschlag der Grünen zur Umbenennung des Hindenburgufers ist zu prüfen. Hindenburg ist kein Name für eine der schönsten Wasserkanten in Deutschland.

Auch die Benennung eines Platzes nach Artelt/Popp ist eine gute Idee; ob sich der Ratsdienergarten, der nie ein Ort des Kieler Revolutionsgeschehens war, eignet, wäre zu besprechen. Hier könnten Plätze in der Wik sicher auch infrage kommen. Wichtig ist für mich, dass sich diese Aktivitäten nicht in Symbolik erschöpfen. Wir müssen das öffentliche Bewusstsein für die hohe kulturhistorische und politische Dimension der Ereignisse nachhaltig wecken. Deshalb wollen wir ein "Revolutions-kolloquium" veranstalten, auf dem gleichzeitig neue Wege der Erinnerung und des Blickes nach vorn gefunden werden sollen. Wenn wir langfristig wirken wollen, dann müssen neben den politischen Parteien weitere Partner



eingebunden werden, z.B. die Hochschulen, Bildungseinrichtungen, Kieler Medien, Kirchen, Gewerkschaften, historischen Vereinigungen und interessierte Kieler Bürger. Unsere Ansätze sind vielfältig: Die historische Revolution könnte Anstoß sein, sich generell mit Revolutionen als gesellschaftspolitischem Ereignis wissenschaftlich zu befassen, Dauerausstellungen könnten eingerichtet werden, Schulen könnten sich befassen usw.; wir wollen auch die Stadt Wilhelmshaven als Partner gewinnen, um ein Gesamtbild der Ereignisse damals zu erhalten. Vieles ist möglich!

Nur wenn es gelingt, dieses Thema breit zu verankern, wird der Dornröschenschlaf beendet werden. Insofern ist der Kolloquiumstitel "Küsst die Revolution wach!" zutreffend. Wir wollen die Gunst der Stunde nutzen. Die Kieler SPD wird jetzt dazu einladen, das Treffen wird Anfang 2009 stattfinden. Partner sind willkommen"

Keine Kommentare

[Jusos Segeberg](#) - veröffentlicht am 30.11.2008, 13:28 Uhr - 6949 Clicks - Nr. 1129

„Schüler aller Kreise: Vereinigt euch!“

Unter diesem Motto fordern die Jusos Segeberg alle Schülerinnen und Schüler auf, sich an den regionalen Sternmärschen im Kreis zu beteiligen.

Am 01.12.2008 wird in verschiedenen Städten um 13.15 Uhr zu den Rathäusern marschiert.

Die Schüler sollen ihren Unmut über die Missstände im Bildungssystem öffentlich aufzeigen. Organisiert wird das Ganze von den Eltern, der GEW und der Schülerschaft. Kreisvorstandssprecher der Jusos, Alexander Wagner, erklärte: „Die Jusos haben seit der



Landeskonferenz eine klare Beschlusslage zur Bildungspolitik.“ Der Pressesprecher des Kreisvorstands, Frederik Digulla, ergänzt: „Die Majorität der Forderungen deckt sich mit unseren eigenen, deswegen rufen wir dazu auf die Aktion zu unterstützen.“

Die Jusos Schleswig-Holstein fordern:

- Längeres gemeinsames Lernen fördern durch den Ausbau von und zu Gemeinschaftsschulen
- Die flächendeckende Einrichtung von Ganztagschulen nach gebundenem Modell
- Die Rückführung der Profiloberstufe zu einem Kurssystem
- Klassengrößen müssen geringer werden

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 30.11.2008, 14:42 Uhr - 10488 Clicks - Nr. 1130

SPD nominiert Franz Thönnies

Der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies aus Ammersbek erhielt von der Wahlkreisversammlung am 29. November 2008 im Kisdorfer Margarethenhoff ein hervorragendes Vertrauensvotum. Mit 108 Stimmen bei nur drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen statteten die Delegierten der SPD-Kreisverbände Segeberg und Stormarn den Parlamentarischen Staatssekretär mit einer überzeugenden Mehrheit aus. Er gehört dem Bundestag seit 1994 an.

Die Kreisvorsitzenden Andreas Beran (Segeberg, Foto links) und Martin Habersaat (Stormarn, rechts) gratulierten mit einem symbolischen Leuchtturm als Geschenk. Kommentar von [Detlev Kircher](#) vom 01.12.2008, 06:07 Uhr:

RE:SPD nominiert Franz Thönnies
Nochmal einen herzlichen Glückwunsch zu diesem Wahlergebnis. Die Bilder schicke ich per CD an Dietrich Drescher. Mit freundlichen Grüßen Detlev Kircher



[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 30.11.2008, 14:54 Uhr - 9939 Clicks - Nr. 1131

Große Mehrheit für Kreisvorsitzenden Andreas Beran

Auf ihrem ordentlichen Kreisparteitag hat die SPD im Kreis Segeberg turnusmäßig ihren Vorstand neu gewählt.

Die Delegierten bestätigten den Kreisvorsitzenden Andreas Beran am 29. November 2008 im Kisdorfer Margarethenhoff mit einer satten Mehrheit aus. Mehr als 95 Prozent gaben dem Amtsinhaber ihr Vertrauen.

Mit einer Satzungsänderung wurde der Kreisvorstand erweitert. Auch die übrigen Mitglieder des Gremiums erhielten gute Stimmernisse.

Die Zusammensetzung des Kreisvorstands finden Sie [hier](#).



Kommentar von [Jörn Thießen](#) vom 04.12.2008, 13:04 Uhr:

RE:Große Mehrheit für Kreisvorsitzenden Andreas Beran

Lieber Andreas! Auf weitere sehr gute Zusammenarbeit! Dein Jörn Thießen

Kommentar von [Martin Preuschhof](#) vom 30.11.2008, 16:19 Uhr:

RE:Große Mehrheit für Kreisvorsitzenden Andreas Beran

Herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl. Nach so vielen nicht so tollen Nachrichten aus der Partei ist es gut, wenn man so eine erfreuliche Nachricht lesen kann. Dem neuen Kreisvorstand alles Gute. Rote Grüße von Martin Preuschhof

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 01.12.2008, 08:16 Uhr - 6810 Clicks - Nr. 1132

Welt-Aids-Tag

20 Jahre Welt-Aids-Tag: Der Gesundheits- und Entwicklungspolitiker Dr. Wolfgang Wodarg fordert das Ende der Monopolisierung von lebensrettenden Medikamenten durch die Pharmaindustrie und mehr Aufklärung und Bildung, besonders für junge Mädchen in Entwicklungsländern. Wodarg ist Berichterstatter für HIV/Aids im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

des Deutschen Bundestages.

Er ist auch der Initiator eines Antrags der Großen Koalition, "Deutschlands globale Verantwortung für die Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten - Innovation fördern und Zugang zu Medikamenten für alle sichern" (16/8884).



Zum heutigen Welt-Aids-Tag erklärt der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg(SPD):

Weltweit sind 33 Millionen Menschen mit HIV infiziert. In Deutschland haben sich 2008 geschätzte 3 000 Menschen neu infiziert - eine Stabilisierung im Vergleich zu 2007.

Dank der Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft und der Arbeit, die von Helferorganisationen geleistet wird, erhalten drei Millionen HIV-positive Menschen einen Zugang zu lebensrettenden Medikamenten gegen das Retrovirus. Dies ist auch dem erhöhten Engagement Deutschlands für einen besseren Zugang zu Aids-Medikamenten zu verdanken.

Doch immer noch ist es Tatsache, dass für einen Aids-Patienten, der Zugang zu einer Therapie mit Medikamenten erhält, fünf neue HIV-Infektionen auftreten.

Patente und Monopole auf lebenswichtige Medikamente gegen Infektionskrankheiten sind tödlich für Millionen Menschen. Die Völkergemeinschaft muss Wege finden, wie aktuelles medizinisches und pharmazeutisches Wissen auch für arme Länder frei nutzbar gehalten wird.

Ich fordere deshalb die Einrichtung eines globalen Fonds für Forschung und Entwicklung, der hier die nötigen Anreize bietet, um bedarfsgerechte Forschung zu sichern und neue, wirksame und patentfreie Medikamente zur weltweiten Nutzung ohne Monopolbremsen zur Verfügung stellen zu können.

Mit antiretroviraler Therapie kann auch in Zukunft noch viel verdient werden können. Alle präventiven Maßnahmen oder Produkte würden diesen Markt verkleinern.

Prävention durch Medikamente / Impfstoffe basiert darauf, den Körper zu trainieren, dass sein Abwehrsystem in die Lage versetzt wird, beim Kontakt mit Erregern diese unschädlich zu machen. Es gibt derzeit 39 Impfstoffkandidaten gegen HIV/Aids. Davon sind 31 in Phase 1 und nur einer in Phase 3. Eine wirksame Impfung gegen HIV/Aids ist wohl in den nächsten 10 Jahren kaum zu erwarten.

Es gibt auch mehrere neuere Ansätze bei den bisher nicht sehr erfolgreichen Versuchen mit Mikrobiziden, die, wenn überhaupt, erstmals etwa 2015 auf dem Markt erscheinen können. Auch Frauenkondome gibt es - aber es gibt zu wenig variable Angebote und sie sind zu teuer.

Sehr besorgniserregend ist dazu die weltweite Entwicklung einer Tuberkulose-Epidemie, begünstigt durch die Immunschwäche der Aids-Kranken. Aufgrund von mangelnden und veralteten Therapien entwickeln sich Resistenzen.

Neue Ansätze sind überfällig, damit Gesundheit auch für arme Menschen erschwinglich wird. Neue, hoffnungsbringende Konzepte, wie die Product Development Partnerships (PDPs), ermöglichen die Herstellung und Versorgung mit Arzneimitteln, die zum Teil öffentlich finanziert werden und nicht unter dem bisherigen Patentsystem stehen. Wir müssen den armen Ländern helfen, damit sich auch vor Ort eine lokale Medikamentenproduktion entwickelt.

Während die Möglichkeiten, das Immunsystem zu trainieren wegen der Komplexität des Erregers

und seiner großen Anpassungsfähigkeit und wegen unserer lückenhaften Kenntnisse über die Kommunikation zwischen den Zellen eher als gering und schwierig einzuschätzen sind, ist die Möglichkeit der kognitiven Abwehrkräftestärkung eine überall verbreitete und unzweifelhaft erfolgreiche Methode.

Durch das verinnerlichte Wissen um die Ansteckungswege und Schutzmöglichkeiten, durch soziale und pädagogische Einflussnahme auf Menschen in Risikolagen wurde in Deutschland, den USA und vielen anderen Ländern mit guter Bildungsinfrastruktur ein beeindruckender Rückgang der HIV Infektionsrate erreicht.

Auch in den Entwicklungsländern sind eine gute Schulbildung, das Wissen um die Ansteckungswege und um wirksame Mittel zur Verhütung der Infektion, die wirksamste Prävention.

Besonders für junge Mädchen und Frauen sollten wir sehr massiv diese Art der Aufklärung und Bildung fördern. Sie muss dann in Schwerpunkten ergänzt werden durch Kondome, die Frauen und Männern vertraut und zugänglich sein müssen.

Keine Kommentare

[SPD-Hohenlockstedt](#) - veröffentlicht am 01.12.2008, 13:00 Uhr - 3915 Clicks - Nr. 1133

Weihnachtslied

Das nachfolgende Gedicht, noch vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 geschrieben, betitelte Erich Kästner mit den Worten „Weihnachtslied, chemisch gereinigt“. Die Verse dürften noch heute aktuell sein. So hat jede fünfte Familie in Deutschland kein eigenes Erwerbseinkommen. Sie sind auf ein Leben von der „Stütze“, heute „Harz IV“ genannt, angewiesen. Dieser Notlage können nur wenige entinnen.

Das Auseinanderdriften von Arm und Reich nagt an der Substanz unserer Gesellschaft. Auf der einen Seite Gleichgültigkeit durch Überfluss, aber auch strahlende Kinderaugen, auf der anderen Seite Entbehrungen, Verzicht und traurige Kinder als Opfer der Erwachsenenwelt, wie wir es in den Jahren nach 1945 selbst erleben mussten.

Weihnachtslied, chemisch gereinigt

Morgen, Kinder, wird's nichts geben!
Nur wer hat, kriegt noch geschenkt.
Mutter schenkte euch das Leben.
Das genügt, wenn man's bedenkt.
Einmal kommt auch eure Zeit.
Morgen ist's noch nicht so weit.

Doch ihr dürft nicht traurig werden.
Reiche haben Armut gern.
Gänsebraten macht Beschwerden.
Puppen sind nicht mehr modern.
Morgen kommt der Weihnachtsmann.
Allerdings nur nebenan.

Lauft ein bisschen durch die Straßen!
Dort gibt's Weihnachtsfest genug.
Christentum, vom Turm geblasen,
macht die kleinsten Kinder klug.
Kopf gut schütteln vor Gebrauch!
Ohne Christbaum geht es auch.

Tannengrün mit Osrambirnen –
lernt drauf pfeifen! Werdet stolz!
Reißt die Bretter von den Stirnen,
denn im Ofen fehlt's an Holz!
Stille Nacht und heil'ge Nacht –
weint, wenn's geht, nicht! Sondern lacht!

Morgen, Kinder, wird's nichts geben!
Wer nichts kriegt, der kriegt Geduld!
Morgen, Kinder, lernt fürs Leben!
Gott ist nicht allein dran schuld.
Gottes Güte reicht so weit ...
Ach, du liebe Weihnachtszeit!

Erich Kästner (etwa 1932), Zürich 1999

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 01.12.2008, 14:26 Uhr - 44370 Clicks - Nr. 1134

Zum Scheitern des BKA-Gesetzes im Bundesrat

Zum Scheitern des BKA-Gesetzes im Bundesrat erklärt das SPD-Präsidiumsmitglied und schleswig-holsteinische Landesvorsitzende, Ralf Stegner:

"Es ist gut, dass das BKA-Gesetz in dieser Form nicht Gesetz werden wird. Die SPD-Innenminister aus Rheinland Pfalz, Berlin, Bremen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben bereits vor vielen Monaten einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Notwendigkeiten im Kampf gegen den Terrorismus genauso berücksichtigt wie die rechtsstaatlichen Erfordernisse und verfassungsgerichtlichen Vorgaben.

Bei entsprechender Kompromissbereitschaft von Herrn Schäuble und den Konservativen hätten die Bestimmungen zu Richtervorbehalt bei Online-Durchsuchungen und Berufsheimnisträgern bereits vernünftig geregelt und ein Kompetenz-Wirrwarr zwischen Bund und Ländern vermieden werden können. Nun hoffe ich, dass dies konstruktiv und zügig nachgeholt wird, damit wir ein Gesetz bekommen, das dem BKA gibt, was es braucht, unsere bewährte Sicherheitsarchitektur bestätigt und die Bürgerrechte nicht in Frage stellt."

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 01.12.2008, 20:10 Uhr - 5675 Clicks - Nr. 1135

Meisterehrung des Landessportverbandes

Lothar Hay: „Deutschland will ungedopte Sportler“

Erscheinungsdatum:

01.12.2008

Der schleswig-holsteinische Innenminister Lothar Hay will seine Amtszeit als künftiger Vorsitzender der Sportministerkonferenz nutzen, um den Kampf gegen Doping weiter zu verstärken. „Deutschland will einen dopingfreien Sport und ungedopte Sportler“, sagte Hay am Montag (1. Dezember) bei der Meisterehrung des Landessportverbandes in Kiel.

Er kritisierte andere Länder wie China, die den Kampf gegen Doping nicht mit der gleichen Entschlossenheit führten wie Deutschland. Schleswig-Holstein übernimmt 2009 von Mecklenburg-Vorpommern den Vorsitz in der Sportministerkonferenz für zwei Jahre.

Hay appellierte an Sportfunktionäre und Politiker, Athleten nicht mit zu hohen Erwartungen an Medaillen in Versuchung zu führen. „Der ehrliche siebente Platz ist mir lieber als der ergaunerte Medaillensieg“, sagte der Minister. Er freue sich über jede Spitzenleistung, die ohne den Preis des Betrugs und der Zerstörung der Gesundheit junger Sportler erreicht werde. Die Fahrkarte für die Reise zu den Olympischen Spielen dürfe nicht mit einer Platzkarte für einen Medaillensieg verknüpft werden.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 02.12.2008, 10:49 Uhr - 6731 Clicks - Nr. 1136

Solidarität mit der deutschen Minderheit in Nordschleswig

Der Nordschleswiger, 29.11.2008: Gestern hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit den Bundeshaushalt für 2009 verabschiedet: mit 290 Milliarden Euro. Daran gemessen ein Promille-Betrag von 800.000 zusätzlich für die Arbeit der deutschen Minderheit in Nordschleswig für die Jahre 2009 und 2010. Für die deutsche Minderheit jedoch ein verfrühtes, segensreiches Weihnachtsgeschenk.(PRESSE-ECHO)

Leitartikel: Deutsche Solidarität

Da gilt es denen zu danken, die sich besonders für die Belange der deutschen Minderheit in Berlin angesichts einer sich zuspitzenden Haushaltslage eingesetzt haben, die vor allem durch hohe dänische Tarifentwicklungen nicht beeinflussbar war. Die Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn und Dr. Wolfgang Wodarg von der SPD, Ingbert Liebing, Dr. Michael Luther und Dr. Ole Schröder von der CDU sowie Jürgen Koppelin (FDP) und Gritje Staffelt (Bündnis 90/Grüne) sind unter den Parlamentariern besonders hervorzuheben.

Kräftige Unterstützung erhielt die deutsche Volksgruppe auch durch das schleswig-holsteinische Kontaktgremium unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Martin Kayenburg. Nicht zuletzt ist der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Christoph Bergner, zu würdigen, der sich auch mit dem Hinweis auf die schulische Vermittlung der Muttersprache als die wichtigste staatliche Aufgabe im Bereich der Minderheitenförderung so erfreulich zur Sicherung der deutschen Schulen in Nordschleswig eingesetzt hat. Und wenn einer in dieser Liste nicht fehlen darf, dann wohl Ministerialrat Dr. Detlev Rein aus dem Bundesinnenministerium, der unermüdlich hinter den Kulissen diplomatische Fäden zieht.

Die vielen Berlin-Reisen des Hauptvorsitzenden Hinrich Jürgensen und des Generalsekretärs Peter Iver Johannsen haben sich doch gelohnt: die Minderheit gerät nicht finanziell in eine Krise. Nun ist Planungssicherheit für 2009 und 2010 geschaffen, die kontinuierliche Fortführung der Arbeit der Volksgruppe in den kommenden Jahren gewährleistet. Nicht nur für den täglichen BDN-Betrieb, sondern auch für dringend notwendige Investitionen in den Schulen, die für die Minderheit kulturell überlebenswichtig sind.

Natürlich hat es in den letzten Wochen und Monaten viele besorgte Stimmen gegeben. In der dänischen Presse hat "Flensborg Avis" vor diesem Hintergrund sogar die Ansicht vertreten, die deutsche Minderheit werde von Deutschland-Berlin in Stich gelassen. Das ist schlichtweg Unsinn! Übrigens auch wenn es keine haushaltsmäßige Nachbesserung gegeben hätte. Wahr ist vielmehr, dass die zusätzlichen 800.000 Euro ein neuer Beweis deutscher Solidarität mit der deutschen Minderheit in Dänemark sind. Dankeschön!

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 02.12.2008, 14:40 Uhr - 42570 Clicks - Nr. 1137

Ralf Stegner zum CDU-Bundesparteitag

Zum CDU-Bundesparteitag in Stuttgart erklärt der schleswig-holsteinische Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Ralf Stegner, heute in Kiel:

„Bei der Union ist alles wie immer: Friedrich Merz wird für sein Leipziger Steuerkonzept à la Kirchhof von den Delegierten gefeiert, Frau Merkel referiert lustlos und uninspiriert das Gegenteil und wird gewählt. Herr Pofalla holzt gegen den angeblichen Linksblokkurs der Sozialdemokratie, während die Blockflöten-Geschichte der Ost-CDU kurzerhand umgeschrieben wird. Und der feine Herr Koch wird für seinen 2008er Anti-Ausländer-Wahlkampf mit besonders hoher Zustimmung belohnt. Herr Seehofer kommt gar nicht erst, weil er gegen Frau Merkels Kurs ist und keine Zeit hat, da er rund 5.000 Mitarbeiter der Bayern-LB auf die Straße setzen muss. Auch bei der Nord-CDU alles beim Alten: Sie bleibt auch in Stuttgart völlig unbedeutend und Herr Austermann führt mal wieder seinen Landesvorsitzenden vor.“



Einigkeit herrscht nur in einer Frage: Mantrahaft wird die schwarz-gelbe Machtoption beschworen.

Eines ist aber schon klar: Wenn die schwarz-gelben Wunschträume der Union 2009 Wirklichkeit würden, wäre das für die Menschen in Deutschland ein Albtraum:

- Mehr Atomenergie statt arbeitsplatzsichernder, bezahlbarer und klimaverträglicher Energiewende
- Abbau von Kündigungsschutz und Arbeitnehmerrechten statt Begrenzung von Managergehältern, sowie Mindestlohn und Mitbestimmung
- Studiengebühren statt fairer Bildungschancen und Abbau der Bildungsbarrieren von den KiTas bis zum Studium
- Steuerpolitik à la Erbschaftsteuer und nach dem Motto: Wer viel hat, dem wird mehr gegeben statt: Besteuerung nach finanzieller Leistungsfähigkeit
- Kopfpauschale statt Bürgerversicherung
- Prämien für häusliche Kinderbetreuung statt moderner Familienpolitik
- Marktradikalismus statt handlungsfähigem Staat
- usw. usw.

Fazit: Der krampfhafteste Versuch medialer Geschlossenheit ist gescheitert – Herr Merz und Herr Seehofer zeigen Frau Merkel und der deutschen Öffentlichkeit, wo es lang geht mit der Union. Ein tragfähiges Konzept für die Zukunft, das Fortschritt und Gerechtigkeit verbindet, haben die deutschen Konservativen nicht.“

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 02.12.2008, 15:28 Uhr - 43453 Clicks - Nr. 1138

Fenster der Hoffnung in Nahost

Der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner startet heute eine Reise nach Israel und in die Palästinensischen Autonomiegebiete.

Der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner startet heute (2. Dezember 2008) zu einer viertägigen Nahost-Reise nach Israel und in die Palästinensischen Autonomiegebiete. Stegner wird in Tel Aviv u.a. den Minister für Wohlfahrt und Soziales, Itzak Herzog, den früheren israelischen Botschafter in Deutschland, Avi Primor und den Generalsekretär von "Peace Now", Yariv Oppenheimer, treffen. Auf palästinensischer Seite führt Stegner in Ramallah Gespräche mit Premierminister Salam Fayyad und dem Verhandlungsführer der palästinensischen Seite in den Annapolis-Friedensgesprächen Ahmed Qurei. Weiterhin wird er mit Rafiq Hussein, dem Stabschef von Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas, im Amtssitz des Präsidenten zusammentreffen. In Bethlehem trifft Stegner die Ministerin für Tourismus und Frauen Khulood Daibes Abu Dayyeh. Stegner wird auf der Reise von SPD-Landesgeschäftsführer Christian Kröning und dem Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ost-Jerusalem, Knut Dethlefsen, begleitet.

"Ich will mich direkt vor Ort über die Chancen eines Friedens zwischen Israel und Palästina

informieren. Nach der Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten könnte sich ein neues Fenster der Hoffnung für die festgefahrenen Friedensverhandlungen öffnen. Deutschland und Europa können dabei eine aktivere Rolle als in der Vergangenheit spielen", sagte Stegner.

Vor Beginn seiner Reise traf Stegner in Kiel den früheren Informationsminister Palästinas Dr. Mustafa Barghouti. Barghouti ist Generalsekretär der 2002 gegründeten linksliberalen Bürgerrechtspartei Al-Mubadara (Palästinensische Nationale Initiative), die im Sommer dieses Jahres in die Sozialistische Internationale, dem weltweiten Verbund aller sozialdemokratischen Parteien, aufgenommen wurde. Die SPD Schleswig-Holstein will die Al-Mubadara beim weiteren Aufbau der Parteiorganisation und der Qualifizierung jüngerer Mitglieder aktiv unterstützen. Kommentar von [Dr. jur. von Campe](#) vom 02.12.2008, 17:54 Uhr:

RE:Fenster der Hoffnung in Nahost

Das Drama in und um Israel, auch mit den Palästinensern ist doch bekannt. Oder habe nur ich ARD / ZDF ? Die SPD ist selbst in der Region aktiv - ggf. über die Fr.-Ebert-Stiftung. Die Älteren von uns erinnern sich an : Knud Detlefsen, der gerne MdB werden wollte und in Israel tätig ist. Wie in anderen Regionen der Welt - Somalia, Tschad, Kongo, Thailand, China, Kambodscha - ist es überfällig, mit den dortigen Regierungen einen deutliche Sprache zu sprechen ! Beispiel : Grenzregion Thaioland zu Kambodscha. Noch immer liegen dort die Blindgänger aus dem Vietnamkrieg herum und verletzen / töten Menschen ! Noch immer werden in diesem Grenzgebiet aus Kambodscha stammende "Schwarzarbeiter" nicht zu den staatlich garantierten Mindestlöhnen beschäftigt, werden regelmäßig verhaftet und ohne Lohn abgeschoben. Frauen bekommen dort ihre Kinder ohne Zugang zu Trinkwasser, ohne Zugang zu medizinischer Versorgung (Hebamme) usw. usw. Was andere Länder wie Somalia angeht haben wir es komplett versäumt, die letzten Jahrzehnte dort bei dem Aufbau solcher Strukturen zu helfen, die genau das verhindern, was nun dort los ist : Piratentum, Drogenhandel. Jürgen W. Möllemann hat in seinem Buch Klartext eine Menge Unfug geschrieben, ich habe es mir aber angetan, dieses Buch zu lesen. Bei einem Kapitel, welches er geschrieben hat, hätte ich ihn gern gefragt, ob er "bekloppt" oder "Lebensmüde" ist. Er hat die Strukturen beschrieben, die entlang der "Öl-pipe-lines" von den USA geschaffen sind und teils von Israel "bewacht" werden. Dieses Erdöl, mit dem auch das SPD-Büro in Bordesholm beheizt wird, welches auch als Treibstoff in dem Wagen von Ralf Stegner landet, welches als Kerosin in dem Flieger landet, mit dem Ralf Stegner nach Israel fliegt, braucht in Wirklichkeit niemand ! Der Sachverständige Oliver Goretzki hat nachgewiesen, daß 2 % der nutzbaren Flächen der Erde ausreichen, um genug "Bio-Treibstoff" herzustellen. Und diese 2 % Flächen sind ungenutzte Flächen - also "Brachland". Falls es Ralf Stegner nicht zu viel Mühe bereitet, würde ich mir wünschen, über diese Dinge mal nachzudenken ! Zeit dazu im Flieger hat er ja.

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 02.12.2008, 16:54 Uhr - 12710 Clicks - Nr. 1139

Bessere Bezahlung für Pflegekräfte

„Jede dritte Pflegekraft muss heute mit einem Lohn auskommen, der jenseits der Schmerzgrenze liegt“, sagt Jörn Thießen. „Deshalb ist in diesem Bereich die Einführung von Mindestlöhnen zwingend geboten.“ Thießen unterstützt die Initiative der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, mit der die Attraktivität der Pflegeberufe gesteigert und der steigende Fachkräftebedarf dauerhaft gedeckt werden sollen.

In den Eckpunkten zur Pflege, die von der SPD-Bundestagsfraktion am Dienstag veröffentlicht wurden, stellt die bessere Bezahlung der Pflegekräfte nur einen Teil der Forderungen dar. Daneben schlagen die Sozialdemokraten vor, die Aufstiegschancen von Beschäftigten in der Altenpflege zu verbessern, zum Beispiel durch Fortbildungen, die mit dem „Meister-Bafög“ finanziert werden

könnten. „Der Bereich der Ausbildung für Pflegeberufe ist reformbedürftig“, bekräftigt Thießen. „Die Ausbildungsgänge für Kranken- und Altenpflege müssen zusammengelegt und neue Finanzierungsmodelle gefunden werden.“ So könnte nach dem Vorbild des Landes Rheinland-Pfalz im Umlageverfahren für eine nachhaltige Finanzierung der Ausbildung gesorgt werden, wenn Ausgleichszahlungen von Einrichtungen erhoben werden, die selbst nicht ausbilden. „Ein solidarisches Finanzierungsmodell ist jedenfalls die Voraussetzung dafür, den Beruf attraktiver und durch einen höheren Fachkräfteanteil insgesamt hochwertiger zu machen“, erklärt Thießen. „Wir schlagen deshalb vor, mit einer Fachkräfte-Initiative des Bundes und der Länder ein Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen, das hier rasche und nachhaltige Verbesserungen bringt.“

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 03.12.2008, 10:31 Uhr - 3764 Clicks - Nr. 1140

Schulen dürfen nicht verkommen

Fraktionsvorsitzender Olaf Nuckel macht klar, warum die SPD den Zustand der Quickborner Schulen nicht länger hinnehmen will und warum die Hinhalteversuche von CDU und FDP nicht tragbar sind.

SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG KULTUR UND FREIZEIT
ARTIKEL VOM 29.11.2008 IM QUICKBORNER TAGEBLATT

Den o.g. Artikel über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Freizeit vom 27.11.2008 muss ich ergänzen bzw. korrigieren. Der Aussage des Herrn Meyn: „Mit dieser Variante können alle leben“ teilen wir, die SPD-Fraktion der Stadt Quickborn nicht.

Seit Jahrzehnten wird an den Quickborner Schulen ein Missstand im Bereich Menge an Räumen, Schulausstattung, Schulzustand etc. verwaltet. Investitionen wurden nicht getätigt und Anforderungen der Schulen weitestgehend nicht erfüllt. Insofern sind die jetzt ermittelten horrenden Investitionen der Sanierung bzw. Erneuerung der Quickborner Schulbauten eine logische Folge dieser Misswirtschaft! Schulleitungen haben sich mittlerweile an diesen Zustand gewöhnt und improvisieren, sodass ein „normaler“ Unterricht durchgeführt werden kann.

Vor dieser Improvisation haben wir grossen Respekt.

So kommt es auch, dass die Schulleitung des Elsensee-Gymnasiums es wieder schafft, mit dem Mangel umzugehen. Dies kann und darf nicht so weitergehen.

Wir, die SPD-Fraktion Quickborn, wollten ein Zeichen setzen und haben deswegen einen Antrag gestellt, die notwendigen drei Schulklassen in entsprechender bzw. ausreichender Grösse als Container anzumieten oder anzukaufen.

Ziel ist es, endlich und schnell einen Unterricht in ausreichend grossen Klassenräumen durchzuführen!

Gem. Aussage der Schulleitung des Elsensee-Gymnasiums sind zwar ausreichend Räume vorhanden, jedoch entsprechen diese NICHT den heutigen Anforderungen in Grösse und Ausstattung an Schulräumen.

Natürlich kostet diese Aktion Geld. Hinzuweisen ist darauf, dass Schulleitungen in der Vergangenheit durch ihre Improvisationskünste der Stadt Quickborn viel Geld erspart haben. Und hier ist es endlich an der Zeit, dieses auch einmal zu würdigen!!

Dieser Antrag wurde natürlich mal wieder durch CDU und FDP abgelehnt, weil "Mit dieser Variante alle Leben können!" .

Aus allen vorgenannten Gründen können wir dies nicht!!

Jens-Olaf Nuckel, Fraktionsvorsitzender SPD Quickborn

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 03.12.2008, 11:27 Uhr - 5989 Clicks - Nr. 1141

Wolfgang Wodarg trifft afghanische Abgeordnete

Die SPD-Arbeitsgruppe im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung traf sich gestern mit einer Delegation afghanischer Abgeordneter. MdB Wodarg meinte nach dem Gespräch: "Ich halte den zivilen Einsatz Deutschlands beim Wiederaufbau des geschundenen Landes für unbedingt notwendig. Ich sehe aber mit Bedauern, dass wir wichtige Ressourcen in kontraproduktive militärische Maßnahmen, wie den Einsatz von martialisch aussehenden Tornado-Aufklärungsflugzeugen stecken."



In dem ausführlichen Gespräch ging es um die derzeitige Lage und die Rolle Deutschlands beim Wiederaufbau des Landes. Die Staatssekretärin Karin Kortmann hob hervor, dass die deutschen Entwicklungshilfeleistungen im vergangenen Jahr erheblich gesteigert werden konnten. Zu den bilateralen Hilfen in Höhe von über 190 Millionen Euro kommen weitere 30 Millionen Euro, die über die EU oder andere multilaterale Institutionen von Deutschland zur Verfügung gestellt werden.

Die afghanischen Politiker lobten den zivilen Einsatz Deutschlands sehr und hielten ihn zur Wiedererlangung der Selbständigkeit ihres Landes für unerlässlich.

Die Arbeitsgruppe informierte ihre afghanischen Kollegen ausserdem über die Arbeit der Task Force Afghanistan, die unter der Leitung des SPD-Abgeordneten Detlef Dzembitzki wesentlich zur Koordinierung der deutschen Afghanistanpolitik beigetragen hat.

Die höflichen afghanischen Gäste haben keine Kritik am militärischen Einsatz Deutschlands geäußert. Es wurde aber deutlich, dass dem afghanischen Volk durch friedliche zivile Entwicklungshilfe weit mehr Nutzen erwächst als durch Militäreinsätze.

"Ich sehe mit Bedauern, dass wir wichtige Ressourcen in kontraproduktive militärische Maßnahmen stecken. Der Einsatz von Tornado-Aufklärungsflugzeugen kostet jährlich fast halb so viel, wie unsere gesamte bilaterale, zivile Entwicklungshilfe," sagte der Bundestagsabgeordnete und Entwicklungspolitiker Wolfgang Wodarg.

Deshalb, so Wodarg, sei es Zeit, endlich die grundsätzliche Diskussion über konkrete

Ausstiegsszenarien und eine wünschenswerte Umwidmung der Verteidigungsmittel in zivile Entwicklungshilfemittel zu beginnen.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 03.12.2008, 14:35 Uhr - 3232 Clicks - Nr. 1142

SPD-Engelsby: Spieltest vorm Weihnachtsfest

Das Spielmobil der Stadt Flensburg stellt am Mittwoch, dem 10. und Donnerstag, dem 11. Dezember von 15 bis 17 Uhr in der Kinderbücherei der Stadtbibliothek in der Flensburg Galerie neue Spiele zum „Ausprobieren“ zur Verfügung.

Das Spielmobil der Stadt Flensburg stellt am Mittwoch, dem 10. und Donnerstag, dem 11. Dezember von 15 bis 17 Uhr in der Kinderbücherei der Stadtbibliothek in der Flensburg Galerie neue Spiele zum „Ausprobieren“ zur Verfügung.

Alle die gerne spielen sind herzlich eingeladen eine Vielzahl von neuen Brett-, Gesellschafts-, Karten-, Kinder- und Familienspielen zu testen.

Die Teilnahme ist kostenlos. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 03.12.2008, 16:18 Uhr - 9506 Clicks - Nr. 1143

Verbot von Streumunition unterzeichnet - jetzt entsorgen!

Heute wurde in Oslo die internationale Konvention zum Verbot von Streubomben unterzeichnet. Über 100 Staaten erklären damit ihre Bereitschaft, diese besonders menschenverachtende Munition abzuschaffen. Jörn Thießen: "Jetzt sind wir dran: Die Bundeswehr wird in den nächsten Jahren ihre Bestände an Streumunition vollständig entsorgen."

Den Erfolg der Verhandlungen, die nun zur Unterzeichnung des Abkommens geführt haben, geht auch auf das Konto der SPD. Seit Beginn der Initiative zur Abschaffung 2006 hat die SPD-Bundestagsfraktion in ganz erheblichem Maß dazu beigetragen, dass Deutschland als einer der Motoren des Prozesses gilt - "und durch geschickte Verhandlungen von Frank-Walter Steinmeier viele Länder zur Unterschrift bewegen konnte, die gezögert haben", erklärt Jörn Thießen. "Uns ist es in dieser Zeit auch gelungen, die Union zu einem Einlenken zu bewegen, inklusive dem Verteidigungsminister, der von der Notwendigkeit, die Streumunitionsbestände der Bundeswehr aufzulösen, noch überzeugt werden musste."

Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 haben Verteidigungs- und Haushaltsausschuss nun bis zu 60 Millionen zur Verfügung gestellt, um die bereits außer Dienst gestellten, aber noch vorhandenen Bestände der Bundeswehr fachgerecht zu entsorgen. "Wir fordern von der Bundesregierung, innerhalb der nächsten vier Jahre den gesamten Bestand zu vernichten", bekräftigt Jörn Thießen.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 03.12.2008, 16:23 Uhr - 49432 Clicks - Nr. 1144

Anne-Christin Heinrich: RCDS nicht auf der Höhe der Zeit

Zu den vom RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) erneut vorgebrachten Plänen, ein dem "Hamburger Modell" ähnliches System der Studiengebühren auch in Schleswig-Holstein einzuführen, erklärt die Landesvorsitzende der Jusos Schleswig-Holstein, Anne-Christin Heinrich, in Kiel:

"Nur weil die GAL in Hamburg sich in puncto Studiengebühren auf einen faulen Kompromiss mit der CDU eingelassen hat, heißt das noch lange nicht, dass dies Vorbildcharakter für Schleswig-Holstein haben könnte.

Die Jusos in Schleswig-Holstein haben in Zusammenarbeit mit den Studierenden hart gekämpft, um eine Einführung von Studiengebühren bei uns im Lande zu verhindern. Wir sind stolz auf unsere Inselstellung und die hohen Einschreibezahlen an den Hochschulen im Lande geben uns Recht. Nachdem die CDU schon im April versucht hatte, sich noch einmal an das heiß geliebte Thema Studiengebühren heranzuwagen, um dann im Falle eines Wahlsieges im Jahr 2010 voll durchzustarten und ab dem ersten Semester Gebühren von jedem Studenten zu erheben, ist sich jetzt auch der RCDS nicht zu schade, einen alten Vorschlag wieder aufzugreifen.

Die Nachteile und die Sinnlosigkeit des sog. "Hamburger Modells" liegen auf der Hand. Studiengebühren halten junge Menschen vom Studieren ab, egal, wann sie drohen. Nach wie vor bleibt unklar, wie die Eintreibungsbürokratie nach Ende des Studiums überhaupt sinnvoll gestaltet werden könnte. Für uns Jusos gilt aber grundsätzlich: Bildung muss weiter jedem offen stehen, ohne Rücksicht auf den Geldbeutel, wir lehnen Studiengebühren nach wie vor grundsätzlich ab!

Diese theoretische Debatte und vor allem auch die Positionen der Koalition in Hamburg zeigen klar, dass im nächsten Landtagswahlkampf nur eine Stimme für die SPD eine Einführung von Studiengebühren wirksam verhindern kann.

Natürlich wollen auch wir möglichst eine bundeseinheitliche Regelung, und zwar eine solche gegen Studiengebühren. Nachdem unsere an die grüne Basis gerichteten Appelle im April erfolglos waren, richten wir unsere Stimme nun insbesondere auch nach Hessen, wo eine weitere schwarz-grüne Koalition dem Studiengebührenspek ein neues Kapitel hinzufügen könnte."

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 04.12.2008, 08:39 Uhr - 4117 Clicks - Nr. 1145

SPD-Engelsby: Mehr Sicherheit in Flensburger Kindergärten

In einer Aktion, die in dieser Größenordnung bundesweit wohl einmalig sein dürfte, hat der Flensburger Betrieb Feuerlöschtechnik R-H Schauer, Inhaber Dirk Zimmermann in Zusammenarbeit mit der Nord-Ostsee-Sparkasse als Sponsor, einen großen Teil der Flensburger Kindergärten komplett mit Rauchmeldern ausgerüstet.

Insgesamt wurden über 30 Kindergärten ausgestattet und mehr als 250 Rauchmelder installiert. So absurd es



scheint,... für Kindergärten sind Rauchmelder zur Zeit noch nicht vom Gesetzgeber vorgeschrieben!

Aus diesem Grund hat Dirk Zimmermann zu Beginn des Jahres einen Sponsor für die Anschaffung von Rauchmeldern gesucht. Es ist ihm dabei gelungen, die Nord-Ostsee-Sparkasse für diese Idee zu begeistern.

„Wir haben ausschließlich hochwertige Rauchmelder von Herstellern eingesetzt, die eine Garantie von 10 Jahren auf das Gerät und die Batterie geben.“ so Dirk Zimmermann. „Für den Kindergarten entstehen somit keine weiteren Kosten, da sich die Kontrolle der Rauchmelder lediglich auf eine Sicht-und Funktionsprüfung reduziert.“

Jeder Kindergarten wurde vor der Installation der Sicherheitseinrichtungen von Herrn Dirk Zimmermann persönlich beraten.

Foto: Levin, Dirk Zimmermann, Thure und Henrik

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 04.12.2008, 10:40 Uhr - 4552 Clicks - Nr. 1146

Lothar Hay übernimmt Vorsitz der Sportministerkonferenz –

Schwerpunkte: Sportstättenbau und Sportförderung sowie Kampf gegen Doping

Erscheinungsdatum:04.12.2008

Schleswig-Holstein übernimmt für die kommenden zwei Jahre den Vorsitz der Sportministerkonferenz. Innenminister Lothar Hay wird im Rahmen eines parlamentarischen Abends morgen (5. Dezember) in Rostock-Warnemünde (Mecklenburg-Vorpommern) das Staffelholz symbolisch von seinem Schweriner Amtskollegen Lorenz Caffier übernehmen. Hays Amtszeit beginnt offiziell am 1. Januar 2009.

Hay will seine Amtszeit nutzen, um nach neuen Wegen einer dauerhaften Fortentwicklung der Sportstätten zu suchen, regelmäßige Sportstunden in allen Schulen verbindlich auf den Stundenplan zu setzen, Kindern aus sozial schwachen Familien den Zugang zum Sport zu erleichtern, die finanzielle Förderung des Sports verlässlich abzusichern und den Kampf gegen Doping zu verstärken.

Zum Sportstättenbau sagte Hay: „Das Geld dafür muss besonders sorgfältig ausgegeben werden.“ Nicht überall müsse die normierte Dreifeldhalle stehen, und nicht jede Kommune brauche ein eigenes Spaßbad. „Wir brauchen aber mehr geeignete Möglichkeiten, um unseren Kindern Schwimmunterricht zu erteilen“, sagte der Minister. Er sprach sich dafür aus, Sportstätten für eine Region zu planen. Einzelne kommunale Vorhaben seien entsprechend zu koordinieren und am tatsächlichen Bedarf für die Zukunft auszurichten. Hay gab die Devise aus: „Nicht überall muss alles sein, aber alles muss irgendwo erreichbar sein.“

Die tägliche Sportstunde in der Grundschule und wöchentlich drei Sportstunden an allen weiterführenden Schulen müssen nach Ansicht von Hay fest auf dem Stundenplan stehen. Dies sei mit der Kultusministerkonferenz vereinbart. „Unsere Kinder brauchen mehr Bewegung, um gesünder zu leben und in der Schule besser zu lernen“, sagte der Minister. Der reguläre

Sportunterricht sei jedoch kein Ersatz für eine Mitgliedschaft junger Leute im Sportverein. Hay rief die Vereine auf, ihre Chance als Partner der Schule zu nutzen.

Kindern aus sozial schwachen Familien müsse der Zugang zum Sport erleichtert werden. „Das ist wichtig für die Integration, die Gesundheit und die Lebensperspektiven der jungen Leute“, sagte Hay. Der Sport sei in der Lage, bei der Lösung sozialer Probleme zu helfen und einen Beitrag zur individuellen Entwicklung zu leisten.

Die Sicherung der Sportförderung aus den Erträgen der Sportwetten bleibt nach Aussage von Hay ein zentrales Thema der nächsten Jahre. „Die finanzielle Förderung des Sports muss verlässlich abgesichert werden“, sagte der Minister. Der zunächst auf vier Jahre geschlossene Staatsvertrag über das staatliche Sportwetten- und Lottomonopol biete dafür eine geeignete Grundlage.

Der Kampf gegen Doping muss auf nationaler und internationaler Ebene verstärkt werden. Hay erneuerte damit seine Forderung nach einem dopingfreien Sport, die er bereits auf der traditionellen Meisterehrung des Landessportverbandes am Montag in Kiel aufgestellt hatte. Doping sei unsportlich, ein Regelverstoß und müsse konsequent verfolgt und geahndet werden. Mehr Kontrollen seien notwendig. „Wir müssen dem Doping die Akzeptanz und den Anschein von Harmlosigkeit entziehen“, sagte der Minister. In allen Nationen müsse der Kampf gegen Doping mit der gleichen Ernsthaftigkeit und Konsequenz betrieben werden wie in Deutschland. Sportverbände und Staaten, die Doping gleichsam augenzwinkernd akzeptierten, müssten offiziell, öffentlich und nachdrücklich angeprangert werden.

Die Sportministerkonferenz (SMK) trägt zur gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung der für den Sport in den Ländern zuständigen Ministerinnen und Ministern bei und begleitet Angelegenheiten des Sports von überregionaler Bedeutung. Die Sportministerkonferenz vertritt darüber hinaus die gemeinsamen Anliegen bei der Koordinierung der Sportförderung in den Ländern und wahrt die Interessen des Sports auf nationaler und internationaler Ebene.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 04.12.2008, 12:31 Uhr - 3352 Clicks - Nr. 1147

Weihnachtswunsch fast erfüllt: Jugendschutz ja, überflüssige Bürokratie nein!

Der Europaausschuss des schleswig-holsteinischen Landtages hat auf Initiative der SPD in seiner heutigen Sitzung über das Problem des Jugendarbeitsschutzes und seiner grenzüberschreitenden Konsequenzen diskutiert. Anlass ist der Auftritt eines dänischen Chores in der Flensburger Weihnachtsaufführung des Landestheaters. Die jungen dänischen Sänger(innen) benötigen vier behördliche Dokumente, um dort mitsingen zu dürfen.

Dazu erklären die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer und Anna Schlosser-Keichel:

Wir freuen uns, dass unser Einsatz für den Chor auf die generelle Zustimmung des Ausschusses getroffen ist. Wir haben umfassend mit dem Ministerium über das Problem allgemein und über die besondere Situation des Chores aus Løjt Kirkeby gesprochen. Es besteht Einigkeit, die bürokratischen Hemmnisse möglichst vollständig abzubauen. Ernst zu nehmen ist aber, dass Kinderarbeit nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz, das eine Umsetzung der EU-Arbeitsschutzrichtlinie ist, generell verboten ist und bleiben muss. Der Schutz der Kinder ist ein hochrangiges Gut. Da aber das Gesetz auf Bundesebene zurzeit novelliert und dort das Thema Kinderarbeit im Kulturbereich diskutiert wird, sprechen wir unser Problem dort an. Die Novellierung kann zu Vereinfachungen und zum Abbau überflüssiger Bürokratie führen. Dafür werden wir uns einsetzen. In Dänemark gelten im Übrigen die Vorschriften der EU-Richtlinie fast im gleichen Maße.

Unser Weihnachtswunsch, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu entbürokratisieren und so mehr gemeinsame kulturelle Aktivitäten zu ermöglichen, ist also nicht vollständig erfüllt, aber uns bleibt damit ein ernst zu nehmendes und gutes Vorhaben für 2009!

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 04.12.2008, 13:25 Uhr - 10227 Clicks - Nr. 1148

16 Millionen mehr für A23-Ausbau bei Itzehoe

Der nächste Bauabschnitt der A23 zwischen Itzehoe Nord und Süd kommt, und früher als erwartet. Wie die beiden Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst-Dieter Rossmann und Jörn Thießen erklärten, fließt ein erheblicher Teil der heute vom Bundesverkehrsministerium angekündigten zusätzlichen Bundesmittel aus dem Konjunkturprogramm in den Norden: „29 Millionen Euro hat Bundesverkehrsminister Tiefensee für Maßnahmen in Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt“, erklärt Thießen.

„Mehr als die Hälfte davon, 16 Millionen, stehen für den Ausbau der A23 bei Itzehoe bereit.“ Das neue Autobahnteilstück ist damit das einzige Projekt in Schleswig-Holstein, das als Neubeginn von Straßenbaumaßnahmen bei der zusätzlichen Mittelvergabe berücksichtigt wurde. Die übrigen Gelder werden für die Verstärkung von laufenden Maßnahmen und viele kleinere Vorhaben in ganz Schleswig-Holstein verwendet, die in den letzten Jahren zurückgestellt werden mussten.

„Ich freue mich, dass die Bundesregierung der Initiative der SPD-Bundestagsfraktion gefolgt ist“, sagt Rossmann. „Mit den zusätzlichen Mitteln stellen wir die Weichen für eine nachhaltige Verkehrspolitik und kurbeln im nächsten und übernächsten Jahr die Konjunktur noch einmal kräftig an.“

Neben den Investitionen aus dem heute veröffentlichten Innovations- und Investitionsprogramm (IIP) in Schiene und Straße sind 210 Millionen Euro für Maßnahmen unter anderem an der Unterelbe und dem Nord-Ostsee-Kanal vorgesehen. „Damit werden dringliche Verkehrsinvestitionen beschleunigt umgesetzt“, erklärten die Abgeordneten. „Das schafft Arbeitsplätze in der Region und verbessert unsere Stellung als Wirtschaftsstandort an Elbe und Nordsee.“ Im IIP-Paket sind auch erhebliche Vorhaben im Bereich der Bahn vorgesehen, wie zum Beispiel die Modernisierung von Personenbahnhöfen und Lärmsanierung der Schienenwege.

Nach weiteren Gesprächen, die von Abgeordneten und dem Landesvorsitzenden der SPD, Dr. Ralf Stegner, mit Minister Tiefensee in der Vergangenheit geführt wurden, erwarten Rossmann und Thießen, dass in kurzer Zeit weitere Mittel in baufertige Maßnahmen nach Schleswig-Holstein fließen werden.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 04.12.2008, 13:26 Uhr - 10279 Clicks - Nr. 1149

Deutsche Abgeordnete treffen auf afghanische Kollegen



Nach der Gründung des Gesprächs- und Freundeskreises Afghanistan in der vergangenen Woche trafen sich seine Mitglieder heute zum ersten echten Treffen mit ihren afghanischen Parlamentarierkollegen.

Die Abgeordneten aus Afghanistan waren auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung zehn Tage in Berlin, um das deutsche Parlaments- und Parteiensystem näher kennenzulernen. Unter der Leitung von Jörn Thießen und mit Abgeordneten von FDP, GRÜNE und SPD teilten die vier afghanischen Abgeordneten ihre Einschätzung der innenpolitischen Situation in Afghanistan mit. Themen wie Terrorismus- und Drogenbekämpfung, Polizeiaufbau und die Stärkung des Rechtssystems standen genauso auf der Agenda wie die Koordination der Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft. Von afghanischer Seite wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass ein baldiger Abzug der Truppenkontingente zu massiven sicherheitspolitischen Problemen führen würde.

„Dieses erste Treffen verdeutlicht eindrucksvoll die Notwendigkeit einer Fortführung des Dialogs der deutschen Abgeordneten mit ihren afghanischen Kollegen“, erklärt Jörn Thießen. „Demnächst werden die Mitglieder des Gesprächs- und Freundeskreises auch mit der afghanischen Botschafterin in Berlin, Frau Prof. Dr. Maliha Zulfacar, zusammentreffen.“

Die Mitglieder afghanischen Delegation Khalid Pashtoon, Noorulhaq Olomi, Mir Ahmad Joyenda und Mohammad Ibrahim Qasemi.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 04.12.2008, 13:54 Uhr - 6155 Clicks - Nr. 1150

Verbot von Streumunition

Gestern unterschrieb Frank-Walter Steinmeier für Deutschland in Oslo die im Mai ausgehandelte Konvention zum Verbot von Streumunition. Über hundert Staaten haben sich auf ein umfassendes Verbot dieser menschenverachtenden Waffen geeinigt. Dr. Wolfgang Wodarg sieht in der Unterschrift Deutschlands einen Erfolg, er bedauert aber, dass Streumunition nicht grundsätzlich

und für immer verbannt wurde.

Nach dem Vorbild der Kampagne gegen Landminen, die 1997 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde und ein völkerrechtliches Verbot von Landminen erreichte, wurde 2003 eine internationale Koalition von zivilgesellschaftlichen Gruppen ins Leben gerufen, um die Regierungen der Welt zu einem Verbot zu bewegen.



Der Begriff Streumunition umfasst Splitter-Bomben und Granaten, die eine Vielzahl kleinerer Sprengkörper freisetzen. Diese Submunition verteilt sich bei der Explosion über ein weitflächiges Zielgebiet. 98% der Opfer sind Zivilisten und die humanitären Schäden, die durch diese Munition verursacht werden, wiegen weit schwerer als ihr vermeintlicher militärischer Nutzen.

Parallel zur Unterzeichnungs-Zeremonie in Norwegen debattieren die Abgeordneten im Deutschen Bundestag über eine rasche Ratifizierung dieser wichtigen Konvention. Deutschland sollte sich auch weiterhin für eine Universalisierung dieses Standards engagieren.

Die wichtigsten Produzenten und Verwender von Streubomben wollten dem Vertrag freilich nicht beitreten. Zu ihnen gehören die USA, China, Russland, Israel, Indien und Pakistan. Trotz des enormen Risikos, das diese Waffen auch Jahrzehnte nach dem Ende von militärischen Auseinandersetzungen für die Zivilbevölkerung darstellen, sind viele Staaten nach wie vor gegen ein totales Verbot.

"Ich sehe in der Unterschrift Deutschlands einen Erfolg und hoffe auf ein wichtiges Signal auch an andere Herstellerländer von Streubomben wie die USA, Russland und China. Ich bedauere aber, dass Streumunition nicht grundsätzlich und für immer verbannt wurde," meint hierzu der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg.

Schon im Jahr 2006 hatten die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung dazu aufgefordert, sich für eine Ächtung von Streumunition zu engagieren. Dem wurde nun mit der Unterzeichnung der Konvention entsprochen. Sobald 30 Staaten die Konvention ratifiziert haben, kann sie sechs Monate später in Kraft treten.

In einem Antrag der Großen Koalition fordern die Abgeordneten außerdem eine Entsorgung der noch vorhandenen Bundeswehr-Streumunition. Zu diesem Zweck haben die Fachpolitiker der Bundesregierung einen Entsorgungsplan aufgelegt und dementsprechend finanzielle Mittel für eine schnellstmögliche Vernichtung sämtlicher Bestände bereitgestellt.

Deutschland hat durch seine Überzeugungsarbeit dazu beigetragen, dass möglichst viele UN-Staaten sich auf ein Verbot einigen. Nun sollen Staaten, die über große Arsenale solcher Munition verfügen und an deren weiteren Verwendung festhalten, in Druck geraten.

Deutschland hat aber auch zusammen mit anderen Nato-Staaten eine Ausnahme für sog. fortschrittliche Streumunition durchgesetzt. So fallen Streumunitionsarten, welche durch Selbstzerstörung bzw. begrenzte Wirkungsdauer (Trägersysteme mit Panzerabwehrmine DM 1274 AT2) verfügen, nicht unter das Verbot. Die Bundeswehr wird diese Systeme als Ersatz für die unter die Konvention fallende Munition beschaffen, hierfür sind bereits 280 Millionen Euro veranschlagt.

Wodarg: „Die Vorstellung, dass es "ungefährliche" Streumunition gibt, halte ich für falsch. Auch technisch modernisierte Streumunition mit einer Blindgängerrate von unter ein Prozent stellt eine permanente tödliche Gefahr und Bedrohung dar. Angesichts der Einsatzzahlen von ca. 4 Millionen Streubomben allein im Libanon bedeutet selbst 1% Fehlerquote eine nicht akzeptable Anzahl an Blindgängern, also möglichen zivilen Opfern. Ich teile Forderungen wie die des Aktionsbündnisses Handicap International oder Landmine.de, dass Deutschland dem belgischen Vorbild folgen und wie vom EU-Parlament gefordert, sich endlich zu einem vollständigen Verbot von Streumunition bekennen muss.“

BEISPIEL LAOS

Laos gilt als das am meisten bombardierte Land der Erde. Während des "Vietnamkrieges" wurden über dem eigentlich neutralen Land mehr Bomben abgeworfen als in ganz Japan und Europa während des 2. Weltkriegs. Von 1964 bis 1973 wurden auf Laos etwa 2 Millionen Tonnen Bomben abgeworfen. Ein Drittel dieser Bomben explodierte nicht und liegt häufig knapp unter der Bodenoberfläche als dauernde Gefährdung. Zwischen 9 und 27 Millionen nicht explodierter Sprengsätze sind dort noch im Boden versteckt .

Mehr als 6000 Menschen sind durch diese explosive Last in Laos bisher getötet und viele Tausend verstümmelt worden. Besonders Kleinstbomben etwa von der Größe eines Tennisballs sind überall verstreut und besonders in den Händen von Kindern eine tödliche Gefahr. Viele Menschen sind beim Versuch, das Metall oder das Schwarzpulver der Bomben zu gewinnen, umgekommen oder schwerst verletzt worden.

Wodarg besuchte mit einer internationalen Parlamentarierdelegation Laos und hat sich vor Ort auch ein Bild über die Arbeit der Räumkommandos gemacht, die mit modernen Metalldetektoren ausgerüstet im ganzen Land tätig sind.

"Keine andere konventionelle Waffe stellt eine so große Gefahr für die Zivilbevölkerung dar wie die Streubomben. Sie sind eine doppelte Bedrohung: Wenn sie nicht während eines Angriffs töten oder verletzen, so sind sie immer noch später wie Landminen gefährlich," meint er.

Der Irak gehört neben Vietnam und Laos zu den Ländern mit den meisten Opfern von Streubomben. Die USA und Großbritannien setzten fast 13.000 Streubomben ein, die schätzungsweise 1,8 bis 2 Millionen Stück Submunition enthielten.

Nach Angaben der UN-Organisation Mine Action Programme (MAPA) ist auch Afghanistan eines der am schwersten von Landminen und nicht detonierter Streumunition betroffenen Länder der Welt.

Auch in vielen ehemaligen Kriegsgebieten wie dem Kosovo und dem Libanon sterben und verletzen sich weiterhin Menschen an "Blindgängern".

"Oslo ist nur der Anfang eines Prozesses und es ist wichtig, dass die Öffentlichkeit diesen Prozess weiterhin aufmerksam verfolgt. Das Ziel soll ein Moratorium und die völkerrechtliche Ächtung dieser grausamen Waffen sein," sagt Dr. Wolfgang Wodarg.

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 04.12.2008, 15:13 Uhr - 48467 Clicks - Nr. 1151

Jetzt wenigstens Tempolimit!

"Auto-Kompromiss" von Brüssel ein verhängnisvoller Schritt in die falsche Richtung

Das Umweltforum der SPD Schleswig-Holstein sieht im "Auto-Kompromiss" von Brüssel einen "verhängnisvollen Schritt in die falsche Richtung". Mit der in der EU vereinbarten Lockerung der Abgaswerte werde Klimawandel überall in Europa "ein verheerendes Signal" gegeben, heißt es in einer in Kiel veröffentlichten Erklärung der SPD-Umweltpolitiker, die sich am Mittwochabend in Kiel trafen. Bundeskanzlerin Angela Merkel habe ihr Klima-Image der Lobby der deutschen Automobilindustrie geopfert.

Wenn dieser Beschluss nicht mehr rückholbar sei, müsse Deutschland jetzt endlich ein Tempolimit auf Autobahnen einführen, um die entsprechende Menge an CO₂-Emissionen einzusparen. Die SPD-Bundesminister Gabriel und Tiefensee seien aufgefordert, die entsprechenden Schritte einzuleiten. Der SPD-Bundestag in Hamburg im Oktober 2007 habe ein Tempolimit von 130 kmh beschlossen. Nach Angaben des Umweltbundesamts könnten bei Tempo 120 bis zu drei Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.

Stefan Bolln, Mitglied des SPD-Landesvorstands und Sprecher des Umweltforums: "Die Krise der Finanzmärkte kann nicht mit einer Lockerung von Umweltstandards bekämpft werden. Wer eine zukunftsfähige Wirtschaft will, muss klimapolitisch weiterhin Vorreiter sein. Moderne Wirtschafts- und Klimapolitik sieht auf jeden Fall anders aus. Obamas Amerika wird uns das wahrscheinlich schon nächstes Jahr zeigen und uns technologisch schnell überholen."

Kommentar von [Dirk Krause](#) vom 06.12.2008, 00:36 Uhr:

RE:Jetzt wenigstens Tempolimit!

Lieber kritischer Leser, die Zukunft unserer Enkelkinder: Ausbreitung der Wüsten - Hungersnot - Kriege - Schmelzen der Polkappen - Aussterben von Flora und Fauna - versunkene Städte - Völkerwanderung - Wirbelstürme etc. etc. etc. Man was waren wir doch seriös!! Aber Hauptsache wir konnten unseren Sportwagen auf der Strecke Flensburg - Kiel in einer Geschwindigkeit treten, dass wir schon nach 50 Minuten unser Ziel erreicht hatten und nicht erst nach 70 Minuten. Jeder Schritt und sei es nur ein Tempolimit (was nebenbei auch noch tödliche Verkehrsunfälle mindern könnte), der unserer Umwelt hilft, ist auf alle Fälle SERIÖS!!

Kommentar von [Kritischer Leser](#) vom 04.12.2008, 15:45 Uhr:

RE:Jetzt wenigstens Tempolimit!

Allein die Überschrift "Jetzt wenigstens Tempolimit" ist mehr als unqualifiziert und ist in keinem Maße seriös!!! Es gibt bessere Wege, die Umwelt zu schonen!!!

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 04.12.2008, 16:06 Uhr - 9514 Clicks - Nr. 1152

Zusätzliche Mittel für Uni Flensburg sichern Lehrerstudiengänge

Zur Abstimmung im Finanzausschuss über weitere Zuschüsse an die Universität Flensburg erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Keine Hochschule in Schleswig-Holstein erhält mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 einen solchen

Mittelzuwachs wie die Universität Flensburg. Dieser entspricht in der Gesamtrechnung über 10 %. Mit den erhöhten, im Haushalt bereitgestellten Mitteln kann die Akkreditierung der Lehrerstudiengänge durch zusätzliche Stellen gesichert werden. Das schließt auch zusätzliche Stellen im nicht-wissenschaftlichen Bereich ein.

Dass es darüber hinaus an der Uni Flensburg Handlungsbedarf gibt, ist unbestreitbar. Doch über den weiteren Mittelbedarf zum weiteren Ausbau der Hochschule muss im Rahmen der Strukturdiskussion über die Weiterentwicklung der Hochschulen des Landes beraten und entschieden werden.

Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 04.12.2008, 19:37 Uhr - 3177 Clicks - Nr. 1153

MDB Rossmann erklärt sich solidarisch mit der Möller Belegschaft

MDB Ernst-Dieter Rossmann erklärt sich solidarisch mit der Belegschaft der Firma Möller Wedel
An Betriebsrat und Belegschaft
Der Firma Möller Wedel
Und die IG-Metall Untereibe

Liebe Mölleranerinnen und Mölleraner,
mit einer Protestaktion ist heute Morgen der Auftakt zum Streik für den Anerkennungstarifvertrag erfolgt. Die Belegschaft hat damit klar gemacht, dass sie nicht bereit ist, eine Abkoppelung von der Tarifentwicklung hinzunehmen.

Ich hätte gerne an Streikversammlung und Demonstration durch Wedel teilgenommen, bin aber leider die ganze Woche über wegen der Sitzungswoche des Bundestags in Berlin in der Pflicht. Gerne ergreife ich deshalb die Gelegenheit, mit diesem Schreiben meine solidarische Unterstützung zu übermitteln und mich den Forderungen von Betriebsrat und Streikleitung anzuschließen: Schluss mit der Deregulierung! Her mit dem vollen Schutz des Tarifvertrages!

Das eindrucksvolle Votum der Urabstimmung hat gezeigt: Die Mölleraner und Mölleraner lassen sich nicht von den Störmanövern der Unternehmensleitung irritieren und sind gewillt, entschlossen für ihre Rechte zu kämpfen. Der Versuch, Kolleginnen und Kollegen durch Prämienzahlungen zum Streikbruch zu bewegen, ist schäbig! Die Geschäftsleitung ist aufgefordert, ihre Blockadehaltung aufzugeben und auf Gewerkschaft und Belegschaft zuzugehen!

Ich wünsche allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen Mut, Entschlossenheit und vor allem Erfolg bei Streik und Aktionen in dieser Woche!

Mit solidarischen Grüßen

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 05.12.2008, 08:35 Uhr - 3504 Clicks - Nr. 1154

Schöne Bescherung für Minderheiten!

Zum Landeshaushalt 2009/2010, der am 4. 12.08 im Finanzausschuss des schleswig-holsteinischen Landtages beraten wurde, erklärt der minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rolf Fischer:

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich in den laufenden Haushaltgesprächen erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Landesmittel zur Förderung der Minderheitenpolitik überrollt werden. Die Haushaltsansätze für die deutsche Minderheit in Nordschleswig, für die dänische Minderheit und die Sinti und Roma in Schleswig-Holstein sind nicht gekürzt worden. Auch bei den Grenzverbänden konnte eine Kürzung vermieden werden und ebenso wird die friesische Arbeit weiterhin auf dem gleichen Niveau sichergestellt. Für das Nordfriesische Institut, das morgen sein 60-jähriges Bestehen feiert, haben die Fraktionen heute im Ausschuss einer Aufstockung der Mittel zur Deckung der steigenden Personalkosten in Höhe von 6.500 Euro für 2009 und 19.200 Euro für 2010 zugestimmt.

Damit hat das Land auch in schwierigen Zeiten ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Minderheitenpolitik abgegeben. Das ist keine Überraschung, aber ein schönes Geschenk zu Weihnachten.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 05.12.2008, 08:46 Uhr - 3468 Clicks - Nr. 1155

SPD fordert Teilnahme am Bundesprogramm „Lernen vor Ort“

Mit einem Antrag an den Ausschuss für Bildung und Sport fordert die SPD-Ratsfraktion die Stadt Flensburg auf, am Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ teilzunehmen.

Es wird beantragt, einen entsprechenden Förderantrag auf den Weg zu bringen und vorbereitende Gespräche mit den notwendigen Unterstützungsstellen zielgerichtet zu führen

Bestmögliche Bildungsbiographien und begabungsgerechte Förderung nicht nur aller Kinder und Jugendlicher sondern aller Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensphasen ist Ziel der Bildungspolitik der SPD Flensburg. Die Ratsfraktion setzt sich für einen verbesserten Zugang zu den Bildungsangeboten und für einen Beitrag zur Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit ein. „Um dies auf der Grundlage des bisher Erreichten noch weiter zu verbessern und den Standort Flensburg für Familien und Unternehmen noch attraktiver zu machen, sollten wir uns am Bundesprogramm „Bildung vor Ort“ beteiligen“, sagt der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Jochen Haut.



Bei diesem Programm geht es um den Aufbau von Netzwerken im Bildungsbereich, insbesondere um verbesserte Übergangphasen zwischen den einzelnen Bildungsbereichen und -institutionen, z.B. beim Übergang von Schule und Ausbildung.

„Flensburg ist so reich an kulturellen Institutionen, an Sport- und Gesundheitsangeboten und Bildungseinrichtungen, so dass sich mit Blick auf die PISA Ergebnisse und die aktuelle Diskussion um den Aufbau regionaler Bildungslandschaften empfiehlt, diesen Reichtum so miteinander zu verschmelzen, dass es die Entwicklung der individuellen Kompetenzen aller unterstützt“, so Jochen Haut weiter.

Das Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ wurde aktuell vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgeschrieben. Das mehrjährige Projekt umfasst die vier Themenkomplexe Eltern- und Familienbildung, Integration, Demokratie und Kultur und wird bundesweit mit 60 Millionen Euro durch den Bund und durch den Europäischen Sozialfond unterstützt. Die dadurch geschaffenen Anreize sollen dazu führen, ein zusammenhängendes Bildungsmanagement vor Ort zu entwickeln

und zu verstetigen.

Flensburg könnte somit bis zu fünf Jahre von diesem Projekt partizipieren und Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen, die es ohne diese Fördermöglichkeit vielleicht nicht hätte. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit den großen Bundesstiftungen fester Bestandteil des Projektes, sodass bereits bestehende Netzwerke und fachliche Erfahrungen genutzt werden können.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 05.12.2008, 11:21 Uhr - 45125 Clicks - Nr. 1156

SPD-Bürgermeister lehnen Schulbauinvestitionsprogramm ab

SPD-Bürgermeister lehnen Schulbauinvestitionsprogramm des Landes als nicht ausreichend ab, Forderung nach voller Kostenübernahme erhoben.

Die sozialdemokratischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus Schleswig-Holstein lehnen das geplante Schulbauinvestitionsprogramm des Landes als unzureichend ab. Dies haben sie in ihrer Fachtagung in Pinneberg beschlossen. Die Landesregierung plant im Doppelhaushalt 2009/2010 ein Förderprogramm mit Landesmitteln in Höhe von jeweils 21 Mio. Euro aufzulegen. Mit diesen Mitteln sollen Schulbauinvestitionen der Kommunen finanziert werden. Aus Sicht der schleswig-holsteinischen Verwaltungschefs sind diese Mittel nicht ausreichend.

Die schleswig-holsteinischen Kommunen stehen als Schulträger durch die vom Landtag beschlossene Schulreform vor Investitionen in dreistelligen Millionenbetrag. Allein in den Gymnasien kommt es u. a. durch die Einführung der Profiloberstufe und der verkürzten Schulzeit (G8) zu einem hohen Investitionsbedarf. Für die schleswig-holsteinischen Städte gehen deren Vertreter von einem Finanzierungsvolumen von 110 Mio. Euro aus. Die hauptamtlichen SPD-Bürgermeister aus 20 schleswig-holsteinischen Städten und Gemeinden fordern vom Land die verfassungsrechtlich hierfür vorgesehene Konnexität.

„Wir fordern eine komplette Kostenübernahme durch das Land. Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Unsere Finanzen sind bereits durch den Ausbau unsere Kindertagesstätten und Ganztagschulen enorm belastet. Mehr geht nicht. Das Land verfügt 2009 nach jüngsten Steuerschätzungen über Mehreinnahmen in Höhe von 878 Millionen Euro. Wir wollen auch nicht die Zeche für Managementfehler bei der HSH-Nordbank zahlen“, erklärte Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner.

Die gleiche Ansicht vertritt Breitners Amtskollegin aus Pinneberg. „Allein in Pinneberg müssten wir 4 Mio. zusätzlich in die Schulen stecken. Noch vor Jahren haben wir nach der Oberstufenreform die Klassenräume mit viel Aufwand verkleinert und jetzt sollen wir sie wieder z. B. durch Anbauten vergrößern. Wir setzen gern um, was nach Auffassung des Landes pädagogisch sinnvoll ist, nur bezahlen wollen wir es nicht“, sagt Kristin Alheit.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 05.12.2008, 14:15 Uhr - 7579 Clicks - Nr. 1157

Hunger und Armut in Entwicklungsländern bekämpfen - Kleinbauern fördern!

Die Förderung von kleinbäuerlichen Strukturen und der Abbau von Exportsubventionen für Agrarprodukte aus reichen Ländern sind neben der Nothilfe die wichtigsten Maßnahmen zur

Bekämpfung des Hungers in armen Ländern. Gestern debattierten die Abgeordneten im Plenum über zwei Anträge, jeweils der Koalitionsfraktionen und der Grünen, zu diesem Thema.

Nach Angaben der FAO, der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, ist die Zahl der hungernden Menschen bis Ende 2007 weltweit auf 923 Millionen gestiegen - ein trauriger Rekord. Der drastische Anstieg der Grundnahrungsmittelpreise droht gerade weltweit, weitere Millionen Menschen in Armut und Hunger zu stürzen.



Ich bin davon überzeugt, dass die ländliche Entwicklung ein Schlüsselement für die Bekämpfung des Hungers ist. Auf meinen Reisen, aber auch im eigenen Land, habe ich die Wichtigkeit nachhaltiger Naturnutzung immer mehr schätzen und achten gelernt.

Durch Industrialisierung der Landwirtschaft, Monopole, Spekulation, Klimakatastrophen und den großflächigen Anbau von Exportpflanzen werden Menschen von ihrem Land vertrieben. Dadurch werden die Bauern daran gehindert, sich und ihre Familien selbst zu ernähren.

Ein Ausbau der Infrastruktur in den ärmsten Ländern, eine nachhaltige Produktion von Grundnahrungsmitteln für lokale und regionale Märkte -also eine kleinstrukturierte, ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, die Förderung von kleinbäuerlichen Betrieben und gerechtere Strukturen im Welthandel sind dringend notwendig.

Auch menschenverachtende Maßnahmen, die zur Vertreibung von Bauern führen, müssen bekämpft werden. In Guatemala, einem Land, welches ich im Sommer im Rahmen einer Dienstreise besuchte, werden beispielsweise die Kleinbauern von Großgrundbesitzern von ihren kleinen Feldern verdrängt. In anderen Teilen der Welt werden Reis- oder Maisfelder durch riesige Palmöl-Plantagen ersetzt, ein Phänomen, das durch den Boom der Agrarrohstoffe begünstigt ist. Auch die gewaltsamen Enteignungen von Reisbauern im Süden Bangladeschs, deren Felder von der Shrimp-Industrie-Mafia versalzen und vergiftet werden, sind traurige Beispiele für die oft kriminellen Ursachen von Ernährungskonflikten.

Die Bekämpfung des Hungers ist ein umfassendes Projekt, welches einen ganzheitlichen Ansatz verlangt. Wichtig ist auch, dass der Kampf gegen Hunger und Armut in den Entwicklungsländern nur in den ländlichen Gebieten gewonnen werden kann. Kleinbauern sollen dabei im Mittelpunkt stehen. Den traditionellen Kleinbauern und Fischern sollte ein besserer Zugang zu den Schlüsselressourcen Land, Wasser bzw. Saatgut gesichert werden.

Deutschland soll dafür Sorge tragen, dass sowohl strukturelle Maßnahmen als auch Sofortinterventionen zu einer Entwicklung ländlicher Räume führen. Eine konkrete Maßnahme ist beispielsweise der Abbau von Subventionen an europäische Bauern, die immer noch die Märkte der Entwicklungsländer mit billigen Agrarprodukten überschwemmen und damit die lokale Produktion zerstören.

Meine Fraktion unterstützt daher den beispielhaften Vorschlag der EU-Kommission, 1 Mrd. € aus dem Budget der Gemeinsamen Agrarpolitik für eine Förderung der Landwirtschaft in den von Hunger betroffenen Ländern umzuwidmen.

Euer Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

[AfA Flensburg](#) - veröffentlicht am 05.12.2008, 21:42 Uhr - 5190 Clicks - Nr. 1158

Neuer AfA-Vorstand gewählt.

Die Flensburger Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen hat in einer Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand gewählt.

Dabei wurde der bisherige Vorsitzende Sebastian Henkel einstimmig in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wählten die versammelten Mitglieder Christian Reimer und Jens Seelbach. Die Schriftführerfunktion wurde Holger Kutzke anvertraut. Dem neuen Vorstand gehören als Beisitzer/innen Inge Krämer, Simone Lange, Meinhard Geiken und Sigmar Timm an.

Zu Delegierten für die Landekonferenz wurden Sebastian Henkel und Christian Reimer nominiert. Ersatzdelegierter ist Jens Seelbach.



Als wichtigste Themen- und Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr wurden eine intensive Diskussion zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, die Reform der „Hartz IV-Gesetze“, die Finanzierung des Sozialsystems und Bildung als Investition beschlossen. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften vor Ort ausgebaut werden.

Als erstes Projekt für das neue Jahr wird eine öffentliche Veranstaltung zur Sozialpolitik in Kooperation mit den SPD-Ortsvereinen Flensburg Nord und Adelby ins Auge gefasst.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 06.12.2008, 14:37 Uhr - 6523 Clicks - Nr. 1159

Unser Konjunkturpaket: Chancen für umweltfreundliches Wachstum

Kaum ein Thema hat in den letzten Wochen die Gemüter mehr bewegt als die weltweite Finanzkrise. Die Ungewissheit über ihre Auswirkungen auf Deutschland hat viele Menschen

verunsichert. Die SPD hat sich dieser Herausforderung gestellt und gemeinsam mit dem Koalitionspartner ein Maßnahmenpaket zur Beschäftigungssicherung und Wachstumsstärkung auf den Weg gebracht.

Dieses wurde am 04.12.2008 im Plenum in der 2./3. Lesung verhandelt. Ich unterstütze viele der 15 Maßnahmen, die das Paket umfasst. Einige sehe ich allerdings auch sehr kritisch:

Das Paket setzt ein richtiges Signal: wenn die Märkte schwächeln, die Wirtschaft nach dem Staat ruft und die Fehler der Vergangenheit aufgearbeitet werden, dann ist der richtige Zeitpunkt, um strukturelle Veränderungen anzugehen, gekommen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen: besonders die wachsende Ressourcenknappheit und der Klimawandel machen Veränderungen unumgänglich. Zukunftsfähige Modelle sind hier gefragt und Menschen und Kommunen, die diese annehmen und rechtzeitig umsetzen.

Die gezielten staatlichen Impulse im Maßnahmenpaket zielen darauf ab, Investitions- und Konsumausgaben anzustoßen. Ein entscheidendes Instrument der Nachfragestimulierung ist das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, welches für 2009 um 580 Mio. € auf nunmehr 1,48 Mrd. € angehoben wurde. Aus diesen Mitteln wird auch ein neues Programm zur energetischen Sanierung von Großwohnsiedlungen mit einem jährlichen Fördervolumen von 100 Mio. € aufgelegt. Damit können mehr Mietwohnungen und Eigenheime saniert, Heizkostensteigerungen aufgefangen, Emissionen gesenkt, sowie gleichzeitig Arbeitsplätze im Baubereich und bei den Handwerksbetrieben geschaffen werden.

Der Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden wurde in 2009 mit einem Fördervolumen von insgesamt 300 Mio. € dotiert. Damit können in den Kommunen Schulen, Kindergärten, Sportstätten und andere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur energetisch saniert werden. Neben der verbesserten CO₂-Bilanz, hilft dieses Programm den Kommunen, Heizkosten zu sparen und damit Mittel für mehr Investitionen freizusetzen. Die Energieeffizienz von Gebäuden zu verbessern, halte ich für äußerst bedeutsam und essentiell.

Bei Konjunkturprogrammen ist es immer wichtig, dass Maßnahmen gefördert werden, die nachhaltig wirken und nicht zu Mitnahmeeffekten führen. Man darf nicht vergessen: wir geben das Geld der Steuerzahler aus. Das kann man nur einmal ausgeben und dann sollte es auch seinen Sinn erfüllen und die gewünschten Effekte sichern.

Wie haben gerade eine historisch vielleicht einmalige Chance strukturell tiefgreifende und langfristige Veränderungen anzugehen. Wenn in solch einer Situation der Fokus auf kurzfristige Förderanreize gelegt würde, wäre es sehr fraglich, ob positive Auswirkungen auf die Konjunktur zu erwarten sind.

Heftige Zweifel habe ich besonders bei der im Maßnahmenpaket geplanten Kfz-Steuerbefreiung auf zwei Jahre für Neuwagen, die bis zum 31. Dezember 2010 gekauft werden.

Damit soll die angeschlagene deutsche Automobilbranche gestützt werden. Die Anschaffung von ökoeffizienten Fahrzeugen wird damit aber leider nicht gesondert gefördert. Da die Kfz-Steuer immer noch über die Größe des Hubraums berechnet wird, profitieren die großen Spritfresser besonders von der Regelung. Der Kauf eines kleinen und effizienteren Fahrzeugs wird damit nicht



reizvoller.

Statt kontraproduktive Mitnahmeeffekte zu erzeugen, halte ich es für wichtig, in den elektrifizierten Personennahverkehr zu investieren. Die kommunale Infrastruktur bedarf besonderer Förderungen - nicht nur um die energetische Gebäudesanierung voranzutreiben, sondern um die energetische Sanierung der Mobilität auszubauen. Wir müssen weg vom Verbrennungsmotor mit einem schlechten Wirkungsgrad und einem hohen CO₂-Ausstoß hin zu Elektromotoren, die alle erneuerbaren Energieträger nutzen können.

Im Rahmen des Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie werden 2009 die Mittel um 7 Mio. € auf 46 Mio. € angehoben sowie Verpflichtungsermächtigungen insgesamt in Höhe von 102 Mio. € bereitgestellt. Außerdem können in 2009 darüber hinausgehende Maßnahmen zur Elektrifizierung der Antriebe (Elektromobilität) und innovative Mobilitätskonzepte (incl. Fahrradverleihsysteme) gestartet werden.

Das sind wichtige und richtige Schritte. Die Steuergelder aus dem Konjunkturpaket, die für die Kfz-Steuerbefreiung eingesetzt werden, wären besser in der Forschung und Entwicklung aufgehoben, um für die Marktvorbereitung klimafreundlicher CO₂-emissionsarmer Antriebs- und Energieversorgungssysteme zu sorgen. Das wäre auch ein wahrhaft nachhaltiger Impuls, um unsere Automobilindustrie vor weiteren Verlusten zu bewahren.

Euer Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 07.12.2008, 13:59 Uhr - 8421 Clicks - Nr. 1160

Ernst Dieter Rossmann mit großer Mehrheit nominiert

Die Wahlkreis-konferenz am 5. Dezember in Schenefeld stattete den Bundestagsabgeordneten mit einem überzeugenden Vertrauensvotum aus. Dr. Ernst Dieter Rossmann (Foto rechts) soll auch weiterhin den Wahlkreis Pinneberg im Deutschen Bundestag vertreten. Das ist das Ergebnis der Wahlkreis-konferenz der SPD. Mit großer Mehrheit wurde der Abgeordnete von den Delegierten der Ortsvereine aus dem Kreis Pinneberg wieder auf den Schild gehoben. Er erhielt 68 Stimmen bei nur zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung.



Der 57-jährige Diplom-Psychologe gehört seit 1998 dem Bundestag an. In seiner Nominierungsrede zog er eine positive Bilanz der Arbeit der großen Koalition in Berlin. Sehr persönliche Töne schlug er an, als er seine Motivation für eine erneute Kandidatur begründete. Besonders wichtig sei ihm der Kontakt zu den Menschen im Wahlkreis.

In der Personaldebatte hoben unter anderen der SPD-Kreisvorsitzende Hannes Birke und Schenefelds Bürgermeisterin Christiane Küchenhof Rossmanns Einsatz für den Kreis Pinneberg hervor. Der Kreisvorsitzende (Foto links) überreichte als Ansporn für den Wahlkampf ein rotes Lauf-Shirt.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 08.12.2008, 11:28 Uhr - 11480 Clicks - Nr. 1161

HWU in Hohenlockstedt besetzt

Vor drei Jahren insolvent und jetzt das Risiko von Totalverlust. So sieht es aus für den Autoteilezulieferer HWU in Hohenlockstedt. Für die 104 Personen starke Belegschaft bedeutete die Schließung des noch verbliebenen Werkes der einstigen Firma N.I.E.R. nicht nur Arbeitsplatzverlust. Viele gehören schon seit über 30 Jahren zum Werk wie zu einer großen Familie. Das scheint die Firmenleitung aber nicht zu interessieren.



Der Betriebsrat hatte nach bekannt werden einer möglichen

Firmenabwicklung zur Besetzung der HWU aufgerufen. Vergangenen Samstagmorgen, 8 Uhr, versammelte sich die Belegschaft nach der Übernachtung im Werk, um über das weitere Vorgehen zu beraten. „Die Produktion bleibt so lange stehen, bis das Management merkt, dass wir so nicht weitermachen. Erst wenn die Ungewissheit aufhört, arbeiten wir wieder.“, so Betriebsratsmitglied Steffen Schmidt.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen unterstützte die streikende Belegschaft. Zum Frühstück im Werk hatte er belegte Brötchen mitgebracht. In seiner Rede stärkte Thießen der Belegschaft den Rücken, indem er betonte, dass die Politik wieder bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ankommen und zu den Gewerkschaften zurückkehren müsse. Auch die SPD-Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen hatte ihre Teilnahme an der morgendlichen Versammlung zugesagt, musste aber krankheitsbedingt kurzfristig absagen. Thießen versicherte, er und Birgit Herdejürgen würden alles erdenklich Mögliche für den Erhalt der Arbeitsplätze tun. Wenn nötig, käme er in der folgenden Woche jeden Tag.

„Wir wollen einfach normal leben“. Mit diesem Satz fasste das Betriebsratsmitglied Alfred Butt die Existenzängste der Streikenden zusammen. Auf einem Plakat steht der Slogan: "HWU ist lange nicht zu!" - Das ist es, was die 104 Personen starke Belegschaft braucht und wofür sie kämpft. Sie wollen Antworten z.B. auf die Frage, ob alles mit rechten Dingen zugeht.

Die Verhandlung am Samstagmittag zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite mussten abgebrochen werden, da der einzige Kunde der HWU, die N.I.E.R. Stanz- und Umformtechnik (Geschäftsführer Axel Vollmann von der Vollmann-Group in Gevelsberg) keine Daten vorgelegt hat. Herr Vollmann war auch telefonisch nicht erreichbar. Somit waren den Verhandlungsteilnehmern die Hände gebunden.

Die Belegschaft der HWU reagierte auf die gescheiterte Verhandlung so aufgebracht, dass die Lage zu eskalieren drohte. Nur dem starken Zusammenhalt sei es zu verdanken, dass sich alle wieder beruhigten, betonte Alfred Butt. Schon in der Vergangenheit sei die Arbeitnehmerseite zu oft mit Unwahrheiten hingehalten worden. Alfred Butt zum Abschluss: „Wir fühlen uns belogen und betrogen. Dabei hatte Herr Vollmann bei der Übernahme im November 2006 sein Unternehmen als Familie angepriesen, nun haben wir die Gewissheit: Wir sind Opfer von Rabeneltern.“

Jörn Thießen muss jetzt sein Versprechen einlösen und jeden Tag nach Hohenlockstedt kommen, bis der Belegschaft ein transparenter Plan über das weitere Vorgehen der Firmenleitung vorliegt. Denn so lange wird die Arbeit bei der HWU ruhen.

Kommentar von [Thomas Priebe](#) vom 10.12.2008, 23:15 Uhr:

RE:HWU in Hohenlockstedt besetzt

Sie wollen Antworten z.B. auf die Frage, ob alles mit rechten Dingen zugeht. Ja die wollen Wir,leider wird es Uns nicht mehr retten. Wenn aber Steuergelder in Sachsen ungerechtfertigt vergeben worden sind,so holt Sie zurück und packt sie in die Auffanggesellschaft wo sie dann besser aufgehoben sind!! Ps. Dank an Frau Merkel die ja erstmal abwarten will wie sich diese Wirtschaftskrise entwickelt warscheinlich wartet Frau Merkel auch 20min wenn Ihr Haus mal brennt bis Sie die Feuerwehr ruft könnte ja sein das es von allein aus geht na den Frohe Weihnachten

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 08.12.2008, 11:29 Uhr - 4972 Clicks - Nr. 1162

250 Millionen Euro für den Wohnungsbau

Lothar Hay: Unverzichtbares Instrument moderner Sozialpolitik und Stadtentwicklung

Erscheinungsdatum: 08.12.2008

Das Land stellt in den nächsten zwei Jahren insgesamt 250 Millionen Euro zur Förderung von Wohnraum zur Verfügung. Wie Innenminister Lothar Hay am Montag (8. Dezember) vor Vertretern der Wohnungswirtschaft in Kiel sagte, ist ein mit Steuergeldern geförderter Wohnungsbau ein unverzichtbares Instrument moderner Sozialpolitik und Stadtentwicklung.

Die öffentlichen Gelder seien auch ein Anreiz für Investitionen des Baugewerbes und eine Stütze der Konjunktur. Ziele des Klimaschutzes ließen sich mit Hilfe der staatlichen Wohnraumförderung ebenso verwirklichen.

Der größte Teil der 250 Millionen Euro wird nach Angaben des Ministers für den Bau und die Modernisierung von Mietwohnungen verwandt. Für die Förderung von Eigentum stehen 70 Millionen Euro zur Verfügung. „Wir wollen vor allem den Kauf gebrauchter Häuser fördern“, sagte Hay. Das helfe jungen Familien bei der Bildung von Eigentum. Die öffentlichen Gelder fließen überwiegend in die Städte. Gefördert werden Wohnungen für junge Familien mit Kindern, alte Menschen, Menschen mit geringem Einkommen und Menschen mit Behinderungen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Experten zur "Droge" Internet

Bei der Podiumsdiskussion zum Thema: "Der Kick mit dem Klick - Auswirkungen exzessiver Computernutzung" in Schleswig, stellten sich Therapeuten, Politiker und Forscher den Fragen der Teilnehmer. MdB Dr. Wolfgang Wodarg ging auf die Sorgen und Erfahrungen der zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen ein und stellte das süchtig machende Potential bestimmter Spiele und Fernsehsendungen an Beispielen heraus.



Wodarg, der auch für die Drogenbeauftragte der Landesregierung gekommen war, gab Tipps für die Praxis und schlug konkrete politische Maßnahmen und deren Finanzierung vor.

Weil viele Kinder und Jugendliche allein gelassen seien, würden sie sich am Bildschirm ihre "neue Welt" schaffen und oft nicht mehr so leicht davon loskommen. "Das beste Mittel gegen diese Realitätsflucht von Jugendlichen ist ein integratives Bildungssystem mit Ganztagsbetreuung und interessanten, ganz realen Angeboten," meinte Wodarg unter lautem Beifall des fachkundigen Publikums.

"Die Bildung müssen wir uns etwas kosten lassen, das ist eine Investition in die Zukunft, die wir nicht weiter verzögern sollten. Es wird zu viel Geld für Unterhaltung und Zerstreung ausgegeben und die Drogen der Unterhaltungsindustrie sind viel zu billig. Dort könnten wir -ähnlich wie bei Alkohol und Zigaretten - eine Sonderabgabe erheben, die als "Bildungssteuer" Akzeptanz findet und bei uns in Deutschland und nicht nur in Fernost zu neuen Arbeitsplätzen führen würde!" schlug der Abgeordnete vor und erntete keinen Widerspruch.

Über die interessante Veranstaltung wurde auch in der Zeitung berichtet. Hier das Presseecho in den "Schleswiger Nachrichten":

Experten zur "Droge" Internet

Experten sind sich einig: Übertriebener Internetkonsum kann abhängig machen. Millionen von Nutzern haben bereits Probleme.

Mit einer lebhaften Podiumsdiskussion endete die Landesfachtagung "Der Kick mit dem Klick - Auswirkungen exzessiver Computernutzung". Vertreter aus Politik, Forschung und Prävention beantworteten Fragen der Teilnehmer.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand das Onlinespiel "World of Warcraft". Dessen Grundprinzipien erläuterte der 17-jährige "Drug-Scout" (Ansprechpartner für gefährdete Mitschüler) Paul: "Man führt einen Charakter durch eine Fantasiewelt. Der muss kämpfen und alle möglichen Dinge sammeln." Im Internet gebe es mehr als neun Millionen Mitspieler. Vielen seien die Partner am Bildschirm wichtiger, als die Freunde im realen Leben.

Eine aufgeregte Zuhörerin fragte, ob er die Gefahr mit rechtsextremen oder satanistischen Gruppierungen gleichstellen würde. Der junge Experte beruhigte, und verglich den Wettkampf in der virtuellen Welt mit einem Fußballspiel. In beiden Fällen gebe es Mannschaften und feste Zeiten zu denen man trainiere oder spiele.

Der Leiter der Elterninitiative Rollenspielsucht e.V. Christoph Hirte hält die Tragweite des Problems für weitaus größer. Seiner Meinung nach sollte der Missbrauch elektronischer Medien genauso unpopulär wie Alkohol- und Drogenmissbrauch sein. Man werde nur Herr des Problems, indem man die Altersbeschränkung erhöht. Die Eltern seien gefragt. Sie müssen mit den Kindern sprechen. "Computer im Kindergarten sind Einstiegsdrogen", glaubt Hirte.

Ähnlich, nur nicht ganz so extrem, sieht es Florian Rehbein, Diplom-Psychologe. Er forscht auf dem Gebiet der Computersucht. Seiner Meinung nach sollte der Computer erst nach der Grundschule im Kinderzimmer Einzug halten. Eltern seien häufig verwirrt, da viele Ratschläge in unterschiedliche Richtungen gehen. Die Forschung sei schon weit fortgeschritten, trotzdem müsse weiterhin neutrales Geld investiert werden. Er befürchtet, dass es ansonsten verharmlosende Studien durch die Lobby der Spielehersteller gebe.

Den Einwurf eines Zuhörers warum man nicht aus suchtpräventiven Gründen das Spiel verbiete, beantwortete Bundestagsmitglied und Arzt Dr. Wolfgang Wodarg. Es gebe gesetzmäßig keine Grundlage eines Verbots. Er plädiere für eine 20-prozentige Steuer auf Unterhaltungselektronik. "Wenn wir es teuer machen, können wir etwas erreichen", urteilte Wodarg. Den Erlös könne man in das Bildungssystem stecken.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 08.12.2008, 12:25 Uhr - 4118 Clicks - Nr. 1164

Glückwünsche ans Nordfriisk Instituut und ans Friesengremium!

Anlässlich der Jubiläumsfeier am 5. 12. zum 60jährigen Bestehen des Nordfriesischen Instituts Bredstedt und zum 20jährigen Bestehen des „Friesengremiums“ beim Schleswig-Holsteinischen Landtag erklärt der minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Das Nordfriesische Institut ist heute unverzichtbarer Teil der friesischen Welt und weit darüber hinaus; längst ist das Institut zu einer Institution geworden.

Es wirkt als kompetenter wissenschaftlicher Ansprechpartner für alle, die Fragen zum friesischen Volk sowie zur Geschichte und Entwicklung Nordfrieslands haben. Damit ist es gleichzeitig das gute Gedächtnis und eine kreative Zukunftswerkstatt für den Erhalt der friesischen Kultur. Wir wünschen dem Institut und seinen Mitarbeitern alles Gute für den weiteren Weg!

Vor 20 Jahren, im August 1988, konstituierte sich, unter dem Vorsitz und maßgeblich initiiert von der damaligen Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl (SPD), das „Gremium für Fragen der friesischen Volksgruppe“; kurz „Friesen-Gremium“ genannt. Damit war neben dem „Nordschleswig-Gremium“ beim Landtag ein zweiter Quasi-Ausschuss geschaffen, der die kontinuierliche und umfassende Befassung mit allen Fragen des Friesischen gewährleistet. Das Gremium ist nicht nur Garant eines überparteilichen Konsenses in der Minderheitenpolitik, sondern das Parlament dokumentiert damit auch seine Verantwortung für die Friesen in Schleswig-Holstein. Als langjähriger Geschäftsführer, der seit Beginn und für etliche Jahre dem Gremium angehörte, weiß ich, dass diese Vertretung auf Landesebene nachhaltig wirkt und tiefe parlamentarische Spuren hinterlassen hat.

Keine Kommentare

Für ein soziales und starkes Europa!

Ulrike Rodust auf Platz 12 der Bundesliste zur Europawahl

Die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete der SPD, Ulrike Rodust, ist am 08.12.2008 mit einem hervorragenden Ergebnis auf Platz 12 der Bundesliste der SPD zur Wahl des europäischen Parlaments gewählt worden.

Ulrike Rodust freut sich über das Ergebnis. „Es ist für mich natürlich auch eine große Verpflichtung. Ich werde weiterhin die Interessen der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner in Brüssel und Straßburg mit aller Kraft vertreten“, so Ulrike Rodust, „Ein politisch starkes, wirtschaftlich erfolgreiches und soziales Europa wird sich nur in einem sozialdemokratischen Europa mit starken Gewerkschaften und einer selbstbewussten Arbeitnehmerschaft durchsetzen lassen!“

Der SPD Landesvorsitzende Ralf Stegner gratulierte Ulrike Rodust mit den Worten: „Wir freuen uns über das tolle Ergebnis für unsere Abgeordnete. Die schleswig-holsteinische SPD hat mit Ulrike Rodust eine hervorragende Kandidatin, die auch bundesweit breite Unterstützung erfährt. Mit ihr und unseren Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl werden wir im kommenden Jahr einen geschlossenen und klar sozialdemokratischen Wahlkampf für eine starkes Europa und ein sozial gerechtes Deutschland führen.“

Die SPD startet mit einem starken Signal der Geschlossenheit und mit einem klaren inhaltlichen Profil in das Wahlkampfjahr. Die Bundesdelegiertenkonferenz der SPD wählte Martin Schulz mit 99,2% zum Spitzenkandidaten der SPD zur Europawahl. Dieser hatte zuvor in einer fulminanten Rede die Ziele der Sozialdemokraten in Europa dargelegt.

„Wir wollen die Dominanz von Konservativen und Liberalen in der Europäischen Union brechen und politischen Raum für ein soziales Europa der Bürgerinnen und Bürger gewinnen. Das ist unsere Richtung für Europa!“ fasst es Ulrike Rodust zusammen.

Kommentar von [Reinhold Nawratil](#) vom 11.12.2008, 21:54 Uhr:

RE:Für ein soziales und starkes Europa!

Ich gratuliere Ulrike Rodust für diesen Listenplatz. Bei der Europawahl hoffe ich, daß die GenossInnen für sie so kämpfen werden, daß ein Direktmandat herauspringt. Ich werde das Beste dafür tun. Schleswig-Holstein muß in Brüssel und Straßburg je ein Sprachrohr haben. Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß genügend Wähler zur Wahl gehen. Europa ist unsere Zukunft. Wenn sozialdemokratische Ziele durchgesetzt werden können, dann durch das Europäische Parlament. Die NPD und ihre Rattenfänger in den anderen europäischen Staaten dürfen keinen Einfluß im europäischen Parlament bekommen. Europa steht für ein friedliches Nebeneinander der Völker und Volksgruppen, sowie ihrer kulturellen Vielfalt, und nicht für Ausgrenzung und Vernichtung ganzer Völker und Querdenker. Wir wollen ein Nebeneinander der Religionen und kein Alleingültigkeitsanspruch einer Religionsgemeinschaft. Es gibt nicht eine christliche Gemeinschaft, sondern viele. Auf die Vielfalt und den Wiedereinzug von Ulrike Rodust ins Europäische Haus mit solidarischen Grüßen Reinhold Nawratil

Guter Start in den Europawahlkampf für Ulrike Rodust

Schleswig-Holsteinische EP-Abgeordnete auf aussichtsreichen Listenplatz gewählt

Berlin: Die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust startet auf Platz 12 der SPD-Bundesliste in den Europawahlkampf. Das ist das Ergebnis der Europadelegiertenkonferenz der Sozialdemokraten, die am Montag (8. Dezember 2008) in Berlin stattgefunden hat. Rodust kann sich damit über einen als „sicher“ geltenden Listenplatz für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 freuen.



„Für mich bedeutet das gute Ergebnis, jetzt besonders engagiert in einen Wahlkampf einzusteigen, bei dem es für die Bürgerinnen und Bürger um viel geht“, so Rodust. „Denn Europa wird zurzeit in die falsche Richtung regiert und zwar rechts!“ Angesichts von Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Krise der Realökonomie, gelte es im kommenden Jahr die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament, im Rat und in der Kommission zu ändern, um endlich die klaren Regeln für die internationalen Märkte aufstellen zu können. So wie es die sozialdemokratische Fraktion im EP seit Jahren fordere.

Mit dem am Montag in Berlin verabschiedeten Wahlmanifest für die Europawahl habe sich die deutsche Sozialdemokratie klar positioniert, betont Rodust. „Ein politisch starkes, wirtschaftlich erfolgreiches und soziales Europa wird sich nur in einem sozialdemokratischen Europa mit starken Gewerkschaften und einer selbstbewussten Arbeitnehmerschaft durchsetzen lassen“, ist sich Rodust sicher. „Wir wollen die Dominanz von Konservativen und Liberalen in der Europäischen Union brechen und politischen Raum für ein soziales Europa der Bürgerinnen und Bürger gewinnen. Das ist unsere Richtung für Europa!“

Kommentar von [Peter Cornelius](#) vom 10.12.2008, 08:51 Uhr:

Glückwünsche

Liebe Ulrike, herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg im Rest Deiner Amtszeit bis Juni und auf eine hoffentlich dann volle Amtszeit nach der Wahl, damit auch Du Deine Akzente in Europa setzen kannst. Ich hoffe, dass ich mit der für den 08.01.2009 in Bad Segeberg vorgeschlagenen Veranstaltung auch mit dazu beitragen kann, damit Du bei Partei-Mitgliedern und auch bei anderen potentiellen Wähler bekannter werden kannst.

Arbeiterinnen aus Bangladesch in Berlin: Wir schufteten für Eure billige Kleidung!

Hohe Gewinne mit Niedrigpreisen: Discounter wie Lidl und Kik lassen ihr Textilsortiment vor allem in den Billiglohnländern Asiens produzieren - und kümmern sich wenig um Arbeitsbedingungen. Die "Kampagne für Saubere Kleidung" (CCC) macht immer wieder auf die Missstände in den Textilfabriken aufmerksam und versucht mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen die Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen.

Derzeit befindet sich eine Delegation aus Bangladesch in Deutschland, die mit CCC quer durch Europa reist. In der letzten Woche wurde sie von den Mitgliedern des Ausschusses für

Menschenrechte und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung empfangen. Mit dabei zwei Näherinnen, die über die Bedingungen vor Ort informieren und ihre Forderungen an die deutschen Politiker formulieren.



Sie erzählen von den unzähligen Überstunden, dem niedrigen Lohn, der zum Überleben nicht reicht, dem Textilstaub, der ihre Lungen verklebt, dem Lärm der Maschinen, der sie taub macht, den Giften in den Stoffen, der ihre Haut verätzt.

85% der Belegschaft in ihrer Fabrik sind Frauen, keine älter als 35 Jahre. Unter den schweren Arbeitsbedingungen schaffen sie es nicht, länger zu arbeiten. Mann und Kinder wohnen meist weit entfernt. Die Näherin Suma Sarkers sieht ihren 6 Jahre alten Sohn zweimal im Jahr - so wie ihr geht es vielen.

Und die Unternehmen in Deutschland? Sie haben zwar eigene ethische Codizes, die sie ihren Lieferanten vorschreiben, aber in der Praxis werden diese Vorschriften bedeutungslos: der Preisdruck und die Einkaufsmacht der Unternehmen ist einfach zu groß.

Die Kampagne für saubere Kleidung und die Arbeiterinnen fordern deshalb gesetzliche Regeln, mit denen die Auftragsgeber aus den westlichen Industrieländern von ihren eigenen Regierungen zur Einhaltung der Sozialstandards gezwungen werden.

Doch nicht nur die Regierungen sind gefragt. Nach Berechnungen von CCC machen die Lohnkosten eines T-Shirts gerade mal ein Prozent des Preises aus, den der Kunde am Schluss im Laden dafür zahlt. Nach Meinung des Entwicklungspolitikers Dr. Wolfgang Wodarg muss man deshalb auch die Konsumenten in die Pflicht nehmen: "Wer die Arbeitsbedingungen ändern will, muss auch bereit sein, mehr für seine Kleidung zu zahlen", forderte der Flensburger Abgeordnete.

Er unterstütze diese Forderungen des CCC und der Arbeiterinnen voll und ganz und werde sowohl im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, als auch im Europarat dafür sorgen, dass bei uns ansässige Unternehmen nur Waren vermarkten dürfen, die unter fairen Bedingungen hergestellt wurden.

Wodarg: "Das Label "Fair-Trade" ist bei uns in Deutschland noch etwas Besonderes. Ich habe in den Entwicklungsländern Firmen besucht, die sehr verantwortungsvoll für ihre Mitarbeiter und Familien sorgen und sich gerade deswegen auch am Markt gut behaupten. Wenn wir uns nicht schuldig machen wollen, müssen wir erreichen, dass nur noch Fair-Trade-Produkte auf den deutschen und europäischen Markt gelangen. Das gilt für Textilien genauso wie für Lebensmittel und technische Produkte."

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 09.12.2008, 15:34 Uhr - 3262 Clicks - Nr. 1168

SPD-Engelsby: Arm durch Arbeit

Ver.di und die IG Metall laden ein zu einem Diskussionsabend mit Markus Breitscheidel, Autor des Buches "Arm durch Arbeit".

In der Rolle eines Hartz IV-Empfängers stieß Markus Breitscheidel schneller als gedacht an seine finanziellen Grenzen. Nur mit dem Einsammeln von Pfandflaschen, der Verpfändung seines Mobiltelefons und dem Besuch von Mittagstafeln und Kleiderkammern konnte er sich über Wasser halten.

Als Leiharbeiter wurde er hier als Mensch zweiter Klasse behandelt und von den Kollegen gemobbt, da er das Lohngefüge und die tariflich entlohnten Arbeitsplätze gefährdete.

Trotz Vollarbeit im Schichtbetrieb reichte sein Lohn schließlich nicht zum Leben und er musste, wie die Vielzahl seiner Kollegen, zusätzliche staatliche Unterstützung beantragen. Millionen von Menschen in Deutschland sind inzwischen solch sogenannte „Aufstocker“.

Etwa 7 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor in Vollzeit. Seit 2005 sind auch 5 Millionen Menschen aus dem bürgerlichen Mittelstand davon betroffen. Die geringen Beiträge dieser Versicherten im Niedriglohnbereich führen nach und nach zum Kollaps der sozialen Sicherungssysteme. Die niedrige Kaufkraft hemmt zudem die Binnenkonjunktur, der Absatz stagniert, weitere Arbeitsplätze werden ausgelagert oder endgültig vernichtet. Es ist ein Teufelskreis, der inzwischen auch die Jüngsten trifft: die Kinderarmut ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen.

In Erwartung eines informativen und zugleich spannenden Diskussionsabends wird herzlich um Anmeldung gebeten. Telefonisch unter (0461) 1444010 oder per Mail: Flensburg@dgb.de

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 09.12.2008, 15:50 Uhr - 7938 Clicks - Nr. 1169

Urteil macht Schluss mit der Ungleichbehandlung von Pendlern

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Pendlerpauschale erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Diese Entscheidung haben wir erwartet. Sie ist nachvollziehbar und systematisch konsequent. Sie macht Schluss mit der Ungleichbehandlung von Pendlern, die weniger oder mehr als 20 km von ihrem Arbeitsplatz entfernt wohnen.

Im Flächenland Schleswig-Holstein sind zwei Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Fernpendler. Wir erwarten von ihnen Mobilität. Da ist es richtig, dass der Weg zur Arbeitsstätte steuerlich absetzbar ist. Wir hoffen, dass die den Pendlern zustehenden Steuerrückzahlungen zügig geleistet werden. Wir gehen davon aus, dass der Gesetzgeber bald eine vernünftige Lösung für die Zukunft vorlegt.

Keine Kommentare

SPD-Frauen gratulieren Evelyne Gebhardt und Ulrike Rodust

Der Landesvorstand der schleswig-holsteinischen AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) freut sich über die sehr guten Europa-Listenplätze für Evelyne Gebhardt, stellvertretende AsF-Bundesvorsitzende, und Ulrike Rodust, neue Europaabgeordnete für Schleswig-Holstein.

„Die eine auf Platz 2, die andere auf Platz 12 – da kann eigentlich nichts mehr schief gehen“, zeigen sich Cornelia Östreich und Bärbel Juister zuversichtlich. Die schleswig-holsteinische AsF-Landesvorsitzende und ihre Stellvertreterin waren am Montag auch Delegierte in Berlin und bekamen die Aufstellung der SPD-KandidatInnen für das Europäische Parlament hautnah mit. „Der Start in den Europawahlkampf war schwungvoll und überzeugend, das Wahlmanifest betont das soziale Europa und enthält einen starken Akzent auf Gleichstellung, die Liste ist geschlechtergerecht quotiert“, resümieren die Schleswig-Holsteinerinnen und fügen hinzu: „Wir freuen uns auf den 7. Juni 2009, den Tag der Europawahl – und natürlich auf die Zeit davor, für die wir schon viele Ideen haben.“

Der Delegiertenkonferenz vorangegangen waren Sitzungen der Bundesgremien ihrer Arbeitsgemeinschaft, denen Östreich und Juister gleichfalls angehören. Als nachgewähltes Mitglied des AsF-Bundesausschusses hatte erstmals auch Barbara Philipson, Flensburg, teilgenommen. So bekamen die Nord-Frauen erfreuliche Informationen zu hören:

Der auf der diesjährigen AsF-Bundeskonferenz eingeforderte Listenplatz 2 für Evelyne Gebhardt stand unangefochten; und Ulrike Rodust, für den verstorbenen Willi Piecyk in das Europäische Parlament nachgerückt und inzwischen durch die schleswig-holsteinische SPD offiziell als Kandidatin nominiert, konnte den sehr aussichtsreichen Platz 12 beanspruchen. Auch bewährte sich das neue Instrument der Bundesliste für Europawahlen, um eine nach Geschlechtern ausgewogene Kandidatenlage herzustellen.

(Für einen echten „Reißverschluss“ hatte es leider nicht ganz gereicht.)

So weit, so gut. Allerdings wird in Zukunft an den Kriterien für eine solche Bundesliste noch gefeilt werden müssen, um auch die regionale Ausgewogenheit weiterhin zu gewährleisten und um verdiente EP-Mitglieder – beispielsweise die sozialpolitisch profilierte Karin Jöns aus Bremen – besser abzusichern. „Ein gutes Europawahlergebnis der SPD würde hier schon mächtig helfen“, meinen die AsF-Vorstandsfrauen. Dafür gebe es auch gute Chancen: „Unser EU-Spitzenkandidat Martin Schulz, unser Bundesvorsitzender Franz Müntefering und Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier haben versprochen, dass alle Wahlkämpfe der nächsten Zeit eine Einheit bilden und alle Ebenen unserer Partei einander unterstützen werden.“ Genau so sehen die Schleswig-Holsteinerinnen das auch und fügen einen Wunsch hinzu: eine Frau für eines der demnächst zu besetzenden europäischen Spitzenämter.

AsF Schleswig-Holstein, 9. Dezember 2008

Keine Kommentare

„Falsch, irreführend und teilweise infam“

– Lothar Hay weist GdP-Kritik am Fahrzeugbestand der Landespolizei zurück
Erscheinungsdatum: 10.12.2008

Als falsch, irreführend und teilweise infam hat Innenminister Lothar Hay Behauptungen der GdP-Kreisgruppe Neumünster zurückgewiesen, wonach der Fahrzeugbestand der Landespolizei verringert werden soll und für einige Aufgaben künftig keine Autos mehr zur Verfügung stünden.

„Die Funktionsfähigkeit der Polizei bleibt uneingeschränkt erhalten“, sagte Hay am Mittwoch (10. Dezember) in Kiel.

Wer einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken versuche, untergrabe das Vertrauen der Menschen in die öffentliche Sicherheit. „Es kann nicht im Interesse einer Polizeigewerkschaft sein, wenn einzelne Funktionäre wider besseres Wissen Behauptungen in die Welt setzen, die der Polizei schaden“, sagte der Minister.

Nach Hays Angaben hat die Landespolizei künftig 1.306 Fahrzeuge und damit 48 mehr als das Ausstattungssoll vorsieht. Darauf haben sich das Innen- und das Finanzministerium in den Verhandlungen zum Haushalt für die Jahre 2009 und 2010 geeinigt. „Das war angesichts der finanziellen Probleme des Landes keine Selbstverständlichkeit“, sagte Hay. Die Gewerkschaft der Polizei müsse bedenken, dass kleinliche Mäkeleien an diesem insgesamt positiven Ergebnis die Akzeptanz der Politik für die Belange der Polizei nicht erhöhten.

Nach der Kraftfahrzeugausstattungsanweisung (KAN) beträgt das Ausstattungssoll der Landespolizei 1.258 Fahrzeuge. Seit 2001 wird ein großer Teil der Polizeifahrzeuge geleast. Da mit jedem neu geleasten Fahrzeug nicht sofort ein gekaufter Wagen ausgemustert wurde, entstand im Laufe der Zeit ein Überhang von insgesamt 140 Fahrzeugen. Nachdem das Leasingkonzept vollständig verwirklicht wurde und aufgrund haushaltsrechtlicher Vorgaben besteht künftig keine Möglichkeit mehr, überzählige Fahrzeuge zu betreiben. Im Landespolizeiamt wird zurzeit daran gearbeitet, wie viele überzählige Fahrzeuge die einzelnen Polizeidirektionen abgeben müssen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 10.12.2008, 11:26 Uhr - 11849 Clicks - Nr. 1172

Kürzung der Pendlerpauschale ist verfassungswidrig

Berufspendler können vorerst aufatmen: Das Bundesverfassungsgericht hat die geltende Regelung zur Kürzung der Pendlerpauschale als verfassungswidrig eingeordnet und sie somit gekippt. Bis der Gesetzgeber eine neue Regelung gefunden hat, gilt vorerst wieder die alte Pauschale. „Dies ist ein wichtiges Zeichen für die ländlich geprägten Landkreise Dithmarschen, Steinburg und Segeberg“, begrüßte Jörn Thießen, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Steinburg/Dithmarschen-Süd, die Entscheidung in Karlsruhe.

Das Bundesverfassungsgericht begründete sein Urteil damit, dass die Streichung der Entfernungspauschale nicht mit dem Gleichbehandlungsgebot im Grundgesetz vereinbar und die vom Gesetzgeber angeführte Begründung nicht ausreichend sei. Das Gericht in Karlsruhe bestätigte damit die vorangegangene Entscheidung des Bundesfinanzhofes, der die Fahrtaufwendungen als "beruflich veranlasst" und daher als abzugsfähige Aufwendung eingestuft hatte. „In Steinburg pendeln täglich über 43 Prozent der Arbeitnehmer über die Kreisgrenze zu ihrem Arbeitsplatz“, erklärt Thießen. „Die Pendlerpauschale verhindert den Wegzug von Familien aus strukturschwachen Gegenden in die unmittelbare Nähe des Arbeitsplatzes und trägt so direkt zur wirtschaftlichen Entwicklung der Landkreise bei.“

Der Gesetzgeber hatte die Fahrten zur Arbeit der Privatsphäre zugeordnet. Seit 2007 konnten die ersten 20 Kilometer zwischen Wohnort und Arbeitsplatz daher nicht mehr steuerlich abgesetzt werden. Ab dem 21. Kilometer galt eine Härtsfallregelung. Mit der Rückkehr der alten Regelung können Pendler nun wieder ab dem ersten Kilometer der Strecke zwischen Wohnsitz und Arbeitsplatz 30 Cent pro Kilometer steuerlich verrechnen.

„Eine Neuregelung der Pendlerpauschale muss die spezielle Situation von Familien in ländlich geprägten Regionen berücksichtigen und der Erkenntnis Rechnung tragen, dass es weder möglich noch wünschenswert ist, dass jeder Arbeitnehmer in unmittelbarer Werksnähe wohnt“, sagt Thißen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.12.2008, 13:15 Uhr - 1820 Clicks - Nr. 1173

Gelungener Weihnachtszauber – Glückwunsch an den Förderverein Schrevenpark e. V.

Lars Juister und Lutz Oschmann: Gelungener Weihnachtszauber – Glückwunsch an den Förderverein Schrevenpark e. V.!

Der Ratsherr des Wahlkreises Schrevenpark, Lars Juister (SPD), und der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Lutz Oschmann, erklären:

„Das war ein gelungener Weihnachtszauber im Schrevenpark im Jahr 2008! Wir gratulieren dem Förderverein Schrevenpark e. V. herzlich zu dem wiederbelebten Stadtteilfest in der Adventszeit und danken allen Mitwirkenden für ihr Engagement. SPD, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und SSW haben in der Ratsversammlung die finanzielle Grundlage dafür gelegt, indem wir durch Umverteilung der Ausgaben im 1. Nachtragshaushalt 2008 den Betrag von 10.000 Euro für den Weihnachtszauber im Schrevenpark zur Verfügung gestellt haben – gegen den Widerstand von Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz (CDU) und gegen die Fraktionen von CDU, FDP und LINKSPARTEI. Wir hoffen, dass das sichtbare Engagement des Fördervereins und der Menschen im Stadtteil die bisherigen Gegner des Weihnachtszaubers nun zur Einsicht bringt, dieses Fest auch in Zukunft zu unterstützen.“



Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.12.2008, 13:17 Uhr - 1659 Clicks - Nr. 1174

Juister und Oschmann: Das Begrüßungsgeld für Studierende ist ein Erfolg!

Der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Lars Juister, und der Vorsitzende der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Lutz Oschmann, erklären zur Beschlussvorlage „Begrüßungsgeld für Studierende“ (Drucksache 1027/2008):

„Das Begrüßungsgeld für Studierende ist ein voller Erfolg! Einerseits werden Studierende dadurch als neue Bürgerinnen und Bürger in Kiel willkommen geheißen, andererseits steigt dadurch der Anteil der Studierenden, welche sich für Kiel als ersten Wohnsitz entscheiden. Damit ist das Begrüßungsgeld gleichermaßen ein Bekenntnis zum Hochschulstandort Kiel, wie auch ein Mittel, die Finanzausweisungen seitens des Landes, welche sich nach der Einwohnerzahl richten, für Kiel zu erhöhen.“



Keine Kommentare

Jamaika wirft das Geld zum Fenster raus !

Presseerklärung der SPD Neumünster im Zusammenhang mit der bundesweiten Ausschreibung für die Stelle des Oberbürgermeisters

Jamaika wirft das Geld zum Fenster raus!

Zur Presseberichterstattung vom 8. Dezember 2008 im Zusammenhang mit den Kosten der Ausschreibung der Stelle des Oberbürgermeisters erklärt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Rathausfraktion Andreas Hering:

"Wir fordern die CDU-Fraktionsvorsitzende Sabine Krebs auf, ihre öffentlich geäußerte Behauptung, wonach der Beschluss über die bundesweite Ausschreibung der Stelle des Oberbürgermeisters einstimmig gefasst worden sei, zurückzunehmen."

Die SPD hat diesen Beschluss des Hauptausschusses mehrheitlich nicht mitgetragen, da ihr die Kosten der Ausschreibung von über 20.000 EUR zu hoch erschien. Besonders verärgert ist die SPD auch darüber, dass CDU, FDP und Grüne im Hauptausschuss für eine bundesweite Ausschreibung der OB-Stelle votierten und zwei Tage später den Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur, Dr. Olaf Tauras, als Kandidaten aus dem Hut zauberten. "Dann hätten wir uns die Kosten der Ausschreibung von über 20.000 EUR sparen können. Gerade weil sich CDU, FDP und Grüne in der letzten Sitzung der Ratsversammlung am 2. Dezember mal wieder als Sparkommissare profilieren wollten, haben sich die Damen und Herren der Jamaika-Koalition mit den überflüssigen Ausschreibungskosten jetzt gründlich blamiert", kritisiert SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Hering.

Jamaika sollte sich bei den Bürgerinnen und Bürgern für diese unnötige Geldverschwendung entschuldigen. Und am Besten auch gleich bei Ihrem OB-Kandidaten, Dr. Olaf Tauras, den die SPD von den eigenen Unterstützern schwer beschädigt sieht. "Am Dienstag für eine bundesweite Ausschreibung die Hand heben und am Donnerstag den eigenen Kandidaten nominieren. Wenn so die Unterstützung von CDU, FDP und Grüne aussieht, kann Herr. Dr. Tauras einem nur leid tun", so Andreas Hering abschließend.

Keine Kommentare

SPD Neumünster trauert um Karl-Heinz Wollweber

SPD-Kreisverband und -Rathausfraktion trauern um ihren langjährigen Parteifreund Karl-Heinz Wollweber, der am 1. Dezember nach langer Krankheit eingeschlafen ist.

Karl-Heinz Wollweber war ein herausragender Sozialdemokrat, der sich über viele Jahrzehnte in unterschiedlichen Funktionen kommunalpolitisch engagiert hat. Von 1978 bis 1982 war er Mitglied im Stadtteilbeirat der Gartenstadt und seit 1982 viele Jahre Mitglied des Bau und Umweltausschusses. Über 20 Jahre war er Mitglied des Beirates für Naturschutz und Landschaftspflege, den er über viele als Vorsitzender anführte.

Karl-Heinz Wollweber hat sich als gelernter Landschafts- und Gartenbauarchitekt über 30 Jahre im

Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege engagiert und sich in besonderer Weise um die Stadt Neumünster verdient gemacht.

Wir verlieren mit Karl-Heinz Wollweber einen herausragenden Sozialdemokraten, langjährigen politischen Weggefährten und Freund, der in unseren Herzen immer einen festen Platz behalten wird.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 11.12.2008, 09:30 Uhr - 7075 Clicks - Nr. 1177

Viele Rheumakranke werden von ihren Kassen im Stich gelassen

Zahlreiche Rheumakranke, Vertreter der Rheuma-Liga Schleswig-Holstein e.V. und der Presse haben sich im Pelli-Hof in Rendsburg zu einer Pressekonferenz versammelt. Der Vorstand der R-L S-H hatte eingeladen, um Alarm zu schlagen: immer mehr Klagen und Beschwerden ihrer Mitglieder zeugen davon, dass viele Krankenkassen, die einst so gepriesenen Chronikerprogramme kündigen oder die Versorgung chronisch Kranker dadurch erschweren, dass sie sinnvolle Leistungen erst einmal ablehnen.



Trotz Beitragserhöhung haben viele Kassen offenbar Angst, sie müssten Zusatzbeiträge erheben, wenn Programme für chronisch Kranke weiterlaufen.

Viele der anwesenden Rheumakranken berichteten von ihren Erlebnissen. In den Büros der Kassen kommt es zu deprimierenden, ja entwürdigenden Szenen. Selbst dann, wenn Kassen offiziell zu ihrem Auftrag stehen, scheint die Praxis der Genehmigung von physikalischer Therapie oder Rehaverfahren auf Sachbearbeiterebene von zunehmendem Spardruck zu zeugen.

Besonders betroffen davon ist das Funktionstraining für Rheumakranke. Diese im über 30°C warmen Wasser unter Anleitung von speziell ausgebildeten Krankengymnasten durchgeführte physikalische Therapie, wirkt eindeutig schmerzlindernd, hält den Bewegungsapparat mobil und hat keine Nebenwirkungen. Auch die positive Wirkung auf die Psyche ist nicht von der Hand zu weisen: der Austausch mit anderen Betroffenen und die gemeinsame Bewegung, bauen Stress ab. Und das Beste daran: das Training, welches einmal wöchentlich durchgeführt werden sollte, kostet im Jahr etwa 300€ - nur ein Bruchteil der etwa 30.000€ mit denen die Medikamente für viele Rheumakranke pro Jahr zu Buche schlagen.

Auch wenn ein Arzt es durch seine Verschreibung für notwendig erklärt hat, kommt es immer häufiger vor, dass Kassenangestellte das Funktionstraining ablehnen oder unzulässig auf ein oder maximal zwei Jahre befristen. Deshalb war am vergangenen Samstag auch ein Rechtsanwalt

anwesend um die Betroffenen zu beraten. Insbesondere angesichts des Urteils des Bundessozialgerichts vom Juni 2008, dass die Beweispflicht bei der Kasse sieht, wenn sie ärztlichen Verordnungen widersprechen.

Mit Blick auf den im Januar in Kraft tretenden Fonds versuchen die Kassen ihre Ausgaben zu minimieren. Wenn also eine Kasse "Nein" sagt, zum Funktionstraining im Warmwasserbad, so könnte es sein, dass sie nicht die 300€ pro Jahr im Auge hat, sondern die Gesamtkosten für Rheumakranke, die möglicherweise auch durch den zukünftigen morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi RSA) nicht vollständig ausgeglichen werden.

Was wir derzeit beobachten, ist eine für die Rheuma-Liga nicht hinnehmbare Nebenwirkung des Wettbewerbsstärkungsgesetzes. Viele dramatische Einzelfälle, viele Schicksale an den Schaltern von Krankenkassen kommen bei der Rheuma-Liga zusammen.

Der Präsident der Rheuma-Liga Schleswig-Holstein e.V. MdB Dr. Wolfgang Wodarg, der als Arzt und Bundestagsabgeordneter frühzeitig vor den Nebenwirkungen der letzten Gesundheitsreform gewarnt hat, sieht seine Befürchtungen noch übertroffen: Statt solidarischer Hilfe begegnen den Rheumakranken bei einigen Kassen zunehmend Gleichgültigkeit, Schulterzucken oder gar kaltschnäuzige Ablehnung, wenn sie ihre berechtigten Ansprüche bei Krankenkassen geltend machen.

"Es wird höchste Zeit, dass die Krankenkassen gemeinsame Verantwortung für die Versorgung aller chronisch Kranken übernehmen müssen!" fordert der Präsident der Rheuma-Liga Schleswig-Holstein.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 11.12.2008, 11:29 Uhr - 7383 Clicks - Nr. 1178

Kreisbeauftragter für Menschen mit Behinderungen gefordert

Die SPD Kreistagsfraktion stellt zur Kreistagssitzung am 15.12.08 den Antrag, eine ehrenamtliche Beauftragung für Menschen mit Behinderungen auf Kreisebene einzurichten. In verschiedenen anderen Kreisen gibt es bereits Beiräte bzw. beauftragte, die vorrangig die Verwaltungen des Kreises und der kreisangehörigen Gemeinden und Städte bei Vorhaben beraten, welche die Belange von Menschen mit Behinderungen berühren.

In Schleswig-Holstein leben ca. 350 000 Menschen mit Behinderungen. Das Ziel einer Teilhabe verbunden mit der Absicht Barrieren abzubauen, kann nach Meinung des sozialpolitischen Sprechers der SPD Kreistagsfraktion, Ulrich Kaminski, nur dann gelingen, wenn auf allen gesellschaftlichen Ebenen die Betroffenen selbst zu Wort kommen und diese als Gesprächspartner ernst genommen werden. Sollte der Kreistag am 15.12. dem Antrag der SPD Kreistagsfraktion zur Errichtung einer ehrenamtlichen Beauftragung des Kreises für Menschen mit Behinderungen zustimmen, wäre dieses der vierte Kreis in Schleswig-Holstein, der neben Beiräten auf der Ebene der Gemeinde und Städte (im Kreis Rendsburg-Eckernförde: die Städte Rendsburg und Eckernförde) auch auf Kreisebene eine Interessenvertretung für Menschen mit Behinderungen installiert hätte. Neben der Beratung der Gremien, u. a. bei der Planung öffentlicher Baumaßnahmen und des ÖPNV, sollen diese Beiräte Angehörige und Betroffene in Grundsatzfragen aufklären sowie bei schulischen Fragen der Integration und Förderung von Kindern und

Jugendlichen mit Behinderungen beratend zur Seite stehen. Es ist geplant, eine Sprechstunde im Kreishaus einzurichten. Die Einzelheiten der Ausgestaltung dieser Stelle soll der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Kreises nach dem Willen der SPD-Kreistagsfraktion klären.

Ulrich Kaminski
(Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde)

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 11.12.2008, 13:14 Uhr - 8448 Clicks - Nr. 1179

MdL Neugebauer zur Personalreduzierung der Post

Neugebauer beklagt mangelhafte Postzustellung der Deutschen Post in Rendsburg als Folge der Personalreduzierung

Der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer hat sich mit einer schriftlichen Beschwerde über mangelhafte Postzustellung in Rendsburg an den Vorstand der Deutschen Post, Herr Dr. Appel, gewandt. Am letzten Samstag im November und am darauf folgenden Montag wurde im Stadtteil Hoheluft keine Post zugestellt.

„Da eine fernmündliche Verbindung zur örtlichen Dienststelle der Post nicht möglich ist, habe ich um Auskunft bei einem im Internet benannten CallCenter gebeten,“ so Neugebauer weiter, „natürlich ohne Erfolg, außer ein paar eher frechen Bemerkungen. Eine E-Mail-Anfrage wurde bis jetzt nicht beantwortet.“

Seine Recherchen haben mittlerweile ergeben, dass die Postzustellung mangels Personal ausgefallen sein soll, aber nicht wegen eines hohen Krankmeldungsstandes, sondern als Folge der Personalreduzierung.

„Ich persönlich wartete vergebens auf zugesagte Post, die ich dringend benötigte, um Termine am Montag bzw. Dienstag vorzubereiten,“ erklärte der Abgeordnete, „es darf nicht sein, dass die Post durch eine nicht nachvollziehbare Ausdünnung des Personalbestandes gerade im Zustellbereich die Kompetenz als Logistikdienstleister in Frage stellt und dies allein zu Lasten der Kunden geschieht.“

Neugebauer erinnerte daran, dass die Post AG als Gegenleistung zu Steuererleichterungen gesetzlich verpflichtet ist, Briefe an 6 Tagen in der Woche auszutragen.

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 11.12.2008, 14:43 Uhr - 3005 Clicks - Nr. 1180

Pressemitteilung zum Verkauf des Alten Bahnhofes

"Bis heute wissen wir nicht, wer der Investor für den alten Bahnhof ist."

Kirsten Tödt, Fraktionsvorsitzende der Bad Segeberger SPD-Fraktion, ist verärgert "über die Art und Weise wie das Immobiliengeschäft über die Bühne gebracht wurde".

Ab einem gewissen Zeitpunkt müssten Ross und Reiter genannt werden, um für eine Stadt wie Bad Segeberg Politik machen zu können.

Tödt spielt damit auf die Tatsache an, dass ein ominöser Investor für den alten Bahnhof auch im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung nicht genannt wurde. Nicht einmal nach der

Beschlussfassung!

"Es ist unglücklich gelaufen", blickt die Fraktionsvorsitzende auf die Stadtvertreterversammlung am vergangenen Mittwoch zurück. Denn wenn ein Dringlichkeitsantrag der SPD die nötige zweidrittel-Mehrheit erhalten hätte, hätte der "Grundsatzbeschluss zum Vorgehen beim Verkauf von städtischen Liegenschaften" beim Bahnhofs-Verkauf schon Anwendung gefunden.

Offen bleibt in den Reihen der SPD-Fraktion nur die Frage:
"Wenn auch die CDU in der Stadtvertretung für Offenheit und Gespräche miteinander ist, warum dann diese unnötige Heimlichtuerei?"

Kommentar von [Tobias Gellert](#) vom 11.12.2008, 14:52 Uhr:

RE:Pressemitteilung zum Verkauf des Alten Bahnhofes

Schade. Ein recht- und frühzeitiges Gespräch hätte sicher wieder viele Missverständnisse verhindert. Ob's die richtige Entscheidung war, wird der große Unbekannte und die Zukunft zeigen.

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.12.2008, 16:41 Uhr - 3514 Clicks - Nr. 1181

Dr. Thiemo Lüebe wird neuer Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion!

Dr. Thiemo Lüebe wird neuer Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion und tritt sein Amt am 1. Januar 2009 bei der derzeit größten Fraktion im Rat an.

Dr. Thiemo Lüebe begann seinerzeit seinen Dienst bei der Landespolizei Schleswig-Holstein und schloss nebenher sein Studium der Verwaltungswissenschaften an der Verwaltungsfachhochschule mit dem Abschluss

Diplomverwaltungswirt sowie das Studium der politischen Wissenschaften, der Rechtswissenschaften und der Psychologie mit Abschluss Magister Artium und Promotion an der CAU Kiel ab. Später wechselte er in die Privatwirtschaft und ist derzeit noch Mehrheitsgesellschafter und Geschäftsführer der Dr. Lüebe & Partner Personalberatung PartG. Daneben ist Thiemo Lüebe langjähriges SPD-Mitglied und Mitglied der Gemeindevertretung in Molfsee.



„Wir freuen uns, dass wir nach vielen interessanten Auswahlgesprächen fündig geworden sind und mit Dr. Thiemo Lüebe einen politisch engagierten Geschäftsführer gefunden haben“, so kommentiert der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion die Einstellung des neuen Geschäftsführers. Wir heißen ihn in der Fraktion herzlich willkommen und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit“.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.12.2008, 18:22 Uhr - 1915 Clicks - Nr. 1182

Ralph Müller-Beck beglückwünscht Thomas Wehner zur Wahl in den Fraktionsvorstand

„Willkommen im Club“, mit diesen Worten heißt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion Ralph Müller-Beck Thomas Wehner zu seiner neuen Mitgliedschaft im SPD-Fraktionsvorstand willkommen und gratuliert ihm zu seinem neuen Amt.

Der 47-jährige Verwaltungsjurist Thomas Wehner war von 1998 bis 2008 Mitglied für Suchsdorf im Rat. Neben seinen zahlreichen Ämtern war er u. a. sozialpolitischer Sprecher und stellv. Fraktionsvorsitzender.



Aufgrund des Ausscheidens von Ratsherr Jürgen Hahn, der die Ratsversammlung zum Bedauern der Fraktion nach 10-jähriger Mitgliedschaft verließ, rückte Thomas Wehner im November 08 im Rat und nun auch im Fraktionsvorstand nach. Einstimmig hatte sich die Fraktion am vergangenen Montag für Thomas Wehner entschieden.

„Wir sind sehr froh, einen so politisch erfahrenen Mitstreiter wie Thomas Wehner wieder bei uns im Fraktionsvorstand zu haben und freuen uns auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit ihm“, so Müller-Beck abschließend.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 12.12.2008, 08:45 Uhr - 3706 Clicks - Nr. 1183

Archangelsk aus der Vergessenheit herausholen!

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten und Europapolitiker Rolf Fischer und Astrid Höfs zu den Kontakten des Landes Schleswig-Holstein zum Oblast Archangelsk muss zu Konsequenzen führen. Deshalb plädieren die beiden Abgeordneten für eine Intensivierung der Beziehungen des Landes zu dieser Region, die heute zu den vergessenen Regionen Europas zählt:

Die soziale und ökologische Situation der russischen Region ist nach wie vor schwierig. Es fehlen bis heute grundlegende Strukturen einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Die Lebenserwartung der Menschen ist im europäischen Vergleich und auch im Vergleich zu anderen russischen Regionen gering. Seit 1990 bestehen unterschiedliche Kontakte aus Schleswig-Holstein in den Oblast hinein. Der Förderverein für soziale Arbeit in Osteuropa e.V., der sich um die Netzwerkarbeit in Schleswig-Holstein kümmert, ist zentraler Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft in Bezug auf Initiativen in Archangelsk. Insbesondere im Feld der Straffälligenhilfe für jugendliche Straftäter und der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen bestehen enge Kontakte zu Einrichtungen in der russischen Region.

So bemüht sich das schleswig-holsteinische Justizministerium zusammen mit dem Schleswig-Holsteinischen Verband für soziale Strafrechtspflege, Straffälligen- und Opferhilfe e.V. im Rahmen von verschiedenen Projekten unter anderem darum, Leitungs- und Fachkräfte im Sozialmanagement zu schulen und eine individualisierte Sozialarbeit in Jugendkolonien (vergleichbar einer Jugendanstalt) aufzubauen, um die Situation der Jugendlichen in der Kolonie zu verbessern. Durch Case-Management und Netzwerkentwicklung soll zudem vermieden werden, dass jugendliche Straftäter im Alter von 11 bis 16 Jahren inhaftiert werden. Die Projekte im Justizbereich werden durch die EU, den Europarat und die „Aktion Mensch“ unterstützt.

Weitere Partner, die sich im Förderverein für soziale Arbeit in Osteuropa e.V. zusammengeschlossen haben, setzen sich für eine Fortbildung russischer Fachkräfte in der Arbeit mit behinderten Kindern und Jugendlichen ein und haben zusammen mit russischen Partnern eine Tagesstätte für behinderte Kinder eingerichtet. Auch unterstützen sie die Arbeit für körperlich und psychisch behinderte Erwachsene und für ältere Menschen. In einem Jugendhilfeprojekt wird auffällig gewordenen Kindern und Jugendlichen, die stationär untergebracht sind, die Rückführung in die Familien erleichtert.

Insgesamt spricht sich die Landesregierung für eine projektorientierte Kooperation mit den Regionen Nordwestrusslands aus und unterstützt diese. Wir sind der Meinung, dass diese Region, die durch Armut, soziale Ausgrenzung und ökologische Zerstörungen gekennzeichnet ist, mehr Aufmerksamkeit verdient. Wir möchten in Schleswig-Holstein öffentlich auf die Probleme aufmerksam machen und für eine Unterstützung der Initiativen werben. Wir streben eine stärkere Orientierung unserer Europapolitik auf diese Region an, um Archangelsk in den Blickpunkt politischer Öffentlichkeit zu rücken und so aus der Vergessenheit herauszuholen.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 12.12.2008, 10:43 Uhr - 7823 Clicks - Nr. 1184

Arbeit der Frischlinge unverzichtbar

Kreis- und Stadt-SPD fordern höhere Zuschüsse für das modellhafte Angebot in Elmshorn. Für die SPD-Kreistagsfraktion ist die Arbeit der „Frischlinge“ ein unverzichtbares niedrigschwelliges Angebot im Elmshorner Stadtteil Hainholz. Dieses Fazit zog Thorsten Fischer, Vorsitzender des Kreis-Jugendhilfeausschusses, nach einem Besuch mit seinen Faktionskollegen aus dem Kreis und der Stadt beim Träger der Einrichtung.

Im Stadtteil Hainholz mit seinen vielfältigen sozialen Problemen ist das Angebot der Frischlinge mit seinen praxisnahen und zielgenauen Hilfen ein notwendiger Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans-Peter Stahl.

In den anstehenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2009 will die SPD-Kreistagsfraktion zusammen mit der SPD Stadtfraktion die Arbeit der Frischlinge auf ein sicheres finanzielles Fundament stellen. So soll der Kreiszuschuss für Miete und Heizkosten auf insgesamt 8500 Euro erhöht werden. Die Stadtranderholung, die bislang aus dem schmalen Etat der Frischlinge finanziert wurde, soll zusätzlich mit 2000 Euro gefördert werden. Für Erika Wallbaum – Mitglied im Jugendhilfeausschuss – darf gerade für Kinder, die nicht in Urlaub fahren können, dieses notwendige Angebot einer Ferienbetreuung nicht an der finanziellen Unterstützung scheitern.

Die Stadt Elmshorn wird sich mit einem gleich hohen Zuschuss wie der Kreis an der Förderung beteiligen, bestätigten die beiden SPD-Stadtverordneten Dörte Köhne-Seifert und Jürgen Wallbaum im Gespräch mit den Frischlingen.

Das „Modell Frischlinge“ ist für die SPD-Kreistagsfraktion in der Aufgabenstellung und der Finanzierung für die sozialen Brennpunkte im Kreis nachahmenswert. Praxisnahe Hilfen „vor Ort“ und die gemeinsame finanzielle Verantwortung von Kreis und Stadt wird die SPD bei entsprechenden Initiativen aus anderen Städten auch unterstützen.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 12.12.2008, 10:50 Uhr - 8234 Clicks - Nr. 1185

Projekt Elternberatung an Kindertagesstätten ein voller Erfolg

Jugendexperte Thorsten Fischer fordert Fortsetzung ein. Das Projekt Elternberatung in Kindertagesstätten ist ein Erfolgsmodell, freut sich Thorsten Fischer, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses. Nach Vorlage des Halbjahresberichtes des

Kreisjugendamt wurde in 18 Kindertagesstätten etwa 200 bis 250 Kinder, Eltern und andere Familienmitglieder beraten.

Die Projektidee hatte den richtigen Ansatz, die Eltern und Kinder unmittelbar im vertrauten Umfeld des Kindergartens zu erreichen. So konnten Ursachen für Erziehungsprobleme direkt und ohne weitere Umwege über andere Beratungseinrichtungen besprochen und praktische Hilfen zur Selbsthilfe gegeben werden. Bei notwendigen längerfristigen Hilfen schafft die Beratung „vor Ort“ das notwendige Vertrauensverhältnis und die Einsicht bei den Eltern, die Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Für Thorsten Fischer, auch jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion ist mit dem Halbjahresbericht der Bedarf an dieser Form der Elternberatung nachgewiesen.

Der erfolgreiche Projektversuch soll nach dem Willen der SPD in ein dauerhaftes Beratungsangebot umgewandelt werden. Für das Haushaltsjahr 2009 stellt die SPD den Antrag die Elternberatung in den Kindertagesstätten mit jährlich 220.000 Euro zu fördern.

Diese Beratungsform leistet für Fischer eine praxisnahe vorbeugende Hilfe in der Erziehung und, so Fischer weiter, „die ist allemal die bessere Antwort als eingetretene Erziehungsprobleme nachträglich zu beheben.“

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 12.12.2008, 11:35 Uhr - 6384 Clicks - Nr. 1186

Reisspekulanten und Garnelenmafia

Bangladesch ist eines der ärmsten Länder der Welt und abgesehen von Nepal das ärmste Land Südasiens. Das Land besteht größtenteils aus dem gewaltigen Mündungsdelta der Flüsse Ganges, Brahmaputra und Meghna. Von wachsender volkswirtschaftlicher Bedeutung ist das "Aquafarming", die Zucht von in erster Linie für den Export bestimmten Fischen und Schalentieren. Die ökologischen und letztlich sozialen Kosten dieses neuen Wirtschaftszweigs sind hoch.

Mit zwei weiteren Abgeordneten aus dem Entwicklungsausschuss des Bundestages besuchte ich in diesem Jahr Bangladesch. Wir fuhren von der Hauptstadt Dhaka aus in den flachen, heißen Süden Bangladesch's, um dort deutsche Entwicklungshilfeprojekte zu inspizieren und über die Ursachen der Not dieses Landes Einzelheiten zu erfahren.



Das Land besteht größtenteils aus dem gewaltigen Mündungsdelta der Flüsse Ganges, Brahmaputra und Meghna. Der Boden ist überwiegend fruchtbares Schwemmland und liefert wegen der günstigen klimatischen Bedingungen bis zu drei Ernten pro Jahr. Reis, andere Getreidesorten, Kartoffeln und Gemüse wachsen gut und die Landschaft sieht saftig und grün aus, wie ein großer fruchtbarer Garten.

Doch dann kommen wir durch die Dörfer und Kleinstädte und sehen Notunterkünfte, Plastikverschlüge und Blechhütten, wir sehen ausgemergelte Männer, Frauen und Kinder, die in langen Schlangen anstehen, um von bewaffneten Nationalgarden einige Pfund Reis zum Überleben

in Empfang zu nehmen. Zum Teil haben sie ihr Lager direkt vor dem Gelände der Ausgabestelle aufgeschlagen, um rechtzeitig ihren Anteil zu erhalten.

Bangladesch ist fruchtbar und trotzdem gibt es Hunger und extreme Armut in den meisten Gegenden des Landes. Die schnell wachsende Bevölkerung des muslimischen Staates leidet unter einer extrem brutalen Verteilungsungerechtigkeit. Großgrundbesitzer und deren Freunde in Verwaltung und Regierung lassen große Teile der Landbevölkerung angesichts reicher Ernten am Hungertuch nagen und verjagen arme Bauern und Siedler mit Gewalt von deren Feldern, wenn sie ihre Ländereien arrondieren und vergrößern wollen.

Seit Anfang des Jahres hat sich außerdem der Reispreis mehr als verdoppelt! Das ist weder durch vermehrten Verzehr, noch durch verloren gegangene Anbauflächen erklärbar. Die einzige plausible Erklärung dafür ist: Spekulation! Durch künstliche Verknappung halten die Grosshändler und dann auch andere die Reissäcke dicht und freuen sich über wahnsinnige Zugewinne wegen des rasch steigenden Preises. Hamsterkäufe und Angst vor weiteren Preissteigerungen verstärken diese für die Armen im Lande tödliche Spirale.

Auf neuem Schwemmland an den sich laufend verändernden Armen der großen Ströme und an unwegsamen Rändern von Strassen und Anlagen findet man die Notbehausungen der Landlosen, die jeden Quadratmeter Bodens nutzen, um sich und ihre Familie zu ernähren und jeden Tümpel durchwaten, um dort Fische oder andere essbaren Tieren zu fangen.

"Aquafarming": die ökologischen und sozialen Kosten dieses neuen Wirtschaftszweigs sind hoch.

Bangladesch ist das Land der kostbaren Shrimps, der King Prawns und anderer Leckereien, die wir in den Tiefkühltruhen unserer Supermärkte finden oder für teures Geld im Restaurant bestellen. Shrimps wachsen in Bangladesch auf den Feldern. Das "Aquafarming" ist für eine Gruppe von cleveren Investoren noch lukrativer als der personalintensive Reisanbau.

Die Zucht von in erster Linie für den Export bestimmten Fischen und Schalentieren verdrängt deshalb die Reisfelder in den wasserreichen Poldern des Südens und macht wenige Reisbauern zu Hilfsarbeitern auf den Shrimpfarmen. Viele Bauern werden aber schlicht nur arbeitslos. Wer sein Feld nicht hergibt und mit salzigem Brackwasser für die Aquakulturen fluten lässt, dessen Familie wird unter Druck gesetzt, manchmal von professionellen Schlägertruppen im Auftrag der Shrimplobby misshandelt oder gar getötet.

Auf unserer Fahrt durch den Khulna District halten am Rande einer der wenigen Asphaltstrassen, die wie fast alle Wege auf einem Damm durch die flache, von Wasserkanälen durchzogene Gegend führen. Eine Vertreterin des "social movement on shrimp farming" begleitet uns und ruft einen Farmer, der aus seiner Hütte herbeieilt und uns von den brutalen Methoden berichtet, die den Bauern drohen, wenn sie nicht ihre Felder der "Shrimp-Mafia" zur Verfügung stellen.

Wir sehen die flachen Mulden und Gräben, die mit salzhaltigem Wasser aus dem meeresnahen Delta-Bereich überflutet wurden und die Lagerhallen für die wertvolle Ernte. Reis wird hier erst nach einiger Zeit wieder wachsen können. Durch Pestizide, Antibiotika und andere problematische Stoffe aus der Apotheke der Aquafarmer ist der Boden kontaminiert und bleibt über viele Jahre belastet. Dennoch werden diese negativen Folgen aufgrund der großen Gewinne, die sich durch den Export erzielen lassen, auch von politischer Seite vernachlässigt.

Eine Studie der Universität Chittagong in Bangladesh kommt zu dem Schluss, dass Garnelenfarmen mehr Arbeitsplätze vernichten als sie schaffen. Ein Reisfeld von 40 Hektar erfordert 50 Arbeiter, ein

dort angelegter Garnelenteich nur fünf. Die Erträge der Fischer gehen zurück, die Menschen müssen die Küste verlassen, weil das Grundwasser sinkt und mit Giften belastet ist. In Asien und Lateinamerika ist es inzwischen durch die ungebremste Ausdehnung der Shrimp-Farmen, zu blutigen Zusammenstößen zwischen Einheimischen und den Farmbetreibern gekommen.

Fischzucht in Teichen und Aquakultur hat gerade in Asien eine lange Tradition. In kleinem Maßstab kann diese Zucht sinnvoll zur Ernährung beitragen, doch in Form von riesigen Monokulturen zerstört sie auch in vielen anderen Ländern großflächig die Lebensgrundlage kleiner Fischer und Farmer. Für die Anlage von Zuchtbecken werden auch Mangrovenwälder abgeholzt.

Mangroven schützen normalerweise die Küste bei Stürmen. Bei einem Wirbelsturm Ende Oktober 1999 an der Ostküste Indiens sind mehrere Tausend Menschen ums Leben gekommen. Indische Wissenschaftler machen den fehlenden Schutz der Mangroven für die dramatischen Folgen verantwortlich. Greenpeace warnt: "Die verzweigten Baumwurzeln sind die Kinderstube von seltenen Fischen und Vögeln. Man schätzt, dass mittlerweile über Million Hektar Mangrovenwälder den Garnelen-Farmen zum Opfer gefallen sind. In den planierten Zucht-Becken werden die jungen Garnelen aufgezogen und gefüttert, zum Beispiel mit Fischmehl. 40 Prozent der Weltfischfänge werden inzwischen zu Tierfutter verarbeitet für Garnelen und Lachse, Hühner und Schweine."

Dann fahren wir in eine kleine, in Bambusgehölzen versteckte Siedlung. Hier haben sich schon über hundert Menschen aus der Region versammelt und warten ungeduldig auf die Abgeordneten aus Deutschland, aus einem der Länder, welche der Mafia die Shrimps abkaufen. Als wir eintreffen, begrüßen sie uns mit kämpferischem Gesang, begleitet von Trommeln und einem Harmonium.

Dann stehen sie auf und halten Reden: erst ein Mann, der die Drangsalierung seiner Familie schildert, dann eine ehemalige Angestellte, die wegen ihres Protestes von ihrem Arbeitgeber bedroht wurde, und weitere Farmer, die den Verlust ihrer Felder und brutale Gewaltanwendung beklagen.

Die bunt gekleideten eindrucksvollen Reisbauern und Landleute sind aus den umliegenden Dörfern zusammengekommen, um uns in die Verantwortung zu nehmen. Sie haben Recht, wenn sie uns auffordern: "Verzichtet auf den Kauf von tropischen Garnelen, so lange es zur zerstörerischen Zucht keine Alternative gibt."

Die mutigen Bauern aus dem Khulna Distrikt verabschieden uns mit einem weiteren kämpferischen Lied; sie werden -wer auch immer regiert- sich für ihre Interessen einsetzen, die aus vielerlei Gründen auch die unsrigen sein sollten.

Euer Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 12.12.2008, 16:02 Uhr - 6686 Clicks - Nr. 1187

Kieler SPD für Oberbürgermeisterwahl bereit. Wahlkampfkonzeption vorgestellt.

Torsten Albig, Rolf Fischer und Ralph Müller-Beck stellten heute (8. Dezember) die Konzeption für den Oberbürgermeisterwahlkampf der Kieler SPD vor. Das Trio aus OB-Kandidat, Kreis- und Fraktionsvorsitzenden machte deutlich, dass Kiel dringend „frischen Wind“ brauche.

Arbeitsmarkt, Bildung, Verkehr und Klima – Das sind Themen, die die Kieler SPD in den Mittelpunkt ihres Oberbürgermeisterwahlkampfes stellen werde.

Torsten Albig: „Wir brauchen wieder einen klaren Kurs und eine klare Führung für unsere Stadt. Mit mir wird wieder gelebte Verantwortung in das Rathaus einziehen.“

Er werde als Oberbürgermeister auf den Dialog mit den Kielerinnen und Kielern setzen. Der Kampf um

Soziale Gerechtigkeit werde im Mittelpunkt seines Handelns in allen Politikfeldern stehen. Deshalb werde er auch die Bekämpfung der Kinderarmut zur Chefsache machen. Es sei ein Skandal, wenn in Kiel ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen von Sozialleistungen leben müssen. Armut darf kein unabänderliches Schicksal sein, so Torsten Albig.

Dazu müsse auch alles getan werden, um in Kiel die Ansiedlung und den Erhalt von Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Denn Arbeitslosigkeit ist das Armutsrisiko Nummer eins. Die Kieler Wirtschaft und ihre Unternehmen werden wieder einen verantwortlichen Ansprechpartner erhalten, der ihre Anliegen versteht und auf Augenhöhe mit ihnen arbeitet.

Auch die Kolleginnen und Kollegen im Kieler Rathaus werden einen Oberbürgermeister haben, der für die getroffenen Entscheidungen Verantwortung übernimmt und das Rathaus befähigt, sein Potenzial wieder auszuschöpfen.

Als Oberbürgermeister werde er – gerade in diesen wirtschaftlich schweren Zeiten - der Ratsversammlung Vorschläge machen, um klug zu investieren – vor allem in Bildung und Infrastruktur. Und wenn wir gegen soziale Probleme ankämpfen wollen, dann werde das nicht ohne gut ausgebildete Menschen gehen, die in die Quartiere gehen und sich kümmern.

„Wenn der wirtschaftliche Wind rauer wird, braucht unsere Stadt einen Oberbürgermeister der den Kurs bestimmt und sich nicht von anderen treiben lässt“, so Torsten Albig. Unsere Stadt darf sich nicht aus der Verantwortung stellen, wenn es gilt auch die regionale Wirtschaft in diesen Zeiten zu stützen und zu stärken.

Ein erster Schritt hin auf eine klügere Haushaltspolitik sei bereits getan, sagte der Fraktionsvorsitzender Ralph Müller-Beck. Die Haushaltsanträge von SPD, Bündnis90/Die Grünen und SSW konzentrieren sich insbesondere auf den Bereich Bildung. So sollen für den Ausbau der Ganztagschulen in 2009 zusätzlich zwei Millionen Euro eingestellt werden und die Schulsozialarbeit mit zusätzlichen 350.000 Euro unterstützt werden. Die wieder eingeführte hauptamtliche Unterstützung der Stadtteilbüchereien sei ein zentrales Wahlkampfversprechen der Kieler SPD gewesen, das mit den Anträgen zum Haushalt 2009 eingelöst werde. Die ehrenamtlich geführten Stadtteilbüchereien in Holtenau, Neumühlen-Dietrichsdorf und Suchsdorf erhalten die mit den Büchereivereinen vereinbarte Unterstützung von insgesamt einer zusätzlichen Vollzeitstelle.

Mit rund 1.700 Plakaten wird die Kieler SPD für ihren Kandidaten Torsten Albig im Stadtbild werben. Auf den Plakaten werben auch Unterstützer für den SPD-Kandidaten. Zu ihnen gehören die 25jährige AStA-Referentin Yvonne Dabrowski und der 24jährige Vertreter im Studentenparlament David Freyer. Die beiden Studierenden werben auf dem Plakat für Torsten Albig, „weil Kiel als Universitätsstadt einen Oberbürgermeister haben sollte, der auch die weit über 22 000 Studierenden



nicht vergisst“. Der 62jährige Wolfgang Beeck ist auf dem Plakat, weil er Torsten Albig „für einen kompetenten Oberbürgermeister hält“. Die Feuerwehrmänner Achim Thode und Kristof Schacht werben für Albig, weil er „schon als Feuerwehrdezentent sehr gute Arbeit geleistet hat“. Und aus dem Bereich Sport werben der Vorsitzende des NDTSV Holsatia Kiel Max Meyer und die 23jährige Kinderturnhelferin Lena Weber für Torsten Albig. Der 58jährige Norbert Hartmann vom Ortsbeirat Meimersdorf/Moorsee setzt sich für Torsten Albig als Oberbürgermeister ein, weil er „dafür Sorge tragen wird, dass der ÖPNV – zum Beispiel durch eine Stadtregionalbahn -verbessert und attraktiver wird“.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 12.12.2008, 18:02 Uhr - 8399 Clicks - Nr. 1188

MdL Neugebauer zur Struktur der Landesbanken

Krise auch als Chance nutzen: Märkte müssen wieder den Menschen dienen: Zu TOP 19, Neuordnung der Landesbankstruktur (Drucksache 16/2340) sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer u.a:

Heute ist nicht der richtige Zeitpunkt, über die künftige Struktur der Landesbanken in Deutschland zu diskutieren. Jetzt geht es darum, aktuelle Probleme der HSH-Nordbank bei der Beschaffung von Eigenkapital und Liquidität zu lösen sowie Lehren aus der internationalen Finanzkrise zu ziehen. Wenn ein Haus brennt, ruft man nach der Feuerwehr und nicht nach dem Architekten für eine neue Statik.

Die FDP fordert seit Jahren das Ende des öffentlich-rechtlichen Bankenwesens. Nicht weil man die Finanzkrise vorhergesehen hat, sondern weil die FDP Geschäfte und Erträge den privaten Banken zuschustern will. Die FDP und andere Neoliberale feierten die Ackermänner & Co. als bessere Bankmanager, weil sie die Renditeerwartungen von 25 % erfüllen wollten. Diese Marktradikalen sind in Wirklichkeit weltweit gescheitert. Die Privatbanken haben weitaus höhere Wertberichtigungsbedarfe und einige sind insolvent. Die Sozialdemokraten sind für einen handlungsfähigen Staat. Dazu gehören auch die der Region, den Unternehmern und den regionalen Arbeitsplätzen verpflichteten Sparkassen und Landesbanken.

Aus heutiger Sicht haben die Landesbanken, auch die HSH-Nordbank, Fehler gemacht. Sie haben ihr Kerngeschäft vielleicht nicht vernachlässigt, sich aber international mit hohen Risiken am Wettlauf um noch höhere Kapitalrenditen beteiligt. Jetzt geht es darum, die Lehren und Konsequenzen aus diesen Fehlentwicklungen zu ziehen. Die Landesbanken und auch die HSH-Nordbank müssen auf ihr Kerngeschäft zurückgeführt werden. Hier ist die HSH-Nordbank z.B. mit ihrem Engagement als Förderbank Nummer eins im Norden bei der Finanzierung von Schiffen, Transporten und erneuerbaren Energien besser aufgestellt als andere. Schon im eigenen Interesse der Werterhaltung der Landesbeteiligungen dürfen wir die Erfolge vergangener Jahrzehnte nicht zerreden und uns auch nicht von der FDP zerreden lassen.

Ich warne vor dem vielleicht populären, aber zu schnellem Ruf nach Fusionen. Fusionen führen nicht automatisch zu höheren Kapitalquoten und damit zu mehr Wettbewerbsfähigkeit. Zwei kranke Landesbanken werden durch eine Fusion nicht zu einer gesunden Bank.

Wir müssen auf die Auswirkungen einer Fusion auf den Finanzstandort Kiel mit seinen über 1.500 Arbeitsplätzen bei der HSH-Nordbank betrachten. Insofern ist das ?Drei-Landesbanken-Modell? der Sparkassen- und Giroverbände aus schleswig-holsteinischer Sicht das schlechteste Fusionsmodell. Durch die schleswig-holsteinische Brille betrachtet, ist auch eine norddeutsche Lösung mit der Nord-LB in Hannover eher von Nachteil.

Es gibt auch Alternativen zur Fusion, z.B. die Erhaltung der Selbständigkeit und ein Börsengang, wie er geplant war ? natürlich nur in einem besseren finanzpolitischen Umfeld ? oder eine Kooperation mit einer süddeutschen Landesbank.

In dieser Phase der weltweiten Finanzkrise und ihren Auswirkungen auch auf die HSH-Nordbank und die Realwirtschaft sind zunächst andere Konsequenzen als eine neue Statik erforderlich. Dazu gehören u.a.:

- Zurückgewinnung von Vertrauen in die Kreditinstitute und in den Interbank-Handel, damit die Wirtschaft investieren kann und Arbeitsplätze gesichert werden. Das Garantieprogramm des Bundes ist gut und sinnvoll. Es muss durch zügiges Handeln der SOFFIN auch umgesetzt werden und darf durch Herrn Ackermann nicht länger diskreditiert werden.
- Mehr Transparenz, verbindliche Regeln und international abgestimmte Finanzaufsicht mit unabhängigen Agenturen auf den Finanzmärkten.
- Strengere Bilanzierungspflichten und Verbot von Leerverkäufen sowie Verbot des Auslagerns von Risiken in ausländische Zweckgesellschaften.
- Höhere Eigenkapitalvorsorge bei Banken und Hedgefonds und einen mindestens 20%igen Selbstbehalt bei Verbriefungen von Krediten.
- Änderung von Vergütungssystemen bei Bankern und Managern. Dazu gehören die Begrenzung in der Höhe, die Orientierung an langfristigen Erfolgen und die Verschärfung der Pflichten zum Schadensersatz.
- Stilllegung von Steueroasen und Vereinheitlichung der Steuersätze für Kapitalerträge. Wir benötigen keinen Wettbewerb um Steuersenkungen, auch nicht bei Unternehmenssteuern, sondern einen handlungsfähigen Staat, an dessen Finanzierung sich unsere Bürger und Unternehmen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beteiligen.
- Wir wollen in Deutschland den Erhalt des bewährten Drei-Säulen-Modells im Kreditwesen. Dazu gehören die Privatbanken, aber eben auch die Volksbanken, Sparkassen und Landesbanken. Wir können, wenn wir es wollen, die Krise auch als Chance nutzen, indem wir der Geld- und Renditegier den Kampf ansagen und den Neoliberalismus in den Mülleimer der Geschichte werfen. Wir Sozialdemokraten sagen: Märkte müssen wieder den Menschen dienen und die Schwächeren unserer Gesellschaft dürfen niemals den sogenannten freien Kräften des Marktes ausgeliefert sein.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 13.12.2008, 12:57 Uhr - 7898 Clicks - Nr. 1189

Kreis-SPD solidarisiert sich mit streikenden MölleranerInnen

Die Kreis Pinneberger SPD unterstützt die streikenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Möller Wedel bei ihrem Kampf um Tarifbindung.

Auf der konstituierenden Sitzung am 11. Dezember beschloss der neu gewählte Kreisvorstand eine Solidaritätsresolution, in der der die Geschäftsleitung aufgefordert wird, endlich in Verhandlungen mit der IG Metall einzutreten.

"Es ist einfach ein Unding, wie hier von Seiten der Schweizer Holding und der örtlichen Geschäftsführung mit unfairen Mitteln gearbeitet wird", empört sich SPD-Kreisvorsitzender Hans-Helmut Birke. "Prämien für Streikbrecher, Einsatz von Leiharbeitnehmern für Streikbruch, der Versuch, eine willfährige Betriebsgewerkschaft zu installieren - das sind Tricks der schmutzigsten Sorte!"

Der SPD-Kreisverband stelle sich voll an die Seite der streikenden Mölleranerinnen und Mölleraner. "Wir wünschen den Kolleginnen und Kollegen Mut, Entschlossenheit und vor allem Erfolg bei dieser Auseinandersetzung", so Birke.

Die Resolution im Wortlaut:

Solidarität mit den streikenden KollegInnen von Möller Wedel!

Der SPD-Kreisverband Pinneberg solidarisiert sich mit den streikenden KollegInnen bei Möller Wedel. Wir unterstützen den Kampf von IG Metall und Betriebsrat um die Wiederherstellung der Tarifbindung.

Die Weigerung der Geschäftsleitung, mit der IG Metall zu verhandeln, und ihre Bestrebungen, eine willfährige Betriebsgewerkschaft zu gründen, sind aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Auch der Versuch, durch Ausloben von Sonderprämien Streikbrecher zu akquirieren und Leiharbeitskräfte für Streikbruch einzusetzen, ist nicht hinnehmbar!

Die Unternehmensleitung ist aufgefordert, ihre Blockade der Verhandlungen mit der IG Metall endlich aufzugeben und Gespräche über die Weiterentwicklung des Standortes Möller Wedel aufzunehmen.

Wir wünschen den streikenden MölleranerInnen Mut und Entschlossenheit und vor allem Erfolg in der Auseinandersetzung.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 14.12.2008, 19:43 Uhr - 7271 Clicks - Nr. 1190

POLITIK ANSCHAULICH

"Der Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland ist einer der größten zu liberalisierenden Märkte in Europa." So tönt es auf Gesundheitskongressen und bei den Vorkämpfern eines "Wachstumsmarktes Gesundheit" auch bei uns im Lande. Was dabei herauskommen könnte und wie eine Zwei-Klassen-Medizin zu verhindern ist, darüber kann morgen nach dem Film "Sicko" von Michael Moore mit dem Gesundheitspolitiker Dr. Wolfgang Wodarg, MdB in der UCI Kinowelt in Flensburg diskutiert werden.

Die Veranstaltung ist für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen ebenso wichtig, wie für jene, die als mögliche und derzeitige Patienten unser Solidarsystem vor den Auswirkungen eines von der Finanzwirtschaft geprägten Gesundheitssystems schützen wollen.

Wie viel ist unsere Gesundheit wert? Nicht viel. Zumindest dann nicht, wenn man Michael Moore Glauben schenkt. Denn nachdem bereits hochrangige Politiker und Waffenlobbyisten unter seinem kritischen Blick und seinem unverhohlenen Spott schwitzen mussten, nimmt sich der international wohl bekannteste Dokumentarfilmer nun das Gesundheitssystem des mächtigsten Landes der Welt zur Brust. SICKO ist ein beklemmender Trip in eine Welt, in der Krankenhäuser nicht zahlungsfähige Patienten auf die Straße setzen, in der sich Menschen für Arztrechnungen heillos verschulden und profitorientierte Versicherungen lebensrettende Operationen verweigern. Die Dokumentation rüttelt aber nicht nur mit bewegenden Schicksalen auf, sondern überzeugt auch durch den Michael Moore-typischen sarkastischen Witz.

Regie: Michael Moore Laufzeit: 122 Minuten Land: USA / 2007

KURZINHALT:

In seinem neuen Film stellt Dokumentarfilmer Michael Moore das US-amerikanische Gesundheitssystem an den Pranger. Wir besuchen mit dem Regisseur einige Opfer der privatwirtschaftlich organisierten Krankenversicherungen. Es sind drastische Fälle, wie der von Rick, der sich nach einem Unfall mit der Kreissäge entscheiden muss, ob sein Zeigefinger für

60.000 Dollar oder sein Ringfinger für 12.000 Dollar wieder angenäht werden soll, oder der Fall von Dawnette, deren 18 Monate alte Tochter stirbt, weil ihr die notwendige medizinische Hilfe verweigert wird. Neben den Opfern kommen Insider aus der Branche zu Wort, die von der Unmenschlichkeit des Systems berichten. Die Frage, wann das alles angefangen hat, führt zurück in die 1950er Jahre, zu Präsident Nixon. Wieder in der filmischen Gegenwart geht Moores Reise nach Kanada, England und Frankreich, wo er sich voller Erstaunen von alternativen, staatlich finanzierten Gesundheitssystemen berichten lässt. Wir kehren zurück in die USA und treffen einige "9/11- Helfer". Vielen der freiwilligen Helfer bei der Katastrophe, die in der Folge erkrankten, wurde die medizinische Behandlung verweigert. Erst als Moore mit seinen Protagonisten zur Behandlung ausgerechnet nach Kuba fährt, kommen die "Helden des 11. September" zu ihrem wohl verdienten Recht. Im "Havana Hospital" erhalten sie endlich die notwendige medizinische Versorgung.



"Sicko" ist aber mehr als nur ein Propagandafeldzug gegen das US-amerikanische Gesundheitssystem. Was ihn von einem Propagandafilm unterscheidet, ist seine soziale und politische Brisanz und die Fülle des recherchierten Materials - nach Moores Aufforderung im Internet, ihre negativen Erfahrungen mit dem US-amerikanischen Gesundheitssystem zu schildern, meldeten sich allein in der ersten Woche über 25.000 Betroffene.

Der Film führt uns zu elementaren staatsphilosophischen Fragen:

- * Wie viel Einfluss darf ein Staat auf seine Bürger, wie viel auf die Wirtschaft nehmen?
- * Wie weit geht die Freiheit des Einzelnen und wo sind die Grenzen für Profitorientierung der Versicherungen und der Pharmaindustrie?
- * Wie steht es mit der sozialen Verantwortung des Staates?

Es geht aber vorallem um die eine grundsätzliche Frage - so Moore -, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen. Der Film gibt hierauf eine eindeutige Antwort.

Auch in Deutschland ist das Thema aktueller denn je: Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um die Gesundheitsreform und ihre Auswirkungen können anhand des Films grundlegende Fragen am konkreten Beispiel diskutiert und mit der Lage in Deutschland verglichen werden.

In Flensburg wird dieser Film im Rahmen der Serie "Politischer Filmabend" am Montag, dem 15. Dezember um 19:30 Uhr vom MdB Dr. Wolfgang Wodarg gezeigt. Für interessierte SPD-Kreisverbände aus Schleswig-Holstein ist Wolfgang Wodarg bereit, diese Veranstaltung auch an anderen Orten durchzuführen. Terminabsprachen unter: wolfgang.wodarg@bundestag.de

Keine Kommentare

Stagars und Erdmann: Bewegung für Kieler Sport!

Der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Torsten Stagars, und die schul- u. sportpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Anke Erdmann, erklären zu den gestrigen Beschlüssen der Ratsversammlung aus dem Bereich Sport: „Mit dem gestrigen Beschluss in der Haushaltsberatung, der Abstimmung über die neue Entgeltsordnung, wurden die Sporthallennutzungsgebühren definitiv abgeschafft.



Des Weiteren ist der Sportentwicklungsplan jetzt endgültig auf den Weg gebracht. Dieser umfasst u. a. die Hallenbelegung und Hallenbewirtschaftung. Das Amt für Sportförderung wird gemeinsam mit dem Sportverband Kiel diesen Sportentwicklungsplan entwickeln und umsetzen.

Außerdem wurde das Vorhaben durchgesetzt, Kinder aus sozial schwachen Familien mit dem Programm „Kids in die Clubs“ an den Sport heranzuführen. Wir brauchen sozial gestärkte Kinder in unserer Stadt.

Mit den rot-grünen Haushaltsbeschlüssen kommt Bewegung in den Kieler Breitensport.

Damit setzt Rot-Grün das Startsignal für eine neue erfolgreiche Sportpolitik!“

Keine Kommentare

„Ach, wenn ich doch König von Oelixdorf wär’!“

Dieses Stoßgebet könnte Jörgen Heuberger nach der letzten Gemeindevertreterversammlung ausgesprochen haben. Denn er hatte sich zum wiederholten Male „königsgleich“ über die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung hinweggesetzt, was die SPD-Fraktion – auch zum wiederholten Male – monierte. Statt seinen Fehler einzugestehen, versuchte der Bürgermeister mit vielen Worten sein Verhalten als richtig darzustellen, wobei er auch mit Falschdarstellungen argumentierte.

Die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung schreibt vor, dass der Bürgermeister die Tagesordnung der Sitzungen mit den Fraktionssprechern abstimmen soll. „Dies ist – mit Ausnahme der konstituierenden Sitzung – in dieser Wahlperiode nie gemacht worden“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende, Klaus Albrecht. Darin sei Methode zu erkennen, die Rechte der Gemeindevertreter auszuhöhlen, die nicht hingenommen werden könne.

Im weiteren Verlauf der Sitzung musste Klaus Albrecht, der auch 1. stellv. Bürgermeister ist, dem Bürgermeister Verstöße der



Gemeindeordnung vorwerfen, da er Termine, die er als Bürgermeister nicht wahrnehmen könne, nicht an seinen Stellvertreter weitergegeben habe. Auch habe er seinen Stellvertreter nicht über urlaubsbedingte Ortsabwesenheit informiert.

„Wir werden dieses Verhalten des Bürgermeisters zukünftig nicht mehr hinnehmen“, sind sich die Mitglieder der SPD-Fraktion einig.

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 16.12.2008, 08:27 Uhr - 6589 Clicks - Nr. 1193

Bundesweiter Vorlesetag, 20 November

Astrid Höfs liest in der Theodor-Storm-Schule

Die Schüler der zweiten Klasse hörten gespannt zu, als Astrid Höfs Märchen von Astrid Lindgren vorlas. Von Petra und Peter, zwei Kinder so groß wie Puppen und von der Puppe Mirabell.



Keine Kommentare

[SPD-Osterrönhof](#) - veröffentlicht am 16.12.2008, 10:59 Uhr - 4554 Clicks - Nr. 1194

REpower startet durch in Osterrönhof!

Der Windanlagenhersteller REpower hat gestern mit der Einrichtung der Baustelle für den neuen Produktionsstandort in Osterrönhof begonnen.

Seit einiger Zeit wurden die Stimmen der Zweifler lauter. Der verzögerte Baubeginn für das Produktions- bzw. Verwaltungsgebäude in Osterrönhof ließ einige daran zweifeln, ob REpower nun wirklich in Osterrönhof die erhofften Millionen-Investitionen tätigt.

Doch nun ist klar: REpower kommt und ab Anfang Januar wird mit voller Kraft am Kanal begonnen, das erste Gebäude zu errichten. Mitte Januar sollen hier erste Hochbauarbeiten in Angriff genommen werden. Die gesamte Bauzeit soll 13 Monate betragen.



Seit gestern wird die Baustelle eingerichtet. Dafür ist bereits ein erster Bagger angerollt, der die erforderlichen Erdarbeiten erledigen soll. Ebenso wurde ein erster Bauzaun aufgestellt, um die Baustelle zu sichern.

Weitere Informationen zur REpower-Ansiedlung in Osterrönhof erhalten Sie hier: [hier klicken!](#)

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 16.12.2008, 13:31 Uhr - 2390 Clicks - Nr. 1195

SPD-Engelsby: Abfuhrplan im Doppelpack

In diesen Tagen erhalten alle Flensburger Haushalte den neuen Abfuhrplan 2009 mit den Leerungsterminen für die 14-täglichen Abfallbehälter.

Dieses Jahr ist neben dem vertrauten Abfuhrplan des Technischen Betriebszentrums (TBZ) für die Restabfall-, Bio- und Papierbehälter ebenfalls wieder ein zweiter Abfuhrplan der Firma Veolia Umweltservice eingelegt. Er enthält die Abfuhrtermine für die Gelben Wertstoffbehälter.



Aus organisatorischen Gründen unterscheiden sich sowohl die Abfuhrbezirke als auch die Abfuhrtage in beiden Kalendern voneinander. Das bedeutet, dass die Leerung der Gelben Behälter an einem anderen Tag, als die der Restabfall-, Bio- und Papierbehälter durch das TBZ erfolgt.

Beide Pläne enthalten ein Verzeichnis der Straßennamen sowie eine Zuordnung zu den Abfuhrbezirken. Durch die Eintragung der Abfuhrbezirke im Kalender sind die Abfuhrtage für die eigenen Behälter gut zu erkennen.

Beide Kalender sollten gut aufbewahrt werden, da alle Verschiebungen der Abfuhr durch Feiertage bereits für das ganze Jahr 2009 berücksichtigt sind.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 16.12.2008, 14:56 Uhr - 6849 Clicks - Nr. 1196

Herzlichen Glückwunsch: 130 Jahre SPD Ortsverein Schleswig

Zu seinem 130. Geburtstag hatte der Schleswiger SPD - Ortsverein zu einer weihnachtlichen Feier mit Kaffee und Kuchen eingeladen. Unter den Gästen befanden sich der SPD-Landesvorsitzende Dr. Ralf Stegner, der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg sowie der frischgewählte SPD-Bürgermeister von Bad Segeberg Dieter Schönfeld.



Ralf Stegner ging bei seiner Festrede ebenso auf die Geschichte der SPD wie auch ihre aktuelle Bedeutung für das Leben in unserem Lande ein. Wolfgang Wodarg stellte fest, dass die schleswiger SPD die biologische menschliche Altersgrenze bereits überschritten habe und deshalb

dringend auf frischen Nachwuchs angewiesen sei. Er lud vier schleswiger Jusos ein, gemeinsam mit einer Studentengruppe in die Hauptstadt zu reisen. Höhepunkt der Feier war ein von einigen Genossinnen und Genossen vorbereiteter Quiz, der professionell vom Weihnachtsmann persönlich moderiert wurde.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 16.12.2008, 15:29 Uhr - 5059 Clicks - Nr. 1197

Mehr ortsnahe Entscheidungen und mehr Bürgernähe;

Schleswig-Holstein setzt Verwaltungsstrukturreform fort

Erscheinungsdatum:
16.12.2008

Ämter und Gemeinden können künftig Aufgaben des Kreises übernehmen. Städte über 60.000 Einwohner bekommen den Sonderstatus einer „Große kreisangehörige Stadt“ und erhalten zusätzliche Kreisaufgaben. Das sieht ein Gesetzentwurf zur innerkommunalen Funktionalreform vor, den die Landesregierung am Dienstag (16. Dezember) beschlossen hat. Die kommunalen Landesverbände haben in den nächsten Wochen Gelegenheit zur Stellungnahme.

„Schleswig-Holstein setzt die Verwaltungsstrukturreform fort“, sagte Innenminister Lothar Hay. Die Landesregierung schaffe die Voraussetzungen, damit die Verwaltung näher an die Bürger herankomme. Entscheidungen könnten in Zukunft noch häufiger dort getroffen werden, wo Ortskenntnisse und die sachliche Nähe zu den Themen unmittelbar vorhanden seien.

Wie Hay weiter sagte, ist der Gesetzentwurf die Folge der Zusammenlegung von Amts- und Gemeindeverwaltungen. Deren Zahl hat sich in den vergangenen acht Jahren von 222 auf heute noch 146 verringert. Hay rechnet damit, dass die Übernahme neuer Aufgaben weitere Kommunen überzeugt, größere Verwaltungen zu bilden. „Unsere Städte und Gemeinden bleiben in ihrer Vielfalt erhalten, ihre Verwaltungen arbeiten aber wirtschaftlicher“, sagte der Minister. Dienstleistungen könnten qualitativ besser erbracht werden.

· Übertragung von Kreisaufgaben auf Ämter und amtsfreie Gemeinden

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde sowie weitere Aufgaben der Verkehrsaufsicht und des Naturschutzes auf Ämter und Gemeinden zu übertragen. Darunter fallen beispielsweise Baugenehmigungen, Genehmigungen von Eingriffen in Natur und Landschaft oder die Erteilung bestimmter straßenverkehrsrechtlicher Anordnungen wie die Einrichtung von Tempo-30-Zonen.

Die Übertragung von Aufgaben des Kreises ist allerdings an Voraussetzungen gebunden: Nicht nur alle Ämter und amtsfreien Gemeinden eines Kreises müssen die Übertragung beantragen, die Aufgaben müssen auch für ein Gebiet wahrgenommen werden, das mindestens 20.000 Einwohner umfasst. Außerdem muss sichergestellt sein, dass die Aufgaben wirtschaftlich und professionell erledigt werden. Die Aufgaben werden in einer Landesverordnung übertragen; die Landesregierung kann diese Befugnis auch an den Landrat delegieren.

· Große kreisangehörige Stadt

Ein weiterer Baustein der innerkommunalen Funktionalreform ist die Einführung des Sonderstatus „Große kreisangehörige Stadt“ in die Gemeindeordnung. Danach können Städte, die mehr als 60.000 Einwohnerinnen und Einwohner haben, zusätzliche Kreisaufgaben erhalten und für ihr Gebiet eigenverantwortlich wahrnehmen. Damit wird das bisherige Modellvorhaben der Stadt Norderstedt dauerhaft in das Kommunalverfassungsrecht aufgenommen. Die Regelung kommt auch für solche Städte in Betracht, die bisher kreisfrei sind und sich für eine Eingliederung in einen Kreis entscheiden. Über die Kostenregelung treffen die Große kreisangehörige Stadt und der Kreis eine Vereinbarung. Die Große kreisangehörige Stadt übernimmt Aufgaben des Naturschutzes wie die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten im Stadtbereich. Sie kann auf ihrem Gebiet auch zum örtlichen Träger der Jugendhilfe bestimmt werden.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.12.2008, 15:38 Uhr - 1499 Clicks - Nr. 1198

Stadelmann und Oschmann: Vorschläge der Opposition gefährden Schulbau in Kiel!

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der finanzpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, erklären:

„Die neue Rathausmehrheit aus SPD, GRÜNEN und SSW hat die Haushaltsanträge der Opposition in der Ratsversammlung vor allem deshalb abgelehnt, um den Schulbau und die Ganztagsbetreuung in Kiel nicht zu gefährden. Bei einem Defizit von 35 Mio. Euro und einer notwendigen Kreditaufnahme von 39 Mio. Euro, die vor allem für Investitionen im Bereich der Schulen und Kindertagesstätten (Ausbau von Ganztagsangeboten, Neubau einer Kindertagesstätte in Gaarden, Berufliche Schulen, Umsetzung des neuen Schulgesetzes) verwendet werden sollen, läuft jede zusätzliche Ausgabe auf eine Verringerung der letztlich vom Innenministerium zu genehmigenden Kredite hinaus – wenn sie nicht durch Einsparungen an anderer Stelle im Haushalt gegenfinanziert ist.“



Während die CDU Schulbau und Ganztagsbetreuung vollständig ignoriert hat, haben FDP und LINKSPARTEI genau solche ungedeckten Ausgaben aber verlangt. Die FDP wollte den Hebesatz der Gewerbesteuer senken und so auf 3 Mio. Euro Einnahmen im städtischen Haushalt verzichten – das hätte das Haushaltsdefizit von 39 Mio. Euro auf 42 Mio. Euro erhöht und die Summe der für den Schulbau benötigten Investitionskredite verringert.

Und die LINKSPARTEI sah ungedeckte Mehrausgaben in Höhe von mehr als 5 Mio. Euro vor, was das Defizit auf 44 Mio. Euro getrieben hätte. Das Geld sollte für einen kommunalen Datenschutzbeauftragten, für jährlich vier kostenlose Kinobesuche für Kinder aus ärmeren Familien, für einen Weihnachtzuschlag bei den Sozialleistungen und vieles mehr ausgegeben

werden. Um diese Vorschläge durchzusetzen, nahm die LINKSPARTEI in Kauf, im Gegenzug

- auf die Errichtung von Gemeinschaftsschulen,
- auf Ganztagsangebote (Hausaufgabenhilfe u. ä.),
- auf zusätzliche Schulsozialarbeit,
- auf Zuschüsse an Kinder aus armen Familien für Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen („Kids in die Clubs“) und
- auf zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche in der Stadtverwaltung

zu verzichten. Geld kann man schließlich nur einmal ausgeben.

SPD und GRÜNE lehnen die von der LINKSPARTEI sehenden Auges betriebene Verhinderung der Gemeinschaftsschule, der Ganztagsangebote und der zusätzlichen Ausbildungsplätze bei der Stadt ab. Wir haben dafür gesorgt, dass es für die richtigen Zwecke ausgegeben wird – für bessere Schulen, mehr Ausbildungsmöglichkeiten und für Maßnahmen, die vor allen den sozial Schwächeren zu gute kommen werden.

Im Übrigen haben die Veränderungen der Kooperation im Haushalt 2009 einen Umfang von 0,2% bei einem Gesamtvolumen von 750 Mio. Euro.“

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 16.12.2008, 16:18 Uhr - 9855 Clicks - Nr. 1199

Flächendeckende Versorgung durch Sparkassen muss erhalten bleiben

"Die SPD-Landtagsfraktion wird auf der Grundlage solider, belastbarer Informationen im 1. Quartal 2009 eine Entscheidung darüber treffen, ob und ggfs. wie das Sparkassengesetz geändert werden soll. Gerade vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzmarkt- und drohenden Wirtschaftskrise muss dieses Thema sehr sorgfältig beraten werden", erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen.

"Die SPD-Landtagsfraktion hält am 3-Säulen-Modell mit privaten Banken, Genossenschaftsinstituten und öffentlich-rechtlichen Sparkassen fest. Gerade die Sparkassen sind für eine Versorgung der mittelständischen Wirtschaft und der Privathaushalte in der Fläche unverzichtbar.

Um dies auch weiterhin sicherzustellen, ist eine Öffnung der Besitzverhältnisse innerhalb der Sparkassen-Familie denkbar. Wir werden grundsätzlich prüfen, ob hierfür eine Änderung des Sparkassengesetzes notwendig ist. Im Falle einer Neuregelung wird darauf zu achten sein, dass sie EU-rechtlich Bestand hat. Keineswegs darf eine Öffnung für private Anteilseigner durch die Hintertür geschaffen werden."

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 16.12.2008, 20:57 Uhr - 2673 Clicks - Nr. 1200

Braucht Quickborns` s Innenstadt eine Postfiliale?

Die SPD Quickborn protestiert gegen die Schließung der Postfiliale in der Bahnhofstrasse
Die SPD Quickborn will es nicht unwidersprochen hinnehmen, dass die Postfiliale in der Innenstadt einfach geschlossen wird.

Eine „abgespeckte“ Variante im Harksheider Weg ist auch wünschenswert, kann aber nicht der komplette Ersatz für die Filiale in der Bahnhofstrasse sein.

Immer wird uns versichert, dass ältere Menschen ihr Eigenheim aufgeben, um in die Innenstadt zu ziehen. Wir wissen, dass für die Geschäftsleute in der Innenstadt mehr gemacht werden muss, damit sie sich von den ganzen Baumassnahmen in der Innenstadt erholen können. Gerade diese beide Gruppen brauchen eine Postfiliale mit dem kompletten Postangebot in der Innenstadt.



Die SPD Quickborn will sich dafür einsetzen, dass eine Postfiliale in der Innenstadt erhalten bleibt, und zwar ohne Unterbrechung durch die Schließung des jetzigen Standortes in der Innenstadt.

Am Sonnabend, 20.12.2008, stehen wir mit unserem SPD vor Ort-Stand von 10.00 bis 12.00 Uhr an der Postfiliale in den Bahnhofstraße, um mit den Bürgerinnen und Bürgern Quickborns die Situation zu diskutieren und für den Erhalt einer Postfiliale Unterschriften zu sammeln.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 17.12.2008, 13:31 Uhr - 48330 Clicks - Nr. 1201

Europäische Sozialdemokraten stärken Arbeitnehmerrechte

Europaparlament für mehr Mitbestimmung und gegen 60-Stundenwoche

Das Europäische Parlament hat sich heute in zweiter Lesung erneut für ein Festhalten an der durchschnittlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche ausgesprochen. Die Europaabgeordneten bekräftigten darüber hinaus: Bereitschaftsdienst ist Arbeitszeit. „Mit uns Sozialdemokraten wird es auch in Zukunft keinen Einstieg in eine 60-Stunden-Woche geben“, so die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust nach der Abstimmung zur Arbeitszeitrichtlinie in Straßburg.



Sie sieht allerdings schwierige Verhandlungen im nun anstehenden Vermittlungsverfahren auf das Europäische Parlament zukommen, da der Ministerrat bislang keinerlei Kompromissbereitschaft signalisiere. Bei den Bereitschaftsdiensten habe das Europäische Parlament laut Rodust eine sehr umsichtige Regelung beschlossen. Danach sei Bereitschaftsdienst grundsätzlich Arbeitszeit. Die inaktive Bereitschaftszeit könne jedoch von den Tarifpartnern oder per Gesetz unterschiedlich gewichtet werden. In Ausnahmefällen seien so auch Bereitschaftsdienste mit einer Arbeitszeit von über 48 Stunden pro Woche erlaubt. „Mit dieser Ausnahmeregelung soll der besonderen Situation von Krankenhausärzten, Werkfeuerwehren und Wachdiensten Rechnung getragen werden.“

Dem Parlament sei wichtig gewesen, dass „wir nicht hinter erreichte Standards in der Arbeitszeitpolitik zurückfallen“. Dies war auch von den etwa 15.000 Gewerkschaftern gefordert worden, die am Dienstag in Straßburg für ein soziales Europa demonstrierten. Rodust, die zusammen mit anderen SPD-Europaabgeordneten an der Demonstration teilnahm, unterstützt die Anliegen der Gewerkschaft ausdrücklich: "Wenn sich die Gewerkschaften für ein sozialeres Europa aussprechen, das bessere Arbeitnehmerrechte garantiert, laufen sie bei uns offene Türen ein."

Bereits am Montag hatte das Europäische Parlament mit überwältigender Mehrheit für eine Stärkung der Europäischen Betriebsräte gestimmt. „Die Überarbeitung der Europäischen

Betriebsräterichtlinie trägt eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift“, so die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete. Ihre Fraktion habe durchgesetzt, dass die Europäischen Betriebsräte in Zukunft vor der Beschlussfassung über Umstrukturierungen oder Standortverlagerungen zu unterrichten und anzuhören seien. Standorte könnten somit nicht mehr gnadenlos, wie im Fall Airbus geschehen, gegeneinander ausgespielt werden. Für Rodust ist klar: "Die Ausweitung der Unterrichts- und Anhörungsrechte der Eurobetriebsräte ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Mitbestimmung in Europa."

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 17.12.2008, 13:47 Uhr - 3379 Clicks - Nr. 1202

Sondernutzungssatzung: SPD - Macher statt Widersacher

In der TBZ-Sitzung am 11. Dezember 2008 wurde zum wiederholten Male die Sondernutzungssatzung für die Fußgängerzone behandelt. In der Berichterstattung wurde der Eindruck vermittelt, dass der Beschluss der Satzung am Widerstand der zwei SPD-Ausschussmitglieder scheiterte. Dies ist nicht so nicht richtig!

Aufgrund der Tatsache, dass kein neues Diskussionspapier, mit den Wünschen und Anregungen der Interessengemeinschaften vorlag, schlossen sich auch Mitglieder aus anderen Fraktionen den starken Argumenten der SPD-Mitglieder an, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Einzig und allein die SPD hatte die damals von der Verwaltung erstellte Synopse (Gegenüberstellung) fortgeschrieben und die Belange der IG-Nordermarkt und IG Die Große darin ergänzt, um diese dann unter Abwägung der Belange aller Interessengruppen, entsprechend in die Anlage 1 der Sondernutzung einfließen zu lassen.

Im Interesse der Gewerbetreibenden und auf Grund der im Ausschuss dargestellten Dringlichkeit einer Entscheidung hat die SPD einen Entwurf, in der die Wünsche und Anregungen der Interessengruppen berücksichtigt sind, erarbeitet.

Der TBZ-Ausschuss wird gebeten diesen Antrag möglichst zeitnah, gegebenenfalls in einer Sondersitzung, zu beraten und zu beschließen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 17.12.2008, 18:56 Uhr - 7863 Clicks - Nr. 1203

Investitionen in die Familie sind Investitionen in die Zukunft

Der Bundestag hat am 4. Dezember 2008 in 2./3. Lesung den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz - FamLeistG) beschlossen. Das Gesetz entlastet Familien direkt durch die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages sowie durch die Einführung des Schulbedarfspakets. Hier die neuen Regelungen im Detail:

Durch das Gesetz soll die Familie gestärkt werden und die Beschäftigung innerhalb privater

Haushalte bürgerfreundlicher umgestaltet und gefördert werden. Mit all diesen genannten Maßnahmen werden die Familien um gut zwei Milliarden Euro jährlich entlastet.



Im Einzelnen geht es um folgende Regelungen:

- * Der Kinderfreibetrag wird für jedes Kind von 3.648 Euro auf 3.864 Euro erhöht.
 - * Insgesamt werden die Freibeträge für jedes Kind von 5.808 Euro auf 6.024 Euro angehoben.
 - * Das Kindergeld steigt für die ersten beiden Kinder von 154 Euro auf 164 Euro, für dritte Kinder um 16 Euro auf 170 Euro sowie für vierte und weitere Kinder auf 195 Euro.
 - * Die steuerliche Förderung für haushaltsnahe sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und haushaltsnahe Dienstleistungen, einschließlich Pflegeleistungen, wird stark vereinfacht und erweitert. Die Förderung beträgt zum 1. Januar 2009 einheitlich 20 Prozent der Aufwendungen von bis zu 20.000 Euro, höchstens 4.000 Euro pro Jahr.
 - * Jeweils zum Schuljahresbeginn erhalten Kinder von SGB II und SGB XII Beziehern eine zusätzliche Leistung für die Schule von 100 Euro.
- Dieses Schulbedarfspaket wird leider nur bis zur 10. Klasse bezahlt.

Der Bundesrat hat dem Gesetz zuerst nicht zugestimmt. Darüber verhandelte der Vermittlungsausschuss. Heute machte der Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat endgültig den Weg frei für die geplante Erhöhung des Kindergeldes und des steuerlichen Kinderfreibetrages. Die bereits im Gesetz (FamLeistG) beschlossenen höheren Zuwendungen waren zwischenzeitlich fraglich, weil die Länder sich gegen Mehrkosten wehrten und verlangten eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Kindergelderhöhung.

Im Vermittlungsausschuss wurde nun eine Einigung über die Kostenverteilung gefunden. Danach trägt der Bund 74 Prozent der Kindererhöhung, die Länder 26 Prozent. Am Freitag kann der Bundesrat die neuen Familienleistungen absegnen.

Anlässlich der Beschließung des Familienleistungsgesetzes erklärt der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg:

"Unsere Bemühungen zur Schaffung von kostenlosen Kindergartenplätzen ab dem ersten Lebensjahr müssen wir massiv verstärken. Die SPD wird weiter für den Anspruch auf kostenlose und qualitativ hochwertige Bildung von der Kita bis zum ersten Studien- oder Berufsabschluss kämpfen.

Die Maßnahmen des jetzt beschlossenen Gesetzes reichen bei weitem nicht aus, die Situation der Familien in Deutschland grundlegend zu verbessern. Hierzu gehört vor allem auch die flächendeckende Einführung einer verlässlichen Ganztagschule, die für mehr Chancengleichheit und für die Entlastung berufstätiger Eltern sorgen muss. Das Schulbedarfspaket bis zum Abitur, wie es die SPD-Bundestagsfraktion vorgesehen hatte, war mit der Union auch in weiteren Verhandlungen nicht zu machen. Der Koalitionspartner wollten nur mitmachen, wenn er dafür noch mehr Steuervergünstigungen für reiche Eltern erhalten hätte. Wir werden also als SPD in der nächsten Regierung dafür kämpfen müssen.

Ein Schulsystem, bei dem schon frühzeitig die Weichen einer Zwei-Klassen-Gesellschaft installiert sind, ist von vorgestern. Jedes Kind hat den berechtigten Anspruch an unsere Gesellschaft, alles vorzufinden und nutzen zu können, was zu seiner optimalen geistigen Entwicklung beitragen kann. Viele Konservative halten leider immer noch an einer die Gesellschaft spaltenden Bildungspolitik fest. Sie sind für uns keine Partner."

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 18.12.2008, 10:27 Uhr - 3092 Clicks - Nr. 1204

Schulbausanierung aber richtig

Jens-Olaf Nuckel führt aus, warum es für die SPD nicht sinnvoll ist, bei der Schulbausanierung nur halbe Sachen zu machen. Wir wollen ausreichende und moderne Bildungsstätten für unsere Kinder. Leider wird dies in Quickborn blockiert

SCHULBAUSANIERUNG SANIERUNG/NEUBAU HALLE MÜHLENBERG

Als gewählte Vertreter der Stadt Quickborn ist es unsere Aufgabe, für das Wohl der Quickborner Bürger zu sorgen. Unser Hauptanliegen - dies wurde von allen Parteien getragen – galt der zeitgemäßen Modernisierung und Instandsetzung der Schulgebäude. Alle Parteien haben die anstehenden Entscheidungen überwiegend getragen, sodass sich die Quickborner Schüler auf moderne Gebäude freuen konnten und auch können.

Als eine der letzten Entscheidungen stand die Erneuerung/Modernisierung der Halle Mühlenberg an. Durch Fachleute wurden div. Mängel festgestellt. Dies betraf natürlich den Brandschutz, aber auch die sanitären Anlagen sowie die Gesamttechnik befinden sich nicht in einem guten bzw. brauchbaren Zustand.

Durch die Ausschuss-Vorsitzenden des Ausschusses für Kommunale Dienste (AKD) sowie dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Freizeit (ABKF) wurde zu einer gemeinsamen Sitzung am 08. Oktober 2008 eingeladen, weil beide Ausschüsse über diese Maßnahme befinden und entscheiden müssen.

Zu Beginn dieser Sitzung wurde durch die FDP ein Antrag auf Absetzung des einzigen Tagesordnungspunktes der Sitzung gestellt. Dieser Antrag wurde durch die CDU unterstützt und der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt. Ein unglaublicher Vorgang.

Zu dieser Sitzung hat die Verwaltung eine Vorlage erarbeitet. Diese Vorlage sah vor, die Sporthalle am Mühlenberg komplett abzureissen und durch einen Neubau zu ersetzen. Begründet wurde diese Maßnahme mit den zu erwartenden sehr hohen Modernisierungskosten. Hier lohne sich eine Modernisierung nicht, da eine Sanierung ca. 80 % eines Neubaus kosten würde. Dies sind normale Kriterien für die Bewertung von Baumaßnahmen. Bereits ab 65 % der Neubaukosten wird für einen Neubau plädiert!!

Die Kosten der Sanierung der Halle wurde durch die Verwaltung mit ca. € 3,3 Mio angegeben. Ein Neubau in Form des Bestandsbaus war mit € 4,1 Mio. ausgewiesen = ca. 80 % Neubaukosten wären die Kosten der Instandsetzung.

Zur Sitzung am vergangenen Dienstag, den 09. Dezember 2008 wurden uns zwei weitere Vorschläge unterbreitet. Der erste Vorschlag war die Sanierung der Halle ohne weitere Eingriffe in die Substanz sowie einer Neuschaffung von dringend erforderlichen Abstellmöglichkeiten. Der

zweite Vorschlag beinhaltete die Sanierung sowie den organisatorischen Umbau einschl. einer kleineren Erweiterung der Sporthalle, um die Platzprobleme der Unterbringung von Sportgeräten zu beseitigen. Gleichzeitig wurde uns eindringlich vorgeführt, dass die Fassade der Sporthalle komplett marode sei und sofort entfernt und ersetzt werden muss.

Folgende Kosten wurden angegeben:

Variante I:

Sanierung der alten und maroden Sporthalle € 2,5 Mio.

Variante II: Sanierung der alten und maroden Sporthalle € 3,0 Mio.

Einschl. Umplanung und Erweiterung der Abstellbereiche

Die Mehrheit der Vertreter in den beiden Ausschüssen, - der CDU + der FDP – haben sich für die billigste Variante I ausgesprochen und dies entschieden.

Begründet wird dieser Beschluss mit den hohen Kosten und der Belastung des Haushalts.

Wir, die SPD-Fraktion der Stadt Quickborn, können diesen Beschluss weder verstehen noch nachvollziehen.

Bei dem Beschluss sind folgende von uns vorgetragene Kriterien nicht berücksichtigt worden:

- Bei der Sanierung wird die vorh. Sporthalle bis auf die Stützen, das Dach, die Innenseiten der Außenwände sowie die Sohle komplett zurückgebaut. In den Kosten für den Erhalt des Gebäudes waren KEINE Sicherungsmaßnahmen kalkuliert. Zu erwarten sind Sicherungsmaßnahmen der Außenwände bzw. des Tragwerks des Gebäudes. Kostenkalkulation = Fehlanzeige
- Im Rahmen der Begutachtung konnte das Tragwerk (Stützen, Wände, Dach) des Gebäudes nur durch Inaugenscheinnahme bewertet werden. Schäden an den verdeckten Bauteilen konnten natürlich nicht bewertet werden. Erfahrungsgemäß sind hier immer Schäden vorhanden, die beseitigt werden müssen. Kostenkalkulation = Fehlanzeige
- Die Tragkonstruktion ist bereits ca. 40 Jahre alt. Dies führt sicher nicht zu einer langen Nutzungsdauer wie ein vergleichbarer Neubau
- Die vorhandenen Mängel im Bereich der Nutzung der Halle (Unterbringung der Tischtennisplatten, Lagermöglichkeiten für weitere Turngeräte etc.) werden bei der gewählten Sanierung nicht beseitigt
- Die Gestaltung der Halle kann aufgrund der geringen Belastbarkeit der Tragkonstruktion nicht verändert werden. Der Einsatz von ggf. sinnvollen Materialien ist aus statischen Gründen nicht möglich!!

Als Kompromiss haben wir den Ausschüssen vor der Abstimmung vorgeschlagen, der Sanierungsvariante II zuzustimmen, damit wenigstens die Raumprobleme beseitigt werden. Auch diesem Vorschlag wurde nicht gefolgt.

Wir haben zwei Anträge zur Abstimmung gebracht. Dabei handelt es sich um folgende Vorschläge:

- Gem. dem Vorschlag der Verwaltung vom 08.10.2008 haben wir beantragt, die Halle am Mühlenberg komplett durch einen Neubau mit der Funktion einer multifunktionale Sport- und Kultureinrichtung zu ersetzen. Begründung: Die Sanierungskosten belaufen sich auf ca. 70% der Kosten eines funktionsgleichen Neubaus. Da auch nach der Sanierung mit weiteren Instandsetzungen zu rechnen ist, ist der Neubau die sinnvollere und kostengünstigere Alternative. Auch kann durch den Neubau die Funktionalität der Halle zeitgemäß überplant werden.

Gleichzeitig wäre hier die Möglichkeit gegeben, diesen großen Raum auch als Kultureinrichtung zu nutzen, sodass hier mit den angrenzenden Räumlichkeiten (Mensa, Gruppenräume, Küche) ein Bürgerhaus entstehen könnte.

- Weiterhin haben wir beantragt, die als Dreifeldhalle geplante Sporthalle um ein weiteres Feld als Vierfeldhalle zu planen und zu errichten. Begründet ist dieser Antrag mit der Nutzung der Sporthalle durch zwei Schulen (Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium sowie Mühlenberg-Grundschule). Die angemeldeten Bedarfe lassen sich durch die vorhandene Dreifeldhalle nicht decken. Der so dringend notwendige Sportunterricht für unsere Kinder wird nicht sichergestellt

Beide Anträge wurden mehrheitlich durch CDU + FDP abgelehnt. Bündnis90/Die Grünen haben für diese Anträge gestimmt.

Diesen Ablehnungen durch CDU + FDP können wir nicht gutheißen. Der Beschluss zur Sanierung der Halle ist falsch. Wir halten dieses Vorgehen für fahrlässig und ein Verschieben von Problemen in die Zukunft.

Grundsätzlich haben wir uns gefreut, dass die Schulbauten vor geraumer Zeit von allen Parteien in Quickborn zur Priorität 1 gewählt wurden. Sämtliche Beschlüsse der Vergangenheit sind zukunftsorientiert (Bis auf die Schulform im Schulzentrum Mitte bzw. Süd. Wir stehen immer noch für eine Gemeinschaftsschule). Der Neubau des Bonhoeffer-Gymnasiums ist folgerichtig, auch die Sanierung einschl. Neubauten im Schulzentrum Mitte sind dringend erforderlich gewesen. Es wird sehr viel Geld in die Hand genommen, um endlich die maroden Schulgebäude zeitgemäß herzurichten. Es wurde erkannt, dass die Fehlentscheidungen der Vergangenheit jetzt beseitigt werden müssen.

Bei der Sporthalle Mühlenberg fehlte der Mehrheit der Quickborner Politiker die Courage! Kurz vor dem Ziel verlässt die CDU der Mut, die Gesamtheit der Maßnahmen zu betrachten und richtig zu entscheiden. Der CDU fehlt es an Visionen, wie sich Schule und insbesondere Sport weiter entwickeln muss. Sport ist bereits ein wesentliches Element von Schule und natürlich auch von Freizeit. Hier nicht zukunftsorientiert zu entscheiden, bedeutet Stagnation und damit Rückschritt.

Gem. Schulentwicklungsplanung wird die Goetheschule aufgrund fehlender Räume in der Heidkamp-Realschule in Zukunft max. Zweizügig weiter geführt. Dies bedeutet, dass alle weiteren Schüler in die Mühlenberg-Grundschule geleitet werden. Insofern wird sich die Kapazität von derzeit ca. 250 Schüler sicherlich stark verändert. Das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium wird in Zukunft bis zu EINTAUSEND Schüler beschulen. Und all diese Schüler müssen sich dann eine Sporthalle teilen, die bereits jetzt heillos überbucht ist und prinzipiell keine Lagerkapazitäten für Sportgeräte hat!

Die beschlossene Sanierung berücksichtigt diese Missstände nicht.

Gleichzeitig fehlen Visionen, wie Schule bzw. weitere Räume auch anders genutzt werden können.

Die Fehler der Vergangenheit – Kürzung der Instandsetzungspauschalen der öffentlichen Gebäude – werden weiter geführt. Bei sach- und fachgerechter Instandsetzung der öffentlichen Gebäude wären jetzt nicht diese vielen Millionen Euro notwendig, die heute als Errungenschaften gefeiert werden.

Die Politik der CDU ist nicht zukunftsorientiert und viel zu kurz gedacht. Diese Fehlentscheidungen werden uns und unsere Kinder noch sehr lange begleiten!!

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 18.12.2008, 14:01 Uhr - 2561 Clicks - Nr. 1205

Wodarg und Trost einig: Verkehrsanbindung der Region stärken.

In ihrer letzten Sitzung hatte die Ratsfraktion den SPD Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg zu Gast. Auf Grund der aktuellen Diskussion um ein weiteres Konjunkturprogramm standen besonders Fragen zur Verbesserung der Verkehrsanbindung der Nordregion im Vordergrund.

Schnell war man sich einig, dass hier eine Ertüchtigung der bestehenden Nord-Süd-Verbindungen umgehend erforderlich ist. Eine neue Querung des Nordostseekanals für den Schienenverkehr wird genauso für wichtig gehalten, wie eine stärkere Berücksichtigung der Nordregion im nächsten Bundesverkehrswegeplan.

Neben der regionalen Verkehrsentwicklung wurde auch der Einsatz der Mittel aus den Konjunkturförderprogrammen für die kommunale Infrastruktur diskutiert. Dazu Wodarg: „Möglichst viele dieser Mittel sollten so eingesetzt werden, dass die Unternehmen, die hier ihre Steuern zahlen und Arbeitsplätze schaffen, davon profitieren.“ „Wir werden darauf achten, dass bei den Auftragesvergaben möglichst viele regionale Firmen, natürlich im Rahmen des Vergaberechts, berücksichtigt werden“, versicherte Helmut Trost.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 18.12.2008, 14:11 Uhr - 4796 Clicks - Nr. 1206

HSH-Nordbank muss Bundeshilfen in Anspruch nehmen

Zu den Protestaktionen der HSH-Nordbank-Beschäftigten erklärt der Kieler SPD-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Wir haben Verständnis für die Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HSH-Nordbank in Kiel.

Auch für uns ist unabdingbar, dass der Standort Kiel erhalten bleibt und die Arbeitsplätze gesichert sind; das sind die vorrangigen Ziele im Interesse des Landes Schleswig-Holstein. Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, alle Möglichkeiten zu nutzen, die zur Verfügung stehen. Jetzt ist nicht die Zeit für parteipolitische Spiele. Deshalb muss die HSH-Nordbank die Hilfen des Bundes in Anspruch nehmen.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 19.12.2008, 14:07 Uhr - 2654 Clicks - Nr. 1207

SPD Quickborn trauert

Karl "Kalli" Röhrs verstarb am 14.12.2008. Die SPD Quickborn verliert mit ihm einen verdienten Kommunalpolitiker und großen Mitstreiter für die Belange der kleinen Leute. Karl Röhrs wird uns Vorbild bleiben.

Die SPD Quickborn trauert um ein Urgestein der Quickborner SPD. Kalli Röhrs verstarb am 14.12.2008.

Kalli war insgesamt 15 Jahre für die SPD Quickborn im Magistrat und in der Stadtvertretung aktiv. U.a. war er 8 Jahre als 2. Stadtrat und von 1994 - 1998 als 1. Stadtrat aktiv. In vielen Ausschüssen setzte er sich für die Belange der Quickborner Bürgerinnen und Bürger ein. So z.B. im Planungs-, Nachbarschafts-, Wahlprüfungs-, Kleingarten-, Verkehrs- und Bauausschuss sowie im Wasserförderband Quickborn und am Arbeitsausschuss der AWO-Kindertagesstätte Quickborn. Außerdem war er viele Jahre Fraktionsvorsitzender der SPD Quickborn.

Mit Karl Röhrs verlieren wir einen überzeugten und großen Kämpfer der Sozialdemokratie.

Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Elfriede, seinen Kindern und Einzelkindern.

Kalli bleibt für uns ein großes Vorbild. Wir werden ihn nicht vergessen.

Elke Schreiber - Ortsvereinsvorsitzende
Jens-Olaf Nuckel - Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 19.12.2008, 15:16 Uhr - 5089 Clicks - Nr. 1208

Gebundene Ganztagschulen: Konzept kann zügig umgesetzt werden

Zur Pressekonferenz der Bildungsministerin am 18. 12. über die Einrichtung weiterer gebundener Ganztagschulen erklärt der Bildungspolitiker und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Der Vorschlag der SPD-Fraktion, den Ansatz für gebundene Ganztagschulen im Doppelhaushalt 2009/2010 zu verdoppeln, ist beschlossen worden. Damit sind wir sehr zufrieden, denn es können nun etwa 20 weitere Schulen Ganztagsunterricht anbieten.

Die Koalitionspartner haben sich auf Inhalte verständigt, die in die Richtlinien eingegangen sind. Dazu gehören als wichtigste Kriterien „sozialer Brennpunkt“ und „hoher Anteil an Schülerinnen und Schülern aus Migrantenfamilien“. Mit diesen Richtlinien ist das Ministerium in der Lage, für eine zügige Umsetzung zu sorgen.

Nach der Verständigung innerhalb der Koalition und dem erarbeiteten Konzept des Bildungsministeriums gibt es nach unserer Auffassung keine offenen Fragen. Vielmehr sollten die Schulträger von Schulen, die die Kriterien erfüllen, ermuntert werden, das Angebot zu nutzen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 19.12.2008, 23:11 Uhr - 8543 Clicks - Nr. 1209

Wodarg: Mehr Geld für Krankenhäuser!

Der Deutsche Bundestag hat am 18. Dezember 2008 in 2. und 3. Lesung das Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung ab dem Jahr 2009 (Krankenhausfinanzierungsreformgesetz - KHRG) beschlossen. Hier die Details der neuen Regelung sowie eine kommentierende Pressemitteilung des Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg, Mitglied des Gesundheitsausschusses:

Zum gestern im Deutsche Bundestag beschlossenen Gesetz zur Krankenhausfinanzierung

**meint Dr. Wolfgang Wodarg, MdB (SPD),
Mitglied des Gesundheitsausschusses:**

"Das Gesetz verbessert die finanzielle Lage der Krankenhäuser in Deutschland nachhaltig. Durch unseren Einsatz für eine Erhöhung der Basisfallwerte für schleswig-holsteinische Kliniken haben wir dem Prinzip "gleiches Geld für gleiche Leistung" mittelfristig Geltung verschaffen können. Hier war es wegen der entgegenstehenden Interessen anderer Bundesländer besonders schwierig.

Deutsche Kliniken können im Jahr 2009 durch das Gesetz insgesamt über rd. 3,5 Mrd. Euro Mehreinnahmen verfügen, die ihnen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung zur Verfügung gestellt werden. Die zusätzlichen Mittel müssen nun auch der Versorgung der Patientinnen und Patienten zugute kommen. Das Gesetz bietet hierzu diverse Ansatzpunkte:



Es verpflichtet die Krankenkassen, Tariflohnsteigerungen der Jahre 2008 und 2009 hälftig zu tragen. Mit dem Förderprogramm Pflege können in den nächsten drei Jahren bis zu 16.500 zusätzliche Pflegestellen geschaffen werden. Die Finanzierung der stationären psychiatrischen Versorgung wird gezielt verbessert. Der bisherige Sparbeitrag der Krankenhäuser wird rückwirkend ab dem 1. Januar 2009 aufgehoben. Zudem werden die Leistungen in den Spezialambulanzen der Kinderkliniken besser finanziert und der Anspruch auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung präzisiert.

Es bleibt wichtig, dass wir die Inanspruchnahme teurer Krankenhausbehandlung zugunsten weniger belastender, ambulanter Versorgungsformen minimieren und unsere leistungsfähige stationäre Behandlung in eine effiziente Gesamtversorgung besser integrieren.

Wer, wie der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, das Gesetz als "enttäuschend" einstuft, bleibt deshalb realitätsfern und macht es sich sehr leicht. Er verkennt auch den für die Finanzierung der Mehrausgaben notwendigen Kraftakt für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Dabei verbindet das Gesetz mit Augenmaß das wirtschaftlich Notwendige mit dem finanziell Machbaren. Das von der Koalition erzielte Ergebnis ist ein verantwortungsbewusster Kompromiss für eine nachhaltige Finanzierung der Krankenhäuser."

Wesentliche Inhalte des Krankenhausfinanzierungsreformgesetzes

Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser:

* Ab dem Jahr 2009 werden die für die Jahre 2008 und 2009 tarifvertraglich vereinbarten Lohn- und Gehaltssteigerungen zu 50 Prozent durch die Krankenkassen refinanziert, soweit diese Erhöhungen die Veränderungsrate der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen überschreiten.

* Das Statistische Bundesamt wird bis Mitte 2010 einen Orientierungswert ermitteln, der zeitnah die Kostenentwicklung im Krankenhausbereich erfasst und voraussichtlich ab dem Jahr 2011 als Alternative zur bisherigen strikten Grundlohnbindung der Krankenhauspreise dienen

kann.

* Einführung eines Förderprogramms zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals in Krankenhäusern, wodurch in drei Jahren bis zu 16.500 zusätzliche Stellen im Pflegedienst zu 90 Prozent durch die Krankenkassen finanziert werden. Nach Ablauf der drei Jahre werden die Kosten der zusätzlichen Pflegestellen in die Fallpauschalen "eingepreist", so dass eine dauerhafte Erhöhung des Finanzvolumens gewährleistet ist. Zudem wurde klargestellt, dass die zusätzlichen Mittel auch zur Aufstockung von Teilzeitstellen genutzt werden können.

* Der "Sparbeitrag" (GKV-Rechnungsabschlag in Höhe von 0,5 Prozent) wird rückwirkend zum Jahresbeginn 2009 abgeschafft.

Maßnahmen, um das Mehrausgabenvolumen der Krankenkassen für Krankenhausbehandlungen im Jahr 2009 auf die bei der Festlegung des GKV-Beitragsatzes berücksichtigten 3,5 Mrd. Euro zu begrenzen:

* Die Konvergenzphase wird um ein Jahr verlängert, so dass die aufgrund eines ungleichgewichtigen letzten Konvergenzschritts entstehenden weiteren Mehrausgaben auf zwei Jahre verteilt werden. Gemessen an der bisherigen Rechtslage, die ein vollständiges Auslaufen der Konvergenzphase vorsah, halbieren sich die konvergenzbedingten Mehreinnahmen bei Krankenhäusern mit Budgetzuwächsen, bei Krankenhäusern mit konvergenzbedingten Budgetminderungen halbieren sich diese jedoch auch entsprechend.

* Begrenzt auf das Jahr 2009 sind für gegenüber dem Vorjahr vereinbarte Mehrleistungen Preisnachlässe zu vereinbaren. Eine Anrufung der Schiedsstelle ist weiterhin möglich.

* Wenn die Tarifierhöhungsraten bei einzelnen Krankenhäusern im Jahr 2009 zu einer mehr als hälftigen Refinanzierung der oberhalb der Grundlohnrate liegenden Personalkostenrefinanzierung führen würde, ist im Jahr 2009 der höhere Finanzierungsanteil durch Preisabschläge mindernd zu berücksichtigen.

* Zukünftig müssen die Krankenhäuser verstärkt dafür Sorge tragen, dass die von den Versicherten zu leistenden Zuzahlungen auch einbehalten werden.

Grundsätzlich soll die Investitionsfinanzierung ab 2012 auf Investitionspauschalen umgestellt werden, wenn sich die Länder hierzu entscheiden. Dazu wird ein gesetzlicher Auftrag zur Entwicklung einer Reform der Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser durch leistungsorientierte Investitionspauschalen bis Ende 2009 erteilt. Die näheren Einzelheiten des Verfahrens legen Länder und Bund fest. Die Selbstverwaltungspartner auf der Bundesebene und deren DRG-Institut werden mit der Kalkulation von Investitionsbewertungsrelationen beauftragt, um Ländern statt der bisherigen antragsbasierten Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser eine Entscheidung für eine moderne, unternehmerisch orientierte Investitionsfinanzierung auf der Grundlage leistungsorientierter Investitionspauschalen zu ermöglichen.

Da die Investitionsfinanzierung Aufgabe der Länder ist, entscheidet jedes Land selbst darüber, ob und in welchem Umfang es seine Investitionsmittel pauschaliert einsetzt. Handlungsbedarf besteht weiterhin im Hinblick auf die rückläufige Investitionsquote der Länder, die ihre Investitionsmittelzahlungen - in sehr unterschiedlicher Bandbreite - in den letzten Jahren stark verringert haben.

Entwicklung und Einführung eines pauschalierten und tagesbezogenen Vergütungssystems für Leistungen der Psychiatrie und Psychosomatik. Eine erstmalige Abrechnung nach diesem neuen

Entgeltsystem ist für das Jahr 2013 vorgesehen. Zudem wird die Finanzierung der Personalstellen nach der Psychiatrie-Personalverordnung verbessert, um die Personalbesetzung in psychiatrischen Einrichtungen zu optimieren.

Die unterschiedlichen Landesbasisfallwerte werden in einem Zeitraum von 5 Jahren, beginnend im Jahr 2010, schrittweise in Richtung auf einen einheitlichen Basisfallwertkorridor angenähert. Von dieser Konvergenz wird eine Bandbreite (Korridor) in Höhe von + 2,5 Prozent bis - 1,25 Prozent um einen rechnerisch ermittelten einheitlichen Basisfallwert ausgenommen. Für die jährliche Absenkung des Landesbasisfallwerts an den einheitlichen Basisfallwertkorridor wird zudem eine Obergrenze vorgegeben, die die entstehende Belastung für die Krankenhäuser in den betroffenen Ländern begrenzt und zugleich den Konvergenzzeitraum entsprechend verlängert.

Das belegärztliche Vergütungssystem wird durch Einführung einer Option flexibilisiert, wonach Belegärzte auch auf der Grundlage eines Honorarvertrages mit dem Krankenhaus vergütet werden können.

Der Anspruch auf spezialisierte ambulante Palliativversorgung wird dahingehend präzisiert, dass er auch Leistungen in haushaltsähnlichen Wohnformen umfasst.

Für die fachärztlichen Leistungen in Spezialambulanzen von Kinderkliniken können zur Vermeidung von Versorgungsengpässen gesonderte Pauschalen zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern mit Kinderabteilungen vereinbart werden.

Die Integration von Praxiskliniken in das Versorgungssystem der GKV wird verbessert.

Verschiedene technische Regelungen, um das DRG-Vergütungssystem für den Regelbetrieb nach Abschluss der Konvergenzphase auszurichten.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 21.12.2008, 12:24 Uhr - 2839 Clicks - Nr. 1210

SPD-Engelsby: Freundschaftsspiel

Eine Auseinandersetzung der etwas anderen Art. Anlässlich eines Besuches von Jugendlichen aus dem Jugendzentrum Engelsby bei der Polizeistation Engelsby/Tarup im Spätsommer, entstand der „Jux“ die Polizisten zu einem Fußballspiel herauszufordern.

Am 17.12.08 kam es dann nun endlich zu dem Wettstreit zwischen den Jugendlichen und den Polizisten in der Soccer Arena an der Osterallee.



Die Polizei legte los wie die Feuerwehr und übernahm schnell die Führung. Mit zunehmender Dauer setzte sich allerdings der Elan der Jugendlichen durch. Die Mannschaft der Polizeistation konnten sich jedoch mit einer 11:6 Führung in die Halbzeitpause retten.

Von den schönen Spielzügen der Polizei war in der 2. Spielhälfte dann nicht mehr viel zu sehen. Von nun an bestimmten die Jugendlichen eindeutig das Spielgeschehen.

Einige Pfostenschüsse und ein gut aufgelegter Gert Nagel im Tor der Polizisten, verhinderte ein Torverhältnis zu Gunsten der Jugendmannschaft. Am Ende siegte dann doch die Mannschaft der Polizeistation mit 22:16 Toren.

Das Ergebnis war jedoch zweitrangig. Im Vordergrund stand der Spaß, den dabei alle Beteiligten hatten.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 21.12.2008, 17:54 Uhr - 8428 Clicks - Nr. 1211

240 Jahre Mitgliedschaft in der SPD

Der SPD-Kreisverband Flensburg hatte seine langjährigen Parteimitglieder zu einer Mitgliederehrung in das Parteibüro in der Großen Straße eingeladen. Kreisvorsitzender Helmut Trost und Innenminister Lothar Hay begrüßten die Jubilare im vorweihnachtlich geschmückten Konferenzraum.

In seiner Laudatio dankte Helmut Trost den Ehrengästen u. a. für ihre langjährige Treue und Mitgliedschaft in der SPD.



Die Urkunden und Ehrennadeln wurden von Lothar Hay überreicht.

Gehrt wurden für:

10 Jahre Mitgliedschaft

- Rainer Schabla

25 Jahre Mitgliedschaft

- Christina Ates, Waltraut Bichel-Savic', Ernst Helmut Gruhn, Sybille Scheibner

40 Jahre Mitgliedschaft

- Peter Rautenberg, Anne-Lise Fries

50 Jahre Mitgliedschaft

- Hans-Werner Clausen

Keine Kommentare

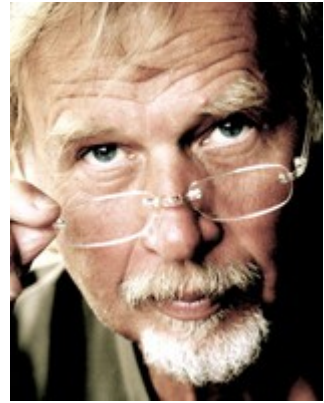
[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 22.12.2008, 07:48 Uhr - 7589 Clicks - Nr. 1212

Lernen Sie Ihren Abgeordneten kennen

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, zum Jahreswechsel einige Dankesworte und ein kurzer Rückblick auf ein arbeits- und ereignisreiches Jahr 2008. Nachdem ich von der Basis der SPD erneut für unsere Region als Bundestagskandidat ins Rennen geschickt wurde, möchte ich nicht nur

für die Mitglieder meiner Partei erste Wahl bleiben, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger bei uns im Norden.

Lernen Sie Ihren Abgeordneten kennen: Besuchen Sie meine Website WWW.WODARG.DE, holen Sie mich zu Ihren Veranstaltungen, in Ihre Schule, an Ihren Arbeitsplatz. Schreiben Sie mir, in welcher Welt Sie leben möchten, schreiben Sie mir Ihre Sorgen, Ihren Ärger, Ihre Wünsche! Ich bin für Sie da!



In den letzten Jahren hat sich nicht nur die Welt, sondern -mit ihr- auch meine politische Arbeit wesentlich verändert. Deshalb eine kurze Übersicht über Schwerpunkte und Arbeitsfelder in Berlin und im Norden:

Ich kämpfe weiterhin als Fachmann in der **Gesundheitspolitik** um eine solidarische Krankenversorgung. Meine auf Erfahrung und Verantwortung gegründete Haltung habe ich gegen Lobbyisten und trotz erheblichen Druckes vertreten. Meine Vorschläge zur Bündelung der Krankenkassen auf Landesebene gewinnen angesichts der Probleme mit dem Gesundheitsfond, mit wachsender Bürokratie und Vertragschaos immer mehr Rückhalt.

Ethische Fragen rund um Lebensanfang und Lebensende, Sorge und Pflege, Bio- und Gentechnik, Schutz vor Umweltkrisen sind weitere Themen, mit denen ich mich in meiner politischen Arbeit beschäftige. Hier habe ich viel erreichen können und die Politik mit geprägt.

Seit 1998 bin ich als Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates aktiver **Europapolitiker**. Aufgabe des Europarates ist es, in 47 europäischen Staaten die Entwicklung hin zu stabileren Demokratien zu fördern und die Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten. Hier kann ich europäische Sozial- und Friedenspolitik gestalten. Meine letzten Berichterstattungen brachten wichtige Themen wie private Militärfirmen, Medienvielfalt, Palliativmedizin und Gentechnik auf die politische Agenda.

Auf Bitte von Heidemarie Wieczorek-Zeul wurde ich 2005 auch Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit. Als **Entwicklungspolitiker** setze ich mich ein: für Krisenprävention, für ein staatliches Gewaltmonopol, für die Trockenlegung von Steueroasen, für regenerative Energien, für fairen Handel und medizinische Hilfe, für den freien Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Wasser und Nahrung, für Bildung von Mädchen und Jungen und für freie Medien.

Trotz meiner vielen Aufgaben bin ich immer auch für meinen Wahlkreis da. Meine sitzungsfreien Zeiten sind gefüllt mit Bürgersprechstunden und -versammlungen, politischen Filmabenden und Diavorträgen, Besuchen sowie mit Veranstaltungen mit Arbeitnehmern, Verbänden, Vereinen oder Unternehmen. Besonders wichtig sind mir meine regelmäßigen Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern.

So oft es geht, absolviere ich Praktika: in der Werft, im Krankenhaus, in der Autowerkstatt oder an der Kasse im Supermarkt. Hier erlebe ich die unterschiedlichsten Welten und Sorgen meiner Mitmenschen. Das hilft mir bei schwierigen Entscheidungen in der "großen" Politik.

Arbeitslosigkeit, Leiharbeit und Billiglohn auch bei uns im Norden treiben mich als Gewerkschaftler und Sozialdemokrat um. Die Menschen in unserer stark von Arbeitslosigkeit betroffenen Region brauchen neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt! Immer wenn es um Arbeitsplätze geht, bin ich Lobbyist für unsere Region! Auch wegen Krankheit, Alter, Handicap

oder Armut benachteiligte Menschen brauchen unseren besonderen Schutz.

Ich kämpfe für die Förderung der alternativen Energien, für eine gesunde Umwelt und für die Stärkung des Tourismus, der Infrastruktur und der mittelständischen Wirtschaft bei uns im Norden.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, lernen Sie Ihren Abgeordneten kennen! Besuchen Sie regelmäßig meine Website WWW.WODARG.DE, sie ist eine gute Ergänzung zu unserer sehr einseitigen Medienlandschaft im Norden ;-)) Holen Sie mich zu Ihren Veranstaltungen, in Ihre Schule, an Ihren Arbeitsplatz. Schreiben Sie mir, in welcher Welt Sie leben möchten, schreiben Sie mir Ihre Sorgen, Ihren Ärger, Ihre Wünsche! Ich möchte für Sie da sein! Ich freue mich auf Sie!

Allen, die mich in diesem ereignis- und arbeitsreichen Jahr unterstützt und gefördert haben, danke ich von Herzen! Ich bin dankbar und glücklich mit ihnen gemeinsam für eine bessere Welt "von Afrika bis Engelsby" (so Willi Riep bei meiner Kandidatenaufstellung) kämpfen und arbeiten zu dürfen und freue mich auf das kommende Jahr 2009. Mit der Hilfe meiner Partei und vieler Menschen hier im Norden, deren Vertrauen ich in vielen Jahren gewinnen durfte, will ich es schaffen und erneut das Direktmandat im Wahlkreis 1 gewinnen.

Für die kommende Weihnachtszeit wünsche ich Ihnen viel Muße und Besinnung auf die wichtigen Dinge im Leben, viel Fröhlichkeit, viele schöne Begegnungen und dann - einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Ihr Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 23.12.2008, 14:50 Uhr - 2341 Clicks - Nr. 1213

Stadelmann und Sander: Mit neuer Mehrheit ist das Feuerlöschschiff sicher!

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der umweltpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Björn Sander, erklären:

„Der Kieler Hafen braucht sein Feuerlöschschiff – und mit der neuen Ratsmehrheit aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW ist sichergestellt, dass er es auch behält.

Unzulänglichkeiten der Vergangenheit, die Oberbürgermeisterin Volquartz (CDU) verantwortet, z. B. Betriebsstilllegungen im Jahr 2006 mangels Kapitän, wird es in Zukunft nicht mehr geben. Öffentliche Sicherheit im Hafen wird wieder groß geschrieben.

Keine Kommentare

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 23.12.2008, 19:16 Uhr - 61440 Clicks - Nr. 1214

Artikelarchiv eingerichtet

SPD-NET-SH ist seit 2001 online und in dieser Zeit wurden von den beteiligten Gliederungen bis

heute 6750 Artikel verfasst.

Die Administratoren von SPD-NET-SH haben kürzlich vereinbart, dass die Artikel jetzt archiviert werden sollen, damit diese auch dann verfügbar bleiben, wenn beispielsweise eine Gliederung aufgelöst wird und deshalb aus der Internetkooperation ausscheidet. Auch wurden gelegentlich Artikel von Administratoren gelöscht, weil die Berichte keine aktuelle Bedeutung mehr haben. Für Historiker sind allerdings gerade Berichte aus Ortsvereinen als zeitgeschichtliche Quellen anzusehen. Diese bleiben im Internetzeitalter nur dann wirklich dauerhaft erhalten, wenn diese Artikel als nicht mehr veränderliches Dokument ausgegeben werden, denn alle Artikel in der Datenbank könnten vom Autor oder der verantwortlichen Gliederung jederzeit verändert oder gelöscht werden.

Wir haben deshalb alle älteren Artikel - zunächst von 2001 bis 2004 -als pdf-Datei gespeichert. Dabei entspricht jeder Jahrgang einer Datei. Die Bilder - soweit noch verfügbar - sind ebenso mit gespeichert wie gegebenenfalls zu den Artikeln abgegebene Kommentare. Die Anzahl der Clicks gibt einen Hinweis darauf, wie oft dieser Artikel gelesen wurde.

Im [Downloadbereich](#) von SPD-NET-SH sind die älteren Artikel jetzt abrufbar. Im Laufe der Jahre werden die weiteren Jahrgänge folgen und parallel dazu wird dann die Datenbank von den älteren Artikeln entlastet werden.

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 24.12.2008, 10:22 Uhr - 8699 Clicks - Nr. 1215

Jugendhilfeausschuss lehnt Einrichtung von Familienzentren im Kreis Pinneberg ab

Die Entscheidung ist völlig unverständlich und familienfeindlich - so der jugendpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion Thorsten Fischer

Als völlig unverständlich und im Kern familienfeindlich bewertet Thorsten Fischer, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, die ablehnende Entscheidung des Jugendhilfeausschusses, sich zeitgerecht an einem vom Land geförderten Pilotprojekt „Familienzentrum“ zu beteiligen, das am 1. Jan. 2009 beginnen soll.

Das Kreisjugendamt hatte vorgeschlagen, dass sich 4 Kindergärten im Kreis an diesem Projekt beteiligen. Über einen Zeitraum von 4 Jahren hätten die Einrichtungen jährlich eine Landesförderung rd. 16.700,00 erhalten. Vom Kreis und der jeweilige Standortgemeinde wurde ein Eigenbeitrag von insgesamt 180.000,00 € erwartet.

Mit dem Projekt „Familienzentren“ wird das Ziel verfolgt, bestehende Kindertagesstätten zu einer umfassenden Beratungseinrichtung für die Eltern auszubauen. Ergänzend zur Betreuung im Kindergarten sollen u.a. Hilfen in schwierigen Erziehungssituationen gegeben und praxisnahe Angebote zur Unterstützung der elterlichen Erziehungsarbeit gemacht werden.

Der vom Ausschuss mehrheitliche abgelehnte Vorschlag der Verwaltung wurde insbesondere von den CDU und FDP Vertretern als nicht vereinbar mit dem bestehenden Präventionskonzept begründet. Für Fischer eine konstruierte Begründung, die auf eine „erschreckende fachliche Unkenntnis“ schließen lässt. Bereits ein vom Kreis gefördertes „Vorläuferprogramm“ habe durch die hohe Inanspruchnahme von Eltern und Kindern den Bedarf für diese Maßnahme belegt. Von der Weiterentwicklung zu Familienzentren verspricht sich Fischer eine Stärkung der fachlichen Qualität des Beratungsangebotes.

Die SPD-Kreistagsfraktion wird sich mit dem Votum des Jugendhilfeausschusses nicht abfinden. Fischer kündigte an, dass die SPD den Antrag der Verwaltung zu den Haushaltsberatungen im Januar im Kreistag erneut stellen wird und setzt dabei auf einen „Lernprozess“ bei CDU und FDP,

sich dieser notwendigen familienpolitischen Maßnahme nicht weiter zu verschließen.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 24.12.2008, 10:38 Uhr - 7737 Clicks - Nr. 1216

Schöne Feiertage

Der SPD-Kreisvorstand wünscht schöne Feiertage.

Der SPD-Kreisvorstand wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern erholsame Feiertage und für das neue Jahr viel Glück, Gesundheit und Zufriedenheit.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 29.12.2008, 11:24 Uhr - 3156 Clicks - Nr. 1217

SPD-Engelsby: Flensburger Bebauungspläne im Internet

Der für die Stadt Flensburg geltende Flächennutzungsplan und alle rechtskräftigen Bebauungspläne können ab sofort im Internet eingesehen werden.

Über die Startseite www.flensburg.de gelangt man über die Rubrik Bauen und Wohnen und anschließend Bauleitplanung und Satzungen zum Flächennutzungsplan beziehungsweise über Bebauungspläne zur Bebauungsplanübersicht.

Hier besteht die Möglichkeit entweder über Nummer und Kurzbezeichnung oder einen Suchbegriff zum jeweils geltenden Bebauungsplan zu gelangen. Diese Suchfunktion erleichtert es festzustellen, ob für ein bestimmtes Grundstück ein Bebauungsplan vorliegt.

Nach der Auswahl eines Bebauungsplans kann über Information in der Bebauungsplanübersicht der Bebauungsplan geladen und soweit vergrößert werden, dass alle Festsetzungen gut lesbar sind. Auch die schriftlichen Begründungen mit weiteren Hintergrundinformationen zu den Bebauungsplänen sind aufrufbar.

Zusätzlich stehen auf dieser Internetseite neben dem Flächennutzungsplan ein interaktiver Stadtplan mit einer Fülle von Zusatzinformationen und Luftbilder des gesamten Stadtgebietes zur Verfügung.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 30.12.2008, 11:17 Uhr - 2636 Clicks - Nr. 1218

Abschied von Fritz Böger

Am 15.12.2008 verstarb unser Parteifreund Fritz Böger. Über 60 Jahre war er aktiv in der Quickborner SPD verankert. Wir werden Fritz Böger nicht vergessen

Fritz Böger verstarb nur wenige Monate nach dem Tod seiner Frau Gertrud im Alter von 89 Jahren. Er hat viele Jahre der Ratsversammlung Quickborn angehört. Insbesondere im Werkausschuss hat er sich für die Quickborner Bürgerinnen und Bürger mit großem Engagement eingesetzt.

Im November 2006 wurde er von dem damaligen SPD-Landesvorsitzenden Claus Möller für 60-jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie. Wir werden Fritz nicht vergessen.

Am 06. Januar 2009, 13.00 Uhr, nehmen wir in der Kapelle des Heidefriedhofes Quickborn Abschied von Fritz

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 30.12.2008, 11:40 Uhr - 2896 Clicks - Nr. 1219

SPD Bürgerforum

Erfolgreiche Tradition der SPD Quickborn wird auch im Jahre 2009 fortgesetzt.

Auch im neuen Jahr 2009 werden wir unsere erfolgreiche Tradition, einmal im Monat allen Bürgern aus Quickborn und Umgebung eine zwangslose Plattform für Gespräche zu bieten, fortsetzen. Die nächste Gesprächsrunde, unser SPD-Bürgerforum, findet am 7. Januar 2009 wie immer von 16.30 bis 18.00 Uhr im Sitzungsraum 1 des Rathauses statt. Und wir werden wieder mit einem Glas Sekt auf das neue Jahr anstoßen.

Zu einer zwangslosen Gesprächsrunde gehört natürlich, dass wir keine Themen vorgeben.

Fraktionsvorsitzender Jens-Olaf Nuckel und sein Vize Jürgen Radowitz sind auf Ihre Fragen und Anregungen gespannt.

Sollten Pläne oder andere Unterlagen für Ihre Themen benötigt werden, bittet Jürgen Radowitz um Nachricht, um die Unterlagen beschaffen zu können.

Telefon: 04106 - 999 80 22 oder

Keine Kommentare